



**Parlamentssitzung 15. Januar 2010**

**Protokoll**

Aula Schule Hessgut (Liebefeld)  
17.00 – 18.15 Uhr

**Vorsitz** Luc Mentha, Gemeindepräsident (SP)

<b>Anwesend</b>	Annemarie Berlinger-Staub (SP)	Ruedi Lüthi (SP)
	Bernhard Bichsel (jfk)	Anna Mäder (SP)
	Christian Burren (parteilos)	Urs Maibach (Grüne)
	Ignaz Caminada (CVP)	Hans Moser (SVP)
	Heinz Engi (FDP)	Heinz Nacht (SVP)
	Mario Fedeli (SP)	Barbara Perriard (FDP)
	Liz Fischli-Giesser (Grüne)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
	Thomas Frey (BDP)	Jan Remund (Grüne)
	Martin Graber (SP)	Christian Roth (SP)
	Philippe Guéra (BDP)	Elisabeth Rüeeggsegger (SVP)
	Hermann Gysel (EVP)	Christoph Salzmann (SP)
	Thomas Herren (FDP)	Laavanja Sinnadurai (SP)
	Niklaus Hofer (SVP)	Hugo Staub (SP)
	Franziska Keller (BDP)	Stephie Staub-Muheim (SP)
	Erica Kobel-Itten (FDP)	Mark Stucki (FDP)
	Hanspeter Kohler (FDP)	Barbara Thür (GLP)
	Daniel Krebs (SVP)	Thomas Verdun (SVP)
	Stefan Lehmann (SVP)	Ulrich Witschi (BDP)
	Andreas Lanz (BDP)	Ursula Wyss (Grüne)
	Patrik Locher (EVP)	Rolf Zwahlen (EVP)

**Entschuldigt**

<b>Gemeinderat</b>	Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident	Katrin Sedlmayer (SP)
	Ueli Studer (SVP), Vizepräsident	Urs Wilk (FDP)
	Rita Haudenschild (Grüne)	

**Sekretär** Markus Heinzer

**Protokoll** Ruth Spahr

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Wahl des Parlamentspräsidiums .....</b>	<b>3</b>
<b>2. Wahl des Parlamentsbüros.....</b>	<b>4</b>
<b>3. Wahl der Geschäftsprüfungskommission .....</b>	<b>5</b>
<b>4. Wahl der Redaktionskommission .....</b>	<b>6</b>
<b>5. Wahl der Kommission für Soziale Fragen.....</b>	<b>6</b>
<b>6. Wahl der Kommission Tramprojekte .....</b>	<b>6</b>
<b>7. Wahl der Kommission Reklamereglement.....</b>	<b>7</b>
<b>8. Wahl der Vormundschaftsbehörde .....</b>	<b>7</b>
<b>9. Ersatzwahlen Schulkommissionen.....</b>	<b>7</b>
<b>10. Protokoll der Parlamentssitzung vom 7. Dezember 2009 .....</b>	<b>7</b>
<b>11. Verschiedenes.....</b>	<b>8</b>

## Begrüssung

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Gemäss Art. 1 des Geschäftsreglements des Parlaments kommt das Parlament nach Gesamterneuerungswahlen im Januar zu einer konstituierenden Sitzung zusammen, und mir als Gemeindepräsidenten kommt die Ehre zu, zwei provisorische Stimmzählende zu wählen und die Wahl des Parlamentspräsidiums vorzunehmen. In diesem Sinn erkläre ich die Sitzung der neuen Legislatur im neuen Jahrzehnt als eröffnet.

Die Wahlen im letzten November haben für die Exekutive gezeigt, dass das Volk einmal mehr auf Kontinuität gesetzt hat. Im Parlament ist dies zum Teil auch so gewesen, weil viele Bisherige bestätigt worden sind. Indessen haben zwei neue Kräfte, die BDP (Bürgerlich Demokratische Partei) und die GLP (Grünliberale Partei) auf Anhieb sechs Sitze gemacht, was zeigt, dass die Könizer Stimmbevölkerung sehr wohl unterscheidet und differenziert, wenn sie wählt. Ich begrüsse die neu gewählten Parlamentsmitglieder Thomas Frey (BDP), Philippe Guéra (BDP), Franziska Keller (BDP), Andreas Lanz (BDP), Patrik Locher (EVP), Heinz Nacht (SVP), Barbara Perriard (FDP), Laavanja Sinnadurai (SP), Barbara Thür (GLP) und Ulrich Witschi (BDP) und wünsche Ihnen im neuen Amt alles Gute und Befriedigung.

Wenn ich richtig gezählt habe, tagt das Parlament heute im 90. Jahr seines Bestehens und wir wählen zum 65. Mal das Präsidium. Die neue Legislatur ist nicht nur in einem neuen Jahrzehnt, sondern auch neu mit einer hauptamtlich zusammengesetzten Exekutivbehörde. Die fünf Gemeinderatsmitglieder werden deshalb ausgeglichener zum Zug kommen, weil die Dossiers auf fünf Hauptämter verteilt wurden. Die angelaufene Legislatur wird von der schwierigen Wirtschaftslage stark beeinflusst sein. Es wird sicher nicht eine einfache Legislatur sein, sondern eine mit besonderen Herausforderungen. Ich gebe hier meiner Hoffnung, aber auch meiner Überzeugung Ausdruck, dass die in Köniz herrschende gute politische Kultur und das konstruktive Gesprächsklima nicht darunter leiden werden.

## Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 40 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Jan Remund (Grüne) und Erica Kobel-Itten (FDP), sind bereit, das Amt der provisorisch Stimmzählenden zu übernehmen. Da vom Parlament keine Einwände angeführt werden, erkläre ich die beiden als gewählt.

## Mitteilungen

**Parlamentssekretär Markus Heinzer:** Auf Ihren Tischen liegt ein blaues Heftlein. Es ist noch druckfrisch und heisst "Vademecum". Wörtlich aus dem Lateinischen übersetzt heisst das: Geh mit mir! Und so ist es auch gemeint: Das Büchlein versteht sich als eine Ergänzung zum Geschäftsreglement und Sie können es überall hin mitnehmen, wo Sie das Geschäftsreglement mitnehmen. Im Büchlein enthalten ist eine wilde Sammlung von Antworten auf alle möglichen Fragen, die in den letzten Jahren im Parlamentssekretariat aufgetaucht und meistens auch irgendwie gelöst worden sind. Die Idee ist, dass die gleichen Fragen nicht jedes Mal neu abgeklärt werden müssen, sondern dass alle Beteiligten auf die gleichen Informationsgrundlagen aufbauen können.

## Traktandenliste

Das Traktandum 9 "Ersatzwahlen Schulkommissionen" fällt weg. Die Traktandenliste wird genehmigt.

### 1. Wahl

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich erwarte Vorschläge für die Nomination des neuen Parlamentspräsidenten.

**Niklaus Hofer (SVP):** Ich habe die Ehre, Ihnen aus der SVP-Fraktion den 1. Vizepräsidenten des Parlaments, Christian Burren (parteilos), zur Wahl als Parlamentspräsident 2010 vorzuschlagen. Ich bitte Sie, ihm Ihre Stimme zu geben.

---

**Wahl**

Christian Burren (parteilos) wird zum Parlamentspräsidenten für das Jahr 2010 gewählt.  
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

---

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich gratuliere Christian Burren herzlich zu dieser glanzvollen Wahl und wünsche ihm in diesem Amt Übersicht, Geschick, aber auch viel Glück, ich übergebe hiermit das Präsidium. (*Applaus*)

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich bedanke mich für die Wahl und für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Ich werde mich bemühen, die Erwartungen Ihrerseits zu erfüllen versuchen. Ich freue mich auf die neue und spannende Aufgabe, dies gerade im Hinblick auf die neu gewählten Mitglieder und die neue Fraktion, die anlässlich der Wahlen im November ins Parlament gewählt worden ist. Ich erkläre hiermit die Annahme meiner Wahl.

## 2. Wahl des Parlamentsbüros

1. Vizepräsidium, 2. Vizepräsidium, 2 Stimmzählende

**Jan Remund (Grüne):** Die Fraktion der Grünen Köniz schlägt Ihnen Ursula Wyss zur Wahl als 1. Vizepräsidentin vor.

---

**Wahl**

Ursula Wyss (Grüne) wird zur 1. Vizepräsidentin gewählt.  
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

---

**Hugo Staub (SP):** Die SP-Fraktion schlägt Ihnen Annemarie Berlinger-Staub zur Wahl als 2. Vizepräsidentin vor.

---

**Wahl**

Annemarie Berlinger-Staub (SP) wird zur 2. Vizepräsidentin gewählt.  
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

---

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Wir kommen zur Wahl der Stimmzählenden. Gemäss Art. 40 Abs. 3 der Gemeindeordnung ist bei der Zusammensetzung des Parlamentsbüros auf die Vertretung der einzelnen Parteien angemessen Rücksicht zu nehmen. Der Parteiproporz muss jedoch nicht zwingend eingehalten werden.

**Ignaz Caminada (CVP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion schlägt Ihnen Hermann Gysel (EVP) zur Wahl als Stimmzähler vor.

**Mark Stucki (FDP):** Die FDP/jfk-Fraktion schlägt Ihnen Thomas Herren zur Wahl als Stimmzähler vor.

---

**Wahl**

Der Parlamentspräsident Christian Burren erklärt Hermann Gysel (EVP) und Mark Stucki (FDP) als Stimmzähler als gewählt.

---

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich gratuliere meinen Kollegen im Parlamentsbüro zu ihrer Wahl und freue mich auf eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit. Ich heisse die elf neu gewählten Parlamentsmitglieder willkommen in unserer Mitte und wünsche ihnen eine spannende, interessante Arbeit und viel Zufriedenheit in ihrer neuen Tätigkeit. Ich bin von Ihnen zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt worden. Was können Sie von mir erwarten? Sicher werde ich mich als Parlamentspräsident in diesem Jahr in allen Geschäften neutral verhalten und mich auf die Führung des Parlamentsbetriebes konzentrieren. Sich neutral verhalten und sich nicht mehr zu Geschäften äussern dürfen, ist sicher nicht immer einfach. Einen Vorteil

habe ich jedoch: Als Parteiloser bin ich keiner Partei direkt verpflichtet. Ich halte hier aber fest, dass ich mich in der SVP-Fraktion wohl fühle. Mir ist die Frage gestellt worden, ob die seit zwei Jahren eingeführte Pause weiterhin Bestand haben wird. Pausenschokolade wird es auch 2010 geben, denn diese hat einen grossen und guten Nebeneffekt: In der Pause gibt es weder links noch rechts, sondern alle holen die Pausenverpflegung am gleichen Tisch und können sich während dessen kennen lernen und ins Gespräch kommen. Das ist dem gegenseitigen Verständnis förderlich. Auch der Parlamentsausflug Ende August wird wieder stattfinden. Das genaue Datum werde ich an der Februarsitzung bekanntgeben. Die Sitzordnung wird nicht elementar geändert. Gemeinderat und Verwaltung bleiben an ihren angestammten Plätzen. Das Parlament wird einen neuen Sitzplan erhalten. Im Grossen und Ganzen stelle ich nicht alles auf den Kopf, was aber nicht bedeuten soll, dass nicht die eine oder andere Überraschung noch kommen könnte. Ich möchte jedoch gerne die Dauer unserer Parlamentssitzungen ändern. Ich bin der Meinung, dass nicht jede Sitzung bis um 23.00 Uhr dauern muss, wir erhalten unser Sitzungsgeld auch für weniger Leistung. Um dieses Ziel zu erreichen bin ich jedoch auf die Hilfe von Ihnen allen angewiesen. Auf Ihren Pulten liegen Schattenrisse von Köpfen, die symbolischen Charakter haben. Keiner ist gleich wie der andere und soll aufzeigen, wie verschieden wir Parlamentsmitglieder sind. Eines haben wir aber gemeinsam: Wir wollen alle für unsere Gemeinde Köniz arbeiten und versuchen, sie positiv weiterzuentwickeln. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir vielleicht hier und da unsere Verschiedenheit zu überwinden versuchen. Mein Wunsch ist, dass wir Parlamentsmitglieder ein Wir-Gefühl entwickeln können. Grosse Aufgaben können nur gemeinsam gelöst werden. Das ist auch das Motto der heutigen Parlamentsfeier. Ich wünsche mir eine gute Gesprächskultur, die von gegenseitigem Respekt und von Toleranz gezeichnet ist. Jeder und jede, der etwas zu sagen hat, soll sprechen dürfen. Wer sprechen will und nichts zu sagen hat, soll aber auch schweigen dürfen. Packen wir die anstehenden Aufgaben gemeinsam an.

*Das Schwyzerörgeli quartett Bern-Schwarzenburg spielt einige Stücke aus ihrem Repertoire.*

### 3. Wahl der Geschäftsprüfungskommission

ständige Kommission mit 7 Mitgliedern

---

#### Wahl

Als Mitglieder der GPK werden gewählt: Stefan Lehmann (SVP), Christoph Salzmann (SP), Stephie Staub-Muheim (SP), Hansueli Pestalozzi (Grüne), Rolf Zwahlen (EVP). Andreas Lanz (BDP), Erica Kobel-Itten (FDP)  
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

---

#### Wahl

Christoph Salzmann (SP) wird zum Präsidenten der GPK gewählt.  
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich gratuliere Christoph Salzmann zur Wahl als GPK-Präsident. Damit sich die GPK nun konstituieren kann, schlage ich vor, die Sitzung für 10 Minuten zu unterbrechen.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

**GPK-Präsident Christian Salzmann (SP):** Die GPK hat ihre konstituierende Sitzung abgehalten und folgendes Problem lösen müssen: Es sind nur noch fünf Direktionen zu betreuen, die GPK besteht jedoch aus sieben Mitgliedern. Wir sind zu folgendem Entschluss gekommen: Zwei Direktionen haben wesentlich mehr GPK-Geschäfte zu bearbeiten als die anderen drei. Für die DPF (Direktion Präsidiales und Finanzen) werden zwei Mitglieder vorgesehen. Rolf Zwahlen (EVP) befasst sich schweremässig mit der Stabsabteilung und den Personalfragen und Stefan Lehmann (SVP) mit den Finanzen. Auch für die DPV (Direktion Planung und Verkehr) sind zwei Mitglieder vorgesehen. Erica Kobel-Itten (FDP) und Hansueli Pestalozzi (Grüne). Hier haben wir für die Sitzung im Februar eine provisorische Zuteilung vorgenommen. Die beiden Mitglieder werden die definitive Zuteilung bilateral lösen und zu

einem späteren Zeitpunkt bekanntgeben. Für die DBS (Direktion Bildung und Soziales) wird meine Person zuständig sein. Für die DSL (Direktion Sicherheit und Liegenschaften) wird Stephe Staub-Muheim (SP) verantwortlich sein und für die DUB (Direktion Unterhalt und Betriebe) Andreas Lanz (BDP). Die Stellvertretungen jener drei Direktionen, für die jeweils eine Person verantwortlich ist, werden zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Gemäss Geschäftsreglement des Parlaments ist die Wahl des GPK-Vizepräsidiums Sache des Parlaments. Die GPK kann uns heute jedoch noch keinen Vorschlag unterbreiten und deshalb schlage ich vor, diese Wahl auf die Sitzung im Februar zu verschieben.

#### **4. Wahl der Redaktionskommission** ständige Kommission mit 5 Mitgliedern

---

##### **Wahl**

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt die vorgeschlagenen Mitglieder Bernhard Bichsel (jfk), Liz Fischli-Giesser (Grüne), Annemarie Berlinger-Staub (SP), Ruedi Lüthi (SP) und Elisabeth Rügsegger (SVP), als gewählt erklärt.

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt Annemarie Berlinger-Staub (SP) als Präsidentin der Redaktionskommission als gewählt.

---

#### **5. Wahl der Kommission für Soziale Fragen** ständige Kommission mit 7 Mitgliedern

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Das für die Direktion (DBS) zuständige GPK-Mitglied ist von Amtes wegen als Mitglied in die KSF zu wählen. Dies war der Grund, warum sich die GPK an der heutigen Sitzung konstituieren musste.

---

##### **Wahl**

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt die vorgeschlagenen Mitglieder Ulrich Witschi (BDP), Ignaz Caminada (CVP), Barbara Perriard (FDP), Ursula Wyss (Grüne), Christian Roth (SP), Christoph Salzmann (SP) und Hans Moser (SVP) als Mitglieder der Kommission für Soziale Fragen als gewählt.

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt Hans Moser (SVP) als Präsident der Kommission für Soziale Fragen als gewählt.

---

#### **6. Wahl der Kommission Tramprojekte** nichtständige Kommission mit 9 Mitgliedern

---

##### **Wahl**

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt die vorgeschlagenen Mitglieder Thomas Eduard Frey (BDP), Barbara Thür (GLP), Heinz Engi (FDP), Mark Stucki (FDP), Jan Remund (Grüne), Annemarie Berlinger-Staub (SP), Anna Mäder (SP), Niklaus Hofer (SVP) und Thomas Verdun (SVP), werden von als Mitglieder der Kommission Tramprojekte als gewählt.

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt Niklaus Hofer (SVP) als Präsident der Kommission Tramprojekte als gewählt.

---

## 7. Wahl der Kommission Reklamereglement

nichtständige Kommission mit 7 Mitgliedern

### Wahl

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt die vorgeschlagenen Mitglieder Philippe Guéra (BDP), Rolf Zwahlen (EVP), Erica Kobel-Itten (FDP), Liz Fischli-Giesser (Grüne), Annemarie Berlinger-Staub (SP), Mario Fedeli (SP) und Stefan Lehmann (SVP) als gewählt. Parlamentspräsident Christian Burren erklärt Liz Fischli-Giesser (Grüne) als Präsidentin der Kommission Reklamereglement als gewählt.

*Das Schwyzerörgeli quartett Bern-Schwarzenburg spielt nochmals auf.*

## 8. Wahl der Vormundschaftsbehörde

Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Der Vorschlag des Gemeinderates für die Besetzung dieser Behörde liegt Ihnen vor. Der Sitz der SVP ist noch vakant und wird zu einem späteren Zeitpunkt besetzt.

### Wahl

- Als Mitglieder der Vormundschaftsbehörde werden für die Amtsdauer vom 1. Februar 2010 bis 31. Januar 2014 gewählt:

Name	Vorname	Beruf	Ort	Partei	Anspruch	neu/bisher
Ackermann	Kurt	Unternehmer	Köniz	FDP	FDP	bisher
Bruggisser	Andreas	Fürsprecher/ Gerichtspräsident	Niederwangen	SP	SP	bisher
Bussard	Gertrud	Hauswirtschaftslehrerin / Hausfrau	Liebefeld	BDP	BDP	bisher
Engler	Björn	Lehrer	Oberwangen	FDP	FDP	bisher
Streiff	Jürg	Lehrer BFF, Supervisor BSO	Oberwangen	EVP	EVP	bisher
Ruth	Urs	lic.oec. HSG	Wabern	LdU	GP	bisher
Wälchli	Nelly	Sekretärin	Schliern	SP	SP	bisher
vakant					SVP	

- Die Fachstelle Parlament wird beauftragt, den Gewählten die Wahl schriftlich zu bestätigen. (abgegebene Stimmen: Einstimmig)

## 9. Ersatzwahlen Schulkommissionen

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt dieses Traktandum.

## 10. Protokoll der Parlamentssitzung vom 7. Dezember 2009

(Protokoll wird nachversandt)

Die aus dem Parlament ausgeschiedenen Mitglieder haben das Protokoll dieser Sitzung noch erhalten. Niemand von Ihnen hat Korrekturen angebracht. Das Protokoll der Sitzung vom 7. Dezember 2009 wird mit Dank an die Verfasserin genehmigt.

## 11. Verschiedenes

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Eine Information in Bezug auf den Winterdienst: Aufgrund der momentanen Witterungsverhältnisse ist unser Personal im Strassenunterhalt stark gefordert. Den Medien konnte entnommen werden, dass zurzeit verschiedenenorts Alternativen für das Salzen und Splitten der Strassen ausprobiert werden: Holzschnitzel mit Sole getränkt oder in Wasser aufgelöste Sole und seit Neuestem die Zuckering von verschneiten Strassen. Wir haben mit der Stadt Bern in Bezug auf die Holzschnitzel-Methode Kontakt aufgenommen und 100 kg davon besorgt. Wir testen diese zurzeit auf öffentlichen Treppen im Spiegel. Mit dem Kanton Bern werden wir im Frühling in Bezug auf die Ergebnisse der Versuche mit der Zuckering von verschneiten Strassen Kontakt aufnehmen.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Die Fraktionspräsidien werden eine Einladung für eine Sitzung am 2. Februar 2010, 18.00 – 19.00 Uhr erhalten. Thema wird die Organisation des Parlamentsbetriebs. Wer nicht teilnehmen kann, soll für diese wichtige Sitzung eine Ersatzperson bestimmen, damit jede Fraktion vertreten ist.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren  
Parlamentspräsident

Markus Heinzer  
Parlamentssekretär





Gemeinde  
**Köniz**

**Parlament**  
Fachstelle Parlament

T 031 970 92 06  
parlament@koeniz.ch  
www.parlament.koeniz.ch

## Parlamentssitzung 15. Februar 2010

## Protokoll

Aula Schule Hessgut (Liebefeld)  
19.00 – 21.45 Uhr

**Vorsitz** Christian Burren (parteilos)

### Anwesend

Annemarie Berlinger-Staub (SP)  
Bernhard Bichsel (jfk)  
Ignaz Caminada (CVP)  
Heinz Engi (FDP)  
Mario Fedeli (SP)  
Liz Fischli-Giesser (Grüne)  
Thomas Frey (BDP)  
Martin Graber (SP)  
Philippe Guéra (BDP)  
Hermann Gysel (EVP)  
Thomas Herren (FDP)  
Niklaus Hofer (SVP)  
Franziska Keller (BDP)  
Erica Kobel-Itten (FDP)  
Hanspeter Kohler (FDP)  
Daniel Krebs (SVP)  
Stefan Lehmann (SVP)  
Andreas Lanz (BDP)  
Patrik Locher (EVP)  
Ruedi Lüthi (SP)

Anna Mäder (SP)  
Urs Maibach (Grüne)  
Hans Moser (SVP)  
Heinz Nacht (SVP)  
Barbara Perriard (FDP)  
Hansueli Pestalozzi (Grüne)  
Jan Remund (Grüne)  
Christian Roth (SP)  
Elisabeth Rügsegger (SVP)  
Christoph Salzmann (SP)  
Laavanja Sinnadurai (SP)  
Hugo Staub (SP)  
Stephie Staub-Muheim (SP)  
Mark Stucki (FDP)  
Barbara Thür (GLP)  
Thomas Verdun (SVP)  
Ulrich Witschi (BDP)  
Ursula Wyss (Grüne)  
Rolf Zwahlen (EVP)

**Gemeinderat** Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident  
Ueli Studer (SVP), Vizepräsident  
Rita Haudenschild (Grüne)

Katrin Sedlmayer (SP)  
Urs Wilk (FDP)

**Sekretär** Markus Heinzer

**Protokoll** Ruth Spahr

**Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 15. Januar 2010 .....</b>	<b>11</b>
<b>2. Wahl GPK-Vizepräsidium.....</b>	<b>11</b>
<b>3. Kommissionsersatzwahlen.....</b>	<b>11</b>
<b>4. Modernes Personalrecht: Einsetzung einer parlamentarischen Kommission .....</b>	<b>12</b>
<b>5. Sanierung Kirchstrasse: Abschnitt Gurtenbühl bis Eisenbahnunterführung .....</b>	<b>12</b>
<b>6. Konzept zur Förderung der Integration der Migrantinnen und Migranten.....</b>	<b>16</b>
<b>7. 0921 Postulat (SP) "Organischer Abfall zur Energiegewinnung einsammeln?" .....</b>	<b>20</b>
<b>8. 0932 Postulat (FDP/jfk) "Liberale Familienpolitik - Pilotversuch Betreuungsgutscheine" .....</b>	<b>22</b>
<b>9. 0933 Postulat (jfk) "Glasfasernetz Köniz" .....</b>	<b>26</b>
<b>10. 0934 Interpellation (Roth, SP) "Wie ist der Könizer Sozialdienst in Zeiten der Rezession positioniert?" .....</b>	<b>27</b>
<b>11. Verschiedenes.....</b>	<b>28</b>

## **Begrüssung**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich begrüsse Sie zur ersten "wirklichen" Parlamentssitzung im 2010.

## **Appell**

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 39 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## **Mitteilungen**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** An einer Sitzung habe ich mit den Fraktionspräsidien besprochen, dass ich die Parlamentssitzungen möglichst effizient gestalten will. Ich gehe davon aus, dass Sie von Ihren Fraktionspräsidien darüber informiert worden sind. Ich möchte hier nur auf einen Punkt eingehen. Wir wollen in Zukunft auf den Appell verzichten. Wer nicht anwesend sein kann, ist verpflichtet sich zu entschuldigen. Somit hat das Parlamentssekretariat den Überblick. Gemäss Geschäftsreglement des Parlaments ist die Durchführung des Appells nicht zwingend vorgesehen. Der Aktenversand zur heutigen Sitzung hat am 21. Januar 2010 stattgefunden und per E-Mail ist ein Nachversand für eine Ersatzwahl in die Schulkommission Wabern am 5. Februar 2010 verschickt worden.

## **Traktandenliste**

Die Traktandenliste wird genehmigt.

### **1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 15. Januar 2010**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Das Protokoll der Sitzung vom 15. Januar 2010 wird genehmigt.

### **2. Wahl GPK-Vizepräsidium**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** An der Parlamentssitzung vom 15. Januar 2010 konnte die GPK noch nicht bekanntgeben, wer das Vizepräsidium übernimmt. Die Wahl wurde für heute traktandiert. Die FDP schlägt Ihnen für das Amt des GPK-Vizepräsidiums Erica Kobel-Ippen zur Wahl vor.

---

#### **Wahl**

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt Erica Kobel-Ippen (FDP) als Vizepräsidentin der GPK als gewählt und wünscht ihr viel Genugtuung im Amt.

---

### **3. Kommissionsersatzwahlen**

---

#### **Wahl**

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt Herrn Simeon Hilty, Wabern (GLP), als Mitglied der Schulkommission Wabern für den Rest der laufenden Amtszeit, d. h. bis 31. Juli 2010, als gewählt.

---

#### 4. Modernes Personalrecht: Einsetzung einer parlamentarischen Kommission

Beschluss und Wahl; Direktion Präsidiales und Finanzen

**GPK-Referent Rolf Zwahlen (EVP):** Bei diesem Geschäft handelt es sich um die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Begleitung der Gesamtrevision des Personal- und Lohnreglements, sowie um die Verlängerung der Erfüllungsfrist der beiden parlamentarischen Vorstösse, des Postulats 0717 "Vaterschaftsurlaub für Gemeindeangestellte" und der Motion 0725 "Für ein Modernes Personalrecht". Heute wird nicht über Inhalte oder Vorstellungen zum Projekt diskutiert. Einer der Gründe, weshalb diese Kommission bereits jetzt gewählt werden soll, ist die Verlängerung der Erfüllungsfrist, auch wenn sie ihre Arbeit erst im Oktober 2010 aufnehmen wird. Der andere Grund liegt im Ihnen nun vorliegenden überarbeiteten Terminplan, den die GPK letzten Herbst vom Gemeinderat gefordert hat. Ursprünglich hat der Gemeinderat das neue Reglement per 1. Januar 2011 in Kraft setzen wollen. Während der Vorarbeiten ist aber bald einmal klar geworden, dass der Zeitplan zu eng wird. Da die Inkraftsetzung nur auf einen Jahreswechsel erfolgen kann, bleibt somit nur der Zieltermin 1. Januar 2012. Die GPK konnte sich vergewissern, dass die Erarbeitung der Entwürfe unter der Co-Leitung der Personalabteilung und der Fachstelle Recht im Zeitplan sind. Mit 7 : 0 Stimmen empfiehlt Ihnen die GPK, der Einsetzung einer nichtständigen Kommission "Modernes Personalrecht" mit neun Mitgliedern gemäss dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und die Erfüllungsfrist der beiden hängigen Vorstösse zu verlängern.

---

##### Beschluss

1. Das Parlament setzt zur Begleitung der Gesamtrevision von Personal- und Lohnreglement eine nichtständige Kommission "Modernes Personalrecht" ein.
  2. Die Kommission besteht aus 9 Parlamentsmitgliedern; für die Zusammensetzung ist der Verhältnisschlüssel massgebend, der sich aus den letzten Wahlen ergeben hat.
  3. Die Kommission hat folgende Aufgabe: Vorberatung der Gesamtrevision des heutigen Personal- und Lohnreglements.
  4. Der Auftrag der Kommission dauert bis Ende 2011.
- (abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)
- 

##### Wahl

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt folgende Personen als Mitglieder der nichtständigen Kommission "Modernes Personalrecht" als gewählt: Philippe Guéra (BDP), Hermann Gysel (EVP), Thomas Herren (FDP), Barbara Perriard (FDP), Ursula Wyss (Grüne), Ruedi Lüthi (SP), Mario Fedeli (SP), Stefan Lehmann (SVP) und Heinz Nacht (SVP).

---

##### Wahl

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt Philippe Guéra (BDP) als Kommissionspräsident der nichtständigen Kommission "Modernes Personalrecht" als gewählt.

---

##### Beschluss

Die Frist für die Erfüllung des Postulats 0717 "Vaterschaftsurlaub für Gemeindeangestellte" wird bis 31.12.2011 verlängert.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

##### Beschluss

Die Frist für die Erfüllung der Motion 0725 "Für ein Modernes Personalrecht" wird bis 31.12.2011 verlängert.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

#### 5. Sanierung Kirchstrasse: Abschnitt Gurtenbühl bis Eisenbahnunterführung

Kredit; Direktion Planung und Verkehr / Direktion Umwelt und Betriebe

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich sehe vor, eine allgemeine Diskussion zu führen, möchte jedoch auf eine Detailberatung verzichten. Wir stimmen anschliessend separat über die Punkte 1 und 2 des Antrags des Gemeinderates ab.

**GPK-Referent Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Drei Bauwerke der Gemeinde Köniz befanden sich in einem alarmierenden Bauzustand. Der Lehnenviadukt mit dem überhängenden Trottoir im nun zur Sanierung vorgesehenen Abschnitt der Kirchstrasse ist das letzte, das noch saniert werden muss. Es handelt sich um die zweite Etappe der Sanierung der Kirchstrasse; die erste Etappe betraf den Abschnitt vom Kreisel Hessesstrasse bis zur Kreuzung Morillonstrasse. In der GPK ist gefragt worden, weshalb dieses Geschäft nicht bereits früher an die Hand genommen worden ist. Dies sei infolge personeller Engpässe nicht möglich gewesen, wurde geantwortet. Über die Kirchstrasse fahren täglich rund 6'000 Fahrzeuge und die Ortsbuslinie 29 befährt sie im 10-Minuten-Takt. Auf dem zu sanierenden Abschnitt ist Höchsttempo 40 signalisiert. Die Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit wird mittels Radaranlage überwacht, die Tempolimite wird vorbildlich eingehalten. Im Projekt ist vorgesehen, den Lehnenviadukt abzubauen und stattdessen eine Winkelstützmauer zu erstellen. Die wesentlichste Neuerung ist ein grosses Anliegen der Anwohnenden: Die Verlegung des Trottoirs auf die Siedlungsseite. Die neue Winkelstützmauer wird so nahe wie möglich an die Bahnlinie gebaut, dies unter Berücksichtigung des geplanten Ausbaus der Bahnlinie auf Doppelspur. Baubeginn ist – sofern wir dem Geschäft zustimmen – im Frühjahr 2010. Die Bauzeit beträgt ungefähr 1 Jahr. Die Auswirkungen auf den Fussverkehr: Da das Trottoir auf die Siedlungsseite verlegt wird, werden beide bestehenden Fussgängerquerungen beibehalten. Auf die Frage in der GPK, ob die beiden Fussgängerstreifen durch Mittelinseln sicherer gemacht werden können, ist zugesichert worden, dass die Realisierung einer Mittelinsel beim Fussgängerstreifen Frischingweg geprüft wird. Der Fussgängerstreifen bei der Unterführung befindet sich ausserhalb des zur Sanierung vorgesehenen Perimeters. Die Realisierung einer Mittelinsel dort muss beim Ausbau der Bahnlinie auf Doppelspur geprüft werden. Für den motorisierten Individualverkehr bleibt alles wie bisher. Da es sich um einen Schulweg handelt und der Strassenabschnitt unübersichtlich ist, wird die Tempolimite 40 beibehalten. Es wird eine Kernfahrbahn ohne Mittelstreifen realisiert und die Fahrbahnbreite beträgt durchgehend 6.30 Meter. Für einen Velostreifen ist die Fahrbahn zu eng. Auf die Frage, wieso die Strasse nicht bis zur Stützmauer verbreitert werden kann, wurde geantwortet, dass aufgrund von Sicherheitsbestimmungen der Bahn zwischen der Mauer – die einen hohen Sicherheitszaun erhält – und der Leitplanke ein Minimalabstand von 80 Zentimetern notwendig ist. Wie Sie Ihren Unterlagen entnehmen können, werden graue Streifen auf die Fahrbahn aufgemalt, die die Auto fahrenden in die Mitte der Fahrbahn lenken sollen. Die Buslinie 29 soll während der ganzen Bauzeit aufrechterhalten bleiben, der Verkehr wird mit einer Lichtsignalanlage einspurig geführt. An der GPK-Sitzung ist zugesichert worden, dass die Lichtsignalanlage busgesteuert ist, damit die Fahrplanstabilität aufrechterhalten bleibt. Zum Lärmschutz: Aktuell werden die Immissionsgrenzwerte im Sanierungsperimeter bei 8 Liegenschaften überschritten. Im Jahr 2029 werden, aufgrund der prognostizierten Zunahme des Verkehrs, 10 Liegenschaften mit übermässigen Lärmimmissionen belastet sein. Dabei werden ca. 40 Personen von zu hohen Lärmimmissionen betroffen sein. Die Alarmwerte und auch die "Fensterwerte" (Ersatz der bestehenden Fenster durch Lärmschutzfenster) werden bei keinem Gebäude erreicht oder überschritten. Da sämtliche Liegenschaften durch die lärmtechnischen Massnahmen beeinträchtigt würden (Lärmschutzwandhöhe 2.50 bis 3.00 Meter) und die Massnahmen das Ortsbild selbst beeinträchtigen würden, hat die Gemeinde beim Kanton Antrag um Gewährung von Erleichterungen nach Art. 14 LSV gestellt. Zurzeit liegt eine mündliche Zusicherung vor, dass die Erleichterungen gewährt werden.

Zu den Finanzen: Die Kostenschätzung basiert auf einer Richtofferte des Ingenieurbüros Bächtold & Moor. Wie den Unterlagen entnommen werden kann, werden die Kosten von ursprünglich vorgesehenen 2,1 Millionen Franken voraussichtlich auf 2,86 Millionen Franken steigen, d. h. Mehrkosten von rund 750'000 Franken. Wir haben nach den Gründen für die Mehrkosten gefragt. Der erste Grund: Unter der Kirchstrasse verläuft eine Schmutzwasserleitung. Im bisherigen Katasterplan war der genaue Verlauf dieser Leitung nicht ganz klar ersichtlich. Abklärungen haben nun ergeben, dass diese genau dort verläuft, wo sich das Fundament der Winkelstützmauer befinden wird. Folgende Lösung ist gefunden worden: Die Schmutzwasserleitung ist überdimensioniert, da sie für eine Einwohnerzahl von über 200'000 realisiert worden ist. In diese überdimensionierte Leitung kann nun eine zweite mit einem kleineren Querschnitt verlegt werden. Damit kann der Kanalquerschnitt verstärkt und die Mauer auf diese Leitung gestellt werden. Ein zweiter Grund für Mehrkosten liegt darin, dass man ursprünglich der Meinung war, die bergseitige Strassenhälfte mit der Kofferung beibehalten zu können. Da jedoch die Strassenentwässerung und Wasserleitungen ersetzt werden müssen, muss auch die Kofferung ersetzt werden. Ein dritter Grund für Mehrkosten sind die Sicherheitsanforderungen der BLS. Ursprünglich haben die BLS eine Absperrung gefordert, die Kosten in der Höhe von 150'000 Franken generiert hätte. Nun wird jedoch die Realisierung einer Schutzmauer für 300'000 Franken gefordert. Auf unsere Nachfragen hin ist es nicht

möglich, von den BLS eine Kostenbeteiligung einzufordern. Im IAFP sind Kosten von 2,1 Millionen Franken enthalten. Der Mehraufwand von 760'000 Franken wird im Jahr 2011 in die Kontengruppe 2420 im IAFP aufgenommen.

Gleichzeitig mit dem Projekt ist beschlossen worden, die 90-jährigen Wasserleitungen zu ersetzen. Das ist sinnvoll, da diese am Ende ihrer Lebensdauer sind. Die Kosten dafür betragen 263'000 Franken und gehen zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasser.

Die Frage ist aufgetaucht, ob die Kosten mit einer Totalsperrung der Kirchstrasse gesenkt werden könnten. Hier ist uns geantwortet worden, dass eine Totalsperrung der Kirchstrasse wegen der Buslinie 29 nicht möglich ist.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Thomas Verdun (SVP):** Ich danke zuerst für die uns zugestellten guten Unterlagen. Die SVP-Fraktion ist einstimmig zum Schluss gekommen, dass die Sanierung der Kirchstrasse auf diesem Abschnitt kein Können oder Dürfen, sondern ein Müssen ist. Das uns vorliegende Projekt ist konzeptionell vernünftig ausgearbeitet und steuert aktiv zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden sowie der Anwohnenden bei. Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Auch die Grünen Köniz werden dem Kredit für die Sanierung der Kirchstrasse gemäss dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. Die Konstruktion des Lehnenviadukts ist baufällig und eine Sanierung dringend notwendig. Die Verlegung des Trottoirs auf die Siedlungsseite der Kirchstrasse bringt den Anwohnenden eine deutliche Verbesserung der Verkehrssicherheit. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sind gerechtfertigt, handelt es sich doch um einen wichtigen Schulweg. Die geplante Aufmalung von grauen Streifen auf der Fahrbahn ist in unseren Augen richtig. Zwei Punkte sind allenfalls zu prüfen: Besteht die Möglichkeit, von Wabern her in der Steigung einen Velostreifen zu realisieren? Auch ist in unseren Augen zu prüfen, ob bei den beiden Fussgängerquerungen eine Mittelinsel erstellt werden kann. Die Tempolimit 40 ist auf diesem Abschnitt akzeptabel. In unseren Augen könnte auch über Tempo 30 diskutiert werden.

**Fraktionssprecher Ruedi Lüthi (SP):** Auch der SP-Fraktion ist die Verlegung des Trottoirs auf die Siedlungsseite wichtig. Die Kirchstrasse ist nicht nur ein wichtiger Schulweg. Seit einigen Jahren besuchen die Kinder des Gurtenbühlquartiers den Kindergarten im Morillon und müssen deshalb die Kirchstrasse queren. Aus diesem Grund ist unser Anliegen, die bestehenden Fussgängerstreifen zu erhalten und die Realisierung von je einer Mittelinsel zu prüfen. Wir haben erfahren, dass keine Lärmschutzwände erstellt werden. Unsere Frage ist, ob darüber mit den Anwohnenden bereits gesprochen worden ist. Die SP-Fraktion wird dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

**Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP):** Dass der Zustand dieses Abschnitts der Kirchstrasse sehr schlecht und eine Sanierung dringend notwendig ist, kann dem Zustandsrapport aus dem Jahr 2007 entnommen werden. Besonders gut und wichtig findet die CVP/EVP/GLP-Fraktion die Verbreiterung des Trottoirs auf der ganzen Länge auf 2 Meter und vor allem die Verlegung auf die Siedlungsseite. Das hat zur Folge, dass die Passanten den Fussgängerstreifen bei der Unterführung mehr benützen werden müssen. Die Verlegung des Trottoirs auf die Siedlungsseite dient jedoch der Verkehrssicherheit und vor allem dem Quartier. Der Ersatz des Mittelstreifens durch zwei Seitenstreifen stellt in unseren Augen kein Problem dar. Die Seitenstreifen dürfen jedoch keine Gefahr für die Velofahrenden bedeuten. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

**Fraktionssprecher Thomas Herren (FDP):** Ich schicke voraus, dass die FDP/jfk-Fraktion dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderates zustimmen wird. Das hält uns jedoch nicht davon ab, einige kritische Bemerkungen inhaltlicher Natur anzubringen. Auch aus unserer Sicht kann hier nicht über ein Wollen, sondern muss über ein Müssen debattiert werden. Wir fragen uns auch, weshalb wir dieses Müssen nicht schon lange hinter uns gebracht haben. In den ausführlichen und gut nachvollziehbaren Unterlagen ist in den Zustandsrapporten aus dem Jahr 2007 von "alarmierenden Zuständen" die Rede. Fachleute haben damals empfohlen, die Sanierung umgehend, d. h. ein Jahr später vorzunehmen. Wir fragen uns, weshalb die Sanierung erst jetzt vorgenommen wird und warum für die Verspätung Ressourcenprobleme

geltend gemacht werden. Ein weiterer Punkt betrifft die Verlegung des Trottoirs auf die so genannt "richtige" Seite. Das ist sicher gut und richtig. Diese Verlegung bedingt aber bei der Unterführung eine Querung der Kirchstrasse. Wenn ich richtig verstanden habe, bleibt das Trottoir ab Unterführung bis nach Wabern – mindestens vorderhand – auf der bisherigen Seite bestehen. Hier schliesst sich die Frage an, wann der Abschnitt ab Unterführung bis Wabern saniert werden soll. Könnte dies allenfalls beschleunigt werden? Als letzten Punkt weise ich darauf hin, dass sich auch unsere Fraktion an den aufgeführten Mehrkosten stört, die erst zu einem späteren Zeitpunkt festgestellt worden sind. Insbesondere an den Mehrkosten von 300'000 Franken für die Schutzwand.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke den Votanten für ihre unterstützenden Voten. Das Kompliment für die guten Unterlagen freut mich und ich werde dieses weiterleiten. Zu den angesprochenen Punkten im Einzelnen: Es ist gefragt worden, weshalb die Sanierung erst jetzt vorgenommen wird. Ich verstehe diese Kritik. Es handelte sich aber nicht nur um ein Ressourcenproblem, sondern von den drei zu sanierenden Brücken ist der Lehnenviadukt das komplexeste Projekt. Wir können hier nicht allein ausführen, sondern müssen zusammen mit den BLS eine Lösung finden und das hat zur langen Projektierungszeit beigetragen. Der Wunsch, nach der Unterführung in Richtung Köniz einen Velostreifen zu realisieren, scheidert an der zu wenig breiten Strasse, weil dafür 1.50 Meter benötigt werden. Auch uns ist es ein Anliegen, beim Frischingweg eine Mittelinsel zu realisieren. Wir prüfen das momentan. Ich habe mir wie Patrik Locher auch die Frage gestellt, ob die grauen Seitenstreifen für Velofahrende nicht gefährlich sein können. Die vorgesehenen Streifen sind jedoch nicht gefährlich, das kann ich aufgrund von Erfahrungen hier festhalten, die wir mit solchen Streifen in der Sensematt gemacht haben. Die Streifen senken das Tempo der Autofahrenden quasi automatisch, weil damit das Strassenbild optisch verengt wird. Die Verlegung des Trottoirs auf die Siedlungsseite bedingt eine zweite Querung der Kirchstrasse, das hat Thomas Herren richtig festgestellt. Da sich das Trottoir jedoch auf der Siedlungsseite befinden wird, handelt es sich trotzdem um eine klare Verbesserung der Situation. Wir sind zurzeit an der Planung der Sanierung des dritten Abschnitts der Kirchstrasse. Es ist eine Gestaltungsstudie ausgelöst worden, die zugleich die Sanierung der Dorfstrasse in Wabern beinhaltet. Dem Wabernleist ist diese bereits vorgestellt worden und das Echo war gut. Unser Ziel ist, dem Parlament noch in diesem Jahr für die 3. Etappe einen Kreditantrag zu stellen. Für die Fragen in Bezug auf Lärmschutz übergebe ich das Wort an Gemeinderätin Rita Haudenschild.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** In Bezug auf Lärm wählen wir dasselbe Verfahren wie bei der Sanierung des Abschnitts Hessesstrasse bis Morillon. Auch dort sind uns vom Kanton Erleichterungen genehmigt worden. Die Zusicherung, dass die Schallschutzmassnahmen bei den Gebäuden nicht vorgenommen werden müssen, haben wir am 15. Dezember 2009 erhalten. Das Verfahren läuft wie folgt ab: Wenn dem Kredit heute zugestimmt wird, werden die beschwerdeberechtigten Verfügungen zusammen mit einem Informationsblatt an die Betroffenen verschickt. Auf diesem Informationsblatt sind die technischen Daten – was Empfindlichkeitsstufen oder Immissions-, Alarm- oder Fensterwerte sind – erläutert. Es wird auch aufgezeigt, was die Anwohnenden vornehmen können. Dieses Vorgehen hat sich bewährt und wir gehen wieder genau so vor. Zu den Fensterwerten: Diese sind keine offiziellen, sondern von den Kantonen festgelegten Grenzwerte zwischen dem Immissions- und dem Alarmgrenzwert. Sobald dieser überschritten wird, wird im Kanton Bern der vollständige Fensterersatz bezahlt. Diese Werte werden jedoch bei keinem Haus erreicht.

---

#### **Beschluss**

Für die Totalsanierung der Kirchstrasse, Abschnitt Gurtenbühl bis Eisenbahnunterführung, wird ein Kredit von CHF 2'860'000.00, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu Lasten Konto 242.501.0343 bewilligt.  
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

---

#### **Beschluss**

Für den Wasserleitungersatz wird ein Kredit von CHF 263'000.00, zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 520.501.4335 bewilligt.  
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

---

## 6. Konzept zur Förderung der Integration der Migrantinnen und Migranten

Kenntnisnahme; Direktion Bildung und Soziales

**GPK-Referent Christoph Salzmann (SP):** Zuerst einen grossen Dank an den Gemeinderat und die DBS (Direktion Bildung und Sport) für die Ausarbeitung des vorliegenden Konzepts. Grundlage des Geschäfts sind die überparteiliche Motion 0524 "Integrationsleitbild" und Art. 6 des Integrationsreglements vom 5. Mai 2008.

Bereits in der ersten Hälfte des zu Ende gehenden Jahrzehnts sind etliche Vorstösse zu diesem Thema eingereicht worden. Das Thema liegt sozusagen in der Luft. Bei der Erarbeitung des Konzepts sind viele Kreise in die Mitwirkung einbezogen worden. Neben Art. 6 des Integrationsreglements berücksichtigt das Konzept auch die eidgenössische Gesetzgebung und das kantonale Leitbild zur Migration. Wir haben uns über die Kostenfolgen des Konzepts unterhalten. Dass nichts Genaueres darüber im Konzept aufgeführt ist, hat seinen Grund: Ein Konzept ist ein Plan bzw. eine Absichtserklärung und enthält viele noch auszuarbeitende Massnahmen, deren Kosten noch nicht in ihrer Tragweite und ganzen Breite bekannt sind. Viele Massnahmen werden nicht kostenintensiv sein. Vieles kann im normalen Budget untergebracht werden. Im Jahr 2010 sind z. B. Bruttoausgaben von 240'000 Franken und Einnahmen von 140'000 Franken vorgesehen. Das betrifft sowohl die Integration als auch die Asylkoordination. Zusätzlich hat der Gemeinderat für Neues in diesem Zusammenhang im Jahr 2010 noch weitere 40'000 Franken budgetiert. Letztes Jahr wurde die Integrationsfachstelle geschaffen, die viele der vorgesehenen Massnahmen umsetzen können wird. Vorläufig ist die Fachstelle Integration zu 50 Prozent besetzt; bewilligt und gewährt sind 80 Prozent. Grössere Massnahmen, die teuer werden, müssen im dannzumaligen Budgetprozess im Gesamtzusammenhang abgewogen werden. Es wäre nicht klug, hier bereits Präjudizien zu schaffen. Viele im Konzept aufgeführten Massnahmen beziehen sich auf Information, Sensibilisierung und Schulung. Sensibilisierung der Migrantinnen und Migranten, aber auch von Behörden, Instanzen und Institutionen, die sich mit ihnen beschäftigen. Es ist auf Ideen verzichtet worden, die sich aufgrund fehlender gesetzlicher Grundlagen nicht umsetzen lassen, z. B. die Idee, dass im Subventionsverfahren das Kriterium "Migrationsfreundlichkeit" aufgenommen werden könnte. Ein anderes Beispiel sind die viel diskutierten Integrationsvereinbarungen, die zwar auf eidgenössischer Ebene vorgesehen sind, sich jedoch relativ schlecht auf Gemeindeebene umsetzen lassen. Dies deshalb, weil man über keine Sanktionsmöglichkeiten verfügt. So lange jemand sein Leben selbstständig gestalten kann, kann er nicht sanktioniert werden. Bei Sozialhilfeempfangenden ist die Einleitung von Integrationsmassnahmen möglich. Deshalb wird auf den Begriff "Integrationsvereinbarungen" verzichtet und mit der Erklärung über Rechte und Pflichten auf Seite 17 im Kapitel "Information" ersetzt.

Sowohl in der KSF als auch in der GPK sind tiefer gehende Fragen gestellt worden. Eine wichtige und rasch umzusetzende Massnahme wird ein Informationsschreiben an Neuzuziehende sein. Man verzichtet aber auf Begrüssungsgespräche, d. h. Hausbesuche, da diese relativ aufwändig und für viele nicht opportun sind, denken wir hier an einen gut ausgebildeten Informatiker aus England oder an eine Chefärztin aus Deutschland. Es ist viel besser, Gespräche und Beratungen dort zu führen, wo sie nötig sind. Das ist vorgesehen. Das Begrüssungsschreiben ist in deutscher Sprache verfasst, was eine erste Aufforderung bedeuten soll. Eine vertiefte Informationsmappe wird in diversen Sprachen zur Verfügung stehen. Ein weiterer Punkt ist die Frühförderung, die sich noch in der Entwicklung befindet. Hier ist noch wenig Konkretes vorhanden ist und parlamentarische Vorstösse sind hängig. Die Frühförderung wird nicht nur Migrantinnen und Migranten oder deren Kinder betreffen, sondern noch andere Kreise. Der Besuch der Einbürgerungskurse ist ab 1. Januar 2010 obligatorisch. Die Gemeinden sollten zusammen kooperieren, damit nicht jede für sich alleine solche anbietet. Das muss jedoch noch abgeklärt und aufgebaut werden. Im Bereich Arbeit und Wohnen sei wenig Griffbares im Konzept, wurde von einem KSF-Mitglied bemängelt. Die Gemeinde solle hier Vorbildcharakter ausüben und z. B. bei Anstellungen Migrantinnen und Migranten berücksichtigen. Wir haben hier zur Antwort erhalten, das gehöre nicht ins Migrationskonzept, sondern in die Personalstrategie. Die Migrationskonferenz auf Seite 25 ist eine Fachkonferenz, hier sind keine politischen Vertretungen vorgesehen. Im Anhang werden die Zeitperspektiven für die Umsetzung der Massnahmen aufgezeigt. Sie sind jedoch noch nicht priorisiert. Voraussichtlich wird in den Bereichen Information und Schulung vieles schneller umgesetzt werden können.

Das Konzeptpapier ist für Fachleute und für Behörden verfasst worden, die damit arbeiten müssen. Es handelt sich nicht um ein PR-Instrument für die Öffentlichkeit. PR-Instrumente sind



da und dort als Massnahme im Konzept aufgeführt. Die KSF hat vom Konzept mit 4 Stimmen zustimmend und 1 Stimme teilweise zustimmend Kenntnis genommen. Teilweise zustimmend deshalb, weil das Konzept in Vielem zu wenig weit geht. Die GPK hat mit 7 Stimmen zustimmend Kenntnis genommen.

Die Mitglieder der GPK empfehlen dem Parlament inoffiziell, die Motion 0524 "Integrationsleitbild" abzuschreiben.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Hans Moser (SVP):** Das Konzept zur Förderung der Integration der Migrantinnen und Migranten in der Gemeinde Köniz ist in unseren Augen gut und klar. Es ist gut gegliedert, modular aufgebaut und ausführlich. Wir danken der DBS für das nachvollziehbare Dokument. Damit ist ein guter Leitfaden für die Umsetzung vorhanden, der bei Bedarf aktualisiert werden kann. Die Fachstelle Integration ist laufend an der Arbeit. Richtig und wichtig ist, dass das Konzept in deutscher Sprache vorhanden ist, denn für eine gute Integration ist die Beherrschung dieser Sprache Voraussetzung. In der KSF ist das Thema ausführlich diskutiert worden und es wäre vermessen, hier nochmals im Detail darüber zu debattieren. Die SVP-Fraktion wird zustimmend Kenntnis vom Konzept nehmen und der Abschreibung der Motion 0524 "Integrationsleitbild" einstimmig zustimmen.

**Fraktionssprecher Ignaz Caminada (CVP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion unterstützt das vorliegende Konzept voll und ganz und dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für das umfangreiche Dokument und die wertvollen Anhänge. Positiv zu werten ist, dass die Gemeinde Köniz das Rad nicht neu erfinden will, sondern diverse Bestandteile aus bereits bestehenden Konzepten anderer Gemeinden oder von Bund und Kanton übernommen hat. Das nenne ich effizientes Arbeiten. Die hier in den Massnahmen formulierten Ziele sind hoch gesteckt. Richtig ist, dass die Könizer Verwaltung mit dem bestehenden Portefeuille zahlreiche Massnahmen ohne zusätzlichen finanziellen Aufwand erledigen kann, dies vor allem im Bereich der Kommunikation. Wichtig scheint uns aber, dass die Gemeinde Köniz aus Kostengründen Plätze in bereits bestehenden Kursen einkaufen will. Im Altersleitbild wird die Migration im Alter auf einer ganzen Seite dargestellt. Im Integrationskonzept werden – das ist unvollständig – die Seniorinnen und Senioren jedoch nicht erwähnt.

Die positiven Punkte des Konzepts für die Förderung der Integration überwiegen aber bei weitem und daher nimmt unsere Fraktion zustimmend Kenntnis vom Konzept. Ebenso werden wir die Motion 0524 "Integrationsleitbild" als erfüllt abschreiben.

**Fraktionssprecherin Barbara Perriard (FDP):** Für die FDP/jfk-Fraktion stellt die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger seit langem ein wichtiges Anliegen dar. Bereits seit 2006 fordern die Freisinnigen ein Integrationsgesetz auf Bundesebene. Unser Land als Wirtschaftsstandort braucht eine offene Migrationspolitik und damit verbunden eine aktive Integrationspolitik mit nationalen Standards. Wir haben ein Interesse daran, Migrantinnen und Migranten und deren hier geborene Kinder zu integrieren und damit auch zu motivieren, einen Beitrag ans wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Leben der Schweiz zu leisten. Der Wert einer erfolgreichen Integrationspolitik ist auch an ihrem volkswirtschaftlichen Nutzen und am Grad der Sicherheit zu messen. Wir sind überzeugt, dass sich eine erfolgreiche Integration in tieferen Kosten in der Fürsorge, im Gesundheitswesen sowie in der Justiz ausweisen wird. Parallelgesellschaften sind aus liberaler Sicht keine Alternative. Das vom Gemeinderat für die Gemeinde Köniz vorgelegte Integrationskonzept ist aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung. Zentral sind für uns insbesondere folgende drei Punkte: Erstens das erklärte Ziel eines auf Respekt beruhenden Zusammenlebens der einheimischen und der Migrationsbevölkerung auf der Basis der schweizerischen Werte- und Rechtsordnung. Zweitens der Grundsatz von Fördern und Fordern und drittens das Verständnis der Integration als Prozess, bei dem auch die Eigenverantwortung der Betroffenen zum Tragen kommt. Gerne wären wir noch einen Schritt weitergegangen und hätten die Grundsätze von Fördern und Fordern für die in Köniz lebenden Migrantinnen und Migranten in eigentlichen Migrationsvereinbarungen geregelt. Zum heutigen Zeitpunkt fehlen dazu aber leider die notwendigen rechtlichen Grundlagen auf kantonaler respektive nationaler Ebene. Es braucht wie gesagt ein nationales Rahmengesetz für die Integration wie es die FDP fordert.

In diesem Sinn empfehle ich Ihnen im Namen der FDP/jfk-Fraktion die zustimmende Kenntnisnahme zum Konzept zur Förderung der Integration der Migrantinnen und Migranten.

**Fraktionssprecherin Franziska Keller (BDP):** Gemeinderat Ueli Studer hat heute ein leichtes Spiel. Auch wir möchten die geleistete Arbeit verdanken. Die BDP-Fraktion weist aber ganz klar

darauf hin, dass die Zeitrechnung für die Integration ab dem Zeitpunkt beginnt, ab welchem der Migrant oder die Migrantin Wohnsitz nimmt. Es geht also nicht um heikle Fragen wie viel oder ob überhaupt Migration; sondern es geht ab dem Zeitpunkt der Wohnsitznahme darum, wie wir mit diesen Menschen umgehen. Ansonsten kann auch unsere Fraktion das Konzept in den höchsten Tönen loben. Aus unserer Sicht begrüßen wir, dass in der Fachstelle Integration ethnologisches Wissen vorhanden ist. Dass der Sprache hohe Wichtigkeit beigemessen wird, ist auch uns wichtig, wie auch, dass Integrationskurse stattfinden, bei welchen nicht die Einbürgerung oberstes Ziel sein soll.

Aber, es braucht beiden Seiten. Alles Gute, das im Konzept enthalten ist, ist schlicht zu teuer, wenn die Fachstelle Integration nicht genutzt wird. In diesem Sinn hoffen wir, dass die Fachstelle gute Arbeit leisten kann, die von den Migrantinnen und Migranten auch genutzt wird. Die BDP-Fraktion wird zustimmend Kenntnis nehmen vom Konzept zur Förderung der Integration der Migrantinnen und Migranten und der Abschreibung der Motion 0524 "Integrationsleitbild" zustimmen.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Die SP-Fraktion hat zumindest in Bezug auf das vorliegende Integrationskonzept zwei Seelen in ihrer Brust. Ich gebe hier bekannt, dass wir nach intensiver Diskussion vom Konzept zur Förderung der Integration der Migrantinnen und Migranten mehrheitlich nur teilweise Kenntnis nehmen werden. Der Abschreibung der Motion 0524 "Integrationsleitbild" wird die SP-Fraktion jedoch zustimmen.

Die SP-Fraktion begrüsst das Konzept als eine wertvolle Auslegeordnung betreffend die Migrationssituation in der Gemeinde Köniz, insbesondere die Beschreibung der Ausgangslage. Auch der Statistikteil ist sehr wertvoll und informativ. Das Erstellen des Konzepts wurde erst durch die Schaffung der Fachstelle Integration möglich, die zurzeit leider nur mit einem 50-Prozent-Pensum besetzt ist. Wir freuen uns, dass hier ein Schritt in die richtige Richtung gegangen und die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung in Köniz noch aktiver an die Hand genommen wird. Die Ziele und Leitsätze des Konzepts, wie auch den Massnahmenplan, erachtet die SP-Fraktion als vielseitig und sie ergeben ein differenziertes Bild. Die Übersicht über die Dienstleistungsangebote der Erbringer beurteilen wir als positiv. Einzig die Lesbarkeit aufgrund der Farbenwahl und die Dichte der Informationen haben allenfalls Verbesserungsbedarf.

Wo drückt uns nun der Schuh? In der Fraktion bedauern einige, dass der grösste Teil der Integrationsverantwortung im Konzept den Migrantinnen und Migranten überbunden wird. Somit verkennt das Konzept, dass die Integration keine Einbahnstrasse ist, sondern ein Aufeinanderzugehen verschiedener Akteure. Als ungenügend bis schwach beurteilt die SP-Fraktion das Konzept in Bezug auf die Handlungsfelder. Währenddem die Felder "Information und Kommunikation", "Gesundheit und Soziales" und "Freizeit, Kultur und Sport" noch einigermaßen klar und aussagekräftig sind, beginnt es beim Feld "Frühförderung, Schulung und Bildung" schwammig und nebulös zu werden. Uns stellen sich Fragen: Wie genau soll das Bewusstsein für die deutsche Sprache gefördert werden? Wie sehen die Massnahmen aus, um die betroffenen Kinder frühzeitig zu erfassen? Wie gedenkt der Gemeinderat in den Schulen mit den höchsten Anteilen an fremdsprachigen Kindern Unterstützung für die Lehrpersonen zu gewährleisten? Der Schulalltag sieht im Hessgut- oder Buchseeschulhaus anders aus als beispielsweise an der Schule Mengestorf. Als lau und unverbindlich kategorisiert die SP-Fraktion die Handlungsfelder "Arbeit und Wohnen". Sie hat sich bei diesem Kapitel mehr Engagement, Kreativität und Ressourceneinsatz gewünscht. Weshalb setzt sich der Gemeinderat beim Feld "Arbeit" nicht z. B. das Ziel, in der Verwaltung im selben Verhältnis an MigrantInnen zu beschäftigen wie in der Könizer Bevölkerung? Als Randbemerkung: Im Integrationspapier 2007 – 2010 der Stadt Bern ist folgendes Ziel festgehalten: "Der Anteil der ausländischen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sowie die Zahl der nicht eingebürgerten Lernenden ist erhöht." Dieses Ziel ist zwar schwammig formuliert, die Aussage "ist erhöht", ist jedoch klar. Die SP-Fraktion staunt auch, wenn im Konzept zu lesen ist, dass eine Einflussnahme auf den Wohnungsmarkt faktisch kaum möglich ist. Natürlich können wir aktiv werden, aber nicht zum Nulltarif. Die SP-Fraktion hat dies in der Motion 0918 "Hundert neue günstige Wohnungen" bereits aufgezeigt. In Köniz muss unbedingt mehr günstiger Wohnraum geschaffen werden. Diese Forderung ist vom Parlament an der Sitzung im November 2009 als Postulat überwiesen worden. Immerhin kann ich dem Gemeinderat zugute halten, dass er seine damalige Haltung hier im Integrationskonzept erneuert und sich für die Förderung von günstigem Wohnraum einsetzen will. Die SP-Fraktion fordert den Gemeinderat deshalb auf, dem Integrationskonzept insbesondere in den Feldern "Arbeit und Wohnen" mehr Biss zu verleihen.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Ich schliesse den Reigen der Fraktionssprecherinnen und –sprecher und komme zurück an den Anfang: 2005 – als ich noch nicht Parlamentsmitglied war – habe ich bereits mit den Grünen Köniz an der Erarbeitung der Motion 0524 "Integrationsleitbild" mitgearbeitet. Wir haben mit einem Besuch in der Verwaltung begonnen und uns nach dem Stand der ganzen Thematik erkundigt. Die Motion kam nach langem Feilen am Text zustande und nun sind wir einige Schritte weitergekommen. Es gibt inzwischen eine Fachstelle Integration, das "Reglement über die Förderung der Migrantinnen und Migranten in der Gemeinde Köniz" und das nun vorliegende Konzept. Wir Grünen Köniz nehmen gerne zustimmend Kenntnisnahme vom Konzept. Es spricht für unsere Gemeinde und die zuständige Direktion, dass die Integrationsarbeit grundlegend und engagiert angepackt wird. Die Erarbeitung hat zwar Zeit benötigt, das Konzept ist nun aber ausgereift. Sehr gut finden wir, dass es sich um ein prozessorientiertes Instrument handelt, das laufend ergänzt werden kann. Wichtig ist deshalb z. B., dass die Ergebnisse der laufenden Integrationsvereinbarungen, die in verschiedenen Städten der Schweiz in Form von Pilotprojekten durchgeführt werden, im Auge behalten und allenfalls davon profitiert werden kann. Wir sind auch nicht die einzigen, die weiterführende Standards und Angebote in den Integrationskursen anbieten wollen. Sehr gut ist in unseren Augen auch die neu vorgesehene Migrationskonferenz. Sie entspricht der Stossrichtung der Motion und der Einsicht, dass Integration nicht einseitig verfügt oder bewerkstelligt werden kann, sondern nur zusammen mit allen Beteiligten. Auch hier sehen wir die Chance, dass der Prozess weitergeführt wird. Auch die angestrebte Willkommenskultur ist aus unserer Sicht sehr gut. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass lokal die Zusammenarbeit mit Verbänden gesucht wird und man noch lokaler vor Ort Integrationsarbeit mit SchweizerInnen und AusländerInnen leisten will. Für uns ist wichtig, dass nun losgelegt wird, die Massnahmen eher früher als später umgesetzt und so Erfahrungen gesammelt werden können. Besonders dringliche Themen sollen aus unserer Sicht nicht erst in zwei Jahren, sondern schneller angepackt werden, so z. B. die Begleitung von Jugendlichen auf Lehrstellensuche. Ebenso bei migrationsspezifischen Einschätzungen von Kindern im Kindergartenalter oder in den ersten Schuljahren.

Wir empfehlen bei allen Massnahmen und auch im Rahmen der Migrationskonferenz nochmals zu überlegen, wie das Potenzial der MigrantInnen und der Migrationsorganisationen abgeholt und eingebaut werden kann. Wir sind überzeugt, dass hier noch mehr zu holen ist. Die Grünen Köniz nehmen zustimmend Kenntnis vom Konzept zur Förderung der Migrantinnen und Migranten und werden der Abschreibung der Motion 0524 "Integrationsleitbild" zustimmen. Ich wünsche darüber hinaus uns allen Offenheit und Engagement bei der Umsetzung der Massnahmen. Ich bin sicher, dass wir vor Ort überall mit Integrationsarbeit konfrontiert werden.

**Ulrich Witschi (BDP):** Wie unsere Fraktionspräsidentin bereits erwähnt hat, wird die BDP-Fraktion zustimmend Kenntnis vom Konzept nehmen. In unseren Augen bleibt eine Frage noch offen: Das Konzept zeigt einen ganzen Strauss an definierten Massnahmen auf. Wie gedenkt der Gemeinderat, die Wirksamkeit des Konzepts zu messen? Das Konzept bindet erhebliche Mittel und wenn so viel Energie in einen Bereich gelenkt wird, sollten die Kriterien für die Messung des Erfolgs klar sein.

**Laavanja Sinnadurai (SP):** Mein Votum bezieht sich auf den Leitsatz auf Seite 15, zu Schulung und Bildung: "Eltern wissen, wie das Schul- und Bildungssystem funktioniert und beteiligen sich aktiv an der Elternarbeit." Ich frage mich, wie diese Zusammenarbeit funktionieren soll, wenn die ausländischen Eltern das Schweizer Schulsystem nicht verstehen. Wie können Sie sich an der Bildung der Kinder beteiligen? Wie soll ein fruchtbares Gespräch zwischen Lehrperson und Eltern entstehen? Das wichtigste Handlungsfeld im Integrationskonzept zeichnet sich in meinen Augen in der Bildung ab. MigrantInnen der ersten Generation haben fast keine Zukunftsperspektiven und deshalb wünschen sie sich, dass die Kinder die Schule besuchen und eine gute Bildung absolvieren können. Als Massnahme schlage ich vor, den Migrantinnen und Migranten das Schweizer Schulsystem durch Informationen in verschiedenen Sprachen näher zu bringen. Das BIZ bietet den Eltern Informationen über Oberstufe und Berufswahl an. Es ist aber wichtig, dass die betroffenen Eltern bereits in der Anfangsphase der Schule über die Bildung informiert werden. Das beginnt bereits im Kindergarten. Dazu gehören Informationen über die Einteilung in Real- oder Sekundarstufe. Das verstehen viele Eltern mit Migrationshintergrund nicht und ich wünsche mir hier eine bessere Zusammenarbeit.

Ich bitte den Gemeinderat, die Umsetzung dieser Massnahme ins gute Integrationskonzept einfließen zu lassen.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zuerst danke ich herzlich für die gute Aufnahme des Konzepts und für den Dank an die Verwaltung. Es ist erwähnt worden, dass die verantwortliche Person der Fachstelle Integration nicht bekannt ist. Ich hole dies hiermit nach und stelle Ihnen Frau Jacqueline Truffer, Ethnologin und Leiterin der Fachstelle Integration vor.

Zu diesem Thema ist viel gesprochen worden und ich kann nicht alles beantworten. "Integration ist ein Geben und Nehmen und geht uns alle an". Ich kann erfreut feststellen, dass das Integrationskonzept positiv aufgenommen worden ist, das notabene auf einer gesetzlichen Grundlage basiert. Hier spielt die Gemeinde Köniz eine Vorreiterrolle. Dass Bund und Kanton noch nicht so weit sind, daran können wir nichts ändern. Wir haben jedoch dank der Motion 0524 "Integrationsleitbild" eine gesetzliche Grundlage geschaffen. Über die Haltung der SP-Fraktion bin ich jedoch erstaunt. Sie nimmt nur teilweise und kritisch zustimmend Kenntnis vom Konzept zur Förderung der Integration der Migrantinnen und Migranten, einem der wichtigsten Geschäfte, das uns in den nächsten Jahren begleiten wird. Ich hoffe nicht, dass der Grund dafür ist, dass das Konzept aus der "falschen Küche" stammt. Ich versuche die Kritik am Integrationskonzept positiv aufzunehmen. Ignaz Caminada bemängelt, dass die Seniorinnen und Senioren im Integrationsleitbild nicht erwähnt sind: Wir haben diesen Teil im Alterskonzept abgehandelt und aus diesem Grund nicht noch einmal speziell ins vorliegende Konzept aufgenommen. Wir verweisen jedoch im Integrationsleitbild darauf, dass das Thema im Alterskonzept enthalten ist. Günstiger Wohnraum für alle soll nicht nur Personen mit Migrationshintergrund zur Verfügung stehen, denn es gibt auch Personen ohne Migrationshintergrund, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind. Zu den Massnahmen und der Erfolgsmessung: Dieser Bereich ist sehr heikel. Wie kann hier der Erfolg gemessen werden? Wir können an den Schulen den Erfolg von Einschulungsklassen für fremdsprachige Kinder messen. Für weitergehende Evaluationen fehlen uns zurzeit aber die Ressourcen. Uns ist jedoch bewusst, dass Messansätze in einem solchen Konzept vorhanden sein müssen. Die Erarbeitung von Statistiken benötigt jedoch grosse Ressourcen. Zu einem der wichtigsten Bereiche, zur Schule: Der hohe Anteil an fremdsprachigen Kindern an den Schulen der unteren Gemeinde ist bereits vor der Erarbeitung des Konzepts wahrgenommen worden und man hat damals im Hessgut bewusst Klassen für fremdsprachige Kinder eingeführt. Die betroffenen Kinder können zuerst ein Jahr lang diese speziellen Klassen besuchen und die Grundzüge der deutschen Sprache erlernen, damit die Integration in die Regelklasse besser erfolgen kann. Das muss weiterhin gefördert werden. Eltern, die Elternabende besuchen, der deutschen Sprache jedoch noch nicht mächtig sind, können über die Schulleitung oder die Fachstelle Integration zu Informationen über unser Bildungssystem gelangen. Dieses Anliegen ist uns sehr wichtig, neben dem Umstand, dass die Beherrschung der deutschen Sprache für eine gute Integration unumgänglich ist. Von den angebotenen Muki-Deutschkursen können alle profitieren. Ich spreche hier meine hohe Wertschätzung jenen Lehrpersonen aus, die diese Kurse durchführen.

Zum Schluss: Wir sind uns bewusst, dass das Konzept zur Förderung der Integration der Migrantinnen und Migranten stets erweitert werden muss. In diesem Bereich wird uns die Arbeit nicht ausgehen.

---

### **Beschluss**

Das Parlament nimmt Kenntnis vom Konzept zur Förderung der Integration der Migrantinnen und Migranten in der Gemeinde Köniz vom 30. November 2009.

(abgegebene Stimmen: 36 zustimmend, 3 teilweise zustimmend)

---

### **Beschluss**

Die Motion 0524 (überparteilich GB, SP, GFL/LdU, EVP, CVP) "Integrationsleitbild" wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: einstimmig)

---

### **7. 0921 Postulat (SP) "Organischer Abfall zur Energiegewinnung einsammeln?"**

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

**Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Ich danke dem Gemeinderat bestens für die Beantwortung des Postulats. Die Antwort hat mir jedoch einige Rätsel aufgegeben, die ich mir folgendermassen erkläre: Organische Abfälle vergären bei warmen Temperaturen schneller, d. h. im Sommer schneller als im Winter und irgendwie müssen sich die Jahreszeiten auf den Vorstoss ausgewirkt haben. Kurz nach der Einreichung im Frühsommer 2009 ist alles schnell vor sich gegangen. Wie den Unterlagen zu entnehmen ist, hatte das Parlament zum Zeitpunkt der Offerteinholung das Postulat noch nicht überwiesen. Die Forderung, im Rahmen von

externen Studien das Sammeln von Küchenabfällen und Speiseresten abzuklären, ist erfüllt. Im September – bei etwas kühleren Temperaturen – hat das Parlamentsbüro die Beantwortungsfrist verlängert und seither – ich gebe zu, bei zeitweise eisigen Temperaturen – ist nicht mehr viel geschehen. Der Bericht zur Studie ist zwar seit Oktober 2009 bei der Gemeinde, das Parlament wird jedoch noch vertröstet. Der Frühling kommt aber schon bald und damit besteht die Hoffnung, dass sich die wärmeren Temperaturen positiv auf das Tempo der Behandlung des Vorstosses auswirken werden. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat erheblich zu erklären, damit im Bericht möglichst bald die Ergebnisse der Studie vorhanden sind.

**Heinz Nacht (SVP):** Grundsätzlich stimmt die SVP-Fraktion dem Anliegen des Postulats zu. Wir sind jedoch auch überzeugt, dass das zurzeit bestehende dezentrale Kompostierungskonzept seine Berechtigung hat. Mir ist bestätigt worden, dass dieses Konzept gut läuft. Einzig die Suche von freiwilligen Verantwortlichen verläuft oft etwas harzig. Wäre es nicht im Sinne von Integration, wenn die ausländische Wohnbevölkerung in diese Aufgaben eingebunden werden könnte? Die SVP-Fraktion weist darauf hin, dass in ihren Augen der Energieaufwand für die Sammlung und der Energiegewinn aus einer Biogasanlage übereinstimmen müssen. Die Betreibung von Biogasanlagen ist aber auch heikel, etliche Anlagen in der Gemeinde Köniz haben nicht zur vollsten Zufriedenheit funktioniert. Ausserdem ist der Kosten-/Nutzenrechnung Beachtung zu schenken.

Die SVP-Fraktion wird das Postulat erheblich erklären.

**Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Eigentlich gibt es keinen Abfall, sondern nur eine mehr oder weniger intelligente Verwertung von Ressourcen. Die Grünen Köniz stimmen deshalb dem Postulat zu. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse der Vergleichsstudie und sind für eine optimale, intelligente und nachhaltige Nutzung aller Ressourcen.

**Bernhard Bichsel (jfk):** Die Antwort des Gemeinderates fällt kurz und knapp aus. Eine seriöse Prüfung ist aufgrund von nicht vorliegenden Vergleichsstudien für die Fraktionen faktisch nicht möglich gewesen. Grundsätzlich sieht die FDP/jfk-Fraktion die Notwendigkeit, sich im Bereich der erneuerbaren Energien Gedanken zu machen. Wir erachten es als sinnvoll, dass mit einer Untersuchung Entscheidungsgrundlagen geschaffen werden, wie mit dem Grüngut umzugehen ist. Subjektiv befürchten wir dasselbe wie der Gemeinderat, wir sehen auch, dass das Einsammeln des Grünguts nicht nur finanziell, sondern verkehrs- und logistikmässig zu einer deutlichen Mehrbelastung für die Gemeinde führen könnte. Da die Fakten aber noch nicht vorhanden sind, warten wir mit einer fundierten Antwort. Dem Postulatsanliegen stehen wir wohlwollend gegenüber. Aus diesem Grund stimmt die FDP/jfk-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates zu.

**Franziska Keller (BDP):** Gemäss unserer Auffassung handelt es sich hier nicht um eine inhaltliche Diskussion, sondern rein darum, ob die Abklärung in die Studie aufgenommen worden ist oder nicht. Demzufolge ist für uns nicht klar nachvollziehbar, weshalb der Gemeinderat von sich aus mit der Erheblicherklärung die gleichzeitige Abschreibung beantragt hat. wollen wir parlamentarisch korrekt handeln, müssen wir wie folgt vorgehen: Da die Forderung des Postulats erfüllt ist, müsste es erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben werden.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Ich gehe auf die Frage ein, weshalb der Gemeinderat das Postulat nicht gleichzeitig mit der Erheblicherklärung zur Abschreibung beantragt. Der Grund liegt darin, dass die Vergleichsstudie noch nicht vorliegt. Im Gemeinderat haben wir noch keinen Beschluss gefasst, in welche Richtung wir uns hier bewegen wollen. Die Feststellung von Franziska Keller ist richtig, dass es sich um einen Prüfungsauftrag handelt und keine Diskussionen über Massnahmen stattfinden sollten, die der Gemeinderat vornimmt, Wir beantragen Ihnen das Postulat möglicherweise bereits in einem halben Jahr zur Abschreibung, wenn Ihnen der entsprechende Bericht vorliegt. Zurzeit ist im Bereich Grüngut sehr vieles im Fluss. Den Medien konnte z. B. entnommen werden, dass die Stadt Bern ihr Grüngut zu einem absoluten Dumpingpreis nach Lyss verkauft. Wir müssen auch solche Überlegungen in die Prüfung mit einbeziehen. Auch die KEWU ist noch nicht so weit wie vorgesehen.

---

## Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.  
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

---

## 8. 0932 Postulat (FDP/jfk) "Liberale Familienpolitik - Pilotversuch Betreuungsgutscheine"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Mark Stucki (FDP):** Dem Gemeinderat danke ich für die Entgegennahme des Postulats. Weniger danken kann ich hingegen für die Antwort, die offensichtlich unter dem Motto steht, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Aus der Beamtenoptik mag dies noch halbwegs verständlich sein: Man will das bewahren, was zugegebenerweise recht gut funktioniert und sich möglichst wenig Neues aufhalsen, das – das gebe ich gerne zu – ein gewisses Risiko beinhaltet. Aus politischer Sicht ist eine solche zögerliche Haltung, die Reformen per Definition verunmöglicht, für Liberale nicht akzeptabel.

Ich gehe hier auf einige Lücken und Argumentationsnotstände in der Antwort des Gemeinderates ein. Erstens werden Informationen in der Beantwortung selektiv aufgeführt, z. B. in Bezug auf die Erfahrungen in Hamburg. In der Antwort des Gemeinderates wird hier offensichtlich auf die Studie Hiltgers aus dem Jahr 2006 zurückgegriffen, die notabene eine Auftragsarbeit für politische und gewerkschaftliche Gruppierungen war. Methodisch beruht die Studie auf einer Umfrage bei Kita-Personal. Eltern sind nicht befragt worden und wirtschaftliche Aspekte werden in dieser Studie ausgeblendet. Betrachtet man die Studie näher, wird offensichtlich, dass tatsächlich Lücken in grossstädtischen Problemquartieren auftauchen. Total sind die Betreuungszahlen rein durch das Gutscheinsystem in Hamburg innert vier Jahren um über 10 Prozent angestiegen. Wir kennen in Köniz keine Quartiere mit Soziallasten und Migrationsproblemen wie sie in St. Pauli oder Billbrook bekannt sind. Bei uns spricht niemand davon, dass das pädagogische Personal wie in Hamburg parallel um 11 Prozent abgebaut werden soll. Für unsere Verhältnisse dürfte die generelle Aussage der Studie gelten: "Die Veränderungen wirken sich positiv auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus, die Kitas sind flexibler geworden hinsichtlich der Bring- und Holzeiten und bieten differenzierte Leistungsarten."

Zweitens ist das systematische Ausblenden von positiven Argumenten ein probates Mittel. Das Institut für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich hat 2005 beispielsweise eine Studie zur Kinderbetreuung publiziert. Dort wird unter anderem auf Folgendes hingewiesen: Ein offener Markt erzeugt einen verbesserten Informationsfluss und einen Marktdruck, der die Qualität fördert und nicht behindert wie hier behauptet wird. Eine Marktabschottung und die starke Stellung der Interessenvertretungen der organisierten Anbieter und ihre Verbandelung mit der öffentlichen Hand schaffen hohe Hürden für den Markteintritt von alternativen Anbietern, bieten keine Anreize für zusätzliche Leistungen, decken die Nachfrage nicht und die Subventionen fliessen nicht dorthin wo die Nachfrage ist, sondern dorthin wo sie die Anbieter und Institutionen wollen. Die Studie zeigt auf, dass so meistens zu viel Geld in so genannten "Overheads" landet und nicht in der Befriedigung der Nachfrage. Die Studie, die Betreuungsgutscheine als sinnvolle Alternative befürwortet, wird hier tunlichst verschwiegen. Das gleiche Bild gilt für ein Papier der Schweizerischen Zentralstelle für Familienfragen, die zu ähnlichen Schlüssen kommt und ergänzend die bessere soziale Durchmischung bei den Kindern und die Chancengleichheit von Frauen in den Vordergrund stellt und daneben Lösungsansätze für eine ganze Reihe von praktischen Problemen aufzeigt.

Drittens liegt das Argument des Angebotsdefizits logischerweise in der Anlage eines Versuchs begründet. Die Abgabe von Betreuungsgutscheinen soll genau dieses Problem – in Hamburg mit Erfolg – angehen. Genau die Förderung von Konkurrenz und die Aufgabe der Marktabschottung wird das Angebot steigern und die Kosten tendenziell senken. Dass dies nicht am Tag 0 der Fall sein kann, scheint zumindest mir logisch.

Viertens, die problematische Wertung und Unwertung von Fakten. Die Tatsache, dass allenfalls mehr Kinder von erwerbstätigen Eltern zu Lasten von nicht erwerbstätigen betreut werden, mag für den Autor der Antwort tatsächlich negativ scheinen. Für mich wäre genau das z. B. ein positiver Effekt. Ich betrachte die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern als Hauptziel der familienexternen Kinderbetreuung. Dasselbe gilt für das Schlechtschreiben von betriebswirtschaftlichen Aspekten und das Schönreden von staatlichen Regulierungen. Hier ist eine genau umgekehrte Wertung zumindest denkbar. Konsequenterweise werden die Probleme des aktuellen Systems verschwiegen. Tatsache ist, dass das System die Nachfrage heute noch immer nicht voll decken kann. Tatsache ist, dass zwar gewisse private Anbieter integriert werden, der Markt aber bei weitem nicht offen ist. Wer finanzielle Unterstützung braucht, ist faktisch auf ein quasi staatliches Angebotsmonopol angewiesen, auch wenn einzelne private Unterakkordanten vorhanden sind, die quasi gekauft werden. Tatsache ist, dass das bestehende System Fehlanreize schafft und dass die Qualität über Regulierung und nicht über

Bedürfnisse erreicht werden soll. Für mich ist die Vermutung skandalös, die Eltern seien nicht fähig, Qualität selber beurteilen zu können und zu gewichten, sondern würden im Fall von Betreuungsgutscheinen nur noch auf das eigene Portemonnaie schauen.

Nachdem ich nun kräftig ausgeteilt habe, möchte ich differenzieren: Es ist richtig und logisch, dass jedes System Vor- und Nachteile hat. Ich denke an die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen und an die Abklärungen, was der Bund im Falle eines Versuchs wirklich finanzieren würde. Es stellt sich auch die ernsthaft zu diskutierende Anspruchsfrage. Der Gemeinderat verteidigt in seiner Antwort ausdrücklich die bestehende Rechtsungleichheit. Die Stadt Luzern hat beim Start des Versuchs bewusst die Rechtsgleichheit wieder einführen wollen, etwas das fast überall als Vorteil des Gutscheinsystems betrachtet wird. Auch ich bin persönlich für die Rechtsgleichheit, beispielsweise für Eltern, die heute erfolglos auf Wartelisten stehen. Dass konsequenterweise – wie in Luzern – die Höhe und nicht die Anzahl Gutscheine nach Einkommenskriterien und nach dem Beschäftigungsgrad angepasst werden müssen, scheint logisch, weil die Kosten ansonsten tatsächlich aus dem Ruder laufen könnten. Aber genau um Erfahrungen zu sammeln und das Feintuning vorzunehmen, werden Pilotprojekte in Gang gesetzt.

Insofern begrüsse ich den Willen des Gemeinderates, das Postulat anzunehmen und sich der Idee einer nachfrageorientierten Kinderbetreuung nicht komplett zu verschliessen. Erstaunt bin ich aber, dass man die – gelinde gesagt – einseitige Berichterstattung als Prüfungsbericht betrachtet und das Thema damit auf die lange Bank schieben will; frei nach dem Motto: "Das ist noch nie so gemacht worden, bis anhin ist es auch gegangen und da könnte ja jeder kommen." Ich bin der Meinung, dass es Köniz als grosser Agglomerationsgemeinde, die sich in der Regel gerne fortschrittlich nennt, gut anstehen würde, diese Frage seriös zu prüfen. Es handelt sich hier um eine Prüfung und nicht um einen Beschluss für einen Systemwechsel, und die wertfreie Prüfung ist hier definitiv nicht vorgenommen worden.

Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären und die Abschreibung abzulehnen, damit ein hoffentlich sauberer wertneutraler Bericht ohne Scheuklappen vorgelegt wird, aufgrund dessen wir uns ein abschliessendes Bild machen können.

**Martin Graber (SP):** Meine Nachredner werden sich mir und einem alten sozialdemokratischen Anliegen anschliessen: Kindertagesstätten sind nötig, gut und zahlen sich aus für Gesellschaft und Familie. Wir sind sehr froh, hat sich diese Erkenntnis durchgesetzt. Heute liegt ein Postulat vor uns, das vorgibt eine Lösung für die Generierung von zusätzlichen Kita-Plätzen zu haben. Die FDP hat den Vorstoss als Postulat eingereicht. Liest man den Vorstoss jedoch genau, handelt es sich um eine Motion, weil der Gemeinderat aufgefordert wird, die Einführung der Betreuungsgutscheine im Rahmen eines Pilotprojekts zu prüfen. Ein solches Pilotprojekt müsste selbstverständlich flächendeckend in der ganzen Gemeinde durchgeführt werden. Diese Forderung wäre Inhalt einer Motion, welcher wir zum heutigen Zeitpunkt auf keinen Fall zustimmen könnten. In der Begründung der Postulanten sind aus unserer Sicht ziemlich gewagte Behauptungen angeführt. Mark Stucki hält fest, dass aufgrund einer Studie mit der Einführung von Betreuungsgutscheinen positive Erfahrungen gemacht werden konnten. Das ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Diese Behauptung stimmt aus unserer Sicht nicht. Wir fragen uns, ob es der FDP um die Generierung von mehr Kita-Plätzen geht oder um etwas anderes. Ein Postulat kann nicht umgewandelt werden und richtigerweise hat der Gemeinderat den Vorstoss als Postulat beantwortet. Der Gemeinderat geht einen Schritt weiter und gibt bereits einen ausführlichen und gut lesbaren Postulatsbericht über die aktuelle Situation in Köniz ab, d. h. über Vor- und Nachteile des Systems mit Betreuungsgutscheinen im Vergleich mit dem aktuellen System. Er berichtet über die gemachten Erfahrungen in Hamburg und Luzern und zeigt, dass das System der Betreuungsgutscheine sowohl Stärken als auch viele Schwächen hat. Diese Schwächen zeigen sich vor allem für die sozial schwächeren Familien.

Kindertagesstätten sind eine Erfolgsgeschichte. Die ersten Kitas sind vor rund 100 Jahren gegründet worden, z. B. durch Maria Montessori. Diese so genannten "Casa bambini" standen explizit Kindern von sozial schwächeren Familien offen und waren für diese Familien eine wichtige Stütze. Heute sind wir weiter, heute sind die öffentlichen Kitas sozial durchmischte. Das ist ein sehr grosser Fortschritt. Nun deuten aber die Ergebnisse aus Hamburg und Luzern darauf hin, dass das Modell mit Betreuungsgutscheinen nicht nur Vorteile hat und dass die soziale Durchmischung gefährdet werden kann. Vielleicht ist das gewollt, ich hoffe es nicht. Dem Postulat kann nur dann zugestimmt werden, wenn es gleichzeitig abgeschrieben wird, d. h. wenn die Antwort als Prüfungsbericht anerkannt wird. Der Prüfungsbericht ist in unseren Augen gut und ich bitte Sie, das Postulat abzuschreiben.

**Barbara Thür (GLP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion dankt für die ausführliche, differenzierte und speditive Beantwortung des Postulats. In unseren Augen ist die Situation in der Gemeinde zurzeit relativ gut. Wir sind der Meinung, dass die Resultate anderer Studien, wie z. B. jene in Luzern, abgewartet werden

können. Wir stimmen der Erheblicherklärung des Postulats und der gleichzeitigen Abschreibung gemäss dem Antrag des Gemeinderates zu.

**Ulrich Witschi (BDP):** Die Unterstützung der Familien ist der BDP-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Gleichzeitig unterstützt sie aber den Antrag des Gemeinderates auf Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung des Postulats. Weshalb? Grundsätzliche Überlegungen haben uns zu diesem Schluss geführt. Aus unserer Sicht macht die Durchführung eines weiteren Pilotversuchs in der Schweiz wenig Sinn, auch wenn die Verhältnisse von Luzern nicht eins zu eins auf jene von Köniz übertragen werden können. Will man neues Wissen zum Thema Betreuungsgutscheine generieren, soll dieses auf den Erkenntnissen aus der Studie Luzern aufgebaut und nicht parallel dazu erarbeitet werden. Noch wichtiger scheint uns folgendes Argument: Mit dem Pilotversuch sollen keine neuen Rechtsansprüche eingeführt und zementiert werden, d. h. Rechtsansprüche auf Betreuungsgutscheine, die notabene unkontrollierbare Kostenfolgen für die Gemeinde haben könnten. Aus unserer Sicht wird hier am falschen Ende begonnen. Der Gemeinderat hat zudem mit dem Einkauf von Betreuungsplätzen in privaten Institutionen mehr Markt in die ganze Frage gebracht und damit einem bürgerlichen Anliegen entsprochen. Wir bitten, das Postulat erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben.

**Barbara Perriard (FDP):** Es wird Sie nicht überraschen, dass die FDP/jfk-Fraktion mit Enttäuschung von der Antwort des Gemeinderates Kenntnis genommen. Mit dem Vorstoss sind vorab drei Absichten verbunden: Erstens die wachstumspolitische Dimension durch eine bessere Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt. Zweitens die Stärkung des Wettbewerbs und die Vergrösserung der Angebotsvielfalt. Drittens die Stärkung der Stellung der Eltern bei der Qualitätsbeurteilung. Bei der Lektüre der Antwort kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass man hier ergebnisorientiert vorgegangen ist. Man lehnt den Wechsel zur nachfrageorientierten Finanzierung ab und will um jeden Preis am Status quo festhalten. Überrascht bin ich insbesondere über das Votum der SP-Fraktion. War es doch SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr, die sich gleichzeitig wie die FDP-Frauen Schweiz für Betreuungsgutscheine und einen Systemwechsel stark gemacht hat. Auch der amtierende SP-Generalsekretär Thomas Christen hat sich in der "NZZ" zugunsten von möglichen Pilotprojekten für Betreuungsgutscheine zitieren lassen. Die familienergänzende Kinderbetreuung ist vorab eine kommunale Aufgabe. Wenn jede Gemeinde, jede Stadt darauf wartet, dass ein anderes Gemeinwesen den ersten Schritt macht, wird sich nie etwas bewegen. Die FDP/jfk-Fraktion ist der Ansicht, dass die Gemeinde Köniz mit dem Verzicht auf ein Pilotprojekt mit Betreuungsgutscheinen eine wichtige Chance verpasst, bei einem Modell mit Zukunft gestaltend mitzuwirken. In diesem Sinn verweigern wir die Abschreibung und empfehlen dem Parlament, sich unserer Haltung anzuschliessen und den Gemeinderat mit der Überweisung des Postulats zu seinem Glück zu zwingen.

**Ursula Wyss (Grüne):** Ich habe das Postulat mitunterzeichnet. Dies weil ich die Idee der Betreuungsgutscheine bestechend finde. Die Eltern können den Anbieter selber wählen und erhalten von der Gemeinde, abhängig von Einkommen und Vermögen, einen Beitrag und bezahlen dem Anbieter die Gesamtkosten direkt. Dafür wären nicht einmal Betreuungsgutscheine notwendig. Die Antwort des Gemeinderates hat mir jedoch aufgezeigt, dass einige Haken an der Sache sind. Erstens ist im Modell Betreuungsgutscheine keine Koordination vorgesehen. Eltern haben keine zentrale Anlaufstelle, wo sie sich über die Kinderbetreuung informieren und sich beraten lassen können. Sie müssen ihre allfälligen Fragen direkt einem Anbieter stellen. Im Pilotprojekt in Luzern ist diese Schwachstelle bemerkt worden und man diskutiert nun über eine gemeinsame Trägerschaft. Eine solche Trägerschaft ist in unserer Gemeinde mit der kibe Region Köniz bereits vorhanden. Zweitens kann Kinderbetreuung nicht rein marktwirtschaftlich betrachtet werden, hier spielen auch andere Faktoren eine Rolle. Beispielsweise ist die Anzahl der Gutscheine von der finanziellen Lage der Gemeinde abhängig. Die Gefahr ist gross – und das ist in Luzern der Fall – dass sich ärmere Familien die Familienbetreuung nicht mehr leisten können. Drittens wäre eine soziale und qualitative Steuerung durch die Gemeinde schwierig, so z. B. ein flächendeckendes Betreuungsangebot für die ganze Gemeinde und nicht nur in Stadtnähe oder die Festlegung von Kostenobergrenzen, usw. Das wird aktuell über die Leistungsvereinbarungen geregelt. Aus den genannten drei Gründen bin ich zum Schluss gekommen, dass das Könizer Modell gut ist wie es ist. Es hat erstens eine zentrale Anlaufstelle und Koordination, es enthält zweitens auch marktwirtschaftliche Elemente und kommt damit dem geforderten Modell ziemlich nahe. Der Gemeinderat will in dieser Richtung weitergehen. Deshalb ist es in meinen Augen sinnlos, ein neues Pilotprojekt zu starten. Das käme teuer zu stehen. In Luzern ist ein Pilotprojekt gestartet worden und man rennt eigentlich bereits offene Türen ein. Aus diesem Grund kommen die Grünen zum Schluss, den Antrag des Gemeinderates einstimmig zu unterstützen.



**Elisabeth Rügsegger (SVP):** Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Sie hat uns überzeugt. Wir werden das Postulat erheblich erklären und gleichzeitig abschreiben. Einige Gründe dazu: Die familienergänzende Kinderbetreuung läuft über den Lastenausgleich des Kantons. Für das Projekt Betreuungsgutscheine müsste eine neue Rechtsgrundlage geschaffen werden. Die Zusammenarbeit mit der kibe Region Köniz ist gut, alle Bedürfnisse – auch die der Kinder im Schulalter – werden abgedeckt und unter den verschiedenen Anbietern spielt die Konkurrenz. Weiter ist der Zeitpunkt für den Start eines Pilotprojekts in unseren Augen zu früh, weil der Pilotversuch in Luzern erst 2012 ausgewertet werden kann. Zudem ist ein Gesamtkonzept für die familienexterne Kinderbetreuung in Vorbereitung und es wäre gut, wenn auch dieses abgewartet werden könnte, bevor Neues begonnen wird.

**Christian Roth (SP):** Mich freut, dass sich die SP – Jacqueline Fehr und Thomas Christen – auf nationaler Ebene in Bezug auf die familienexterne Kinderbetreuung Gedanken macht. Die SP Köniz ist aber keine Kommandoempfängerin der SP Schweiz. Die Ansätze sind spannend, insbesondere hat sich die SP Köniz immer dafür eingesetzt, einen Rechtsanspruch geltend machen zu können, dass man innerhalb von vier Monaten einen Betreuungsplatz hat. Will man die Mittel nicht limitieren, besteht ein Rechtsanspruch. Die SP Köniz will die Ergebnisse des Pilotversuchs in Luzern abwarten. Die Prüfung des Modells mit Betreuungsgutscheinen käme jetzt zum falschen Zeitpunkt. Mark Stucki hat die Studie aus Hamburg erwähnt. Ich greife daraus einen Punkt heraus: In Hamburg bestand im Jahr 2003 bei der Einführung der Betreuungsgutschriften eine Kita-Krise, die schlussendlich zum Rücktritt des dafür zuständigen Senators führte. Die Kita-Krise war darauf zurückzuführen, dass die Stadt Hamburg für die benötigte Anzahl Betreuungsplätze schlicht zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt hatte und nach zwei Monaten keine Betreuungsgutscheine mehr ausgestellt werden konnten. Ich möchte nicht riskieren, dass in Köniz – nur weil man einen in Luzern bereits bestehenden Pilotversuch nicht abwarten will – der zuständige Gemeinderat zurücktreten muss.

**Christoph Salzmann (SP):** Ich hege durchaus sympathische Gefühle den Betreuungsgutscheinen gegenüber. Als Sozialdemokrat kann ich durchaus liberal sein; liberal mit einem sozialen Touch. Die Einführung von Betreuungsgutschriften kann geprüft werden. In meinen Augen sind zwei Kriterien zu berücksichtigen: Zum einen müssen genügend Betreuungsplätze vorhanden sein, damit der Markt spielen kann. Es darf kein angebotsorientierter Markt entstehen. Es darf nicht sein, dass die Preise steigen, weil nicht genügend Plätze vorhanden sind und sich ein Teil der Bevölkerung den Kauf von Betreuungsgutscheinen nicht mehr leisten kann. Zum anderen muss die Qualität stimmen. Es darf nicht sein, dass auf der einen Seite teure Förderungskindertagesstätten vorhanden sind, die sich jene leisten können, die neben den Betreuungsgutschriften noch in die eigene Tasche greifen können. Auf der anderen Seite wird es dann so genannte "Aufbewahrungskrippen" geben, wie sie anfangs des letzten Jahrhunderts existierten. Ein Handy ist ein Marktprodukt, das immer billiger wird, aber immer mehr kann. Die Qualität nimmt jedoch ab. Unsere Kinder sind aber keine Handys, es braucht einen überwachten und kontrollierten Markt. Aus dieser Sicht habe ich volles Verständnis, wenn der Gemeinderat ausführt, das Modell Betreuungsgutschriften zu prüfen, sobald die Erfahrungen aus Luzern vorliegen.

**Barbara Perriard (FDP):** An der Debatte stört mich die Fokussierung auf die Ausschliesslichkeit von Kita-Plätzen. Es gibt viele andere Möglichkeiten als die familienergänzende Kinderbetreuung im Rahmen von Kitas. Zum einen sind wir entschieden dagegen, dass ein Rechtsanspruch auf Kitas vorhanden ist. Diese Forderung wird sich so nicht umsetzen und nicht finanzieren lassen. Deshalb – und das war ein wichtiger Bestandteil des entsprechenden Postulats – die freie Wahl der Art der familienergänzenden Kinderbetreuung. Das Modell Betreuungsgutscheine soll nicht ausschliesslich auf Kitas ausgerichtet sein, sondern soll für Tageseltern oder innerhalb der eigenen Familien anwendbar sein. Es ist durchaus denkbar, dass der entsprechende Betreuungsgutschein im Sinn eines Entgelts der Grossmutter abgegeben werden kann. Zu Hamburg: Die Hansestadt hat zu Beginn mit den Betreuungsgutscheinen einen anderen Zweck verfolgt, es ging dort primär um die Integration. Im Postulat geht es klar darum, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, d. h. die damit verbundene Zweckbindung ist eine andere als in Hamburg.

**Bernhard Bichsel (jfk):** Zu Ursula Wyss: Sie hat erklärt, dass im Modell Betreuungsgutscheine keine zentrale Anlaufstelle mehr vorgesehen ist. Im von uns angedachten Modell ist dieser Punkt jedoch noch nicht festgelegt. Es kann durchaus sein, dass eine zentrale Anlaufstelle

beibehalten würde. Die Antwort des Gemeinderates hat sich auf das Modell in Luzern fokussiert. Wir sind aber darauf angewiesen, dass in der Schweiz mehr als nur ein Pilotprojekt gestartet wird, damit verschiedene Testmöglichkeiten vorhanden sind. Der Bund benötigt verschiedene Gemeinden, die Pilotprojekte durchführen. Die Gemeinde Köniz könnte beispielsweise ein eigenes Modell mit einer zentralen Anlaufstelle kreieren. Das ist unsere Forderung. Wir kritisieren die einseitige Verfassung des Berichts.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Wir haben Verständnis für das Postulatsanliegen und haben es positiv entgegengenommen. Es ist nicht fair, wenn hier behauptet wird, dass das Anliegen nur verwaltungsmässig abgehandelt worden sei. Der Bericht ist vertieft erarbeitet worden und wir legen Ihnen hier bereits einen Prüfungsbericht vor. Das grosse Problem besteht darin, dass der Vorstoss nicht auf der richtigen Ebene eingereicht worden ist. Das Finanzierungsmodell im Kanton Bern ist ganz anders. Für die Gemeinde Köniz wäre die Einführung eines Pilotversuchs enorm schwierig und kostenintensiv. Das Anliegen des Vorstosses ist – das hat sich bei der Ausarbeitung gezeigt – nicht primär sozial. Wir haben uns in den letzten Jahre grosse Mühe gegeben, dass bei privaten Anbietern Kita-Plätze eingekauft werden. Die Beantwortung des Vorstosses ist durch den Gemeinderat gutgeheissen worden und hat damit ein politisches Gremium durchlaufen.

---

#### **Beschluss**

Das Postulat wird erheblich erklärt.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

#### **Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

### **9. 0933 Postulat (jfk) "Glasfasernetz Köniz"**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Bernhard Bichsel (jfk):** Mit viel Genugtuung und Freude habe ich bereits im Oktober 2009 zur Kenntnis nehmen dürfen, dass das Parlament die hohe Zukunftsbedeutung von "Fibre to the home" (FTTH) erkannt hat. Ich habe eine höhere Technologieskepsis erwartet. Viel mehr Freude machte mir die Antwort des Gemeinderates. Inhaltlich geht die Antwort genau in die von uns Jungfreisinnigen gewünschte Richtung. Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich auch der Gemeinderat der hohen Wichtigkeit des Themas bewusst ist und der Wille zum Handeln besteht. Besonders positiv möchte ich die drei Zielsetzungen auf Seite 3 unter Punkt 2, "Bisherige Aktivitäten", erwähnen. Hier hat der Gemeinderat den Nagel genau auf den Kopf getroffen, ich habe dem nichts mehr anzufügen. Einen Punkt, auf den in der Antwort nur am Rand eingegangen wird, möchte ich betonen: Ein gesunder Wettbewerb ist sehr wichtig. Neben der Verfügbarkeit sind auch der Preis und der Servicelevel bei Informationstechnologien von enormer Wichtigkeit. Ich erhoffe mir, dass mit der Glasfasertechnologie von Monopolen und Oligopolen weggegangen werden kann, hin zu einem echten Markt, von dem wir alle profitieren können. Ich bitte den Gemeinderat, diesem Punkt eine gewisse Beachtung zu schenken. Ich empfehle Ihnen, dem Postulat zuzustimmen. Informationstechnologien sind Schlüsseltechnologien für die Zukunft der Schweiz und im Kleinen auch für die Zukunft der Gemeinde Köniz. Die FDP/jfk-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

**Hermann Gysel (EVP):** Gemäss Art. 6 des Geschäftsreglements des Parlaments weise ich darauf hin, dass ich mögliche Interessenkonflikte haben könnte, da mein Arbeitgeber die Swisscom ist. Die positive Antwort des Gemeinderates macht mir Freude. Vom Punkt Zeitfaktor erkläre ich mich nicht ganz befriedigt. Es gibt Entwicklungen in die Richtung, dass die Swisscom Beiträge an die Hausinstallationen übernehmen wird. Diese Kosten sind erheblich und das Budget ist beschränkt. Das bedeutet, dass sich die Technologie weniger schnell flächendeckend ausbreiten wird. Aus diesem Grund tut die Gemeinde Köniz sehr gut daran, möglichst bald Verhandlungen mit den entsprechenden Anbietern aufzunehmen. Man muss sich bewusst sein, dass bereits über 100 Gemeinden in aktiven Verhandlungen mit der Swisscom sind. Gemäss Auskunft des Gemeindepräsidenten auf meine Frage hin, hat die Gemeinde Köniz einen Besprechungstermin in dieser Frage vereinbart.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Auch dieses Thema ist, wie dasjenige der organischen Abfälle, im Fluss. Ich ergänze wie folgt: Auf Bundesebene besteht noch keine Regulierung. Zurzeit laufen Projekte zwischen diversen Stadtwerken und der Swisscom, einzig die Stadt St. Gallen macht dies mit ihrem Stadtwerk selber. Wie Sie den Einschätzungen auf Seite 4 entnehmen können, hat die Gemeinde Köniz kein eigenes Leitungsnetz und ist somit kein potenter Player in diesem Markt. Neben den Elektrizitätsnetzen eignen sich auch noch andere Leitungsnetze für die Verlegung dieser Technologie, z. B. das Kabelnetz. Aber auch dieses ist nicht im Besitz der Gemeinde Köniz. Die Firma Cablecom ist an der FTTH-Technologie nicht interessiert, sie arbeitet weiterhin mit Koaxialkabeln und mischt sich nicht in diesen Markt ein. Andere Netze, wie z. B. das Wassernetz eignen sich nicht, da dieses unter Druck steht. Auch das Gasnetz nicht, da es nicht in jeden Haushalt führt. Das Abwassernetz eignet sich nur für Überlandtransporte, aber nicht für die so genannte "letzte Meile".

In diesem Bereich sind fünf Städte relativ weit und treffen sich im Städteverband zum regelmässigen technischen Austausch: Bern, Genf, Zürich, Basel und St. Gallen. Ausser der Stadt Genf sind hier ausschliesslich kommunale Stadtwerke an der Arbeit. Da das Werk der Stadt Genf kantonal ist, werden zurzeit nicht alle Haushalte gleich behandelt. Die Gemeinde Köniz umfasst urbane und ländliche Gebiete und damit sind möglicherweise gewisse Schwierigkeiten verbunden. Ende April findet zwischen den BKW, der ewb, der Swisscom und der Gemeinde Köniz ein Gespräch über diese Thematik statt. Die Kosten für die Realisierung der von Hermann Gysel angesprochenen "letzten Meile" teilen sich beispielsweise in der Stadt Bern Swisscom und ewb. Wollen wir uns irgendwo beteiligen, müssen dafür schnell einmal Mittel in beträchtlicher Höhe zur Verfügung gestellt werden. Verhandlungen wollen wir auf jeden Fall vornehmen, damit wir unsere Rolle als Gemeinde ausloten können. Da die Swisscom überall etwas "mitmischt", ist der Wettbewerb noch nicht klar. Unser Fazit: Wir wollen dranbleiben und weitermachen und bitten Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Das Geschäft betrifft aufgrund der Neuorganisation der Direktionen nun die DUB (Direktion Umwelt und Betriebe).

---

#### **Beschluss**

Das Postulat wird erheblich erklärt.  
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

---

#### **10. 0934 Interpellation (Roth, SP) "Wie ist der Könizer Sozialdienst in Zeiten der Rezession positioniert?"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Christian Roth (SP):** Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche und qualitativ hochstehende Antwort meiner Interpellation und erkläre mich von der Antwort befriedigt. Ich hebe einige Punkte hervor: Ich nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Gemeinderat die vom Kanton zur Verfügung gestellten Mittel für die Sozialberatung und die Administration des Sozialdienstes vollumfänglich ausschöpft. Damit trägt er zur hohen Qualität der Arbeit bei, vermindert den Arbeitsdruck und senkt die Fluktuationsrate beim Personal, die unter anderem mit Arbeitsdruck zu tun hat. Die Personalfluktuationsrate war in den Jahren 2007 und 2008 beängstigend hoch. Der Gemeinderat hat festgestellt, dass die daraus resultierende Aufwärtsspirale – eine höhere Fluktuation bringt jenen die bleiben eine höhere Arbeitsbelastung, was zu einer noch höheren Fluktuation führen kann – gestoppt werden muss. Die provisorischen Zahlen 2009 zeigen auf, dass die Wirkung nicht ausgeblieben ist und die hohe Fluktuation gesenkt werden konnte. Die Erhöhung der Fallzahlen ist für 2009 noch moderat ausgefallen. Aus der deutlich längeren Verweildauer der Klientschaft, kann der Schluss gezogen werden, dass die Fallzahlen in den Jahren 2010 und 2011 erheblich steigen werden. Diese Annahme treffe ich aufgrund der Tatsache, dass viele Arbeitslose aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert und beim Sozialdienst landen werden.

Ich stelle die vom Kanton aufgestellte Richtlinie "100 Fälle für 100 Stellenprozente", einmal mehr infrage. Diese Regelung entspricht gemäss meinen Erfahrungen in Bezug auf die Zunahme der Komplexität der Einzelfälle in keiner Art und Weise mehr. Ich fordere Gemeinderat Ueli Studer auf, sich dieser Thematik anzunehmen und beim Kanton

entsprechend zu intervenieren. Dies am besten im Verbund mit den Sozialvorstehenden der grösseren Städte im Kanton Bern.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

## 11. Verschiedenes

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Auf Ersuchen des Gemeinderates hin hat das Parlament die Beantwortungsfrist für die Motion 0937 "Ein Haus der Musik" bis zum 28. April 2010 verlängert.

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

- 1001 Postulat (SP) "Open Sunday - Midnight-Sports: die offene Turnhalle für Kinder und Jugendliche"
- 1002 Interpellation (Locher, EVP) "Jugendlokal Köniz/Liebefeld"

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Das Thema Reklamereglement wird allen neuen Parlamentsmitgliedern am 29. März 2010 vorgestellt, da dieses, bevor es der Stimmbevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird, nochmals vom Parlament beraten wird. Eine Einladung wird verschickt. Neben den neuen Parlamentsmitgliedern können auch bisherige teilnehmen.

Ich schulde Ignaz Caminada noch eine Antwort aus der Dezember-Sitzung: Er hat angefragt, weshalb die kleinen Parteien nicht zum Bevölkerungsforum eingeladen worden sind. Ich erwähne hier, dass anlässlich der Beratung über den Kredit für die Ortsplanungsrevision ein Jahr vorher klar kommuniziert worden ist, wer mitwirken wird. Sowohl im Antrag wie im Handbuch ist festgehalten, dass es sich um eine parlamentarische Kommission bestehend aus 11 Mitgliedern handelt. Richtig ist, dass ich im Parlament erklärt habe, dass alle Parteien angeschrieben worden sind. Diese Aussage war nicht korrekt. Ich habe zur Pressemitteilung der CVP schriftlich Stellung genommen. Diese Stellungnahme ist von der Journalistin nicht richtig verstanden und folgedessen nicht richtig wiedergegeben worden. Ich habe ein Korrigendum verlangt, das am nächsten Tag erschienen ist. Ignaz Caminada erklärte sich über die Art der Einladung der kleinen Parteien nicht zufrieden. Gemäss Verteiler haben wir aus Effizienzgründen nur einen Brief an die kleinen Parteien versandt. Wir haben aber auch alle anderen Parteien und Ortsvereine die für das Forum eingeladen worden sind, mit demselben Brief angeschrieben. Wir hätten hier differenzieren und zwei verschiedene Briefe schreiben müssen.

Ignaz Caminada erklärte sich ausserdem nicht zufrieden, dass er nicht zu einer Sitzung in Bezug auf das Geschäft Anpassung und Neugestaltung der Wabersackerstrasse eingeladen worden ist. Im entsprechenden Brief habe ich festgehalten, dass wir Lösungsvorschläge gerne in unsere Überlegungen mit einbeziehen. Das war keine Sitzungseinladung, sondern die Aufforderung, schriftlich zu reagieren. Wir haben in der DPV intensiv über das weitere Vorgehen betreffend Wabersackerstrasse diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass es keinen Sinn macht, intern weiterzumachen. Aus diesem Grund haben wir die Lösungsfindung extern vergeben und für je 3'000 Franken entsprechende Firmen beauftragt, die verschiedenen Varianten zu prüfen und eigene Lösungen vorzuschlagen. Wir haben nun Lösungen erhalten und sehen vor, einen Vorschlag während eines Monats zu testen. Wir schlagen vor, das Thema Wabersackerstrasse für die Parlamentssitzung im Juni traktandieren zu lassen.

Ignaz Caminada hat sich ausserdem über herumliegende Pferdeäpfel auf Velostreifen der Gemeinde Köniz beschwert. Leider existiert noch kein "Robi-Horse" und Pampers für Pferde sind auf dem Markt nicht erhältlich. Dieses Problem besteht schon länger. Anlässlich einer schon vor längerem mit der Reitschule Eldorado abgehaltenen Sitzung hat diese vorgeschlagen, mit den Stall- und Pferdebesitzern in der Region Gespräche zu führen und auf die Situation aufmerksam zu machen. Die Gemeinde sollte für die am meisten berittenen Routen einen Plan erstellen. Wir sind damals davon ausgegangen, dass die Reitschule von sich aus wieder auf uns zukommen wird. Aufgrund eines Wechsels in der Abteilungsleitung sowie in der Dienstzweigleitung ist diese Geschichte jedoch etwas eingeschlafen. Der Plan ist erstellt aber nicht verteilt worden und es wurden auch keine Regeln festgelegt. Auf das Votum von Ignaz Caminada hin hat der Dienstzweigleiter das Gespräch mit der Reitschule Eldorado gesucht. Das Ergebnis lautet wie folgt: Allfällige Reklamationen werden von uns an Herrn Jost, Landwirt auf der Blinzern, weitergeleitet, der die entsprechenden Routen zwei- bis dreimal pro

Woche reinigen wird. Diese Routen werden auch alle 14 Tage durch unseren Strassenunterhalt gereinigt.

**Niklaus Hofer (SVP):** Ich gebe eine Richtigstellung bekannt: Nachdem der Gemeinderat über die Tramwendeschlaufe in Schliern entschieden hat, konnte den Medien die Reaktion des "Vereins zum Schutze des Kulturlandes" entnommen werden. Geschrieben stand unter anderem, dass der Entscheid für die Wendeschlaufe in Schliern vom Gemeinderat ohne vorgängigen Entscheid der Kommission Tramprojekte gefällt worden sei. Das stimmt nicht. Die "Kommission Tramprojekte" hat am 26. Oktober 2009 an ihrer Sitzung einen Mehrheitsentscheid über die Platzierung der Tramwendeschlaufe gefällt.

**Hermann Gysel (EVP):** Ich frage den Gemeinderat über den Stand der Arbeiten in Bezug auf die Realisierung der Ballsporthalle Weissenstein an. Ich werde ab und zu darauf angesprochen.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ende Februar wird die vollständige Kostenzusammenstellung zur Prüfung vorliegen. Wir fahren mit den Arbeiten aber nur dann weiter, wenn das von der Stimmbevölkerung bewilligte Kostendach nicht überschritten wird. Parallel dazu laufen die Planungsarbeiten der Architekten, die an den Detailplanungen sind.

**Thomas Frey (BDP):** Sie haben heute eine Einladung für einen Anlass am 25. März 2010 erhalten. Die IGW, die Gemeindeverwaltung und die Raiffeisenbank laden zur Weiterentwicklung des Lehrstellennetzes ein. Rudolf H. Strahm, ehemaliger Nationalrat und ausgewiesener Fachmann des dualen Ausbildungssystems, wird einen Vortrag halten.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Etwas in eigener Sache: Die nächste Parlamentssitzung vom 22. März 2010 wird nicht mehr hier in der Aula des Hessgutschulhauses stattfinden. Ich werde Sie in den Rossstall im Schlossareal einladen. Der Auszug aus der Aula des Hessgutschulhauses ist schon mehrmals geprüft worden. Mit dem Rossstall sind nun Räumlichkeiten vorhanden, die unseren Anforderungen Genüge tragen. Es soll auch ein Signal dafür sein, dass das Schlossareal (ohne grossen Kostenfolgen) belebt werden soll. Die Räumlichkeiten im Hessgutschulhaus werden sicher durch die Schule besser genutzt. In Bezug auf die rund um das Schlossareal bewirtschafteten Parkplätze: Da die Sitzungen jeweils um 19.00 Uhr beginnen und Parlamentsmitglieder vielleicht eine Viertelstunde vorher parkieren möchten, werden – gemäss Absprechung mit dem Polizeiinspektorat – an den Parlamentssitzungsterminen keine Kontrollen vorgenommen. Da ab 19.00 Uhr sowieso keine Gebühren mehr anfallen, betrifft dies vielleicht eine Viertelstunde Parkgebühren. Der Parlamentsausflug wird am Freitag, 27. August 2010, ab 17.00 Uhr stattfinden. Ich danke für die Sitzungsdisziplin und sehe Sie am 22. März 2010 im Rossstall wieder.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren  
Parlamentspräsident

Markus Heinzer  
Parlamentssekretär













## Begrüssung

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur ersten Parlamentssitzung im Rossstall. Wir freuen uns, unsere Sitzungen in diesem schön renovierten Gebäude halten zu können. Im Speziellen begrüsse ich die neue Parlamentssekretärin, Verena Remund, die an dieser ersten Sitzung im Rossstall gleich ihre Premiere hat.

## Beschlussfähigkeit

39 Parlamentsmitglieder sind anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Die Akten für die Sitzung sind Ihnen am 25. Februar 2010 zugesandt worden. Der Nachversand des Protokolls erfolgte am 11. März 2010. Auf Ihren Pulten liegt ein Sitzplan auf, in welchem die Sitze für die Parteien aufgeführt sind. Ich bitte Sie, Ihren Platz entsprechend einzunehmen und wenn möglich nicht zu wechseln, damit die neue Leiterin der Fachstelle Parlament, Verena Remund, die Namen entsprechend notieren kann und – da kein Appell mehr stattfindet – die Anwesenheitskontrolle so durchführen kann.

## Traktandenliste

**Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt Traktandum 2, Kommissionsersatzwahlen. Mit dieser Änderung wird die Traktandenliste genehmigt.**

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 15. Februar 2010

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 15. Februar 2010 wird genehmigt.

### 2. Kommissionsersatzwahlen

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt dieses Traktandum.

### 3. Behördenreferendum und –initiative (Regionalkonferenz: Änderung der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements des Parlaments Beschluss und Antrag z. H. Volksabstimmung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Wir gehen wie folgt vor: Nach der allgemeinen Diskussion erfolgt die Detailberatung über die Gemeindeordnung, das Geschäftsreglement des Parlaments und die Botschaft an die Stimmberechtigten. Die Abstimmung wird aufgeteilt: Zuerst stimmen wir über Ziffer 1 und 2 des Antrags des Gemeinderats ab, über die restlichen Ziffern 3 bis 5 wird separat abgestimmt.

**GPK-Referent Rolf Zwahlen (EVP):** Der Gemeinderat hat im vorliegenden Geschäft die Dringliche Motion 0805 (GPK) "Behördenreferendum und –initiative durch das Parlament", die am 5. Mai 2008 erheblich erklärt worden ist, sehr sauber und sachlich umgesetzt. Die Motion verlangt, dass durch eine Änderung der Gemeindeordnung dem Parlament die abschliessende Zuständigkeit für Behördenreferendum und –initiative übertragen wird. Für diese Umsetzung sind heute zwei Beschlüsse notwendig: Ein Antrag an die Stimmberechtigten für die Änderung der Gemeindeordnung und die Anpassung des Geschäftsreglements des Parlaments. Art. 50 der Gemeindeordnung definiert die Sachgeschäfte in abschliessender Zuständigkeit des Parlaments. Er soll mit den Buchstaben "l" und "m" ergänzt werden. Buchstabe "l" bezieht sich auf das Behördenreferendum zu Beschlüssen der Regionalkonferenz. Art. 150 des kantonalen Gemeindegesetzes und weitere besondere Gesetze definieren, welche Beschlüsse dem fakultativen Referendum unterliegen. Der Buchstabe "m" steht für die Behördeninitiative.

Gegenstände und Verfahren zur Initiative sind in Art. 151 des kantonalen Gemeindegesetzes beschrieben. Volksreferendum und –initiative sind nicht Gegenstand der Vorlage.

Mit Kompetenzen sind naturgemäss Aufgaben verbunden. Die Regelung in Köniz sieht vor, dass das Parlament die alleinige Verantwortung zum Ergreifen eines Referendums übernimmt. Die Musterbestimmungen von BernPlus sind aus diesem Grund für Köniz nicht anwendbar. Das wird dann besonders von Bedeutung sein, wenn das Parlament ein Behördenreferendum ergreifen will, das sich gegen den Willen des Gemeinderats richtet. Gelingen kann die Einreichung innerhalb der 90-Tage-Frist nur dann, wenn der aufgezeigte Ablauf reibungslos klappt. Speziell zu erwähnen ist, dass der Gemeinderat über die Fachstelle Parlament anhand der Traktandenliste bereits vor der geplanten Regionalkonferenz referendumsfähige Geschäfte ankündigt. Mit der Veröffentlichung des wiederum unverzüglich kommunizierten Beschlusses beginnt die 90-Tage-Frist. Das Geschäftsreglement des Parlaments soll, gemäss Entwurf im Anhang 6, um Art. 64 Buchstaben a und b erweitert werden. Damit werden die grundsätzlichen Voraussetzungen geschaffen, wie das Referendum zustande kommt. Detaillierte Arbeitsschritte und zuständige Stellen bleiben zurzeit bewusst offen, so z. B. an wen die Fachstelle Parlament die Informationen des Gemeinderats in Bezug auf die Traktanden und Beschlüsse der Regionalkonferenz weiterleitet. Offen ist, wie der Gemeinderat den Anstoss für ein Behördenreferendum oder einer -initiative ins Parlament trägt. Wer nimmt den Kontakt mit anderen Gemeinden auf? Für die Einreichung eines Behördenreferendums sind mindestens neun Verbündete nötig. An wen wenden sich andere Gemeinden mit einer Anfrage in Bezug auf den Anstoss eines Behördenreferendums oder einer –initiative? Knacknuss im Ablauf wird sicher die Mobilisierung von mindestens neun weiteren Gemeinden sein. Das ist gemäss Vorlage ausdrücklich die Aufgabe des Parlaments. Neben der Anpassung der Reglemente werden sich auch das Parlament und die Fachstelle Parlament Lösungen überlegen müssen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, der Änderung der Gemeindeordnung gemäss Ziffer 1 und 2 des Antrags des Gemeinderats zuzustimmen und den Antrag an die Stimmberechtigten zu unterstützen. Für die Überarbeitung der Botschaft an die Stimmberechtigten beantragt die GPK die Einsetzung der Redaktionskommission. Besonders die Darstellung von Art. 50 im Anhang zur Botschaft auf Seite 11 ist in unseren Augen klarer zu gestalten. Beispielsweise mit einem Verweis auf Seite 6, wo der Buchstabe "k" des entsprechenden Artikels formuliert ist.

Eine weitere Mitteilung zur Botschaft: Am 13. Juni 2010 finden weder nationale noch kantonale Abstimmungen statt, d. h. es würde nur über gemeindeeigene Vorlagen abgestimmt. Das verursacht externe Kosten von rund 40'000 Franken. Gemäss Aussagen von Gemeindepräsident Luc Mentha sollen an der Regionalkonferenz vom 1. Juli 2010 keine kritischen Traktanden zur Behandlung kommen.

Ich komme auf eine Neuerung in Bezug auf unsere Unterlagen zu sprechen: Im Speziellen lobend möchte ich die neu eingeführte Anmerkung der Fachstelle Parlament auf Seite 5 erwähnen. Damit ist uns Parlamentsmitgliedern klar, welche Spielregeln beim betreffenden Beschluss gelten.

Ich gebe hier gleich noch die Haltung der CVP/EVP/GLP-Fraktion bekannt: Wir bedanken uns beim Gemeinderat für die konsequente und sachliche Umsetzung der Motion. Einerseits scheint uns die ausgearbeitete Regelung sinnvoller als die Musterbestimmung, weil der Gemeinderat mit einem Antrag zum Referendum gegen seinen eigenen Willen und folglich gegen seine Haltung in der Regionalversammlung, in einen schlecht lösbaren Konflikt geraten würde. Andererseits gehen wir davon aus, dass der Gemeinderat das Parlament tatkräftig unterstützt, wenn ein Referendum ergriffen werden soll, das in seinem Sinn ist. Gemeindepräsident Luc Mentha besitzt in der Regionalversammlung 14 von insgesamt 227 Stimmen, d. h. in der Regionalkonferenz können durchaus Beschlüsse gegen die Meinung der Gemeinde Köniz gefasst werden. In der Musterbestimmung ist klar geregelt, wie und wann der Gemeinderat das Parlament informiert. Diese Regelung fehlt in der uns vorgelegten Vorlage. Wir denken, dass hier noch Klarheit geschaffen werden muss. Die Grünen haben bereits einen entsprechenden Antrag eingereicht. Wir erachten die Änderungen des Geschäftsreglements des Parlaments und der Gemeindeordnung als durchaus sinnvoll und ausreichend und werden den Anträgen des Gemeinderats inklusive Abschreibung zustimmen. Für die Überarbeitung der Botschaft bitten wir um die Einsetzung der Redaktionskommission.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich danke dem GPK-Referenten bestens für seinen sehr umfassenden und abschliessenden Bericht. Er hat die Begründung bereits abgegeben, weshalb wir aller Voraussicht nach nächsten Mittwoch im Gemeinderat beschliessen werden, die Abstimmung über dieses und die beiden folgenden Geschäfte erst im September 2010 durchzuführen,. Eine Abstimmung verursacht der Gemeinde Köniz jeweils externe Kosten von

rund 40'000 Franken und – da nur eine gemeindeeigene Abstimmung stattfinden würde – wird die Stimmbeteiligung aller Voraussicht nach sehr tief sein. Wir teilen dies der Redaktionskommission mit, damit die Botschaft entsprechend angepasst werden kann. Ich gebe bekannt, dass aus meiner Sicht nichts gegen den Ihnen ausgeteilten Antrag der Grünen zu Art. 64 Buchstabe a Ziffer 4: "Das Präsidium traktandiert das Geschäft so, dass die Fristen des kantonalen Rechts eingehalten werden können *und koordiniert das Vorgehen mit anderen Gemeinden*" spricht.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dem vorliegenden Geschäft mehrheitlich zu. Aus unserer Sicht ist es aus demokratiepolitischen Gründen richtig, die Kompetenz zur Ergreifung eines Behördenreferendums und –initiative dem Parlament zu übertragen. Das Parlament bildet die politische Zusammensetzung der Könizer Bevölkerung aufgrund seiner Grösse und Funktion klar besser ab als der Gemeinderat. Dadurch werden Stimmungen und Strömungen der Könizer Bevölkerung besser aufgenommen. Es ist auch aus institutionellen Überlegungen richtig, die Zuständigkeit an das Parlament zu übertragen. Die Mitwirkung der Gemeinden in der Regionalkonferenz Bern-Mittelland wird im Wesentlichen über das Gemeindepräsidium und den Gemeinderat erfolgen. Beim Gemeindepräsidium bündelt sich in der Folge eine gewisse Gestaltungsmacht, die ein institutionelles Gegengewicht braucht. In den Augen der SP/JUSO-Fraktion muss dieses Gegengewicht das Parlament sein. Der vorgeschlagene beschleunigte Verfahrensablauf betreffend Behördenreferendum und –initiative ist für die SP/JUSO-Fraktion ein gangbarer und überzeugender Weg. Wir lehnen uns in Köniz dabei an den bekannten, wenn auch wenig benutzten Planungsbeschluss an. Es ist richtig, dieses Verfahren auch für andere Entscheidprozedere zu nutzen. Somit können wir in Köniz die zeitlichen Vorgaben der Regionalkonferenz zur Wahrnehmung der Volksrechte einhalten.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Die Grünen Köniz danken dem Gemeinderat für die konsequente Umsetzung der Motion des Parlaments. Dies umso mehr als der Wunsch für ihn etwas *contre coeur* ging. Im Oktober 2009 habe ich an der Tagung der Agglomerationskommission teilgenommen. Diese war sehr umfassend, motivierend und grundsätzlich. In einem Workshop hat man sich speziell mit den Mitwirkungsrechten der kommunalen Parlamente befasst. Die neuen Mitwirkungsmöglichkeiten sind kein Misstrauensvotum gegenüber den Exekutiven, sondern eine Chance, gemeinsam mit einer breiteren Abstützung an regionalen Themen zu arbeiten. Die Tagung bedeutete für viele, ihr Fenster für regionale Themen zu öffnen. Das brauchen wir als Parlament. Es liegt auf der Hand, dass viele Themen heute nur noch gemeinsam regional übergreifend angegangen und langfristig sinnvoll gelöst werden können. Diese Arbeit geht eindeutig auch uns als Parlament an. In der Gemeinde Köniz sind wir mit der vorgelegten Regelung im Vergleich aller betroffenen Parlamentsgemeinden tatsächlich am weitesten vorangeschritten. Die neuen Mitwirkungsrechte sind wichtig für das regionale Mitdenken und Mitgestalten eines Parlaments. Sie verlangen auch einen neuen Effort von uns. Wir müssen und dürfen uns in Zukunft mit den Themen der Regionalkonferenz seriös, rechtzeitig und kontinuierlich befassen. Nur so ist eine qualitativ gute Arbeit möglich. Der Ablauf zur Wahrnehmung der neuen Rechte muss sich in der Praxis sicher noch bewähren. Es ist wichtig, dass die Fachstelle Parlament jeweils unverzüglich vom Gemeinderat über Traktanden und Beschlüsse der Regionalkonferenz informiert wird und die Fachstelle Parlament ihrerseits uns Parlamentsmitglieder umgehend informiert. Dass diese Aufgabe über die Fachstelle Parlament läuft, scheint uns grundsätzlich sinnvoll, weil dieses für uns quasi eine Stabsstelle ist. Ich betone: Es ist wichtig, dass wir Parlamentsmitglieder über die Traktanden wie auch die Beschlüsse der Regionalkonferenz informiert werden, sobald sie bekannt sind. Besonders über die traktandierten Beschlüsse, die dem Referendum unterstehen. Denn die Notwendigkeit für ein Behördenreferendum oder eine -initiative kann nicht quasi über Nacht abgeschätzt werden, sondern muss bereits länger vorher angedacht werden. Die Erfahrung wird zeigen, ob längerfristig vielleicht sogar eine parlamentarische Kommission nötig ist oder ob die Lösung Fachstelle Parlament gut funktioniert. Wir erwarten von der Fachstelle Parlament, dass die Themen bei Bedarf mindestens traktandiert werden, damit wir zumindest davon Kenntnis nehmen können. Wir erwarten auch, dass die Fachstelle Parlament den Gemeinderat zu einer regelmässigen Berichterstattung einlädt. Das kann auch kurzfristig mündlich geschehen. Wir Parlamentsmitglieder können uns auch selbstständig über [www.bernmittelland.ch](http://www.bernmittelland.ch) informieren. Es ist aber wichtig, dass alles andere über den offiziellen parlamentarischen Ablauf geschieht.

Die Grünen Köniz stimmen dem Antrag des Gemeinderats zu. Für die Detailberatung haben wir einen Zusatzantrag in Ziffer 4 von Art. 64 Buchstabe a. Die Begründung dazu erfolgt in der Detailberatung.

**Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SV):** Ende gut, alles gut. Das lässt sich zu diesem Geschäft mit Fug und Recht behaupten. Der Gemeinderat hat die gegen seinen Willen mit grosser parlamentarischer Mehrheit überwiesene Motion vorbildlich umgesetzt. Herzlichen Dank dafür. Die Gemeinde Köniz ist nicht die einzige Parlamentsgemeinde, in der das Parlament die Mitsprache bei Behördenreferendum und –initiative verlangt. Wir befinden uns in guter Gesellschaft. Die Lösung der Gemeinde Köniz geht aber zurzeit am weitesten, indem bei uns einzig und allein das Parlament für Behördenreferenden und –initiativen zuständig ist. Dies entsprechend der Forderung der GPK-Motion. Wie sich der ganze Ablauf bewähren wird, wird sich dann in der Praxis zeigen. Zurzeit sind die Kompetenzen der Regionalkonferenz noch beschränkt und Behördenreferenden oder –initiativen werden nicht allzu häufig eingereicht. Die Kulturbeiträge könnten in diesem Bereich ein entsprechendes Thema sein. Wenn jedoch längerfristig mehr Kompetenzen auf die Stufe Regionalkonferenz verschoben werden, hat sich das Parlament von Köniz als Vertretung der Bevölkerung damit etwas Einfluss auf solche Entscheide gesichert. Das ist gut so und soll kein Misstrauensvotum gegenüber dem Gemeinderat sein.

Die SVP-Fraktion stimmt allen Anträgen des Gemeinderats zu.

Die SVP-Fraktion wird auch in Traktandum 4 allen Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecher Heinz Engi (FDP):** Im Mai 2008 ist die Motion erheblich erklärt worden. Nach zwei Jahren liegt sie dem Parlament nun wieder vor. Eine suboptimale Planung verursacht nun, dass die Bevölkerung über die Vorlage an einem Datum befinden müsste, an dem weder kantonale noch eidgenössische Vorlagen vorhanden sind. Wir sind nun so weit, dass – sollte über die Vorlage erst im September 2010 abgestimmt werden – die erste Regionalversammlung stattfinden wird, ohne dass unser Reglement in der Gemeinde Köniz in Kraft ist. Die Motion der GPK kann abgeschrieben werden. Die Forderungen sind umgesetzt, die politische Beeinflussung des Gemeinderats, respektive des Gemeindepräsidenten, in der Regionalversammlung ist gewährleistet. Zur Regionalkonferenz: Hier wird zwar eine weitere Ebene geschaffen, die aber auch Gutes schaffen kann: Wenn 98 Gemeinden miteinander im Dialog sind und gemeinsam über Verkehr, Raumplanung, Kultur oder andere Regionalpolitik befinden, kann dies als positiv bewertet werden. Damit ergibt sich eine gesamtheitliche Betrachtung der künftigen Herausforderungen. Wir hören nicht mehr an den Gemeindegrenzen auf, weiter zu denken. Synergien zwischen den Gemeinden können genutzt und hoffentlich auch Kosten eingespart werden. Das hat die positive Folge, dass qualitativ bessere Ergebnisse für die Einwohnenden erwirkt werden können. Wir freuen uns auf die Volksabstimmung und hoffen, dass bei einem positiven Ausgang die Exekutive ihrem Auftrag nachkommen und eine gut geölte Scharnierfunktion zwischen Parlament und Regionalkonferenz wahrnehmen wird. Ich stelle einen Ordnungsantrag auf Sitzungsunterbruch, damit sich die Fraktionen vor der Abstimmung noch besprechen können.

Die FDP/jfk-Fraktion wird der Vorlage gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen und auch dem Änderungsantrag der Grünen.

Auch zu Traktandum 4 wird die FDP/jfk-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich halte fest: Der Sitzungsunterbruch ist kurz vor der Abstimmung über Traktandum 3 verlangt.

---

### Beschluss

Der Ordnungsantrag von Heinz Engi auf Sitzungsunterbruch kurz vor der Abstimmung wird abgelehnt.

(abgegebene Stimmen: 10 dafür, 13 dagegen, 16 Enthaltungen)

---

### Detailberatung

#### Geschäftsreglement des Parlaments, Art. 64 a

**Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Es scheint uns sinnvoll, dass das Parlamentspräsidium das Vorgehen mit anderen Gemeinden koordiniert. Der Artikel lautet dann wie folgt: "Das Präsidium traktandiert das Geschäft so, dass die Fristen des kantonalen Rechts eingehalten werden können *und koordiniert das Vorgehen mit anderen Gemeinden*". Hier ist in unseren Augen zeitlich entscheidend, dass sofort gehandelt wird.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Zur Botschaft liegt ein Antrag der GPK vor, die Redaktionskommission einzusetzen. Darauf kommen wir in der Beschlussfassung zurück.

---

**Beschluss**

Der Antrag der Grünen auf folgende Änderung in Art. 64a: "Das Präsidium traktandiert das Geschäft so, dass die Fristen des kantonalen Rechts eingehalten werden können *und koordiniert das Vorgehen mit anderen Gemeinden*" wird angenommen.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

**Beschluss**

1. Die Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments wird gemäss vorgelegtem Entwurf und der Änderung in Art. 64a Ziffer 4, beschlossen, unter dem Vorbehalt, dass die Stimmberechtigten die Änderung der Gemeindeordnung gemäss Ziffer 3 beschliessen.

2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

(abgegebene Stimmen: 38 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

---

**Beschluss**

Das Parlament beantragt den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Änderung der Gemeindeordnung wird beschlossen.

2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

(abgegebene Stimmen: 37 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

---

**Beschluss**

Die Redaktionskommission wird beauftragt, die Botschaft an die Stimmberechtigten und den Wortlaut des Stimmzettels zu überarbeiten und endgültig festzulegen.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

**Beschluss**

Die Motion 0805 (GPK) "Behördenreferendum und -initiative durch das Parlament" wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

**4. Zuständigkeit zur Übertragung weiterer Aufgaben an die Regionalkonferenz beim Parlament: Änderung der Gemeindeordnung**

Antrag z. H. Volksabstimmung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**GPK-Referent Rolf Zwahlen (EVP):** Für die Übertragung weiterer Aufgaben an die Regionalkonferenz ist gemäss geltendem Recht eine Volksabstimmung notwendig. Diese Zuständigkeit kann mit der vorliegenden Änderung der Gemeindeordnung an das Parlament übertragen werden. Der Bericht des Gemeinderats ist klar und die GPK hat keine Ergänzungen anzubringen. Aus der Sicht der GPK ist es in Parlamentsgemeinden durchaus sinnvoll, diese Kompetenz der Volksvertretung zu übertragen. Sie empfiehlt auch hier einstimmig, Ziffer 1 des Antrags des Gemeinderats zuzustimmen und die Redaktionskommission für die Überarbeitung der Botschaft und des Stimmzettels einzusetzen.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung zustimmen. In unseren Augen ist die Änderung der Gemeindeordnung durchaus sinnvoll, die Begründung im Bericht des Gemeinderats und in der Botschaft sind klar und aus unserer Sicht unbestritten. Auch wir stimmen der Einsetzung der Redaktionskommission für die Überarbeitung von Botschaft und Stimmzettel zu.

**Der Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Die Grünen Köniz stimmen den Anträgen des Gemeinderats zu. Es ist in unseren Augen effizient, stufengerecht und demokratiepolitisch vertretbar, dass das Parlament über die Übertragung von weiteren Aufgaben an die Regionalkonferenz entscheiden kann. Um so mehr als wir vorgeben, dass sich das Parlament –

wie im vorhergehenden Traktandum thematisiert – zusätzliche regionale Kompetenzen aneignet und deshalb sachlich kompetent und politisch legitimiert ist.

**Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion hat das Geschäft eingehend geprüft und keine Gegenargumente dagegen gefunden. Aus diesem Grund werden wir dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. Ich weise darauf hin, dass das "Thema Hauptstadregion Schweiz" in der Presse am letzten Wochenende behandelt worden ist. Ich persönlich denke, dass genau dieses Thema zeigen wird, dass Teilkonferenzen innerhalb der Regionalkonferenz künftig sehr wichtig sein werden. Ich hoffe, dass dieses Thema immer wieder aufgegriffen wird.

**Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP):** Die BDP-Fraktion hat sich grundsätzliche Gedanken zur Übertragung der Kompetenzen der Stimmbevölkerung an eine andere Instanz gemacht. Sie stellte sich die Frage, ob die direkte Demokratie gestärkt werden soll oder die Institutionen. In der Begründung zum Antrag ist festgehalten, dass die Übertragung von weiteren Aufgaben an die Regionalkonferenz vergleichbar ist mit einem Beitritt zu einem Gemeindeverband. Die Kompetenz zum Beitritt in einen Gemeindeverband liegt beim Parlament und deshalb ist es naheliegend, dass diese auch im vorliegenden Fall beim Parlament liegen soll. Die Erklärung ist plausibel und trotzdem stellt sich die Frage, ob die direkte Demokratie durch dieses Vorgehen geschwächt wird. Die BDP-Fraktion ist zur Meinung gekommen, dass dies nicht der Fall ist. Auch in der direkten Demokratie sind Grenzen des Sinnvollen vorhanden. Vorlagen mit einer beschränkten Tragweite, die zudem der Stimmbevölkerung – die sich nicht so intensiv mit diesen Fragen befasst – schwer erklärbar sein können, sollen nicht unbedingt immer der Stimmbevölkerung vorgelegt werden müssen. Aus diesen Überlegungen heraus ist es sinnvoll, die Kompetenz dem Parlament zu übertragen und wir stimmen dem Antrag des Gemeinderats zu.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich danke für die positive Aufnahme der zweiten Vorlage, die Rolle und Bedeutung des Parlaments stärkt. Diese Vorlage ist vom Gemeinderat vorgelegt worden. Auch der Gemeinderat von Köniz versteht sich als Volksvertretung. Nichtsdestotrotz ist er der Auffassung, dass es in diesem Fall – in Analogie zum Beitritt zum Gemeindeverband – richtig ist, die Zustimmung für die Zuweisung an die Legislative von der Stimmbevölkerung zu holen.

---

#### **Beschluss**

Das Parlament beantragt den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Änderung der Gemeindeordnung wird beschlossen.
2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

(abgegebene Stimmen: 38 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

---

#### **Beschluss**

Die Redaktionskommission wird beauftragt, die Botschaft an die Stimmberechtigten und den Wortlaut des Stimmzettels zu überarbeiten und endgültig festzulegen.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

### **5. Änderung Nutzungsplan, Teilgebiet Oberwangen; Parzellen Nr. 1426, 1809 und 1855** Antrag z. H. Volksabstimmung; Direktion Planung und Verkehr

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Zu dieser Vorlage sind Ihnen heute zusätzliche Unterlagen auf das Pult gelegt worden, die anlässlich der GPK-Sitzung verlangt worden sind. Es wird keine Detailberatung stattfinden. Folgende Information: Heute Morgen ist bei der Gemeindeschreiberin die Petition "Gegen mehr Industriezonen im Talboden" mit 437 Unterschriften von der APW (Arbeitsgruppe Planung Wangental) eingereicht worden. Die Petition hat folgenden Inhalt: "Wir wollen die Grünabgrenzung und den Schutz des Kulturlandes im Talboden im heutigen Umfang erhalten. Die einzelnen Dörfer dürfen nicht zusammenwachsen. Die bisherigen Industriezonen sind in Ordnung, aber noch weitere sind zuviel. Wir tragen bereits eine überdurchschnittliche Belastung. Einer Erweiterung der bestehenden Inselbauzone können wir nicht zustimmen, damit die Restlandschaft nicht endgültig zerstört wird. Wir bitten den Gemeinderat und die Parlamentsmitglieder, den Willen der Bevölkerung im Wangental zu respektieren."



**GPK-Referentin Erica Kobel-Itten (FDP):** Wie meistens bei Geschäften der DPV (Direktion Planung und Verkehr) wird länger darüber diskutiert. Sie sind heute noch mit Zusatzinformationen bestückt worden. Zum Projekt: Es handelt sich um eine Änderung des Nutzungsplans Teilgebiet Oberwangen. Die Firma Mosimann Holzbau AG, bis anhin ansässig im Zentrum von Köniz, hat Land für den Aufbau eines neuen Holzbau-Kompetenzzentrums gesucht. Im Jahr 2006 hat die Firma besagtes Grundstück im Wangental gekauft. Auf diesem Grundstück war bereits ein Sägereibetrieb tätig und die Firma Mosimann Holzbau AG wird ähnliche Tätigkeiten ausüben. Planerisch gesehen liegt das Grundstück heute in Arbeitszone 2, belegt mit der Bauklasse 2 c und hat zwei Nutzungsbeschränkungen: Die Büronutzung darf nicht höher als 30 Prozent sein und die Verkaufsfläche ist auf 150 m<sup>2</sup> beschränkt. Beabsichtigt ist eine Anpassung der Bauklasse in die Bauklasse 4 c. Dies aus folgenden Gründen: Die Unternehmung plant den Bau von zwei je 50 Meter langen Produktionshallen, die durch ein Sockelgeschoss miteinander verbunden werden. Die Ausführung soll in Holz erfolgen und einem ästhetisch hohen Qualitätsstandard entsprechen. Die Unternehmung hat zurzeit in Langenthal ein solches Bauvorhaben realisiert und dafür einen Designerpreis erhalten. Damit der für die Produktion wichtige Hebekran realisiert werden kann, ist eine Gesamthöhe von 15,8 Meter für die Halle erforderlich. Aus diesem Grund ist die Bauklasse 4 c notwendig. Für die betrieblich optimale Erschliessung ist zusätzlich auf drei Seiten die Einzonung eines Landstreifens notwendig, damit Fahrten rund um die Gebäude möglich sind.

Anlässlich der GPK-Sitzung ist zusätzlich eine formelle Änderung von der Gemeinde angebracht worden. Der Kanton verlangt, dass der als Bestandteil der Verkehrserschliessung ausgewiesene Landstreifen entlang der Freiburgstrasse – auf welchem die Linksabbiegestrecke entstehen soll – so lange in der Bauzone verbleibt, bis der Ausbau der Freiburgstrasse planrechtlich sichergestellt und beschlossen ist. Diese Korrektur muss in einem separaten Verfahren mit der Auflage eines Strassenplans erfolgen. Dadurch erhöht sich die einzuzonende Fläche von 934 m<sup>2</sup> auf 1'269 m<sup>2</sup>. Davon werden infolge der Strassenkorrektur wiederum 334 m<sup>2</sup> an die Strassenfläche zurückgehen. Zu diesem Projekt sind ursprünglich zwei Einsprachen eingereicht worden. Die eine, bei welcher es sich um Näherbaurecht handelte, konnte erledigt werden. Die andere ist durch die APW erfolgt. Hauptgegenstand der Einsprache ist die Befürchtung, dass die Gemeinde mit dieser Änderung der Nutzungsplanung ein Präjudiz schafft und so Tür und Tor für weitere Einzonungen öffnet und zusätzliche Industrie- und Gewerbezone errichtet. Ein weiterer Kritikpunkt ist der Vorzug der Änderung. Man sieht nicht ein, weshalb die Planung nicht im Rahmen der Ortsplanungsrevision in Angriff genommen werden soll.

In der GPK sind vor allem folgende Punkte diskutiert worden: Sehr lange hat man über eine Rückweisung und deren Sinn debattiert. Dies vor allem, weil die Anzahl Quadratmeter korrigiert werden musste, da der Strassenabschnitt noch mit zur Bauzone gerechnet werden muss. Wir waren der Meinung, dass Fakten auf den Tisch gekommen sind, die besser hätten bekannt gemacht werden müssen. Als Gegenargument ist angebracht worden, dass einem Unternehmen nicht aufgrund formaler Fehler in der Gemeindeverwaltung eine Verzögerung zugemutet werden kann. Die unvollständigen und knappen Informationen zu diesem Geschäft sind nichtsdestotrotz bemängelt und lange diskutiert worden. Die Ausführungen der Gemeindeverwaltung an der GPK-Sitzung haben jedoch zur Klärung der Fragen geführt und eine Rückweisung war kein Thema mehr. Allerdings ist beantragt worden, die Redaktionskommission mit der Bearbeitung der Botschaft zu beauftragen und die Pläne in der Botschaft gut lesbar darzustellen. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Kompensation des eingezonten Landes. Auf die gestellten Fragen ist von der Gemeindeverwaltung geantwortet worden, dass der Gemeinderat keine Kompensation vorsieht. Zur Motion 0812 (SP) "Begrenzung der Bauzonenfläche auf dem aktuellen Stand" antwortete der Gemeinderat, dass untergeordnete Korrekturen möglich sein sollen. Als untergeordnete Korrekturen hat er in seiner Antwort Flächen bis 2'000 m<sup>2</sup> bezeichnet. Im konkreten Beispiel sind es weniger. Ein zusätzlicher Diskussionspunkt war das Aufkommen von Zusatzverkehr. Ebenfalls beanstandet worden ist, dass die 50 vorgesehenen Parkplätze in der Botschaft nicht explizit erwähnt sind. Ebenso ist die Frage, wie das zusätzliche Verkehrsaufkommen aussieht, wenn nicht nur die Firma Mosimann Holzbau AG einzieht, sondern die zweite Halle einer weiteren Unternehmung zur Verfügung gestellt wird, nicht beantwortet worden. Als letzter und wichtiger Punkt ist in der GPK die Mehrwertabschöpfung diskutiert worden. Die Einsprache der APW verlangt, dass bei einer Annahme der Änderung des Nutzungsplans mindestens ein Mehrwert abzuschöpfen ist. Durch die beabsichtigten Hallenbauten resultiert an sich nicht mehr Nutzungsfläche, sondern durch die Höhe der Bauten wird mehr Raum umbaut. Im Weiteren ist die Mehrwertabschöpfung Verhandlungssache und liegt in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderats. Mehrwertabschöpfung wird einerseits über die Bruttogeschossfläche definiert, wo sie im

unteren Bereich liegt. Andererseits wird die einzuzonende Fläche betrachtet. Weil diese durch eine Korrektur der Kantonsstrasse erhöht worden ist, wäre dieser Punkt aber problematisch. In der Abwägung aller Punkte und einer eingehenden Diskussion ist die GPK zu folgender Empfehlung gelangt: Trotz aller Für und Wider empfiehlt sie dem Parlament mit 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen, die Beschlüsse gemäss dem Antrag des Gemeinderats zu fällen. Im Weiteren beantragt die GPK dem Parlament, die Redaktionskommission mit der Bearbeitung der Botschaft zu beauftragen. Dies mit folgenden gewünschten Änderungen: Wir verlangen eine übersichtliche Gegenüberstellung des alten und des neuen Plans. Wir verlangen eine Konkretisierung der Parkplatzsituation. Wir verlangen eine Anpassung der Einzonungsflächen im Rahmen der formellen Änderungen.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke der GPK-Referentin für die ausgezeichnete Wiedergabe der Diskussionen in der GPK. Eine kleine Präzisierung: In der von Erica Kobel erwähnten Motion 0812 (SP) "Begrenzung der Bauzonenfläche auf dem aktuellen Stand" lautet der zweite Satz des Vorstosstextes wie folgt: "Untergeordnete Korrekturen und die Umlegung von Bauzonen an bessere Lagen bleiben möglich." Der Gemeinderat hat dies in der Antwort mit einer Flächenangabe von 2'000 m<sup>2</sup> konkretisiert.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Niklaus Hofer (SVP):** Das hier vorliegende Geschäft hat im Vorfeld sehr hohe Wellen geworfen. Sehr viel ist darüber geschrieben und diskutiert worden. Eine Rüge an den Gemeinderat: Die an die Parlamentsmitglieder versandten Unterlagen sind eher dürftig. Erst heute Abend haben wir zusätzliche Informationen erhalten. Die ortsansässigen Organisationen – die APW und Private aus dem Wangental – haben sich nicht gescheut, den Parlamentsmitgliedern Informationen zukommen zu lassen. Für die SVP-Fraktion ist dieses Geschäft sehr heikel. Wir haben uns an unserer Sitzung in einer Zwickmühle befunden. Einerseits – aus der Sicht der Landwirtschaft – sollten wir dieses Geschäft klar ablehnen, da es sich um zusätzlichen Verlust von Kulturland handelt. Wir halten hier an der bereits erwähnten Motion 0812 (SP) "Begrenzung der Bauzonenfläche auf dem aktuellen Stand" fest. Andererseits muss das Geschäft aber aus der Sicht des Gewerbes und der Erhaltung von Arbeitsplätzen angenommen werden. Trotz der in der Motion festgehaltenen Limitierung auf 2'000 m<sup>2</sup> halten wir daran fest, dass der Verlust des Kulturlandes zu kompensieren ist. Deshalb beantragen wir folgende Änderung von Ziffer 1 im Antrag des Gemeinderats: "Der Änderung des Nutzungsplanes Teilgebiet 5 Oberwangen, Parzellen Nr. 1426, 1809 und 1855 wird zugestimmt *unter der Bedingung, dass im Rahmen der Ortsplanungsrevision gleich viel Land ausgezont wird.*" Es darf auch mehr sein. Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft mehrheitlich zustimmen.

**Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (jfk):** Die FDP/jfk-Fraktion ist für kurze und prägnante Antworten des Gemeinderats. Der Umfang und die Genauigkeit im vorliegenden Geschäft sind jedoch eine Zumutung. Der Gemeinderat schafft Sachzwänge und legt ein formell ungenügendes Geschäft vor. So ist z. B. die angegebene Quadratmeterzahl in den Parlamentsunterlagen fehlerhaft. Irgendwie hatten wir das doch schon. Das Geschäft mag einfach aussehen, im Wangental wird es jedoch sehr emotional diskutiert. Ich bin oft kontaktiert worden und es ist auffällig, dass in der Antwort des Gemeinderats auf viele mir gestellte Fragen keine Antworten zu finden sind. So werden z. B. Punkte weshalb eine Nutzungsplanänderung nötig ist oder das Strassenbewilligungsverfahren in der Antwort nicht behandelt. Positiv sehen wir, dass es scheinbar nicht notwendig ist, eine Kompensation vorzunehmen. Das wird in der Antwort des Gemeinderats so nicht behandelt. Als Liberale erachten wir dies als sinnvoll, da es sich um eine kleine Einzonung handelt und diese ausgenommen sind. Inhaltlich gesehen stehen wir Liberale aus wirtschaftlich pragmatischen Gründen hinter diesem Geschäft. Der Neubau ist in unseren Augen eine bauliche Aufwertung und ein Mehrwert im Gelände. Zudem sorgt der Umzug der Firma Mosimann Holzbau AG im Zentrum von Köniz Raum für eine weitere Entwicklung. Zusammengefasst ist die FDP/jfk-Fraktion klar der Ansicht, dass die Stimmbewölkerung mehr Respekt verdient und alle Geschäfte des Gemeinderats entsprechende Sorgfalt erfahren sollen. Sorgen und Ängsten sind Rechnung zu tragen. Aus unserer Sicht wird mit der Mini-Einzonung kein Präjudiz geschaffen und wir gehen mit dem Gemeinderat einig, dass keine Landkompensation erfolgen muss. Aus diesem Grund werden wir dem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen. Dem Änderungsantrag der SVP-Fraktion können wir nicht zustimmen.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Das Geschäft hat etwas Bestechendes an sich. Die Firma Mosimann Holzbau AG verlässt das Zentrum von Köniz und damit wird beim Bahnhof Köniz Fläche an bester Lage mit öV-Erschliessung frei, auf der spannende Projekte

entwickelt werden können. Die Firma findet in Oberwangen Land. Dadurch bleibt der Betrieb in der Gemeinde Köniz ansässig, die Arbeitsplätze bleiben nicht nur erhalten, es werden zusätzlich neue geschaffen. Dies alles in einem zukunftsgerichteten Gewerbe, das einheimische, erneuerbare Rohstoffe verarbeitet und veredelt. Das alles begrüßen wir Grünen sehr. Für rationelle Arbeitsabläufe sind aber hohe Hallen notwendig. Aus diesem Grund muss höher und grösser gebaut werden, als es im bestehenden Nutzungsplan festgehalten ist. Die Gemeinde wollte die Änderung zuerst in einem geringfügigen Verfahren durchführen lassen. Das AGR (Amt für Gemeinden und Raumordnung) hat dies aber zu Recht abgelehnt. Vor allem weil die Gebäudehöhe von ursprünglich 8,5 Meter auf fast 16 Meter erhöht werden soll. Wir geben zu, dass der heute auf der Parzelle bestehende Autofriedhof keine Augenweide ist. Von weitem hat das Areal aber einen doch ländlichen Gewerbecharakter. Dass hier überhaupt eine Insel-Arbeitszone entstanden ist, ist auf frühere Planungsfehler zurückzuführen. Die Parzelle verfügt notabene über keinen Wasseranschluss. Mit der Nutzungsplanänderung werden aber moderne Industriebauten auf dieser Insel-Bauzone zu stehen kommen und das ist aus unserer Sicht ein doch massiver optischer Eingriff. So sind beim Richtplanentwurf, der uns letzte Woche im Bevölkerungsforum präsentiert worden ist, die Folgen bereits ersichtlich. Die Grenze vom Siedlungsgebiet soll gemäss dem Richtplanentwurf längerfristig bis zu dieser Insel vorgeschoben werden. Damit wird keine Inselbauzone mehr vorhanden sein, sondern von Thörishaus bis an den Rand der heute bestehenden Insel-Bauzone wird das Land durchgehend bebaut sein. Damit wird für die Ortsplanungsrevision ein Präjudiz geschaffen. All jenen, denen es mit dem Umstand ernst ist, dass die einzelnen Ortsteile im Wangental durch Grünräume geteilt sind, können dieser Nutzungsplanänderung nicht zustimmen. Sie würden damit einen Planungsfehler zementieren. Abgesehen davon sind auch finanzielle Folgen für die Gemeinde vorhanden, da eine teure Abwasserleitung von Oberwangen bis zur Insel-Bauzone realisiert werden muss.

Wir Grünen beantragen die Rückweisung des Geschäfts mit dem Auftrag zu prüfen, ob die Bauzone mittels Landabtausch direkt an die bestehende Bauzone in Richtung Thörishaus angeschlossen werden kann. Die Idee ist, die heute bestehende Insel-Bauzone auszuzonen und Land direkt an die bereits bestehende Bauzone in Thörishaus einzuzonen. Das Wohnhaus wäre davon ausgenommen. Das hat verschiedene Vorteile: Dadurch bleibt das Baugebiet kompakt und die Ortsteile sind weiterhin durch Grünräume getrennt, die diesen Namen auch verdienen. Dadurch würde auch die heute bestehende unselige Insel-Situation aufgehoben und der vor Jahren gemachte Planungsfehler korrigiert. Die Gemeinde müsste keine teure Abwasserleitung realisieren, weil die neue Bauzone an die Abwasserleitung von Thörishaus angeschlossen werden könnte. Ein weiterer Vorteil ist, dass das Gebiet näher an den öffentlichen Verkehr angeschlossen wäre und weniger Parkplätze realisiert werden müssten. Die neue Bauzone würde sich der öV-Gütekategorie C befinden. Die allerwichtigste Feststellung ist aber, dass es sich um kein Präjudiz mehr für die laufende Ortsplanungsrevision handeln würde. Weil die Abstimmung voraussichtlich erst im September stattfinden wird, würde damit mehr Zeit für diese Prüfung bleiben. Bei der uns vorliegenden Vorlage unterstützen wir den Antrag der GPK, die Redaktionskommission einzusetzen, insbesondere stört uns an der Vorlage die harmlose Beschreibung der Verkehrszunahme. Wir Grünen wollen das Bauprojekt nicht verhindern, sondern eine landschaftsverträgliche Einbettung im Wangental erreichen. Damit wird für die Ortsplanungsrevision auch kein Präjudiz geschaffen.

**Fraktionssprecher Hugo Staub (SP):** Ich äussere mich zuerst zum Rückweisungsantrag. An sich ist die Frage berechtigt, ob der vor längerer Zeit gemachte Fehler korrigiert und die Insel-Bauzone aufgehoben werden soll. Wir sind jedoch der Ansicht, dass der Vorschlag einer Ersatzeinzonung am Siedlungsrand von Thörishaus nicht ganz zu Ende gedacht ist. Damit wirklich verhindert werden kann, dass nicht in Kürze grosse Teile des Talbodens im Wangental überbaut werden, müsste die heute bestehende Insel-Bauzone nicht nur ausgezont, sondern rückgebaut werden. Damit tatsächlich auch wieder landwirtschaftlich nutzbare Fläche entsteht, müssten Gebäude abgebrochen, besiedelte Flächen geöffnet, Leitungen entfernt und der Boden aufgebessert werden. Wird dies nicht realisiert, geschieht wahrscheinlich das Gegenteil des eigentlich Beabsichtigten. Es wird dazu führen, dass die Zersiedelung im Wangental beschleunigt wird. Es bestehen aber noch weitere Gründe, weshalb wir den Antrag ablehnen. Wir sind sicher, dass ein solcher Rückbau nicht ohne erhebliches finanzielles Engagement der Gemeinde klappen würde. Wir sind ausserdem der Meinung, dass diese Mittel für andere Zwecke einzusetzen sind. Schliesslich sind wir auch der Meinung, dass die konkreten Investitionsabsichten und der dringliche Handlungsbedarf der Firma Mosimann Holzbau AG, die seit Jahren in der Gemeinde Köniz ansässig ist, ein guter Grund dafür ist, ein rasches Vorgehen zu diskutieren. Rasch ist ein Vorgehen, wie es uns vom Gemeinderat mit der Vorlage unterbreitet worden ist.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich beantrage, die allgemeine Diskussion zu unterbrechen und nur noch die Diskussion über den Rückweisungsantrag zu führen. Wird der Rückweisungsantrag angenommen, erübrigt sich die allgemeine Diskussion.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Wie Hugo Staub richtig erwähnt hat, würde ein Rückbau Kosten verursachen. Unsere Idee ist, dass wir diese Insel-Bauzone in die Landwirtschaftszone rückbauen möchten. Wir haben uns die Sache aber gut überlegt und wir sind uns bewusst, dass ein Rückbau teuer zu stehen kommt. Vermutlich ist der Standort aber schon belastet und eine Sanierung ohnehin nötig. Wenn aber andernorts gebaut wird, fällt dort Humus an, der für die Aufhumusierung dieser Insel-Bauzone verwendet werden kann.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich bringe zwei Ergänzungen zum Votum von Hugo Staub an: Wir müssten einen anderen Landeigentümer finden, der bereit ist, eine Einzonung auf seinem Land zu gestatten. Wir würden hier ein schlechtes Präjudiz schaffen, denn in der Gemeinde Köniz sind noch einige solcher Insel-Bauzonen vorhanden. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

**Urs Maibach (Grüne):** Meines Wissens gehört ein Teil des im Antrag des Gemeinderats zur Einzonung vorgeschlagenen Landes demselben Landbesitzer wie jenes Areal, das wir zur Einzonung vorschlagen. Ich bin der Meinung, dass man grundsätzlich nicht bereit ist, die von uns vorgeschlagene Lösung anzugehen. Argumente wie Kosten oder Präjudizfall werden in meinen Augen zu rasch auf den Tisch gebracht. Jeder Einzelfall muss für sich selber betrachtet werden.

**Niklaus Hofer (SVP):** Die SVP-Fraktion wird dem Rückweisungsantrag aus folgenden Gründen nicht zustimmen: Für die Erstellung der Hallen benötigt die Firma Mosimann Holzbau AG ein eher längliches Areal. Der obere Teil der Parzelle wird schmaler, d. h. es wäre schwierig die Hallen optimal für einen gut funktionierenden Betrieb auf dem Areal zu platzieren. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

---

### **Beschluss**

Der Rückweisungsantrag der Grünen mit dem Auftrag zu prüfen, ob ein Landabtausch möglich ist und die Bauzonenfläche in Richtung Thörishaus zu verschieben, damit keine Insel-Bauzone mehr vorhanden ist, sondern eine geschlossene Bauzone, wird abgelehnt.  
(abgegebene Stimmen: 24 für Ablehnung, 6 für Annahme, 9 Enthaltungen)

---

**Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP):** Seit 1982 wohne ich in Oberwangen und beobachte die Entwicklung im Wangental seit nunmehr 28 Jahren. Schon 1982 waren im Wangental eine vierspurige Autobahn, eine doppelspurige Eisenbahnlinie, zwei Kiesgruben, ein Belagswerk und ein Betonwerk vorhanden. Schon 1982 gab es die Altstoffverwertung Kaufmann AG bereits mehr als 100 Jahre in Thörishaus und in Niederwangen waren Industriebetriebe ansässig. Oberwangen war ein 400-Seelen-Dorf, die Häuser waren rund um die Kirche angesiedelt. In Richtung Thörishaus war das Schulhaus das viertletzte Haus und an der Feldackerstrasse standen nur einige ältere Liegenschaften. Mitten im Feld stand der Sägereibetrieb. Das Dorf ist durch die Autobahn zerschnitten. Direkt an der Autobahn befindet sich auf der einen Seite ein Industriebetrieb und auf der anderen Seite der Werkhof eines Unternehmens. Oberhalb der Kirche war ein für damalige Verhältnisse grosser Gärtnereibetrieb angesiedelt. Alle, die nach 1982 ins Wangental gezogen sind, haben die Katze nicht im Sack gekauft und gesehen und vor allem gehört, was die von mir aufgezählten Gegebenheiten mit sich bringen. Es ist sicher nicht umstritten, dass die besten Zonen für Industrie und Gewerbe entlang der Autobahn liegen. Wir erachten das auf der Insel-Bauzone – die schon immer Industriezone war – vorgesehene Projekt als eines, das die vorhandene Fläche optimal ausnützt. Vorgesehen war zuerst ein Gebäude für 30 Arbeitsplätze, mittlerweile sind es 70 bis 80. Ausserdem werden Ausbildungsplätze im handwerklichen Bereich angeboten. Die Mehreinzonung von nicht ganz 1'300 m<sup>2</sup> erachten wir als eine gute und tragbare Investition. Die Erschliessung ist mit dem Autobahnanschluss optimal, auch ein Bahnanschluss wäre möglich. Der aufgezeigte Mehrverkehr ist in unseren Augen tragbar. Zur Abwasserleitung: Meines Wissens wird seit mehr als 25 Jahren über die Erschliessung der Insel-Bauzone diskutiert und je länger gewartet wird, desto teurer kommt sie zu stehen. Die BDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. Das Bedürfnis zu bauen ist jetzt vorhanden und nicht erst nach der Ortsplanungsrevision.

**Hugo Staub (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion ist fast einstimmig der Meinung, dass eine massvolle Weiterentwicklung der Insel-Bauzone sinnvoll ist. Aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag des Gemeinderats. Er ermöglicht die Umsetzung eines spannenden Projekts. Die geringfügige Flächenerweiterung aufgrund der Nutzungsplanänderung erlaubt eine vor allem qualitative Entwicklung. Wie bereits in der Diskussion um die Rückweisung erwähnt, ist es in unseren Augen wichtig, über rasch umsetzbare Massnahmen und Lösungen zu diskutieren, damit das Vorhaben der Firma Mosimann Holzbau AG realisiert werden kann. Wir bieten Hand für eine rasch umsetzbare Lösung, weil das Projekt eine hohe architektonische Qualität verspricht und weil sich es um Arbeitsplätze in einer Branche handelt, die mit Rohstoffen aus der Region für die Bevölkerung und die Wirtschaft in der Region produziert. Unsere Zustimmung ist aber nicht vorbehaltlos. Zum Teil haben wir Verständnis für die Argumente der Gegner. Weshalb wird die Vorlage in gewissen Kreisen des Wangentals so heftig bekämpft? Wir gehen davon aus, dass in der Bevölkerung grosse Angst besteht, der Talboden könne im Verlauf der nächsten Jahre Schritt für Schritt überbaut werden. Wir hätten uns in diesem Zusammenhang sehr gewünscht, dass der Gemeinderat klarer Stellung nimmt zu seinen Ideen, in welche Richtung die Entwicklung im Wangental gehen soll. Im Richtplan-Entwurf deutet er an, dass die Bauzonen im Talboden vergrössert werden könnten. Ist das überhaupt notwendig? Sind hier nicht bessere Alternativen vorhanden? Unsere Vorstellungen zu den Entwicklungen im Wangental sind klar und lauten: Keine grossen Einzonungen im Talboden. Kein Zusammenwachsen der Siedlungsgebiete, die heute noch durch Grünflächen getrennt sind. Kein weiteres über diese Vorlage hinausgehendes Wachstum der Insel-Bauzone. Die vorliegende Planung darf unseres Erachtens nicht Teil einer Salami-Taktik sein. Sie darf kein Präjudiz für weitere Einzonungen schaffen. Wir sind der Meinung, dass mit der Motion 0812 (SP) "Begrenzung der Bauzonenfläche auf dem aktuellen Stand" die wichtigsten Vorkehrungen getroffen sind, damit eine solche Fehlentwicklung im Wangental nicht stattfinden wird. In vielen Punkten werden jedoch uns noch nicht bekannte Details in der Ausgestaltung des künftigen Nutzungszonenplans wichtig sein. Wir erwarten, dass der Gemeinderat bei der Ausgestaltung des Nutzungszonenplans genau so auf qualitative Entwicklung setzt wie er dies im Zusammenhang mit der vorliegenden Planungsvorlage tut. Um der Forderung mehr Nachdruck zu verleihen, haben wir einen gleichlautenden Antrag vorbereitet wie jener der SVP-Fraktion. Der Einfachheit halber werden wir diesem Antrag zustimmen. Ich formuliere hier noch folgenden Zusatz: Die Fläche, die gemäss dem Antrag der SVP-Fraktion ausgezont werden soll, ist im Wangental und nicht anderswo in der Gemeinde Köniz auszuzonen.

**Fraktionssprecher Ignaz Caminada (CVP):** Die Mehrheit der CVP/EVP/GLP-Fraktion sieht die sachliche Notwendigkeit der Änderung des Nutzungsplans. Die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu erhalten und neue hinzu zu gewinnen, verdient unsere Unterstützung. Für unsere Fraktion ist es aber wichtig, dass das Landwirtschaftsland rund um diese Parzelle als Grünzone erhalten bleibt und nicht als Präjudiz nach und nach – da die Parzelle auch noch gut erschlossen sein wird – eingezont wird. Nach intensiver Diskussion unterstützt die Mehrheit unserer Fraktion ebenfalls die Arrondierung in der Grössenordnung von ungefähr 1'000 m<sup>2</sup> auf die zwei Nachbarparzellen. Dem Antrag der SVP respektive der SP um Kompensation an einem andern Ort werden wir nicht zustimmen.

Ich spreche nun für die Fraktionsminderheit: Ein Bauherr besitzt Bauland und plant auf dieser Parzelle, das absolute Maximum herauszuholen. Das Projekt steht, es fehlen aber die Erschliessungsstrassen und die Parkplätze für die Mitarbeitenden. Folglich spricht der Bauherr mit der Gemeindeverwaltung und zeigt die enormen Vorteile des Projekts auf. Ich habe Mühe mit dieser Vorgehensweise. Als Privater kann ich auch nicht die Zufahrt zu meinem zu gross geratenen Haus einfach über die Landwirtschaftszone realisieren. Unsicherheit kommt bei mir auch auf, ob dies nicht der erste Schritt – übrigens einmal mehr vor der geplanten Ortsplanungsrevision – für ein "Silicon-Valley Wangental" ist. Das Wangental hat mit der Autobahn, der Eisenbahnlinie und der bestehenden Industrie bereits genug zu tragen, ohne dass wir mit Salami-Taktik immer mehr Fläche für Industriebauten einzonieren. Wie sieht der Gemeinderat die künftige Entwicklung des Wangentals? Ist es juristisch korrekt, dass wir gemäss Antrag den Nutzungsplan für alle drei Parzellen ändern? Ist der beiliegende Plan ebenfalls Bestandteil der Abstimmungsfrage? Diesen Hinweis habe ich nirgends gefunden. In den verschiedensten Plänen, die wir in der Zwischenzeit zu dieser Vorlage erhalten haben, ist das Rutschgebiet manchmal eingezeichnet, manchmal fehlt es. Ich hoffe, dass der Gemeinderat weiss, ob es sich um Rutschgebiet handelt oder nicht. Die Erschliessung der Arbeitsplätze durch den öffentlichen Verkehr ist nicht gegeben. Ist z. B. die Realisierung eines Fusswegs zur Bahnstation Thörishaus vorgesehen? Durch wen wird dieser erstellt? Geht der Gemeinderat davon aus, dass alle dort Arbeitenden mit dem Privatauto anreisen? Dann werden

50 Parkplätze nicht genügen. Wird in einem Jahr eine neue Arrondierung beantragt, um die fehlenden 30 Parkplätze zu realisieren?

**Urs Maibach (Grüne):** Ich schliesse mich meinen Vorredner an und stelle fest, dass mit dem planerischen Vorgehen bei dieser Vorlage gewisse Abläufe einfach übersprungen werden. Wir haben ein Stück eingezontes Land, hinzu kommt die beantragte Einzonung von Landwirtschaftsland rund um diese Insel-Bauzone. Ich gehe davon aus, dass bei Einzonungen die Erschliessungsfrage von der Gemeinde her zu regeln ist. Die Erschliessung ist auch in Bezug auf den Verkehr nicht geregelt, vor allem ist sie nicht definiert. Wir wissen zwar, dass eine Linksabbiegespur vorgesehen ist, für deren Realisierung der Gemeinde keine Kosten entstehen und damit hat es sich. Wir hören, dass die Erschliessung der öffentlichen Kanalisation notwendig ist. Der Bauherr bezahlt einen Anschlussbetrag und damit hat es sich. Die restlichen Kosten für die vermutlich grosse Kanalisationsleitung gehen auf Kosten der Spezialfinanzierung. Beim Durchlesen der Botschaft finde ich diese Problematik nirgends erwähnt. Die Stimmbevölkerung hat keine Ahnung, welche Folgekosten für die Erschliessung dieser Insel-Bauzone auf die Gemeinde Köniz zukommen werden. Die Verkehrsproblematik ist in meinen Augen in der Botschaft zu niedrig dargestellt. All diese Fragen über die öffentliche Kanalisation, den Zufahrtsverkehr, die Realisierung eines Fusswegs, gehören meiner Ansicht nach in die Ortsplanungsrevision. Ich stelle den Antrag, die Botschaft mit einer klaren Beschreibung der Verkehrserschliessung zu ergänzen. Ich verlange ebenfalls, dass die Kosten für die Kanalisationserschliessung in der Botschaft aufgeführt sind.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich weise auf Folgendes hin: Sie haben nun viele Wünsche geäußert, was in der Botschaft an die Stimmbevölkerung enthalten sein soll. In der Vergangenheit hat die Redaktionskommission einen Auftrag für die Überarbeitung der Botschaft aufgrund des Parlamentsprotokolls erhalten. Die Präsidentin der Redaktionskommission hat mir vorhin mitgeteilt, dass sie froh wäre, wenn die angebrachten Wünsche morgen in schriftlicher Form bei der Fachstelle Parlament vorliegen, da es manchmal schwierig ist, die angebrachten Wünsche im Protokoll wiederzufinden.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Aufgrund eines Krankheitsfalls in der Familie war ich nun längere Zeit abwesend, hatte aber trotzdem Kontakt mit der GPK und Personen aus dem Wangental. Nach eingehendem Studium der Unterlagen bin ich nicht zum gleichen Schluss gekommen, wie meine SP/JUSO-Fraktionskolleginnen und -kollegen. Dass eine Petition eingereicht worden ist, war mir nicht bekannt. Ich möchte den Petitionären mit meinem Votum eine Stimme geben. Bei einem Projekt wie es uns heute vorliegt, geht es oft um das Opportunitätsprinzip. Für den Gemeinderat bietet sich hier eine gute Gelegenheit, einem zahlungskräftigen Investoren Hand für die Realisierung seines Projekts zu bieten. Das Argument des Investors, 50 Arbeitsplätze zusätzlich anbieten zu können, ist einleuchtend. Dass aber im Zentrum von Köniz an gut erschlossener Lage 30 Arbeitsplätze in Richtung Oberwangen abwandern, ist nirgends erwähnt. Was im Zentrum Gutes und Tolles entstehen soll, kann der Investor wahrscheinlich auch noch mitbestimmen. Zum Schulterschluss für Gemeinde und Investor ist aber eine Teileinzonung notwendig. Dass diese genau im grünen Gürtel des Wangentals stattfinden soll, ist in meinen Augen un schön und nicht nachvollziehbar. Ich habe mich gefragt, weshalb der Investor genau diese Parzelle erwirbt, obwohl sie für die Realisierung der geplanten Hallen von Anfang an zu klein war. Auf der Parzelle Riedacker in Niederwangen wäre genug Platz dafür vorhanden gewesen und diese ist bereits erschlossen und näher an die Autobahn angeschlossen. Anlässlich der öffentlichen Präsentation im Wangental haben die Vertretungen der Gemeinde – gemäss Aussage der APW – festgehalten, dass die Teileinzonung als Ausnahme gelte und es sei dementiert worden, dass andere Firmen ebenfalls eine Teileinzonung beantragen können. Mit Erstaunen haben die APW- und Parlamentsmitglieder anhand der nachversandten Unterlagen feststellen müssen, dass für die zukünftige Ortsplanungsrevision eine Einzonung vorgesehen wird. Das Prinzip des "first broken window" ist hier doch zur Anwendung gelangt. Deshalb: Eine Gesamtschau der Ortsplanungsrevision kann die Interessen der Wohnbevölkerung und des Gewerbes analysieren und klären. Mit einem Schnellschuss wie der vorliegenden Teilumzonung kann ein Präjudizfall geschaffen werden. Die Zersiedelung des Talbodens im Wangental und der Verlust von Kulturland werden damit eingeläutet. Ich fordere Sie deshalb auf, dem Antrag des Gemeinderats nicht zuzustimmen und die Ortsplanungsrevision im Wangental abzuwarten.

**Martin Graber (SP):** Ich bin froh, dass es in der Gemeinde Köniz nicht nur Computer-Arbeitsplätze gibt, sondern auch Arbeitsplätze für Handwerker. Ich bin froh, sind Lehrstellen

nicht nur bei Banken und Versicherungen, sondern auch in Handwerksbetrieben vorhanden. Die Feststellung, dass das Gebäude doppelt so hoch sein wird wie das bestehende, hat mich zuerst einmal auch erschrocken. Nachdem ich mich bei der Gemeindeverwaltung genauer erkundigt hatte, konnte ich feststellen, dass das Gebäude von der Strasse aus gesehen, genau gleich hoch sein wird wie das bestehende. Hier spielt die Hanglage eine Rolle. Ich habe eine Bitte an die Redaktionskommission: Könnte nicht anstelle des Bildes aus der Produktionshalle heraus ein Bild mit einer Strassenansicht gewählt werden?

**Ignaz Caminada (CVP):** Die Abstimmungsbotschaft lässt viele Wünsche offen und viele Unklarheiten sind vorhanden. Da die Abstimmung aller Voraussicht nach erst im September 2010 stattfinden wird, sollte es doch möglich sein, die redigierte Abstimmungsbotschaft dem Parlament nochmals vorzulegen, damit wir deren genauen Inhalt vor der Abstimmung kennen.

**Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Ich spreche als Präsidentin der Redaktionskommission. Wir haben die vielen Änderungswünsche entgegengenommen und ich gehe davon aus, dass die Redaktionskommission den Auftrag hat, das Gewünschte umzusetzen. Wenn nun der Wunsch angebracht worden ist, dass die Botschaft vor der Abstimmung nochmals vom Parlament beraten werden soll, ist die Redigierung nicht mehr nur Aufgabe der Redaktionskommission, sondern ich schlage vor, dass die Botschaft zur Bearbeitung nochmals an die Verwaltung zurückgeht.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Wir klären die Frage, ob die Botschaft allenfalls an die Verwaltung zurückgegeben und anlässlich der Parlamentssitzung im Mai wieder beraten werden soll.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Der Ablauf ist an sich anders, auch wenn der aktuelle Stand der Diskussionen relativ komplex erscheinen mag. Ich bin der Meinung, dass die Debatte durchgeführt werden soll. Die zuständige Gemeinderätin Katrin Sedlmayer wird sich zu diesem Thema noch äussern. Die Anregungen für Änderungen in der Abstimmungsbotschaft werden bei der Redaktionskommission angebracht und diese wird den Botschaftstext abschliessend bestimmen. Wird das Geschäft erneut traktandiert, werden sicherlich wieder Änderungswünsche angebracht. Aufgrund des weiteren Verlaufs der Debatte wird sich in meinen Augen das eine oder andere ohnehin klären.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Was geschieht wenn die Botschaft vom Parlament abgelehnt wird?

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Wenn die Frage im Raum stehen bleibt, muss ich sie mit der Gemeindeschreiberin Beatrice Zbinden klären.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Wir hatten nun Zeit, den Fall zu diskutieren und ich denke, dass wir den Weg aus der Zwickmühle finden werden.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Vertretungen aus der Exekutive, dem Parlament, der Redaktionskommission und der Fachstelle Parlament haben sich an der Diskussion beteiligt. Wir sind alle zum Schluss gekommen, dass die Botschaft zur Überarbeitung an die Verwaltung zurückgewiesen werden kann, wenn zu viele Unklarheiten und Änderungswünsche vorhanden sind. Wird die Abstimmung erst im September stattfinden, ist die Überarbeitung möglich. Sollten anlässlich der erneuten Beratung nochmals Unklarheiten aufkommen, kann für deren Überarbeitung die Redaktionskommission eingesetzt werden, die dann die Botschaft abschliessend bereinigen wird. In dem Sinn muss ein Parlamentsmitglied einen entsprechenden Antrag stellen.

**Niklaus Hofer (SVP):** Die SVP-Fraktion zieht ihren Antrag zurück, weil es gemäss Aussage der Gemeindeschreiberin Beatrice Zbinden und Gemeindepräsident Luc Mentha nicht möglich ist, der Stimmbevölkerung in der Botschaft im Antrag eine Forderung zu unterbreiten.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Wir können keine Planung beschliessen, die unter einer Bedingung beschlossen worden ist, die in zwei bis vier Jahren erfüllt wird oder nicht. Wie

will die Firma mit dem Bau beginnen, wenn ihr nicht bekannt ist, ob die Planung beschlossen ist oder nicht. Ein Beschluss über eine Zonenplanänderung ist bedingungsfeindlich.

**Niklaus Hofer (SVP):** Ich habe den Auftrag, die Botschaft für die inhaltliche Überarbeitung an die Verwaltung zurückzuweisen, da die Redaktionskommission für Redaktionelles zuständig ist, die geforderten Änderungen aber inhaltlicher Natur sind.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Über diesen Antrag werden wir in Punkt 2, Genehmigung der Botschaft, abstimmen.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Aufgrund der neuen Lokalität, wo das Publikum – die Könizer Bevölkerung – oben sitzt, wird uns Parlamentsmitgliedern klar, dass die Stimmbevölkerung wirklich unser oberstes Gremium ist. Wir können hier im Saal so lange beraten wie wir wollen, das letzte Wort hat die Stimmbevölkerung.

Die GPK-Referentin hat die Mehrwertabschöpfung erwähnt. Bei Landgeschäften, die kleinere Areale als 500 m<sup>2</sup> umfassen, besteht die Regelung, dass der Gemeinderat keine Mehrwertabschöpfung vornimmt. Er nimmt auch keine Mehrwertabschöpfung bei Land im Besitz der Gemeinde vor. Mit dem Vorliegen der neuen Zahlen ist nun aber ersichtlich, dass mehr als 500 m<sup>2</sup> von einem Dritten eingezont werden sollen. Hier muss die Mehrwertabschöpfung nochmals genau betrachtet werden. Diese liegt in der Kompetenz des Gemeinderats und ich bitte um Klärung.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke für die vielen Anregungen und die positiven wie auch kritischen Voten.

Wieso will der Gemeinderat die Firma Mosimann Holzbau AG auf dieses Areal umsiedeln? Die Firma ist innovativ und es werden nicht nur die bestehenden 30 Arbeitsplätze in der Gemeinde Köniz erhalten, sondern sogar noch weitere geschaffen. Der Standort beim Bahnhof im Zentrum von Köniz ist für die Firma heute schon nicht mehr optimal. Seit Jahren hat sie eine Halle für eine adäquate moderne Produktion in Worb zugemietet. Der öffentliche Verkehr im Zentrum von Köniz und somit der Langsamverkehr hat massiv zugenommen und der Bahnverlad von Material am Bahnhof Köniz ist nicht mehr möglich. Verlässt die Firma Mosimann Holzbau AG dieses Areal, wird es frei für andere Nutzungsplanungen. Die Firma selber ist auf die Gemeinde zugekommen. Auf diesem Areal ist eine so genannte Masterplanung im Bereich Sonnenweg bis Schwarzenburgstrasse erstellt worden. Diese Planung wird in der Ortsplanungsrevision zur Abstimmung kommen und dort kann genau das realisiert werden, was die Strategie des Gemeinderats ist: Bauen an bestens erschlossenen Lagen. Wohnungsbau wird möglich sein. Herr Schär hat das früher "Areal Hofstetter" genannte Areal in Oberwangen ohne fixfertig vorhandenes Projekt gekauft. Lange wusste er nicht, ob das Haus entlang der Freiburgstrasse stehen bleiben soll oder nicht. Das Haus generiert dem Besitzer jedoch Mieteinnahmen und belebt das nachts sonst ausgestorbene Areal.

Zu den einzelnen Voten. Der Antrag von Niklaus Hofer, die Botschaft zur Überarbeitung an die Verwaltung zurückzuweisen, ist in meinen Augen kein Problem. Ich stelle fest, dass Sie sich mit dem Umstand nicht einverstanden erklären, dass der Gemeinderat die 1'200 m<sup>2</sup> als untergeordnete Einzonung betrachtet. Ich werde im Gemeinderat zur Diskussion stellen, ob eine Kompensierung getätigt werden soll. Die Beantwortung dieser Frage wird anlässlich der erneuten Diskussion der Botschaft im Parlament erfolgen. Bernhard Bichsel hat erwähnt, dass die Botschaft formell ungenügend ist, da mit ungenauen Zahlen gearbeitet worden ist. Wir haben gemäss dem Nettoprinzip gearbeitet. 1'200 m<sup>2</sup> werden eingezont, der Besitzer des Areals muss davon aber 355 m<sup>2</sup> für Strassenraum wieder abgeben. Wir haben erst vor kurzem die Antwort der Vorprüfung des AGR erhalten, das uns für das Vorhaben grünes Licht geben. In der Antwort ist aber moniert worden, dass ein separater Strassenplan aufzulegen ist. Die Realisierung der Linksabbiegespur ist vom Kanton verlangt worden und wir sind davon ausgegangen, dass diese Planung zusammen mit der Baubewilligung in einem Aufwisch erledigt werden kann. Diese neuen Erkenntnisse sind nach der Erstellung der Botschaft hinzugekommen. Immer wieder ist in den Voten erwähnt worden, dass sich der Gemeinderat nicht an die Motion 0812 (SP) "Begrenzung der Bauzonenfläche auf dem aktuellen Stand" hält, dass im Richtplan bereits das ganze Wangental eingezont werde und dass der Gemeinderat keine Strategie habe. Das Raumentwicklungskonzept (REK) haben Sie alle gelesen wie auch die Auswertung der Mitwirkung am REK. Der Gemeinderat hat sowohl im Konzept wie in der Auswertung klar festgehalten, dass die Grünzäsuren zwischen den Ortsteilen zu erhalten sind. Er hat aber weiter den Auftrag gegeben, dass Erweiterungen von Arbeitszonen im Wangental gesucht werden. Wir haben oft das Problem, dass auf Arealen von Firmen keine



Ausbaumöglichkeiten mehr vorhanden sind und sie andernorts Platz zur Erweiterung suchen. In Niederwangen Juch/Hallmatt sind keine freien Flächen mehr vorhanden und deshalb haben wir in der Richtplanung nach Einzonungsmöglichkeiten gesucht. Eine Möglichkeit besteht bei der Insel-Bauzone in Oberwangen. Eine Richtplanung schaut 20 bis 25 Jahre voraus. In der Ortsplanung wird für etwa 15 Jahre geplant und hier verpflichtet uns die rechtsgültige Motion, keine grossen Einzonungen vorzunehmen. Bei der Richtplanung erlauben wir – d. h. das Bevölkerungsforum Kommission Wangental – uns, weiter voraus zu schauen. Es handelt sich um einen Entwurf, der im Gemeinderat noch nicht behandelt worden ist. Wir müssen aber weiter als 15 Jahre Ortsplanung hinaus denken, ob Möglichkeiten vorhanden sind, neue Arbeitszonen zu schaffen.

Verlangt worden ist ausserdem, die Kosten für die Realisierung des Anschlusses an die öffentliche Kanalisation der Insel-Bauzone bekanntzugeben. Solche Kosten sind noch nie erfragt worden. Es ist unsere Pflicht, dieses Areal zu erschliessen. Die Gemeinde ist seit Jahren verpflichtet, alle Gebiete an die ARA anzuschliessen. Man hat diese Arbeiten auf dem Areal mit der Idee zurückgestellt, den Anschluss erst dann zu realisieren, wenn Veränderungen passieren. Die Finanzierung erfolgt unter anderem auch über die Anschlussgebühren, die der Investor entrichten muss.

Moniert worden ist auch, dass das zusätzliche Verkehrsaufkommen nicht genügend aufgezeigt ist. Das ist in meinen Augen jedoch in der Botschaft der Fall. Das auf dem Areal vorgesehene Gewerbe generiert wenig Verkehr. Die grossen und schweren Lastwagen werden nur dann benötigt, wenn grosse Holzrahmen zu transportieren sind, ansonsten werden kleinere Transportfahrzeuge benutzt. Das Gebiet ist nicht optimal an den öV angebunden, diese Feststellung ist richtig. Die Zone hat jedoch Besitzstandgarantie und generiert bereits heute Verkehr.

Eine kleine Bemerkung zum Brief der APW: Ich schätze die Arbeit der APW sehr hoch ein. Sie ist sehr engagiert und tut viel Gutes für das Wangental. Kritische Stimmen sind wichtig, da sie immer wieder dazu bewegen, Vorgesehenes gut zu bedenken. Ich schätze es aber nicht, wenn meine Aussagen falsch zitiert werden. Das ist sowohl im Brief wie auch im Flyer für einen Anlass der Fall. Der Flyer beinhaltete ein Bild, mit welchem vorausgesetzt wurde, dass dereinst das ganze Wangental zubetoniert sei. Das ist nicht richtig und ich bitte die APW, mit fairen Mitteln zu kämpfen.

Die Mehrwertabschöpfung liegt in der Kompetenz des Gemeinderats. Der Gemeinderat hat beschlossen, keine Mehrwertabschöpfung für dieses Areal vorzunehmen. Hansueli Pestalozzi erklärt, dass mehr als 500 m<sup>2</sup> eingezont wird. Netto werden 334 m<sup>2</sup> eingezont und der betroffene Landwirt gibt dieses Land als Strassenland ab und hat demnach um die Strassenfläche weniger Ertrag, also keinen Profit.

**Christian Roth (SP):** Mich interessieren die gemachten Überlegungen in Bezug auf den Langsamverkehr, da bekannt ist, dass die Anbindung an den öffentlichen Verkehr schlecht ist. Welche Möglichkeiten bestehen und hängen diese mit der Sanierung der Freiburgstrasse zusammen?

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Da es sich bei der Freiburgstrasse um eine Kantonsstrasse handelt, sind dahingehend keine Überlegungen angestellt worden. Der Kanton wird ein Vorprojekt für die Sanierung der Freiburgstrasse vorlegen. Die Terminplanung wurde uns auf Ende 2010 versprochen und wir werden uns dafür einsetzen, dass die Freiburgstrasse für den Langsamverkehr wesentlich verbessert wird. Es kann jedoch nicht sein, dass wir dem Kanton Mittel für die Sanierung der Kantonsstrasse vorschliessen. Der Kanton wird die Bevölkerung und die Gemeinde mit einbeziehen analog der Sanierungen der Schwarzenburgstrasse in Köniz und der Seftigenstrasse in Wabern. Andere grosse Vorhaben – Neubau des Wankdorfplatzes, Umfahrung Worb, Tram Region Bern – binden grosse personelle Ressourcen. Die Sanierung der Freiburgstrasse ist ein wichtiges Bedürfnis und der Kanton sieht vor, diese im nächsten Jahr aufzugleisen.

**Urs Maibach (Grüne):** Gemeinderätin Katrin Sedlmayer hat vorhin erwähnt, dass die APW Dinge behauptet, die nicht stimmen. Hier muss ich Folgendes festhalten: Gemeinderätin Katrin Sedlmayer sagt, das Verkehrsaufkommen sei klar kommuniziert und es sei gering. In der Botschaft ist aber Folgendes festgehalten: "Für den gesamten Werkstandort im Vollausbau können Angaben erst gemacht werden, wenn die Firmen und Betriebszweige bekannt sind." Wir können demnach hier nicht erklären, das Verkehrsaufkommen sei bekannt. Das steht noch im Raum und ich wäre sehr froh, wenn die Verkehrsproblematik anlässlich der Überarbeitung der Botschaft näher betrachtet wird. Ein Nachtrag in Bezug auf die Erschliessungskosten: Wird

Land eingezont ist es richtig, dass die Kostenfolgen der Einzonung aufgeführt werden, d. h. auch die Kosten über die Spezialfinanzierung. Ich erwarte, dass diese Zahlen anlässlich der Überarbeitung in die Botschaft aufgenommen werden.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Die Debatte über dieses Geschäft war sehr ausführlich. Der Auftrag an die Redaktionskommission ist kaum mehr erfüllbar. Es liegt ein Antrag vor, die Botschaft zur Überarbeitung an die Verwaltung zurückzuweisen. Wir stimmen nun zuerst über die Änderung des Nutzungsplanes ab und danach über den Antrag, die Botschaft zur Überarbeitung an die Verwaltung zurückzuweisen.

---

#### **Beschluss**

Der Änderung des Nutzungsplanes Teilgebiet 5 Oberwangen, Parzellen Nr. 1426, 1809 und 1855 wird zugestimmt.

(abgegebene Stimmen: 25 zustimmend, 5 ablehnend, 9 Enthaltungen)

---

#### **Beschluss**

Der Antrag, die Botschaft zur Überarbeitung an die Verwaltung zurückzuweisen, verbunden mit dem Auftrag, dass uns die Abstimmungsbotschaft an der Parlamentssitzung vom 31. Mai 2010 wieder zur Beratung vorliegt, wird angenommen.

(abgegebene Stimmen: einstimmig)

---

### **6. 0521 Postulat (überparteilich) "Rappentöri zum Wohnen"**

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Planung und Verkehr

**Barbara Thür (GLP):** Ich habe eine Bitte: Es wäre – vor allem für die neuen Parlamentsmitglieder – hilfreich, wenn den Unterlagen ein Plan über das betroffene Gebiet beiliegen würde. Denn ich als neues Parlamentsmitglied weiss nicht, wo genau dieses Gebiet liegt und wie gross es überhaupt ist. Eine weitere Frage: Es handelt sich hier um den zweiten Antrag auf Verlängerung der Erfüllungsfrist. In den Unterlagen – Erfüllung parlamentarischer Vorstösse – sind drei Vorstösse aufgeführt, die weder abgeschlossen sind noch verlängert werden. Was sind die Kriterien ob Verlängerung oder für Nichtstun?

**Niklaus Hofer (SVP):** Die SVP-Fraktion wird der Verlängerung der Erfüllungsfrist zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass die Abklärungen fundiert vorgenommen werden müssen. Eine Frage zu Seite 1: Im zweiuntersten Absatz steht: "Der Gemeinderat konnte den Entscheid für das Team AA nicht bestätigen." Dieser Satz verwirrt mich etwas und ich wünsche hier eine Erklärung von Gemeinderätin Katrin Sedlmayer.

**Philippe Guéra (BDP):** Die BDP-Fraktion stimmt der erneuten Verlängerung der Erfüllungsfrist zu. Wir wünschen uns, dass gerade im Planungsbereich eine bedürfnisorientierte, kostenbewusste und effiziente Verwaltung am Werk ist. Daraus stellen sich uns zwei Fragen. Ist das Bedürfnis aktuell noch so vorhanden wie anlässlich der Einreichung der Motion 2005 oder wird einfach weitergeplant, weil man irgendwann einmal damit begonnen hat? Diese Frage muss man sich bei diesem doch heiklen Perimeter immer wieder stellen. Zwischenzeitlich sind einige zentrumsnahe Überbauungen realisiert worden. Kann zum Zeithorizont einer möglichen Realisierbarkeit irgendetwas gesagt werden? Vielleicht auch, in welche Stossrichtung die Planung in diesem doch speziellen Perimeter mit dem dominierenden Schloss überhaupt geht.

**Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Die Fraktion der Grünen wird der Verlängerung der Erfüllungsfrist zustimmen. Ich habe eine Frage in Bezug auf preisgünstiges Wohnen, denn im Bericht des Gemeinderats ist das kein Thema. Kann die Planung von preisgünstigem Wohnen in diesem Bereich durch den Gemeinderat überprüft werden?

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Diverse Parlamentsmitglieder hatten zeitweise in der Ideenkonferenz für das Rappentöri Einsitz. Die Arbeit war sehr interessant und in meinen Augen wäre es gut, wenn der Gemeinderat das Parlament über die Resultate der Arbeiten informieren würde.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Zu Barbara Thür: Über die Ideenkonferenz Rappentöri und deren Resultate liegt ein Bericht vor, der aber dem Parlament noch nicht vorgestellt worden ist. Wir prüfen, in welcher Form wir diesen den Parlamentsmitgliedern zur Verfügung stellen

können. Die Frage in Bezug auf die Fristverlängerungen bitte ich die Fachstelle Parlament zu beantworten. Niklaus Hofer fragte, weshalb im Bericht des Gemeinderats festgehalten ist, dass er den Entscheid für das Team AA nicht bestätigen konnte. Anlässlich der Ideenkonferenz waren zwei Teams an der Arbeit und die Projektgruppe empfahl die Weiterverfolgung der Planung des Teams AA. Der Gemeinderat war jedoch von diesem Konzept nicht überzeugt und liess eine Synthese der beiden Teamkonzepte erarbeiten. Philippe Guéra wünscht sich, dass in diesem heiklen Bereich unterhalb des Schlosses bedürfnisgerecht und kostenbewusst gearbeitet wird. In diesem Perimeter eine bedürfnisgerechte Planung zu realisieren, ist aktuell und der Gemeinderat will diesem Wunsch entsprechen. Das Rappentöri soll der Abschluss der Planungen im Zentrum von Köniz sein. Die Planung umfasst das Gebäude, in welchem heute die Swisscom und eine Zoofachhandlung eingemietet sind und das sich dahinter befindliche Areal. Dieses Areal entspricht wiederum der Strategie "Bauen nur an gut erschlossenen Orten" und der Möglichkeit, an einem gut erschlossenen Ort verkehrsarm zu bauen. In Bezug auf das Kostenbewusstsein: Die Ideenkonferenz hat sicher Kosten ausgelöst. In Bezug auf den Zeithorizont halte ich fest, dass vorgesehen ist, die Planung in der Ortsplanungsrevision konsolidieren zu lassen. Vor der Ortsplanungsrevision ist aber vorgesehen, anfangs 2011 einen Wettbewerb aufzugleisen, damit konkreter bekannt wird, welche Möglichkeiten in diesem Gebiet bestehen. Zurzeit besteht lediglich ein Grobkonzept. Die Idee ist, im Rappentöri Wohnmöglichkeiten zu realisieren, aber auch Raum für Gewerbe – vor allem in Richtung Schwarzenburgstrasse hin – zu schaffen. Preisgünstiges Wohnen, wie es von Stephe Staub angeführt worden ist, war bis anhin kein Thema. In der Sägematte ist Raum für günstiges Wohnen vorgesehen. Diese Thematik werden wir jedoch noch abklären lassen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Zu Barbara Thür: Die Frage was die Kriterien für Verlängerung der Erfüllungsfrist oder für das Nichtstun sind, ist für neue Parlamentsmitglieder durchaus berechtigt. Bei den von Barbara Thür angesprochenen Vorstössen hat jeder seine eigene – glückliche oder unglückliche – Geschichte. Es ist schwierig, eine allgemeine Erklärung abzugeben, ich müsste hier jeden einzelnen Fall im Detail erklären. Ein grosser Teil dieser noch unerledigten Vorstösse wird sich jedoch im Verlauf der nächsten Zeit erledigen. Diese Vorstösse werden nicht auf ewige Zeit hin in dieser Liste als unerledigt erscheinen.

---

#### **Beschluss**

Die Erfüllungsfrist wird bis zum 29. Februar 2012 verlängert.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

#### **7. 0720 Postulat (SP) "Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Das Patchwork-Angebot an familie Kinderbetreuung zu einem Ganzen zusammenfügen!"**

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Bildung und Soziales

**Bernhard Bichsel (jfk):** Verschiedene inhaltliche Auffassungen zu haben, ist absolut legitim. Mein Anspruch an uns Politiker und Politikerinnen besteht darin, dass Begründung und Antrag übereinstimmen sollten. Werfen wir einen Blick auf das vorliegende Geschäft und die Begründungen dazu, stelle ich Folgendes fest: Als Begründung für die Verzögerung der konzeptionellen Neuausrichtung im Bereich Jugend und Familie wird unter anderem angeführt, dass der Schlussevaluationsbericht zum Projekt "Frühförderung in der Stadt Bern" erst im Herbst 2012 und der Evaluationsbericht zum Pilotprojekt "Betreuungsgutscheine der Stadt Luzern" sogar erst gegen Ende 2012 vorliegen werden. Wir stimmen heute über eine Verlängerungsfrist von zwei Jahren ab, d. h. die Verlängerung der Erfüllungsfrist lässt nicht genügend Zeit für die Erfüllung der Forderung. Meine Frage: Was ist in zwei Jahren?

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Die Frage von Bernhard Bichsel ist berechtigt. Eine Verlängerung der Erfüllungsfrist kann zweimal beantragt werden. Wir warten für die Fertigstellung des Konzepts auf das Vorliegen der genannten Evaluationsberichte. Das schliesst jedoch nicht aus, dieses Konzept bereits vorgängig zu erarbeiten. Wenn die genannten Evaluationsberichte dann vorliegen, kann das Konzept inhaltlich angepasst und verändert werden. Wir sind hier jedoch gezwungen, in zwei Jahren ein Konzept abzugeben.

---

**Beschluss**

Die Erfüllungsfrist wird bis zum 11. Februar 2012 verlängert.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

**8. 0723 Postulat (SP) "Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an den Könizer Schulen"**

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Bildung und Soziales

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Tief in meinem Herzen bin ich gegen eine Verlängerung der Erfüllungsfrist. Ich teile hier aber mit, dass das vorgeschlagene Könizer Modell in meinen Augen gut ist. Ich habe bereits der ersten Beantwortung des Gemeinderats entnehmen können, dass er auf die Lösungen des Kantons Bern warten will, die auf 2010 angekündigt sind. Ich halte hier aber fest: Für mich ist der Zusammenhang zwischen der Verlängerung der Erfüllungsfrist und der Sanierung des Lehrschwimmbekens in Niederwangen wichtig. Ich betone, dass die Sanierung des Lehrschwimmbekens dringend notwendig ist. Daran wird zurzeit gearbeitet. Schon mehrmals ist die Beantragung eines entsprechenden Kredits zurückgestellt und nur allernotwendigste Reparaturarbeiten sind vorgenommen worden. Die Sanierung des Lehrschwimmbekens in Niederwangen ist für 2011 vorgesehen und ich bitte Sie, dem Kredit dann zuzustimmen, weil es sich um das einzige Hallenschwimmbekens der Gemeinde Köniz handelt.

**Franziska Keller (BDP):** Auch hier benötigen die neuen Parlamentsmitglieder Nachhilfeunterricht. In der Antwort hält der Gemeinderat fest, dass er in Bezug auf den obligatorischen Schwimmunterricht auf die für 2010 angekündigten Lösungen des Kantons warten will. Ich habe mir überlegt, was genau der Kanton zu diesem Geschäft sagen kann. Er kann den Schwimmunterricht entweder für obligatorisch erklären oder nicht. Er kann vielleicht noch Vorschläge anbringen, ob der obligatorische Unterricht in Freischwimmbädern oder ob dieser nur in Hallenschwimmbädern stattfinden darf. Wieso muss in dieser Frage aber auf die Lösungen des Kantons gewartet werden? Ist es nicht möglich, dass sich die Gemeinde Köniz Gedanken macht, den obligatorischen Schwimmunterricht während des Sommers im eigenen Freischwimmbad durchzuführen?

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zuerst zum Votum von Stephie Staub-Muheim: Wenn die Gemeinde Köniz den Schwimmunterricht auf freiwilliger Basis durchführen würde, müssten entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Wenn Unterricht auf die Öffnungszeiten des Freischwimmbades beschränkt würde, könnten nicht alle Lektionen dort durchgeführt werden und wir wären auf das Lehrschwimmbekens in Niederwangen angewiesen, weil in Bern viel zu wenig Wasserfläche zur Verfügung steht. Im Grossen Rat ist ein Vorstoss eingereicht worden, den obligatorischen Schwimmunterricht im Volksschulgesetz festzuschreiben. Aus diesem Grund warten wir – wie in der Antwort festgehalten – den Entscheid ab, damit wir mit dem Volksschulgesetz konform sind. Zum Lehrschwimmbekens in Niederwangen: Ich kann nur sagen, dass etwas im Tun ist. Gemeinderat Urs Wilk kann Sie darüber informieren.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Das Projekt Sanierung des Lehrschwimmbekens in Niederwangen wird demnächst im Gemeinderat beraten. Die Sanierung wird hohe Kosten auslösen und der Gemeinderat wird sorgfältige Abklärungen vornehmen müssen. Ich möchte vermeiden, dass die Sanierung – wie gerade in Grosshöchstetten geschehen – viel teurer zu stehen kommt als prognostiziert. Das Parlament wird den beantragten Kredit zu gegebener Zeit beraten. Die Sanierung wird aber teuer sein, das kann ich schon vorwegnehmen.

---

**Beschluss**

Die Erfüllungsfrist wird bis zum 11. Februar 2012 verlängert.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

## 9. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

- 1003 Motion (SP/JUSO) "Kompensation des Landbedarfs für neue Verkehrsanlagen"
- 1004 Postulat (SP/JUSO) "Zukunft des Schiesswesens in der Gemeinde Köniz"
- 1005 Interpellation (FDP/jfk) "Dreifachsporthallen Weissenstein: Stand des Projektes ein Jahr nach der Volksabstimmung"
- 1006 Interpellation (SP/JUSO) "Hauptstadtregion Bern und die Auswirkungen auf Köniz"

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Auf Ihren Pulten liegt eine Einladung unseres Informatik-Zentrums auf. Informatik wird so lange nicht beachtet, als sie gut läuft. Das IZ Köniz-Muri ist vor 12 Jahren eingerichtet worden. Ich habe den Eindruck, dass kein Parlamentsmitglied beim Beschluss damals bereits im Parlament sass. Aus diesem Grund möchten wir Ihnen unser Informatik-Zentrum bekannt machen. Die Zusammenarbeit der beiden Gemeinden Köniz und Muri seit 12 Jahren ist beispielhaft.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Die Finanzabteilung bietet insbesondere den neuen Parlamentsmitgliedern eine Schulung zum Thema Gemeindefinanzen an. Die Schulung, zu der alle Parlamentsmitglieder eingeladen werden, findet am Montag, 7. Juni 2010 um 19.00 Uhr statt. Details können der Einladung entnommen werden.

Eine Mitteilung zum Thema Evaluation des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP): Der IAFP ist noch nicht lange in Betrieb und der Gemeinderat hat vorgesehen, diesen im Jahr 2010 zu evaluieren. Der Gemeinderat hat ein Evaluationskonzept ausgearbeitet und auch mehrere Offerten für eine externe Begleitung der Evaluation eingeholt. Mit grösster Voraussicht wird die Begleitung durch die Hochschule Luzern stattfinden. Der Gemeinderat ist – in Absprache mit der GPK – zur Ansicht gekommen, die Evaluation erst nach der nächsten Budgetrunde durchzuführen. Dies auch deshalb, damit die vielen neuen Parlamentsmitglieder mindestens einmal einen IAFP mit der Möglichkeit des Planungsbeschlusses selber erleben. Alle Parlamentsmitglieder werden danach schriftlich befragt, ob der IAFP in ihren Augen ein eher nützliches oder überflüssiges Instrument ist. Die Evaluationsresultate werden aus diesem Grund nicht vor Sommer 2011 vorliegen.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich weise auf einen weiteren Anlass hin: Am 29. März 2010 findet um 19.00 Uhr eine Einführung ins Reklamereglement für die neuen Parlamentsmitglieder statt. Interessierte "alte" Parlamentsmitglieder sind ebenfalls eingeladen. Das Reklamereglement wird vom Parlament vor der Volksabstimmung nochmals beraten, denn die Materie ist komplex.

**Ignaz Caminada (CVP):** Am 12. März 2010 war den Medien eine Mitteilung des Gemeinderats zu entnehmen. Ich zitiere daraus: "Der Gemeinderat verzichtet deshalb auf die Schaffung eines speziellen Grabfeldes für Musliminnen und Muslime." Diese Medienmitteilung ist bei mir als Privatperson und als Mitarbeiter des Bundesamts für Migration auf sehr grosses Unverständnis gestossen. Erstens hat Gemeinderat Ueli Studer vor drei Wochen mit viel Herzblut das Konzept zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten verteidigt. Zweitens hat das Parlament mit 36 Stimmen zustimmend davon Kenntnis genommen. Drittens hat die SP damals das Konzept teilweise als schwammig und nebulös bezeichnet. Ich zitiere Gemeinderätin Rita Haudenschild aus der "Berner Zeitung": "Wir haben die Sache einfach nüchtern betrachtet und keinen genügenden Bedarf festgestellt." Die Journalistin Katharina Merkle kommt in ihrem Kommentar zum Schluss: "Im Gemeinderat haben sich offenbar nicht beide SP-Mitglieder für die Massnahme stark gemacht." Ich gehe noch etwas weiter. Gemeinderat Ueli Studer steht voll hinter dem Integrationskonzept und wäre konsequenterweise für Grabfelder für Muslime. Gemeinderätin Rita Haudenschild äussert sich in den Medien dahingehend, den Entscheid des Gemeinderats mitzutragen. Damit könnten in meinen Augen bereits zwei Gemeinderatsmitglieder für muslimische Grabfelder votiert haben. Folglich haben gemäss meinen Berechnungen beide SP-Mitglieder gegen die Realisierung muslimischer Grabfelder gestimmt.

Traditionsgemäss haben Muslime drei Anliegen an entsprechende Grabfelder: Das Grabfeld muss von anderen abgegrenzt sein und es dürfen vorher keine Bestattungen stattgefunden haben. Erfahrungen aus den Städten Bern und Basel zeigen, dass diese Anliegen im Dialog nicht unumstösslich ist. Für die Ausrichtung nach Mekka – der Leichnam muss auf der rechten Seite liegend nach Mekka ausgerichtet sein – kann auf jedem Friedhof eine Lösung gefunden werden. In Basel ist z. B. die Ausrichtung nach Mekka nur unterirdisch vorgenommen worden

und die Grabfelder an der Oberfläche halten sich an den Friedhofplan. In Zürich haben sich die Interessenvertreter bereits 1994 in Bezug auf die ewige Totenruhe mit der Stadt geeinigt, dass Gräber wiederbelegt werden können. Wichtig ist hierbei die ewige Totenruhe, d. h. dass die Gebeine bei einer Neubelegung des Grabes nicht aus der Erde entfernt werden, sondern im geöffneten Grab bleiben. Diese Praxis ist aus Pietätsgründen auch bei den christlichen Gräbern der Fall. Fünf Prozent der Könizer Bevölkerung sind Muslime. Wäre es nicht Zeichen einer ehrlichen Umsetzung des Integrationskonzepts, wenn die Gemeinde Köniz diesen Schritt gemacht und zusammen mit muslimischen Interessenvertretern eine Lösung gesucht hätte?

**Christoph Salzmann (SP):** Ignaz Caminada hat das Anliegen, für das ich nun sprechen wollte, bereits aufgegriffen. Ich möchte hier meiner Irritation Ausdruck geben und den Ausführungen von Ignaz Caminada zwei Punkte anfügen. Im Presseartikel war festgehalten, dass kein Bedarf an muslimischen Gräbern in der Gemeinde Köniz besteht, da höchstens zwei Bestattungen von Muslimen pro Jahr stattfinden. Ich habe mir ausgerechnet, dass dies in fünf Jahren bereits 10 muslimische Bestattungen sind. Als zweite Problematik sehe ich Folgendes: Bestattungen in den Haingräbern – wie sie vom Gemeinderat vorgeschlagen worden sind – verursachen die doppelten Kosten eines normalen Grabes. Damit wird eine Zweiklassen-Gesellschaft geschaffen. Ist der Gemeinderat bereit, sozialhilfeempfangenden muslimischen Hinterbliebenen ein Haingrab zu ermöglichen?

**Heinz Engi (FDP):** Rund um die Parkplatzbewirtschaftung während der Parlamentssitzungen ist eine gewisse Polemik entstanden. Ich halte hier fest, dass die FDP/jfk-Fraktion zum Teil zu Fuss an die heutige Sitzung gekommen ist. Wer mit dem Auto gekommen ist, hat die Gebühr von 50 Rappen für einen Parkplatz geleistet.

**Martin Graber (SP):** Der scheidende Parlamentssekretär, Markus Heinzer, hatte vor rund einem Monat seine letzte Parlamentssitzung. Er ist heute anwesend, um der neuen Leiterin der Fachstelle Parlament, Verena Remund, den Einstieg in die Parlamentssitzungen zu erleichtern. Die SP/JUSO-Fraktion möchte ihm an dieser Stelle herzlich für seine geleistete Arbeit danken. Er hat hervorragende Arbeit im Hintergrund für uns Parlamentsmitglieder geleistet. Das so genannte "Tüpfli auf dem i" ist die Tatsache, dass es ihm, zusammen mit dem Parlamentspräsident Christian Burren gelungen ist, dass die Parlamentssitzungen nun hier im Rossstall stattfinden können. Mit Markus Heinzer geht der letzte so genannte "Parlamentssekretär", denn seit dem 1.1.2010 lautet die Bezeichnung "Fachstelle Parlament" und nicht mehr Parlamentssekretariat. Wir sind überzeugt, dass Frau Remund hervorragende Arbeit leisten wird. Wir möchten Markus Heinzer zwei kleine Geschenke überreichen: Ein Buchzeichen, gemacht aus einer Hightech-Velospeiche, und ein Gutschein für Veloreparaturen, die er in einem Geschäft in Köniz ausführen lassen kann. Besten Dank für die Arbeit, Markus Heinzer. *(Applaus)*

**Franziska Keller (BDP):** Zur Parkplatzgeschichte muss ich Folgendes festhalten: Von all den Diskussionen rundum diese Geschichte und den Berichten in den Medien, fühle ich mich etwas betroffen. Wir Parlamentsmitglieder werden vor Parkplatzkontrollen geschützt, der private Benützer der Parkplätze jedoch nicht. Wie können wir verhindern, dass die Bevölkerung einmal mehr das Gefühl haben muss, dass wir Parlamentsmitglieder über einen Sonderstatus verfügen?

Heute Abend sind fünf neue Vorstösse eingereicht worden. Mit dem Lesen dieser Vorstösse während der Parlamentssitzungen bin ich schlicht überfordert. Ich bin schliesslich anwesend, um der Parlamentssitzung zu folgen. Meine Frage: Wäre es nicht möglich, dass die Vorstösse eine halbe Stunde vor Beginn der Parlamentssitzungen schriftlich aufliegen, damit ich die Möglichkeit habe, diese vor der Sitzung zu lesen und mir eine Meinung zu bilden?

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** In Bezug auf die Vorstösse: Wäre es möglich, wenn die Vorstösse spätestens einen Tag vor der Parlamentssitzung per E-Mail an die Parlamentsmitglieder versandt werden, damit sie zu Hause in Ruhe durchgelesen werden können?

**Christian Roth (SP):** Meine Kinder kommen seit längerer Zeit von der Schule nach Hause und erklären, dass der Informatik-Unterricht im Buchsee-Schulhaus wie auch im OZ Köniz mühsam ist, weil das Aufstarten der PC zu Beginn der Lektion sehr lange dauert. Das führt unsere Bemühungen an den Schulen Informatik-Unterricht zu geben, ad absurdum. Ich frage, ob der Gemeinderat davon Kenntnis hat oder ob dies nur Einzelercheinungen sind.

Im letzten "Köniz Innerorts" informierte Gemeinderat Urs Wilk, Vorsteher der Direktion Sicherheit und Liegenschaften, über die schwierige Situation bezüglich pöbelnden und randalierenden Jugendlichen bei der Busendhaltestelle in Schliern. Man will versuchen, die Situation mit zusätzlichen Kontrollrunden durch die Polizei und mit Direktinterventionen bei der Bushaltestelle in den Griff zu bekommen. Ich habe die in meinen Augen etwas einseitige Betrachtungsweise und einseitige Vorgehensweise mit leichter Befremdung zur Kenntnis genommen. Ich stelle nicht in Frage, dass man etwas macht – das ist richtig –, sondern hinterfrage die Vorgehensweise. Das Problem ist aufgrund von zusätzlichen Polizeikontrollen nun einfach verschoben worden. Mir liegen Informationen vor, dass die Jugendlichen jetzt halt vor dem Jugendtreff in Schliern herumhängen und dort offenbar nicht nur Anlass zur Freude geben. Für die Lösung des Problems ist in meinen Augen ein Mehrsäulenprinzip nötig, indem z. B. die offene Jugendarbeit Köniz hinzugezogen wird. Meine Frage an den Gemeinderat: Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, um die Problematik ganzheitlich anzugehen und eine nachhaltige Lösung zu finden?

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zuerst zum Votum von Christian Roth in Bezug auf den Informatik-Unterricht. Ich höre das von ihm geschilderte Problem zum ersten Mal. Diesem Problem werde ich nachgehen. In Bezug auf das von Christian Roth gewünschte Mehrsäulenkonzept für die Lösung der Probleme von Jugendlichen bei der Busendhaltestelle in Schliern: In Schliern ist der Runde Tisch installiert, die ersten Termine stehen. Hier wird auf verschiedenster Ebene gearbeitet.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Ich kann das von Gemeinderat Ueli Studer Gesagte bestätigen. Wir arbeiten in diesen Fragen eng mit verschiedenen Beteiligten zusammen. Wir ergreifen nicht nur polizeiliche Massnahmen, sondern beziehen auch die Jugendarbeit mit ein. Gerade diese Woche habe ich einen Polizeirapport gelesen, der über schlimme Dinge berichtet, an denen nicht nur einige Personen, sondern 30 bis 40 beteiligt waren. Ausserdem musste ich gerade heute Morgen Kenntnis davon nehmen, dass beim Schulhaus Niederwangen am letzten Samstag Scheiben eingeschlagen worden sind. Der Schaden beträgt rund 15'000 bis 20'000 Franken.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** In Bezug auf die Informatik an den Schulen: Die ungefähr 600 PC an den Schulen werden durch das IZ Köniz-Muri betreut. Diese laufen nicht auf denselben Servern wie jene der Gemeindeverwaltung. Dass sie langsam laufen, davon hat das IZ noch keine Kenntnis. Ich nehme diese Frage auf und wir klären die Problematik zusammen mit Gemeinderat Ueli Studer ab. Sobald als möglich informieren wir weiter.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** In eigener Sache: Wie Martin Graber bereits angetönt hat, ist Markus Heinzer heute zum letzten Mal offiziell an einer Parlamentssitzung anwesend. Ihn gehen zu lassen, tut etwas weh. Wer ihn – wie ich – über längere Zeit in seiner Tätigkeit erlebt hat, kann feststellen, dass er hervorragende Arbeit geleistet hat. Er hat viel dazu beigetragen, offene Fragen in unserem Ratsbetrieb zu lösen. Er hat sehr gute Dokumente geschaffen, auf die wir in heiklen Situationen zurückgreifen können. Er hat keinen Aufwand gescheut, Aufgabenstellungen zuhänden der Fachstelle Parlament oder des Parlaments hervorragend vorzubereiten. Ich bin jedoch froh, dass bereits eine gute Nachfolgerin vorhanden ist. Sie wird die Lücke zu schliessen wissen. Ich danke Markus Heinzer an dieser Stelle herzlich für seine Arbeit und wünsche ihm auf seinem weiteren Weg alles Gute. Ich hoffe, dass wir ihn bei anderer Gelegenheit wiedersehen. Im Namen der Parlamentsmitglieder übergebe ich ihm ein kleines Geschenk in Form eines guten Tropfens und einen Gutschein für einen guten kulinarischen Abend in Köniz. (*Applaus*)

Ich danke Herrn Rufi, Betriebsleiter Kulturhof Schloss Köniz und seinem Team für die hervorragende Vorbereitung der ersten Parlamentssitzung hier im Rossstall. Ich bedanke mich auch beim Herrn Mössinger vom Verein Rossstall Köniz, für die Gastfreundschaft und hoffe, dass diese Zusammenarbeit lange andauern wird.

Die nächste Sitzung findet am 3. Mai 2010, 19.00 Uhr im Rossstall statt.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren  
Parlamentspräsident

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament









## Begrüssung

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur Parlamentssitzung.

Es sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Aus beruflichen Gründen muss Bernhard Bichsel aus der Redaktionskommission zurücktreten. Die Ersatzwahl folgt in Traktandum 2, Kommissionersatzwahlen. Ich komme auf das Hearing betreffend dem Systemwechsel der Pensionskasse zu sprechen, das der Vorbereitung des Geschäfts für die Parlamentssitzung vom 23. August 2010 dient. Im Wissen, dass der Termin des Hearings vom 10. August 2010 in den Sommerferien liegt, haben wir die Terminumfrage trotzdem durchgeführt, da das Hearing sonst in jener Woche stattfinden würde, in welcher die Fraktionssitzungen anberaumt sind. Das Parlamentsbüro hat heute an seiner Sitzung festgelegt, das Hearing – trotz einiger Absenzen – am 10. August 2010 im Gemeindehaus Bläuacker durchzuführen. Eine entsprechende Einladung wird Ihnen noch zugesandt.

Anlässlich der Sitzung im August werden wir zum ersten Mal zu einem Geschäft aus der Regionalkonferenz – den Kulturverträgen – Stellung nehmen. Wir setzen alles daran, dass dieses Geschäft am 23. August 2010 beraten werden kann. Sollte dies nicht gelingen, bitte ich Sie, den für die zweite Parlamentssitzung vorgesehenen Termin vom 30. August 2010 freizuhalten. Dies damit wir die vorgegebenen Termine der Regionalkonferenz einhalten und uns fristgerecht vernehmen lassen können.

Der Aktenversand für die Unterlagen zur Parlamentssitzung hat am 8. April 2010 stattgefunden. Damit die Leiterin der Fachstelle Parlament die Unterschriften auf den Vorstössen jeweils der richtigen Person zuweisen kann, bitte ich Sie, Ihre Unterschrift auf dem zurzeit kursierenden Unterschriftenblatt abzugeben.

Die Fristen der folgenden Vorstösse sind abgelaufen oder laufen demnächst ab: Das Postulat 0522 (überparteilich) "Belebung des Kultur- und Begegnungszentrums in Köniz", Erfüllungsfrist 13.3.2010, wird an der Sitzung vom 31. Mai 2010 behandelt. Das Postulat 0612 (CVP/EVP) "Systemwechsel bei der Pensionskasse", Erfüllungsfrist 18.12.2010, ist für die Beratung an der Parlamentssitzung vom 23. August 2010 vorgesehen. Eigentlich wäre die Beratung für die Sitzung im Juni geplant. Da jedoch an diesem Termin die Rechnung 2009 und der Verwaltungsbericht 2009 zur Beratung anstehen, wäre mit der Beratung des Vorstosses das "Fuder" überladen. Das Postulat 0729 (SP) "Energiepionierin Köniz: Eine Bauzone für ökologische Bauten", Erfüllungsfrist 5. Mai 2010, wird an der Sitzung vom 31. Mai 2010 beraten. Die Beantwortung der Motion 0926 (SP) "Zentrum von Köniz als Begegnungsort für Jung und Alt", wird am 28. Juni 2010 beraten. Die beiden Motionen 0935 (FDP/jfk) "Ausgeglichenen Finanzhaushalt langfristig sichern" und 0936 (SVP) "Finanzplanung" werden am 31. Mai im Parlament beraten. Auf die Beratung an der heutigen Sitzung haben wir verzichtet, da unser oberster Finanzchef, Gemeindepräsident Luc Mentha, abwesend ist. Die Motion 0937 (SP, EVP, Grüne, SVP) "Ein 'Haus der Musik' für die Gemeinde Köniz" und die Interpellation 1002 (Locher, EVP) "Jugendlokal Köniz/Liebefeld" werden am 31. Mai 2010 beraten.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsident Christian Burren** erklärt die Traktandenliste als genehmigt.

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. März 2010

Genehmigung

Das Protokoll der Sitzung vom 22. März 2010 wird unter Verdankung an die Verfasserin genehmigt.

## 2. Kommissionsersatzwahlen

Wahl Redaktionskommission

---

### Wahl

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt den von der FDP-Fraktion vorgeschlagenen Thomas Herren (FDP) als Mitglied der Redaktionskommission als gewählt.

---

## 3. Vormundschaftsbehörde Vakanter Sitz

Wahl; Direktion Präsidiales und Finanzen

---

### Wahl

Der Parlamentspräsident erklärt Marlise Hofer-Fuss, Schliern (SVP) als Mitglied der Vormundschaftsbehörde für den Rest der laufenden Amtszeit vom 3. Mai 2010 bis 31. Januar 2014 als gewählt.

---

## 4. Sanierung Landorfstrasse, Abschnitt Weiermattkreisel bis Schulheim Landorf

Kredit; Direktion Planung und Verkehr

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Zusammen mit den Sitzungsunterlagen haben Sie Schadensbilder erhalten. Ein Situationsplan konnte leider nicht beigelegt werden. Dieser kann jedoch auf der Homepage unter [www.koeniz.ch](http://www.koeniz.ch) besichtigt werden. Ich schlage vor, auf eine Detailberatung zu verzichten.

**GPK-Referent Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Die GPK hat dieses Geschäft sehr ausführlich geprüft. Die Strasse wurde vor knapp 30 Jahren mit erheblichem Mitteleinsatz umfassend ausgebaut. Seither hat keine umfassende Sanierung mehr stattgefunden. Die Lebenserwartung des Deckbelags von 20 bis 25 Jahren ist erreicht. Mein Eindruck über den Zustand des Deckbelags geht dahin, dass sich in der Gemeinde Köniz etliche Strassen in einem schlechteren Zustand befinden als dieser Abschnitt der Landorfstrasse. Gemäss dem "Zustandsindex" der Bauingenieure, dessen Skala von 1 bis 5 geht, hat die Landorfstrasse die "Note" 3,5 erhalten, d. h. kritisch bis schlecht. Grund sind vor allem die Risse, die im Steigungsbereich eher in der Mitte und auf den Flachstücken auf der ganzen Strasse zu finden sind. Neben den jeweils sorgfältig mit Heissbitumen geflickten Rissen öffnen sich immer wieder neue. Durch diese Risse dringt stetig Wasser in den Strassenkörper ein und schädigt die Tragschicht. Der Grund für die Vorlage des Geschäfts: Wenn die geplante Sanierung der Deckschicht nicht so rasch als möglich durchgeführt wird, befürchtet die Abteilung Verkehr und Unterhalt eine Degradierung der Strasse, was dann eine teure Gesamtsanierung in einigen Jahren bedingt. In der Vorlage ist festgehalten, dass eine grosse Anzahl von Heissbitumenflicken bei feuchter Fahrbahn für den Zweiradverkehr sehr gefährlich sein kann. Auf Nachfrage der GPK hin betrifft dies vor allem den motorisierten Zweiradverkehr.

Zum Projekt: Das hier zu beratende Geschäft ist die erste von insgesamt drei Etappen. Die Details können Sie der Vorlage entnehmen. Es ist geplant, drei bis vier Zentimeter des Deckbelags abzufräsen, ein Glasfasergitter (Belagsarmierung) einzubauen und einen neuen Deckbelag aufzubringen. Mit dieser so genannten Belagsarmierung soll vermieden werden, dass sich die bestehenden Risse in der Tragschicht in die neu eingebaute Deckschicht fortpflanzen, was die Langlebigkeit der Sanierung erhöht. Für den Fussgängerverkehr ist eine bessere Beleuchtung der Fussgängerstreifen vorgesehen. Für den Veloverkehr werden die Velostreifen etwas breiter ausfallen, weil eine neue Kernfahrbahn ohne Aufzeichnung einer Mittellinie eingerichtet wird. Im Übergangsbereich Landorf, wo die Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h auf 60 km/h reduziert wird, ist die Realisierung einer Einfahrtsbremse durch die Markierung einer Strasseninsel vorgesehen. In diesem Bereich werden die Velostreifen aufgehoben sein. Diese Massnahme befindet sich ausserhalb des Projektperimeters. In der GPK ist diese Massnahme – die in Velokreisen als so genannte "Fleischbremse" bezeichnet wird – kritisiert worden. Gemäss Auskunft aus der Verwaltung wird vorerst auf die Realisierung einer solchen Einfahrtsbremse verzichtet. Diese soll dann im Rahmen einer weiteren Etappe mit baulichen Massnahmen veloverträglicher gestaltet werden. Die GPK hat die Anregung

angebracht, im Gefälle in Richtung Kreisel Weiermatt, wo keine Velostreifen vorgesehen sind, wenigstens Piktogramme aufzuzeichnen. Auch diese Massnahme wird geprüft.

Der Verkehr muss nur während der Intensivbauphase einspurig geführt werden. Die Verkehrsregelung wird manuell erfolgen, damit die durch die Landorfstrasse geführte Ortsbuslinie 29 nicht benachteiligt wird.

In den Unterlagen ist festgehalten, dass entlang des Sanierungsperimeters bei 24 Liegenschaften Lärmgrenzwertüberschreitungen festgestellt worden sind. Auf Nachfrage der GPK sind es jedoch nur 23 Liegenschaften, da eine Liegenschaft keine lärmempfindlichen Räume gegen die Strasse hin aufweist. Vier Liegenschaften werden durch die geplante Lärmschutzwand geschützt. Bei 19 Liegenschaften können keine baulichen Massnahmen vorgenommen werden. Es werden so genannte Erleichterungen beantragt, wogegen die Eigentümer Einsprache erheben können, sofern sie damit nicht einverstanden sind. Die Realisierung der Lärmschutzwand ist vom Weiermattkreisel in Richtung Niederwangen auf der linken Seite – auf der bereits bestehenden Stützmauer – vorgesehen und 95 Meter lang. Die heute bestehende Verbindung von der Landorfstrasse in den Weiermattweg ist mit einem Fahrverbot mit Zubringerdienst für Autos versehen. Dieser Eingang wird infolge der Realisierung der Lärmschutzwand deutlich schmaler und nur noch für den schmalen Langsamverkehr durchgängig. Für Autos wird der Durchgang nicht mehr passierbar sein. Geplant ist die Erstellung einer Beton-Lärmschutzwand, die nur im oberen Teil absorbierend ist. Die Frage ist aufgetaucht, ob dadurch nicht Reflexionen entstehen und der Lärm für die Bewohnenden auf der gegenüberliegenden Strassenseite lauter wird. Das sei durch das Ingenieurbüro geprüft worden und nicht der Fall, wurde geantwortet.

Die Kosten für die Sanierung sind hoch und liegen deutlich über dem im Investitionsplan ausgewiesenen Betrag. Die GPK hat aufgrund dieser hohen Kosten zwei Stichproben durchgeführt. Die erste Stichprobe betraf die Belagsarbeiten, die mit über 380'000 Franken ausgewiesen sind. Aufgrund von Quadratmeterrichtpreisen für Belagseinbauten hat die GPK eine grobe Kostenschätzung vorgenommen und ist auf einen Betrag gekommen, der 40'000 bis 100'000 Franken unter den offerierten 380'000 Franken liegt. Die Verwaltung hat daraufhin einen Fehler in der Budgetierung bestätigt. Der Grund liege in fehlerhaften Preisangaben des Herstellers des Glasfaserarmierungsnetzes. Die Verwaltung hat uns an der GPK-Sitzung darüber informiert, dass die Ausschreibung für die Tiefbauarbeiten bereits durchgeführt worden sind und diese aufzeigt, dass die eingegangenen Offerten rund 150'000 Franken tiefer liegen als das im Kreditantrag Offerierte. Die zweite Stichprobe betraf die Lärmschutzwand. Die Richtpreise liegen in diesem Bereich zwischen 700 und 1'400 Franken pro Quadratmeter. Im Kreditantrag wird mit Kosten von 350'000 Franken gerechnet, was einen Quadratmeterpreis von 1'800 Franken ausmacht. Auch hier liegt man deutlich über den normalen Richtpreisen. Als Begründung wird angegeben, dass die Lärmschutzwand den Aufprallschutz gewährleisten muss, da sie sehr aufwändig an einer bestehenden Stützmauer befestigt werden muss. Diese Aussage ist für die GPK nicht stichhaltig, da bei einer normalen Lärmschutzwand auch ein Fundament erstellt werden muss. Die GPK hat weiter bemängelt, dass die Bundessubventionen, die für die Erstellung von Lärmschutzwänden abgeholt werden können, in der Vorlage nicht erwähnt sind. Das sind normalerweise rund 25 Prozent, d. h. im vorliegenden Fall rund 90'000 Franken.

Im Investitionsplan sind die Beträge falsch eingeschätzt worden. Damit solches in Zukunft nicht mehr geschieht, will die Gemeinde ein neues Management-Instrument anschaffen, mit dem im Bereich Strassenunterhalt (Zustand, Belastung, Höhenlage etc.) eine gezieltere Investitionsplanung möglich ist, der Werterhalt sichergestellt ist und die Investitionssummen detaillierter aufgeführt werden können.

Die GPK wünscht, dass zu erwartende Subventionen in Zukunft möglichst vollständig ausgewiesen werden. Die GPK hat mit Stirnrünzeln zur Kenntnis genommen, dass der Kreditantrag bei beiden Stichproben deutlich höher ist als die üblichen Richtpreise. Weil auch die Kosten für die Lärmschutzwand deutlich über den Richtpreisen budgetiert sind, stellt die GPK dem Parlament mit 6 : 0 Stimmen den Antrag, den Kredit um 200'000 Franken auf 935'000 Franken zu reduzieren.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke dem GPK-Referenten für die gute Berichterstattung und die professionelle Prüfung der Vorlage.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Thomas Verdun (SVP):** Die SVP-Fraktion ist nach der Prüfung der Vorlage zu folgendem Schluss gekommen: Der Zeitpunkt der Sanierung kreuzt sich mit den Bauarbeiten der Überbauung AM HOF an der Landorfstrasse. In den kommenden Monaten werden dort X Tonnen Beton und andere Baustoffe verbaut, die grösstenteils mit Lastwagen

aus Richtung Niederwangen über die Landorfstrasse transportiert werden. Dadurch ist die Landorfstrasse einer nicht unwesentlichen Mehrbelastung ausgesetzt. Dass gerade während dieser Bauphase der Überbauung AM HOF die Landorfstrasse nun mit einem neuen Deckbelag versehen werden soll, grenzt in unseren Augen an einen kleinen Schildbürgerstreich. Das ist wie wenn ein Bauer, nachdem er den ganzen Tag Saat gesät hat, am Abend mit seinem schweren Traktor über das eben Gesäte fährt. Gleiches würde dem frisch eingegossenen Deckbelag an der Landorfstrasse geschehen. Durch die erhöhte Belagstemperatur während der Sommerzeit würde der Belag aufgrund der Mehrbelastung infolge der schweren Lastwagen und der zum Teil notwendigen einspurigen Verkehrsführung <sup>1</sup>komprimiert. In Bezug auf die Kosten berufen wir uns auf die Ergebnisse aus der GPK: Einige der im Antrag ausgewiesenen Kostenpunkte sind zu hoch und nicht transparent. Unserer Meinung nach ist der Antrag nochmals zu überarbeiten und dem Parlament korrekt vorzulegen.

Eine Bemerkung zum Vorbringen des Geschäfts: Mit dem im Antrag mehrmals erwähnten Stichwort Verkehrssicherheit wird versucht, die sofortige Dringlichkeit der Sanierung zu unterstreichen. Die mit Bitumen ausgegossenen Risse und Belagsausbrüche seien für den Zweiradverkehr bei feuchter oder nasser Witterung eine grosse Gefahr. Das stimmt, aber nur in Kurven, d. h. im Lenkungsbereich einer Strasse. Das Strassenprofil der Landorfstrasse weist jedoch nur geringe Biegungen auf und verläuft grösstenteils gerade. Zudem hat ein Augenschein vor Ort ergeben, dass im Streckenabschnitt mit Steigung und Gefälle nur wenige solcher Flickwerke vorhanden sind. Auf der Fahrspur für Fahrräder sind fast keine Flicke vorhanden und diese nur am äussersten Rand der Fahrbahn. Die meisten Bitumenstreifen und Belagsausbrüche befinden sich auf der Ebene und stellen daher nur eine äusserst geringe, ja fast unwahrscheinliche Sturzgefahr für den Zweiradverkehr dar. Demzufolge ist der im Antrag eingebrachte Punkt: "Bei Ablehnung des Kredits ist mit rasch zunehmenden Schäden zu rechnen, welche die bereits heute bestehende Gefährdung der Verkehrssicherheit insbesondere des Langsamverkehrs weiter erhöht", völlig übertrieben dargestellt und unseres Erachtens haltlos. Die GPK empfiehlt, für die talwärts fahrenden Zweiräder am Rand Velo-Piktogramme aufzumalen. Diese sollen den Autofahrenden zeigen, dass den Velofahrenden bei stehender Kolonne der Vortritt zu gewähren ist. Bei dieser Idee liegt aber folgende Problematik vor: Die Velofahrenden, die beabsichtigen, den Weiermattkreisel in Richtung Köniz-Zentrum zu durchfahren, müssen sich ca. 20 bis 15 Meter vor dem Kreisverkehrsplatz in die Mitte der talwärts führenden Fahrspur einspurigen und den Kreisel so durchfahren. Nur die Velofahrenden in Richtung Dorfbach oder Weierbühl bleiben auf der rechten Seite der Fahrbahn. Durch ein Velo-Piktogramm am rechten Fahrbahnrand bis unmittelbar vor den Kreisverkehrsplatz Weiermatt wird Velofahrenden wie Motorfahrzeuglenkenden suggeriert, dass die Einspursituation für beide Verkehrsteilnehmenden korrekt und sicher ist, was nicht stimmt und zu folgeschweren Verkehrsunfällen führen kann. Wenn in Erwägung gezogen wird, solche Piktogramme auf der Fahrbahn anzubringen, bitten wir, diese nur an korrekten Stellen und nur bei zwingendem Bedarf vorzunehmen. Damit wird aktiv zur Verkehrssicherheit beigetragen.

In Punkt 9 des Geschäfts "Folgen bei Ablehnung des Geschäftes" wird uns mit erhobenem Zeigefinger mitgeteilt, dass bei Ablehnung des Geschäfts mit gravierenden Folgen und daraus resultierenden Konsequenzen zu rechnen ist. Die SVP-Fraktion bittet die Direktion Planung und Verkehr, in Zukunft auf das Erheben solcher Drohfinger zu verzichten. Grundsätzlich ist die SVP-Fraktion nicht gegen die Sanierung der Landorfstrasse, sieht jedoch keine sofortige Dringlichkeit. Gestützt auf die vorgetragenen Überlegungen und Beobachtungen bitten wir das Parlament, den Antrag zurückzuweisen, damit er nach der Bauphase der Überbauung AM HOF, d. h. im Jahr 2011, erneut und überarbeitet eingebracht werden kann.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Die Grünen Köniz sind für die Annahme des Kredits betreffend die Sanierung des Abschnitts I der Landorfstrasse. Dem Antrag der GPK für eine Kürzung um 200'000 Franken stimmen wir zu. Die Planung ist aus unserer Sicht als unsauber zu bezeichnen. Was wäre passiert, wenn in der GPK kein Fachmann anwesend gewesen wäre? Die Situation wirft Fragen in Bezug auf die Qualitätssicherung bei der Abteilung Verkehr und Unterhalt auf. Die Kosten sind sowohl für die Belagsarbeiten als auch für den Lärmschutz zu teuer berechnet worden. Mit der beantragten Kürzung um 20 Prozent sind immer noch genügend finanzielle Reserven vorhanden. Aus unserer Sicht soll in Bezug auf die Lärmschutzwand überprüft werden, ob die Realisierung einer Fotovoltaikanlage möglich ist. Die Sanierung ist als Langsamverkehrssanierung angepriesen worden, bringt aber nur kleine Verbesserungen für die Velofahrenden. Die Verbreiterung der Velostreifen, die Kernfahrbahn im flachen Teil und die Aufmalung von Velo-Piktogrammen werden von uns befürwortet. Am

<sup>1</sup> An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

meisten stört uns die geplante so genannte "Fleischbremse", die vorgesehene Realisierung einer Mittelinsel beim Schulheim Landorf. Solches ist in einer Tempo-60-Zone nicht akzeptabel, ja sogar gefährlich. Aufgrund einer Sitzung mit "Pro-Velo-Bern" ist man nun von dieser Planung abgekommen und auf die Realisierung der Mittelinsel wird verzichtet. Man will nun mit der Anbringung von farbigen Randbereichen eine gewisse Sicherheit für die Velofahrenden erreichen. Das ist in unseren Augen gut. Überprüft werden muss aus unserer Sicht auch, ob in Niederwangen ausgangs des Dorfs die Velofahrenden in Richtung Köniz auf dem Trottoir fahren sollen. Die Sanierung des Teils zwischen Köniz und Niederwangen wird der wahrlich knifflige Teil sein. Hier wird sich die Gemeinde die Massnahmen frühzeitig und genau überlegen müssen, damit die Velofahrenden sicher fahren können. Es ist auch zu überprüfen, ob die Planung und die Realisierung der Veloroute durch den Talboden – die in der Ortsplanungsrevision angedacht worden ist – vorgezogen werden soll.

**Fraktionssprecher Christoph Salzmänn (SP):** Es ist schon vorgekommen, dass ich an einem mir gesund erscheinenden Baum vorbeispazierte, der gerade gefällt wird. Der Ärger ist nicht weit. Zu einem späteren Zeitpunkt stelle ich dann fest, dass der Baum von innen her faulte und die Fachleute Recht hatten mit der Fällung. Ich war etwas überrascht, dass dieses Geschäft auf der Traktandenliste aufgeführt ist, weil mir nicht bewusst war, dass ich eine verlotterte Landorfstrasse befahre. Eine Besichtigung vor Ort hat mir jedoch gezeigt, dass bei den Flickern immer wieder neue Risse entstehen und gemäss Fachpersonen ist der Zeitpunkt der Sanierung fällig, gemäss Normen sogar überfällig. Ein Verlottern lassen wird sicher teurer zu stehen kommen und würde einer baldigen Totalsanierung der Landorfstrasse Vorschub leisten. Die SP/JUSO-Fraktion wird deshalb der Sanierung zustimmen. Die SP/JUSO-Fraktion stellt aber auch mit kritischer Wachsamkeit die stetige Veränderung der Kreditbeträge fest. Die auf Kostenschätzungen beruhenden Zahlen im Finanzplan waren tiefer. Der Projektkredit mit den durch ein Ingenieurbüro berechneten Zahlen ist höher und die Submission zeigt nun wieder tiefere Beträge auf. Wir warten auf die Endabrechnung. Das Tröstliche an dieser "Kalamität" ist, dass trotz des hohen Kreditantrags das Submissionswesen offenbar funktioniert. Man weiss bereits heute, dass 150'000 Franken eingespart werden können. Die Verwaltung muss hier alles daran setzen, diese Schwankungen im Sinne von Planungskontinuität und –sicherheit besser in den Griff zu bekommen. Ich hoffe sehr, dass das Managementsystem, das zu diesem Zweck angeschafft wird, wirklich Abhilfe schafft.

Wie bereits erwähnt, können 150'000 Franken mit der Abholung von Subventionen eingespart werden und 50'000 Franken Einsparung sollen im Posten Lärmschutzwände möglich sein. Diese Überlegungen gehen von Analogüberlegungen aus, denn eine Submission hat bei den Lärmschutzwänden noch nicht stattgefunden. Mit der Kürzung des Kreditantrags nimmt man das Risiko eines Nachkredits in Kauf und ich hoffe, dass dem Gemeinderat keine Vorwürfe gemacht werden, sollte die Realisierung teurer zu stehen kommen. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dem Kredit wie auch dem Kürzungsantrag der GPK um 200'000 Franken zu, dies im vollen Bewusstsein des Risikos eines Nachkredits.

**Fraktionssprecher Thomas Herren (FDP):** Die FDP-Fraktion hat mit Befriedigung vom Antrag der GPK auf Kürzung des Kreditantrags um 200'000 Franken Kenntnis genommen. Wir haben uns bei der Begründung des Kürzungsantrags allerdings gefragt, ob nicht eine Rückweisung des Geschäfts die bessere Lösung wäre. Wären nicht nur zwei Stichproben vorgenommen worden, sondern das Geschäft vertieft überprüft worden, hätte die Möglichkeit bestanden, dass noch mehr Senkungspotenzial vorhanden ist. Äusserst beunruhigend ist auch, dass im Zeitpunkt zwischen 2008 und 2010 eine Differenz von 400'000 Franken vorhanden ist. Dies nur deshalb, weil 2008 noch keine Detailanalyse vorhanden war. Wenn der Strassenzustand wirklich so schlecht sein soll wie dargestellt, war er 2008 sicher nicht wesentlich besser. Äusserst unbefriedigend finden wir auch die Abklärungen in Bezug auf die Subventionen. Auch hier ist keine eigentlich zum Geschäft gehörende Zahlengenauigkeit vorhanden. Dem Parlament ist ein transparentes Geschäft in Bezug auf die Zahlen vorzulegen. Das Geschäft macht den Eindruck, dass hier nach dem Prinzip Hoffnung gearbeitet wird. Ein weiterer Punkt, der mich eher persönlich stört, ist die Pressemitteilung in der letzten Woche, dass der zweite Abschnitt der Sanierung verschoben wird, weil man das Konzept der Lärmschutzwände und ihre Durchlässigkeit für den Langsamverkehr nochmals überprüfen muss. Ich frage mich, weshalb dies nicht auch für die uns hier vorliegende erste Etappe der Fall ist, wo man vorsieht, die Einfahrt in den Weiermattweg nur noch für den Langsamverkehr zu ermöglichen. Auf eine vorhergehende Anfrage bei Gemeinderätin Katrin Sedlmayer erhielt ich die Antwort, dass aufgrund der Gewährleistung der Funktion der Lärmschutzwand keine Durchfahrmöglichkeit bestehe, auch für den Langsamverkehr nicht. Heute Abend aber muss ich feststellen, dass

scheinbar nun doch eine Lücke offen bleibt. Eine weitere Unklarheit besteht bei mir in der Frage, ob ein Flüsterbelag aufgebracht wird oder nicht. Beim Gespräch mit Anwohnenden wurde mir erklärt, dass aus ihrer Sicht entweder eine Lärmschutzwand zu erstellen oder ein Flüsterbelag aufzubringen ist, aber nicht beides zusammen. Die betroffenen Liegenschaften verfügen alle über neue, Lärm absorbierende Fenster. Wird die Zufahrt durch die Lücke in der Lärmschutzwand für die Autofahrenden nicht passierbar sein, müssen diese den kleinen Umweg aber im Rückwärtsgang passieren, weil ein Wenden unmöglich ist.

Aus all diesen Gründen, wie auch aufgrund der Recherchen der SVP, unterstützen wir den Rückweisungsantrag verbunden mit der Aufforderung, dass das Geschäft mit vollständigen und transparenten Zahlen und zum richtigen Zeitpunkt vorgelegt wird.

**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat das Geschäft in zwei Schritten geprüft. Wir fragten uns erstens, ob in diesem Geschäft so genannte "no goes" vorhanden sind, d. h. ob die Sanierung aus irgendwelchen Gründen nicht durchgeführt werden kann, und zweitens, ob der Zeitpunkt stimmt. Gründe für eine Nichtdurchführung haben wir keine gefunden und in Bezug auf den Zeitpunkt stellen wir fest, dass er richtig gewählt ist. Die Strasse ist noch nicht verlottert, will man aber möglichst minimale Sanierungskosten über die Lebensdauer hin erreichen, ist für die Belagssanierung der richtige Zeitpunkt gekommen.

Zu den Finanzen: Wir unterstützen den Antrag für die Reduktion um 200'000 Franken ebenfalls. Ich möchte es jedoch nicht unterlassen, das zu diesem Thema Erwähnte zu kommentieren. Ich frage mich, was wir eigentlich wollen. Wollen wir eine Verwaltung, die uns Kreditanträge vorbringt, die auf den Franken genau stimmen, die aber eine Planung mit riesengrossem Aufwand betreibt oder wollen wir eine Verwaltung, die solches möglichst schlank macht, dafür aber eine gewisse Ungenauigkeit in Kauf nimmt? Was ist uns lieber? Ich halte Folgendes fest: Geht man den Antrag genau durch, sind durchaus Haare in der Suppe zu finden. Mich interessiert aber eigentlich, wie die Verwaltung sicherstellt, dass die Arbeit schlussendlich möglichst kostengünstig und gut erledigt wird. Eine Rückweisung des Geschäfts bringt uns nicht viel. Wenn uns zu einem späteren Zeitpunkt der genaue Kreditantrag vorliegt, müssen wir uns sicher von weiterem Unvorhergesehenen überraschen lassen. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem um 200'000 Franken gekürzten Kredit für die Sanierung der Abschnitt I der Landorfstrasse zustimmen.

**Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP):** Vieles ist gesagt worden, viele Argumente wurden ins Feld geworfen. Die BDP-Fraktion hat den Bericht und Antrag des Gemeinderats mit den aufgeworfenen Schreckensszenarien gelesen. Wir kommen zum Schluss, dem Antrag auf Rückweisung des Geschäfts zuzustimmen. Damit besteht die Möglichkeit, die ganze Sache nochmals zu überdenken und zu planen.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke für die positiven wie auch kritischen Stellungnahmen, die ich sehr gut nachvollziehen kann. Bei der Sanierung der Landorfstrasse geht es darum, den richtigen Zeitpunkt für dieses Vorhaben zu treffen. Genau diese Kritik, dass der richtige Zeitpunkt verpasst worden ist, wurde uns bei der Sanierung der Kirchstrasse vorgeworfen. Das möchten wir in diesem Fall vermeiden. Ein Kredit von über 1 Million Franken ist viel Geld, aber es ist richtig investiert. Wird die Deckschicht zum richtigen Zeitpunkt saniert, hält die Strasse noch gut 20 Jahre. Unser erklärtes Ziel ist, die Strasse an den Kanton übergeben zu können. Der Kanton übernimmt aber – wie die Gemeinde Köniz auch – nur sanierte Strassen. Es geht darum, den Wert der Strasse zu erhalten. Am Beispiel der SBB ist ersichtlich, welcher immenser Sanierungsbedarf mit den entsprechend hohen Kosten entsteht, wenn die Infrastruktur nicht gut erhalten wird.

Zu den einzelnen Voten: Thomas Verdun hat gesagt, dass der falsche Zeitpunkt gewählt worden sei, weil die Überbauung AM HOF zurzeit realisiert wird. Der Zeitpunkt ist jedoch genau richtig. Wenn all die schwer beladenen Lastwagen die defekte Landorfstrasse befahren, leidet sie noch mehr. Der sanierte Belag muss nicht noch aushärten, sondern er ist bereit, die Mehrbelastung zu übernehmen. Zum Thema Bitumenflecken: Diese sind nicht nur in Kurven gefährlich, sondern auch auf gerader Strecke beim Bremsen. Als Folge des Unfalls eines Zweirads, das auf einer solchen Bitumenschicht ausgerutscht war, wurde versucht, Regress auf die Gemeinde zu nehmen. Für den Langsamverkehr ist es gefährlich, wenn – wie letztes und dieses Jahr – nach einem strengen Winter viele Löcher und Risse vorhanden sind. Die Löcher können nicht sofort repariert werden, sondern erst bei Temperaturen über 0 Grad. Zu den Kosten der Sanierung: Im Investitionsplan sind – das ist richtig festgestellt worden – zu tiefe Investitionen aufgeführt. Diese sind aufgrund einer Kostenschätzung Quadratmeter mal Deckbelag zustande gekommen, wobei die Sanierung der Randsteine und der Entwässerung



nicht berücksichtigt worden sind. Auch in unseren Augen ist das Ganze unglücklich vonstatten gegangen. Wir setzen alles daran, dass solches nicht mehr geschieht und deshalb ist das neue, bereits erwähnte Programm angeschafft worden. Für die Sanierung der Lärmschutzwand muss zwingend ein Bruttokredit beantragt werden, weil die Subventionen des Bundes erst nach Erstellung der Lärmschutzwand beantragt werden können. Dieser Umstand hätte in den Unterlagen ausgeführt werden müssen. Wie sind die im Antrag ausgewiesenen Kosten für die Lärmschutzwand zustande gekommen? Wir haben sowohl für die Strasse als auch für die Lärmschutzwand einen Kostenvoranschlag durch ein Ingenieurbüro erstellen lassen. Für die Lärmschutzwand ist noch keine Submission durchgeführt worden. Aufgrund der für die Sanierung der Strasse ausgelösten Submission ist nun ersichtlich, dass sie günstiger zu stehen kommt. Wir können uns jedoch vor der Durchführung einer Submission auf nichts anderes verlassen als auf Kostenvoranschläge. Wird das Geschäft zurückgewiesen, kann zumindest und damit wir auch in diesem Bereich Genaueres über die Kosten wissen, die Submission für die Lärmschutzwand ausgelöst werden. Bis die Submission für die Lärmschutzwand durchgeführt ist, wird es aber Juni oder noch später, d. h. die Strasse wird unter Umständen – weil es zu Verzögerungen kommen kann – nicht mehr in diesem Jahr saniert. Der Kostenvorschlag für die Lärmschutzwand wurde im März durch ein Ingenieurbüro berechnet, der etwas tiefere Kosten aufweist. Im Bericht und Antrag des Gemeinderates sind zur Sicherheit Kosten für Unvorhergesehenes eingerechnet worden. Die in einem Votum erwähnte so genannte "Fleischbremse" – die Realisierung einer Mittelinsel bei der Fussgängerquerung Landorf – , die sich allerdings ausserhalb des hier betroffenen Sanierungsperimeters befindet, war eine Auflage der Fachstelle für Veloverkehr des Kantons Bern. Aufgrund einer Sitzung mit der Fachstelle für Veloverkehr wird nun eine andere Lösung gesucht, die zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt wird. Ich komme auf jenen Teil der Lärmschutzwand zu sprechen, in welchem eine Lücke ausgespart werden muss, damit der Langsamverkehr die Weiermattstrasse befahren kann. Der Aufbau der Lärmschutzwand ist in diesem Bereich anders als im Bereich des Kreisels und er startet beim Weiermattweg, der aus diesem Grund verschmälert wird. Weil der Aufbau der Wand bei der Einfahrt Weiermatt erfolgt, muss kein Loch in der Lärmschutzwand realisiert werden, sondern es entsteht eine Lücke. Im betroffenen Bereich sind bei einigen Liegenschaften die Fenster saniert, aber nicht alle und diese werden vom Aufbringen des so genannten Flüsterbelags profitieren. Mit der Lärmschutzwand können nur vier Liegenschaften geschützt werden.

Für jeden Teil der Sanierung der Landorfstrasse müssen Submissionen ausgeschrieben werden und wir haben den Auftrag, das kostengünstigste Angebot anzunehmen. Damit ist sichergestellt, dass die Kosten für die Sanierung möglichst tief sind.

**Christoph Salzmann (SP):** Vieles ist nun besprochen und angeregt worden, das an sich nichts am Projekt ändert. Die Anregungen können durch die Verwaltung geprüft werden. In Bezug auf den Rückweisungsantrag: Im letzten Jahr haben wir im August den Kredit für die Anpassung und Neugestaltung der Wabersackerstrasse zurückgewiesen. Das war so weit richtig, weil es in diesem Fall darum ging, dass das Parlament in Bezug auf das Projekt selber nicht mit dem Gemeinderat übereinstimmte. Wir haben das Geschäft zurückgewiesen verbunden mit dem Auftrag, ein anderes Projekt vorzulegen. Im heutigen Fall habe ich aber nicht gehört, dass verlangt wird, an der Sanierung selber etwas zu ändern. Die Argumentationen betreffen alle die Kosten. Das Submissionsverfahren macht möglich, dass die kostengünstigste Variante zum Zuge kommt. Es spielt dabei keine Rolle, ob der Kreditantrag zu hoch ausgefallen ist, schlussendlich ist das Ergebnis des Submissionsverfahrens wichtig. Aus diesem Grund ist eine Rückweisung in meinen Augen nicht schlau. Damit gehen wir das Risiko von Verzögerungen ein. Wir als Laien können nicht beurteilen, ob der Zeitpunkt für eine Sanierung richtig ist oder nicht.

**Martin Graber (SP):** Ich gebe hier bekannt, weshalb ich Mühe habe, diesem Geschäft zuzustimmen. Uns allen ist bekannt, dass es um die Finanzen der Gemeinde Köniz nicht gut steht. Wir müssen sparen. Die Frage stellt sich immer: Wo? Beim Unterhalt der Schulanlagen? Bei der Sicherheit? Bei den Kindergärten oder bei den Kitas? Aus meiner Sicht haben die Strassen in der Schweiz allgemein einen enorm hohen Standard. Hier sehe ich Sparpotenzial. Solch teure Sanierungen von Strassen machen mir Mühe. So lange ältere Personen nicht mit ihrem Rollator durch den Park Liebefeld spazieren können, weil der Kies auf den Wegen zu grob ist; so lange man mit dem Rollstuhl nicht direkt an die Wasserfläche im Park Liebefeld gelangen kann, so lange die Wege im Park Liebefeld nicht in einem besseren Zustand sind, habe ich allergrösste Mühe, einem Strassenkredit zuzustimmen, der primär dem Autoverkehr dient.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Der uns vorliegende Antrag macht mir klar, dass die Behauptung, die Gemeinde Köniz verziere ihre Bauten mit einem Goldrand, nicht ganz falsch ist. Die Kostenschätzung, die vom Ingenieurbüro erstellt worden ist, enthält sicher gewisse Reserven, da sich das Büro damit nicht die Finger verbrennen will. Im vorliegenden Fall hat das Ingenieurbüro – so habe ich jedenfalls den Eindruck – aber gar grosszügig budgetiert. Die Gemeinde übernimmt nun diese Kostenschätzung und schlägt nochmals 10 Prozent Unvorhergesehenes dazu. Ich muss der Gemeindeverwaltung ausserdem den Vorwurf machen, dass die Zahlen nicht mit entsprechenden Richtpreisen verglichen worden sind. Der Aufwand dafür wäre sicher nicht allzu gross. Der Kredit, inklusive dem Sicherheitsaufschlag von 10 Prozent, gelangt nun vor das Parlament. Stimmt das Parlament dem Antrag zu, wird die Kostenschätzung öffentlich. Wenn die Ausschreibung erfolgt, können die interessierten Unternehmer dem Internet entnehmen, wie hoch der bewilligte Kredit ist. Bekanntlich spielt der Markt in diesem Bereich nicht gut und die Unternehmer können sich somit eher am vom Parlament bewilligten Kredit als an den üblichen Marktpreisen orientieren. Zum Glück hat im vorliegenden Fall die Ausschreibung stattgefunden, bevor die Zahlen öffentlich waren. Wenn das Parlament dem Kredit für die Lärmschutzwand für 300'000 Franken zustimmt, orientieren sich die Unternehmer an dieser Vorgabe. Mit einem solchen Vorgehen kann die Gemeinde Köniz Kosten sparen.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich bitte Sie, sich nur zum Rückweisungsantrag zu äussern, da ich darüber abstimmen lassen will.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Ich mache beliebt, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen. Inhaltlich ist das Geschäft unbestritten, da hat Christoph Salzmann Recht. Die Strasse muss saniert werden. Wir haben z. B. aber auch die Sanierung der stillgelegten Schiessstände zurückgewiesen, weil uns zu diesem Geschäft zu wenig Informationen vorgelegen haben. Das ist auch hier der Fall. Wir haben viele offene Fragen und dies vor allem im Bereich der Finanzen. Alle Zahlen haben eine Genauigkeit von  $\pm 10$  Prozent. Ein Budgetposten "Unvorhergesehenes" ist enthalten. In der Vorlage sind Zahlen festgehalten, die von vornherein nicht stimmen und die Subventionen sind nicht ausgewiesen. Mindestens vier Faktoren in diesem Budget sind nicht richtig. Ich sehe es als Pflicht der Parlamentsmitglieder, die Geschäfte zu prüfen. Ein vorgegebenes Budget muss eingehalten werden und wenn es zu hoch ist, haben wir es zurückzuweisen. Damit besteht eine faire Chance, die Sache nach einer Überprüfung neu vorzulegen.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Sie haben nun mehrmals angeführt, dass Ihnen die genauen Kosten nicht bekannt sind. Die genauen Kosten für die Sanierung von Abschnitt I der Landorfstrasse liegen 150'000 Franken tiefer als im Kreditantrag ausgewiesen. Was geschieht, wenn das Geschäft zurückgewiesen wird? Wir führen die Submission für die Lärmschutzwand durch und damit sind auch diese Kosten genau bekannt. Die Frage in Bezug auf die Subventionen des Bundes haben wir in der GPK beantwortet. In drei bis vier Jahren werden 80'000 Franken zu erwarten sein. Mein Vorschlag: Wenn schon Rückweisung, dann nur für die Lärmschutzwand, wo noch eine Differenz vorhanden ist. Auf diese Weise könnten wir mit der Sanierung der Strasse beginnen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass wir die Sanierung nicht im 2010 durchführen können und die Mittel im nächsten Jahr nicht vorhanden sind. Die von Martin Graber angesprochene Feststellung, dass der Strassenstandard hoch ist, stimmt. Es bestehen aber hohe Ansprüche von den Benützenden und vermehrt versuchen Betroffene uns für erlittene Schäden auf der Strasse haftbar zu machen. Auch das ist ein Grund dafür, dass wir die Strassen auf einem hohen Level in Ordnung halten wollen. Der Zeitpunkt für die Sanierung ist jetzt richtig, weil die Tragschicht angegriffen ist und mit dem beantragten Kredit die Strasse für 20 bis 25 Jahre in Ordnung gehalten werden kann. In einigen Jahren wird die Sanierung das Zwei- bis Dreifache kosten.

Ich schlage vor, dass Sie nur den Teil Lärmschutzwand zurückweisen.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Eine Teilung des Geschäfts ist problematisch. Ich schlage vor, dass wir über den Rückweisungsantrag: "Das Geschäft ist zurückzuweisen, verbunden mit dem Auftrag, das Geschäft dem Parlament 2011 mit korrigierten Zahlen wieder vorzulegen", abstimmen. Im Rückweisungsantrag ist der Zeitpunkt der Wiedervorlegung festgehalten.

**Thomas Verdun (SVP):** Diese Fassung ist korrekt. Das Geschäft ist 2011 wieder vorzulegen.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Im Jahr 2011 ist dieser Kredit im IVP nicht enthalten. Zurzeit besteht kein anderes Projekt, das quasi als Ersatz aus der Schublade gezogen werden kann. Eingspart werden nur die Abschreibungen der Investition von 1 Million Franken.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Ich plädiere dafür, die Rückweisung abzulehnen, wenn der Kredit um 200'000 Franken gekürzt werden kann. Ich bin der Meinung, dass mit einem gekürzten Kreditantrag ein besseres Signal gegen aussen abgegeben wird als mit einer Rückweisung.

---

### **Beschluss**

Der Rückweisungsantrag wird angenommen.

(abgegebene Stimmen: 20 für Rückweisung, 17 gegen Rückweisung, 1 Enthaltung)

---

### **5. 0732 Postulat (SP) "Energievorbild Köniz: Warmes Wasser sparen - ein höchst effizienter Beitrag zum Klimaschutz"**

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

**Martin Graber (SP):** Das Postulat ist im Dezember 2007 eingereicht und am 5. Mai 2008 erheblich erklärt worden. Es besteht aus vier Teilen. Die SP/JUSO-Fraktion ist glücklich über den Umstand, dass alle vier Teile genau so umgesetzt worden sind, wie im Vorstoss verlangt. Erstens werden die Duschen der gemeindeeigenen Schul- und Sportanlagen mit Wasser sparenden Duschbrausen ausgerüstet. Damit können viel Energie und viel Geld gespart werden. Zweitens sind die Wasserhähnen der gemeindeeigenen Liegenschaften mit Durchflussbegrenzern ausgerüstet. Drittens ist die Bevölkerung über die komfortable Möglichkeit zum Warmwasser sparen – damit auch zum Geld sparen – informiert worden. Viertens konnte und kann die Bevölkerung Aquaclis-Duschbrausen zu einem wesentlich vergünstigten Preis erwerben. Diese Duschbrausen erweisen sich als Verkaufsschlager. Allein am Aktionstag auf dem Bläuackerplatz sind 906 Wasser sparende Duschbrausen verkauft worden. Am 24. Februar gab die Gemeindeverwaltung bekannt, dass 1'700 Duschbrausen gekauft oder bestellt worden sind. Jeder zehnte Haushalt in der Gemeinde Köniz spart nun dank diesem Erwerb Wasser, Energie und Geld. Das ist ein grosser Erfolg. Die Gemeinde wird die jährlich eingesparten Tonnen von CO<sub>2</sub> sicher bald bekannt geben. Vielleicht kann damit das angestrebte Energiestadt-Goldlabel erreicht werden. Wir stimmen der Abschreibung zu, da unsere Anliegen erfüllt sind. Der Einsatz der Duschbrausen ist ein eindrückliches Beispiel dafür, wie mit relativ geringem Aufwand sehr viel erreicht werden kann. Das Pareto-Prinzip besagt, dass mit 20 Prozent Aufwand 80 Prozent der Ergebnisse erzielt werden können.

In Sachen Parlament: Dass die Bevölkerung von dieser Aktion profitieren kann, ist eine direkte Folge von Politik. Wir haben das Postulat erheblich erklärt und damit der Gemeinde den Auftrag erteilt. In der Medienmitteilung der Gemeinde war davon aber nichts zu lesen. Wenn wir wollen, dass die Bevölkerung aktiv in der Politik mitmacht, dass abgestimmt und gewählt wird, muss bekannt sein, dass mit Politik etwas bewirkt werden kann. Ich bitte die Gemeinde, diesen Umstand in Zukunft zu bedenken und bei Medienmitteilungen mindestens den Auftraggeber – das Parlament – zu erwähnen. In meinen Augen weiss die Bevölkerung nämlich nicht genau, was wir machen und die Politikverdrossenheit rührt meines Erachtens auch davon.

**Heinz Nacht (SVP):** Die Anstrengungen, dass Energie und Wasser gespart werden, sind in meinen Augen als positiv zu bewerten. Ich muss hier jedoch festhalten, dass dies nur ein ganz kleiner Tropfen auf den heissen Stein ist. Mit Energie-2000 wurden – mit mässigem Erfolg – Wassersparsets eingeführt. Ich halte hier fest, dass sich unter einer solchen Duschbrause z. B. ein Kaminfeger nicht sauber waschen kann und wir mussten diese Sets deshalb leider wieder entfernen. Ich möchte in diesem Zusammenhang einige andere Denkanstösse bekanntgeben. Zum Thema Wasser sparen: Als ich vor sieben Jahren ein Haus bauen liess, habe ich von der Gemeinde die Auflage erhalten, das Wasser muss auf der Parzelle versickern. Ich habe dafür grosse Schächte gebaut. Als ich beabsichtigte, dieses Wasser für die WC-Spülung zu brauchen, hätte ich zusätzliche Wasserzähler anschaffen müssen. Die Gemeindeverwaltung hat mir von diesem Experiment abgeraten. Mir entstünden dadurch nur Mehrkosten und dies sei für die Gemeinde nicht interessant. Mir wurde gesagt, dass nicht das Wasser teuer sei, sondern das dafür benötigte Leitungsnetz. In meinen Augen wird auch viel zu wenig darauf hingewiesen, dass mit Duschen anstatt Baden viel Wasser eingespart werden kann, einmal Baden = dreimal Duschen. Vor einigen Jahren startete der Kanton ein Experiment mit Wärmezählern für Energie. Niemand ist auf die Idee gekommen, diese Wärmezähler im Zusammenhang mit dem Verbrauch von Warmwasser zu benützen. Das wäre viel effizienter und gerechter. In den von uns betreuten Liegenschaften sind solche Zähler aufgeschaltet und sie bewähren sich. Zum Thema Energie: Mit der Umsetzung der geforderten Massnahmen kann sicher Energie gespart

werden. Wollen wir aber wirklich für die Aufbereitung von Warmwasser Energie sparen, müssen Solaranlagen auf die Dächer. Damit werden Einsparungen in der Grössenordnung von 50 bis 60 Prozent möglich sein. Haben Sie gewusst, dass ab 1.1.2010 keine Elektroboiler mehr erlaubt sind? Für die Generierung von Warmwasser soll nicht nur die edle Energie Strom benutzt werden – für dessen Transport immer grössere Starkstromleitungen nötig sind, was die Bevölkerung nicht sehr erfreut –, sondern Solaranlagen. Ein Tipp an die Gemeinde: Es wäre doch gut, wenn Bewilligungen für die Realisierung von Solaranlagen auf Dächern etwas einfacher vonstatten gehen könnten.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Wir behandeln hier die Abschreibung des vorliegenden Vorstosses. Wir beraten keinen neu eingereichten Vorstoss und ich bitte Sie, dies zu berücksichtigen.

**Ursula Wyss (Grüne):** Ich halte fest: Der Bericht des Gemeinderats ist Gegenstand der Abschreibung und somit muss hier Gelegenheit sein, sich dazu zu äussern.

In den gemeindeeigenen Liegenschaften und Schulanlagen ist das Händewaschen fast überall nur noch mit kaltem Wasser möglich, das kann dem Bericht entnommen werden. In den Sportanlagen sind zum Teil bereits Sparduschen montiert. Interessant dazu wird dann der Blick in die Energiebuchhaltung sein. Mit der nun laufenden Sparkampagne sind sicher Personen für das Energiesparen zu gewinnen, einerseits durch die Information an sich und andererseits durch die Abgabe der Duschbrausen zu einem reduzierten Preis. Für die Reduktion von CO<sub>2</sub> ist das Sparen von Warmwasser gut. Aber erst, wenn die Generierung von Warmwasser mit erneuerbarer Energie erfolgt, werden die CO<sub>2</sub>-Emissionen stark reduziert. Auch wenn der Vorstoss in Bezug auf den Klimaschutz nicht wirklich viel bringt, ein indirekter Nutzen ist sicher vorhanden. Den grössten Nutzen sehe ich im bewusst machen, dass jeder und jede etwas zum Energiesparen beitragen kann. Ich kann mich dem Votum von Martin Graber anschliessen und – da alle Forderungen des Postulats erfüllt sind – der Abschreibung zustimmen.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Ich gehe auf die angebrachten Anregungen und Fragen ein. Ich danke Martin Graber für die erteilten Lorbeeren. Auch wir haben den Eindruck, dass die getätigten Aktionen erfolgreich sind. Unser Energiestadtprogramm besteht bereits seit mehr als 10 Jahren und wir haben z. B. im letzten Jahr eine ähnlich erfolgreiche Aktion mit dem Verkauf von vergünstigten Ecoman-Standbygeräten gehabt. Teil des Energiestadtprogramms ist es, Strom- oder Wasserspargeräte zu vergünstigten Preisen abzugeben. Ein Postulat ist kein Auftrag an den Gemeinderat, sondern beinhaltet eine vom Gemeinderat vorzunehmende Prüfung. Die Aktivitäten werden über das Energiestadtprogramm entfaltet.

Zum Votum von Heinz Nacht: Er hat mir in vielen Punkten aus dem Herzen gesprochen. Ich halte hier fest, dass einige vom ihm erwähnten Möglichkeiten bei Gemeindeliegenschaften nicht so umsetzbar sind wie bei privaten. Zuerst gehe ich auf den von ihm erwähnten Wasserzähler ein, der für den Gebrauch des Regenwassers für die WC-Spülung notwendig ist. Der Grund liegt darin, dass die Wasser- und Abwassergebühren über den gleichen Wasserzähler erhoben werden. Dies weil angenommen wird, dass die meisten Personen gleich viel Abwasser produzieren wie sie Wasser beziehen. Wenn nun dieser Kreislauf unterbrochen wird, z. B. mit der Fassung von Regenwasser, muss für die Abrechnung der Abwassergebühren ein Zähler montiert werden. In Bezug auf den Warmwasserzähler werde ich bilateral Kontakt mit Heinz Nacht aufnehmen. Zu den Solaranlagen: Bei jeder Schulanlage werden Abklärungen gemacht, ob sich die Montage einer Solaranlage für die Gewinnung von Warmwasser lohnt. Bis anhin ist man beim grössten Teil der Schulanlagen zur Erkenntnis gelangt, dass genau dann wenn der grösste Anfall an Warmwasser vorhanden ist – in den Sommerferien – am wenigsten geduscht wird. Die Kosten/Nutzen-Abwägung führt deshalb nicht immer zur Montage von Solaranlagen. Über den von Heinz Nacht erwähnten Umstand, dass Elektroboiler nicht mehr ersetzt werden dürfen, bin ich sehr froh. In Bezug auf Erleichterungen bei Baugesuchen für Solaranlagen: Ein Baugesuch für die Anbringung von Sonnenkollektoren oder Fotovoltaikanlagen ist dann notwendig, wenn Liegenschaften über einen Schutzstatus verfügen. Gemäss Gemeinderätin Katrin Sedlmayer wird diese Problematik im Baureglement überprüft. Da das Baureglement eine kommunale Angelegenheit ist, bestehen Möglichkeiten.

Zu Ursula Wyss: Auch ich bin gespannt auf die Wirkung der von uns getätigten Massnahmen. Ich präzisiere den Bericht in Bezug auf die Sanierung von Schulanlagen: In diesem Jahr werden in erster Priorität die Schulanlagen Buchsee und Wabern Dorf saniert, in zweiter Priorität im nächsten Jahr die alte und neue Turnhalle der Schulanlage Bodengässli und danach die Schule Mengestorf und die Schulanlage Spiegel.

Fazit: Die Anliegen des Postulats sind vom Gemeinderat nicht nur überprüft, sondern es ist bereits gehandelt worden. Ich bitte Sie, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

---

### **Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

## **6. 0938 Postulat (SP) "Gedenkstätte oder Gemeinschaftsgrab für Engelskinder"**

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

**Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Zuerst danke ich dem Gemeinderat herzlich für die ausführliche Antwort. Dieser Vorstoss war für mich der bis jetzt schwierigste, den ich verfasst habe. Dieses so traurige Thema in eine Fachsprache umzusetzen, ist nicht einfach. Ich verlasse die sachliche Ebene nun und halte hier ein Telefongespräch fest, das ich nach dem Einreichen des Vorstosses erhalten habe. Eine Frau erzählte mir, wie sie vor 30 Jahren ein Kind vor der Geburt verloren hat und bis heute nicht weiss, wo es begraben worden ist. Sie hat die Auskunft erhalten, dass es auf dem Friedhof zu Füssen irgendeines anderen Begrabenen liege. Wenn ein Kind vor der Geburt sterben muss, ist dies für die Angehörigen tragisch. Dass die Behörden heute den Betroffenen die Möglichkeit geben, zu wählen, wie sie mit diesem tragischen Moment umgehen sollen – wo und wie sie bestatten wollen – ist der Schritt in die richtige Richtung.

Ich habe noch einen Hinweis zur Gestaltung des Gemeinschaftsgrabes: Häufig sind Familien betroffen, wo noch Geschwister vorhanden sind. Es wäre wichtig, wenn Windräder, Kerzen oder andere Gegenstände, die – unter anderem von den Geschwistern – als Andenken für die Engelskinder auf dem Gemeinschaftsgrab stehen, ein Jahr oder vielleicht länger bleiben, da diese Stätte von den Angehörigen nicht nur einmal besucht wird.

Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben.

**Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Die Grünen Köniz begrüßen den Entscheid des Gemeinderats, dass nicht nur eine Grabstätte für die so genannten Engelskinder realisiert wird, sondern auch ein Kindergemeinschaftsgrab für alle Kleinkinder. Es ist wichtig, dass die Angehörigen sich an einem solchen Ort treffen können. Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung zu.

Wir haben sehr erfreut zur Kenntnis genommen, dass die zuständige Direktion bereits vor mehr als einem Jahr die Vorbereitungen für ein solches Gemeinschaftsgrab von sich aus an die Hand genommen hat. Die entsprechenden Erläuterungen, die wir Ende 2006 zum Bestattungs- und Friedhofreglement erhalten haben, haben diese Grabart als Beispiel für weitere Grabarten erwähnt. Der breit unterzeichnete Vorstoss hat auch diese Arbeit mitunterstützt. An diesem Punkt weise ich auf einen überparteilichen Vorstoss hin, der zurzeit zirkuliert und hoffe, dass er von Ihnen unterzeichnet wird. Es handelt sich um die Schaffung einer weiteren Grabart, die damals in den Erläuterungen vorgekommen ist.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Ich danke auch hier für die gute Aufnahme. Bereits vor über einem Jahr hat sich der Gemeinderat Gedanken gemacht, wie die Friedhöfe weiterentwickelt werden sollen. Im Bestattungs- und Friedhofreglement ist aufgeführt, dass die Schaffung neuer Grabarten möglich ist. Wir sind an der Umsetzung nicht nur der Bestattungsmöglichkeit für Engelskinder, sondern in der Abklärungsphase für die Schaffung eines Waldfriedhofs. Auch das ist ein grosses Bedürfnis aus der Bevölkerung. Realisiert haben wir bereits die Beschriftung der Gemeinschaftsgräber durch einen Künstler.

Ich nehme die Anregung von Annemarie Berlinger-Staub in Bezug auf die Räumung von Erinnerungsgegenständen bei Gemeinschaftsgräbern auf und werde dies abklären. In einem Gemeinschaftsgrab entfällt die Ruhedauer von 20 Jahren und hier kann dem Bedürfnis vieler Eltern entsprochen werden, das Gemeinschaftsgrab als Erinnerungsstätte aufzusuchen.

Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben.

---

### **Beschluss**

Das Postulat wird erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

## 7. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind neu eingereicht worden:

- 1007 Überparteiliche Richtlinienmotion (CVP, EVP, GLP, Grüne und Christoph Salzmännli)  
"Grabfeld für Musliminnen und Muslime"
- 1008 Motion (BDP) "Park Liebefeld"
- 1009 Postulat (BDP) "Könizer Strombörse"

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Auf Ihren Pulten liegt die Einladung zur Hauptversammlung des "Förderverein Städtepartnerschaft Köniz – Prijepolje". Nach den Wahlen im letzten Jahr sind neue Mitglieder im Parlament, denen ich Folgendes mitteilen möchte: Die Partnerschaft zwischen Prijepolje und unserer Gemeinde ist 2005 institutionalisiert worden. Jedes Jahr wird ein Budget erstellt, das durch das Parlament gutzuheissen ist. In Prijepolje ist Gleiches geschehen. Die Partnerschaft basiert aber auch auf Vertrauen und Freundschaft. Der Förderverein ist letztes Jahr mit dem Ziel gegründet worden, dass wir Mittel nicht nur aus der Gemeindekasse beschaffen wollen, sondern auch aus anderen Quellen. Am 20. Mai 2010 findet die erste Hauptversammlung statt. Es besteht die Möglichkeit, Mitglied des Vereins zu werden.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Christian Roth hat an der letzten Parlamentssitzung gesagt, dass die PCs in den Schulen langsam laufen. Daniel Kreuzer, der Leiter des Informatikzentrums Köniz-Muri hat Kontakt mit den Schulen aufgenommen und geht dieser Problematik nun nach.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich informiere über den Zustand des Margelweges, einem beliebten Verbindungsweg zwischen Schliern und dem Köniztal. Vor einiger Zeit fand dort ein Felsabbruch statt. Aufgrund eines Gutachtens, das wir durch ein Ingenieurbüro erstellen liessen, musste der Margelweg aus Sicherheitsgründen gesperrt werden. Die Durchsetzung dieser Sperrung ist aber schwierig, da viele Fussgänger die Sperrung einfach umgehen. Im Gutachten ist vorgeschlagen worden, in einem ersten Schritt das Felsgebiet abzuholzen und Abklärungen vorzunehmen und in einem zweiten Schritt den Weg zu verlegen. Der Weg gehört einer privaten Weggenossenschaft, an der die Gemeinde beteiligt ist. Die Haftung bei einem allfälligen Zwischenfall liegt bei der Weggenossenschaft und es besteht grosse Angst, dass sie zur Verantwortung gezogen wird. In diesem Frühling haben nun erste Abholzungs- und Sprengarbeiten stattgefunden. In einem nächsten Schritt wird ein zweites Gutachten erstellt, mit dem festgestellt werden soll, ob der Fels nach diesen Arbeiten stabil ist. Wir werden das weitere Vorgehen mit dem kantonalen Amt für Naturgefahren besprechen. Ein weiteres Ziel ist, das Recht für einen öffentlichen Durchgang zu erhalten und damit die Haftungsfrage zu klären. Hier müssen Verhandlungen mit Privaten stattfinden. Nach den Gesprächen mit dem Kanton werden weitere Informationen folgen.

**Jan Remund (Grüne):** Ich mache Sie auf folgende Veranstaltung aufmerksam: Am 18. Mai 2010 findet die Veranstaltung "Bauen für die 2000-Watt-Gesellschaft" statt. Alec von Graffenried – Nationalrat der Grünen und Direktor für Nachhaltige Entwicklung der Firma Losinger in Köniz – wird seine Erfahrungen bekanntgeben.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Während einer Fahrt mit der Eisenbahn von Zug nach Bern hörte ich unfreiwillig und mit grossem Erstaunen einem Gespräch zu, das sich um die Parkplatzgebühren für die Parlamentsmitglieder der Gemeinde Köniz drehte. Berichte darüber konnten auch den Medien entnommen werden. Wie können wir dies ändern? Ich stelle Ihnen ein Glas zur Verfügung, in das sie jeweils "Parkplatzgebühren" abliefern können. Das Glas wird anlässlich der Parlamentssitzungen bei der Pausenverpflegung aufgestellt. Ende Jahr möchte ich das Gesammelte einer gemeinnützigen Organisation übergeben.

**Hermann Gysel (EVP):** Eine Frage an Gemeinderätin Katrin Sedlmayer: Den Medien konnte entnommen werden, dass das Bundesamt für Energie der Freileitung der Hochspannungsleitung Mühleberg – Wattenwil zustimmt. Nur ein kleiner Teil von 3 Kilometern muss in die Erde verlegt werden. Nun besteht eine Einsprachefrist von 30 Tagen beim Bundesverwaltungsgericht. Was unternimmt die Gemeinde Köniz?

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Wir werden die Plangenehmigung vom Bundesamt für Verkehr analysieren und das weitere Vorgehen im Gemeinderat besprechen und Sie entsprechend informieren.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** An der Jahresversammlung der "Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen", die am 10./11. September 2010 in Aarau stattfindet, wird das Hauptthema sein: "Metropolitanregionen, eine neue parlamentarische Herausforderung". Die definitive Einladung wird zu einem späteren Zeitpunkt folgen.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren  
Parlamentspräsident

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament









## **Begrüssung**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur Parlamentssitzung.

Es sind 37 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## **Mitteilungen**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Annemarie Berlinger-Staub übernimmt für heute das Amt als Stimmzählerin. Der Aktenversand erfolgte am 6. Mai 2010. Mit dem Nachversand vom 19. Mai 2010 erhielten Sie das Protokoll der Sitzung vom 5. Mai 2010. Eine Bitte: Dringliche Vorstösse sollten vor der Pause eingereicht werden, damit das Parlamentsbüro über die Dringlichkeit entscheiden kann.

## **Traktandenliste**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt Traktandum 2.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

### **1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 3. Mai 2010**

**Thomas Verdun (SVP):** Auf Seite 62 ist im ersten Abschnitt das Wort "komprimiert" durch "deformiert" oder "beschädigt" zu ersetzen.

**Stephie Staub (SP):** In Ergänzung zu meinem Votum unter dem Traktandum "Verschiedenes": Wer Geld für eine Parkplatzgebühr benötigt, kann dies aus dem angesprochenen Glas entnehmen und wer keine Parkplatzgebühren bezahlt, kann diesen Obolus freiwillig ins Glas entrichten, muss aber nicht.

Das Protokoll der Sitzung vom 3. Mai 2010 wird mit der angebrachten Änderung genehmigt.

### **2. Kommissionsersatzwahlen**

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt das Traktandum.

### **3. Kreditabrechnungen**

Kenntnisnahme und Nachkredite; Direktion Präsidiales und Finanzen

**GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP):** Da keine der Kreditabrechnungen einen Nachkredit von mehr als 200'000 Franken benötigt, nimmt das Parlament lediglich Kenntnis davon. Die Genehmigung von Krediten unter 200'000 Franken liegt in der Kompetenz des Gemeinderats. Folgender Fehler hat sich im Antrag eingeschlichen: Am Schluss jeder Abrechnung ist ein Kästchen mit "Antrag" aufgeführt. Dieses ist für den Gemeinderat bestimmt und hätte in der Vorlage für das Parlament gelöscht werden müssen.

Die GPK durfte feststellen, dass zu jeder Abrechnung die notwendigen Begründungen vorliegen. Ausserdem liegt mir eine Liste vor, aus der ersichtlich ist, dass zurzeit noch sieben Kredite aus dem Jahr 2003 und älter nicht abgerechnet sind. Das ist ein gewaltiger Fortschritt. Ich spreche dem Gemeinderat und der Finanzkontrolle an dieser Stelle meinen Dank für die Erledigung der Pendenzen aus.

Einige Fragen sind gestellt worden. Zu den Abrechnungen 3 und 4, die Kultur betreffend, wurde gefragt, weshalb die Kreditabrechnungen nicht rechtzeitig erledigt werden konnten. Infolge des personellen Wechsels der Leiterin der Fachstelle Kultur (Pensionierung) musste sich die neue Leiterin zuerst einarbeiten. Uns ist versichert worden, dass dies ein Einzelfall sei. Zu den Krediten 7 und 8, die noch älteren Datums sind, wurde wie folgt Stellung genommen: Hier waren noch Grundeigentümerbeiträge hängig. Bei der Hubelhüsistrasse wurde gänzlich auf die Grundeigentümerbeiträge verzichtet und die bereits einbezahlten Beiträge sind zurückbezahlt worden. Die betroffenen "alten" Anstösser haben sich mit Einsprachen gegen die Entrichtung der Beiträge gewehrt, weil die Sanierung der Erschliessung des neuen Strassweidquartiers diene. Beim Strassweidweg ist auf 40 Prozent der Grundeigentümerbeiträge verzichtet worden, weil sich auch hier die Anstösser der "alten" Strassweidwegsiedlung gegen eine Beteiligung gewehrt haben.

Allgemein ist in der GPK noch gefragt worden, weshalb interne Leistungen von der Finanzkontrolle zwar ausgewiesen werden, aber nicht als Grundlage für die Weiterverrechnung bei Subventionen oder Grundeigentümerbeiträgen dienen oder wie die unternehmerische Leistung der Gemeinde in die Abrechnungen einbezogen wird. Zum Teil sind interne Leistungen ausgewiesen, z. B. bei Kredit 5. In den Krediten 7 und 8 sind keine internen Leistungen ausgewiesen. Zu diesen Fragen wird der Gemeindepräsident im Anschluss Stellung nehmen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, von den Krediten gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmend Kenntnis zu nehmen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** An der GPK-Sitzung sind einige Fragen aufgetaucht. Damit die Gemeinde Subventionen für Bauvorhaben von Bund oder Kanton erhält, müssen die Grundsätze des Subventionsgebers beachtet werden. Ob der Aufwand für die Bauvorhaben extern oder intern entsteht, ist dabei nicht von Bedeutung. Ein Beispiel: Bei Kreditabrechnung 5 sind 13 Hydranten ersetzt oder neu erstellt worden. Der Kanton subventioniert 3'000 Franken pro Hydrant, ob diese durch die Gemeinde oder durch Externe erstellt werden, spielt keine Rolle. Handelt es sich um Beiträge von Grundeigentümern, müssen wie in Kreditabrechnung 5, Ersatz der Hauptwasserleitung, die Kosten für die privaten Hausanschlüsse selber bezahlt werden, währenddem die eigentliche Hauptleitung auf öffentlichem Terrain zu Lasten der Wasserversorgung Köniz übernommen werden muss. Die Arbeiten für den Anschluss der privaten Hauseigentümer werden von denselben zum Teil an Externe vergeben oder an die Gemeindebetriebe. Werden die Arbeiten für den Hausanschluss von den Gemeindebetrieben vorgenommen, werden die dazu notwendigen Arbeiten voll verrechnet. Die Frage, weshalb es sich beim Kredit 6 um einen Bruttobetrag handelt, beantworte ich wie folgt: Wir haben dort auf die Grundeigentümerbeiträge verzichtet, d. h. wir haben keine Einnahmen generiert. Brutto ist demnach gleich netto und dementsprechend ausgewiesen.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP):** Die BDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die vorgelegten Kreditabrechnungen. Wir sind froh, ist die Liste der Kreditabrechnungen kleiner und damit übersichtlicher geworden. Zwei Bemerkungen: Bei den Kreditabrechnungen 3 und 4 sind die Gründe für die verspätete Vorlage durch den GPK-Referenten ausgeführt worden. Der Gemeindepräsident hat an der GPK-Sitzung erklärt, dass Massnahmen getroffen worden sind. Das begrüssen wir sehr, erwarten aber, dass die Massnahmen auch nützen und solches nicht mehr vorkommen wird. Weshalb die Eigenleistungen der Gemeindebetriebe in Kredit 5 ausgewiesen sind, ist durch Gemeindepräsident Luc Mentha erklärt worden. Wir sind der Meinung, dass solche Eigenleistungen – Bauleistungen – in den Krediten im Sinn von finanzieller Transparenz auszuweisen sind. Es darf nicht sein, dass Bauleistungen quasi als Puffer benützt werden.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Dass die Kreditabrechnungen im Kulturbereich – Kredite 3 und 4 – nicht rechtzeitig vorgelegt werden konnten, ist uns nicht recht. Ergänzend halte ich fest, dass ein Personalwechsel infolge Pensionierung dazu geführt hat. Wir haben bei der Anstellung der neuen Leiterin der Fachstelle Kultur entschieden, das Pensum von 100 auf 80 Prozent zu reduzieren. Nach einem Jahr müssen wir nun feststellen, dass die Ressourcen zu knapp sind und haben das Pensum per 1. Januar 2010 wieder auf 100 Prozent aufgestockt.

**Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP):** Ich danke dem Gemeinderat für die detaillierten Erklärungen in Bezug auf die Eigenleistungen zu Kreditabrechnung 5. Schade finde ich es, dass dies nur auf Kreditabrechnung 5 ausgelegt wird. Die gestellte Frage ist weitergehend und allgemein gestellt worden. Interne Leistungen müssen auch andernorts mitberücksichtigt werden, vor allem dann wenn es sich um Anlegerbeiträge oder um Subventionen handelt. Ich wünsche, dass dieses Thema weiterverfolgt wird.

---

### **Beschluss**

Das Parlament nimmt zustimmend Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu folgenden Objekten:

- Niederwangen Ried, städtebauliche Qualitätssicherung
- Ersatz Einsatzfahrzeug Einsatzzug 3 und 4 durch Kleintanklöschfahrzeug
- Regionale Kulturkonferenz (2004 – 2007)
- Verein Kultur- und Begegnungszentrum Haberhuus (2004 – 2007)
- Wabern, Gosset-, Au-, Eichholz- und Sonnmattstrasse und Pappelweg, Ersatz der Hauptwasserleitung
- Mittelhäusern, Hubelhüsistrasse
- Mittelhäusern, Strassweidweg, Detailerschliessung
- Areal alte Migros Köniz, Landorfstrasse

(abgegebene Stimmen: 37 zustimmende Kenntnisnahme)

---

#### **4. Änderung Nutzungsplan, Teilgebiet Oberwangen**

Genehmigung Botschaft und Stimmzettel; Direktion Planung und Verkehr

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Die Genehmigung der neuen Botschaft an die Stimmberechtigten und des Stimmzettels durch das Parlament stehen noch aus. Das Geschäft als solches ist an der Sitzung vom 22. März 2010 beraten und verabschiedet worden. Die neue Fassung der Botschaft und des Stimmzettels sind uns zugesandt worden. Wir gehen wie folgt vor: Es findet keine allgemeine Diskussion mehr statt, sondern nur noch die Detailberatung über die Abstimmungsbotschaft. Eine Anmerkung an die Redaktionskommission: Das Parlament kann die Botschaft in der vorliegenden Form genehmigen oder die Botschaft der Redaktionskommission noch einmal zur Überarbeitung überlassen. In jedem Fall hat die Redaktionskommission die Aufgabe, die Pro- und Kontra-Argumente für die Abstimmungsbotschaft zu verfassen. Dabei hat sie sich auf das Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. März 2010 zu stützen.

**GPK-Referentin Erica Kobel-Itten (FDP):** Wie bereits erwähnt worden ist, haben wir an der Parlamentssitzung vom 22. März 2010 über die Änderung des Nutzungsplans debattiert und sie genehmigt, verbunden mit dem Wunsch, in der Botschaft einige Änderungen anzubringen. Heute diskutieren wir lediglich über die korrigierte Abstimmungsbotschaft. Die GPK hat diese anhand des Protokolls vom 22. März 2010 geprüft. Folgende Korrekturen sind verlangt worden: Die Folgekosten für die Erschliessung und Einzonung sollen in der Botschaft aufgeführt sein. Weiter wurde gewünscht, dass die Verkehrserschliessung besser, d. h. genauer darzustellen ist, wie auch die Aufführung der Anzahl Parkplätze und allfällige Folgen für die Parkplatzsituation, wenn sich eine zweite Unternehmung dort ansiedelt. Ausserdem soll in der Botschaft eine Ansicht mit Strassenbild abgebildet sein sowie die korrekte Grösse des Gebietes in Quadratmetern. Die GPK hat die einzelnen Punkte überprüft und wir sind der Überzeugung, dass alle verlangten Punkte in der nun vorliegenden Abstimmungsbotschaft enthalten sind. Anlässlich der GPK-Sitzung ist eine Änderung aus der Direktion Planung und Verkehr selber angebracht worden: Auf Seite 18 ist unter dem Kapitel "Vorprüfung" enthalten, dass die neue Linksabbiegespur auf der Freiburgstrasse in einem separaten Strassenplanverfahren aufzulegen und vom Gemeinderat zu beschliessen ist. Der Kanton verlangt neu kein Strassenplanverfahren, sondern ein Bewilligungsverfahren. Auf Seite 17 sind zwei Plan-Bilder aufgeführt, zuerst der neue Nutzungsplan und darunter der alte. Das ist gemäss unserer Logik falsch und die beiden Bilder werden in der Abstimmungsbotschaft getauscht. Fazit: Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, die korrigierte Abstimmungsbotschaft und den Stimmzettel der Stimmbevölkerung zur Annahme zu beantragen.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

### **Detailberatung**

#### **Seite 14**

**Urs Maibach (Grüne):** Ich danke für die vorgenommenen Ergänzungen in der Abstimmungsbotschaft. Ich beantrage, auf Seite 14 den Satz: "Für den gesamten Werkstandort im Vollausbau (zwei Hallen) können erst präzisere Angaben gemacht werden, wenn die anzusiedelnden Firmen und Betriebszweige bekannt sind", wie folgt zu ändern: "Für den gesamten Werkstandort im Vollausbau (zwei Hallen) *können noch keine Angaben gemacht werden.*"

#### **Seite 19**

**Urs Maibach (Grüne):** Mir ist es ein Anliegen, dass die Folgekosten für die Realisierung der öffentlichen Abwasser-Erschliessung in der Abstimmungsbotschaft ausgewiesen sind. Ich frage mich, ob der ausgewiesene Betrag von rund 150'000 Franken richtig ist. Wir sprechen hier von einer Kanalisationslänge von rund 400 bis 500 Metern. Die Kosten pro Meter betragen rund 300 Franken und scheinen mir eher tief zu liegen. Muss der Grundeigentümer von diesem ausgewiesenen Betrag einen Teil übernehmen? Für den Gemeindegänger entstehen hier keine direkten Kosten, aber Folgekosten.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Der von Urs Maibach angesprochene Betrag für die öffentliche Abwasser-Erschliessung von rund 150'000 Franken (genau 150'080 Franken) stimmt. Die Kosten pro Laufmeter betragen 500 Franken, da die Abwasser-Erschliessung auf dem Land vorgenommen werden muss. Eine detaillierte Kostenaufstellung der Gemeindebetriebe liegt vor. Der von Urs Maibach angesprochene Satz ist deshalb so verfasst worden, weil im nächsten Abschnitt Angaben für den Vollausbau vorhanden sind: "Bei Vollausbau entstehen nach aktueller Projektierung...".

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Wir stimmen zuerst über den Antrag von Urs Maibach für folgende Änderung ab: "Für den gesamten Werkstandort im Vollausbau (zwei Hallen) können erst präzisere Angaben gemacht werden, wenn die anzusiedelnden Firmen und Betriebszweige bekannt sind", wie folgt zu ändern: "Für den gesamten Werkstandort im Vollausbau (zwei Hallen) *können noch keine Angaben gemacht werden.*"

---

### **Beschluss**

Der Änderungsantrag von Urs Maibach wird abgelehnt.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

### **Beschluss**

Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten und den Wortlaut des Stimmzettels.  
(abgegebene Stimmen: 36 zustimmend, 1 Enthaltung)

---

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Anlässlich der GPK-Sitzung ist gefragt worden, ob die Einzonung von 1'200 m<sup>2</sup> in der Ortsplanungsrevision kompensiert werden kann. Ich habe versprochen, diese Frage heute zu beantworten. Weil inzwischen aber von der SP/JUSO-Fraktion die Motion 1003 "Kompensation des Landbedarfs für neue Verkehrsanlagen" eingereicht worden ist, die beinhaltet, dass die Einzonungen für die neue Tramlinie in der laufenden Ortsplanungsrevision zu kompensieren sind, kann ich die versprochene Antwort heute nicht geben. Es ist in meinen Augen wichtig, dass der Gemeinderat beides zusammen betrachten kann. Die Frage in Bezug auf die Einzonung wird zusammen mit der Motion 1003 beantwortet.

## 5. Bilanz Legislaturplanung 2006-2009

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

**GPK-Referent Christoph Salzmann (SP):** Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich um einen Blick zurück in die Vergangenheit. Im Herbst 2006 hat das Parlament mit 18 Stimmen zustimmend und mit 20 Stimmen teilweise zustimmend Kenntnis von der Legislaturplanung 2006 – 2009 genommen. Mit dem IAFP hat der Gemeinderat jeweils jährlich das Controlling der Legislaturziele zur Kenntnis gebracht. Das Parlament konnte demnach ständig das Gedeihen der Umsetzung verfolgen. Nun geht es um ein letztes Controlling, bzw. um die Schlussbilanz. Die Vizepräsidentin der GPK, Erica Kobel-Itten und ich als GPK-Präsident haben das Geschäft mit dem Gemeindepräsidenten vorbesprochen, das in der GPK vor einer Woche eingehend diskutiert worden ist. Wir haben uns vor allem auf das Papier "Controlling" konzentriert, das die Beurteilung der Zielerreichung enthält. Die bebilderte Broschüre ist eine Zusammenfassung des Gemeinderats für den eiligen Leser, die eilige Leserin ausserhalb des Parlaments. Es ist nicht die Aufgabe der GPK, über die Art und Weise und die Tonalität der Zusammenfassung zu urteilen. Zur Stellungnahme im Controllingbericht sind dem Gemeinderat ausgiebig Fragen gestellt worden und wir haben vom Gemeindepräsidenten ausführlich Antwort erhalten. Die Fragen haben sich auf vertiefende Erklärungen zu den Begründungen einerseits bezogen. Andererseits sind Fragen zur Weiterentwicklung von einzelnen Themen aufgetaucht, wie z. B. über den Stand der Überbauung Hertenbrünnen. Aus Zeitgründen verzichte ich auf eine Darlegung der Fragen und Antworten, denn ich gehe davon aus, dass dort wo Interesse bestanden hat, die Fraktionen durch ihre GPK-Vertretungen orientiert worden sind. Ich erwähne einzig, dass beim Ziel 1.2.1 "Wohnumfeld-Aufwertung mittels eines Pilotprojekts realisieren", die Begründung für dessen Streichung gefehlt hat. Dazu ist uns erklärt worden, dass für die Erreichung dieses Legislaturziels in der Verwaltung die Zeit gefehlt hat, da sie mit der Planung der neuen Tramlinie und der Ortsplanung stark ausgelastet ist.

Bei der Beurteilung von 38 Indikatoren ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Ziele erreicht worden sind. Bei 9 Indikatoren sind sie teilweise erreicht worden, bei 10 nicht und drei Legislaturziele sind gestrichen worden. Das ist eine rein quantitative Zusammenfassung, ohne Bewertung. Ansonsten müssten die Ziele gewichtet werden. Ich nehme an, dass die Vermittlung von Jugendlichen mithilfe des "Inizio" oder die Aufwertung einer öV-Haltestelle zwar wichtig sind, aber nicht gleich aufwändig wie z. B. die Beseitigung des Bilanzfehlbetrags. Die GPK geht mit mir einig, dass dem Gemeinderat kein Vorwurf zu machen wäre, wenn einzelne Ziele nicht erreicht worden sind. Es wäre falsch, wenn er sich nur noch Ziele steckt, die er absolut sicher erreichen wird. Mit dem Mix an Erreichtem, teilweise Erreichtem und nicht Erreichtem ist der Gemeinderat gemäss Auskunft des Gemeindepräsidenten zufrieden. Er ist sich aber auch bewusst, dass die Arbeit damit nicht zu Ende ist. Wir erwarten deshalb, dass die teilweise erreichten und nicht erreichten Ziele in der neuen Legislaturplanung noch einmal betrachtet werden. Ob sie aufgenommen werden oder nicht, werden wir sehen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, die Bilanz zur Legislaturplanung 2006 – 2009 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Zuhanden einer allfällig nachfolgenden Diskussion im Parlament weise ich darauf hin, dass sich unsere Kenntnisnahme auf die Beurteilung der Zielerreichung und die Begründungen bezieht und nicht auf die Zielmassnahmen oder die Indikatoren selber. Wie einleitend erwähnt, haben wir diese vor vier Jahren zur Kenntnis genommen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Bei der Drucklegung der Berichterstattung zur Legislaturplanung lag uns das Rechnungsergebnis 2009 noch nicht definitiv vor und deshalb ist es nicht dasselbe, wie Sie es inzwischen zur Kenntnis nehmen konnten.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Ulrich Witschi (BDP):** Mit der Bilanz der Legislaturplanung 2006 – 2009 haben wir ein Beispiel in der Hand, dass das Berichtswesen in der Gemeindeverwaltung grundsätzlich gut ausgebaut ist. Weil die BDP-Fraktion bei der Kenntnisnahme der Legislaturziele 2006 – 2009 noch nicht im Parlament vertreten war, verzichteten wir heute bewusst auf einen inhaltlichen Kommentar dazu. Wir möchten aber die Gelegenheit nützen, einige grundsätzliche Gedanken und Erwartungen an die neuen Ziele und an den nächsten Bericht zu formulieren. Erstens zur der Kenntnisnahme der neuen Ziele: Die neue Legislatur ist nun bereits fünf Monate alt und von den Zielen dieser Periode haben wir noch nichts gehört. Wir erwarten, dass die neuen Ziele so früh als möglich formuliert und kommuniziert werden. In der Regel werden solche Fragen in den ersten 100 Tagen der Legislatur erledigt.

Sinngemäss gilt dies auch für die Erstellung der Bilanz. Zweitens die Kommentare zur Zielerreichung im Controllingbericht: Hier erwarten wir in Zukunft etwas griffigere Aussagen. Allgemeinsätze oder generelle Formulierungen tragen wenig zum Verständnis der Sachlage bei, bzw. zum Verständnis weshalb die Zielerreichung wie dargestellt ausgefallen ist. Drittens waren wir etwas irritiert, als wir die beiden Dokumente "Bilanz Legislaturplanung 2006 – 2009" und "Controlling Legislaturplanung" verglichen haben. Sie beschreiben die gleiche Periode, aber die Gewichtung der Zielerreichung divergiert teilweise merklich. Klar ausgedrückt: Die Bilanz stellt die Situation wesentlich positiver dar. Hier erwarten wir, dass in Zukunft beide Dokumente ähnlich differenziert ausfallen werden.

Die BDP-Fraktion wird die vorliegende Bilanz zustimmend zur Kenntnis nehmen. Die neuen Ziele werden aber rasch erwartet. Die nächste Bilanz werden wir inhaltlich kritischer betrachten.

**Fraktionssprecher Mark Stucki (FDP):** Planung ist gut, Kontrolle ist alles. So könnte man sich verkürzt zu diesem Geschäft äussern. Der Gemeinderat kann sich noch so schöne, wichtige und gut tönende Legislaturziele setzen. Wenn er sie nicht umsetzt, bleiben sie Makulatur. Im vorliegenden Fall können wir dem Gemeinderat, letztlich aber auch dem Parlament, das vier Jahre lang mitgeholfen, hinterfragt und gestossen hat, eine gute Note ausstellen. Vor vier Jahren sind wir bei der Behandlung der Legislaturplanung nicht in allen Punkten einverstanden gewesen und haben sie teilweise zustimmend zur Kenntnis genommen. Unserer Fraktion erschienen die Gewichtungen vor allem in der Finanzpolitik nicht ganz richtig gesetzt. Auch in diversen anderen Geschäftsfeldern hätten wir gerne angepasste Zielsetzungen gehabt. Wir sind auch heute der Meinung, dass uns die vergangenen vier Jahre Recht gegeben haben. Das ist jedoch jetzt nicht Thema, denn es geht ausschliesslich um die Beurteilung der Zielerreichung der damals gewählten Ziele, ob richtig oder falsch. Die Zielerreichung ist weitgehend gut. Einige Verzögerungen, einige teilweise erreichten Ziele wie auch nicht erreichte Ziele sind vorhanden. Die dazu abgegebenen Erklärungen scheinen aber plausibel und sind in den meisten Fällen nachvollziehbar. Häufig haben externe Faktoren für die teilweise oder Nichterreichung der Ziele mitgespielt. Zugegebenerweise könnte bemängelt werden, dass Ziele vielleicht allzu ehrgeizig gesetzt worden sind. Mir persönlich sind aber ehrgeizige Ziele lieber als solche, bei denen von Anfang an klar ist, dass sie automatisch erreicht werden und damit reine Alibiziele sind. Bedauerlich finden wir aber, dass zentrale Zielsetzungen wie die Deblockierung von Arealen in Arbeitszonen oder eine Überbauungsordnung in einem Quartierzentrum leider nicht erreicht werden konnten. Dort erwarten wir für die Zukunft weiteres Engagement des Gemeinderats. Korrekt ist unserer Meinung nach hingegen, dass nicht realistische oder nicht durchführbare Ziele gestrichen werden. Es hat keinen Sinn, rein deklamatorische Ziele über Jahre vor sich hin zu stossen. Das ist als Aufforderung für die neue Legislaturplanung gedacht. Wir erwarten zwar ehrgeizige, aber immer auch realistische Ziele und keine politische Selbstdarstellung.

Die FDP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von der Bilanz der Legislaturplanung 2006 – 2009. Eine kritische Bemerkung haben wir zum Schluss: Wir haben uns ernsthaft gefragt, wozu die eher biedere und inhaltsleere Zusatzbroschüre gut sein soll, ausser dass mit deren Herstellung in der Verwaltung Zusatzaufwand generiert wird. Das ist mit Sicherheit kein Legislaturziel.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Vor vier Jahren hat sich der Gemeinderat ein modernes Instrument gegeben, mit Zielen, Massnahmen, Indikatoren, mit Zeitplan und jährlicher Berichterstattung. Nun liegt uns der Schlussbericht vor. Der Gemeinderat hat die Planung selber erstellt, selber kontrolliert und selber bewertet. Das ist eigentlich eher ein Autocontrolling. Wir Parlamentsmitglieder können zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend Kenntnis davon nehmen. Wer nun aber denkt, der Bericht sei geschönt, täuscht sich. Wir sind der Meinung, dass dies keine Selbstbeweihräucherung ist, sondern es wurde durchaus selbstkritisch und streng geurteilt. Drei Beispiele: Punkt 2.1.2 "Bestehende Unternehmen mit Erweiterungs- und Veränderungsbedürfnissen unterstützen": Ziel war die Schaffung von 400 Arbeitsplätzen, erreicht worden sind 2'500. Auch wenn dies nicht allein ein Verdienst des Gemeinderats ist, hätte er bei der Bewertung durchaus "Ziel übertroffen" eintragen können, was er nicht getan hat. Punkt 3.3.1 "Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Förderung der Integration": Erreicht worden ist neben der Schaffung der Rechtsgrundlage ein Integrationskonzept und die Schaffung der Fachstelle Integration. Auch hier wurde das Ziel übertroffen. Punkt 6.1.2 "MINERGIE-Standard im privaten Bauen fördern", Anteil MINERGIE an Energiebezugsfläche bei Neubauten. 40 Prozent (im Durchschnitt der Jahre 2007-2009): Dieses Ziel ist gestrichen worden, obwohl inhaltlich argumentiert werden könnte, dass infolge der Verschärfung der kantonalen Energievorschriften in dieser Periode heute alle Neubauten annähernd im MINERGIE-Standard realisiert werden müssen. Bei einigen Themen ist die Messlatte jedoch tief angesetzt worden.



Die Übertreffung solcher Ziele ist einfach, wie z. B. im Punkt 5.2.4 "Förderung Langsamverkehr" die Schaffung einer Begegnungszone. In Bezug auf den Langsamverkehr ist gemäss dem REK (Raumentwicklungskonzept) das langfristige Ziel, dass der Anteil Langsamverkehr im Zentrum von Köniz ein Drittel des Gesamtverkehrs beträgt. Hier erwarten wir für die nächste Legislaturplanung, dass die Ziele mit besseren Indikatoren höher gesteckt werden. Dasselbe zum Thema Energie. Köniz ist zu 90 Prozent von nicht erneuerbarer Energie abhängig. Auch hier erwarten wir ehrgeizige und griffige, aber erfüllbare Ziele.

Wieso hat der Gemeinderat so streng beurteilt? Insgesamt scheint uns Grünen die Legislaturbilanz gut bis sehr gut. In Köniz hat sich einiges bewegt. Die Bilanz kann sich sehen lassen und dafür bedanken wir uns beim "alten" Gemeinderat herzlich. Fällt die Bilanz so gut aus, muss die Selbsteinschätzung nicht geschönt werden. Wir sind gespannt auf die nächste Legislaturplanung. Auch wir erwarten, dass die teilweise und nicht erfüllten Ziele wieder aufgenommen werden und dass die Messlatte nicht zu tief angesetzt wird.

Wir nehmen zustimmend Kenntnis von der Legislaturplanung 2006 – 2009.

**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** Auch ich habe – wie Christoph Salzmann - gezählt und bin zum Schluss gekommen, dass rund die Hälfte der Ziele erreicht worden sind, dass knapp 30 Prozent verzögert oder teilweise erreicht worden sind, ein Sechstel nicht erreicht und die letzten 5 Prozent gestrichen worden sind. Wir müssen nicht beurteilen ob dies gut ist oder nicht. Dass aber das ganze Controlling so vorgenommen wird, ist in unseren Augen gut. Für die Zielsetzung in der laufenden Legislatur sind wir der Meinung, dass zwei Stufen geschafft werden sollten. Eine Stufe für die Zuhörer und eine Stufe für das Parlament. Für die Zuhörer könnten zwei Themen interessant sein: Die Finanzen und die Integration. Die Finanzen sind ein grosses Thema. Die Integration – nicht nur von Fremdsprachigen, sondern auch von Jungen, Älteren, von Freiwilligen, Kulturbewussten und Kulturbanausen, von MIV-Benutzern und von Sicherheitsgefühlreduzierern, usw. – ist ein wichtiges Thema. Das eine oder andere Ziel, das in der Legislatur 2006 – 2009 nicht oder nur teilweise erreicht worden ist, wie z. B. die Entwicklung von Quartierzentren oder des Schlossareals oder die Förderung von Nachhaltigem Bauen, müssen weiterhin Ziele sein, die es zu erreichen gilt.

**Fraktionssprecher Daniel Krebs (SVP):** Die SVP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von der Bilanz der Legislaturplanung 2006 – 2009. Im Jahr 2006 ist im Parlament bemängelt worden, dass die Ziele nicht klar formuliert sind. Wir sind heute der Auffassung, dass dies besser geworden ist. Im Controlling ist ersichtlich, dass die meisten Zielsetzungen erfüllt worden sind. Mit dem Zusatzbericht hinter jeder Ziffer ist ersichtlich, weshalb zum Teil sehr hoch gesteckte Ziele nicht erfüllt oder gestrichen worden sind. Auch wenn die Debatte hier Vergangenheitsbewältigung ist, möchten wir dem Gemeinderat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit während der letzten Legislatur danken.

**Fraktionssprecher Ruedi Lüthi (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von der Bilanz der Legislaturplanung 2006 – 2009. Wir bringen Anregungen für die Zukunft an, damit das Controllinginstrument transparenter wird. Wir haben nicht den Anspruch, dass alle gesteckten Ziele auch zu erreichen sind. Dort wo die Ziele nicht oder nur teilweise erreicht worden sind, soll in Prozenten klar ersichtlich sein, wie viel erreicht worden ist und welche Punkte nicht erreicht worden sind. Ersichtlich sollten auch die Massnahmen sein, die zur Zielerreichung eingesetzt werden sollen.

**Anna Mäder (SP):** Ich bringe zwei Bemerkungen im Blick auf die künftige Legislaturplanung an. Die eine zum Thema Mobilität, Punkt 5.2.2 "Sanierung Kirchstrasse, Abschnitt Unterführung BLS bis Einmündung Seftigenstrasse in Wabern": Die Sanierung lässt auf sich warten. Jahr für Jahr ist die Priorisierung zurückgestuft worden. Wenn in der Begründung zu lesen ist, dass personelle Engpässe sowie Projekte mit höherer Priorität zu Verzögerungen geführt haben, wird diese Botschaft in Wabern bei der Bevölkerung nicht verstanden. Auch finanzpolitisch ist solches Vorgehen nicht sinnvoll. Der Belag vor dem Wabernstock ist provisorisch saniert worden, was reine "Pflästerlipolitik" ist. Die tiefen Rinnen auf der Dorfstrasse bei der Einmündung in die Seftigenstrasse sind uns erhalten geblieben und es ist eine Frage der Zeit, bis der erste Velofahrende dort einen Unfall erleidet. Die Waberer Bevölkerung erwartet, dass die lang angekündigte Sanierung nun wirklich an die Hand genommen wird. Die zweite Bemerkung zum Punkt 8.2 "Ausgeglichene Vertretung beider Geschlechter in Kaderpositionen / Förderung von Teilzeitarbeit": Der Indikator war ein Verhältnis von 25 Prozent Frauen zu 75 Prozent Männer. Effektiv beträgt der Frauenanteil im Kader 20 Prozent. Ich bin der Meinung, das ist beschämend. Schon die Zielsetzung war nicht ambitiös und nicht einmal diese ist erreicht worden.

Das ist kein Ruhmesblatt für eine Gemeinde, die sich gerne als fortschrittlich und innovativ bezeichnet. Die Begründung, dass Kaderstellen in typischen Männerberufen zu besetzen gewesen sind, ist dünn. Zumal Gegenbeispiele vorhanden sind: Gerade kürzlich wurde die zurückgetretene Leiterin der Personalabteilung durch einen Mann ersetzt.

Ein letztes Wort zur Bilanz der Legislaturplanung 2006 – 2009: Wenn zu lesen ist, dass das Ziel, den Frauenanteil auf 25 Prozent zu erhöhen, als "nicht ganz erreicht" bezeichnet wird, ist – mit Verlaub gesagt – die Bilanz beschönigt.

**Ignaz Caminada (CVP):** Im Antrag des Gemeinderats steht: "Das Parlament nimmt Kenntnis von der Bilanz zur Legislaturplanung 2006 – 2009". Als Beilagen sind aufgeführt: Bilanz zur Legislaturplanung 2006 – 2009, Controlling Legislaturplanung, Legislaturplanung 2006 – 2009. Christoph Salzmann hat vorhin erklärt, dass das bebilderte Dokument – Bilanz Legislaturplanung 2006 – 2009 – nicht für die Parlamentsmitglieder ist. Wir sollen hier aber davon Kenntnis nehmen.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Obwohl wir hier verschiedene Unterlagen erhalten haben, müssen wir nur vom "Controlling Legislaturplanung 2006 – 2009" Kenntnis nehmen.

**Christoph Salzmann (SP):** Selbstverständlich ist in diesem Geschäft beides – das "Controlling Legislaturplanung 2006 – 2009" wie die "Bilanz Legislaturplanung 2006 – 2009" zu beurteilen. Die GPK-Mitglieder haben sich um die präzise Rechenschaftsablegung im Controlling bemüht und dazu Fragen gestellt. Im Controlling ist "Fleisch am Knochen". Der Bericht ist in unseren Augen ein PR-Instrument für den eiligen Leser, die eilige Leserin.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich danke für die insgesamt positive Beurteilung der Bilanz der Legislaturplanung 2006 - 2009. Die Legislaturziele sind kein Projekt des Gemeindepräsidenten, sondern ein Gemeinschaftswerk der gesamten Exekutive, das in einem sorgfältigen Prozess gemeinsam erarbeitet worden ist. Jedes Gemeinderatsmitglied hat mit dem betroffenen Personal in den Direktionen an der Umsetzung gearbeitet. Weil das vorliegende Geschäft nicht meines allein ist, möchte ich nicht in die Tiefe gehen und auf die Voten reagieren. Wir haben die Anregungen und Kritikpunkte gehört und werden sie bei der weiteren Erarbeitung der Legislaturziele 2010 – 2014 berücksichtigen.

Zu einigen Stichworten nehme ich Stellung. Die BDP-Fraktion wünscht, dass die Legislaturziele raschmöglichst vorliegen sollen. Wir werden uns bemühen, diesen Wunsch zu erfüllen und sind gegenwärtig auf einem guten Weg. Zum Sprecher der FDP-Fraktion: Ich nehme zur Kenntnis, dass wir uns intensiver für Deblockierungen ins Zeug legen sollten. Zur Deblockierung von nicht verfügbaren Arealen in der Arbeitszone, kann ich Folgendes festhalten: Das erste Areal im Buchseequartier, das der Burgergemeinde gehört, haben wir deblockiert und die Burgergemeinde hat positiv auf die Anregung reagiert, eine Nullenergiesiedlung zu realisieren. Anlässlich von Testgrabungen des Archäologischen Dienstes musste jedoch festgestellt werden, dass die römischen Ausgrabungen fast das ganze Areal betreffen. Die Kostenfolgen wären dermassen hoch, dass diese Deblockierung gescheitert ist. Das zweite Areal in der Juch/Hallmatt gehört der Migros und ist für uns eine unerfreuliche Situation. Wir haben in der vergangenen Legislatur mehrmals mit der Migros intensive Verhandlungen geführt. Die Migros hält aber daran fest, dass dieses Areal für sie eine strategische Reserve ist. Auf die Frage für welche Strategie, wird nicht näher eingegangen. Für die Deblockierung des dritten Areals, der "Meinen-Parzelle" im Wangental – best erschlossenes Industrieland – sind wir mit dem Besitzer in Verhandlungen getreten und haben eine gewisse Bewegung in die Preisvorstellungen gebracht, jedoch nicht so weit gehend, dass auf der anderen Seite ein Interessent zugesagt hat. Ich nehme die Kritik an der leicht lesbaren Fassung von der FDP-Fraktion und zum Teil von anderen Fraktionen, zur Kenntnis. Einerseits besteht ein Controlling-Bericht im Querformat, der für die Spezialberichterstattung an die Parlamentsmitglieder erarbeitet worden ist. Aufgrund des IAFP sind Sie geübt im Lesen solcher Tabellen. Wir waren aber der Meinung, wenn sich Externe für die Bilanz der Legislaturziele interessieren, ist das Lesen von Quertabellen eine Zumutung. Aus diesem Grund wurde die so genannt leicht lesbare Fassung erstellt, die offenbar nicht bei allen einen guten Eindruck hinterlässt. Wir nehmen das zur Kenntnis und werden Lösungen suchen.

Zu Anna Mäder in Bezug auf die Gleichstellung: Im Kaderbereich stehen wir nach der Legislatur 2006 – 2009 leicht besser da als noch vor vier Jahren. Wir sind aber nicht dort, wo wir hin wollten. Aus diesem Grund ist das Ziel als "nicht ganz erreicht" beurteilt worden. Der Gemeinderat geht bei jeder Stellenbesetzung – im Speziellen bei Kaderstellenbesetzungen – immer nach dem Grundsatz, dass die qualitativ beste Besetzung höher priorisiert wird als die Förderung der Frauen. Bei der von Anna Mäder bezeichneten Stelle habe ich nach intensiven Bemühungen Bilanz ziehen müssen, dass der nun angestellte Mann deutlich besser qualifiziert ist als die Frauen, die mit der Stellenausschreibung erreicht worden sind. Dies zu meinem grossen Bedauern. Ein Frauenanteil von 25 Prozent im Kader wäre gut, der Weg dazu ist aber steinig.

Die Erkenntnis des Gemeinderats ist folgende: Die vierjährige Legislatur hat einen Zusammenhang mit den Wahlen und ist an sich für gewisse Zielsetzungen zu kurz. Dessen muss man sich bewusst sein. Themen wie z. B. die Tramprojekte benötigen mehr Zeit wie auch Bauvorhaben, deren Realisierung sich infolge Einsparungen verzögern. Der Gemeinderat hat alle Pendenzen in die Erarbeitung der neuen Legislaturziele mitgenommen und wird sie berücksichtigen. Es ist eine Frage der Priorisierung, ob akribisch alles übrig Gebliebene wieder aufgenommen wird.

---

### **Beschluss**

Das Parlament nimmt zustimmend Kenntnis von der Bilanz zur Legislaturplanung 2006-2009. (abgegebene Stimmen: einstimmig)

---

### **6. 0935 Motion (FDP/jfk) "Ausgeglichenen Finanzhaushalt langfristig sichern"**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Mark Stucki (FDP):** Das Motto: "Die Lage ist kritisch aber nicht ernst", gilt in der Finanzpolitik allzu häufig. Man sieht zwar Schwierigkeiten voraus, schliesst aber lieber die Augen, macht business as usual und tanzt dazu den griechischen Finanzsirtaki. In Köniz darf es nicht so weit kommen. Letzten Herbst waren wir uns im Parlament fast alle einig, dass wir der Bevölkerung eine leichte Steuersenkung schuldig sind. Schon damals haben wir – aber auch der Gemeinderat – gewusst, dass diese Steuersenkung nicht zum Nulltarif zu haben ist. Schon gar nicht im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld. Vom Gemeinderat sind gemischte Signale ausgesandt worden. Man müsse schauen, wie die Zukunft angegangen werden soll, das habe aber noch Zeit, war der Grundtenor. Wir Liberalen sind dezidiert der Meinung, dass eine verantwortungsvolle Finanzpolitik nicht auf Zeit spielen darf. Wir Liberalen sind der Meinung, dass die frühzeitige Aufgabenüberprüfung eine eigentliche Daueraufgabe ist. Wir Liberalen sind überzeugt, dass wir nur so auch in Zukunft neue Bedürfnisse auffangen und politische und finanzielle Spielräume ausloten oder verhindern können, dass genau diese verloren gehen. Sonst, das zeigt das internationale Umfeld aktuell, werden wir brutal von den Ereignissen überholt und vor vollendete Tatsachen gestellt. Wer jetzt keine Massnahmen vorantreibt, betreibt nicht nur eine seltsame Finanzpolitik, sondern steckt den Kopf in den Sand. Erfreut haben wir feststellen können, dass auch der Gemeinderat einen grossen Teil dieser Überlegungen teilt. Er hat absolut Recht, wenn er die Finanzstrategie überprüfen will. Der Gemeinderat hat Recht, wenn er auch ertragsseitige Massnahmen in seine Beurteilungen einfließen lassen will. Er hat auch Recht, jedes Produkt im IAFP kritisch zu betrachten. Heute ist es aber wichtig, einen weiteren Schritt vorwärts zu gehen. Eine kohärente und umfassende Aufgabenüberprüfung und Verzichtsplanung muss erarbeitet und dem Parlament als entscheidungsreifes Entlastungspaket vorgelegt werden. Das soll und kann durchaus im Zusammenhang mit dem IAFP passieren. Gemäss der Fristigkeit wäre es in diesem oder im nächsten Jahr möglich. Damit ist gesagt, dass es hier nicht darum geht, ein reales Problem mit Berichten zuzudecken, sondern dass es um entscheidungsreife Massnahmen geht, genau so wie es in der formellen Überprüfung erklärt ist. Es geht um den verpflichtenden Auftrag einer Motion, um Beschlüsse in unserer Kompetenz und nicht um den frommen Wunsch nach einem Bericht.

Es ist nicht der Zeitpunkt, hier eine semantische Diskussion über Bericht oder Nichtbericht, über Verbindlichkeit oder Unverbindlichkeit zu führen. Heute müssen wir verbindlich sein. Wer dies nicht ist, ist finanzpolitisch nicht glaubhaft. Es ist notwendig und an der Zeit, dass eine systematische, gezielte und tiefgreifende Aufgabenüberprüfung unmittelbar an die Hand genommen wird, weil diese Zeit braucht. Es ist notwendig, dass konkrete Entlastungsmassnahmen evaluiert und dem Parlament als budgetverantwortliches Gremium in einem kohärenten Paket vorgelegt werden. Es ist notwendig, dass das Parlament finanzpolitische Verantwortung übernimmt und allenfalls auch schmerzhaftes Entscheide fällt.

Und ja, die Entscheide werden durchaus auch politisch und umstritten sein. Den Weg dorthin müssen wir aber gemeinsam gehen. Es ist nötig, dass der Gemeinderat die entsprechenden Massnahmen erarbeitet und vorschlägt. Wir haben nicht ewig Zeit und wir dürfen den Kopf nicht in den Sand stecken.

Ich bitte Sie dringend, im Interesse eines gesunden Haushalts und im Interesse von politischer Handlungsfähigkeit, die Motion zur Sicherung eines langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalts anzunehmen.

**Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP):** Das Thema "ausgeglichener Finanzhaushalt" hat mit dem Entscheid zur kantonalen Steuergesetzrevision und mit dem Rechnungsergebnis der Gemeinde Köniz 2009 leider an Brisanz gewonnen. Panikreaktionen sind sicher nicht gefragt, rasches Handeln aber ist erforderlich, damit wir nicht bald wieder in einen Bilanzfehlbetrag geraten. Aus der Sicht des Parlaments sind der IAFP und das Budget allein keine tauglichen Mittel. Dem Gemeinderat ist diese Situation sicher bewusst und er wird eine Aufgabenüberprüfung und strengere Budgetvorgaben vornehmen. Das Parlament kann aber, egal ob 2011 oder 2012, das Budget lediglich annehmen oder ablehnen, denn Änderungen in der Budgetdebatte sind bekanntlich kein taugliches Mittel. Als wichtigste Verbesserung für die Einbindung des Parlaments in diesen Prozess sehen wir die Bildung einer Finanzkommission. Damit diese bereits im Budgetprozess 2011 aktiv werden kann, muss sie nun sehr rasch eingesetzt werden können. Trotzdem ist die Forderung der Motion in den Augen der CVP/EVP/GLP-Fraktion durchaus berechtigt, sinnvoll, ja zielführend. Prioritäten bei Aufgaben und Ausgaben sind politisch heikel und gehören deshalb rechtzeitig ins Parlament. Erst recht wenn es darum geht, Verzichts- und Sparmöglichkeiten umzusetzen. Nur gemeinsam – Gemeinderat und Parlament – kann die aktuelle finanzielle Herausforderung gemeistert werden. Dazu benötigt das Parlament Informationen. Wir gehen mit dem Gemeinderat einig, dass die Einnahmenseite in all ihren Formen auch mitbetrachtet werden muss. Wir unterstützen den Vorstoss, sei es als Postulat oder als Motion.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Mir scheint, dass wir heute nur deshalb über die Traktanden 6 und 7 beraten müssen, weil jede der beiden bürgerlichen Parteien beweisen will, dass sie die bessere bürgerliche Partei ist. Die allgemeinen Teile der Vorstösse sind aus unserer Sicht selbstverständlich, dort aber wo es konkret wird, schiessen sie teilweise übers Ziel hinaus. Eine Aufgabenüberprüfung ist in unseren Augen wertvoll und muss grundsätzlich immer geschehen. Ein ausgeglichener Haushalt muss das Ziel sein und ist auch unseres. Das heisst aber nicht, dass jedes Jahr ein ausgeglichenes Budget vorliegen muss. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass antizyklisches Verhalten für die Volkswirtschaft gut ist. Defizite während einer Krise sind nicht falsch, aber in guten Zeiten müssen dafür Überschüsse erarbeitet werden. Das konnten wir in den letzten Jahren tun. Eine allzu restriktive Finanzpolitik ist schlecht für die Volkswirtschaft. Wie der Gemeinderat sagt, besteht der Haushalt aus Einnahmen und Ausgaben. Wer nur die Einnahmenseite betrachtet, ist auf diesem Auge blind. Die Krise wird die Gemeinde via die Steuern verspätet erreichen. Der ganz kritische Punkt ist in meinen Augen jedoch, dass die SVP und die FDP im Grossen Rat des Kantons Bern der Gemeinde Köniz einen zusätzlichen Steuerausfall von weiteren 4 bis 5 Millionen Franken eingebrockt haben. Wie dies ohne ein erneutes Defizit ausgeglichen werden soll, ist mir noch nicht klar. Die grosse Gefahr besteht hier, dass wir keine Investitionen mehr tätigen können. Kein Ausbau in die Verkehrsinfrastruktur heisst Stau. Keine Sanierung von Schulanlagen bedeutet, dass Renovations- und Energiekosten an zukünftige Generationen übertragen werden. In den nächsten Jahren können wir ein Stück weit vom dünnen Speck leben, den wir uns in den letzten Jahren angeeignet haben. Falls das Polster unter einen Steuerzehntel sinkt, ist für uns Grüne eine Steuererhöhung im Bereich des Möglichen. Wir stimmen grundsätzlich mit den Zielen der Motion überein. Eine Motion wäre jedoch in unseren Augen zu einschränkend. Die Grünen Köniz werden dem Vorstoss als Postulat zustimmen.

**Fraktionssprecher Hugo Staub (SP):** Die Aufgabenüberprüfung ist eine sinnvolle Sache, aber keine Heldentat, sondern eine Selbstverständlichkeit. Wir werden den Vorstoss als Postulat oder als Motion unterstützen, es geht hier um die Sache. Wir haben allerdings die Befürchtung, dass wir 90 Prozent der Antwort, die wir erhalten werden, bereits heute kennen. Jedenfalls rechnen wir damit, dass uns der Gemeinderat berichten wird, dass er die Ausgaben im Budgetprozess regelmässig überprüft und dass er im Budget alle vertretbaren Verzichtsmöglichkeiten bereits ausgeschöpft habe. Es wird eine Liste beigelegt sein, auf der ersichtlich sein wird, wo noch mehr eingespart werden könnte, was dann aber weh tut. Auf der Grundlage dieser Liste werden wir vortrefflich streiten können.

Alle werden sich in ihrer bisherigen Meinung bestätigt fühlen, dass nun endlich gespart werden soll oder dass der Gürtel nicht mehr enger geschnallt werden sollte, weil sonst die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen stark leidet. Wenigstens kann der Streit dann aber aufgrund von guten, sachlichen Grundlagen geführt werden und in diesem Sinn unterstützen wir die Aufgabenüberprüfung wie sie im Vorstoss verlangt wird.

**Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP):** Die SVP-Fraktion unterstützt den Vorstoss der FDP. Auch wir sehen, dass die Aufgabenüberprüfung dringend notwendig ist. Der Gemeinderat ist zurzeit sicher nicht untätig und arbeitet an der Aufgabenüberprüfung. Der Vorstoss ergänzt aber die Arbeit und bindet das Parlament damit frühzeitig mit ein. Es wäre in der Tat eine Aufgabe der Finanzkommission, diesen Prozess zu begleiten. Leider ist diese Kommission noch nicht vorhanden und die Grundlagen für deren Arbeit sind uns noch nicht bekannt. Ich glaube nicht, dass sie auf den Budgetprozess und den IAFP noch grossen Einfluss nehmen kann.

Wir unterstützen die FDP beim Festhalten an der Motion.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Wenn sich FDP-Vertreter zu Finanzvorlagen äussern, kommt in meinen Augen so etwas wie "Kasernenhofstimmung" auf. Es wird Klartext gesprochen und Handeln eingefordert. Ich persönlich bin strikter Gegner von so genannten Hauruckübungen, solches ist fehl am Platz. Ich bin der Meinung, dass Überreaktionen beim Aufgabenabbau nicht zielführend sind. Ich weiss nicht, an wen sich der Fraktionssprecher der FDP richtet, möglicherweise an die eigenen Leute. Ich persönlich bin überzeugt – und renommierte Bürgerliche bestätigen dies –, dass auch bei den Bürgerlichen nicht alle nur an Steuersenkungen denken. Einige Beispiele: Einige fordern zusätzliche Fussballfelder oder zusätzliche Ballsporthallen oder den Ausbau des Standortmarketings. In dem Sinn ist es für mich interessant, mit welcher Verve hier auf Aufgabenabbau und Einsparungen plädiert wird, wenn es um eine einzelne Finanzvorlage geht.

Es spielt keine Rolle, ob der Vorstoss als Motion oder als Postulat überwiesen wird, weil Sie das Geforderte voraussichtlich 2011 sowieso erhalten werden und es wird nicht nur eine ausgabenseitige Darstellung sein, sondern ein Mix aus ausgaben- und einnahmenseitigen Massnahmen. Die neu zu gründende Finanzkommission wird eine wichtige Rolle spielen, ob dies allerdings bereits für das nächste Budget der Fall sein wird, ist nicht sicher. Wir sind an den Arbeiten für die Bildung der Finanzkommission. Die Aufgabendiskussion wird erst 2011 für das Jahr 2012 möglich sein. Für das Budget 2011 arbeiten wir mit Sparaufgaben, die auf jede Direktion aufgeteilt werden. Es handelt sich um eine eigentliche Budgetierungsphase, deren Auslösung Sparvorgaben sind, währenddem wir Ihnen für das Budget 2012 im Sinn einer Aufgabenkritik und von Effizienzsteigerungen einen ausführlichen Bericht an die Finanzkommission unterbreiten werden. Dass die Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung eine ständige Aufgabe des Gemeinderats ist, ist eine Selbstverständlichkeit.

**Mark Stucki (FDP):** Als Nichtmilitärdienstleistender habe ich keine spezielle Affinität zu Kasernenhöfen. In der Begründung ist erwähnt, dass es nicht einfach um Abbau geht, sondern nicht zuletzt darum, finanzpolitischen Spielraum zu erhalten. Man muss die Möglichkeit haben, beispielsweise neue Aufgaben in der Zukunft finanzieren zu können. Ich bin selten so einig wie heute mit Hugo Staub: Es ist auch mir klar, dass wir die Finanzpolitik der Gemeinde Köniz nicht auf den Kopf stellen werden. Es geht nicht um 10 Prozent, sondern wenn es hoch kommt, um 12 oder auch nur um 8 Prozent. Der Bereich, auf den wir Einfluss nehmen können, ist jedoch gering. Gerade deshalb ist es äusserst wichtig, dass wir diesen Einfluss auch wirklich wahrnehmen.

---

### **Beschluss**

Die Motion wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: 25 dafür, 1 dagegen, 11 Enthaltungen)

---

## 7. 0936 Motion (SVP) "Finanzplanung"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Stefan Lehmann (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Motion. Wir sind in grossen Teilen mit der Antwort einverstanden. Die finanzpolitischen Ziele der letzten Legislatur, die wir tatsächlich erreicht haben, werden noch einmal aufgezählt. Das Eigenkapital konnte auf drei Steuerzehntel aufgestockt werden, was uns die Möglichkeit gab, den Steuerfuss um 0,5 Steuerzehntel zu senken. Auftrag erfüllt, kann man hier feststellen. Wir gehen mit dem Gemeinderat einig, dass die Ausgangslage für den Voranschlag 2011 sehr unsicher ist. Die Rechnung 2009 hat schlechter als budgetiert abgeschlossen. Dies nicht weil schlecht gewirtschaftet worden ist – im Gegenteil, die Kosten sind unter dem Voranschlag –, sondern weil bei den juristischen Personen ein Einbruch der Steuereinnahmen festgestellt werden musste. Das wird sich heute und morgen nicht ändern und wir tun gut daran, die Erträge der einigen wenigen juristischen Personen auch in Zukunft nicht zu hoch zu bewerten. Kurzfristig bleibt uns nichts anderes übrig als den Aufwand den möglichen Erträgen anzupassen. Was heisst ein ausgeglichenes Budget? Wenn der Gemeinderat einen Voranschlag mit 1 Million Franken Defizit vorlegen würde, könnten wir unter den gegebenen Umständen damit leben. Was ist aber, wenn Defizite von 5 oder 6 Millionen Franken entstehen? Wir kennen das Ergebnis der Rechnung 2010 noch nicht. Es kann durchaus sein, dass mit dem Voranschlag 2011 unser Eigenkapital bereits wieder aufgebraucht ist. All jene, die bereits eine Budgetdebatte erlebt haben, wissen, dass es fast unmöglich ist, Budgetkorrekturen im HRM-Budget anzubringen. Uns würde damit nur die Möglichkeit der Rückweisung bleiben. Wie ich schon zum Vorstoss der FDP gesagt habe, fehlen dem Parlament weiterhin die Mittel, im Vorfeld Einfluss zu nehmen. Die Finanzkommission ist noch nicht geboren und der Geburtstermin ist noch nicht bekannt. Es macht für uns keinen Sinn, Ziffer 1 der Motion in ein Postulat umzuwandeln. Die Gründe dafür habe ich zu erläutern versucht. Wir halten deshalb bei Ziffer 1 an der Motion fest und bei Ziffer 2 stimmen wir dem Antrag des Gemeinderats zu. Auch wenn wir heute vielleicht mit fliegenden Fahnen untergehen, haben wir zumindest versucht, einen Pflock für eine ausgeglichene Finanzpolitik einzuschlagen.

**Fraktionssprecher Ignaz Caminada (CVP):** Im Prinzip ist der erste Teil von Punkt 1 des Vorstosses unterstützungswürdig. Der Gemeinderat wird aufgefordert, einen ausgeglichenen Voranschlag 2011 vorzulegen. Wer will das nicht? Die Krux liegt aber, wie der Gemeinderat richtig formuliert hat, in der aktuellen Ungewissheit. Wird die kantonale Steuergesetzrevision angenommen, hat dies finanzielle Konsequenzen auch für die Einnahmen der Gemeinde Köniz. Diese Konsequenzen sind in Franken und Rappen nicht zu vernachlässigen. Im Weiteren ist die wirtschaftliche Lage nach wie vor ungewiss. Schwieriger wird es, wenn wir den zweiten Teil des ersten Punktes betrachten. Der CVP/EVP/GLP-Fraktion scheint es, als würde dort stehen: "Es muss gespart werden, koste es was es wolle." Würde z. B. die Steuergesetzrevision wirklich einen Steuerausfall von 5,6 Millionen Franken bewirken, müssen diese für ein ausgeglichenes Budget irgendwo eingespart werden. Das hätte einerseits zur Folge, dass die Investitionen auf ein absolutes Minimum reduziert werden müssten. In den nächsten Tagen, Monaten oder Jahren dürften keine neuen finanziellen Aufgaben übernommen werden. Ich erinnere an die noch bevorstehenden Traktanden. Andererseits könnten wir ein politisches Signal in die Waagschale werfen: Der Gemeinderat wird beauftragt, mit den öffentlichen Geldern sparsam umzugehen. Würden wir den vorliegenden Vorstoss nicht unterstützen, könnte der Gemeinderat den Spiess drehen und erklären, das Parlament will trotz der nicht rosigen Aussichten gar nicht sparen. Nichtsdestotrotz kommt die CVP/EVP/GLP-Fraktion zum Schluss, dass ein ausgeglichenes Budget für das Jahr 2011 nicht zwingend realistisch ist.

Wir werden den ersten Teil des Vorstosses als Postulat unterstützen.

Beim zweiten Teil des Vorstosses wird es noch einmal eine Stufe schwieriger. Was ist ein ausgeglichener Finanzplan? Heisst das, dass die Gemeinde bis 2014 immer drei Steuerzehntel Eigenkapital ausweisen muss? Das würde heissen, dass sämtliche Budgets von 2011 bis 2014 ausgeglichen sein müssen. Es dürfen weder Gewinn noch Defizite möglich sein. Heisst das, dass genau im Jahr 2014 das Eigenkapital aufgebraucht sein muss, damit das Ganze dann ausgeglichen ist? Sicher bestehen noch weitere Varianten. Da der Vorstosstext im zweiten Teil sehr vage formuliert ist, und alles oder nichts drin enthalten sein kann, würde sich die CVP/EVP/GLP-Fraktion am liebsten der Stimme enthalten. Wer weiss, vielleicht wird heute Abend das Rätsel des zweiten Teils nach den Beratungen noch gelöst. Das Votum von Stefan Lehmann hat mich noch nicht schlauer gemacht.

Bei der Diskussion um künftige Budgets und um den Finanzplan ist es uns wichtig, dass sich jedes Budget möglichst an der Realität orientiert und nicht mit Zahlenkosmetik verschönert wird, damit die politischen Akteure zufrieden sind; dass die Investitionen wie früher priorisiert werden und wir Parlamentsmitglieder den entsprechenden Spielraum haben; dass der Finanzplan der einzelnen Jahre auch Schwankungen enthalten kann und dass die Finanzkommission möglichst bald gebildet wird.

**Fraktionssprecher Mark Stucki (FDP):** Der Vorstoss der SVP-Fraktion zielt durchaus in eine ähnliche Richtung wie vorher unsere Forderung. Um die Stabilität der Gemeinde zu garantieren und die Steuersenkung zu konsolidieren, muss gehandelt werden und die Ziele müssen klar definiert sein. Wir brauchen langfristig einen ausgeglichenen Haushalt und das unterschreiben hier im Saal vermutlich alle. Eine Anpassung des Finanzplans ist notwendig, hier gehen wir mit dem Vorstoss und auch mit dem Gemeinderat absolut einig. Über den detaillierten Inhalt wird eine intensive politische Debatte geführt werden müssen. Ich verweise auf den vorhergehenden Vorstoss, Stichworte Aufgabenüberprüfung und allfällige Sparmassnahmen. Auch wenn der Grundsatz einer ausgeglichenen Haushaltsführung unbestritten ist, ist es wichtig, die Debatte darüber zu führen, wie man dorthin gelangt. Optionen und Alternativen sind zu prüfen und festzuhalten. Wir als Parlament sind für das Budget verantwortlich und stehen damit in der Pflicht, konsequente Entscheide zu fällen und die Probleme zu antizipieren.

Im ersten Teil des Vorstosses ist die Problematik eine etwas andere. Als Ziel wollen auch wir Liberalen sicher ein ausgeglichenes Budget 2011. Wir sind sofort bereit, Sparmassnahmen nach deren Prüfung mitzutragen. Dieses Ziel kann hier und heute postuliert werden und das ist richtig. Seitens des Gemeinderats muss alles daran gesetzt werden, sich daran zu orientieren. Wir kennen gleichzeitig aber die Realitäten. Gerade die Probleme der juristischen Personen werden für das Budget 2011 so richtig durchschlagen, sogar bei einer vorsichtigen Erholung der Wirtschaft. Der Budgetprozess ist gegenwärtig am Laufen. Jetzt ein ausgeglichenes Budget 2011 zu realisieren – das ist für mich im Selbstverständnis nicht eines mit 1 Million Franken Defizit, sondern ein ausgeglichenes – dürfte praktisch unmöglich sein. Entweder müssten brutale Einsparungen, die so kurzfristig politisch nicht breit abgestützt sind und deren Konsequenzen deshalb kaum abklärbar wären, mit dem Rasenmäher oder mit der Motorsäge gemacht werden. Oder es wird ein reines Papierbudget erstellt, dessen Nichteinhaltung von Anfang an klar ist. Oder eine dritte für uns aber nicht akzeptable Variante: Man setzt den Steuerfuss wieder hinauf.

Wir sind deshalb mit der Erheblicherklärung von Ziffer 1 als Postulat im Sinn einer Zielsetzung eines deutlichen politischen Fingerzeigs an den Gemeinderat einverstanden. Eine Überweisung als rechtsverbindliche Motion können wir in diesem Punkt nicht unterstützen, weil wir damit die Augen vor der Realität – ob sie uns gefällt oder nicht – schliessen würden. Diesen Realitäten müssen wir in die Augen schauen.

Im zweiten Punkt stimmen wir dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung als Motion zu.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Die Grünen Köniz sind wie der Gemeinderat für die Aufteilung der Motion in zwei Ziffern.

Ziffer 1 lehnen wir Grünen auch als Postulat ab. Mittelfristig sind auch wir dafür, dass der Finanzhaushalt ausgeglichen ist. Dass dies aber jedes Jahr der Fall sein muss, besonders im nächsten Jahr, ist in Krisenzeiten schlicht nicht richtig. Keynesianische Politik in einem gesunden Mass muss auch auf Gemeindeebene möglich sein. Kein Defizit zu keiner Zeit wäre Ultraliberalismus in Reinkultur und schädlich. Mich erstaunt etwas, dass die rechtskonservative SVP das heute so fordert.

Ziffer 2 des Vorstosses werden wir im Sinn einer Richtlinienmotion annehmen. Mittelfristig muss der Finanzhaushalt ausgeglichen sein. Wir lesen das relativ pragmatisch dahingehend, dass in den Jahren 2011 bis 2014 Eigenkapital zwischen 0 und 5 Steuerzehnteln vorhanden sein müssen. Die Formulierung ist in unseren Augen jedoch schwammig. Wir können Ziffer 2 trotzdem zustimmen. Die Aufgaben sind sicher zu überprüfen und trotzdem soll nicht auf Investitionen verzichtet werden. Hinter dem Ziel, einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu erreichen, wie es die SVP will, können wir stehen. Für uns kann das aber mittelfristig durch eine Steuererhöhung geschehen.

**Fraktionssprecher Hugo Staub (SP):** Schaut man in die finanzielle Zukunft, weiss man Vieles noch nicht. Bei der Senkung des Steuerfusses um 0,5 Steuerzehntel im letzten November war uns aber bekannt, dass sich das zu einem Teil mit Eigenmitteln finanzieren muss. Deshalb waren wir überrascht, dass im Vorstoss nur sechs Monate später verlangt wird, dass ein ausgeglichenes Budget 2011 vorliegen soll. Das ist in unseren Augen schon fast etwas tollkühn.

Die SP-Fraktion geht nicht davon aus, dass wir genug Spielraum dafür haben, die Ausgaben kurzfristig so stark zu senken wie die Einnahmen steuerseitig einbrechen könnten. Das ist für uns ein nicht erreichbares Ziel. Auch wir hätten gerne ein ausgeglichenes Budget vorliegen. Wir sind der Meinung, dass die erbrachten Leistungen der Gemeinde zum allergrössten Teil von der Bevölkerung sehr geschätzt werden. Ein kurzfristiger Kahlschlag, wie er für das Erreichen eines ausgeglichenen Budgets 2011 nötig wäre, ist nicht zu verantworten. Vor diesem Hintergrund können wir mit Ziffer 1 des Vorstosses nichts anfangen.

Zu Ziffer 2 ist mehrfach erwähnt worden, dass Schwierigkeiten bestehen, wie diese genau zu verstehen ist, auch bei uns. Mit viel Wohlwollen kann man jedoch in Ziffer 2 durchaus einen sinnvollen Auftrag sehen. Ich mache jedoch deutlich: Je verbindlicher etwas gefordert wird desto präziser muss es formuliert sein. Eine Motion sollte hier klarer besagen, was geleistet werden soll.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich bitte Sie, Ziffer 1 der Motion allerhöchstens als Postulat erheblich zu erklären. Das meine ich ernst. Wird Ziffer 1 als Motion überwiesen, ist sie für den Gemeinderat verbindlich. Wenn der SVP-Referent aber erklärt, es sei für ihn auch in Ordnung, wenn das Budget 2011 ein Defizit von 1 Million Franken ausweise, darf der Vorstoss nicht als Motion überwiesen werden. Wird Ziffer 1 des Vorstosses als Motion überwiesen, ist das für den Gemeinderat ein verbindlicher Auftrag. Da aber die Mehrheit des Parlaments der Meinung ist, dass die Forderung eines ausgeglichenen Budgets 2011 nicht realistisch ist und auch die SVP dies durchblicken lässt, darf Ziffer 1 des Vorstosses höchstens als Postulat überwiesen werden. Dies im Sinn von Mark Stucki als politisches Signal des Parlaments, dass die Zielformulierung eigentlich richtig ist. So leid es mir tut, die Forderung in Ziffer 1 ist unrealistisch. Zur Motion 0515 der FDP "Beeinflussbare und nichtbeeinflussbare finanzielle Verpflichtungen" hat der Gemeinderat ausgeführt, dass maximal 12 Prozent des Gesamtaufwandes von der Gemeinde kurzfristig, d. h. auf das nächste Budget hin beeinflussbar sind. Bei einem Umsatz von rund 200 Millionen Franken können im besten Fall 24 Millionen Franken kurzfristig beeinflusst werden. Darin sind teilweise Lohnkosten eingeschlossen. Im IAFP des letzten Jahres sind für 2011 in der optimistischen Variante 3,8 Millionen Franken aufgeführt. Inzwischen ist die Steuergesetzrevision des Kantons Bern überraschend deftig ausgefallen und hier kommen weitere 3 Millionen Franken Steuereinnahmenverluste hinzu. Das ergibt ein Defizit von rund 6,8 Millionen Franken, das es aufzufangen gilt, d. h. rund 30 Prozent von 24 Millionen Franken beeinflussbaren Mitteln. Die Sparmassnahmen für ein ausgeglichenes Budget werden in diesem Fall drakonisch sein. Ich gebe einige Beispiele ohne Anspruch auf Vollständigkeit ab: Die Parlamentssitzungen können nicht mehr im Rossstall stattfinden, denn die Miete für die Aula im Hessgutschulhaus ist billiger. Der Parlamentsausflug wird gestrichen. Die Arbeiten für die Realisierung der Ballsporthalle Weissenstein müssen sofort eingestellt werden. Die Ehrung von verdienten Sportlern und Sportfunktionären wird gestrichen. Der Wirtschaftsapéro wird gestrichen. Das Standortmarketing wird wieder abgebaut. Die Energieberatung ist eine freiwillige Aufgabe, die wir uns nicht mehr leisten können. Zukünftige Investitionen in die Infrastruktur – in Schulen und Strassen – müssen blitzartig gestoppt werden. Etc, etc.

Ich bitte Sie, Ziffer 1 des Vorstosses nicht als Motion zu überweisen.

Ziffer 2 kann als Motion erheblich erklärt werden, wie vom Gemeinderat beantragt. Aus der Analyse der Gemeindeschreiberin kann entnommen werden, dass Ziffer 2 eine Richtlinienmotion wäre, d. h. eine wichtige Guideline für uns. Der Finanzplan wird formell durch den Gemeinderat erstellt und verabschiedet. Vom Parlament wird er zur Kenntnis genommen.

Ich bitte Sie, Ziffer 1 der Motion entweder abzulehnen oder als Postulat erheblich zu erklären. Da die SVP nicht in ein Postulat umwandeln will, können Sie dies aber nicht. Ich bitte Sie deshalb um Rückweisung. Vielleicht habe ich den Sprecher der SVP falsch verstanden und er hat Ziffer 1 mit Ziffer 2 verwechselt.

**Stefan Lehmann (SVP):** Nachdem nun der Hagel der Kritik über uns hernieder geprasselt ist, schwenken wir ein und bitten Sie, Ziffer 1 als Postulat erheblich zu erklären.

**Ignaz Caminada (CVP):** Die Diskussion ist nun so ausgefallen wie ich vermutet habe. Wir werden Ziffer 2 als Richtlinienmotion zustimmen. Ich weiss zwar nicht genau weshalb, aber wir tun es.

---

## Beschluss

Ziffer 1 der Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: 22 für Annahme, 11 dagegen, 4 Enthaltungen)

---



---

**Beschluss**

Ziffer 2 der Motion wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: 22 für Annahme, 10 dagegen, 5 Enthaltungen)

---

**8. 0522 Postulat (überparteilich) "Belebung des Kultur- und Begegnungszentrums in Köniz"**

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Liz Fischli (Grüne):** Die Grünen Köniz stimmen der Abschreibung des Postulats zu. Wir sind der Meinung, dass eine Aufrechterhaltung die weiteren Arbeiten nicht beschleunigen wird. Seit der Einreichung des Postulats sind vielfältige Arbeiten im Sinn des Postulats vorangekommen. Wir danken dem Gemeinderat und den Mitarbeitenden in der Verwaltung für das hohe Engagement. Dahinter steckt sehr viel Arbeit. Einige Ziele sind erreicht worden, andere teilweise. Die grossen finanziell aufwändigen Projekte wie z. B. die Pfrundschüür, stehen heute vor einer eigentlichen finanziellen Bewährungsprobe. Leider hat sich das Parlament aber auch selber mit der Nichtvornahme der Einlage von 1 Million Franken in die Spezialfinanzierung, die durch die Steuereinnahmen als Folge eines Lottogewinns generiert werden konnte, einen grossen Bremsklotz gesetzt. Für die weiteren Entwicklungsschritte ist es in unseren Augen ganz wichtig, dass trotz der erschwerten finanziellen Rahmenbedingungen unbedingt das angestrebte Gleichgewicht zwischen kommerzieller und nicht kommerzieller Nutzung erhalten bleibt und erreicht wird, damit das Schlossareal auch in Zukunft ein Ort von Begegnung und Kultur bleibt. Das soll es gemäss Postulat, gemäss Konzept und gemäss Businessplan sein. Das Nutzungskonzept ist in der Mitwirkung auch breit unterstrichen worden. Ich wage sogar zu behaupten, dass die Zukunft des Schlossareals mit diesem Gleichgewicht steht oder fällt und dass die Nutzungsplanänderung ohne das gesicherte Gleichgewicht keine Chance hat. Darin besteht wohl eine zweite, mehr ideelle Bewährungsprobe. Auch diese muss noch bestanden werden. Selbst wenn der Preis der ist, dass nicht alle Projekte so schnell oder so umfassend wie gewünscht oder nur etappenweise verwirklicht werden können. Zuletzt möchte ich zwei Sache betonen: Bei den weiteren Entwicklungsschritten muss ebenso darauf geachtet werden, dass den Anlässen für Kultur und Begegnung dasselbe Gewicht beigemessen wird. Auch das ist in der Mitwirkung deutlich unterstrichen worden. Begegnungen werden heute mit verschiedenen Anlässen erfolgreich gefördert, auch wenn die Kultur leicht im Vordergrund gestanden hat. Weshalb weise ich darauf hin? Weil auch hier vielleicht aus finanziellen Gründen ein unerwünschter Druck auf die unter Umständen weniger einträglichen Begegnungen entstehen könnte. Dem Druck darf im Sinn der übergeordneten ideellen Konzeption nicht nachgegeben werden. Zuallerletzt komme ich auf die so genannt soziokulturellen Projekte zu sprechen, weil sie in der Postulatsantwort nur beiläufig erwähnt werden. Auch sie sollen entsprechend dem Leitsatz 2 im Kulturkonzept im Rahmen von Kultur und Begegnungen ihren festen Platz erhalten. Dies als aktiver Beitrag zur Förderung der Integration der verschiedenen Kulturen in Köniz, z. B. auch Generationenkulturen.

**Fraktionssprecherin Elisabeth Rügsegger (SVP):** Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht. Er zeigt, wie in eigentlich kurzer Zeit auf dem Schlossareal viel von dem im Postulat Geforderten zustande gekommen ist. Vorab der gelungene Ausbau des Rossstalls, dann die Einquartierung des Schulmuseums, die Ausstellungsräume in Verbindung mit dem Trauzimmer und das Restaurant "Zum Schloss" im Haberhuus. Dadurch sind eine breite Palette von Anlässen für jede Altersstufe und jeden Geschmack möglich geworden. Nun sind wir gespannt, wie es nach der Änderung der baurechtlichen Grundordnung weitergeht. Wir sind der Meinung, das Postulat ist so gut wie möglich erfüllt und stimmen der Abschreibung einstimmig zu.

**Fraktionssprecherin Anna Mäder (SP):** Ich kann es vorneweg nehmen, die SP Fraktion ist mit der Abschreibung des Postulates einverstanden.

Dies bedeutet aber nicht, dass wir der Meinung sind, dass sich die Gemeinde auf die Schulter klopfen und stolz sagen kann, die Ziele des Postulats sind erreicht. Wir sind mit der Abschreibung einverstanden, weil wir der Meinung sind, dass es keinen Sinn macht, das Postulat Jahr für Jahr weiter zu schleppen und praktisch identische Berichte von der Verwaltung zu bekommen, welche nicht wirklich weiterführen. Ganz allgemein gesagt, fehlt mir nach wie vor die zündende Idee für das Schlossareal.

Es wird immer noch Pflasterlipoltik betrieben und der einzige gemeinsame Nenner der Politik ist, ja nicht zu viel Geld auszugeben. Betrachtet man die im Postulat geforderten Punkte im Einzelnen, ist festzustellen, dass gewisse Forderungen tatsächlich verwirklicht worden sind. Ja, ein Kulturkonzept ist erstellt worden, aber in Bezug auf die künftige Entwicklung des Schlossareals hat es nicht wirklich weitergeholfen. Ja, der Ideenwettbewerb ist durchgeführt worden, aber der grosse Wurf ist dort nicht passiert. Ja, das Kinderbuchfestival konnte sich etablieren und darauf dürfen wir stolz sein. Dass der Rossstall heute saniert und für kulturelle Zwecke genutzt werden kann, ist sicher ein Glücksfall. Das ist in erster Linie aber privaten Investoren zu verdanken und nicht den Bemühungen der Gemeinde. Geschaffen hat die Gemeinde in den letzten Jahren das Trauzimmer im Chornhuus und das Schulmuseum im Haberhuus. Das ist sicher schön und nett, kaum aber der grosse Wurf. Geschaffen worden ist zudem ein funktionierender Gastrobetrieb. Es ist zu wünschen, dass er überlebt. Ich teile die Auffassung des Gemeinderats, dass es momentan keinen Sinn macht, eine ständige Kulturkommission zu schaffen. Es macht Sinn, dass der VKSK für die Veranstaltungen auf dem Schlossareal zuständig ist. Er bildet die vom Postulat geforderte zentrale Anlaufstelle. Zu wünschen ist in dem Zusammenhang, dass der Vertrag mit dem VKSK nun endlich für eine längere Periode abgeschlossen werden kann. Nachdem der neue Leistungsvertrag nun endlich vorliegt, sollte dies möglich sein. Der Verein soll für eine künftige Zusammenarbeit eine verlässliche Basis haben.

Definitiv nicht erreicht worden ist die vom Postulat geforderte Entwicklung eines Kultur- und Begegnungszentrums, eines Kulturzentrums mit regionaler Ausstrahlung und die Entwicklung des unrenovierten Teils des Schlossareals, insbesondere der Pfrundschür. Hier sind wir genau so weit wie vor vier Jahren bei der Einreichung des Postulats. Ich beschränke mich hier darauf festzuhalten, dass nach wie vor die zündende Idee für das Areal fehlt. Es erstaunt nicht, dass bei dieser Ausgangslage die notwendigen Investoren nicht gefunden werden konnten. Man kann nicht Investoren für etwas suchen, das noch nicht definiert ist. Für mich stimmt in dieser Beziehung die Reihenfolge des Vorgehens nicht. Klar nicht erreicht ist die von den Postulanten geforderte Belegung des Schlosshofs in den abendlichen Stunden. Hier ist noch viel zu wenig gemacht worden und in diesem Bereich ist ein riesiges Potenzial zu erschliessen. Nicht vergessen dürfen wir, dass der Gemeinderat seinerseits beim Erwerb des Schlossareals versprochen hat, einen Begegnungsort für Bürgerinnen und Bürger von Köniz zu schaffen. An dieses Versprechen hat sich der Gemeinderat zu halten und daran ist er zu messen. Wir sind mit der Abschreibung des Postulats zwar einverstanden, werden aber die Entwicklung im Schlossareal im Auge behalten und den Gemeinderat an die abgegebenen Versprechen erinnern.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Im Parlament sind verschiedene Wertungen darüber vorhanden, ob viel oder wenig erreicht worden ist. Ich greife nicht in diese Diskussion ein. Für den Gemeinderat ist klar, dass im Schlossareal weiteres Entwicklungspotenzial da ist, das es zu nutzen gilt. Konkrete Nutzungsideen waren vorhanden, die mit entsprechenden Studien und Abklärungen unterlegt worden sind. Es ist aber auch Tatsache, dass jene Investoren, die bis anhin für diese Nutzungsidee kontaktiert worden sind, noch nicht angebissen haben. Es ist auch richtig, dass für das Gästehaus eine kontroverse Beurteilung aus der Mitwirkung entstanden ist. Wir bleiben dran und wir sind hellhörig bei allen Signalen, die wir vom Parlament erhalten.

---

### **Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

### **9. 0729 Postulat (SP) "Energiepionierin Köniz: eine Bauzone für ökologische Bauten!"** Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Planung und Verkehr

**Christian Roth (SP):** Ich habe ein lachendes und ein weinendes Auge. Zuerst das Weinende: Die Begründung ist dieselbe wie vor zwei Jahren. Die entsprechenden Vorschriften auf kantonaler Ebene sind nicht vorhanden. Das Anliegen droht auf die lange Bank geschoben zu werden. Das lachende Auge: Das Thema bleibt aktuell. Wir müssen uns den Handlungsspielraum bewahren und der Gemeinderat ist in dem Sinn dazu bereit. Das bestätigt er mit dem Antrag auf Verlängerung der Erfüllungsfrist.

Ich rufe die Mehrheit des Gemeinderats auf, sich auf kantonaler Ebene im Grossrat dafür einzusetzen, dass die entsprechenden Massnahmen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit wir auf Gemeindeebene die Möglichkeiten nutzen können.  
Ich bitte Sie, der Verlängerung der Erfüllungsfrist zuzustimmen.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Erinnern Sie sich noch an Traktandum 7 anlässlich der letzten Sitzung "0720 Postulat (SP) "Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Patchwork-Angebot an familienexterner Kinderbetreuung zu einem Ganzen zusammenfügen!""? Dort haben wir über eine Verlängerung von zwei Jahren beraten. Die Begründung war, dass Studien beigezogen werden sollen, die aber erst in drei Jahren vorliegen. Heute geht der Gemeinderat noch einen Schritt weiter. Er beantragt eine Verlängerung für einen Vorstoss, der nicht erfüllt werden kann. Unabhängig vom Inhalt sind wir der Ansicht, dass der Antrag wenig sinnvoll ist. Wir sind der Ansicht, und hätten gerne den Antrag gestellt, dass das Postulat abzuschreiben ist. Das ist uns aber nicht möglich. Die FDP-Fraktion wird der Verlängerung der Erfüllungsfrist nicht zustimmen. Wir schlagen vor, dass ein neuer Vorstoss eingereicht werden soll, sobald die kantonale Gesetzgebung vorliegt.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Das kantonale Energiegesetz ist am 17. März 2010 verabschiedet worden, die Referendumsfrist läuft noch bis 15. Juli 2010. Gemäss diesem neuen Gesetz werden die Gemeinden im Rahmen des in Erarbeitung stehenden Energierichtplans mehr Spielraum erhalten. Die Gemeinden können für Neubauten und für Umbauten bestimmte Energieträger vorschreiben. Die Gemeinden können bei Neubauten und Erweiterungen den Anteil an nicht erneuerbarer Energie beschränken, im Prinzip bis auf Null. Gegen das neue Energiegesetz wird ein Volksvorschlag eingereicht. Heute ist aber bereits bekannt, dass die von mir genannten Bestimmungen vom Volksvorschlag nicht betroffen sind, sie werden in Kraft treten. Mit dem neuen Energiegesetz können die Postulatsforderungen umgesetzt werden.

**Christian Roth (SP):** Ich danke Hansueli Pestalozzi für seine Hinweise. Für mich ist nicht ganz stichhaltig, weshalb die Erfüllungsfrist nicht verlängert werden soll, wenn das Anliegen nach wie vor in die richtige Richtung zielt. Der Gemeinderat soll diesen Auftrag erneut erhalten, insbesondere unter Berücksichtigung dessen, was auf kantonaler Ebene läuft. In einem Jahr wissen wir wahrscheinlich schon, was Sache ist. Ich bitte Sie, der Verlängerung der Erfüllungsfrist zuzustimmen, damit das Thema am "Kochen bleibt".

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Das von Hansueli Pestalozzi Gesagte stimmt und diese Bestimmungen können in die Ortsplanrevision aufgenommen werden. Deshalb ist eine Verlängerung der Erfüllungsfrist sinnvoll.

---

### Beschluss

Die Erfüllungsfrist wird bis zum 04.05.2012 verlängert.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

### 10. 0806 Postulat(SP) "Belagswerk sofort sanieren oder sonst stilllegen!"

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

**Martin Graber (SP):** "Was lange währt, wird endlich gut" oder zumindest besser. Der vorliegende Vorstoss ist in einer langen Reihe entstanden. Die Überbauungsordnung "Kiesabbau Wangental" – das entsprechende Bundesgerichtsurteil ist 2004 gefällt worden – machte dem Belagswerk die Auflage, das Werk innert drei Jahren, d. h. bis am 1. Oktober 2007, einzuhausen. Im Wangental hat sich aber – ausser viel Gestank – lange nichts getan. Die SP-Fraktion hat im Parlament immer wieder mit Vorstössen Druck gemacht: Am 23. Oktober 2006 mit der Interpellation 0623 "Teeraufbereitung im Wangental – Salamitaktik, die zum Himmel stinkt". Ein Votant aus dem Wangental sagte, dass es nicht nur bis zum Himmel stinkt, sondern sogar bis nach Köniz. Im Februar 2007 mit der Interpellation "Vertrauen ist gut – unangemeldeten Kontrollen aber sind viel besser". Am 18. Juni 2007 mit dem Postulat 0713 "Immissionsmessungen beim Belagswerk Weibel in Oberwangen". Der Druck musste erhöht werden, weil immer noch nichts geschehen ist. Ein Baugesuch wurde eingereicht, mit dem der Weibel AG weiterhin das Heizen mit Schweröl erlaubt bleibt.

Glücklicherweise haben mehrere Gruppierungen und Privatpersonen Einspruch eingereicht – unter anderem auch die SP – und heute heizt das Werk mit Heizöl extraleicht. Die Baubewilligung für die Einhausung des Werks ist erteilt worden, die Firma Weibel AG hat jedoch Rekurs gegen die eigene Baubewilligung eingereicht. Es machte den Anschein als wolle die Weibel AG gar nicht sanieren. In diesem Zusammenhang ist das vorliegende Postulat eingereicht worden.

In der Parlamentsdebatte zu diesem dringlichen Postulat hat Markus Bont treffend Kurt Tucholsky zitiert: "Worte und Taten, das ist so hienieden, sind manchmal verschieden." Im Fall der Weibel AG war das in dieser unendlichen Geschichte nicht nur manchmal so, sondern meistens. Die Situation rund um das Belagswerk im Wangental hat sich nun endlich verbessert. Wir sind froh, auch wenn die Weibel AG immer noch kein Parfüm produziert. Immer wieder kommt es im Wangental nach wie vor zu übelsten Gerüchen und wir erwarten von der Gemeinde, dass, wie im Bericht angekündigt, unangemeldete Emissionskontrollen vorgenommen werden.

Wir stimmen der Abschreibung zu.

**Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP):** Die BDP-Fraktion und insbesondere deren beiden Vertreter aus dem Wangental sind direkt Betroffene. Es war eine wirklich leidige Geschichte. Wir unterstützen die Abschreibung und möchten zugleich dafür eintreten, dass die Emissionsmessungen wirklich durchgeführt werden. In unserer Nachbarschaft sind sehr viele Personen der Meinung, dass im Wangental alles erlaubt ist. Vor uns ist die Ortsplanungsrevision und wir müssen uns Gedanken darüber machen, wo Gewerbe und Industrie angesiedelt werden soll. Es ist sicher angebracht, dass insbesondere hier korrekt vorgegangen wird und die Vorschriften in Bezug auf Lärm und Emissionen eingehalten und diese auch kontrolliert werden.

Wir stimmen der Abschreibung zu.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne):** Die Grünen Köniz werden der Abschreibung zustimmen. Soweit ich die Geschichte miterlebt habe, hatte ich das Gefühl, dass der Gemeinderat wirklich dort Pflöcke eingeschlagen hat, als es darum ging, dass sich der Betrieb nicht rechtskonform verhalten hat. Schlussendlich ist es zu einem wirklich guten und wichtigen Abschluss gekommen. Dass weiterhin Emissionsmessungen vorgenommen werden sollen, ist für uns klar.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** In der letzten Legislatur hatte ich den Eindruck, dass für die Sanierung des Belagswerks vor allem von der Seite des Gemeinderats der Druck massiv erhöht worden ist. Dadurch, dass Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP) für die Planung verantwortlich war, Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP) für die Sicherheit und die Bewilligungen und ich für die Umwelt, und wir ein koordiniertes Vorgehen gewählt haben, konnten wir zusammen versuchen, den Druck zu erhöhen. Dadurch – so habe ich den Eindruck – ist die Sanierung endlich vollbracht. Es war nicht nur eine Sanierung der bestehenden Anlage, sondern die Weibel AG hat neu gebaut. Sie hat die neueste Generation einer Anlage eines bekannten Schweizer Herstellers gekauft. Für diese Anlage wäre das Heizen mit Schweröl gar nicht mehr möglich gewesen und damit kein Thema mehr. Die neue Anlage ist im letzten Herbst eingeweiht worden. Mit der Baubewilligung ist verfügt worden, dass Abnahmemessungen vorgenommen werden müssen, wenn die Anlage in Betrieb ist. Diese Abnahmemessungen sind kein "nice to have", sondern ein "must". Weil die Anlage erst im Spätherbst 2009 in Betrieb genommen worden ist, war klar, dass die Abnahmemessungen erst nach einer bestimmten Zeit mit Vollastbetrieb, d. h. im Frühsommer 2010 vorgenommen werden können. Wir sind nun am Messprogramm. Bis anhin ist die Asphaltproduktion nicht richtig angelaufen. Der April war zu kalt und der Mai ist bis anhin viel zu nass. Bisher war kein länger dauernder Vollastbetrieb möglich. Das Messprogramm ist anfangs Mai mit dem beco (Volkswirtschaftsdirektion) besprochen worden, vor allem das etwas komplexere Lärmmessprogramm. Anfangs Juni wird das Messprogramm mit der Firma Weibel AG besprochen. Ende Juni wird der Auftrag für die Luftmessungen inklusive Gerüche und für die Lärmmessungen erteilt. Im Juli und im August erwarten wir, dass die Anlage über längere Zeit unter Vollast läuft und gute Messungen gemacht werden können. Ende August sollten erste Resultate vorliegen und ich könnte an der Parlamentssitzung im September Genaueres berichten.

Bisher haben wir seit dem neuen Betrieb der Anlage in der Verwaltung erstaunlicherweise keine Reklamationen mehr erhalten. Es handelt sich um ein Asphalt-Produktionswerk und dort wird keine Bergluft produziert. Trotz der Einhausung können Emissionen entstehen, sobald ein Tor geöffnet werden muss. Die bis anhin fehlenden Reaktionen zeigen, dass sich die Situation verbessert hat. Wir sind zuversichtlich, dass dieser Eindruck durch die Messresultate bestätigt wird.

Ich bitte Sie, der Abschreibung zuzustimmen.

---

**Beschluss**

Das Postulat wird als erfüllt beschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

**11. 0937 Motion (SP, EVP, Grüne, SVP) "Ein 'Haus der Musik' für die Gemeinde Köniz"**  
Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**Anna Mäder (SP):** Ich danke dem Gemeinderat, dass er bereit ist, den Vorstoss als Postulat erheblich zu erklären. Ich stimme – wenn auch zähneknirschend – der Umwandlung zu. Ich bin der Meinung, dass es dem Gemeinderat bisher nicht gelungen ist, die zündende Idee für die Belegung des Schlossareals zu finden. Liest man die Antwort zum Vorstoss, wird klar, dass man sich momentan auf die Idee konzentriert, das Gästehaus in der Pfrundschiür zu platzieren. Von dieser Idee erkläre ich mich gar nicht begeistert. Einverstanden bin ich mit dem Gemeinderat, dass auf dem Areal kommerzielle und kulturelle Nutzungen nebeneinander möglich sein müssen. Wenn aber die kommerzielle Nutzung dazu führt, dass die kulturelle in den Hintergrund gedrängt wird, bin ich nicht mehr damit einverstanden. Man muss sich Folgendes bewusst machen: Wird – wie in der Antwort angetönt – in der Pfrundschiür ein Gästehaus eingerichtet, kann die gewünschte Belegung des Schlossareals vergessen und abgeschlossen werden. Mit dem Gästehaus werden auswärtige Geschäftsleute in den Schlosshof geholt, die arbeiten wollen. Das verträgt sich schlecht mit kulturellen und soziokulturellen Aktivitäten, die durchaus auch Lärm machen können. Das Schlossareal würde mit dem Gästehaus im zentralen Bereich des Areals bestenfalls den Charakter eines ruhigen Kongresszentrums erhalten, das vor allem durch Auswärtige genutzt würde – wenn es denn überhaupt läuft. Bei schlechter Belegung würde das Areal aussterben und tagsüber leer sein. Das ist genau das Gegenteil von dem, was der Gemeinderat der Stimmbevölkerung beim Erwerb des Areals versprochen hat. Ich will damit nicht sagen, dass ein Gästehaus per se eine schlechte Idee ist. Das Gästehaus gehört aber nicht ins Herz des Schlossareals, das unbestrittenermassen belebt werden und nicht noch mehr aussterben soll. Ein Gästehaus ist nicht die zündende Idee, mit der die Belegung des Schlossareals vorangetrieben werden kann. Zutreffend wird in der Antwort des Gemeinderats der Raumbedarf der Musikschule festgehalten. Anzumerken ist, dass mit dem Umzug des Parlaments in die Räumlichkeiten des Rossstalls einzig der Aufwand für die Singschule, wie für den Musikunterricht an der Schule, reduziert werden konnte. Das eigentliche Problem ist damit aber ganz und gar nicht gelöst. Es geht um fehlende Räume für Gruppenunterricht, für Bands und um fehlende Schulräume für Schlagzeug- und Blasinstrumentunterricht. Aber, und das ist wichtig, es geht nicht nur um Räume für die Musikschule. Es geht auch um die Raumbedürfnisse der verschiedenen Musikvereine. Der Dachstock des Zingghauses kann keine dauerhafte Lösung für das Jugendorchester sein und die Jugendmusik hat Bedarf nach geeigneten Proberäumen und all die verschiedenen Bands in der Gemeinde Köniz haben Raumbedarf. Dieser Bedarf könnte mit dem "Haus der Musik" gedeckt werden. Es wäre damit möglich, Raum für das musizierende Köniz zu schaffen. Ich stimme mit dem Gemeinderat überein, wenn er in der Antwort ausführt, dass die Gemeinde mit dem "Haus der Musik" zusätzliche Ausstrahlung gewinnen könnte. Ich danke dem Gemeinderat an dieser Stelle im Namen des Vorstands der Musikschule Köniz für die Wertschätzung, die er mit seinen Ausführungen gegenüber der Musikschule zum Ausdruck bringt. Ich danke dem Gemeinderat auch, wenn er ausführt, dass er das Ziel der Motion grundsätzlich unterstützen will und unsere Analyse in Bezug auf die fehlenden Raumressourcen für richtig befindet. Ich bin mit dem Gemeinderat einverstanden, wenn mit den verschiedenen Akteuren der Musikszene eruiert wird, wo die Bedürfnisse genau liegen. Einverstanden bin ich auch damit, dass ein Mix zwischen Kultur und Kommerz gefunden werden muss. Das ist sicher der richtige Weg. Ich bin aber darüber enttäuscht, dass mit der Idee "Haus der Musik" nicht mehr passiert. Ich bin davon überzeugt, dass dies durchaus die zündende Idee sein könnte, die bis anhin in der Schlossplanung gefehlt hat und mit der die bisher fehlenden Sponsoren gefunden werden könnten. Das scheint mir, ist in der Antwort des Gemeinderats nicht einmal im Ansatz angedacht worden. Mir ist auch klar, dass die Gemeinde nicht einfach 8 bis 10 Millionen Franken – wenn es denn wirklich so viel ist – aus dem Hut zaubern und das "Haus der Musik" aus eigener Kraft bauen kann. Mit einer Idee, mit einem Konzept sollte es jedoch möglich sein, potente Sponsoren zu finden. Das sollte mit dieser Idee versucht werden und nicht die ganze Energie in eine Machbarkeitsstudie für ein Gästehaus investieren, das den Bürgerinnen und Bürgern von Köniz herzlich wenig bringt.

Der Motionstext ist bewusst offen formuliert. Ein "Haus der Musik" muss nicht zwingend bedeuten, dass dieses ausschliesslich für die Musik genützt wird. Es kann durchaus sein, dass wie im Bericht erwähnt, auch die Mediothek Platz finden wird. Ich persönlich frage mich zwar, ob der heute bestehende zentrale Standort im Stapfen nicht besser geeignet ist. Zu bedenken ist im Weiteren, ob es für die Mediothek Sinn macht, die Räume an der Stapfenstrasse, die für ihre spezifischen Bedürfnisse eingerichtet worden sind, wieder zu verlassen. Vertieft zu prüfen wäre, ob nicht auch andere kulturelle Sparten im "Haus der Musik" Platz finden könnten. Ich denke hier an Tanzunterricht, aber auch an Atelierräume für die bildende Kunst. Im Gegensatz zum Gästehaus würde mit dem "Haus der Musik" nicht nur dem Bedürfnis für das musizierende Köniz entsprochen, sondern damit könnte das Schlossareal belebt werden. Dies nicht nur durch all die Musikerinnen und Musiker, durch die die Räumlichkeiten regelmässig benützt werden. Es ist davon auszugehen, dass diese Gruppen und Bands das Schlossareal auch vermehrt für ihre Auftritte und Aktionen nützen würden. Das heisst aber auch, dass mit dieser Idee das Versprechen, das Schlossareal zu einem Begegnungsort für Bürgerinnen und Bürger von Köniz zu machen, eingelöst werden könnte. Das "Haus der Musik" würde mit Sicherheit weitere Kulturschaffende auf das Schlossareal locken und damit zur Belebung dieses Orts beitragen. Nicht nur das. Köniz würde mit einem solchen Effort aktive Jugend- und Präventionsarbeit leisten, würde doch das "Haus der Musik" Platz für die musizierende Musikkultur bieten.

In dem Sinn danke ich dem Gemeinderat, dass er bereit ist, das Anliegen vertieft zu prüfen und bitte ihn gleichzeitig, die Prüfung ernsthaft vorzunehmen und nicht auf dem eingespurten Weg weiterzufahren, sondern das Potenzial eines solchen "Haus der Musik" gerade im Hinblick auf die Sponsorsuche wirklich auszuloten.

Ich bitte Sie, den Vorstoss gemäss dem Antrag des Gemeinderats als Postulat erheblich zu erklären und so dem "Haus der Musik" eine Chance zu geben.

**Fraktionssprecher Hans Moser (SVP):** Die SVP-Fraktion wird der Umwandlung in ein Postulat zustimmen. Wir folgen dem Inhalt der Antwort des Gemeinderats, die sehr ausführlich ausgefallen ist. Es ist richtig und wichtig, dass in der Gemeinde Köniz ein "Haus der Musik" bestehen soll. Ein solches Haus muss aber auch für die Musiker und Musikerinnen der oberen Gemeinde zugänglich sein und genutzt werden können. Das Musik spielen ist für Jugendliche und junge Erwachsene eine gute Prävention. Auch der gesellschaftliche Aspekt darf nicht vergessen werden, der für alle Bürgerinnen und Bürger gut ist. Als möglicher Standort wäre die Pfrundschür geeignet und damit werden Lärmemissionen in Wohngebieten vermieden. Das Spielen von Musik passt auch ins Schlossareal, das man ja als Kulturstandort nutzen will. Die Idee eines Gästehauses muss gut bedacht werden. Wir stellen aber fest, dass noch kein Nutzungskonzept vorhanden ist und somit die finanziellen Folgen für die Gemeinde nicht geklärt sind. Wir hoffen, dass diese Fragen aufgrund des Postulats geklärt werden können.

**Fraktionssprecherin Barbara Perriard (FDP):** Der französische Feldherr und Kaiser Napoléon soll gesagt haben: "Die Musik hat von allen Künsten den tiefsten Einfluss auf das Gemüt. Ein Gesetzgeber sollte sie deshalb am meisten unterstützen." Die FDP-Fraktion geht nicht davon aus, dass sich die Motionärinnen und Motionäre bei ihrem Vorstoss von diesem Gedanken leiten liessen. Im Gegenteil. Ich möchte denn auch unterstreichen, dass wir dem Anliegen viel Sympathie entgegenbringen. Wir sind der Meinung, dass der Raumbedarf unbestritten vorhanden ist und dass effektiv Handlungsbedarf besteht. Nichtsdestotrotz sind wir zum Schluss gelangt, dass es falsch wäre, sich schon heute die Hände binden zu lassen. Wir wollen zum jetzigen Zeitpunkt nichts präjudizieren, sondern wir wollen in Übereinstimmung mit dem Gemeinderat den Handlungsspielraum mit Blick auf die künftige Nutzung des gesamten Schlossareals wahren. Zudem ist es uns ein Anliegen, die verschiedenen kulturellen Nutzungsmöglichkeiten nicht gegen andere in Konkurrenz zu setzen oder gar gegeneinander auszuspielen. Ich bin deshalb auch besonders froh um die relativierenden Worte von Anna Mäder, was die Mediothekennutzung betrifft. Um nochmals darauf hinzuweisen, wie wichtig der Mehrheit unserer Fraktion die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Sparte Musik bei der weiteren Nutzungsplanung des Schlossareals ist, schliesse ich mit einem Zitat von E.T.A. Hoffmann: "Die Musik schliesst dem Menschen ein unbekanntes Reich auf, eine Welt die nichts gemein hat mit der äusseren Sinnenwelt, die ihn umgibt und in der er alle bestimmten Gefühle zurücklässt, um sich einer unaussprechlichen Sehnsucht hinzugeben."

Im Namen der FDP-Fraktion empfehle ich Ihnen, der Umwandlung der Motion in ein Postulat zuzustimmen.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne):** Die Musikschule Köniz hat mit ihrem Angebot und mit ihren Projekten unbestritten eine weitreichende Ausstrahlung. So wird z. B. in diesem Sommer das Jugendorchester zusammen mit dem Kammerchor des Gymnasiums Kirchenfeld mit mehr als 100 Jugendlichen eine Tournee durch Serbien unternehmen. Mit einer ganzen Reihe von Auftritten, wird sie unter anderem auch in Prijepolje – unserer Partnerstadt – Auftritte geben. Köniz klingt also weit über die Gemeindegrenzen hinaus und ermöglicht den Jugendlichen einmalige, unvergessliche und auch völkerverbindende Erfahrungen. Was hat dies mit dem Vorstoss zu tun? Der Gedanke, dass z. B. solche Auftritte und Erfahrungen noch mehr als jetzt ihren Anfang an einen Ort im Herzen von Köniz haben, der von der Ambiance her prädestiniert ist für solche kreativen Engagements, scheint mir nicht abwegig. Die Fraktion der Grünen war deshalb ziemlich überrascht von der Aussicht, dass die Planung für die Pfrundschiür als Option für ein Gästehaus schon bald fertig sein soll und die kantonale Denkmalpflege für eine Stellungnahme involviert werden kann. Wir waren auch deshalb von der Entwicklung überrascht, weil die Projektgruppe Schloss im Mitwirkungsbericht von Juni 2009 auf Seite 24 immerhin den Fokus für ein Gästehaus noch klar auf das Rappentöri gelegt hat. Das, nachdem der Standort beim alten Friedhof in der Mitwirkung durchgefallen ist. Wir denken, dass der Standort Pfrundschiür grundsätzlich als Standort für ein Gästehaus wenig geeignet ist. Dies, weil sich die Gäste an diesem Standort über kurz oder lang an den unvermeidbaren abendlichen Immissionen stören dürften. Das könnte zu leidigen Konflikten oder sogar Einschränkungen für die abendlichen Anlässe rundum führen. Ein "Haus der Musik", nicht nur beschränkt auf die Musikschule, würde sich umgekehrt auch mit Abendveranstaltungen sehr gut nahtlos in diese Umgebung einreihen. Grundsätzlich erscheint uns die Pfrundschiür ein geeignetes Haus für eine vielfältige Nutzung von musischer und kultureller Art zu sein. Dies so wie im Vorstoss vorgesehen, auch als Arbeits- und Veranstaltungsort. Besonders letzteres fördert gleichzeitig die Begegnungen vielfältiger Art, wie es im Nutzungskonzept für das Schlossareal vorgesehen und gewünscht worden ist. Wir begrüßen, dass der Gemeinderat bereit ist, das Anliegen zu prüfen und werden dem Vorstoss als Postulat zustimmen.

**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** Ich danke dem Gemeinderat für die musikalische Antwort auf den Vorstoss. Mir schien sie fast wie ein zweistimmiges Musikstück, dessen Stimmen gegeneinander ankämpfen und in allen möglichen Variationen vorgetragen werden, um schliesslich in einem fadeout zu verschwinden, ohne dass man recht weiss, ob man nun einen Ohrwurm im Kopf haben soll oder ob die zündende Idee fehlt. Drei Sachen sind zusammengekommen: Erstens sind die Bedürfnisse der Musikmachenden klar dargelegt und unbestritten. Zweitens ist als Bremse hinzugekommen, dass man noch nicht weiss, wie sich das Schlossareal entwickeln soll. Drittens sind wir beim Thema "das liebe Geld" sehr vorsichtig, besonders nach der heutigen Debatte. Deshalb ist es konsequent, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Vorstoss als Postulat zustimmen.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Vor rund 20 Jahren kam die Gemeinde Köniz in den Besitz des Schlosses und wie richtig festgestellt worden ist, ist in diesen 20 Jahren nicht viel Sichtbares von sich gegangen. Eines rufe ich in Erinnerung: Vor einigen Jahren hat ein Architekturwettbewerb für ein Projekt stattgefunden, das aus dem Schloss das Verwaltungszentrum und den Plenarsaal von Köniz erarbeiten sollte. Die älteren Mitglieder des Parlaments mögen sich sicherlich noch daran erinnern. Man kann schon der Meinung sein, dass der Gemeinderat bis jetzt nicht viel unternommen habe. Über den Umstand, dass dieses Projekt nicht zustandegekommen ist, bin ich froh. Das Gemeindehaus konnte deshalb am richtigen Standort gebaut werden und der Plenarsaal ist nun trotz allem im Schlossareal. Ich bin froh, dass Anna Mäder der Umwandlung in ein Postulat zustimmt. Die zündende Idee ist tatsächlich bis jetzt noch nicht gefunden worden. Das Schlossareal lässt derart vielfältige Möglichkeiten zu, dass man sowohl ein Musikhaus wie ein Gästehaus, ein Hotel wie ein Restaurant realisieren kann. In der jetzigen Situation ist das Schlossareal noch in einer Zone für öffentliche Nutzung, die nur solche zulässt. Deshalb ist die Zonenplanänderung aufgegleist worden und dazu sind Nutzungsstudien ausgearbeitet worden. Die Überbauungsordnung ist zusammengestellt worden und wir sprechen von einer Schlosszone, auf der ein ziemlich breites Spektrum zugelassen wird. Wollen wir konkret mit Investoren in Verhandlungen treten, was eine Win-Win-Situation zwischen Kultur und Kommerz zulässt, müssen zuerst die Hausaufgaben in Bezug auf die Zonierung gemacht werden. Das "Haus der Musik" kann durchaus eine Nutzungsmöglichkeit auf dem Schlossareal sein, das stelle ich nicht in Abrede.

---

**Beschluss**

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

**12. 1002 Interpellation (Locher, EVP) "Jugendlokal Köniz/Liebefeld"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Patrik Locher (EVP):** Ich beantrage Diskussion.

Da mehr als 10 Stimmen für Diskussion stimmen, wird sie gewährt.

**Patrik Locher (EVP):** Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des Vorstosses. Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

Grosse Mühe macht mir das Vorgehen der Gemeinde. In der Antwort des Gemeinderats ist zu lesen, dass das Geschäft zum neuen Jugendtreff dem Parlament in nächster Zeit vorgelegt wird. Je nachdem werden noch Monate verstreichen, bis der neue Jugendtreff realisiert ist und von den Jugendlichen besucht werden kann. Ich finde es auch sehr wichtig, dass der Standort eines Jugendtreffs sorgfältig ausgesucht wird und, wie vom Gemeinderat beschrieben, verschiedene Kriterien berücksichtigt werden. Ich kann auch verstehen, dass ein solcher Vorgang viel Zeit in Anspruch nimmt und genau ausgewertet werden muss. Wie der Antwort zu entnehmen ist, mussten Verzögerungen infolge Krankheitsfällen beim Personal in Kauf genommen werden. Dafür habe ich Verständnis. Die Gründe für die Prioritätensetzung der Gemeinde – mit denen argumentiert worden ist – würden mich jedoch sehr interessieren. Aus eigener Erfahrung darf ich sagen, dass die Jugend in Köniz nicht hinten ansteht. Wir haben z. B. dank dem Jugendparlament beste Möglichkeiten, Projekte zu realisieren Gerade letzthin haben wir Mittel erhalten, um in Eigenarbeit für die Skater und die Allgemeinheit eine neue Minirampe (eine kleine Halfpipe) zu bauen. Diese steht nun auf der Sportanlage im Liebefeld und wird rege genutzt.

Leider muss ich aber feststellen, dass die Jugend auch nicht zuvorderst steht, betrachtet man den vorliegenden Vorstoss. Eine Wartezeit von mehr als drei Jahren ist aus meiner Sicht und aus der Sicht von zahlreichen Jugendlichen aus dem Liebefeld und von Köniz eigentlich zu viel. Viele Erwachsene haben damit kein Problem, einige Jahre auf etwas zu warten. Für Jugendliche sind drei Jahre aber sehr viel. Durch die lange Wartezeit haben diverse Jahrgänge keine Möglichkeit gehabt, je einen Jugendtreff zu besuchen. Und wie es halt so ist, wenn keine Möglichkeit besteht, den Jugendtreff im Quartier zu besuchen, müssen Alternativen gefunden werden. Die einen sind für den Ausgang in die Stadt Bern ausgewichen. Da die Buslinie 10 ideal von Köniz nach Schliern fährt, haben viele Jugendliche den Jugendtreff in Schliern als Ausgangsalternative gewählt. Der Jugendtreff in Schliern ist unter anderem wegen zu viel Lärm in letzter Zeit oft negativ aufgefallen. Dieses Problem kann einen Zusammenhang mit der Schliessung des Jugendtreffs in Köniz und der damit verbundenen Verlagerung der Besuchenden haben. Leider zeichnet sich in Niederwangen ein ähnliches Szenario ab. Der Jugendtreff musste aus seinen Räumlichkeiten ausziehen und ein Ersatz ist meines Wissens nicht in Sicht. Aus den Medien habe ich erfahren, dass nach einem Ersatz gesucht wird. Dies hoffentlich mit mehr und schnellerem Erfolg als in Köniz.

Ich bitte den Gemeinderat ausdrücklich darum, so schnell als möglich einen Ersatz zu suchen. Ich werde mich an einer der nächsten Parlamentssitzungen unter dem Traktandum "Verschiedenes" nach dem Stand der Dinge erkundigen.

Weiter wird als Antwort auf die erste Frage ein plumpes Nein erwidert. Ich habe aber gehört, dass eine Art Jugendbüro im Liebefeld entstanden ist. Das ist in keiner Hinsicht ein gleichwertiges Angebot wie der Jugendtreff, da sich das Büro in einem Wohnhaus befindet und nur beschränkte Öffnungszeiten anbietet. Die Antwort des Gemeinderats ist eigentlich richtig, man hätte aber auf dieses Jugendbüro verweisen können. Der neue Standort des Jugendtreffs wird das ehemalige Röhrenlager visavis des Liebefeld-Parks sein. Dieser Standort wird aber nicht lange bestehen, weil für dieses Areal eine andere Nutzung vorgesehen ist. Ich wünsche mir einen Jugendtreff in Köniz, wo sich die jungen Leute versammeln können und ihre Freiheiten haben, aber auch Hilfe in Anspruch nehmen dürfen und begleitet werden. Ein Jugendtreff, an dem sie Möglichkeiten haben, Wände zu besprayen oder auf dem Vorplatz skaten können. Ein Treff, der alle paar Jahre den Standort wechseln muss und in der Zwischenzeit tote Hose ist, ist keine Lösung.



Falls der Jugendtreff wieder einmal verschoben werden muss, bitte ich den Gemeinderat darum, früh genug zu planen, damit der Betrieb möglichst nahtlos weitergeführt werden kann und nicht wieder Jahre vergehen, bis irgendetwas passiert.

Ich bitte den Gemeinderat darum, die Jugend in dieser Beziehung nicht auf die lange Bank zu schieben.

**Laavanja Sinnadurari (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass die dargelegten Bemühungen in Punkt 2 verständlich und nachvollziehbar sind. Dennoch ist zu bedauern, dass seit dem Brand fast drei Jahre vergangen sind, bevor im Parlament ein neuer Kredit beantragt wird. Ich kann mir gut vorstellen, dass die Jugendlichen nicht verstehen werden, dass infolge anderer Prioritätensetzung das Geschäft zusätzlich verzögert worden ist. Das kann erst recht nicht verstanden werden, weil aus der Antwort des Gemeinderats nicht klar zu entnehmen ist, was er unter "andere Prioritäten" versteht. Wir sind der Meinung, dass Jugendtreffs einen Beitrag zur Gewaltprävention leisten. Es ist besser, wenn sich die Jugendlichen in Treffs aufhalten als auf der Strasse.

**Liz Fischli (Grüne):** Ich bin Präsidentin des Wabern-Leists und als solche habe ich intensiv Kontakt mit der Jugendarbeit Köniz in Wabern gehabt. In Wabern können wir uns glücklich schätzen, dass nach einer Phase ohne, wieder ein Jugendtreff in Betrieb genommen werden konnte. Dort wird sehr engagiert gearbeitet. Dass vor Ort Raum für die Jugendlichen vorhanden ist, ist sehr zentral. Nicht alle Jugendlichen treffen sich aber in diesem Räumlichkeiten und aus diesem Grund schätze ich die Politik der aufsuchenden Jugendarbeit. Unter Umständen können aber jene Jugendlichen in die Lokalitäten des Jugendtreffs eingeladen werden. Ich unterstütze die Voten meiner Vorredner aus der Sicht der Erfahrungen, die wir in Wabern gemacht haben. Wir wären ebenfalls froh, wenn ein Jugendtreff in Köniz möglichst schnell realisiert wird.

**Ulrich Witschi (BDP):** Die BDP-Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis, dass sich betreffend Jugendlokal Liebefeld Lösungen abzeichnen und dies trotz der vorangehenden Finanzdiskussion. Die Antworten des Gemeinderats nehmen wir gerne als Versprechen entgegen, besonders was den Zeitrahmen für die Realisierung des Jugendtreffs anbelangt. Die Realisierung eines Jugendlokals im Liebefeld ist mir persönlich nicht nur als Fraktionsmitglied wichtig, sondern auch als Vater, dessen Nachwuchs 17-, 15- und 11-jährig ist und wir im Liebefeld wohnen. Für Jugendliche in diesem Alter bestehen, neben den Vereinen und dem kulturellen Angebot, kaum Möglichkeiten, sich einfach zu treffen. Also treffen sich die Jugendlichen an jenen Orten, worüber wir hier drin im Zusammenhang mit Lärm, Abfall und sogar Vandalismus diskutieren. Das muss nicht sein. Wir wollen doch zeigen, welche Priorität die Jugendlichen in unserem Handeln haben und dass wir bereit sind, in die Jugend zu investieren.

Die BDP-Fraktion stellt sich hinter ein solches Vorhaben und wir bitten den Gemeinderat, rasch vorwärts zu machen und das Parlament, dieser Idee die nötige Unterstützung zu geben.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Wir haben bereits darüber gesprochen. Patrik Locher und ich wären erstaunt gewesen, wenn heute Abend nicht Diskussion verlangt worden wäre.

Zum Vorgehen: Wir werden in der nächsten Woche das vorbereitete Geschäft für den Ersatzstandort des Jugendtreffs im Liebefeld in das interne Mitberichtsverfahren geben. Das dauert 10 Tage. Danach wird das Geschäft ausgearbeitet und im Juni dem Gemeinderat vorgelegt. Der Gemeinderat wird darüber beschliessen und je nach dem gelangt das Geschäft an der folgenden Sitzung ins Parlament. Der Entscheid ist gefallen und der Ersatz für den abgebrannten Jugendtreff wird so schnell als möglich realisiert. Dafür ist aber ein Baubewilligungsverfahren nötig, bei dem aber Einsprachemöglichkeiten bestehen. Ich muss auch sagen, dass bei der Evaluation der möglichen Orte für den Jugendtreff darauf geachtet werden musste, wer in der Nachbarschaft ansässig ist. Das hat die Situation nicht vereinfacht, weil das Image und die Akzeptanz von Jugendtreffs nicht sehr hoch ist. Deshalb war es uns wichtig, einen Platz zu finden, in dessen Nähe sich kein grosses Konfliktpotenzial befindet. Am vorgesehenen Standort sollte dies möglich sein.

Patrik Locher hat erwähnt, dass die Situation in Niederwangen ähnlich ist. Das stimmt, und ich bedaure dies. Wir haben einen Leistungsvertrag mit der Jugendarbeit Köniz (juk) und diese ist für diese Jugendtreffs zuständig. Wenn wir Räumlichkeiten kündigen müssen, weil die diese, wie jetzt in Niederwangen, für die Tagesschulen benötigt werden, unterstützen wir die juk bei der Suche nach neuen. Die juk selber muss sich aber auch engagieren. In Niederwangen ist es in Bezug auf die Suche nach neuen Räumlichkeiten "dumm gelaufen". Der Mietvertrag ist von unserer Seite her unterschrieben gewesen und die Verhandlungen mit dem Liegenschaftsbesitzer waren beendet.

Im letztmöglichen Augenblick ist der Liegenschaftsbesitzer jedoch ausgestiegen. Das ist schade. Wir haben versucht, die Jugendlichen zu unterstützen und zurzeit sind zwei Gebäude in der Diskussion.

Wir haben auch unkonventionelle Lösungen gesucht, wie z. B. im Spiegel. Dort war kein Jugendtreff mehr vorhanden. Innert kürzester Zeit konnte mithilfe der JUK, aber auch von uns, der Jugendtreff wieder eröffnet werden. Damit haben wir etwas Spielraum erhalten. Patrik Locher hat erwähnt, dass die Jugendlichen aus dem Raum Köniz-Liebefeld in den Jugendtreff nach Schliern ausgewichen sind. Das haben wir der JUK sogar empfohlen. Ich persönlich gehe davon aus, dass Jugendliche die den Jugendtreff besuchen, keinen Lärm oder sogar Vandalismus verursachen. In Schliern war nicht primär der Jugendtreff Brennpunkt, sondern jene die ihn nicht besuchen, haben sich an der Bushaltestelle aufgehalten. Patrik Locher hat ausserdem gewünscht, dass der Standort für einen Jugendtreff nicht dauernd wechseln soll. Ich verstehe diesen Wunsch. Wir sehen nun vor, einen Modulbau anzuschaffen, der einfach an einem anderen Ort wieder aufgestellt werden kann. Der Gebäudekomplex wäre damit sichergestellt. Das Jugendbüro ist auf keinen Fall ein Jugendtreff. Es handelt sich um eine Anlaufstelle für junge Leute, vor allem aber soll es ein fester Arbeitsplatz für die Jugendarbeitenden sein.

Dem Gemeinderat ist es sicher kein Anliegen, nichts für die Jugendlichen zu unternehmen. Wir werden uns für Euch einsetzen und wollen nichts auf die lange Bank schieben. Ich habe versucht, auf dem Dreispitzareal relativ kurzfristig eine Ersatzlösung in Form eines Tipizelts zu finden. Weil irgendwo die Koordination innerhalb der Verwaltung nicht geklappt hat und die Leitungen gekappt worden sind, funktionierte diese Idee leider nicht.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

### 13. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind neu eingereicht worden:

- 1010 Dringliche Interpellation (SP) "Statt in Strassen in Schulhäuser und den Park investieren!"
- 1011 Interpellation (SP) "In die Schulhäuser Buchsee und Wandermatte investieren - zum Wohle der Schülerinnen und Schüler"
- 1012 Interpellation (FDP. Die Liberalen) "Liberalisierung der Kinderbetreuung - neue Entwicklungen in der Region Bern"
- 1013 Interpellation (FDP. Die Liberalen) "Direkter Zugang Riedmoosbrücke - S-Bahnstation Niederwangen - ein neues Zeichen für Niederwangen"

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich mache auf eine Veranstaltung vom 22. Juni 2010, 20.30 Uhr, aufmerksam: Im Gemeindehaus Bläuacker wird im Lichthof ein öffentliches Forum zur Tramregion Bern stattfinden. Der Stand des Vorprojekts wird vorgestellt. Sie sind alle herzlich zur Teilnahme eingeladen.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich danke allen für die effiziente Arbeit. Trotz der reichhaltigen Traktandenliste dauerte die Sitzung nicht allzu lange. Wir treffen uns am 28. Juni 2010 um 19.00 Uhr zur nächsten Sitzung.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren  
Parlamentspräsident

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament









**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur Parlamentssitzung, die wir, trotz der Übertragung des Fussball-Weltmeisterschaftsspiels auf dem Schlossareal ordnungsgemäss durchführen.

Ich gratuliere Hansueli Pestalozzi herzlich zu seinem Geburtstag, der ihn nicht davon abhält, an der Parlamentssitzung teilzunehmen. *(Applaus)*

Es sind 35 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich bringe Ihnen folgendes Rücktrittsschreiben zur Kenntnis: "Rücktritt aus dem Parlament der Gemeinde Köniz. Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Parlaments und des Gemeinderats. Ich trete hiermit mit Wirkung auf die Parlamentssitzung vom 28. Juni 2010, an der ich aus beruflichen Gründen nicht teilnehmen kann, von meinem Amt als Mitglied des Parlaments zurück. Mein Spannungsfeld zwischen Beruf, Familie, Weiterbildung, persönlichen Interessen und der Politik ist zu gross geworden. Aus dieser Erkenntnis ziehe ich die Konsequenz und verzichte auf die Tätigkeit in der Gemeindepolitik. Ich vollziehe diesen Schritt nach gründlichem Überdenken und nicht ganz ohne Bedauern. Zu gerne habe ich mich in den vergangenen dreieinhalb Jahren in einzelnen Geschäften und der Arbeit in verschiedenen Kommissionen engagiert. Dabei habe ich zahlreiche Erkenntnisse gewonnen zu den politischen Prozessen und den Rollen der einzelnen Akteure. Das Wer und Warum hat mich ebenso interessiert wie die Sachinhalte. Im Zuge der Selbstreflexion hat sich dabei auch die eine oder andere Erkenntnis über mich selber ergeben. Die wichtigste daraus ist, dass alles seine Zeit hat. So ist, wie eingangs erwähnt, für mich der Moment gekommen, mir mehr Zeit und Freiraum zu verschaffen, für meine Familie und ihre Interessen, die zu kurz gekommen sind. Für Eure persönliche und politische Zukunft wünsche ich Euch alles Gute. Freundliche Grüsse, Thomas Herren." Auch wenn Thomas Herren nicht anwesend ist, bedanken wir uns für seine geleistete Arbeit für die Gemeinde Köniz. Ich fordere die FDP-Fraktion auf, an der nächsten Parlamentssitzung Vorschläge für die frei werdenden Sitze im Parlamentsbüro, in der Redaktionskommission und in der Personalkommission bekanntzugeben.

Am 3. Juni 2010 sind die Akten für die Parlamentssitzung versandt worden. Mit Nachversand vom 22. Juni 2010 haben Sie das Protokoll der Sitzung vom 31. Mai 2010 und die Protokolle der Verwaltungsbesuche erhalten sowie neue Beilagen zu Traktandum 2, Neuwahlen für die Schulkommissionen und zu Traktandum, 5, Stellenbewirtschaftung. Ebenfalls zugesandt worden ist Ihnen der Terminplan für die Parlamentssitzungen 2011 und die Einladung mit Anmeldetalon für die Infoveranstaltung zur Pensionskasse des Gemeindepersonals vom 10. August 2010.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsident Christian Burren:** In der Traktandenliste hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen: Wir beraten über die Genehmigung des Protokolls vom 31. Mai 2010 und nicht – wie aufgeführt – über dasjenige vom 3. Mai 2010.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 31. Mai 2010

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 31. Mai 2010 wird genehmigt.

## 2. Schulkommissionen Neuwahlen für die Amtsdauer 1.8.2010 bis 31.7.2014

Wahlen; Direktion Bildung und Soziales

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Wie eingangs erwähnt, ist Ihnen mit einem Nachversand eine bereinigte Liste mit den Wahlvorschlägen zugesandt worden. Ich bitte die SP, so rasch wie möglich Wahlvorschläge für die noch vakanten Sitze in den Schulkommissionen Wangental und obere Gemeinde bekannt zu geben. Werden die Nominierungen nicht bestritten, erfolgt die Wahl für alle Schulkommissionsmitglieder global gemäss den in den Unterlagen aufgeführten Personen.

### Beschluss

1. Für die Amtsdauer vom 1. August 2010 bis 31. Juli 2014 werden die Mitglieder der Schulkommissionen wie folgt gewählt:

#### Schulkommission Köniz/Schliern

Name	Vorname	Beruf/	Strasse	PLZ	Ort	Partei	An-spruch	Im Amt seit
Weiss-Zurschmiede	Barbara	Dipl. Erwachsenenbildnerin HF / Intensivpflege-Fachfrau	Weierbühlweg 6	3098	Köniz	EVP	EVP	10.02.2009
Failing	Susanne	Leiterin EU-Büro Universität Bern	Strassweidweg 86	3147	Mittelhäusern	Grüne	Grüne	Neu
Eberhard	Heidi	kfm. Angestellte	Talbodenstrasse 15	3098	Schliern	FDP	FDP	18.08.2003
Salvisberg	Ruth		Schwarzenburgstr.298	3098	Köniz	BDP	BDP	Neu
Verdun	Thomas	Polizeibeamter	Büschiackerstrasse 11	3098	Schliern	SVP	SVP	01.08.2009
Merz	Sabine	Krippenleiterin	Köniztalstrasse 90	3098	Köniz	SP	SP	19.08.2002
Pätzold	Philipp	Personalleiter	Schwandenhubelstr. 19K	309	Schliern	parteilos	SP	Neu

#### Schulkommission Liebefeld

Name	Vorname	Beruf/	Strasse	PLZ	Ort	Partei	An-spruch	Im Amt seit
Schneider	Yolanda	Logopädin	Wildstrasse 22	3097	Liebefeld	parteilos	Grüne	01.08.2006
Zaugg-Giro	Rosa	Kauffrau	Wabersackerstrasse 95	3098	Köniz	CVP	EVP	18.08.2009
Della Mura	Maurizio	Betriebsökonom	Haltenstrasse 317	3145	Niederscherli	FDP	FDP	10.11.2009
Bigler	Christoph	Maschinen-Ingenieur	Schützenstrasse 20	3097	Liebefeld	parteilos	BDP	Neu
vakant							SVP	
Nusch Zanger	Astrid	Heilpädagogin	Feldeggstrasse 28	3098	Köniz	SP	SP	01.08.2008
Tadic-Batt	Katrin	MPA, Gruppenpraxis Mühlematt	Alpenstrasse 38	3084	Wabern	SP	SP	01.08.2006

#### Schulkommission Spiegel

Name	Vorname	Beruf/	Strasse	PLZ	Ort	Partei	An-spruch	Im Amt seit
Waltherth Woermann	Karin	Pflegefachfrau	Ahornweg 130	3095	Spiegel	Grüne	Grüne	01.08.2006
Beldi-Schiebner	Denise	Fürsprecherin,	Bellevuestrasse 140	3095	Spiegel	FDP	FDP	01.08.2009
von Arx	Casimir	Diplommathematiker (EDA)	Schlossstrasse 21	3098	Köniz	GLP	EVP	Neu
Schürch	Franziska	Sozialarbeiterin EG Belp	Schweizerhausweg 2	3095	Spiegel	parteilos	BDP	Neu
Morf	Thomas	lic. rer. pol.	Erlenweg 18	3095	Spiegel	SVP	SVP	01.08.2002
Adam von Däniken	Franziska	Pflegefachfrau, Spitex	Stapfenstrasse 55	3098	Köniz	SP	SP	01.08.2009
Matti	Daniel	Geograph	Finkenweg 6	3098	Köniz	parteilos	SP	Neu

#### Schulkommission Wabern

Name	Vorname	Beruf/	Strasse	PLZ	Ort	Partei	An-spruch	Im Amt seit
Moser	Peter	Arbeitspsychologe	Viktoriastrasse 26	3084	Wabern	parteilos	Grüne	01.08.2009
Hilty	Simeon	Geomatiker, Berufsbegleitendes FH Studium als Wirtschafts-	Funkstrasse 124	3084	Wabern	GLP	EVP	16.02.2010



		informatiker						
Iseli	Peter	Berufsschullehrer	Grauholzweg 10	3084	Wabern	FDP	FDP	01.08.2002
Schärer Rohrbach	Andrea	Betriebswirtschafterin	Mohnstrasse 76	3084	Wabern	parteilos	BDP	<b>Neu</b>
Moser Herren	Anita	Sekretärin	Selhofenstrasse 8	3084	Wabern	FDP	SVP	22.10.2001
Rippstein- Vogt	Franziska	Hauswart	Kirchstrasse 132	3084	Wabern	SP	SP	01.08.2004
Züllig Gottstein	Manuela		Sonnmattstrasse 19	3084	Wabern	SP	SP	01.08.2006

### Schulkommission Wangental

Name	Vorname	Beruf/	Strasse	PLZ	Ort	Partei	An- spruch	Im Amt seit
Zumbrunnen- Binggeli	Erika	Verwaltungsangestellte	Neueneggstrasse 39	3172	Niederwangen	parteilos	Grüne	01.08.2009
Bienz-Rohr	Petra	Familienfrau, Arbeitsagogin	Wangentalstrasse 69	3172	Niederwangen	parteilos	EVP	19.05.2004
Büschi	Beat	Finanzinspektor	Turmholzweg 22A	3173	Oberwangen	FDP	FDP	01.08.1999
Stöckli	Roland	Maschineningenieur HTL	Hardweg 50	3174	Thörishaus	parteilos	BDP	<b>Neu</b>
Röthlisberger	Roland	Kfm. Angestellter	Neueneggstrasse 45	3172	Niederwangen	parteilos	SVP	01.08.2009
vakant							SP	
vakant							SP	

### Schulkommission Obere Gemeinde

Name	Vorname	Beruf/	Strasse	PLZ	Ort	Partei	An- spruch	Im Amt seit
Dussex	Nicolas	Biologe/Hausmann	Riedholzweg 27B	3147	Mittelhäusern	Grüne	Grüne	01.08.2006
Götz-Surbeck	Marianne	Familienfrau, Drogistin	Ulmizstrasse 115	3144	Gasel	EVP	EVP	18.08.2003
Kobel-Ippen	Erica	Fürsprecherin	Strassweidweg 62	3147	Mittelhäusern	FDP	FDP	01.08.2009
Pose	Ruth	Hauswirtschaftl. Betriebsleiterin	Wichelackerstrasse 49	3144	Gasel	parteilos	BDP	28.08.2007
Burkhalter	Adrian	Landwirt	Schafackergasse 2	3144	Gasel	SVP	SVP	01.08.2002
Wittwer	Monika	Kauffrau	Riedholzweg 32	3147	Mittelhäusern	SP	SP	01.08.2006
vakant							SP	

2. Die Fachstelle Parlament wird beauftragt, den Gewählten die Wahl schriftlich zu bestätigen.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

### 3. Rechnung 2009

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Allfällige Detailfragen zur Rechnung können in der Detailberatung gestellt werden. Die Reihenfolge der Anträge des Gemeinderats werden für die Abstimmung wie folgt geändert: Die Abstimmung über den Nachkredit erfolgt vor der Abstimmung über die gesamte Rechnung.

**GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP):** Als Beilage zur Rechnung 2009 finden Sie den Bestätigungsbericht der Revisionsstelle T & R, mit dem die ordentliche Buchführung bestätigt wird. Im Weiteren hat die GPK Kenntnis vom Erläuterungsbericht der Finanzkontrolle und von den Antworten des Gemeinderats zu den internen Revisionsbemerkungen genommen. Bei der Präsentation des Berichts der Finanzkontrolle war eine Delegation der GPK anwesend. Mit dem Vorliegen all dieser Unterlagen konnte die GPK die ordnungsgemässe Führung der Rechnung 2009 feststellen. Es sind keine gravierenden Abweichungen vorhanden.

Zu Ziffer 3 des Antrags: Für die Tagesschulen wird ein Nachkredit von 289'828.50 Franken beantragt. Dazu liegt der GPK eine schriftliche Stellungnahme der Abteilung Bildung und Sport vor. Gleichzeitig ist eine Kostenübersicht über die Tagesschulen abgegeben worden. Als Begründung für den Nachkredit wurde angegeben, man sei Opfer des eigenen Erfolgs geworden. Die Eröffnung der neuen Tagesschulen in Köniz, Schliern, Spiegel und Niederscherli ist bereits auf August 2009 vorgenommen worden. Budgetiert wurden dafür 15'600 Betreuungsstunden, geleistet wurden 24'300 Stunden. Die Nachfrage ist viel höher als bei den vorher eröffneten freiwilligen Tagesschulen. Zur Kostenübersicht: Die Gesamtausgaben für die Tagesschulen betragen 941'000 Franken, aus dem Lastenausgleich von Kanton und Bund werden 623'000 Franken zurück erstattet. Das ergibt für die Gemeinde Nettokosten von 318'000 Franken, was 34 Prozent entspricht. Auch für diesen Nachkredit werden wiederum Beiträge aus dem Lastenausgleich zurück erstattet. Die genauen Zahlen können der Rechnung 2009 entnommen werden.

Zur Rechnung 2009: Budgetiert worden ist ursprünglich ein Überschuss von 652'000 Franken. Nun ist ein Verlust von 1,063 Millionen Franken ausgewiesen. Der Abschluss ist demnach um 1,715 Millionen Franken schlechter als budgetiert. Der Hauptgrund liegt in massiv schlechteren Erträgen aus Steuern von juristischen Personen, die um 8,1 Millionen Franken (51 Prozent) schlechter ausfallen als im Voranschlag, wo 16,3 Millionen Franken budgetiert worden sind. In der Rechnung 2008 sind in diesem Bereich 18,4 Millionen Franken vereinnahmt worden. Es stellt sich die Frage, ob die tieferen Einnahmen in diesem Bereich bereits Folgen der Wirtschaftskrise sind. Diese Aussage kann meiner Meinung nach so aber nicht gemacht werden. Ein Beispiel: Zwei Unternehmen haben in der Gemeinde Köniz zusammen 3,4 Millionen Franken weniger Steuern entrichtet. Dies nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern weil Rückstellungen aus dem Vorjahr getätigt werden mussten und weil die Steuerteilung infolge der definitiven Veranlagung des Kantons anders erfolgte, was Rückzahlungen ausgelöst hat. Die Sache mit den juristischen Personen ist relativ komplex, läuft über den Kanton und die Verfahren sind zum Teil langjährig. Die Gemeinde kann nur auf den Zahlen des Kantons basieren. Eine Aussage des Finanzverwalters: Bei 80 Prozent der juristischen Personen ist 2009 bei den Steuereinnahmen keine Änderung erfolgt, 10 Prozent haben mehr Steuern entrichtet und 10 Prozent weniger, dies aber mit massiven Auswirkungen. Vielleicht muss die Budgetierung der Steuereinnahmen von juristischen Personen vorsichtiger erfolgen. Im Parlament ist aber auch schon der gegenteilige Antrag gestellt worden, hier mehr zu budgetieren. Bei den natürlichen Personen konnten 2,4 Millionen Franken mehr Steuern eingenommen werden. Die Frage nach den Zukunftsaussichten wurde vom Gemeinderat wie folgt beantwortet: Er rechnet für 2011 mit einem Minus von 3 Millionen Franken Steuererträgen und 2012 mit 4,5 Millionen Franken. Dies aufgrund der kantonalen Steuergesetzesrevision. Die Abschreibungen sind 2009 mit 8 Prozent budgetiert und vorgenommen worden, in der Hochrechnung waren 10 Prozent vorgesehen, weil sich die Situation zu diesem Zeitpunkt wesentlich besser darstellte. In der Rechnung 2008 erfolgten die Abschreibungen mit 10 Prozent. Der Abschreibungssatz von 8 Prozent ist 2009 letztmals möglich, für die Rechnung 2010 sind zwingend 10 Prozent vorgeschrieben. Die übrigen Abschreibungen im Umfang von 722'000 Franken sind Zusatzabschreibungen aus den Spezialfinanzierungen, die durch diese finanziert werden. Der Realisierungsgrad der Investitionen aus dem Steuerhaushalt beträgt sehr erfreuliche 98 Prozent. 2008 lag er bei 83 Prozent, 2007 bei 56 Prozent und 2006 bei 63 Prozent. Hier sind wesentliche Verbesserungen festzustellen; dies eventuell aufgrund der gebildeten Arbeitsgruppe, die direktionsübergreifend die Investitionen überprüft. Die Spezialfinanzierung Abfall weist ein Defizit von 45'000 Franken aus. Gemäss Gemeinderatsbeschluss wurden aus der Spezialfinanzierung KEGUL 250'000 Franken entnommen. Ohne diese Entnahme würde das Defizit 295'000 Franken betragen. Der Saldo der Spezialfinanzierung beträgt noch 930'000 Franken. Sanierungsmassnahmen – Gebührenerhöhungen – sind unumgänglich und im Gang. Der Personalaufwand schliesst mit 1,099 Millionen Franken unter dem Budget ab, gegenüber dem Vorjahr ist er um 3,5 Prozent gestiegen. Die Löhne sind nicht wesentlich gestiegen, die Mehrausgaben sind hauptsächlich auf die Sozialversicherungsbeiträge – 700'000 Franken – zurückzuführen. Die Familienausgleichskasse muss neu über eine Ausgleichskasse abgerechnet werden. Bis zu dieser Änderung sind die Beiträge wesentlich günstiger durch die Gemeinde selber finanziert worden. Bei der Budgetierung war der Satz von 1,95 Prozent noch nicht bekannt. Der Sachaufwand liegt 1,5 Prozent über dem Budget. Dazu trägt vor allem der bauliche Unterhalt mit 248'000 Franken bei. Es handelt sich um Sanierungen und Investitionen von jeweils unter 50'000 Franken, die nicht aktiviert werden.

Wir beraten hier über bereits ausgegebenen Zaster, wie sich Gemeindepräsident Luc Mentha salopp geäußert hat. Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig mit 7 : 0 Stimmen, den Anträgen des Gemeinderats zuzustimmen.

Ich möchte es an dieser Stelle nicht unterlassen, dem Gemeindepräsidenten, dem Gemeinderat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit zu danken.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich habe vergessen Ihnen mitzuteilen, dass infolge der Absenz von Thomas Herren für die heutige Sitzung Ursula Wyss als Stimmzählerin fungiert.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten obligatorisch ist.

**Fraktionssprecher Niklaus Hofer (SVP):** Der Rechnungsabschluss 2009 hat uns wieder auf den Boden der Realität zurückgeworfen. Aus der Sicht SVP-Fraktion hat nicht nur die Finanzkrise zu diesem Aufwandüberschuss geführt, sondern auch der Verlust von Steuereinnahmen durch juristische Personen – vor allem der Swisscom – und andere Steuereinnahmen haben dazu beigetragen. Es nützt aber nichts, hier darüber zu debattieren oder festzuhalten, was wo nicht gut gemacht worden ist. Wir sind alle gefordert. Parlament wie auch Gemeinderat müssen genau hinschauen, wo in Zukunft wie viel Geld für was ausgegeben wird. Vor unserer Tür stehen relativ grosse Projekte – wie z. B. das Tramprojekt – die uns in den nächsten Jahren stark belasten werden.

Die SVP-Fraktion, wie alle anderen Fraktionen auch, ist sehr gespannt auf die Vorlage des Budgets 2011. Dieses muss genau geprüft werden. Ich möchte hier dem Gemeinderat trotzdem ein Kränzlein winden, da der Bilanzfehlbetrag in den letzten Jahren abgetragen werden konnte. Die SVP-Fraktion stimmt der Rechnung 2009 einstimmig zu.

**Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP):** Die Rechnung 2009 widerspiegelt Geschichte. Das Geld ist ausgegeben. Im Nachhinein ist es einfach, zu kritisieren. Für die Zukunft können aber sicher Lehren gezogen werden. Das Rechnungsergebnis ist leider nicht erfreulich, die meisten Erklärungen sind aus den abgegebenen Unterlagen ersichtlich. Der Blick auf die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ist partiell sicher gerechtfertigt, wie z. B. bei der Sozialhilfe, deren Ausgaben höher als budgetiert sind. Wir dürfen uns aber nicht zu stark auf die globale Finanzkrise fokussieren. Wie weit z. B. die Finanzhilfe der EU an Griechenland etwas mit der Kasse in Köniz zu tun hat, darüber kann diskutiert werden. Mit der Krise allein kann nicht alles erklärt werden. Die Könizer Finanzpolitik muss abgekoppelt davon betrachtet und beurteilt werden. Das Rechnungsergebnis hängt auch vom Sparwillen ab. Gespart werden kann sowohl in guten wie auch in schlechten Zeiten. Insbesondere in schlechten Zeiten muss aber der Gürtel enger geschnallt werden. Das gilt vor allem für das Budget 2011.

Zwei spezifische Kommentare: Der Einbruch von 51 Prozent bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen ist sehr bedauerlich. Hier stellt sich die Frage, wie weit es einzelne wenige Unternehmen betrifft. Für ein besseres Verständnis dieser Situation hätten wir Parlamentsmitglieder uns etwas genauere Unterlagen gewünscht.

Zu den Nachkrediten für das Jahr 2009 in der Kompetenz des Gemeinderats – jeder einzelne unter der Grenze von 200'000 Franken – in der Höhe von 6,6 Millionen Franken: Abzüglich der gebundenen Nachkredite beträgt diese Position rund 4 Millionen Franken. Die Nachkredite sind nicht in der Anzahl, sondern nur im Frankenbetrag pro Nachkredit beschränkt. Hier kann man sich die Frage stellen, ob die Anzahl begrenzt werden oder offen bleiben soll. Ich bringe Beispiele von Seite 58: Unter dem Titel Verkehrsanlagen ist ein Nachkredit für eine temporäre Projektbegleitung von 100'000 Franken und bei der Administration Werkhof ein solcher für die temporäre Leitung von 80'000 Franken bewilligt worden. Wie eingangs erwähnt, ist das Geld ausgegeben, die Geschichte kann nicht mehr geändert werden. Die Diskussion dazu kann in den nächsten Budgetrunden erfolgen. Die FDP-Fraktion stimmt der Gemeinderechnung und dem Nachkredit für die Tagesschulen zu. Die Energie muss nun in die Diskussionen für das Budget 2011 einfließen.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Die Illustration des Winterbilds auf der Titelseite der Rechnung 2009 ist in meinen Augen passend. Entsprechend dem in der Sommerzeit eher düster erscheinenden Bild beträgt der Aufwandüberschuss 1,063 Millionen Franken. Die euphorische Stimmung der letzten Rechnungsabschlüsse ist abgekühlt. Wir können positiv festhalten, dass die Abweichung der Rechnung 2009 zum Voranschlag lediglich

0,9 Prozent aufweist. Leider ist diese Fastpunktlandung auf die falsche Seite geraten. Betrachtet man die einzelnen Posten, ist von Punktlandung aber keine Rede mehr. Zum Teil sind massive Verschiebungen festzustellen, wie z. B. 10 Millionen Franken weniger Einnahmen bei den Unternehmenssteuererträgen oder der Bereich Sozialhilfe, der 2 Millionen Franken über dem Budget liegt. Auf Seite 5 der Rechnung ist festzustellen, dass die Energiekosten gestiegen sind. Nicht nur die direkten Energiekosten sind gestiegen, auch die Kosten für die Sozialhilfe sind aufgrund der höheren Nebenkosten für den Mehrbedarf an Heizöl gestiegen. Das ist ein Fingerzeig dafür, was passieren kann, sollte das Heizöl massiv teurer werter. Die Zukunftsaussichten sind nicht rosig. Die kantonale Steuergesetzrevision ergibt eine jährliche Einbusse von 3 Millionen Franken und die Konjunktur hat sich noch nicht erholt. Die Ausschläge nach oben konnten durch die Einsetzung des tieferen Abschreibungssatzes – der zum letzten Mal eingesetzt werden kann – etwas aufgefangen werden. Nach all diesen schlechten Nachrichten nun noch eine gute: Die Steuererträge der natürlichen Personen sind seit 2005 stetig steigend. Diesen Steuerzahlenden müssen wir grosse Sorge tragen und an sie muss bei einer allfälligen Verzichtsplanung gedacht werden. Die Gemeinde Köniz muss mit ihren Dienstleitungen eine wirklich attraktive Gemeinde bleiben und der Ersatz der Buslinie 10 durch eine Tramlinie wird dazu sicher beitragen. Das Winterbild auf der Rechnung wird wahrscheinlich noch einige Zeit auf dem Titelbild bleiben. Wir Grünen stimmen den Anträgen des Gemeinderats zur Gemeinderechnung 2009 zu.

**Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP):** Der GPK-Referent hat die Rechnung 2009 gut analysiert. Die SP-Fraktion nimmt einmal mehr mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der Gemeinderat und die Verwaltung den Personalaufwand und den beeinflussbaren Sachaufwand im Griff haben. Ebenfalls sind wir mit der Tatsache zufrieden, dass der Realisierungsgrad der Investitionen zu Lasten der Steuern 98 Prozent beträgt und gegenüber den vorangegangenen Jahren als Verbesserung zu bezeichnen ist. Der Gemeinderat ist hier auf guten Wegen. Der Einbruch der Steuererträge der juristischen Personen bereitet auch unserer Fraktion Sorgen. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie in der Debatte 2009 von bürgerlicher Seite dem Gemeinderat Pessimismus vorgeworfen worden ist. Nun ist aber klar, dass der Gemeinderat zu optimistisch war. Wie würde die Rechnung aussehen, wenn die Steuersenkung bereits 2009 vorgenommen worden wäre? Den beiden Stimmenthaltungen auf der bürgerlichen Seite bei der damaligen Abstimmung müssen wir jetzt noch dankbar sein. Die SP-Fraktion spricht sich – sofern finanzierbar – seit 2005 für Steuersenkungen aus. Für 2010 haben wir mitgeholfen, das Versprechen einzulösen. Nun bin ich nicht mehr sicher, ob wir diesen Entscheid bereuen sollen. Die Finanzzukunft ist alarmierend. Nicht nur die Finanzkrise droht uns, sondern auch die Steuersenkungen des Kantons bedeuten in Zukunft weniger Einnahmen für die Gemeinden. Die erste Regel bei Feueralarm heisst: Ruhe bewahren und Übersicht verschaffen. Aufgeregtes Geschnatter bringt nichts. Wir unterstützen deshalb den Gemeinderat für eine ruhige Analyse und dem Ausarbeiten von geeigneten Massnahmen. Wir gehen wahrscheinlich mit allen einig, dass wir nicht wieder in einen Bilanzfehlbetrag geraten wollen. Wir helfen beim Sparen mit. Unverzichtbar sind aber ein gutes, familienfreundliches Angebot an Leistungen in der Gemeinde Köniz im Sozial- und Bildungsbereich. Im Bereich Umwelt- und Klimaschutz unterstütze ich die Überlegungen von Hansueli Pestalozzi. Der Werterhalt der Investitionen darf nicht den kommenden Generationen überlassen werden, das wäre am falschen Ort gespart. Ein Blick, der nur auf das Sparen ausgerichtet ist, genügt allerdings nicht. In den letzten Jahren hat der Gemeinderat eine obere Grenze des Eigenkapitals festgelegt, ab welcher Steuersenkungen möglich sind. Nun brauchen wir zusätzlich ein Bandbreitenmodell, das eine untere Grenze definiert, ab welcher Steuererhöhungen überprüft werden müssen. Ich betone aber nochmals, dass wir nicht für Steuererhöhungen per se sind.

Die SP-Fraktion stimmt den Anträgen des Gemeinderats in allen drei Punkten zu.

**Fraktionssprecher Ignaz Caminada (CVP):** Analysieren wir die Rechnung 2009 nüchtern, müssen wir uns die Frage stellen, ob nicht Mittel und Wege gefunden werden können, dass Budget, bzw. Hochrechnung jeweils genauer ausfallen. Im Rechnungsjahr 2009 sind die Steuern, basierend auf den Geschäfts- oder Einkommenszahlen von 2008 zu entrichten. Weshalb bei den juristischen Personen bereits 2009 10,4 Millionen Franken weniger Steuern eingenommen worden sind, ist für die CVP/EVP/GLP-Fraktion ein Buch mit sieben Siegeln. Was kommt 2010 noch auf uns zu? Obwohl uns 8,3 Millionen Franken Einnahmen fehlen, muss das Rechnungsergebnis 2009 als Grosse Erfolg bezeichnet werden. Aufgrund der Ausgabendisziplin ist das Ergebnis nicht noch massiv schlechter ausgefallen. Ein Mittel, die Ausgaben zu drosseln, ist der verminderte Abschreibungssatz von 8 Prozent. Das ist in meinen

Augen ein Wermutstropfen, weil wir konsequenterweise in den nächsten Jahren einen höheren Abschreibungsbetrag haben werden. Vor einem Jahr hat der Gemeinderat den Abschreibungssatz infolge des guten Rechnungsergebnisses 2008 auf 10 Prozent erhöht. Damals ist argumentiert worden, dass dank dieser Erhöhung weniger abgeschrieben werden muss. Damit hat der Gemeinderat erreicht, dass der Gewinn für 2008 weniger hoch aufgefallen ist. Heute macht der Gemeinderat den Umkehrschluss. Wir können es drehen und wenden wie wir wollen, entweder 2008 oder 2009 machen wir irgendetwas falsch. Es ist falsch, anlässlich einer Debatte über das Rechnungsergebnis aus dem vergangenen Jahr zu lange in der Vergangenheit zu wühlen. Es geht nun darum, in die Zukunft zu schauen und die Budgetierung 2011 basierend auf den Lehren aus 2009 nochmals durchzukämmen.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird der Rechnung 2009 zustimmen, nicht mit der Faust im Sack, aber auch nicht mit grossem Enthusiasmus.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich danke allen Votanten für ihre Ausführungen, insbesondere dem GPK-Referenten für seine sehr detaillierte und ausgewogene Analyse. Die Stimmen zur finanzpolitischen Lage sind konstruktiv und differenziert ausgefallen. Wir geraten in eine schwierige Phase und ich stelle erfreut fest, dass hier kein "Schwarzpeter-Spiel" betrieben wird, sondern dass man sich sachbezogen den notwendigen Fragen stellt. Mir bleibt nur noch kurz aus der Sicht des Gemeinderats seine wesentlichen Elemente zu wiederholen. Auch für den Gemeinderat ist das Rechnungsergebnis nicht erfreulich. Das Ergebnis ist vor allem auf die Ausfälle bei den Kapitalsteuern zurückzuführen und dort auf ganz wenige Fälle, die aber grosse Tragweite hatten. Diese Fälle haben primär noch keinen Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise und müssen sich nicht wiederholen. Die Wirtschaftskrise werden wir aber vielleicht im Rechnungsergebnis 2010 spüren. Das Ausmass der eingetretenen Steuereinträge war in der Budgetierungsphase 2009 nicht voraussehbar. Das Jahresergebnis wäre noch viel schlechter ausgefallen, wenn – wie richtig festgehalten worden ist – bei der Budgetdebatte 2009 die Steuersenkung vorgenommen worden wäre. Wir lägen damit bei einem Defizit von 6,7 Millionen Franken. Ich danke dem damaligen Parlamentspräsidenten für seinen Stichentscheid anlässlich der stürmischen Debatte. Richtig ist auch festgestellt worden, dass es uns gelungen ist, den Aufwand unter anderem mit Sparmassnahmen um 2,3 Millionen Franken zu begrenzen. Das ist teilweise über den Abschreibungssatz vorgenommen worden. Wir verhalten uns hier nicht anders als ein privates Unternehmen, das bei einem guten Abschluss mehr abschreibt als bei einem schlechten. Die Phase, in der wir mit Abschreibungssätzen zwischen 8 und 10 Prozent spielen konnten, geht nun zu Ende. Hier stellt sich nicht die Frage, wann wir falsch entschieden haben. Im Endeffekt liegen wir nur 0,9 Prozent unter dem budgetierten Ergebnis, was im üblichen Streubereich liegt.

Wie geht es weiter? Für 2010 können noch keine genauen Prognosen abgegeben werden. Wir erwarten gewisse Auswirkungen aus der Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2009 noch nicht dermassen ausschlaggebend war. Der Finanzplan sieht schlecht aus und ist zusätzlich durch die im Grossen Rat beschlossene Steuergesetzrevision noch schlechter geworden. Diese wird ab 2010 3 Millionen Franken und ab 2011 4,5 Millionen Franken jährliche Einnahmenverluste bedeuten. Das sind doch erhebliche Mittel, die uns fehlen werden. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, die Finanzstrategie zu überarbeiten. Für das Budget 2011 sind in den Budgetweisungen Sparmassnahmen angeordnet worden. Für das Budget 2012 erarbeitet der Gemeinderat ein Stabilisierungsprogramm mit einer detaillierten Aufgabenüberprüfung, das auch die Forderungen der Motion 0935 FDP/jfk "Ausgeglichenen Finanzhaushalt langfristig sichern", erfüllen wird. Dann kann ganz konkret darüber diskutiert werden, wie viel Luft im Budget noch vorhanden ist und wo zu hohe Standards und zu viele Dienstleistungen für unsere Bevölkerung geleistet werden. Die Stabilisierung des Finanzhaushalts wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Dabei – das darf nicht unterschätzt werden – wird entscheidend sein wie sich die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren entwickeln und diesbezüglich sind immense Unsicherheiten vorhanden. Für das Budget 2011 arbeiten wir mit Sparvorgaben, die jede Direktion entsprechend ihrem beeinflussbaren Umsatz erhalten hat. Es wird sich zeigen, ob die gesetzten Sparziele – die Senkung des beeinflussbaren Teils des Aufwands um 2 Millionen Franken – erreicht werden.

### **Detailberatung**

**Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich gebe Hanspeter Kohler eine Information in Bezug auf die Nachkredite in der Kompetenz des Gemeinderats bekannt: Im Jahr 2009 hat der Gemeinderat Nachkredite im Umfang von fast 8 Millionen Franken bewilligt. 2008 hat der

Gemeinderat Nachkredite im Umfang von 9,4 Millionen Franken bewilligt. Der Gesamtbetrag der Nachkredite ist somit eher rückläufig. Ein hoher Anteil – mehr als 50 Prozent – ist auf das Sozial- und Bildungswesen zurückzuführen und dort insbesondere auf höhere Ausgaben in der Sozialhilfe.

---

### Beschluss

Das Parlament bewilligt folgende Nachkredite für das Rechnungsjahr 2009:

362.369	Beitrag für Tagesschulen	Fr. <u>289'828.50</u>
---------	--------------------------	-----------------------

TOTAL Nachkredite Parlament	Fr. <u>289'828.50</u>
-----------------------------	-----------------------

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

### Beschluss

1. Die Gemeinderechnung 2009, die bei Erträgen von Fr. 192'669'575.35 und Aufwendungen von Fr. 193'733'303.44 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1'063'728.09 abschliesst, wird genehmigt.
2. Die Bestandesrechnung, die per 31. Dezember 2009 mit Aktiven und Passiven von je Fr. 254'111'357.03 abschliesst, wird genehmigt.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

## 4. Verwaltungsbericht 2009

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**GPK-Referent Christoph Salzmann (SP):** Die GPK hat sich intensiv mit dem Verwaltungsbericht auseinandergesetzt. Wie jedes Jahr sind alle Direktionen besucht worden, in diesem Jahr bereits gemäss den neuen Strukturen des Gemeinderatsmodells "köniz.fünf". Die Protokolle dieser Besuche umfassen total 73 Seiten. Aus Spargründen ist beschlossen worden, die Protokolle per E-Mail zu versenden. Es ist Pflicht der GPK, Sie über ihre Arbeit zu informieren. 73 Seiten Fragen und Antworten sind Beleg dafür, dass wir viel über die Verwaltung erfahren durften. Zum einen oder anderen Thema werden sicher immer noch Fragen offen sein. Aus allen Direktionen ist uns aber zugesichert worden, dass die Türen offen sind. Selbstverständlich haben die Parlamentsmitglieder heute das Recht, weitere Fragen zu stellen. Sie können diese jederzeit aber bei der zuständigen Direktion anbringen. Die GPK-Referenten haben sich vorgenommen, ihre Referate kurz zu halten und nicht minutenlang zu wiederholen, was bereits im Verwaltungsbericht und den Besuchsprotokollen steht. Wir beschränken uns jeweils auf wenige Schwerpunkte. In früheren Jahren war es üblich, dass jeder Referent und jede Referentin seiner/ihrer Direktion für die Arbeit des vergangenen Jahres gedankt hat. Ich tue dies hier im Namen aller GPK-Mitglieder für alle Direktionen.

Wir haben anlässlich unserer Besuche eine offene Diskussionskultur angetroffen und durften feststellen, dass überall engagiert und kompetent gearbeitet wird. Ich persönlich bin zudem davon überzeugt, dass wir über eine gute Verwaltung verfügen, auch wenn während des Jahres da und dort im Parlament auch Kritik geäussert wird. Deshalb: Einen grossen Dank an alle Abteilungsleitenden für Ihre Arbeit und ich bitte, diesen Dank an die Mitarbeitenden weiterzuleiten.

Zum Verwaltungsbericht: Im letzten Jahr ist im Parlament die damals vorliegende Form des Verwaltungsberichts kritisiert worden. Die GPK durfte nun mit Befriedigung feststellen, dass sich das Layout positiv geändert hat und ist überzeugt, dass der Weg nun gefunden ist. Da und dort dürfte die Rubrik "Ausblick" vielleicht noch etwas ausführlicher werden.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 7 : 0 Stimmen, den Verwaltungsbericht 2009 zu genehmigen. Die KSF empfiehlt dem Parlament ebenfalls, jenen Teil des Verwaltungsberichts 2009 zur Genehmigung, für den sie verantwortlich ist.

## **Direktion Bildung und Soziales (DBS)**

**GPK-Referent Christoph Salzmann (SP):** Zur Abteilung Soziales und Vormundschaft: Die Sozialberatung legt grossen Wert auf Controlling. Zusätzlich zum ordentlichen Controllingverfahren durch den Direktionsvorsteher, Gemeinderat Ueli Studer, ist auch 2009 Frau Lanker (ehemalige Leiterin des Sozialdienstes der Stadt Bern) mit der Revision einer Stichprobe von Dossiers betraut worden. Ihre Empfehlungen werden jeweils umgesetzt. Die KSF hat ausführliche Antworten über die Analyse zum Pilotprojekt Sozialinspektoren erhalten. Die Ergebnisse werden im Rahmen einer Organisationsentwicklung aufgenommen. In der aktuellen Sozialhilfemissbrauchsdiskussion wird leider oft der Fakt vergessen, dass der Primärauftrag der Sozialberatung die Integration der Sozialhilfeempfangenden ist. Die Begleitung dieser Personen in die Unabhängigkeit ist für die Entlastung der Sozialbudgets verantwortlich.

Abteilung Alter Jugend und Gesundheit: Hier hat mich das Thema Suchthilfe und Prävention beeindruckt. Kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat die Gemeinde Köniz eine Suchtberatungsstelle eingerichtet, die personell mit der Jugend- und Familienberatung verknüpft ist. Im Zusammenhang mit der Kantonalisierung der Suchtberatung ist mit der BEGES (Berner Gesundheit) abgesprochen worden, dass die Gemeinde Köniz einen selbstständigen Stützpunkt aufrechterhalten kann. Das bedingt eine enge Koordination mit der kantonalen Stelle. Erleichtert wird diese zurzeit dadurch, dass Gemeinderat Ueli Studer Präsident der BEGES ist. Eine eigene Beratungsstelle, ist uns gesagt worden, hat den Vorteil von grosser Nähe zur Könizer Sozialberatung und zu den Schulen.

Abteilung Bildung und Sport: 2009 hat der Ausbau der Tagesschulen begonnen, deren Organisation und Betrieb gemäss dem kantonalen Gesetz Aufgabe der Gemeinde wird. Über die positiven Auswirkungen auf die Kinder und das Schulklima sind in den Protokollen der Verwaltungsbesuche interessante Ausführungen vorhanden. Der vor einigen Minuten durch das Parlament bewilligte Nachkredit zeugt vom grossen Erfolg der Tagesschulen.

## **Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF)**

**GPK-Referent Rolf Zwahlen (EVP):** Ergänzend zum Verwaltungsbericht 2009 mache ich auf folgende mir wichtige Erkenntnisse aus den Verwaltungsbesuchen aufmerksam: In fast allen Abteilungen ist 2009 intensiv an der Umsetzung des Modells "köniz.fünf" gearbeitet und damit die reibungslose Umsetzung per 1. Januar 2010 ermöglicht worden. Leider ist der interne Aufwand für das grosse Projekt generell nicht erfasst worden. Im Nachhinein kann deshalb nicht mehr eruiert werden, welche Kosten durch die Reorganisation ausgelöst worden sind. Im Vorfeld der Abstimmung sind Kostenschätzungen vorgenommen und kommuniziert worden. Ob diese eingehalten werden konnten, wird man nun leider nie erfahren. Wir dürfen gespannt den Bericht des Gemeinderats zu den geschätzten Einsparungen erwarten.

Über das Projekt "Modernes Personalrecht" haben wir uns detailliert informieren lassen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass daran sehr intensiv gearbeitet worden ist und wird. Das Projekt, das ab August 2010 durch eine parlamentarische Spezialkommission begleitet wird, erscheint mir für die Zukunft von Köniz ausgesprochen wichtig. Die Vorarbeiten sind auf einem guten Stand und das Projekt ist weiterhin gut unterwegs. Wir hoffen, dass auch die weiteren Schritte termingerecht umgesetzt werden können. Erwähnenswert sind in meinen Augen die Fluktuationsraten auf Seite 27 im Anhang zum Verwaltungsbericht. Die totale Fluktuationszahl ist mit grosser Vorsicht zu betrachten und nicht vergleichbar mit Fluktuationszahlen aus der Privatwirtschaft. Ein sehr hoher Anteil betrifft die Rubrik "Ablauf der Verträge". Darin sind unter anderen enthalten: Lernende, die ihre Lehre beenden, Praktikumsstellen, deren Dauer abläuft, privatrechtlich befristet angestellte Mitarbeitende und Umwandlungen von befristeten in unbefristete Stellen. Wirklich relevant ist die Zahl in der Rubrik "Kündigungen durch Mitarbeitende", die erfreulicherweise von 8,4 Prozent im Jahr 2008 auf 4,7 Prozent gesunken ist.

Wie und durch wen wird Köniz im Krisenfall regiert? Diese Frage ist mir dieses Jahr zum ersten Mal aufgefallen, obwohl ich bereits langjähriges Parlamentsmitglied bin. Antworten dazu sind auf Seite 15 in Punkt 1.3 des Verwaltungsberichts 2009 zu finden. Aufgrund von durchgeführten Rapporten und Übungen ist erkannt worden, dass bei der Führungsunterstützung eine kleine Schwäche vorhanden ist. Die Führungsunterstützung kann nicht über längere Zeit hinweg im Dreischichtbetrieb gewährleistet werden. Diese kleine Schwäche sollte möglichst verhältnismässig und vor allem möglichst rechtzeitig behoben werden.

## Direktion Planung und Verkehr (DPV)

**GPK-Referentin Erica Kobel-Itten (FDP):** An zwei Tagen im Mai sind Hansueli Pestalozzi und ich von Gemeinderätin Katrin Sedlmayer und ihrem Team empfangen worden. Anlässlich von zwei offenen und informativen Gesprächen sind die von uns gestellten Fragen umfassend und mit Hintergrundinformationen beantwortet worden. Allgemein aufgefallen sind uns dabei die saubere Zielformulierung in der Verwaltung und die Transparenz, die eine grundsätzliche Überprüfbarkeit sehr vereinfachen. Als sehr positiv hat sich auch die Entspannung in der Personalsituation in allen drei Abteilungen erwiesen, die anlässlich des letzten Verwaltungsbesuches einen etwas höheren Diskussionsbedarf ergeben hatte. Die Reorganisation im Bauinspektorat ist soweit abgeschlossen, dass sich auch in diesem Bereich eine Entspannung ergeben hat.

Anlässlich unserer ersten Sitzung haben wir die Geschäfte und die Tätigkeiten der Abteilung Verkehr und Unterhalt, die in der Zuständigkeit von Hansueli Pestalozzi liegen, diskutiert. Ich darf hier an seiner Stelle kurz Bericht erstatten: Neben der Diskussion über die aktuellen Geschäfte ist vor allem positiv aufgefallen, dass die Abteilung Verkehr und Unterhalt in Zukunft ein Betriebs- und Gestaltungskonzept erarbeiten will bevor Sanierungen von Hauptverkehrsachsen realisiert werden. Damit soll einem der Hauptanliegen des neuen gemeinderätlichen Leitbilds – der Gestaltung des öffentlichen Raums – bessere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ein weiteres Augenmerk muss auf die Lärmsanierung gerichtet werden, die in der Gemeinde Köniz bis 2018 abgeschlossen sein sollte, weil nur bis zu diesem Zeitpunkt Bundessubventionen abgeholt werden können. Das würde für die Gemeinde jedoch bedeuten, dass jährliche Investitionen von ca. 350'000 Franken ins jeweilige Budget aufgenommen werden müssen, was eine zusätzliche Belastung bedeutet. Nach der Rückweisung der Umgestaltung der Wabersackerstrasse haben zwei Verkehrsplanungsexperten für je 3'500 Franken ein Kurzgutachten erstellt. Eine provisorische Lösung ist auf der Wabersackerstrasse markiert worden. Die daraufhin erfolgte Erfolgskontrolle löste wiederum Kosten von 5'000 Franken aus. Damit sind zusätzlich total 12'000 Franken für die Planung der Neugestaltung der Wabersackerstrasse ausgegeben worden. Leider haben unsere Fragen in Bezug auf die Zunahme des öffentlichen Verkehrs noch nicht beantwortet werden können. Das kann unter Umständen heute der Fall sein.

Gegenstand des zweiten Verwaltungsbesuchs waren die Planungsabteilung und das Bauinspektorat, die durch mich betreut werden. Die Planungsabteilung war und ist durch die beiden grossen Projekte, die Tramlinie 10 und die Ortsplanungsrevision, stark belastet. Trotz dieser zusätzlichen Arbeitsbelastung konnte die Mehrbelastung aufgefangen werden und die Mitarbeitenden sind sehr motiviert, da es sich, wie erklärt worden ist, um sehr spannende und motivierende Projekte handelt. Im Bereich Siedlungsentwicklung hätten wir uns konkretere Angaben zu den nächsten Schritten oder zum weiteren Vorgehen bei konkreten Projekten gewünscht. Diese Anregungen sind entgegengenommen worden und werden im nächsten Bericht umgesetzt. Wir liessen uns über den Stand von Projekten informieren, hier vor allem über die Projekte "Bläuacker 2. Etappe" und über das Grundstück im Übergang vom Brühlplatz zum Liebefeld-Park. Beide Projekte haben einen grossen Mangel: Noch sind keine konkreten Investoren in Sicht.

Im Bauinspektorat sind wir vor allem über die Reorganisation informiert worden. Im Jahr 2009 hat in der Leitung ein Generationswechsel stattgefunden. Die Reorganisation ist nun beendet und gemäss neusten Informationen läuft es wieder rund. Im Speziellen liessen wir uns über die Arbeit und die Tätigkeit der Bau- und Planungskommission orientieren.

Ebenfalls mit grossem Interesse haben wir den Ausführungen von Gemeinderätin Katrin Sedlmayer über die nun vorhandenen konkreten Führungsinstrumente in der Direktion Planung und Verkehr zugehört. Diese Führungsinstrumente versprechen bei einer effektiven Umsetzung eine geordnete und strukturierte Entwicklung in der Direktion.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke Erica Kobel-Itten für ihre ausgezeichneten Ausführungen und ihr sowie Hansueli Pestalozzi für den Verwaltungsbesuch und die interessanten Fragen zu diesem Anlass. Auch ich habe die Gespräche als sehr offen erlebt. Die Frage über die Zunahme des öffentlichen Verkehrs konnte ich anlässlich des Verwaltungsbesuchs noch nicht beantworten. Wir gehen davon aus, dass es sich tatsächlich um eine Zunahme handelt. Die von den BLS inzwischen zur Verfügung gestellten Zahlen müssen jedoch zuerst aufbereitet werden und jene von BERNMOBIL erhalten wir nach den Sommerferien.



## Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**GPK-Referentin Stephanie Staub-Muheim (SP):** Die Direktion Sicherheit und Liegenschaften ist von Christoph Salzmann und mir besucht worden. Die Zusammenführung der Abteilung Sicherheit und der Liegenschaftsverwaltung zur neuen Direktion Sicherheit ist in meinen Augen sehr gut. Diese beiden Abteilungen haben grossen Zusammenarbeitsbedarf, siehe z. B. Traktandum 6, Liegenschaft Sägestrasse 67.

Einige Highlights: Bei den Einwohnerdiensten wurden die Schweizer Bürgerinnen und Bürger bisher an anderen Schaltern bedient als die ausländischen. Diese Trennung ist aufgehoben worden und alle fünf Schalter sind nun offen für alle Einwohnenden von Köniz. Dadurch ist eine hohe Kundenzufriedenheit entstanden. Die Könizer Regelung in Bezug auf die Einbürgerungskommission kann beibehalten werden, d. h. die Einbürgerungskommission stellt einen ersten Kontakt her und befragt die Einbürgerungswilligen in einer ersten Runde.<sup>2</sup> Entstehen dabei Probleme, wird das Einbürgerungsgesuch durch Gemeinderat Urs Wilk weiter bearbeitet. Die Kontrollen im ruhenden Verkehr haben zu Mehreinnahmen von 50,6 Prozent geführt und die Leistungsvereinbarung mit der Kantonspolizei hat sich bewährt.

Wir haben die Frage gestellt, was der Begriff "Exmission" bedeutet. Dabei handelt es sich um den wahrscheinlich grössten Eingriff des Staates in die Privatsphäre der Bürger. Das Polizeiinspektorat – allenfalls in Begleitung der Kantonspolizei - vollstreckt bei säumigen Mietern die durch das Zivilgericht angeordnete Zwangsräumung einer Wohnung. Dieser Prozess ist sehr aufwändig und mit hohen Kosten verbunden. Die Zunahme der Exmissionen ist durch die Wirtschaftskrise bedingt.

Die blaue Zone ist noch nicht überall flächendeckend eingeführt worden, sie wird in die Legislaturplanung 2010 – 2013 aufgenommen.

Der Eingangsbereich der Badeanlage Weiermatt wird neu geplant. Auch die Badeverordnung wird revidiert. Dies aufgrund des Umstands, dass mit der geltenden Verordnung Kinder bereits ab 6 Jahren die Badeanlage ohne Begleitung von Erwachsenen besuchen können und dadurch das Personal oft als Hütedienst auftreten muss.

Abteilung Gemeindebauten: Die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Steinhölzli war das Highlight dieser Abteilung. Die Ausquartierung der Schulkinder und des Lehrpersonals klappte gut und war kostensparend. Die Schule wird nach den Sommerferien 2010 bezugsbereit sein und am 17. März 2011 erfolgt die offizielle Einweihung. Ob für den Unterhalt der Schulanlagen für das Jahr 2010 wie im Jahr 2009 1,1 Millionen Franken zur Verfügung stehen werden, hängt mit dem Budget und den Investitionen zusammen. Dasselbe gilt für die Investitionen und die Werterhaltung, wo 2009 12 Millionen Franken budgetiert waren. Als grosses Projekt wird die Sanierung des Lehrschwimmbeckens Niederwangen zu Buche schlagen.

Das Regionale Ausbildungszentrum (RAZ) hätte dringende bauliche Investitionen tätigen sollen. Da aber 33 Vertragsgemeinden daran beteiligt sind, ist die Realisierung dieses Projekts nicht sehr einfach.

Uns ist versprochen worden, dass die Energiebuchhaltung im nächsten Jahr auf alle gemeindeeigenen Bauten ausgedehnt wird. Es erfolgt jedoch keine jährliche Auswertung eines jeden Objekts.

Beim Besuch der Liegenschaftsabteilung ist auf unsere entsprechende Frage hin erklärt worden, dass es sehr schwierig ist, günstige Wohnungen für Sozialhilfeempfangende zu finden. Die Gemeinde hat keine Sozialwohnungen im eigentlichen Sinn. Darunter versteht man Wohnungen, die zu nicht kostendeckenden Preisen vermietet werden und damit quersubventioniert werden müssten. Die Gemeinde arbeitet in diesem Bereich eng mit der Genossenschaft Wohnraum Köniz (GWK) zusammen. Auch das Angebot an günstigen Wohnungen für ältere Personen ist in der Gemeinde Köniz schwierig. Die Wohnungen in der Siedlung Hessgut waren nach der Sanierung sehr schnell wieder vermietet und die Warteliste ist bereits wieder lang.

Ich habe Ihnen ein Zahlenquiz auf die Pulte gelegt, das Sie bis zum Ende der Parlamentssitzung bitte ausfüllen wollen.

## Direktion Umwelt und Betriebe (DUB)

**GPK-Referent Andreas Lanz (BDP):** Die Direktion Umwelt und Betriebe ist durch Stephanie Staub-Muheim und mich besucht worden. Die Direktion umfasst die Abteilungen Gemeindebetriebe, Umwelt und Landschaft und den Dienstzweig Informatikzentrum. Sämtliche Spezialfinanzierungen der Gemeinde Köniz – mit Ausnahme der Feuerwehr – sind damit in einer Direktion zusammengefasst. 2009 ist der Dienstzweig Administration Umwelt und Betriebe

<sup>2</sup> An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

neu geschaffen worden; dies im Hinblick auf "köniz.fünf". Die dezentralisierten Sekretariate und administrativen Dienste sind in einen Dienstzweig zusammengefasst worden. Die neue Organisation hat sich bis anhin bewährt und Synergieeffekte konnten genutzt werden, z. B. bei Stellvertretungen.

Im Dienstzweig Geomatik konnte 2009 mit Energie Wasser Bern (ewb) eine Vereinbarung zur Nachführung von Werkdaten abgeschlossen werden. Gleiche Vereinbarungen sind bereits mit der BKW, der Swisscom und der Cablecom abgeschlossen worden. Heute bestehen mit allen wesentlichen Werkleitungsbesitzern auf dem Gemeindegebiet von Köniz entsprechende Vereinbarungen. Dank diesen Verträgen können beim Einmessen von neuen oder geänderten Werkleitungen Doppelspurigkeiten vermieden werden.

Ein leidiges Thema ist in der Gemeinde Köniz das Littering, das seit dem Jahr 2000 stark zu nehmend ist. Ein Beispiel ist die Filiale einer Schnellimbiss-Kette. Gemäss Baubewilligung hat das Unternehmen die Verpflichtung, angefallenen Abfall in der näheren und weiteren Umgebung auf eigene Kosten zu beseitigen. Diese Pflicht wird leider manchmal vernachlässigt und die Gemeinde muss immer wieder Ermahnungen aussprechen. Für 2010 ist hier eine Aussprache geplant, die hoffentlich für Besserung sorgen wird. Sollte keine Verbesserung eintreten, sollen Sanktionen ins Auge gefasst werden.

**Fraktionssprecherin Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Im Namen der SP/JUSO-Fraktion danke ich dem Gemeinderat und der Verwaltung herzlich für den informativen und guten Verwaltungsbericht 2009. Der Verwaltungsbericht mit Anhang ist auch für uns als Milizparlament gut lesbar. Die zusätzlich nachgelieferten Dokumente sprengen in meinen Augen den Rahmen etwas. Ich betone hier aber, dass wir die Verwaltung nicht nur bei der Genehmigung des Verwaltungsberichts loben wollen, sondern das ist uns auch während des Jahres ein wichtiges Anliegen. Wir setzen uns für gute und faire Arbeitsbedingungen für das Gemeindepersonal ein. Deshalb haben für mich handstreichartige Übungen, wie im Stadtrat von Bern geschehen, in Köniz absolut keinen Platz. Nebst dem Dank, hier die Zusicherung ans Personal, dass die SP/JUSO-Fraktion bei der anstehenden Revision des Personalrechts ein Partner sein wird, der sich für faire Bedingungen einsetzt.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Auch wir Grünen haben zur Kenntnis nehmen dürfen, dass die GPK und die KSF den Verwaltungsbericht sehr gründlich geprüft haben. Die vertraulichen Protokolle der Verwaltungsbesuche sind für uns Parlamentsmitglieder nützlich für die weitere Arbeit. Es sind keine schlafenden Hunde gefunden worden. Im Gegenteil, wir haben uns alle von einer starken Leistung des Gemeinderats und der Verwaltung für die Gemeinde Köniz überzeugen können. Wir danken herzlich.

Wer wissen will, was in der Gemeinde Köniz getan wird und geplant ist, hat mit dem Verwaltungsbericht einen guten Ein- und Überblick. Wir haben über das neue Konzept des Verwaltungsberichts diskutiert, das mehrheitlich auf Zustimmung gestossen sind. Die thematischen Titel pro Ziffer ermöglichen grundsätzlich eine gezielte Lektüre. Allerdings ist trotzdem die Frage aufgetaucht, ob es nicht doch möglich ist, einen gewissen übereinstimmenden Raster zu finden. Das könnte z. B. nützlich sein, wenn Aussagen, die thematisch zum Ausblick gehören, konsequent am Schluss der Darstellung aufgeführt sind. Teilweise vermisst worden ist ein gut sichtbarer Vergleich mit gesteckten Zielen, was sich vielleicht noch leicht verbessern liesse.

**Fraktionssprecherin Barbara Thür (GLP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion steht positiv zum Verwaltungsbericht 2009. Ich selber habe zum ersten Mal einen solchen Verwaltungsbericht gelesen und darf feststellen, dass er für mich sehr informativ, übersichtlich und verständlich ist, wenn auch der Ausblick manchmal etwas kurz geraten ist. Mir war vorher nicht bewusst, dass die Gemeinde so vieles tut, wie z. B. die Sanierung des Weihers im Ried, Niederwangen. Vieles im Verwaltungsbericht hat mich positiv überrascht, so auch die zunehmenden Besucherzahlen auf der Website der Gemeinde Köniz. Das scheint mir ein wichtiger Hinweis, dass die Leistungen der Gemeindeverwaltung nachgefragt werden. Die Gemeinde hat ein grosses Angebot, viele Anlaufstellen und grosse Aufgaben. Der Verwaltungsbericht zeigt, dass eine aktive, lösungsorientierte Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Bevölkerung vorhanden ist. Er zeigt auch, wie viel Arbeit in der Gemeinde anfällt, die ohne engagierte Mitarbeitende nie zu erledigen wäre. Er zeigt aber auch, dass Mitarbeitende für ihren Einsatz für ein gutes Angebot der Gemeinde Köniz oft nur die allernötigsten Mittel erhalten. Hier scheint ab und zu das Parlament auf die Bremse zu treten. Ich hoffe, dass die Mitarbeitenden der Gemeinde ihre Motivation und ihr Engagement auch bei knappen finanziellen Mitteln nicht verlieren.

**Fraktionssprecherin Elisabeth Rüegegger (SVP):** Vor uns liegt eine Gemeinschaftswerk aller Verwaltungsabteilungen der Gemeinde Köniz. Es handelt sich um eine informative, leicht lesbare und übersichtliche Auflistung des Jahres 2009. Die Tatsache, dass ein Verwaltungsbericht so spannend und unterhaltsam zu lesen ist, erstaunt mich stets von Neuem. Dahinter steckt eine Riesenarbeit. Deshalb danken wir dem Gemeinderat und ich bitte, diesen Dank an die Mitarbeitenden weiterzuleiten. Ein grosses Merci an die GPK und an die KSF. Sie haben gute Vorarbeit geleistet und wir sind dankbar, dass wir einen Einblick in die Protokolle der Verwaltungsbesuche der GPK erhalten haben.

Die SVP-Fraktion wird den Verwaltungsbericht einstimmig genehmigen, verbunden mit dem Dank an alle Beteiligten.

**Fraktionssprecherin Erica Kobel-Itten (FDP):** Im Namen der FDP-Fraktion bedanke ich mich für die grosse geleistete Arbeit. Vor einem Jahr haben wir erwähnt, dass sich der Gemeinderat gewisse Optimierungen überlegen soll. Das ist nun vorgenommen worden. Heute liegt ein sehr umfassender Verwaltungsbericht vor, der zwar in Beziehung auf Ausblick und nächste Schritte noch Optimierungsbedarf hat, alles in allem aber umfassend ist und Zukunftstendenzen aufweist. Noch mehr an diesem Bericht zu basteln, wäre übertriebener Verwaltungsaufwand. Die FDP-Fraktion wird den Verwaltungsbericht 2009 genehmigen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Der grosse Dank und das gute Zeugnis, das Sie der Verwaltung ausstellen, überwältigt mich. Der Gemeinderat und die Verwaltung sind stets bestrebt, im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Köniz effiziente und gute Dienstleistungen zu erbringen. Der Gemeinderat ist ebenfalls sehr beeindruckt über die Tiefe der Verwaltungsüberprüfung, die durch die GPK vorgenommen worden ist. Der Verwaltungsbesuch der GPK ist eine der wichtigsten Aufgaben der Legislative und diese Aufgabe wird in der Gemeinde Köniz sehr ernst genommen. Die Verwaltungsbesuche sind intensiv, aber fair und für den Gemeinderat aufschlussreich und interessant.

---

#### **Beschluss**

Der Verwaltungsbericht 2009 wird genehmigt.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

#### **5. Stellenbewirtschaftung**

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Mit einem Nachversand ist Ihnen die korrigierte Version des Antrags des Gemeinderats zugesandt worden. In der ersten Unterlage haben sich kleine Fehler eingeschlichen.

**GPK-Referent Rolf Zwahlen (EVP):** Die Umwandlung einer befristeten Stelle in eine unbefristete ist dann angezeigt, wenn sich als erwiesen zeigt, dass diese Stelle über längere Zeit und weiterhin notwendig ist. Die KSF und die GPK sind bei allen beantragten Stellen davon überzeugt. Vier Stellen – 2.1 bis 2.4 – betreffen soziale Aufgaben. In diesem Bereich sind die Fallzahlen leider steigend. Diese Stellen müssen zusätzlich noch von der GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion) bewilligt werden und werden dadurch via Lastenausgleich finanziert. Die Stellen 2.5 bis 2.7 betreffen den Bereich Weiterbildung und Beschäftigungsprogramm. Auch hier ist der Bedarf weiterhin gegeben. Finanziert werden diese Stellen über die Beiträge, welche der Kanton über die GEF pro Programmplatz ausrichtet, im Maximum für 76 Teilnehmende. Die Notwendigkeit der Aufstockung der Stellenprozente für die Hauswartung des Schlossareals wird nicht bestritten. Weil neu auch die Liegenschaft Rosstall durch diese Stelle betreut werden soll, prüft der Gemeinderat zurzeit eine eventuelle Kostenbeteiligung vonseiten der Rosstallbetreiber. Die Stellenaufhebungen von total 175 Stellenprozenten waren in der GPK unbestritten und sie empfiehlt Ihnen mit 7 : 0 Stimmen die Annahme des Antrags des Gemeinderats.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP):** Die FDP-Fraktion bezweifelt nicht, dass insbesondere im Sozialbereich ein Mehrbedarf an Personal notwendig ist. Wir bezweifeln auch nicht, dass aufgrund äusserer Umstände in bestimmten Bereichen der Gemeindeverwaltung immer wieder ein Mehrbedarf an Stellen vorhanden ist. Der Mechanismus, zuerst befristete Stellen zu schaffen und diese dann dem Parlament zur Umwandlung in unbefristete Stellen vorzulegen, ist korrekt und mag sinnvoll sein. Dies soll aus unserer Sicht jedoch jeweils im Rahmen einer Gesamtschau erfolgen. Was meine ich damit? Prinzipiell stellt sich die Frage, ob ein Stellenplus in der einen Abteilung – wo der Mehrbedarf nachgewiesen ist – nicht obligatorisch durch Stellenabbau in einer anderen Abteilung zu kompensieren ist. Ich spreche somit von internen Stellenverschiebungen. Das wird teilweise auch vorgenommen. So bewilligen wir heute, weil 175 Stellenprozente abgebaut werden, "netto" 225 Stellenprozente. Wir sprechen aber trotzdem über einen Betrag von 200'000 bis 250'000 Franken. Können diese Stellenprozente wirklich nicht intern kompensiert werden? In meinem beruflichen Umfeld an öffentlichen Spitälern werden schon seit längerem Stellen gestrichen und Prozesse optimiert. Wenn in einem Bereich mehr Stellen notwendig sind, müssen diese betriebsintern kompensiert werden. Solche Kompensierungen sollen auch in der Gemeindeverwaltung vermehrt angewandt werden. Es wird zwar bereits gemacht, aber wir sind der Meinung, es liege noch mehr drin. Gemeindepräsident Luc Mentha hat angedeutet, dass in den einzelnen Direktionen für das Budget 2011 eine Sparrunde kommen wird. In diesem Zusammenhang werden das neue Personalreglement wie insbesondere der Bericht zur Reorganisation von sieben auf fünf Gemeinderäte von Bedeutung sein. Wir erwarten, dass sich die Reorganisation auch im Stellenplan niederschlagen wird.

Die FDP-Fraktion stimmt trotz den erwähnten Punkten der Umwandlung der aufgeführten befristeten in unbefristete Stellen zu.

**Fraktionssprecher Martin Graber (SP):** Die Begründungen für die Umwandlung von 400 befristeten Stellenprozente in unbefristete sind gemäss unserer Ansicht richtig. Leider haben wir hier relativ wenig Handhabe für Änderungen, da der grösste Teil auf die Tatsache der Zunahme von Fällen im Sozialbereich zurückzuführen ist. Der zweite Teil, die Aufhebung von Stellen, ist uns aber auch wichtig. Diese Aufhebungen von Stellen im Bereich Quellensteuer und ID- und Passausgaben zeigen auf, dass Stellen gestrichen werden, sobald die Aufgaben wegfallen. Aus unserer Sicht ist aber viel wichtiger, wie bei Stellenabbau konkret vorgegangen wird. Uns ist glaubhaft versichert worden, dass in diesem Bereich sehr sorgfältig gearbeitet worden ist und für die betroffenen Mitarbeitenden gute Lösungen gesucht worden sind. Vorsichtiger Umgang mit dem Personal wird sich durch Arbeitsplatzzufriedenheit und dadurch bessere Leistungen auszahlen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Die Überlegungen von Hanspeter Kohler sind durchaus prüfenswert. Wir nehmen seine Hinweise ernst. In Zeiten von Finanzknappheit ist es grundsätzlich richtig, sich die Frage zu stellen, ob notwendige Stellenschaffungen intern kompensiert werden können. Ich signalisiere durchaus Verständnis für das Anliegen, ob es aber in jedem Fall und immer durchgezogen werden kann, ist bei jedem Einzelfall zu prüfen. Hanspeter Kohler hat die ungefähren Kosten für die Stellenschaffungen angegeben. Ich weise darauf hin, dass der Stellenausbau in der Sozialberatung zu über 90 Prozent über den Lastenausgleich refinanziert ist und dass die Stellen – Ziffer 2.5 bis 2.7 – Beschäftigungsprogrammstellen sind, die über Betriebskostenbeiträge vollumfänglich abgedeckt sind, die wir vom Kanton erhalten. Bei den Stellenaufhebungen teile ich wahrheitsgemäss mit, dass beispielsweise bei der Quellensteuer das Gehalt nicht eingespart werden kann, weil der Ertrag, den wir vom Kanton für die Erfüllung dieser Aufgabe erhalten haben, wegfällt. Insgesamt wird sich an unserem Finanzhaushalt, auch wenn Sie den vorliegenden Antrag bewilligen, unter dem Strich nichts erheblich verändern.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Hanspeter Kohler hat angesprochen, dass neu geschaffene Stellen in der einen Abteilung durch Kompensierung in anderen Abteilungen möglichst kostenneutral erfolgen sollen. Ich verstehe dieses Anliegen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite muss ich festhalten, dass der Bereich DWB (Dienstzweig Weiterbildung und Beschäftigung) eine freiwillige Aufgabe der Gemeinde ist. Wir verfügen hier über einen Leistungsvertrag mit dem Kanton, durch den diese Aufgabe finanziert wird. Für die Gemeinde Köniz ist es jedoch enorm wichtig, dass ein solches über Jahre aufgebautes Angebot vorhanden ist. Damit können Sozialhilfeempfangende direkt von den Sozialdiensten der Gemeinde Köniz in die Beschäftigungsprogramme gewiesen werden. Das erleichtert die Arbeit der Sozialarbeitenden wesentlich. Die beantragten Umwandlungen von befristeten in unbefristete Stellen hängt damit zusammen, dass wir in Konkurrenz mit anderen Anbietern von

Beschäftigungsprogrammen stehen. Wir wollen anlässlich der Verhandlungen mit der GEF vorweisen können, dass die entsprechenden Stellen besetzt sind. Der Betrieb des DWB wäre ausserdem ohne die Besetzung der Stellen betriebswirtschaftlich nicht dementsprechend zu führen. Im Endeffekt – dies sei der Transparenz wegen festgehalten – ist die Aufgabe in Bezug auf die Beschäftigungsprogramme freiwillig. Der Gemeinderat hat die Auflage gemacht, dass der DWB kostendeckend zu führen ist und ich halte nochmals fest, dass die Wirkung für die Sozialhilfeempfangenden enorm ist.

---

### Beschluss

Die Umwandlung der folgenden befristeten öffentlich-rechtlichen Stellen in unbefristet öffentlichrechtliche Stellen nach Art. 4 Abs. 1 des Personalreglements wird beschlossen:

	Direktion/ Abteilung	Richtfunktion	Stellen- %	Bewilligung Stelle	Ablauf Bewilligung	Umwand- lung per
2.1	DBS / ASV	Sachbearbeitung im sozialen Bereich (LK 9)	40%	05.04.2006	31.03.2011	01.04.2011
2.2	DBS / ASV	Sachbearbeitung im sozialen Bereich (LK 9)	100%	30.03.2005	31.03.2011	01.04.2011
2.3	DBS / ASV	Sachbearbeitung im sozialen Bereich (LK 9)	40%	05.04.2006	31.03.2011	01.04.2011
2.4	DBS / ASV	Höhere Sachbearbeitung im sozialen Bereich (LK 10)	30%	05.04.2006	31.03.2011	01.04.2011
2.5	DBS / ASV	Gruppenleitung (LK 10)	100%	16.11.2005	31.12.2011	01.01.2012
2.6	DBS / ASV	Administrative Sachbearbeitung (LK 6)	20%	16.11.2005	31.12.2011	01.01.2012
2.7	DBS / ASV	Administrative Sachbearbeitung (LK 7)	20%	16.11.2005	31.12.2011	01.01.2012
2.8	DSL / LV	Berufsarbeit (LK 7)	50%	23.06.2004	31.07.2010	01.08.2010

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

### Beschluss

Das Parlament beschliesst die Aufhebung der folgenden Stellenprozente:

	Direktion/ Abteilung	Richtfunktion	Stellen- %	Abbau per
3.1	DPF / FA	Fachspezialist/in (LK 11)	100%	01.04.2010
3.2	DSL / ASI	Administrative Sachbearbeitung (LK 6)	70%	31.03.2010
3.3	DUB / GBET	Technische Sachbearbeitung (LK 6)	5%	01.01.2010

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

## 6. Liegenschaft Sägestrasse 65: Anpassung Büroräume für Direktion Bildung und Soziales

Kredit und Mietvertrag; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**GPK-Referentin Stephe Staub-Muheim (SP):** Die Ausgangslage stellt sich wie folgt dar: Die Direktion Bildung und Soziales (DBS) ist zurzeit in sieben Gebäuden untergebracht. Das Haus am Sonnenweg 17 wird im Zusammenhang mit der Überbauung Bläuacker 2. Etappe mittelfristig abgerissen. 2009 ist die Amtsvormundschaft an den Sonnenweg 17 verlegt worden, d. h. sie hat nun zwei Standorte – am Sonnenweg 17 und an der Schwarzenburgstrasse 260. Dass damit keine zügige Zusammenarbeit erfolgen kann, ist klar. Durch das Auseinandernehmen der Abteilung in verschiedene Häuser ist die Sicherheit stark vermindert. Die Standorte Schwarzenburgstrasse 260, 263 und 265 weisen ausserdem strukturelle Mängel auf. Die Toilettenanlagen haben z. B. seit längerem Sanierungsbedarf. Eine dauernde Umstellung auf einen Schleusenbetrieb, was in diesem Bereich ein Muss sein sollte, ist nicht möglich und für weitere Anpassungen und Erweiterungen ist kein Platz mehr vorhanden. Es herrscht akute Platznot, die sich aufgrund der Finanzkrise noch verschärfen wird. Immer mehr Sozialfälle müssen bearbeitet und zusätzliche Aufgaben erledigt werden. Zurzeit sind total 85 Personen an vier Standorten untergebracht. Durch die Zunahme der Fallzahlen sind Arbeitsplätze zum Teil doppelt belegt, was in Spitzenzeiten zu Problemen führen kann. Die Korridore und Sitzungszimmer sind in provisorische Büros umgestaltet worden, wodurch wiederum Sitzungszimmer fehlen und die Sicherheit durch die Reduktion der so genannten Verkehrsfläche infrage gestellt ist.

Aus all diesen Gründen hat man nach einem anderen, besser geeigneten Objekt Ausschau gehalten. Dieses Objekt ist mit drei Ebenen an der Sägestrasse 65, bei der Firma Heiniger Kabel AG, gefunden worden. Die Vorteile des neuen Standorts: Die zentrale Lage direkt neben dem Bahnhof Köniz. Die Standorte der DBS werden halbiert, d. h. es gibt noch deren drei. Die Dienstleistungen sind unter einem Dach. Die Schalteranlagen sind zeitgemäss und dadurch verbessert sich die Sicherheit. Die Mietkonditionen an zentraler Lage sind günstig. Die bisher vorhandene Fläche wird um 20 Prozent erhöht. Pro Arbeitsplatz sind neu ca. 25 m<sup>2</sup> vorhanden, d. h. es bestehen noch Ausbaumöglichkeiten. Durch den Wegfall der räumlichen Distanz entstehen kürzere Informationswege, höhere Effizienz – weniger Schnittstellen – und eine verbesserte Führung, da sich die Mitarbeitenden an einem Ort befinden. Am neuen Standort sind folgende Anpassungen vorzunehmen: Der Empfang benötigt eine bedürfnisgerechte Schalteranlage mit erhöhten Sicherheitsanforderungen, d. h. ein permanenter Schleusenbetrieb wird eingerichtet. Was heisst das genau: Beim Eingang muss ein permanenter Arbeitsplatz für eine erste Triage eingerichtet sein. Die Büroeinteilung wird angepasst, d. h. die Einzelbüros enthalten Besprechungstische, wofür grössere Büros notwendig sind. Der Einbau von Schallschutz ist ebenso notwendig wie die Anpassungen der Elektroinstallationen und der Informatikverkabelungen. Zum Mietvertrag: Wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von 454'000 Franken sind zu tätigen. Berücksichtigt man die feste Mietdauer von 10 Jahren plus 5 Jahre Verlängerungsmöglichkeit, schreibt man die Investitionen innert 10 Jahren ab und verzinst das halbe Kapital angemessen, ergeben sich Kosten von ca. 210 Franken pro m<sup>2</sup> (plus Nebenkosten). Als Vergleich die Kosten der Sägestrasse 79: Der Quadratmeterpreis beträgt dort 215 Franken pro m<sup>2</sup> zuzüglich den Mieterausbau, was einen Endpreis von rund 320 Franken pro m<sup>2</sup> ausmacht. Die Kosten für das Gebäude Sägemattstrasse 1 würden rund 300 Franken pro Quadratmeter betragen. Eine Rückgabe des Mietobjekts im damaligen Zustand, d. h. ohne Verpflichtung zum Rückbau der von der Vermieterin bewilligten Änderungen ist möglich und ausserdem besteht die Möglichkeit zur Untervermietung. Es handelt sich um eine optierte Liegenschaft, d. h. sie unterliegt der Mehrwertsteuer, die von der Gemeinde via Eidgenössische Steuerverwaltung zurückgefordert werden kann. Die Details des Anpassungskredits in der Höhe von 1,1 Millionen Franken können den Unterlagen entnommen werden. Die Kostenfolgen für die baulichen Massnahmen im Sicherheitsbereich sind grösser als bei einem normalen Umbau von Büros. Der Nachkredit von 225'000 Franken wird mit verschiedenen verschobenen Projekten aus der laufenden Investitionsrechnung kompensiert. Zur Weiterverwendung der bisher gemieteten Lokalitäten: Das Gebäude Schwarzenburgstrasse 260 ist im Besitz der Pensionskasse des Gemeindepersonals und müsste wieder vermietet oder verkauft werden. Das betrifft die Gemeinderechnung nicht. Die Gebäude Schwarzenburgstrasse 263 und 265 sind auf allen Stockwerken miteinander verbunden. Das Gebäude 263 ist in Privatbesitz, das Gebäude 265 gehört der Gemeinde Köniz. Die Gemeinde hat Gespräche mit den Privateignern aufgenommen, um über einen eventuellen Verkauf der Liegenschaften zu

verhandeln. Bei einem allfälligen Verkauf könnte ein grosser Teil der beantragten Kredite refinanziert werden. Das Gebäude am Sonnenweg 17 gilt als so genanntes Abbruchobjekt im Zusammenhang mit der Überbauung Bläuacker 2. Etappe. Eine Kurzmietdauer von 2 bis 3 Jahren ist jedoch noch möglich. Der Quadratmeterpreis dafür beträgt 80 bis 100 Franken. In diesem Geschäft sind drei einmalige Faktoren zu berücksichtigen: An solch zentraler Lage ist kein anderes verfügbares Objekt zu diesem günstigen Preis vorhanden. Um eine etwaige Zentrumsentwicklung positiv zu beeinflussen, wäre ein Umzug aus den Gebäuden Schwarzenburgstrasse 260, 263 und 265 die richtige Lösung.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Hans Moser (SVP):** Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft trotz der hohen Kosten wohl oder übel in allen drei Punkten zustimmen. 1,2 Millionen Franken sind sehr viel Geld für eine Investition dieser Art und für nur 10 Jahre. Es bleibt zu hoffen, dass weitere 5 Jahre Mietdauer hinzukommen, damit können die Investitionen auf eine längere Dauer aufgeteilt werden. Der Mietpreis ist mit 210 Franken pro m<sup>2</sup> akzeptabel, die Kosten für den Umbau sind jedoch hoch. Da die bestehenden Büroräume nicht umgebaut werden müssen, können aber Einsparungen generiert werden. Wir sehen die Notwendigkeit und unterstützen die Zusammenlegung der im Geschäft genannten Abteilungen sowie dem Direktionsvorstehenden in ein Gebäude. Wir unterstützen auch den Umbau für die Stärkung der Sicherheit im Gebäude, was zu einem ruhigen und sicheren Arbeitsablauf in den Büros führen und eine Leistungs- und Effizienzsteigerung zur Folge haben wird. Richtig ist auch die Feststellung, dass direkte Gespräche zwischen Klientschaft und Sozialberatung in separaten Räumlichkeiten geführt werden sollen. Schade nur, dass mit dem vorliegenden Geschäft lediglich ein Teilziel erreicht wird. Es ist zu hoffen, dass dereinst alle Abteilungen der DBS – ausgenommen die kundenintensive Abteilung AHV, die ihren Sitz aus diesem Grund im Gemeindehaus Bläuacker hat – zusammengefasst werden können.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Die bestehende Raumsituation, mit der die Dienstzweige Sozialberatung und Amtsvormundschaft vorlieb nehmen müssen, ist seit geraumer Zeit angespannt, wenn nicht sogar desolat. Für die SP/JUSO-Fraktion ist mit dem gut dokumentierten Antrag des Gemeinderats gut nachvollziehbar, dass die Arbeitsbedingungen mehr als suboptimal sind. Verkehrsflächen und Sitzungsräume müssen als Büroräume genützt werden. Die Sicherheit entspricht den heutigen Anforderungen keineswegs mehr. Notwendige Fluchtwege sind verstellt und eingeengt. Auf die sich abzeichnenden notwendigen personellen Erweiterungen infolge der Wirtschaftskrise können die Sozialdienste aus raumtechnischen Gründen nicht mehr angemessen reagieren. Die Führungsarbeit ist durch lange Wege erschwert. Das beinhaltet auch die schnelle Weitergabe von Fachkenntnissen, die auf kurze Wege angewiesen ist. Der Handlungsbedarf ist für die SP/JUSO-Fraktion gegeben und durch den Gemeinderat gut dokumentiert worden.

Es stellt sich nun die Frage, ob der Gemeinderat eine gute Lösung gefunden hat. Wie Hans Moser gesagt hat, wäre das Ziel, die DBS – mit einer Ausnahme – unter ein gemeinsames Dach zu nehmen. Das Ziel ist sinnvoll, leider aber die Taube auf dem Dach. Der uns vorliegende Vorschlag ist in unseren Augen der Spatz in der Hand. Weshalb? Es gelingt der DBS damit, drei Standorte zusammenzulegen und sich auf fünf Standorte zu konzentrieren. Es ist möglich, ein sehr zentrales Gebäude anzumieten, das mit der S-Bahn und sogar drei Buslinien bestens durch den öffentlichen Verkehr erschlossen ist. Das ist wichtig für die Klientschaft. Die angestrebte Vereinfachung der Abläufe kann für die Sozialdienste und die Amtsvormundschaft sinnvoll erreicht werden. Die Sicherheitssituation kann markant verbessert werden. Ein permanenter Schleusenbetrieb kann eingerichtet und die Schalteranlagen können anforderungsgerecht gestaltet werden. Uns scheinen die Raumaufteilung und die gewählte Bauweise sinnvoll, um flexibel auf neue Bedürfnisse reagieren zu können. Dieser Punkt ist der SP/JUSO-Fraktion wichtig, weil wir uns hier in einem variablen, sich verändernden Aufgabenfeld bewegen, wo wir am Ball bleiben wollen, auch baulich. Auch für die SP/JUSO-Fraktion sind die Kosten ein Knackpunkt. Sie scheinen auf den ersten Blick hoch. Investitionskosten von 1,2 Millionen Franken, jährliche Mietkosten von mehr als 400'000 Franken, ein Nachkredit von über 200'000 Franken; wie viele neue Kitaplätze könnten damit finanziert werden? Hier soll aber nicht Wichtiges gegen Ernsthaftes ausgespielt werden, es gilt, die Kosten ins Verhältnis mit Vergleichbarem zu setzen. Dabei zeigt sich, dass hier eine gute Lösung gefunden worden ist. Die Kosten liegen deutlich tiefer als bei vergleichbaren Liegenschaften und dies erst noch in einem Gebäude, das sich bestens für diese Art von

Dienstleistungen eignet. Köniz macht hier ein gutes Geschäft. Die Argumente und Überlegungen des Gemeinderats haben die SP/JUSO-Fraktion überzeugt. Es besteht Handlungsbedarf, das Parlament hat eine gute Lösung auf dem Tisch. Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP):** Im Bericht ist festgehalten, dass der Handlungsbedarf gegeben ist. Um produktiv und motiviert arbeiten zu können, sind Verbesserungen des Arbeitsumfelds dringend notwendig. Ebenso wichtig ist aber, dass der Sicherheit der Sozialarbeitenden endlich Rechnung getragen wird, damit sie heikle Situationen unbeschadet überstehen. Die Investitionskosten sind mit 1,2 Millionen Franken hoch, aber vertretbar. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecherin Erica Kobel-Itten (FDP):** Die GPK-Referentin hat bereits in extenso festgehalten, um was es sich genau handelt und dem können wir grundsätzlich zustimmen. Wir wissen, dass Handlungsbedarf vorhanden ist. Die Frage ist nur, wie. Die FDP-Fraktion hat das hier vorliegende Geschäft lange und intensiv diskutiert. Eine Zusammenfassung von gewissen Abteilungen in ein zentrales Gebäude macht Sinn, das ist keine Frage. Rechtfertigt das aber z. B. die höheren Mietkosten oder die Tatsache, dass absolut keine Ausnützung von gewissen Synergieeffekten vorliegt, wie z. B. eine gewisse Stellenreduktion? Oder rechtfertigt das die zusätzlichen Aufwendungen für den Umbau von rund 1,2 Millionen Franken? Uns ist bewusst, dass die verlangte Miete grundsätzlich einem marktüblichen Zins entspricht und das Angebot gut ist. Ebenso ist uns klar, dass der vorliegende Standort optimal ist und erlaubt, die einzelnen Abteilungen bedürfnisgerecht und vor allem den Eingang den heutigen Sicherheitsvorkehrungen entsprechend einzurichten. Unschön ist aber die Tatsache, dass aus diesem Zusammenschluss eine höhere Miete resultiert und noch unschöner ist die Tatsache, dass die Umbaukosten relativ hoch sind. Wir müssen hier den Versprechungen Glauben schenken, dass es sich bei den Kostenberechnungen nicht um Zahlen handelt, die aufgrund von konkreten Unternehmerofferten entstanden sind und dass die effektiven Kosten tiefer sein werden. Ebenfalls erwarten wir, dass je nach Entwicklung der Sozialfälle in Bezug auf den Platzbedarf noch andere Abteilungen wie z. B. die Abteilung Alter, Jugend und Gesundheit in diese Räumlichkeiten einziehen kann. Uns stört die Tatsache, dass absolut keine Synergieeffekte ausgenutzt worden sind. Hier erwarten wir, dass nochmals über die Bücher gegangen und dass entsprechend versucht wird, Vorschläge anzubringen.

Die Abwägung aller vorhandenen Argumente hat die FDP-Fraktion dazu geführt, doch – aber unenthusiastisch – allen Anträgen des Gemeinderats zuzustimmen.

**Fraktionssprecherin Ursula Wyss (Grüne):** Umbaukosten von 1,2 Millionen Franken und eine höhere Miete. Diese beiden Tatsache haben mich beim ersten Durchlesen der Vorlage aufgeschreckt. Das Hauptziel, einen Standort für die ganze DBS zu realisieren, wird damit auch nicht erreicht. Bei genauerer Betrachtung und nach der KSF-Sitzung bin ich nun aber zum Schluss gekommen, dass der Umzug sinnvoll ist. Erstens ist die prekäre Platzsituation am heutigen Standort für die Mitarbeitenden zunehmend unzumutbar. Zweitens sind die heute bestehenden diversen Standorte der Abteilung Soziales und Vormundschaft für die Mitarbeitenden schwierig und die Zusammenarbeit ist nicht effizient. Der für mich wichtigste Punkt ist aber die Sicherheitssituation. Hier besteht ein grosses Risiko und das muss in meinen Augen behoben werden. Wir wollen nicht warten, bis etwas passiert. Der neue Standort ist günstig, muss aber für 1,2 Millionen Franken an die Bedürfnisse der DBS angepasst werden. Das ist sinnvoll, denn damit entsteht am neuen Ort eine gute, effiziente und sichere Sozialberatung. Wichtig ist aber auch, dass die Büroaufteilung flexibel gestaltet wird. In wirtschaftlich besseren Zeiten müssen voraussichtlich weniger Sozialarbeitende angestellt werden und die Arbeitsplätze sollten dannzumal ohne hohe Umbaukosten für andere Bereiche der Verwaltung genutzt werden können. Die Fraktion der Grünen wird den Anträgen des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

**Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP):** Die BDP-Fraktion hat das Geschäft besprochen und wird den Anträgen des Gemeinderats zustimmen. Dass der vorgesehene Standort zur Verfügung steht, sehen wir als glücklichen Umstand, denn damit kann der längst notwendige Umzug und Zusammenschluss der DBS endlich realisiert werden. Uns sind die Tatsachen wichtig, dass eine Effizienzsteigerung erreicht werden kann, dass der Umbau flexibel gestaltet wird und den jeweiligen Bedürfnissen angepasst werden kann. Ein wichtiger Punkt ist in unseren Augen auch, dass die Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 265 verkauft werden kann, damit die



Umbaukosten refinanziert werden können. Bedenklich ist, dass solche baulichen Massnahmen vorgenommen werden müssen, um die Sicherheit der Mitarbeitenden zu gewährleisten.

**Thomas Verdun (SVP):** Da die Sicherheit zu meinem täglichen Brot gehört, äussere ich mich dazu. In den letzten drei bis vier Jahren musste ich in meiner Funktion als Mitarbeiter der Kantonspolizei Bern in den diversen Gebäuden der Abteilung Soziales und Vormundschaft intervenieren, weil Probleme bestanden haben. Investitionen in die Sicherheit wie gute räumliche Trennungen, gute Schliesssysteme und gute Schleusen, sind sehr sinnvoll. Bedenken Sie aber: Die Sicherheit beginnt beim Verhalten der Mitarbeitenden und dort rege ich an, sie entsprechend zu schulen. Das beste Sicherheitskonzept nützt nichts, wenn das Verhalten der Mitarbeitenden nicht stimmt.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Ich danke herzlich für die sehr positive Aufnahme des Geschäfts. Als ich am 1. Januar 2010 mein neues Amt als Vorsteher der DSL (Direktion Sicherheit und Liegenschaften) angetreten habe, bin ich ziemlich schnell auf das vorliegende Geschäft gestossen und habe dessen Potenzial sofort erkannt. Unter Hochdruck sind wir an die Aufarbeitung gegangen. Mit dem Eigentümer ist ein Mietvertrag ausgehandelt worden, die Bedürfnisse mit der DBS sind abgeklärt worden. Wir haben Kosten zusammengestellt und dazu äussere ich mich. Normalerweise legen wir Ihnen Kredite mit einer Genauigkeit von  $\pm 10$  oder höchstens 15 Prozent vor. Die Kosten sind aufgrund von konkreten Unternehmensofferten ermittelt. Im vorliegenden Fall war dafür nicht genügend Zeit vorhanden, da das Geschäft am 19. Mai 2010 im Gemeinderat zur Behandlung vorgelegen hat und Ihnen heute vorliegt. Meine Mitarbeitenden arbeiten in diesem Bereich sehr sorgfältig und eher auf der vorsichtigen Seite, damit die Beantragung von Nachkrediten möglichst vermieden werden kann und ich habe die Hoffnung, dass die Kosten eher tiefer als geschätzt liegen. Am letzten Freitag sind sämtliche Arbeiten öffentlich ausgeschrieben worden. Wenn Sie heute dem Geschäft zustimmen, werden die Submissionsunterlagen bereits morgen versandt. Damit besteht die Möglichkeit, dass wir im August/September mit den Umbauarbeiten beginnen können und die Räumlichkeiten den Mitarbeitenden der DBS somit bereits Ende Jahr zur Verfügung stehen. Zur Flexibilität der Büroräumlichkeiten: Im Mietvertrag konnte ausgehandelt werden, dass Teile der zu mietenden Räumlichkeiten untervermietet werden dürfen. Das Gebäude ist so organisiert, dass eine Untervermietung sogar an Verwaltungsexterne einfach möglich ist, weil die Zugänge sauber voneinander getrennt werden können. Sollte es dereinst möglich sein, dass die Anzahl der Sozialarbeitenden reduziert werden kann, wollen wir dieses Potenzial sicher nützen. Nun übergebe ich das Wort an den Vorsteher der DBS, Gemeinderat Ueli Studer, und danke Ihnen im Voraus für die Zustimmung zum Geschäft.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zuerst danke auch ich und im Namen meiner Mitarbeitenden für die positive Aufnahme des Geschäfts. Die Frage ist gestellt worden, weshalb der Sicherheit erst jetzt so grosse Bedeutung zugemessen wird. Ich halte fest: Was lange währt, wird endlich gut. In der Politik ist manchmal mehr als ein Anlauf notwendig, um ans Ziel zu gelangen. Das ist nicht immer schlecht, sondern kann wie im vorliegenden Fall manchmal gut sein. Ich danke an dieser Stelle Gemeinderat Urs Wilk für seine speditive Arbeit und die gute Unterstützung, aber auch dem Gemeinderat, der das Geschäft positiv verabschiedet hat. Zu den Sicherheitsbestimmungen: Tatsache ist, dass die Klientenschaft der Sozialarbeitenden in wirtschaftlich schlechten Zeiten unter hohem Druck steht, der Aggressionen auslösen kann, die die Sozialarbeitenden zu spüren bekommen. In den bestehenden Gebäuden an der Schwarzenburgstrasse 260 und 265 sind bereits Schleusen vorhanden, das halte ich hier fest. Erklärtes Ziel der Sozialdienste und der Vormundschaftsverwaltung ist aber, dass die Häuser möglichst offen sind. Die Schleuse wird nur im Falle einer aktiven Bedrohungslage geschlossen, denn Angst ist in unserem Augen ein schlechter Ratgeber. Unsere betroffenen Mitarbeitenden werden in Bezug auf die Sicherheit entsprechend ausgebildet, dies an die Adresse von Thomas Verdun. Das Wissen um eine Situation ist das eine, ob sie sich dann tatsächlich so darstellt, ist das andere. In engen Räumlichkeiten, wie zurzeit vorhanden, kann aber nicht entsprechend reagiert werden. Im Bereich Sozialarbeit und Vormundschaftswesen ist der Umzug ein Schritt in die richtige Richtung. Bereits 2004 habe ich im Gemeinderat beantragt, ein so genanntes "Sozialhaus" zu realisieren. Das war damals aus finanziellen und anderen für mich verständlichen Gründen nicht möglich. Die Arbeitsplätze am neuen Standort werden alle besetzt sein. Sollte es möglich sein – was wir alle hoffen – dass die Anzahl der Sozialarbeitenden dereinst gesenkt werden kann, ist der Umzug der Abteilung Alter, Jugend und Gesundheit in die Sägestrasse 65 vorgesehen. Dazu kann ich heute jedoch keine

Versprechungen abgeben. Die Frage, welche Ressourcen durch den Zusammenzug der drei Standorte frei werden, kann ich Ihnen heute noch nicht beantworten. Ich erhoffe mir in diesem Bereich vom gemeinsamen Empfang gewisse Synergien, die aber erst nach einiger Zeit der Zusammenarbeit festgestellt werden können. Ich hoffe gerne, dass Sie dem Geschäft zustimmen werden.

---

### Beschluss

1. Für den Abschluss eines Mietvertrages für insgesamt drei Stockwerke und Parkplätze in der Liegenschaft Sägestrasse 65 wird ein Kredit von jährlich wiederkehrend CHF 454'000.-- zu Lasten Konto Nr. 4600.316.11 bewilligt. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Details des Mietvertrags auszuhandeln und ermächtigt, diesen abzuschliessen. Der Mietvertrag kann für die ersten 10 Jahre fest abgeschlossen werden.
  2. Für das Rechnungsjahr 2010 wird ein Nachkredit von CHF 225'000.-- zu Lasten Konto Nr. 4600.316.11 bewilligt.
  3. Für die Anpassungsarbeiten an den Büroräumen der Sägestrasse 65 (2. und 3. Ober- sowie Attikageschoss) wird einen Kredit von CHF 1'200'000.-- zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto 4600.503.0260 „Verwaltungsgebäude DBS“ bewilligt.
- (abgegebene Stimmen: Einstimmig)
- 

### 7. 0926 Motion (SP) "Zentrum von Köniz als Begegnungsort für Jung und Alt"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Beim Bläuackerplatz handelt es sich sowohl um öffentlichen, als auch um privaten Raum. Öffentlicher und privater Raum sind für die Benutzerinnen und Benutzer kaum zu unterscheiden. Öffentlicher Raum hat eine Bedeutung für die jungen Menschen in unserer Gesellschaft. Er ist Lernort und fördert den natürlichen Reifeprozess. Veränderungen im öffentlichen Raum haben sich in den letzten Jahren dahin entwickelt, dass der natürliche Spiel- und Begegnungsraum aus dem nahen Wohnumfeld verdrängt worden ist. Verstärktes Verkehrsaufkommen sowie die zunehmende Funktionalisierung der Freiräume – z. B. Parkplätze, Trottoirs, Bushaltestellen – haben zur Folge, dass offenes und freies Aufhalten für die jungen Nutzergruppen im nahen Wohnumfeld gefährlich und gänzlich unmöglich geworden ist. Die Folge dieser Entwicklung ist erst heute erkannt worden. Die Menschen sind biologisch gesehen dieselben wie vor Jahrtausenden. Ihre Umwelt hat sich aber von einer natürlichen zu einer künstlichen verändert, in der vor allem die Jugendlichen keinen Platz mehr finden. Dem soll entgegengewirkt werden. Der Vorstoss zur Belebung des Bläuackerplatzes ist ein Beispiel dafür. Die Motionäre verstehen, dass die gegenwärtige Entwicklung des Tramprojekts – die Buslinie 10 soll zur Tramlinie 10 werden – die Gestaltung des Platzes verändern wird. Dennoch geht es im Vorstoss nicht um das "Killerargument" Tramprojekt, sondern um das Prinzip, ob die Bedeutung des öffentlichen Raums für die verschiedenen Generationen und Nutzergruppen verstanden worden ist. Oft haben aber Mitgestaltungsmöglichkeiten keinen Platz für die bedeutenden Bedürfnisse an diesem Raum. Öffentlicher Raum ist mehr als nur Statussymbol für die Gemeinde. Deshalb sind die Motionäre enttäuscht von der Antwort des Gemeinderats, da darin das Verständnis für die Bedeutung des öffentlichen Raums für die Menschen in den Hintergrund tritt und auch der Nutzen, den dies hervorbringen könnte. Was im Bericht als mögliche Massnahme erwähnt wird, ist nicht das was sich die Motionäre vorgestellt haben, denn was eine Gruppe von Leuten mit verschiedenen Perspektiven hervorbringen könnte, ist nicht einem einzelnen Kopf zu entnehmen. Auch ist klar, dass es sich nicht um eine komplette räumliche Neugestaltung handelt. Ein Bekenntnis für die Aufwertung des Platzes ist im Bericht des Gemeinderats zwar erwähnt, dennoch hinterlässt der Schluss der Antwort den Eindruck, dass nicht die Rede von einem partizipativen Ansatz sein kann. Nur ein halbes Lippenbekenntnis vom Gemeinderat ist vorhanden. Das Bedürfnis, dass die Gestaltung des Platzes in der Mitwirkung zum Tramprojekt oder zum Rappentöri eingebracht werden könnte, ist eine abgeschwächte Form dessen, was wir eigentlich wollten. Der im Prozess erwähnte Vorstoss für die Durchführung einer Mitwirkung wird fallen gelassen. Wir haben den Eindruck, dass eine Auseinandersetzung mit dem privaten Teil des Bläuackerplatzes gescheut wird, sei dies aus Unkenntnis über solche gemischte Mitwirkungsverfahren oder aus Scheu vor dem Aufwand. Zu bedenken ist, dass bei üblichen

Mitwirkungsverfahren zu einem Grossprojekt in der Regel Vertreterinnen und Vertreter von bedeutenden Gremien eingeladen werden. Es ist kaum gemeint, dass "Hans" oder "Gretli" aus der Quartier dabei sein sollen. Frau Bühler – <sup>3</sup>ehemaliges Parlamentsmitglied – hat auf dem Bläuackerplatz eine Umfrage gemacht. Unter anderem hat sich dabei herausgestellt, dass ein begrünter Kreisel mehrheitsfähig wäre.

Wir sind bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

**Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP):** Für die FDP-Fraktion geht der Vorstoss ganz klar zu weit. Er beinhaltet Forderungen, die nicht zu den anstehenden Aufgaben einer Gemeinde gehören. Man könnte die Forderungen auch als "staatliche Verordnung von Begegnungszonen" bezeichnen. Für mich grenzt der Vorstoss an den Lifestyle-Wellness-Bereich. Er verursacht Kosten, ist unnötig und gar schwarzmalersch. Dass die Farbe Grau fast 365 Tage im Jahr im Zentrum von Köniz vorherrschen soll, kann ich nicht nachvollziehen. Das Zentrum ist doch lebendig, familienfreundlich und farbig. Die Kolleginnen und Kollegen der SP-Fraktion sollen mir erklären, was eine "sozial raumorientierte Platzbelegung, welche zur Erweiterung einer sozialen Komponente führt" ist. Medizin ist auch keine exakte Wissenschaft und ich bin es gewohnt, flexibel zu denken und zu analysieren. Mir macht es jedoch grosse Mühe, Verständnis für den Vorstoss aufzubringen. "Es werden Holz und Pflanzen gefordert". Brauchen wir wirklich ein Zentrum, um "Lern-, Innovations- und Entwicklungsprozesse zu entwickeln"? Das Zentrum von Köniz ist bereits funktionell, lebhaft und farbig. Es wäre noch etwas funktioneller, wenn die Poller endlich verschwinden würden. Köniz hat, wie in der Antwort des Gemeinderats ersichtlich, bereits eine attraktive Ortsmitte. Wie der Antwort zu entnehmen ist, sind noch offene Baustellen genannt wie z. B. das Rappentöri, der Bläuacker 2. Etappe und die weitere Richtplanung Köniz Liebefeld.

Die FDP-Fraktion Köniz lehnt den Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat ab.

**Fraktionssprecher Ulrich Witschi (BDP):** Ich danke dem Gemeinderat für die umfassende Antwort auf den Vorstoss. Mit dem Antrag hat der Gemeinderat bereits eine Abschwächung vorgenommen. Die BDP-Fraktion geht noch einen Schritt weiter und lehnt den Vorstoss überhaupt ab. Aus welchen Gründen? Erstens hat der Platz bereits heute ein klares Nutzungskonzept das vor der Realisierung der Tramlinie 10 und der Überbauung Rappentöri, nicht grundlegend infrage gestellt werden soll. Zweitens sehen wir die Formulierung der Vision im Vorstoss als Problem. Sie ist zwar sehr offen formuliert, wir sehen aber hohes Konfliktpotenzial in Bezug auf die Lage des Platzes. Wir stellen uns die Frage, ob ein solches Begegnungszentrum an der Hauptverkehrsader von Köniz überhaupt realisiert werden kann. Nicht zuletzt gilt es zu bedenken, ob ein grosser Teil der ganz konkreten Massnahmen in den Kompetenzen auf Stufe Verwaltung realisiert werden könnte, wie z. B. mehr Grün auf den Platz zu bringen oder etwas flexiblere Handhabungen bei Bewilligungen für Aktionen, usw. Damit wäre ein grosser Teil der Vorstossziele erreicht.

Aus all diesen Gründen sind wir dagegen, den Vorstoss erheblich zu erklären. Wir verhindern damit auch unnötigen Aufwand, sei dies in Verwaltung oder Parlament.

**Fraktionssprecher Urs Maibach (Grüne):** In den Augen der Grünen ist das im Vorstoss vorgesehene Konzept nicht sehr klar. Der Bläuackerplatz ist doch eher als grau, eintönig und vor allem als sehr verkehrsreich zu beurteilen. Das bestätigt der Gemeinderat denn auch in seiner Antwort. Er hält fest, dass der Bläuackerplatz primär Verkehrs- und Bewegungsfläche ist. Der Ausdruck Verkehrsfläche ist aufgrund des grossen Kreisels und 20'000 Fahrzeugen pro Tag richtig. Aber auch der Ausdruck Bewegungsfläche ist richtig, da während der Tagesstunden reger Fussgängerverkehr zwischen den beiden Einkaufszentren im Zentrum von Köniz herrscht. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort von Bewegungs- und nicht von Begegnungsfläche und das ist das grosse Problem des Bläuackerplatzes. Es besteht eine grundsätzliche Spannung zwischen der Tatsache, dass der Verkehr über den Platz abgewickelt werden muss und den Forderungen einer Aufwertung des Platzes, wie im Vorstoss verlangt. Die heutige Gestaltung des Platzes ist das Ergebnis von zwei durchgeführten Wettbewerben. Die ursprünglichen Ziele, die aus der Planung abgeleitet worden sind, sind in der Überbauungsordnung Bläuacker definiert worden. Heute, nach etwas mehr als fünf Jahren, muss festgestellt werden, dass die wirklich gut gemeinten Ziele noch in keiner Art und Weise erreicht worden sind. Gemäss der Überbauungsordnung wird eine attraktive Ortsmitte verlangt und in meinen Augen kann ein attraktiver Platz kaum aus einem Verwaltungsgebäude, einem Restaurant das nach 19.00 Uhr geschlossen ist und zwei grossen Einkaufszentren mit grossen

<sup>3</sup> An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

Parkhäusern bestehen; wenn dazu noch berücksichtigt wird, dass sicher 75 Prozent der Besucher der Einkaufszentren direkt in die Einstellhallen fahren, d. h. nicht einmal über den Platz gehen. Die Überbauungsordnung hält auch fest, dass der Ort so zu gestalten ist, dass man sich zu jeder Tages- und Nachtzeit gerne dort aufhält. Am Samstag zwischen 18.00 und 19.00 Uhr herrscht auf dem Platz jedoch Menschenleere. Ebenfalls Ziel der Überbauungsordnung ist, einen Markt-, Fest- und Dorfplatz einzurichten, was aber bei weitem noch nicht der Fall ist. Es soll ausserdem ein Ort der Kommunikation geschaffen werden. Auch das scheint mir nur beschränkt möglich. So sind z. B. politische Aktivitäten, die ich als wichtigen Aspekt von Kommunikation verstehe, schlecht möglich. Unterschriftensammlungen sind ebenfalls sehr beschränkt möglich, da ein grosser Teil des Platzes in Privathänden ist und diese sagen können, was auf dem Platz erlaubt ist.

Wir Grünen waren unter den Ersten, die eine Aufwertung des Platzes gefordert haben. Schon anlässlich der Einweihung waren wir der Meinung, dass diesem Platz ein grüner Punkt fehlt. Bereits damals haben wir die Pflanzung einer "Bläuackerlinde" gefordert. Wir sind nach wie vor mehrheitlich der Ansicht, dass der Platz mit geeigneten Massnahmen aufgewertet werden muss. Der Bläuackerplatz wird von Planungen für die Zukunft bereits tangiert. Es macht wenig Sinn, sofortige Einzelmassnahmen zu generieren. Uns ist es aber wichtig, dass mit den neuen Planungen, wie die Realisierung der Tramlinie 10, Bläuacker 2. Etappe und dem Gebiet Rappentöri, die Aufwertung der Plätze angegangen wird. Für die Realisierung eines Zentrums, das diesen Namen auch wirklich verdient, brauchen wir eine zusammenhängende, übergeordnete Zentrumsplanung.

Um dem ganzen Projekt einen Anstoss zu geben und vor allem, dass der Platz in der neuen Planung nicht vergessen wird, werden wir Grünen den Vorstoss mehrheitlich als Postulat unterstützen.

**Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP):** Eine grosse Mehrheit der Könizer Einwohnerinnen und Einwohner empfinden den Bläuackerplatz als farb- und leblos und eher kalt. Das stellt der Gemeinderat nicht in Abrede. Allerdings braucht er sehr viele Worte für diese Aussage. Leicht langfädig und wenig konkret wird erklärt, weshalb jetzt kein Projekt zur Umgestaltung gestartet werden kann. Das ist verständlich. Weshalb aber ist gleich eine totale Umgestaltung notwendig? Das ist im Vorstoss nicht gefordert. Wir sind überzeugt, dass mit kleinen Schritten und geringen Kosten etwas verbessert werden kann, so man will. Ein Bericht zum Postulat in zwei Jahren bringt nichts und auch in vier Jahren wird das Tramprojekt nicht weit genug vorangeschritten sein, um über die Neugestaltung diskutieren zu können.

Aus diesem Grund wird sich die CVP/EVP/GLP-Fraktion der Stimme enthalten. Es spielt aus unserer Sicht keine Rolle, ob die Motion als Postulat angenommen wird oder nicht. Wir bitten den Gemeinderat aber, kleine Schritte zu einem einladenden und lebendigen Bläuackerplatz in eigener Kompetenz zu unternehmen.

**Fraktionssprecher Niklaus Hofer (SVP):** In den Augen SVP-Fraktion kommt die Behandlung des Vorstosses zu einem komplett falschen Zeitpunkt. Als Präsident der Kommission Tramprojekte muss ich festhalten, dass es schade für allfällig eingesetzte Mittel wäre, sollte der Vorstoss überwiesen werden. Wir wissen nicht, wie die Tramlinie dereinst durch den Bläuackerkreisel fahren wird. Aus diesem Grund wäre es falsch, hier nun etwas zu planen. Die Haltestellen für die Tramlinie sind noch nicht bekannt und dafür sind jeweils mindestens 50 Meter notwendig. Die Überbauungen Bläuacker 2. Etappe und Rappentöri stehen an und wir wissen noch nicht, was realisiert wird. Es wäre komplett falsch, einen Kosten auslösenden Vorstoss zu überweisen.

Die SVP-Fraktion wird den Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat ablehnen.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke für die kritischen und zustimmenden Voten. Die Diskussion ist spannend. Der Bläuackerplatz ist gestalterisch genau so gewollt wie er sich heute zeigt. Das Anbringen von Blumenkästen oder Grünem war nie vorgesehen. Man wollte – ähnlich wie beim Bundesplatz – eine gewisse Weite ermöglichen. Die beiden Projekte, die Realisierung der Tramlinie 10 und das Rappentöri, werden den Platz sicher wesentlich verändern. Wir werden 2011 einen Wettbewerb für die Überbauung Rappentöri starten und 2012/2013 hinter die Nutzungsplanänderung gehen. 2011 wird auch das Bau- und Auflageprojekt durch Tram Region Bern erarbeitet. Aufgrund der Fortschritte der beiden Projekte in zwei Jahren denke ich, dass dann Bericht erstattet werden kann. Zu Stephanie Staub-Muheim: Den Vorwurf, es fehle jeglicher partizipative Ansatz von der Seite Tram Region Bern, muss ich zurückweisen. Tram Region Bern partizipiert mit allen wichtigen Vertretungen aus Leisten, aus KMU, aus Parteien. Mehr kann in meinen Augen nicht unternommen werden.

Dasselbe gilt für die Überbauung Rappentöri, wo eine Ideenkonkurrenz mit dem Einbezug aller betroffenen Grundeigentümer der erste Schritt war. Bei Nutzungsplanänderungen werden immer öffentliche Mitwirkungen und öffentliche Auflagen ausgeschrieben. Partizipation ist auf jeden Fall vorhanden. In seinem Leitbild hat der Gemeinderat klar festgehalten, wie wichtig ihm der öffentliche Raum ist. Die Gestaltung von öffentlichem Raum – man kann sich darüber streiten, ob dies ein so genannter Wellnessbereich sein soll oder ein Ort an dem man kommunizieren kann – hat ganz sicher eine Bedeutung auf die Art, wie man sich dort fühlt und bewegt. Die Gestaltung von öffentlichem Raum ist nicht einfach nichts, sondern wichtig, z. B. in Bezug auf die Prävention von Vandalenakten, aber auch von Überfällen. Je übersichtlicher und je belebter öffentlicher Raum ist desto weniger gefährlich ist er. Urs Maibach hat zu Recht erkannt, dass eines der Probleme des Bläuackerplatzes seine Funktion als Verkehrsknoten ist. Aufgrund der Gefährdung der Verkehrssicherheit kann an diesem Ort nicht Attraktivität à gogo ermöglicht werden. Der Bläuackerplatz ist im Besitz diverser Grundbesitzer, auch das birgt Schwierigkeiten. Da sich im Untergrund Leitungen befinden, ist die Begrünung des Platzes nicht einfach und weil das Restaurant und die Einkaufszentren am Abend nicht geöffnet sind, ist der Platz dementsprechend unbelebt. Dieses Thema wollen wir mit der Planung Rappentöri angehen.

Ich bin froh, erklärt sich die Motionärin mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden. Ich bin sicher, dass wir in zwei Jahren Bericht erstatten können und dass die beiden Projekte – Traminie 10 und Rappentöri – den Platz zum Besseren verändern werden. Wir werden die Anliegen der Motionärinnen und Motionäre in der Planung mitberücksichtigen.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Im Hinblick auf die gehaltenen Voten ziehe ich die Motion zurück. Ich setze all meine Hoffnungen in das Raumentwicklungskonzept und in die verschiedenen von Gemeinderätin Katrin Sedlmayer erwähnten Gremien. Der Vorstoss wird von der Motionärin zurückgezogen.

**8. 1005 Interpellation (FDP/jfk) "Dreifachsporthallen Weissenstein; Stand des Projektes ein Jahr nach der Volksabstimmung"**  
Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Bernhard Bichsel (FDP):** Ich beantrage Diskussion.

Da mehr als 10 Stimmen der beantragten Diskussion zustimmen, wird sie genehmigt.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Ich verzichte zugunsten der Drittunterzeichnerin, Erica Kobel-Ippen, auf das Wort.

**Erica Kobel-Ippen (FDP):** Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation, halte aber vorgängig fest, dass wir uns von der Antwort nur teilweise befriedigt erklären. Wäre alles so gelaufen wie geplant, könnte anfangs Schuljahr 2010/2011 im August die Eröffnung der Dreifachsporthalle gefeiert werden. Dass dem nicht so sein wird, ahnte man schon bald einmal. Über die Dreifachsporthalle war nach der Volksabstimmung nichts mehr zu hören. Man ahnte es schon lange, hörte dann hier und dort etwas, dann gar nichts mehr und plötzlich ist öffentlich informiert worden, dass die Dreifachsporthalle teurer zu stehen kommt und Schwierigkeiten bereitet. Der zu Beginn durchgeführte Projektierungswettbewerb hatte ein Kostendach von rund 20 Millionen Franken. Bei der Volksabstimmung stimmte man einem Kostendach von 23,6 Millionen Franken zu. Heute wird bereits von 25 Millionen Franken gesprochen. Irgendwie kommt man nicht umhin den Eindruck zu gewinnen, dass einmal von der Stimmbewölkerung oder vom Parlament genehmigte Kredite von den Verantwortlichen nur als grobe Richtwerte entgegengenommen werden, die beliebig aufgestockt werden können. Unserer Ansicht nach mangelt es hier an Respekt dem Parlament und der Bevölkerung von Köniz gegenüber. Wie viel werden die Hallen bei der Übergabe an die Bevölkerung schlussendlich kosten? Gemäss der Antwort des Gemeinderats ist zurzeit noch kein vom Verwaltungsrat akzeptiertes Projekt vorliegend. Eine Kostenschätzung sei deshalb gar nicht möglich. Den Medien war im Mai und Juni anderes zu entnehmen. Es wird aber auch festgehalten, dass die angekündigten Kostenüberschreitungen kein Thema für die Gemeinde seien. Dafür werde die Aktiengesellschaft geradestehen und diese finanzieren. Glücklicherweise, könnte man sagen.

Die Sache hat aber einen Schönheitsfehler: Die Gemeinde Köniz ist an dieser Aktengesellschaft beteiligt. Ich kenne nur private Aktiengesellschaften, die Planungsfehler mit privatem Vermögen ausgleichen. Die Mehrkosten der Sporthallen Weissenstein AG wird die Gemeinde Köniz mittragen müssen, das ist klar. Wir halten nochmals fest: Wir unterstützen den Bau der Sporthallen nach wie vor, aber zu den ursprünglich beschlossenen Bedingungen. Wir brauchen keinen goldenen Palast für einige wenige Meisterschafts- und Cupspiele der Könizer Spitzenvereine. Wir brauchen funktionelle Hallen, die den Bedürfnissen der Spitzenclubs, aber auch denjenigen des Breitensports entgegenkommen. Die Gemeinde Köniz muss Prioritäten setzen, alles kann sie sich nicht leisten, ob mit oder ohne Steuersenkungen. Auf der Traktandenliste stehen noch sehr viele Begehrlichkeiten.

Wir erwarten im Bereich der Sporthallen eine Verzichtsplanning, damit der einmal genehmigte Kredit auch eingehalten werden kann. Einem Nachkredit werden wir auf gar keinen Fall zustimmen. Die Interpellationsbeantwortung lässt viel zu viele Fragen offen.

**Martin Graber (SP):** Ich danke für die Beantwortung der Interpellation. In der Zwischenzeit ist am 17. Juni 2010 eine Medienmitteilung erschienen. Anlässlich einer Interpellations-Beantwortung dürfen keine Fragen gestellt werden, diese würden sich aber aufgrund der Medienmitteilung schon stellen. Es ist wieder einmal so weit: "Das Wunder von Köniz", d. h. die Sporthallen kommen 1,4 Millionen Franken teurer zu stehen, aber es kostet nichts. Ich zitiere: "Für die Gemeinde Köniz entstehen keine zusätzlichen Kosten. Die Mehrkosten werden von der Sporthalle Weissenstein AG getragen." Wem gehört diese AG? Zur einen Hälfte der Stadt Bern und zur anderen der Gemeinde Köniz. Das Ganze macht auf mich folgenden Eindruck: Ich möchte tolle Ferien verbringen, kann diese aber nicht finanzieren. Deshalb hole ich mir eine Gratis-Kreditkarte – die man vielerorts erhält – und lebe in den Ferien auf Kosten der Kreditkarte über meine Verhältnisse.

**Hermann Gysel (EVP):** Die eben erfolgte Reaktion hat mir nicht gefallen, da sie nicht den wesentlichen Punkt trifft. Aus meiner Sicht müssen wir in Bezug auf zukünftig anzugehende Projekte und deren Risiken Folgendes lernen: Tatsache ist, dass ein solch einmaliges Turnhallenprojekt mit einer besondern und schönen Form, mit viel Zuschauerplätzen, projektiert von optimistischen Architekten, nicht billig zu haben ist. Damit die Kosten im Rahmen bleiben, muss früh Gegensteuer gegeben werden. Ich entnehme der Antwort des Gemeinderats auf die Interpellation, dass diesem Umstand offenbar Rechnung getragen wird. Man nimmt eine Verzichtsplanning vor und reduziert z. B. die Zuschauerkapazität um 200 Plätze und es wird versucht, die Statik etwas einfacher zu gestalten. Wir müssen uns bei einem nächsten Projekt gut überlegen, wie es anzugehen ist. Ob das vorliegende Projekt nun aber 23 oder 25 Millionen Franken kosten wird, ist nicht matchentscheidend.

**Ulrich Witschi (BDP):** Ich möchte der Sache etwas Nachdruck verleihen und die Meinung der BDP-Fraktion mitteilen: Es ist uns ein hohes Anliegen, dass die Stimmbevölkerung ernst genommen wird und das bedeutet Folgendes: Der Kostenrahmen muss eingehalten werden. Die Realisierungszeiträume müssen respektiert werden. Primär sollen die Bedürfnisse der Sporttreibenden gestillt werden. Erst zum Schluss soll an Zuschauerplätze oder schöne, einmalige Architektur gedacht werden.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich nehme die angebrachte Kritik zur Kenntnis, nehme sie ernst und kann diese auch verstehen. Ich selber habe einen hohen Respekt vor der Stimmbevölkerung wie auch vor dem Parlament. Ich lasse mir nicht unterstellen, keinen Respekt zu haben. Das von uns gewählte Verfahren für die Projektierung der Sporthallen Weissenstein ist mit einem Wettbewerb gestartet worden. Wir sind beim Verfahren durch einen Kostenplaner begleitet worden. Bereits nach der Jurierung mussten beim Siegerprojekt Einsparungen verlangt werden, die schlussendlich zu den Kosten von 23,6 Millionen Franken führten, über die abgestimmt worden ist. Heute höre ich immer wieder vom Kostendach von 20 Millionen Franken und das ist nicht richtig, denn im Parlament haben wir der Stimmbevölkerung einen Kredit von 23,6 Millionen Franken zur Annahme empfohlen. Dieser Vergleich ist in meinen Augen nicht korrekt. Im Wettbewerb sind 31 Projekte eingegangen, die alle weit über den vorgegebenen Kostenkriterien lagen. Mit dem von uns gewählten Verfahren war lediglich eine Grobkostenschätzung möglich. Wir hätten auch das Verfahren wählen können, von den Parlamenten einen Projektierungskredit in der Höhe von rund 2,5 Millionen Franken genehmigen zu lassen. Damit wäre jedoch nicht sichergestellt gewesen, dass wir heute anders da stehen würden. Nach der Kostenzusammenstellung, die uns die

Baukommission im März 2010 vorgelegt hat und in den Medien publiziert worden ist, hat der Verwaltungsrat die Baukommission beauftragt, die Kosten weiter zu senken. Das hat zum vorliegenden Projekt mit Kosten in der Höhe von rund 25 Millionen Franken geführt. Die Gründe für die Kostenüberschreitung sind einerseits baubedingt. Im Verlauf der Projektierung stellte sich heraus, dass die Anforderungen der Gebäudeversicherung in Bezug auf die Entfluchtung und die Entrauchung der Gebäude Mehrkosten zur Folge haben, die bei der Kostenschätzung unterschätzt worden sind. Auch die statisch anspruchsvolle Konstruktion führt zu Mehrkosten. Weitere Mehrkosten betreffen Bauherrenleistungen, die mit 1,32 Millionen Franken eingerechnet worden sind. Die Verzichtsplanung hat Einsparungsmöglichkeiten aufgezeigt: Die Zuschauerplatzanzahl wird von 2'000 auf 1'800 gesenkt. Das Gebäudevolumen der Trainingshalle kann um 16 Prozent reduziert werden. Der Verwaltungsrat führt Gespräche mit energie wasser bern über ein Contracting. Nicht zuletzt versuchen wir auch, Sponsoren zu finden, um damit die Mehrkosten möglichst tief zu halten. Die gewählte Rechtsform einer AG wird die zusätzlich benötigten Mittel aufnehmen, damit der von der Stimmbevölkerung angenommene Kredit eingehalten werden kann. Wir haben neue Berechnungen vornehmen lassen. Die Betriebsbeiträge in der Höhe von 310'000 Franken pro Jahr werden beibehalten. Was hat sich bei den Berechnungen verändert? Der Erneuerungsfonds ist für die ersten fünf Jahre gekürzt worden. Das Gebäude untersteht in dieser Zeit einer gewissen Garantie. Im Contracting wird vorgesehen, dass diese Kosten übernommen werden. Auf der anderen Seite kann auf dem Kapitalmarkt sehr günstig Geld aufgenommen werden. Ich komme auf den Sportfonds zu sprechen: Aus Erfahrungswerten der letzten Jahre ist berechnet worden, dass der Sportfonds Beiträge in der Höhe von 5,9 Millionen Franken leisten wird, d. h. 25 Prozent. Im Winter 2009/2010 mussten wir feststellen, dass der Sportfonds Beiträge an den Bau von Sportstätten drastisch kürzen will, weil er in eine finanzielle Schieflage geraten ist. Im März 2010 hat der Regierungsrat die Sportfondsverordnung geändert und die Beitragssätze von 25 auf 12,5 Prozent reduziert. Wir haben mit dem Regierungsrat Gespräche aufgenommen mit dem Ziel, noch gemäss altem Recht behandelt zu werden. Das macht er nun, aber mit strengeren Massstäben. Der Regierungsrat wird dem Grossen Rat anlässlich der Session im September 2010 vorschlagen, die Sporthallen Weissenstein mit 4,5 Millionen Franken Sportfondsbeiträgen zu unterstützen.

Es sind alle möglichen Anstrengungen unternommen worden, trotz Kostensenkungen zu garantieren, dass die Sporthallen den Ballsportnormen entsprechen und der Bau städtebaulich verträglich ist. Heute ist aufgrund von Richtofferten eine Kostengenauigkeit von  $\pm 10$  Prozent vorhanden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Sporthallen Weissenstein 1,4 Millionen Franken teurer zu stehen kommen. Im Submissionsverfahren wird die Kostengenauigkeit noch präziser werden. Die Beiträge aus Bern und Köniz werden nicht erhöht, die AG wird die Mehrkosten finanzieren und bestrebt sein, Sponsoringbeiträge zu generieren. Anfangs Juli wird das Baugesuch eingereicht, der Baubeginn ist auf 2011 vorgesehen und im Schuljahr 2013/2014 soll die Anlage bezugsbereit sein. Dies unter der Voraussetzung, dass nicht Baueinsparungen zu grösseren Verzögerungen führen. Ich bin bereit – so gewünscht – die GPK sporadisch zu informieren.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

## **9. 1006 Interpellation (Salzmann, SP/JUSO) "Hauptstadtregion Bern und die Auswirkungen auf Köniz"**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Christoph Salzmann (SP):** Für die Einreichung der Interpellation hatte ich zwei Ansatzpunkte: Auf der Karte, die ich Ihnen hier zeige, ist auf der einen Seite das Siedlungsgebiet des heutigen Berns mit der Umgebung Muri, Ittigen, Zollikofen, Bremgarten, Köniz und Kehrsatz abgebildet. Auf der anderen Seite sehen Sie dasselbe Gebiet im Jahr 1854. Die politischen Gemeindegrenzen sind heute immer noch dieselben, mit Ausnahme von Bümpliz und Bethlehem. Ohne Stadtplan in der Hand sind die Grenzen zwischen Liebefeld, Wabern und Bern nicht erkennbar. Dazu ein Beispiel: Vor vielen Jahren rief ein aufgeregter Vater bei der damaligen Berufsberatung Köniz an und teilte mit, dass er an der Aarhaldenstrasse in Wabern wohne, die Steuern an die Stadt Bern bezahle und seine Tochter bei der Berufsberatung in Bern anmelden wollte. Diese hat ihn jedoch abgewiesen, weil für die Aarhaldenstrasse die Postleitzahl von Wabern, 3084, gültig sei, das zur Gemeinde Köniz gehört. Es ist anzunehmen,

dass sich viele Personen einerseits mit ihrem Ortsteil Wabern, Liebefeld oder Oberwangen identifizieren, andererseits mit dem Stadtzentrum von Bern. kaum jedoch mit der politischen Gemeinde Köniz. Personen aus dem Wangental berührt der Baldachin beim Bahnhof Bern mehr als der neue Liebefeld-Park. Leute aus Wabern ärgern sich vermutlich mehr über die Poller in der Stadt Bern als über jene vor dem Gemeindehaus. Wenn ich die Liste der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit aus dem Verwaltungsbericht betrachte, staune ich über deren Grösse. Wenn ich daran denke, wie viel Arbeit für das Zustandekommen einer Zusammenarbeit notwendig ist – Vorabklärungen, Juristen die Verträge ausarbeiten, Regelungen wer wem was bezahlt – schwindelt es mir. Die Liste soll noch länger werden, bestätigt der Gemeinderat in seiner Antwort. Das begrüsse ich als Anhänger der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit. Das Ausmass wird aber dereinst so gross sein, dass die bestehenden Strukturen hinterfragt werden müssen.

Das waren meine Überlegungen zum Vorstoss. Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort, erkläre mich davon jedoch enttäuscht. Dem Bericht entnehme ich eher die Haltung, "es soll so bleiben wie es ist", als die einer weit vorausschauenden Perspektive. Der Gemeinderat verfolgt das Projekt der Hauptstadtregion zwar interessiert, lässt sich aber nur durch die Regionalkonferenz vertreten. Ich sehe keinen Hinweis, dass er sich in diesem Thema engagieren will. Wenn ich an die vielen Arbeitsplätze der Bundesverwaltung und der bundesnahen Betriebe wie Swisscom, Post usw. in Köniz, aber auch in Ittigen und Ostermundigen denke, sollte in meinen Augen etwas mehr Feuer dafür vorhanden sein. Die Hauptstadt ist nicht nur die Stadt Bern. In meinen Augen wäre sogar eine Fusion auf weite Sicht kein Tabuthema. Bern neu gründen – wie sich ein Verein nennt – ist ein langer Weg. Ich konnte aus der Antwort nicht den Eindruck gewinnen, dass der Gemeinderat bereits auf diesen Weg eingebogen ist.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als nicht befriedigt.

## 10. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind neu eingereicht worden:

1015 Postulat (Grüne Köniz) "Prüfung von Zonen für Freiflächenanlagen für die Solarstromproduktion in Köniz"

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Ich informiere Sie über die neuesten Entwicklungen im Liebefeld-Park: Ab 1. Juli 2010 wird ein Bistro mit einem Testbetrieb für 3 Monate, d. h. bis Ende September öffnen. Das Bistro ist nur bei schönem Wetter von 11.00 bis 22.00 Uhr geöffnet. Mich würde freuen, wenn dieses Bistro ein Ort der Kommunikation wird.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich kündige eine öffentliche Mitwirkung an. In der Regionalkonferenz ist ein regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept erarbeitet worden, das nach seiner Genehmigung behördenverbindlich sein wird. Am 31. August 2010 findet dazu um 19.30 Uhr ein öffentlicher Informationsanlass in der Kaserne Bern statt. Alle Parlamentsmitglieder werden dazu ausserdem eine Kurzfassung mit Fragebogen erhalten. Alle können mitwirken: Parteien, Einzelpersonen, Ortsvereine, Leiste usw. Die Gesamtfassung kann von der Website [www.bernmittelland.ch](http://www.bernmittelland.ch) heruntergeladen werden.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Vom ausgeteilten Zahlenquiz ist noch keines an mich zurückgelangt. Ich bitte Sie, das Quiz während der Sommerferien auszufüllen und mir nach den Ferien zu abzugeben.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland befindet an ihrer Regionalversammlung vom 1. Juli 2010 unter anderem über die Ergänzung des Geschäftsreglements. Dabei ist die Einführung des Netto-Prinzips geplant. Vielleicht kann uns Gemeindepräsident Luc Mentha erklären, was dies genau bedeuten soll. Falls die Änderung des Geschäftsreglements gutgeheissen wird, unterliegt dieser Beschluss dem fakultativen Referendum. Die Stimmbevölkerung von Köniz befindet im September über die Übertragung der Zuständigkeit für die Ergreifung des Referendums an das Parlament. Bis dahin ist der Gemeinderat dafür zuständig.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Das so genannte Netto-Prinzip ist in der Gemeinde Köniz schon lange Praxis. Wird dem kreditkompetenten Organ eine Kreditvorlage vorgelegt,



können rechtlich vorbehaltlos zugesicherte Beiträge von der Kreditsumme abgezogen werden. Das kreditkompetente Organ befindet sich dann über die Nettosumme. Ich halte diese Reglementsergänzung für absolut angebracht. Bis kurz vor Ablauf der Referendumsfrist ist der Gemeinderat für die Ergreifung eines Referendums zuständig, was er aber nicht tut. Nach der Volksabstimmung im September bleiben Ihnen als Parlament noch einige Tage für eine allfällige Referendumsergreifung.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich danke allen für ihr Ausharren und die speditive Sitzung trotz der reich befrachteten Traktandenliste und laufendem WM-Spiel. Mir bleibt nur noch, Ihnen allen schöne Ferien zu wünschen. Wir sehen uns voraussichtlich am 10. August 2010 anlässlich der Informationsveranstaltung über die Pensionskasse des Personals der Gemeinde Köniz.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren  
Parlamentspräsident

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament











## Begrüssung

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur Parlamentssitzung. Im Speziellen begrüsse ich das neue Parlamentsmitglied Peter Burch (FDP), der die Nachfolge von Thomas Herren antritt. Ich wünsche einen guten Start und viel Befriedigung im neuen Amt.

Es sind 39 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Die Akten sind am 31. Juli 2010 versandt worden. Auf Ihren Pulten liegt die Broschüre "Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept Bern Mittelland". Dazu ist das Parlament zur Mitwirkung eingeladen. Das Parlamentsbüro wird entscheiden, in welcher Form das Geschäft weiter behandelt wird.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsident Christian Burren:** In Traktandum 2, Kommissionersatzwahlen ist als Ersatz für Thomas Herren ein oder eine Stimmenzählerin zu wählen sowie je ein Mitglied in die Redaktionskommission und in die nichtständige Kommission Personalrecht.

Die Traktandenliste wird mit den genannten Änderungen genehmigt.

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 28. Juni 2010

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Auf Seite 113 ist Folgendes festgehalten: "...d. h. die Einbürgerungskommission stellt einen ersten Kontakt her und befragt die Einbürgerungswilligen in einer ersten Runde. Entstehen dabei Probleme, wird das Einbürgerungsgesuch durch Gemeinderat Urs Wilk weiter bearbeitet." Dies stimmt so nicht. Bei Unstimmigkeiten findet eine zweite Runde statt, d. h. die Einbürgerungswilligen werden nochmals vor eine Gesamtkommission eingeladen und aufgrund deren Antrag entscheidet Gemeinderat Urs Wilk über das Einbürgerungsgesuch. Ich bitte um Korrektur.

Auf Seite 123 steht: "Frau Bühler – ehemaliges Parlamentsmitglied – hat auf dem Bläuackerplatz eine Umfrage gemacht." Es handelt sich jedoch nicht um das ehemalige Parlamentsmitglied Evelyn Bühler, sondern um Renate Bühler, Pressevertreterin der Zeitung "Bund".

Ich bitte um Korrektur

Das Protokoll der Sitzung vom 28. Juni 2010 wird mit den vorgenannten Änderungen genehmigt.

### 2. Kommissionersatzwahlen (allfällige Akten: Nachversand)

#### Wahl einer Stimmenzählerin

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Aufgrund des Rücktritts von Thomas Herren aus dem Parlament ist ein neues Mitglied als Stimmenzähler oder –zählerin zu wählen. Bei der Zusammensetzung des Parlamentsbüros ist angemessen Rücksicht auf die Vertretung der Parteien zu nehmen, der Parteiproporz muss jedoch nicht zwingend eingehalten werden.

**Heinz Engi (FDP):** Die FDP-Fraktion schlägt Ihnen Erica Kobel-Itten zur Wahl als Stimmenzählerin vor.

---

**Wahl**

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt das vorgeschlagene Parlamentsmitglied Erica Kobel-Ippen (FDP) als Stimmzählerin für die Amtszeit vom 23.8.2010 - 21.1.2011 als gewählt.

---

**Wahl Mitglied Redaktionskommission**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Anspruch auf den Sitz von Thomas Herren in der Redaktionskommission hat die FDP. Die FDP-Fraktion schlägt Hanspeter Kohler (FDP) vor.

---

**Wahl**

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt das vorgeschlagene Parlamentsmitglied Hanspeter Kohler (FDP) als Mitglied der Redaktionskommission für die Amtszeit vom 23.8.2010 bis 31.12.2013 als gewählt.

---

**Wahl Mitglied Kommission Personalrecht**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Anspruch auf den Sitz von Thomas Herren in der nichtständigen Kommission Personalrecht hat die FDP. Die FDP-Fraktion schlägt Hanspeter Kohler (FDP) vor.

---

**Wahl**

Parlamentspräsident erklärt das vorgeschlagene Parlamentsmitglied Hanspeter Kohler (FDP) als Mitglied der nichtständigen Kommission Personalrecht für die Amtszeit vom 23.8.2010 bis 31.12.2011 als gewählt.

---

**3. Jugendtreff Köniz-Liebefeld: Ersatzstandort**

Kredit; Direktion Bildung und Soziales

**GPK-Referent Christoph Salzmann (SP):** Ich gehe in meinem Referat aufgrund der Diskussionen in der KSF und in der GPK auf drei Aspekte ein. Erstens bringe ich Ergänzungen zum Sachverhalt an. Zweitens möchte ich finanzielle Aspekte beleuchten. Drittens möchte ich eine Einschätzung über die Nachhaltigkeit des vorliegenden Projekts abgeben.

Zum Sachverhalt: Gemäss Art. 71 des kantonalen Sozialhilfegesetzes ist Jugendarbeit eine Verbundarbeit von Kanton und Gemeinde. Der Kanton hat die Gemeinde Köniz zum Führen von Jugendtreffs ermächtigt. Damit ist auch die Finanzierung über den Lastenausgleich möglich. Das vorliegende Projekt bedeutet keinen Ausbau der Jugendarbeit, sondern ist die Schliessung einer Lücke, die durch den Brand der alten Poststelle im September 2007 entstanden ist. Die kürzlich beantwortete Interpellation 1002 Locher, "Jugendlokal Köniz/Liebefeld" ist ein Hinweis, dass diese Lücke von den Jugendlichen wahrgenommen worden ist. Weshalb für diese Lückenschliessung so viel Zeit verging, ist in der Interpellationsbeantwortung begründet worden. Nach langem Suchen wurde nun ein Standort gefunden. Allerdings nur auf Zusehen hin. Das Terrain gehört zum Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Liebefeld, dessen Entwicklung noch nicht absehbar ist. Je nachdem muss wieder ein neuer Standort gesucht werden. Das wird jedoch erst in 6 bis 10 Jahren der Fall sein. Ich persönlich hoffe, dass in diesem Fall die allenfalls notwendige Verlegung des Standorts parallel geklärt wird, damit nicht erneut eine Lücke entsteht. Die Lage des Gebäudes wird so gewählt, dass einem allfälligen Ausbau der vorgesehenen Fuss- und Fahrradverbindung Neuhaus – Liebefeldpark nichts im Wege steht. Im Modulbau finden etwa 50 Jugendliche Platz. Aufgrund der Erfahrungen mit Jugendtreffs sollte dies genügen. Es ist vorgesehen, dass die Jugendlichen bei der Ausgestaltung der Aussen- und Innenräume in angemessenem Rahmen mitwirken können. Ziel ist, den Jugendtreff im Frühling 2011 zu eröffnen, sofern keine aufwändigen Einsprachen eingereicht werden. Die Gemeinde wird der Velorecyclingwerkstatt "Gump- und Drahtesel" bei der Suche nach einem Ersatzstandort für deren Lager behilflich sein. Klar ist, dass die Gemeindeverwaltung das Projekt in Kontakt mit der "juk" (Jugendarbeit Köniz) entwickelt hat.



Zu den Finanzen: Die Erstellungskosten sind in Punkt 3 des Berichts und Antrags des Gemeinderats auf Seite 2 ausgewiesen. Sie beruhen auf einer Richtofferte. Ein Subventionsverfahren wird folgen. Die KSF wie auch die GPK sind zuversichtlich, dass der vorliegende Kredit im Rahmen der ausgewiesenen Kostengenauigkeit eingehalten werden kann. In der Beilage sind die Vollkosten ausgewiesen, was bis anhin nicht bei jedem Geschäft der Fall war und aus Sicht von GPK und KSF vorbildlich ist. Wir danken dem Gemeinderat dafür. Die juk Köniz wird künftig weniger Mietzins bezahlen, weil die neue Anlage weniger Quadratmeter aufweist. Theoretisch wird dadurch auch der Beitrag der Gemeinde an die juk tiefer liegen. Der Modulbau bleibt Eigentum der Gemeinde, den Abschreibungen steht demnach der Wert des Modulbaus gegenüber. Die Abschreibungen und die Fremdfinanzierung werden durch die Einnahmen an Mietzinsen mehr als gedeckt. Die Ausführungen über den Investitionsplan und die Finanzierung wirken etwas kompliziert, sind aber richtig. Die Anlagekosten für das Objekt betragen total 410'000 Franken, die Gebäudeversicherung bezahlt 275'000 Franken. Die Gemeinde muss demnach 135'000 Franken aus der eigenen Tasche bezahlen. 20'000 Franken sind dafür im Investitionsplan 2010 vorgesehen. Damit fehlen noch 115'000 Franken, die durch die Verschiebung der Sanierung des alten Schulhauses Thörishaus kompensiert werden.

Zur Einschätzung der Nachhaltigkeit: Der Modulbau besitzt bessere Energieverhältnisse als die Baracke in Hertenbrünnen, deren Verlegung vorgesehen, aber zu teuer war. Der vorgesehene Modulbau eignet sich auch zur Wiederverwendung, sollte sich der Jugendtreff aus irgendwelchen, heute nicht absehbaren Gründen erübrigen. Damit ist Nachhaltigkeit im Bereich der Wirtschaftlichkeit gegeben. Der Jugendtreffpunkt und die Jugendarbeit allgemein sind ein Beitrag zur Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft. Er ist auch Bestandteil von Generationengerechtigkeit. Somit ist auch im Handlungsfeld Gesellschaft Nachhaltigkeit vorhanden.

KSF und GPK empfehlen dem Parlament je einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

**Fraktionssprecher Hans Moser (SVP):** Die SVP-Fraktion wird dem vorliegenden Kredit für den Ersatz des Jugendtreffpunkts einstimmig zustimmen. Wir sind froh, dass jene Jugendlichen, die nicht in einem Verein mittun, sei es sportlich oder kulturell, einen Raum erhalten in dem sie selber mitwirken können. Vor allem die Bevölkerung in Schliern ist froh, dass im Raum Köniz-Liebefeld wieder ein Jugendtreffpunkt vorhanden sein wird. Das wird die Situation im Treffpunkt und bei den Bushaltestellen in Schliern entschärfen. Der Modulbau ist aus unserer Sicht eine gute Lösung, schade ist aber, dass der Standort nicht längerfristig gesichert ist. Der Raum ist 30 m<sup>2</sup> kleiner, hat jedoch genügend Platz für 50 Personen. Das Geschäft ist in der KSF gründlich diskutiert worden.

**Fraktionssprecherin Barbara Perriard (FDP):** "Weshalb erhält der Mensch die Jugend in einem Alter, in dem er nichts davon hat?", fragte der Literatur-Nobelpreisträger George Bernard Shaw einst rhetorisch. Erklärtes Ziel der FDP-Fraktion ist es, dass die Jugend etwas von ihrer Zukunft haben soll. Wir alle stehen in der Pflicht, künftigen Generationen keine Schuldenberge zu hinterlassen oder ungerechte Belastungen aufzubürden. Der FDP-Fraktion ist es aber auch ein Anliegen, sich für die Jugend von heute zu engagieren, damit sich die Frage von George Bernard Shaw gar nicht stellt. Es gibt nicht "eine Jugend". Von Sport über Musik, vom chatten bis hin zum chillen, sind die Bedürfnisse und Wünsche der Jugendlichen so unterschiedlich und vielfältig wie jene der so genannten "golden agers". Diese Bedürfnisse sollen auch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es Tatsache, dass in einem urbanen Gebiet wie Köniz das Bedürfnis nach einem Jugendtreff ausgewiesen und gross ist.

Aus diesem Grund unterstützt die FDP-Fraktion das Anliegen des Gemeinderats für einen Ersatzstandort des abgebrannten Jugendtreffs einstimmig.

Wir haben Kenntnis davon genommen, dass die Suche nach einem Ersatzstandort nicht einfach war und deshalb lange dauerte. Offensichtlich sind mehr als ein Dutzend Standorte evaluiert worden. Dabei hat an mehr als einem Standort das Sankt-Florians- oder "nimby"-Prinzip (**not in my back yard**) offenbar eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. "Was lange währt, wird endlich gut". Mit dem jetzt gewählten Standort und dem geplanten mobilen Bausystem scheint eine gute Lösung gefunden. In der Vorlage des Gemeinderats ist jedoch ein kleines B-Moll vorhanden: Die Unterlagen für das Parlament sind etwas gar schlank ausgestaltet. Aus diesem Grund sind in der Beratung der FDP-Fraktion Fragen aufgetaucht und vereinzelt ist das Geschäft angezweifelt. Ist der Antrag zonenkonform? Geht die FDP-Fraktion richtig in der Annahme, dass sämtliche Auflagen aus dem behördenverbindlichen Verkehrsrichtplan erfüllt sind?

Trifft es zu, dass die Versicherungsleistungen der GVB an eine Deadline geknüpft sind? Wie stellt der Gemeinderat im Fall von allfälligen Einsprachen sicher, dass die Versicherungsleistungen der GVB nicht verfallen? Diese Fragen hätten wir gerne beantwortet. Die Einrichtung "Gump- und Drahtesel" ist in den Augen der FDP-Fraktion eine gute Sache und wir laden den Gemeinderat ein, uns kurz darzulegen, wie die Einrichtung bei der Suche nach einem neuen Lagerstandort unterstützt wird. Abschliessend betone ich, dass uns viel an einer möglichst raschen und guten Umsetzung des Vorhabens Jugendtreff Köniz liegt.

Deshalb empfehlen wir dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen. Es ist jedoch unbedingt heute sicherzustellen, dass das Geschäft nicht aus formaljuristischen Gründen bachab und damit auch die Finanzierung durch die GVB verloren geht.

**Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP):** Ich bin sehr erfreut, dass uns nach einer langen jugendtrefflosen Zeit im Liebefeld und in Köniz das Geschäft nun vorliegt. Ich danke dem Gemeinderat für die schwierige Arbeit. Mit der Interpellation 1002 Locher, "Jugendlokal Köniz/Liebefeld", habe ich die Wichtigkeit eines Jugendtreffs in Köniz unterstrichen. Einen Standort für einen Jugendtreff zu finden, der den Ansprüchen der Könizer und Liebefelder Jugendlichen Genüge trägt, war sicher nicht einfach. Die Liste der Kriterien ist lang wie auch die Anzahl jener, die sich an einem Jugendtreff stören könnten. Der Platz ist knapp, so knapp, dass beschlossen wurde, einen so genannten Modulbau auf das Areal des ehemaligen Röhrenlagers zu stellen, einem Streifen Land zwischen dem BLS-Geleise und der viel befahrenen Schwarzenburgstrasse. Das sind aus der Sicht der CVP/EVP/GLP-Fraktion zwei nicht zu unterschätzende Risikofaktoren. Hier müssen frühzeitig Sicherheitsmassnahmen getroffen werden. Will man den Jugendtreff vom Neuhausplatz her erreichen, müssen die Bahngeleise entweder bei der Barriere in Köniz oder im Liebefeld überquert werden. Ich kann mir vorstellen, dass der direkte Weg über das ungeschützte Bahngeleis verlockend sein wird. Deshalb muss der im Bericht angetönte Verbindungsweg Neuhausplatz - Liebefeld Park so rasch als möglich – im Idealfall noch vor der Eröffnung des Jugendtreffs – realisiert werden. Hat der Gemeinderat dazu eine zeitliche Vorstellung? Auch der nächstliegende Zebrastreifen für die Querung der Schwarzenburgstrasse ist mehr als 50 Meter vom geplanten Standort entfernt. Haben sich die Jugendlichen im Liebefeld Park ausgetobt und wollen sich im Jugendtreff ausruhen, werden sie den direktest möglichen Weg über die Schwarzenburgstrasse nehmen. Das Aufmalen eines Fussgängerstreifens wäre hier die optimale Lösung. Gut am gewählten Standort ist die Nähe zu Köniz und zu Liebefeld. Der Modulbau ist vielseitig verwendbar und kann offenbar auch ökologisch überzeugen. Bezüglich der genannten gestalterischen Freiheit in Bezug auf das Erscheinungsbild bin ich sehr gespannt auf die Ideen der Jugendlichen. Wird die Fassade allenfalls für das Anbringen von Spraybildern freigegeben? Mich interessiert, ob ein solcher Modulbau bereits andernorts für einen ähnlichen Zweck eingesetzt wird und welche Erfahrungen damit gemacht worden sind. Der Raum ist deutlich kleiner als im alten Jugendtreff und ob 70 m<sup>2</sup> für die Jugendlichen eines solch grossen Perimeters genügen, ist aus meiner Sicht fraglich. Ich bin gespannt, wie sich der Jugendtreff entwickelt, wie gross die Nachfrage sein wird und wie die Jugendarbeit unter den gegebenen Umständen arbeiten kann. Meine persönliche Einschätzung: Wenn die Juk im Gebiet Liebefeld/Köniz längerfristig seriöse Arbeit leisten und auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingehen soll, ist die vorgelegte Lösung nicht optimal.

Da die Jugendlichen in Köniz und Liebefeld nun aber lange genug gewartet haben und die vom Gemeinderat präsentierte Lösung – unter der Voraussetzung, dass Sicherheitsmassnahmen getroffen werden – annehmbar ist, wird die CVP/EVP/GLP-Fraktion dem Geschäft zustimmen.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** "Was lange währt, wird hoffentlich gut". Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats klar. Er bedauert ein wichtiges Element und übt Kritik. Weshalb unterstützt die SP/JUSO-Fraktion den Antrag? Mit dem Brand der Baracke im Dreispitz-Areal ist auch der Jugendtreff in Köniz in Flammen aufgegangen. Seither fehlt diese Treffmöglichkeit für Jugendliche im Liebefeld und in Köniz und es ist dringend notwendig und an der Zeit für Ersatz zu sorgen. Mit dem vorliegenden Geschäft wird endlich eine klaffende Lücke geschlossen. Der gefundene Standort ist in den Augen der SP/JUSO-Fraktion geeignet. Er liegt zentral im Liebefeld und ist mit unterschiedlicher Mobilität gut erreichbar. Er liegt zwar in einem industriellen Gebiet, doch im dicht besiedelten Liebefeld könnten sich Anwohnende durchaus das eine oder andere Mal am Lärm stören. Unserer Meinung nach hält sich die Anzahl nah Anwohnender in Grenzen. Die Häuser der neuen Überbauung am Liebefeld Park liegen weit genug weg und hier sollte kein Konfliktpotenzial vorhanden sein. Zudem ist der SP/JUSO-Fraktion wichtig, dass die geplante Fuss- und Fahrradverbindung Neuhausplatz – Liebefeld Park so rasch als möglich realisiert wird.

Die SP/JUSO-Fraktion hat sich davon überzeugen lassen, dass die Grösse des Raums den Bedürfnissen der Jugendlichen durchaus entspricht. Der Modulbau entspricht offenbar den Energievorschriften. Auch dieser Umstand ist uns wichtig. Die SP/JUSO-Fraktion wünscht sich aber, dass der für den Jugendtreff benötigte Strom aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Wir fordern den Gemeinderat auf, dem Rechnung zu tragen. Zudem regen wir an, das Flachdach zu begrünen. Gemäss Auskunft des zuständigen Gemeinderats Ueli Studer werden der Standort und die Art des Gebäudes von der juk unterstützt. Das ist unserer Fraktion wichtig, weil die juk ein wichtiger verlängerter Arm der Gemeindeverwaltung Köniz ist. Es ist von Bedeutung, dass jene Stelle die auf die Arbeit mit Jugendlichen spezialisiert ist, hinter diesem Vorhaben steht.

Mit Bedauern nimmt die SP/JUSO-Fraktion jedoch Kenntnis, dass der Standort des neuen Jugendtreffs nur für die nächsten paar Jahre zur Verfügung steht, da sich der vorgesehene Platz in einem ESP befindet. Kritisch äussert sich die SP/JUSO-Fraktion zur Qualität der Vorlage. Was vordergründig fundiert und ausgegoren daher kommt, zeigt sich bei näherem Studium als leicht unvollständig und lückenhaft. Etliche Informationen mussten wir uns zusätzlich beschaffen – sie waren allesamt verfügbar. Die SP/JUSO-Fraktion bittet den Gemeinderat, vorhandene Information entsprechend vollständig in ein Geschäft einfließen zu lassen. Wollen wir Parlamentsmitglieder unsere Arbeit gut erledigen, benötigen wir dafür qualitativ gute Unterlagen.

**Fraktionssprecherin Ursula Wyss (Grüne):** Nach der Prüfung verschiedener Standorte ist nun endlich ein Ort gefunden worden, an dem der im Dreispitzareal abgebrannte Jugendtreffpunkt realisiert werden kann. Der Standort ist ideal, weil er erstens zentral gelegen ist und weil zweitens in der näheren Umgebung wenige Wohnungen vorhanden sind. Der einzige Wermutstropfen ist die mögliche zeitliche Beschränkung aufgrund des ESP Liebefeld. Die Immobilie kann, weil es sich um einen Modulbau handelt, rasch an einen andern Ort versetzt werden, was ein grosser Vorteil ist. Wichtig ist, dass der Jugendtreff den Bedürfnissen der Jugendlichen entspricht. Das ist in meinen Augen sichergestellt, weil die juk bei der Planung relativ früh einbezogen worden ist. Für uns Grüne ist klar, dass ein Ersatz für den abgebrannten Jugendtreffpunkt unbedingt notwendig ist.

Zwei Anmerkungen: Erstens sieht der Gruppenraum im Plan so aus, als ob keine Türe direkt nach aussen führt, sondern nur in den Gang. Führt man sich aber vor Augen, dass sich im Gruppenraum gleichzeitig bis zu 50 Jugendliche aufhalten können, wäre eine direkte Fluchtmöglichkeit gegen aussen gut. Kann das noch geprüft werden? Zweitens ist mir nicht klar, welchen Energiestandard der Jugendtreffpunkt erfüllt. Die im Bericht erwähnte SIA-Norm sagt uns Laien nichts. Die Antwort auf meine entsprechende Frage hin befriedigte mich auch nicht. Ich wäre froh um eine Antwort und auch darum, dass solche Standards in den Unterlagen für uns Parlamentsmitglieder auf verständliche Weise aufgeführt sind.

Wir Grünen stimmen dem Antrag des Gemeinderats zu und wir hoffen, dass der Jugendtreffpunkt im Frühling 2011 eröffnet werden kann.

**Laavanja Sinnadurai (SP):** Mit meinen 20 Jahren darf ich behaupten, noch zu den Jugendlichen zu gehören und aus diesem Grund einige Worte zum Geschäft zu äussern. Was soll daran falsch sein, dass sich Jugendliche treffen? Dass dabei gefeiert, getrunken und gelacht und Musik gehört wird, ist doch normal. Nur ein kleiner Teil der Jugendlichen begeht schwere Delikte. Anstatt nun die Repression zu fördern, sollte eher mehr dafür getan werden, dass sich die Jugendlichen an anderen Orten als an Bushaltestellen oder Bahnhöfen treffen können. Bahnhöfe liegen nun einmal zentral, sind beleuchtet, bieten Sitzgelegenheiten, ein Dach über dem Kopf und sind Treffpunkt für alle. Was, wenn der Bahnhof weit und breit der einzige öffentliche Ort ist, der ein Zusammensein ermöglicht? Die Polizei soll sich mit Wichtigerem beschäftigen, als an diesem Ort Repression zu üben. Feiern kann oft störend wirken, hat aber mit Kriminalität nichts zu tun. Das Jugendproblem in Köniz ist eine lokale Angelegenheit, die auch so zu lösen ist. Den Jugendlichen einen alternativen Treffpunkt anzubieten, ist eine intelligentere Investition als einen Repressionsapparat aufzubauen, der zu mehr Konflikten führen kann. Wird der neue Treffpunkt im Liebefeld realisiert, geht für die Jugendlichen ein lang ersehnter Wunsch in Erfüllung. Man hat die Jugendlichen in meinen Augen zu lange warten lassen. Solche Lücken sind schlecht und sollten in Zukunft möglichst vermieden werden. Ich wünsche mir deshalb vom Gemeinderat einerseits eine bessere Zusammenarbeit mit der juk Köniz, bedanke mich aber andererseits für sein Mühe. Ein weiterer Dank richtet sich an den Initiator Patrik Locher. Er hat das Bedürfnis der Jugendlichen in Köniz gespürt und das heute vorliegende Geschäft durch seinen Vorstoss ins Rollen gebracht.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich danke für die gute Aufnahme des Geschäfts, auch wenn kritisiert worden ist, dass die Unterlagen dafür etwas gar schlank ausgefallen sind. Ich nehme diese Kritik entgegen. Die FDP-Fraktion hat vier Fragen gestellt, die ich nun beantworten will. Die Frage nach der Zonenkonformität habe ich abklären lassen und mir ist bestätigt worden, dass das Gebäude zonenkonform ist. Für die geplante Fuss- und Fahrradverbindung Neuhausplatz – Liebefeld Park ist ein anderes Zonenblatt notwendig. Einsprachen können selbstverständlich eingereicht werden. Die Frage in Bezug auf die "Deadline" der GVB kann ich wie folgt beantworten: Ende 2012 läuft die Frist ab, bis zu welcher wir für einen Wiederaufbau des Jugendtreffs Versicherungsleistungen erhalten. Sollte das Geschäft heute nicht genehmigt werden, müssten wir deshalb mit Vollgas auf die Suche nach einem Alternativstandort gehen, um die Versicherungsleistungen der GVB zu erhalten. Eine weitere Frage betraf die Unterstützung der Einrichtung "Gump- und Drahtesel" auf der Suche nach einem Ersatz für ihr Lager. Diese Unterstützung haben wir im Rahmen unserer Möglichkeiten zugesichert. Die Liegenschaftsverwaltung unter der Leitung von Gemeinderat Urs Wilk ist dafür zuständig. Wir sind der Einrichtung in dem Sinn entgegengekommen, dass der Vertrag immer wieder verlängert worden ist. Wir können kurzfristig keinen Ersatzstandort anbieten, unterstützen die Einrichtung jedoch bei der Suche danach. Ich möchte hier aber keine falschen Hoffnungen schüren. Patrik Locher regte an, auf der Schwarzenburgstrasse auf der Höhe des Jugendtreffpunkts zum Liebefeld Park hin einen Zebrastreifen zu realisieren. Diese Anregung ist in meinen Augen gut und da wir uns in der Planungsphase für die Realisierung der Tramlinie befinden, werden wir sie in unsere Planung aufnehmen. Ebenso ist uns die Sicherheit der Jugendlichen wichtig. Rund um das Gelände des Jugendtreffs wird ein Zaun erstellt, damit eine gewisse Sicherheit zur Bahnlinie hin vorhanden ist. Wir appellieren hier aber an die Eigenverantwortlichkeit der Jugendlichen, alles können wir nicht absichern. Die Frage, ob die Fassade besprayed werden dürfte, beantworte ich wie folgt: Wir haben für die Jugendlichen bereits an verschiedenen Orten Wände für die Besprayung zur Verfügung gestellt. Wir sehen vor, Platten auf dem Gelände des Jugendtreffs aufzustellen, die von den Jugendlichen besprayed werden können. Die Besprayung des Modulbaus selber ist nicht oder nur an einem kleinen Ort vorgesehen. Patrik Locher hat darauf hingewiesen, dass die Örtlichkeit nicht optimal ist, um auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingehen zu können. Wir versuchen stets, die Bedürfnisse der Jugendlichen in unsere Planungen aufzunehmen. Man muss aber das Wünschbare vom Machbaren zu trennen versuchen. Kritik wurde dahingehend geäußert, dass die Unterlagen zum Geschäft etwas schlank ausgefallen sind. Die Realisierung der geplanten Fuss- und Fahrradverbindung ist abhängig von einem Kostenbeitrag des Bundes. Damit Subventionen fließen, muss in der nächsten Zeit ein Planungs- und ein Wettbewerbsverfahren eingeleitet werden. In Zusammenarbeit mit der Planungsabteilung wurde, damit diese Verbindung realisiert werden kann, der Modulbau auf dem Platz um 180 Grad gedreht. Für die Fragen in Bezug auf Energie übergebe ich das Wort an Gemeinderat Urs Wilk. Zu Ursula Wyss: Bereits anlässlich der KSF-Sitzung ist erwähnt worden, dass die Fluchtwege entsprechend den Bedingungen der GVB realisiert werden. Wir nehmen diese Anregung auf und prüfen sie. Zu Laavanja Sinnadurai: Die Äusserung in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der juk hat mich etwas verunsichert. Die Äusserungen machen den Anschein, dass die Zusammenarbeit zwischen juk und der Gemeinde nicht funktioniert. Die DBS hat aber ein klares Controllingssystem und führt Gespräche mit der juk. Man ist stetig in Kontakt. Mit der juk besteht ein Leistungsvertrag. Ich gehe mit Laavanja einig, dass die von ihr genannten Probleme in Bezug auf das Zusammensein von Jugendlichen bei Bahnhöfen und Bushaltestellen bestehen. Ich will diese Probleme und die offene Jugendarbeit aber nicht gegeneinander ausspielen. Ich bin überzeugt, dass der Jugendtreffpunkt im Liebefeld zur Problemlösung beitragen kann, bin aber realistisch genug zu sehen, dass Probleme bestehen bleiben.

*Da die beiden Mikrofone von Gemeinderat Urs Wilk und Gemeinderätin Rita Haudenschild nicht funktionierten, werden die beiden Voten aufgrund ihrer schriftlichen Notizen oder sinngemäss wiedergegeben.*

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Die Gebäudehülle entspricht dem Minergiestandard. Für die Erlangung des Labels fehlt im Projekt allerdings die Komfortlüftungsanlage. Wenn sich im Verlauf der weiteren Projektierungsarbeiten die für die Lüftungsanlagen fehlenden Fr. 15'000 finden lassen, werden wir diese einbauen.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Wir werden das Anliegen prüfen, den benötigten Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu decken.

---

**Beschluss**

Für den Ersatz des abgebrannten Jugendtreffpunktes Köniz-Liebefeld wird ein Kredit von Fr. 410'000.- zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto 3250.503.0262 Jugendtreff Köniz / Liebefeld bewilligt.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Das Baugesuch wird morgen eingereicht.

**4. 0612 Postulat (CVP/EVP) "Systemwechsel bei der Pensionskasse"**

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Am 10. August 2010 hat der Gemeinderat die Parlamentsmitglieder zu einem Informationshearing über Details zu vorliegenden Vorstoss eingeladen, an dem auch Fachleute anwesend waren.

**Hermann Gysel (EVP):** Zuerst danke ich dem Gemeinderat herzlich für die ausführliche Beantwortung des Postulats. Er hat sich grosse Mühe gegeben und für eine aussagekräftige Antwort fast keine Kosten gescheut. Eigentlich müsste der Verfasser des Postulats gerüffelt werden, weil mit dem Vorstoss verwaltungsintern und -extern grosser Aufwand generiert worden ist. Das Resultat des grossen Aufwands: Alles bleibt beim Alten. Ich verzichte auf eine versicherungsmathematische Betrachtung, weil dieses Thema unter anderen am 10. August behandelt worden ist. Ich versuche die Vorteile der beiden Primat darzustellen und würdige danach die Antwort des Gemeinderats aus politischer Sicht.

Das Leistungsprimat hat Vorteile, sowohl für den Arbeitgeber als auch für den Arbeitnehmer. Das mathematische Konstrukt des Leistungsprimats ist in den sechziger Jahren entstanden und hat den wesentlichen Vorteil einer stärkeren Bindung der Arbeitnehmenden an den Arbeitgeber, weil die jüngeren Arbeitnehmenden zu Beginn mehr in die Pensionskasse bezahlen und später davon profitieren können. Der grosse Vorteil für die Arbeitnehmenden besteht beim Leistungsprimat darin, dass ein klares Ziel vorgegeben ist: 60 Prozent des letzten Lohns werden als Rente ausbezahlt. Der grosse Vorteil beim Beitragsprimat für den Arbeitgeber besteht darin, dass es einfacher zu handhaben ist und sein finanzielles Risiko reduziert wird. Der Vorteil des Beitragsprimats für die Arbeitnehmenden: Es ist gerechter, da die Beiträge der Arbeitnehmenden quasi auf ein Sparkonto einbezahlt werden und nicht in einen Solidaritätsfonds. Das Wort Solidarität taucht in diesem Zusammenhang immer wieder auf und ist ein euphemistischer Begriff für nicht nachhaltige Umverteilung oder Quersubventionierung. Solidarität ist eigentlich eine ethisch politische Haltung, die die Verbundenheit mit der Unterstützung von Ideen, Aktivitäten und Zielen von anderen beschreibt. Hier aber ist Solidarität nicht freiwillig, sondern erzwungen und damit handelt es sich um Quersubventionierung. Ich komme zum Thema Risiko: Es bestehen hier zwei Arten von Risiken, die genauer zu betrachten sind. Das eine ist, welche Anreize ein Leistungsprimat heute für die Altersverteilung der Arbeitnehmenden setzt. Das zweite ist das finanzielle Risiko überhaupt. Eine Pensionskasse mit Leistungsprimat ist für die jüngeren Arbeitnehmenden nicht attraktiv, jedoch aber für die älteren ab 45 Jahren. Das bewirkt – stärker oder schwächer – schlicht und einfach, dass die Gemeinde mehr ältere und weniger jüngere Arbeitnehmende hat. Hier kann man der Meinung sein, dass dies weiter nicht schlimm ist. Wenn aber eine Pensionskasse – aus welchen Gründen auch immer – irgendeinmal in eine leichte Schieflage gerät, müssen Sanierungsbeiträge usw. verlangt werden. Je älter in einem solchen Fall die aktiven Versicherten sind und je kleiner der Anteil der Jungen ist desto schwieriger wird es, ein Gleichgewicht zu finden. Das ist das personalpolitische Risiko. Das finanzielle Risiko hängt mit der Gefahr zusammen, dass aufgrund der unterschiedlichen Altersstruktur mehr Beiträge von allen Arbeitnehmenden benötigt werden, um die nicht ganz deckenden Beiträge der älteren Arbeitnehmenden aufzufangen. Im Leistungsprimat besteht noch das Problem des technischen Zinssatzes. Dort können aller Voraussicht nach in den kommenden Jahren – wenn nicht eine sehr risikoreiche Anlagestrategie gefahren wird – nicht mehr die dafür benötigten 4,5 Prozent erreicht werden. Ich habe mit Stiftungsräten von grossen Pensionskassen gesprochen, die dieses Problem als sehr ernsthaft betrachten.

Das Risiko ist erheblich. Nun stellt sich die Frage, was weiter geschieht. Am einfachsten ist es der Meinung zu sein, mit dem Leistungsprimat weiter zu fahren. Die Frage stellt sich aber, ob das nicht hinausgeschobenes Kopfweh ist. Im Interesse der Sache müsste der Primatwechsel für die Gerechtigkeit, für die Einfachheit und für die Reduktion des Risikos, angepackt werden.

Das ist schwierig, denn Änderungen sind nicht immer Folge von Einsicht, sondern meistens Folge von Leidensdruck. Ich hoffe, dass sich der Gemeinderat von Köniz der These "gouverner c'est prévoir" bewusst ist und sich dem annehmen wird. In dem Sinn haben wir heute eine Motion vorbereitet, die den Gemeinderat beauftragt, den Primatwechsel vorzunehmen. Das unter Berücksichtigung der "Besitzstandwahrung" für die älteren Mitarbeitenden.

Da die Antwort des Gemeinderats auf unseren Vorstoss vollständig ist, stimmen wir dem Antrag auf Abschreibung zu.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich weise auf einen kleinen Flüchtigkeitsfehler auf Seite 9 des Berichts der Firma AON hin. Dort steht irrtümlich, dass der Umwandlungssatz 6,5 Prozent beträgt. Er beträgt jedoch 6,1 Prozent.

**Fraktionssprecher Heinz Engi (FDP):** Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, das Postulat ohne grosse Aufregung abzuschreiben. Der Gemeinderat hat sich – verständlicherweise, da davon betroffen – bei seiner Antwort auf einen Teil der Begründung der Postulanten versteift, nämlich auf den Passus, dass "keiner Mitarbeitergruppe substanzielle Nachteile erwachsen sollen". Nur um herauszufinden, dass mit dieser Fessel im Begründungstext exorbitante Millionenbeträge für einen Primatwechsel notwendig werden, dafür hätte man sich die Beratermandate sparen können. Die FDP-Fraktion möchte heute auf lange technische und politische Debatten verzichten und lieber sicherstellen, dass die Renten der Pensionskasse für das Gemeindepersonal von Köniz auch in 10 Jahren noch finanziert und ausbezahlt werden können. Aus diesem Grund reicht sie heute, zusammen mit den Fraktionen der SVP und BDP eine Motion zum Thema Primatwechsel ein.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Das System der 2. Säule ist in der Gemeindeverwaltung Köniz recht komfortabel. Gemäss der Aussage der Experten liegt es im oberen Drittel von vergleichbaren Pensionskassen. Es ist vor allem gut für langjährige und ältere Mitarbeitende. Sicher haben sowohl Leistungs- als auch Beitragsprimat Vor- und Nachteile. Beim Leistungsprimat haben die Angestellten vor allem den Vorteil, dass das Risiko auf dem Geldmarkt beim Arbeitgeber liegt. Das kann, wie z. B. zurzeit in Kalifornien, wo einige Gemeinden aufgrund von Pensionskassenforderungen Konkurs einreichen müssen, ein Risiko für den Arbeitgeber bedeuten. So weit wird es in der Gemeinde Köniz nicht kommen. Das Leistungsprimat hat für einige Mitarbeitende aber auch grössere Nachteile. Die Mehrheit der Grünen Köniz sind der Meinung, dass das Leistungsprimat nicht mehr in die heutige Arbeitswelt und in die soziale Situation passt. Das Leistungsprimat geht von einer 100-Prozent-Lebensarbeitsstelle aus, mit einem konstanten Lohnwachstum. Das Leistungsprimat ist vor allem in der öffentlichen Hand anzutreffen und drückt eine gewisse Beamtenmentalität aus, weil man schon früh weiss, was man im Pensionsalter verdienen wird. Das Leistungsprimat benachteiligt viele heutige Arbeitsformen, wie z. B. Teilzeitarbeit, rasch wechselnde Mitarbeitende, vor allem aber die Frauen. Die Angestellten sind sich dieser Nachteile eventuell gar nicht bewusst und haben sicher keine lautstarke Lobby. Die Solidarität des Leistungsprimats führt zu einer Umverteilung von Jung zu Alt. Für uns Grüne ist Solidarität grundsätzlich wichtig. Die hier bestehende Solidarität widerspricht aber den heutigen Gegebenheiten, wo vor allem die jungen, allein erziehenden Frauen vom Armutsrisiko betroffen sind. Das Leistungsprimat führt dazu, dass jüngere Mitarbeitende, die nur einige Jahre bei der Gemeinde arbeiten, bei einem Stellenwechsel nicht all ihr einbezahltes Geld zurückerhalten. Ein Umstieg vom Leistungs- zum Beitragsprimat ist in unseren Augen deshalb gerechtfertigt. Allerdings müssen wir festhalten, dass der Wechsel zurzeit nicht machbar ist, weil er für die Gemeinde schlicht zu teuer ist. Die Ausfinanzierung des betroffenen Teils der Mitarbeitenden ist in unseren Augen Pflicht. Wenn die über 50-Jährigen nachfinanziert werden sollen, würde das die Gemeinde Köniz 15 Millionen Franken kosten. Geld, das zurzeit nicht zur Verfügung steht oder das in Sinnvolleres investiert werden soll. Obwohl der Gemeinderat nicht – wie gefordert – aufzeigt, wie ein Wechsel auf geeignete Weise vorgenommen werden kann, soll das Postulat auch aus unserer Sicht abgeschrieben werden. Wir fordern den Gemeinderat auf, aufzuzeigen wie das Leistungsprimat mittelfristig in ein sozial gerechtes Beitragsprimat umgebaut werden kann. Dies ohne Nachteile für ältere Mitarbeitende und ohne, dass die Gemeinde hohe Summen investieren muss. Wir werden die heute eingereichten Motionen zu diesem Thema prüfen und allenfalls unterstützen. Umbau soll in unseren Augen den Solidaritätsfluss untersuchen und ändern. Es kann nicht sein, dass die jüngeren Mitarbeitenden dermassen für ältere bezahlen müssen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass das Leistungsprimat angepasst werden muss, denn mittelfristig fehlt ein grosser Betrag.

Er soll in nächster Zeit prüfen, ob dies eher durch eine Verkleinerung der Leistung oder durch die Erhöhung der Beiträge erreicht werden kann. Das soll selbstverständlich in einer guten Zusammenarbeit mit den Angestelltenverbänden geschehen.

Ich komme zum Fazit: Die Grünen Köniz sind für eine Abschreibung des Postulats. Ein Umstieg ist grundsätzlich gerechtfertigt, kommt die Gemeinde zurzeit jedoch zu teuer zu stehen. Ein Ja zur Abschreibung bedeutet aber nicht, dass wir Grünen für das bestehende System sind. Es soll so revidiert werden, damit Einnahmen und Ausgaben übereinstimmen und mittel- bis langfristig ein Wechsel zum Beitragsprimat real machbar ist.

**Fraktionssprecher Ulrich Witschi (BDP):** Die BDP-Fraktion nimmt den Bericht des Gemeinderats zur Kenntnis und unterstützt die Abschreibung des Postulats. Wir können die Schlussfolgerungen nachvollziehen, vor allem die Kosten, die durch den Primatwechsel ausgelöst werden. Inhaltlich sind wir aber nicht damit einverstanden. Auch für uns ist eine ernsthafte Prüfung des Primatwechsels angezeigt. Die Argumente dafür sind so stark, dass Varianten erarbeitet werden müssen, die aufzeigen, welche Übergangsregelungen üblich sind und welche finanzierbar sind. Es geht uns dabei nicht darum, eine Sparübung zu Lasten der Versicherten zu veranstalten. Es geht uns darum, ein einfacheres, flexibleres und transparenteres System zu schaffen, das langfristig finanzierbar ist. Viele hier im Saal sind bereits von einem Primatwechsel betroffen und wissen aus eigener Erfahrung, dass auch bei einem Beitragsprimat Lösungen mit vergleichbaren Leistungen möglich sind.

**Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP):** Auch die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die umfangreiche Berichterstattung des Postulats. Ein Primatwechsel ist eine komplexe Aufgabe und darf nicht zu grossen Leistungsminderungen für die betroffenen Arbeitnehmenden führen. Gleichwohl müssen wir festhalten, dass bis heute die meisten Leistungsprimat-Kassen ins Beitragsprimat gewechselt haben oder dies noch tun werden. Einzig dort wo die Politik etwas zu sagen hat, wird am Leistungsprimat festgehalten. Aber auch bei der öffentlichen Hand sind durchaus Bestrebungen vorhanden, dies zu ändern. Das Leistungsprimat ist ein Auslaufmodell. Die Vor- und Nachteile der beiden Primate sind bereits ausgeführt worden. Es bleibt aber dabei, dass das Beitragsprimat in der heutigen Arbeitswelt administrativ wesentlich einfacher, transparenter und flexibler ist. Es wird vorgerechnet, dass ein Primatwechsel zwischen 10 und 30 Millionen Franken kosten wird. Das ist tatsächlich viel Geld für die Gemeinde Köniz, das werden weder der Steuerzahler noch die Versicherten allein bezahlen können. Ich unterstelle dem Gemeinderat nicht, dass er den Primatwechsel von Anfang an nicht wollte. Wie bereits erwähnt, haben wir einen umfangreichen Bericht erhalten. Mein Bauchgefühl sagt mir aber doch, dass der Gemeinderat über das Resultat seiner Abklärungen nicht unglücklich ist und vielleicht hoffte, das Thema nun vom Tisch zu haben. Ich bin aber sicher, dass das Thema noch nicht vom Tisch ist und uns weiterbeschäftigen wird. Wir werden nicht darum herum kommen, hier etwas zu ändern.

Die SVP-Fraktion stimmt der Abschreibung des Postulats zu, weil es erfüllt ist.

**Fraktionssprecher Mario Fedeli (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion wird der Abschreibung des Postulats zustimmen. Es geht aber nicht nur um die Abschreibung des Postulats, sondern um die grundsätzliche Frage des Primatwechsels. Dazu stellen sich zwei Fragen. Die erste: Sind Gründe vorhanden, die einen Primatwechsel als notwendig erscheinen lassen? Die zweite: Wenn ja, zu welchen Bedingungen?

Zur ersten Frage: Beide Primate haben gewichtige Vor- und Nachteile und ein Primatwechsel bringt verschiedene Unannehmlichkeiten mit sich. Es entsteht administrativer Mehraufwand beim Umbau, die Arbeitnehmenden werden verunsichert und schlussendlich müssen erhebliche Beträge eingeschossen werden. Damit dies auf der einen Seite in Kauf genommen wird, müssen auf der anderen Seite gewichtige Vorteile herauschauen. Diverse Vorteile sind genannt worden, von denen jeder aber seinen Nachteil hat. Im Bericht sind Schwachstellen des heutigen Primats aufgedeckt worden, aber auch Lösungsansätze ohne Primatwechsel. Der Primatwechsel soll nicht aus der Laune der Zeit heraus initiiert und nicht aus Spargründen vorgenommen werden. Die SP/JUSO-Fraktion verschliesst sich einer Diskussion über einen Primatwechsel nicht. Wir sind aber zum heutigen Zeitpunkt von der Dringlichkeit eines solchen Wechsels nicht überzeugt. Zur zweiten Frage, den Bedingungen: Wir werden nicht Hand zu einer Verschlechterung der bestehenden Situation der Gemeindeangestellten und einem Primatwechsel auf deren Buckel bieten. Eine gut ausgebaute Leistungsprimatkasse wie jene in Köniz hat – das ist systemimmanent – meist ein durchhängendes, für tiefe Alter sogar negatives Deckungs- oder Vorsorgekapital. Ein grosser Teil der Finanzierung wird zum höheren Alter hin verschoben.

Das führt dazu, dass bei insgesamt gleichen Bedingungen die Umstellung vom Leistungs- zum Beitragsprimat für die Versicherten ab Alter 40 – da sind sich alle einig – aufgrund des fehlenden Solidaritätsausgleich der Jungen eine substantielle Deckungskapitalverbesserung erfordert. Das kostet gemäss den Berechnungen der Experten im vorliegenden Fall rund 30 Millionen Franken. Geld, das die Gemeinde Köniz für anderes als einen Primatwechsel, der sich nicht zwingend aufdrängt, brauchen könnte. Dass das Postulat verlange, dass keiner Mitarbeitergruppe substantielle Nachteile erwachsen sollen, sei wie eine Fessel, ist gesagt worden. Das ist aber keine Fessel, sondern korrekter Umgang mit den betroffenen Personen. Will man den Wechsel, bedingt dies eine Abfederung ab Alter 40 und nicht ab Alter 50 oder gar 60. Ohne diese Abfederung nimmt man den Mitarbeitenden der Gemeinde nicht nur die Butter vom Brot, sondern gleich noch das Brot und den Teller weg. Für uns im Parlament mag es hier um theoretische und mathematische Planspiele gehen. Für die Betroffenen geht es um nicht mehr und weniger als um einen Ruhestand in finanzieller Sicherheit. Die Betroffenen sind genau jene, die an der letzten Parlamentssitzung von Ihnen bei der Genehmigung des Verwaltungsberichts 2009 zu Recht für ihre gute Arbeit über den grünen Klee gelobt worden sind.

Zum Schluss: Es sind nicht nur die Angestellten der Gemeinde Köniz betroffen, sondern auch jene von anderen Organisationen wie der Musikschule, den Mediotheken, der Kirchgemeinde und anderen. Auch sie sind der Pensionskasse des Personals der Gemeinde Köniz angeschlossen. Diese Organisationen dürften kaum in der Lage sein, die Kosten eines allfälligen Einkaufs jetzt zu übernehmen. Das heisst, die Zahl der Versicherten in der Pensionskasse wird massiv sinken und eine kleinere Anzahl Versicherter ist in Bezug auf die Risikofähigkeit einer Pensionskasse nicht besonders positiv.

**Ignaz Caminada (CVP):** Im Vorfeld und im Bericht ist immer wieder von den älteren Mitarbeitenden gesprochen worden, die durch einen allfälligen Primatwechsel viel Geld verlieren, respektive für die die Gemeinde hohe Kompensationssummen übernehmen müssen. Wir Parlamentsmitglieder haben aber die Pflicht, uns ebenso für die jüngeren Mitarbeitenden einzusetzen, die mit dem aktuellen Leistungsprimat weiterhin viel zu viel in die Pensionskasse einzahlen müssen. Wird das System über die nächsten Jahre beibehalten, bleibt die Ungerechtigkeit weiterhin bestehen. Die jungen Mitarbeitenden, die vielleicht eine neue Wohnung einrichten oder eine Familie gründen wollen, sind darauf angewiesen, dass möglichst wenig vom Lohn abgezogen wird. Bei einem 55-Jährigen ist es eher der Fall, dass die Kinder die Ausbildung beendet haben und bereits aus dem Elternhaus ausgeflogen sind. Gleichzeitig sind die älteren Mitarbeitenden eher am oberen Ende der Lohnklasse angelangt, was einen prozentual höheren Abzug für die Pensionskasse eher verträgt. Eine zweite Anmerkung bezieht sich auf die Besitzstandgarantie auf Seite 2 des Berichts, wo die heute bereits mehrmals erwähnten 30 Millionen Franken festgehalten sind. Interessant wäre hier ein Vergleich mit anderen Pensionskassen, die den Primatwechsel bereits vollzogen haben. Gibt es oder hat es Pensionskassen gegeben, die eine Besitzstandgarantie für 75 Prozent der Belegschaft umgesetzt haben oder eine Besitzstandgarantie bereits ab Alter 40 umgesetzt haben? Die Bundesangestellten wurden hier im Parlament bereits oft als privilegiert bezeichnet und für Beispiele herangezogen. Ich bringe nun ein anderes: In der Publica – die Pensionskasse der Bundesangestellten – konnten die Angestellten erst ab 60 Jahren von der vollen Besitzstandgarantie profitieren. Wer kann heute sagen, wie die Leistungen der Pensionskasse für einen 40-Jährigen in 25 Jahren aussehen und welches Rentenalter dann zumal üblich sein wird? Mit grösster Wahrscheinlichkeit wird das Beitragsprimat im Jahr 2035 auch anders ausgestaltet sein und anders heissen. Welcher Spezialist kann heute sagen, dass die Lohnerhöhungen in den nächsten 25 Jahren durchschnittlich 2 Prozent betragen? Verdient heute eine 40-Jährige Person 60'000 Franken, sollte sie gemäss der vorliegenden Rechnung im letzten Jahr vor der Pensionierung 98'436 Franken oder 64 Prozent mehr als heute verdienen. Aus diesem Grund nochmals meine Frage: Wer kann dieses Szenario heute mit Garantie voraussagen und folglich die Zahl 30 Millionen Franken in den Raum stellen? Wie bereits erwähnt, wird die CVP/EVP/GLP-Fraktion heute eine entsprechende Motion einreichen, die die Besitzstandgarantie bei einem Primatwechsel in die richtigen Bahnen leitet.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Diverse Votanten haben sich dahingehend geäussert, keine Sparübung zu Lasten der Versicherten vorzunehmen, die Leistungen nicht zu vermindern usw. Vor einiger Zeit haben wir hier drin vom "Wunder von Köniz" gesprochen. Wir haben damals realisiert, dass der Alterdurchschnitt der Gemeindeangestellten hoch ist. Viele arbeiten bereits lange Jahre loyal für die Gemeinde. Genau diese Mitarbeitenden sind von einem allfälligen Primatwechsel betroffen. Ich spreche auch aus Erfahrung, denn mein Mann arbeitet beim Bund.



Ich habe viel Verständnis für die jungen Mitarbeitenden, aber auch für jene, die 30 oder 35 Jahre ihrem Arbeitgeber treu sind und gerne wissen wollen, wie hoch die Leistungen der Pensionskasse sein werden. Beim Bund wurden die Löhne im Jahr 2003 für die Leistungen der Pensionskasse für 8 Jahre eingefroren, d. h. ungefähr 10 Prozent sind zu wenig einbezahlt worden. Danach wurde der Primatwechsel vollzogen und irgendwo der Strich gezogen. Personen im Alter von 48 oder 49 Jahren sind in Probleme geraten, weil der Zuschlag nicht entrichtet worden ist. Pro Jahr fehlen diesen Personen im Pensionsalter 8'000 bis 10'000 Franken. Wie dies bei der Gemeinde aussehen wird, kann ich hier nicht sagen. Einige Millionen Franken werden vielleicht nicht einbezahlt werden können. Ich bin aber der Meinung, dass genau geschaut werden muss, wenn man alles über einen Strich ziehen will.

**Ruedi Lüthi (SP):** Die Pensionskasse des Personals der Gemeinde Köniz ist heute gesund. Von diversen Seiten ist ein Systemwechsel gewünscht. Weshalb, wenn die Kasse doch gesund ist? Man will 30 Millionen Franken bezahlen, damit mehr als die Hälfte der Mitarbeitenden in eine schlechtere Situation als bis anhin geraten. Die Mitglieder der Pensionskasse sind im Schnitt 47-jährig. Diverse Beispiele, wie in der Bundesverwaltung geschehen, zeigen auf, dass alle über 45-Jährigen mit dem Systemwechsel schlechter fahren. Die Swisscom konnte Aktien verkaufen und damit die Pensionskasse ausfinanzieren. In der allgemeinen Bundesverwaltung finanzieren die Angestellten die Pensionskasse selber, indem sie zwei bis drei Jahre länger arbeiten als ursprünglich vorgesehen und 4 bis 5 Prozent höhere Beiträge bezahlen. Ich sehe nicht ein, weshalb eine gesunde Pensionskasse nun mit aller Gewalt einen Systemwechsel über sich ergehen lassen soll. Ein Versicherungsfranken ist im Leistungs- oder im Beitragsprimat ein Versicherungsfranken. Beide Primat können solidarisch und sozial ausgestaltet werden. Aus diesem Grund ist in meinen Augen der Vorschlag des Gemeinderats richtig, keinen Primatwechsel vorzusehen, da zurzeit keine Notwendigkeit vorhanden ist und beim bestehenden Primat Anpassungen vorzunehmen. Ein Systemwechsel bringt zurzeit nichts und es wird nur Verlierer geben.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich erkläre hier nochmals, um was es dem Gemeinderat geht: Die Einreichung des Postulats stellte den Gemeinderat vor keine Probleme und die Fragestellung war wichtig. Wenn die getätigten Abklärungen des Gemeinderats dazu führen, mit einigen Anpassungen beim Leistungsprimat zu bleiben, macht dieses Ergebnis durchaus Sinn. Das Postulat hat eine sehr berechtigte Frage aufgeworfen und Anlass zu einer Standortbestimmung unter dem Beizug von Experten gegeben. Das Gemeindepersonal ist unsere wichtigste Ressource und deshalb glaube ich nicht, dass Investitionen in sorgfältige Abklärungsarbeiten unter dem Beizug von externen Experten hinausgeworfenes Geld ist, wie einige Votanten anzutönen versucht haben. Das Postulat verlangt eine faire Lösung, die keiner Mitarbeitergruppe substantielle Nachteile bringen soll. Genau diese vorurteilslose Abklärung haben wir vorgenommen. Will man die Übergangsgeneration korrekt behandeln, kostet dies zwischen 10 und 30 Millionen Franken. Bei einem Mittelwert von 20 Millionen Franken liegen wir in meinen Augen richtig. Das ist sehr viel Geld, das wir und unsere Partnerorganisationen und auch die Pensionskasse jetzt nicht haben. Das ist aus unserer Sicht das Hauptproblem eines Primatwechsels. Wir stellen uns nicht auf der "grünen Wiese" die Frage, welches Primat wir wählen sollen. Beide haben ihre Vor- und Nachteile, die hier bereits korrekt erwähnt worden sind. Wird bei einer laufenden Leistungsprimatlösung ein Wechsel durchgeführt, entsteht eine so genannte "Übergangsgeneration", die bis anhin solidarisch höhere Beiträge bezahlt hat als dies bei einem Beitragsprimat der Fall wäre. Hier ist die Meinung des Gemeinderats, dass die verlustig gehenden Ansprüche ersetzt werden müssen. Im Fall der Pensionskasse der Gemeinde Köniz ist der Übergang besonders deshalb schwierig, weil das Durchschnittsalter relativ hoch ist und weil wir – im Vergleich zu anderen Arbeitgebern – eine relativ tiefe Fluktuation haben. Das macht eine korrekte Übergangslösung relativ teuer. Entscheidend beim Beitragsprimat ist das Risiko der Anlage, das auf die Arbeitnehmenden überwältigt wird. Ob dies sozialpolitisch korrekt und richtig ist, dazu hegen wir im Gemeinderat grosse Bedenken. Dass es gegenwärtig Mode ist, das Pensionskassensystem zu ändern, da gebe ich Stefan Lehmann Recht. In der Schweiz ist in meinen Augen die 2. Säule sozialpolitisch einer der grössten Steinbrüche, wo Umwälzungen stattfinden und wo gegenwärtig ganz generell Umverteilungsübungen zu Lasten des Mittelstands stattfinden. Dass der Vertreter der so genannten Mittelstandspartei zu diesem Phänomen bemerkt, beim Leistungsprimat handle es sich um ein Auslaufmodell, hat sozialpolitisch eine gewisse Brisanz. Unser Ziel ist, unserem Personal eine attraktive Altersvorsorge zu bieten und gleichzeitig das Hauptziel nicht aus den Augen zu verlieren – hier sind wir gleicher Meinung mit der FDP-Fraktion –, dass die Pensionskasse langfristig finanzierbar und stabil bleiben muss.

Das ist sowohl im Beitragsprimat wie auch im Leistungsprimat ohne Weiteres möglich. Die entsprechenden Änderungen wollen wir nun vornehmen, um die vorhandenen Lücken und Schwachstellen unseres Leistungsprimats, die durch die externen Gutachten zu Tage gekommen sind, zu beheben. Der Gemeinderat ist beim heutigen Stand der Abklärungen und aufgrund der heutigen Diskussion der Auffassung, dass mit entsprechenden Massnahmen am Leistungsprimat festgehalten werden sollte. Ich muss noch einen Irrtum zu Handeln von Stefan Lehmann korrigieren: Nicht nur die von der Politik beeinflussten Pensionskassen bleiben beim Leistungsprimat, sondern auch grosse Arbeitgeber mit vielen jungen Angestellten, die Teilzeit arbeiten, wie z. B. die Migros, die nach einer eingehenden Abklärung und mit Retuschen bei den Leistungen und Beiträgen, beim Leistungsprimat bleibt. Genau so wollen wir in Köniz vorgehen. Wenn ein gangbarer Weg für den Wechsel zum Beitragsprimat gefunden wird, hilft der Gemeinderat mit. Zurzeit ist dieser gangbare Weg nicht erkennbar, es gibt zu viele Mitarbeitende, die erhebliche Abstriche erleben müssten. Wir befinden uns offensichtlich erst im ersten Akt der Diskussion betreffend Leistungs- oder Beitragsprimat und ich bitte Sie, zu unserem Personal Sorge zu tragen, fair zu sein, und denken Sie daran, dass mehr als die Hälfte die Steuern in der Gemeinde Köniz bezahlen und sich rege an den Gemeindeabstimmungen beteiligen.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Entscheide basierend darauf zu treffen, wie viele Wählerstimmen man dafür erhält, werden wir sicher nicht tun.

---

#### **Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

- 
- 5. 0803 Motion (CVP, jfk, EVP, FDP), "Ausarbeiten einer Energiestrategie für die Gemeinde Köniz" und 0807 Motion (Grüne, SP) "Energiezukunft Köniz"**  
Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Umwelt und Betriebe

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Da die Verlängerung der Erfüllungsfrist nur noch ein halbes Jahr dauern wird, spreche ich nur kurz dazu. Wir stellen fest, dass die Arbeiten für die Erfüllung der beiden Motionen im Gang sind. Die Energiestrategie ist verabschiedet, der Energierichtplan ist in Arbeit. Wir verstehen, dass die Ausarbeitung einer Energiebilanz für die Gemeindeverwaltung Zeit braucht. Es braucht auch Zeit für das Controlling und für die Berichterstattung im Rahmen des Verwaltungsberichts. Das ist uns jedoch versprochen worden. Nicht vergessen werden soll aber die Forderung in der Motion 0807 "Energiezukunft Köniz", dass die Massnahmen aufgrund des Kosten- Nutzen-Verhältnisses zu priorisieren sind. In der Energiestrategie sind viele Massnahmen ohne Priorisierung, ohne Grobabschätzung der Kosten und Nutzen die sie bringen, aufgelistet. Wir hoffen, dass die Zeit bis Ende Jahr reicht, um auch das zu realisieren. Die Grünen stimmen der Verlängerung der Erfüllungsfrist zu.

---

#### **Beschluss**

Die Erfüllungsfrist wird bis zum 28. Februar 2011 verlängert.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

- 
- 6. 0810 Postulat (SP) "Gemeinsam Energie sparen"**  
Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

**Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Der Vorstoss verlangt die Verfassung eines gut verständlichen Bericht zu den Themen Energie sparen und erneuerbare Energien, der an alle Haushalte der Gemeinde Köniz verteilt werden soll. Die Sache ist in meinen Augen auf guten Wegen. Die sich im Entstehen befindende Broschüre – die übersichtlich, kurz und verständlich sein soll – sieht gut aus. Sehr sinnvoll ist meiner Meinung nach auch, dass man sie als Nachschlagewerk konzipiert und eher generell halten will, denn für die aktuellsten Informationen sind das "Köniz Innerorts" oder auch die Website der Gemeinde Köniz die besseren Medien. Weniger zufrieden erkläre ich mich vom Bericht des Gemeinderats. Einerseits sehe ich, dass man hier zeitlich knapp ist, weil der Vorstoss vor zwei Jahren erheblich erklärt worden ist.

Dass man sich nun in dieser Situation mit einer mündlichen Information über die vorliegenden Resultate anlässlich einer Parlamentssitzung helfen will, bin ich nicht einverstanden. Die gemeinderätliche Berichterstattung zu Postulaten hat schriftlich zu erfolgen. Mündliche Erläuterungen anlässlich einer Parlamentssitzung genügen nicht.

In dem Sinn bitte ich Sie im Namen der SP/JUSO-Fraktion, das Postulat noch nicht abzuschreiben. Ich will aufgrund eines schriftlichen Berichts, den ich im Voraus lesen kann, entscheiden ob der Gemeinderat einen parlamentarischen Auftrag erfüllt hat oder nicht.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Auch wenn die Broschüre noch nicht druckreif vorliegt, stimmen wir Grünen der Abschreibung zu. Der Auftrag für die Broschüre ist erteilt. Wichtig ist, dass in der Gemeinde Köniz eine solche Broschüre zur Verfügung steht. Wer sein Haus isolieren, wer eine Solaranlage bauen, wer eine kleinere Stromrechnung oder von der Ölheizung wegkommen will, muss nicht die Energieberatungsstelle belästigen, sondern kann die nächsten Schritte für sein Vorhaben dieser Broschüre entnehmen. Sie wird auch aufzeigen, wo für welche Energiemassnahmen Beiträge abgeholt werden können. Das ist bereits heute auf der Website der Gemeinde Köniz möglich. Leider, das muss hier festgehalten werden, wird die Broschüre nichts Köniz-spezifisches enthalten, da bei der Gemeinde keine Beiträge fürs Energiesparen abgeholt werden können. Die Stadt Bern hat z. B. eine Broschüre verfasst mit einem 2-Millionen-Franken-Gebäudeprogramm, inklusive Energiecoaches. Von diesem Gebäudeprogramm sind aktuell bereits 90 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft und für das Gewerbe sind sehr viele Aufträge ausgelöst worden. In der Gemeinde Köniz wurden ähnliche Vorstösse im Parlament leider abgelehnt.

In der Broschüre wird zwar erklärt, wie die Könizer Bevölkerung Energie sparen kann, aber wirkliche Beiträge und Hilfestellungen in Form von Energiecoaches oder namhafte Beiträge der Gemeinde gibt es nicht. Das scheint uns Grünen etwas flügelahm und angesichts der aktuellen Finanzlage wird kurzfristig daran nichts geändert werden können. Für die Broschüre müsste anstelle des bekannten Sprichworts "Tue Gutes und sprich darüber" eher "Tue nichts und sprich darüber" gelten. Wir wissen alle, dass die Gemeinde Köniz im Energiebereich nicht nichts tut. Aus unserer Sicht tut sie aber zu wenig und das mindert den Wert der Broschüre.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Die Broschüre werde einmalig erscheinen, ist im Bericht festgehalten. Ich rege an, die Broschüre der Mappe beizufügen, die an die Neuzuziehenden abgegeben wird.

*Da das Mikrofon von Gemeinderätin Rita Haudenschild nicht funktionierte, wird das Votum aufgrund von schriftlichen Notizen oder sinngemäss wiedergegeben.*

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Das Anliegen ist vom Gemeinderat geprüft worden. Wir sind zurzeit an der Ausarbeitung der angesprochenen Broschüre. Der Auftrag für die Broschüre ist anfangs August vergeben worden. Sie soll Ende Jahr an alle Haushaltungen verteilt werden. Es ist vorgesehen, sie der Neuzuzügermappe beizulegen.

---

## Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: 23 dafür, 15 dagegen, 1 Stimmenthaltung)

### 7. 1001 Postulat (SP) "Open Sunday - Midnight-Sports: die offene Turnhalle für Kinder und Jugendliche"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Anna Mäder (SP):** Ich danke dem Gemeinderat für die positive Aufnahme des Vorstosses. Ich kann mich seinen Ausführungen im Grossen und Ganzen anschliessen. Der Antwort und auch den Medienberichten zu den bisherigen Erfahrungen kann entnommen werden, dass die beiden Projekte "open sunday" - midnight sports" einem grossen Bedürfnis entsprechen. Überall wo solche Projekte realisiert worden sind, fanden sie breiten Zuspruch. Es wäre schön, könnten diese Projekte auch in der Gemeinde Köniz realisiert werden. Mit der Überweisung des Vorstosses wäre dies möglich. Mir ist klar, dass die finanziellen Möglichkeiten unserer Gemeinde beschränkt sind.

Aus diesem Grund wird es wichtig sein, dass die lokalen Vereine und Trägerschaften mit eingebunden werden. Am Beispiel der "Purzelkinder" in der Turnhalle Hessgut ist ersichtlich, dass ein solches Projekt auch ohne finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde bestens funktionieren kann. An diesem Projekt ist jedoch noch etwas anderes ersichtlich: Initiiert worden ist es durch das Familienzentrum Köniz und ab Herbst 2010 wird der Sportverein Köniz das Projekt übernehmen. Die Übernahme einer solchen Aufgabe durch Sportvereine kann für diese durchaus interessant sein. Hier können die ganz Jungen abgeholt und für Sport begeistert werden. Im Fall von "open sunday – midnight sports" können Jugendliche für sportliche Aktivitäten gewonnen werden. Einzubinden sind jedoch nicht nur die Sportvereine, sondern ebenfalls die Jugendarbeit und vielleicht auch die Kirchen. Es geht nicht nur darum, der Gemeinde eine neue Aufgabe zu überbürden, sondern die Gemeinde soll sozusagen Geburtshilfe mit dem Ziel leisten, dass diese Projekte selbstständig werden. Die Gemeinde kann ihre Infrastruktur – die Turnhallen – zur Verfügung stellen. Mir ist klar, dass sich "open sunday – midnight sports" zu einer Art Jugendtreff entwickeln könnte. Daran sehe ich grundsätzlich nichts Falsches. Im Gegenteil, es ist doch richtig, wenn bestehende Infrastrukturen für Jugendliche zur Verfügung gestellt werden und dies erst noch für einen guten Zweck. Das kostet weniger als die Einrichtung eines neuen Jugendtreffs und mir ist Folgendes wichtig: Mit einem solchen Projekt könnte ein neues Zielpublikum angesprochen werden: Jene Jugendlichen, die nicht unbedingt einen Jugendtreff besuchen wollen, aber sinnvolle Freizeitaktivitäten in der Gemeinde suchen und dafür nicht in die Stadt gehen wollen. Besonders sinnvoll dabei ist, dass die vorhandenen dezentralen Strukturen der Gemeinde genutzt werden können. Der Vorstoss ist bewusst als Postulat formuliert. Es geht uns darum, dass vertieft geprüft wird, wie die Einführung der beiden Projekte in der Gemeinde unterstützt werden kann. Meiner Meinung nach ist es richtig, wenn wie in der Antwort vorgeschlagen, erste Erfahrungen in Form eines Pilotprojekts gesammelt werden. Anhand dieser Erfahrungen können danach die Projekte hoffentlich in den verschiedenen Ortsteilen etabliert werden. Bisherige Erfahrungen mit "open sunday - midnight-sports" sind durchwegs positiv. Das ist aktive Präventionsarbeit und ein aktiver Beitrag zur Förderung der Gesundheit. Man soll nicht nur über die "heutige Jugend" lamentieren, wir haben Verantwortung für unsere Jungen wahrzunehmen. In dem Sinn bitte ich Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

**Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP):** Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung des Postulats einstimmig zu. Anna Mäder hat mir aus dem Herzen gesprochen. Ich selber wohne neben dem Sportplatz der Schule in Schliern. Mich freut es jeden Sonntagmorgen, wenn bereits um 9.00 Uhr Fussball gespielt wird. Wer aber um diese Zeit bereits Sport treibt, ist am Abend entsprechend früh im Bett. Die beiden Projekte sind sicher ein Bedürfnis für die Jugendlichen, denn im Winter kann nicht mehr draussen Fussball oder anderes gespielt werden. Wichtig ist aber festzuhalten, dass es sich dabei nicht um eine weitere Dienstleistung der Gemeinde handeln soll. Sie soll zwar die Infrastruktur zur Verfügung stellen, aber Sportvereine, Jugendorganisationen, Elternvereine, usw. sollen für diese Projekte mit eingebunden werden.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Die Liste der Kantone, Städte und Gemeinden auf der Website "midnight-network", die offene Turnhallen anbieten, ist sehr lang und wächst von Jahr zu Jahr. Schweizweit sind es inzwischen rund 100 Gemeinden. Im Kanton Bern bieten vor allem die Stadt Bern und Agglomerationsgemeinden solche Angebote an, in nächster Zeit auch die Gemeinde Ittigen. Gross ist aber auch die Anzahl der teilnehmenden Jugendlichen. Seit 1999 werden sie schweizweit gezählt. Heute sind es fast 300'000. Die Arbeit des Fördervereins "midnight projekte schweiz" ist mehrfach mit Preisen ausgezeichnet worden. Offene Turnhallen sind also eine Erfolgsstory und das beruht auf einer seriösen Grundlagenarbeit. Die Gemeinde Köniz kann heute von den bereits gemachten Erfahrungen profitieren. Seit 2001 hilft der Förderverein Städten und Gemeinden mit Fachstellen, den langfristigen Betrieb solcher Projekte aufzubauen und sicherzustellen. Auch in Bern besteht eine Fachstelle, die von der Gemeinde Köniz für das Abholen von Knowhow in Anspruch genommen werden kann. Die Projekte selber werden gemäss Förderverein immer mit Jugendlichen gestaltet und geleitet. Jugendliche können sich als Coaches ausbilden lassen und mitwirken. Das stösst wiederum auf grosse Akzeptanz bei den teilnehmenden Jugendlichen. Die Projekte werden immer lokal mitgetragen, auch von ehrenamtlichen Mitwirkenden aus Sportverbänden, Eltern- oder Quartierorganisationen, Kirchgemeinden und von Privatpersonen. Auch das fördert und stützt ein einvernehmliches Zusammenleben vor Ort. Tatsache ist, dass Jugendliche gerade im Alter von 13 bis 17 Jahren heute an den Wochenendabenden vielfach dem Ausgang zustreben. Was gibt es deshalb Besseres als lokal vernetzte Treffpunkte, wo sie sich locker sportlich bewegen und aufhalten, schwätzen und austauschen können?

Nebenbei lernen sie Fairplay leben und erleben. Die notwendigen Finanzmittel sind deshalb gut und vor allem nachhaltig eingesetzt. Die Kosten der Gemeinde für die Behebung von Folgen jugendlicher Gewalt und Vandalismus müssten, zumindest teilweise, in der Gesamtrechnung abgezogen werden. Ausserdem muss unbedingt unterstützendes Sponsoring von Organisationen, Kirchgemeinden und Verbänden für gute lokale Jugendprojekte einbezogen werden. Die Grünen Köniz stimmen deshalb dem Postulat zu und danken dem Gemeinderat, dass er sich vorstellen kann, ein Pilotprojekt zu prüfen und zu starten. Die Standortfrage und die Anzahl der Angebote muss gut evaluiert werden, dies in Zusammenarbeit mit der JUK (Jugendarbeit Köniz), mit der Fachstelle Prävention und mit den Schulen. Konkurrenz mit anderen, die Turnhallen belegenden Vereinen, ist zu vermeiden. Offene Turnhallen gehören für uns aber langfristig zu einem Teil der Könizer Jugendarbeit. 15-jährige Jugendliche, mit denen ich darüber gesprochen habe, sagten mir, das sei super, hoffentlich kommt es aber noch, bevor wir 17 werden.

**Fraktionssprecherin Franziska Keller (BDP):** Auch die BDP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung des Vorstosses zu. Auch im Sport liegt der Teufel im Detail. Die BDP-Fraktion ist sehr sportlich und beim Thema Sport schlägt unser Herz höher. Wir möchten beim Pilotprojekt aber dringend darauf hinweisen, dass dieses nicht nur ein Spassangebot ohne Pflichten sein soll. Wir sind der Meinung, dass die Jugendlichen lernen sollen, dass es nicht nur ein Nehmen gibt, sondern auch ein Geben.

**Fraktionssprecher Mark Stucki (FDP):** Zuerst lege ich meine Interessenbindung offen. Mein Sohn engagiert sich im Rahmen des Jugendparlaments für die Idee von "open sunday - midnight sports". Ich habe vorerst bedauert, dass man hier nicht das Jugendparlament weiterarbeiten liess, sondern das Thema gleich per Vorstoss ins Parlament brachte. Vielleicht kann sich dadurch aber eine gute Zusammenarbeit anbahnen. Die Idee von "open sunday - midnight sports" ist bestechend und ein toller Einsatz von bereits bestehenden Ressourcen. Die bestehenden Infrastrukturen werden zu einer Zeit genutzt, in welcher sie in der Regel leer stehen. Jugendlichen wird damit die Möglichkeit geboten, sich zu bewegen und zusammen etwas Sinnvolles zu tun. Dies zu einer Tageszeit, die oft als problematisch angesehen wird. Wichtig an der Idee ist, dass es sich nicht um ein staatliches Angebot handelt. Bei Projekten wie "open sunday - midnight-sports" können und sollen die Jugendlichen eingebunden und in die Verantwortung genommen werden. Es ist aber auch denkbar, dass Eltern-, Kirchen- und weitere Organisationen sich hier engagieren. Mit der Organisation "midnight projekte Schweiz" ist eine professionelle Stelle vorhanden, die berät. Sie hilft aber auch in der Anfangsphase solche Projekte zu finanzieren und das mit immerhin jährlich 2,5 Millionen Franken. Eine Studie der Hochschule Luzern zeigt, dass mit "open sunday - midnight-sports" etwas erreicht wird. Die Teilnehmerzahlen sind hoch und rund 70 Prozent der Mitmachenden geben an, dass sie sonst mehr oder weniger unkontrolliert auf der Strasse oder irgendwo sonst im Ausgang wären. Die Studie verheimlicht aber auch nicht, dass es auch bei "open sunday - midnight-sports" Probleme mit Alkohol, Vandalismus oder Lärm geben kann und unterstreicht, dass solche Projekte deshalb gut eingebettet und begleitet sein müssen.

Die FDP-Fraktion findet die Idee gut und unterstützt die Erheblicherklärung des Postulats mit Überzeugung. Es wäre schön, wenn in Köniz "open sunday - midnight-sports" Fuss fassen könnte. Trotzdem ein Wort zur Rolle der Gemeinde und den Finanzen: Es handelt sich um ein Projekt, das nicht einfach von oben verordnet werden soll. Die Gemeinde kann und muss helfen Infrastrukturen zu öffnen und mit der Jugendarbeit zur Seite stehen. Sie soll aber nicht einfach ein fixfertiges Projekt selber durchziehen. Eltern und Jugendliche können und müssen hier einbezogen und in die Verantwortung genommen werden. Das Gleiche gilt für die Finanzierung. Der Umstand, dass in Bern für ein solches, bestehende Infrastrukturen benötigendes Projekt, 50'000 Franken ausgegeben werden, erstaunt mich auf den ersten Blick. Gleichzeitig ist mir bewusst, dass nichts gratis ist, vor allem nichts das nachhaltig sein soll. Ob aber gerade dort wo es um Freiräume für Jugendliche geht, wiederum professionelle pädagogische Betreuung notwendig sein soll, wage ich zu bezweifeln. Selbstverantwortung und Freiwilligenarbeit sollen in diesem Bereich einen grossen Stellenwert haben. Ob die Gemeinde alles Gewünschte bezahlen kann und soll, ist fraglich. Ich habe den Förderverein erwähnt und mit weiteren Organisationen könnte in Kontakt getreten werden. Zentral ist aber, dass die Gemeinde ihre Infrastruktur zur Verfügung stellt – auch das kostet – und mithilft, ein solches Projekt auf die Beine zu stellen. Die Studie der Hochschule Luzern zeigt auf, dass aktives Mitgestalten und die Teilnahme an den Anlässen von "open sunday - midnight-sports" die Übernahme von Selbstverantwortung bei den Jugendlichen fördert und so ein patentes Mittel gegen asoziales Verhalten ist. Das alles ist – wenn man die Sache richtig angeht – nicht zum Null- aber doch zum Discounttarif zu haben. Hier hätte man ausnahmsweise einmal "das Weggli und den Fünfer" gleichzeitig.

**Fraktionssprecherin Barbara Thür (GLP):** Die EVP/CVP/GLP-Fraktion findet die offenen Türen der Turnhallen an den Wochenenden ein sehr gutes Vorhaben. Auch wir denken, dass die Arbeit vor allem von Freiwilligen geleistet werden sollte. Wie Mark Stucki bereits angetönt hat, ist das Jugendparlament von Köniz sehr motiviert und bereit, einen Beitrag zu leisten. Sie haben bereits eine Arbeitsgruppe "midnight-sports" gebildet. Was bei den bereits bestehenden Projekten auffällt, ist der Umstand, dass sich die Mädchen zum Teil sehr schlecht an den Projekten beteiligen. Wenn das Projekt in Köniz evaluiert wird, wäre es aus unserer Sicht ein wichtiges Anliegen, das Problem des Ungleichgewichts von Mädchen und Knaben vertiefter zu betrachten, damit auch die Mädchen von diesem Projekt profitieren können.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich danke für die gute Aufnahme des Antrags des Gemeinderats. Ich betone jedoch, dass im Bereich "midnight-sports – open sunday" möglichst viel auf freiwilliger Basis gemacht wird. Die Organisation für die Zurverfügungstellung von freien Turnhallen an den Wochenenden generiert bereits Kosten. Wir sehen vor, die Infrastruktur der Gemeinde und das Knowhow der Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Alles andere aber soll auf freiwilliger Basis passieren. Solche Projekte müssen stets von unten nach oben wachsen und wirklich gewollt werden. Das Jugendparlament, die Jugendarbeit, aber auch die Vereine der Gemeinde Köniz müssen dahinter stehen. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde ein solches Projekt ausgelöst und dann quasi in Konkurrenz zu den Vereinen, weiter daran arbeitet. Ein Phänomen der heutigen Zeit ist, dass sich immer weniger Eltern an Freiwilligenarbeit für ihre Kinder beteiligen. Die Gemeinde Köniz wird sicher versuchen, das vorgesehene Projekt aufzugleisen. Zu Anna Mäder: Die Gemeinde Köniz hat mit der Zurverfügungstellung von Turnhallen an Wochenenden auch bei den "Wurzelkindern" Geburtshilfe geleistet. Wenn hier durch die Zurverfügungstellung von Turnhallen an Wochenenden auch nur einige Jugendliche von der Strasse weggebracht werden können, lohnen sich die Investitionen.

---

### Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

### 8. 1004 Postulat (SP/JUSO) "Zukunft des Schiesswesens in der Gemeinde Köniz"

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**Martin Graber (SP):** Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meines Postulats. Die Schiessplätze haben das Parlament in letzter Zeit mehrfach beschäftigt und nicht immer waren wir Parlamentsmitglieder zufrieden mit den Vorlagen. Um was geht es heute und um was geht es nicht?

Um was geht es: Wir fordern einen Bericht, nicht mehr und nicht weniger. Der Bericht soll aus drei Teilen bestehen. Mit welchen Investitionskosten und mit welchen jährlichen Betriebskosten ist erstens bei der Instandstellung der Schiessanlage Platten in Schliern zu rechnen? Ich erinnere daran, dass die Sanierung bis Ende 2012 stattfinden und ein künstlicher Kugelfang eingerichtet sein muss. Welche Kosten würden zweitens bei einer Stilllegung der Anlage entstehen? Dazu ist in der Antwort nichts enthalten. Das ist aber auch nicht notwendig. Drittens – das hat offenbar Staub aufgewirbelt – ist abzuklären, ob und zu welchem Preis die Schiessstätigkeit der Standgemeinschaft Platten nach Bern-Riedbach transferiert werden könnte. Auf diesen dritten Punkt ist der Gemeinderat bereits eingegangen. Wir benötigen aber noch die Antworten zu den beiden ersten Punkten.

Um was geht es nicht? Mit der Erheblicherklärung sagen wir noch nichts über die Zukunft der Schiessanlage Platten. Wir jagen die Schützen damit nicht aus der Schiessanlage Platten. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären, weil wir damit einen Bericht mit gesicherten Fakten und Zahlen über die Schiessanlage Platten erhalten. Für weitere Entscheide müssen uns Fakten vorliegen. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

**Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP):** Auf den ersten Blick wirkt das vorliegende Postulat vernünftig. Wer wehrt sich schon gegen eine Prüfung von Varianten? Wer aber die Diskussionen um die Schiessanlage Platten in den letzten Jahren verfolgt hat, weiss, dass das Postulat ausschliesslich dem Zweck dient, die SP parteipolitisch zu profilieren.

Das Dossier ist aber in den letzten Jahren durch SP-Gemeinderäte verschlafen worden, allen voran durch Gemeinderätin Simonetta Sommaruga. Sie hat den Vertrag mit der Standgemeinschaft Platten aufgelöst und trägt die Verantwortung für die bestehende unklare Situation. Ende 2001 hat der damalige Gemeinderat den Vertrag mit der Standgemeinschaft aufgelöst und damals ist beschlossen worden, innerhalb eines Jahres einen neuen Vertrag auszuarbeiten. Diesen Auftrag hatte Gemeinderätin Simonetta Sommaruga. Aus uns unbekanntem Gründen ist jedoch nie ein neuer Vertrag abgeschlossen worden. Vertragslos ist mehr oder weniger gemäss dem alten Vertrag weitergearbeitet worden. 2005 ging das Dossier von Gemeinderätin Simonetta Sommaruga an Gemeindepräsident Luc Mentha über. Anfangs 2009 gelangte das Geschäft für die Sanierung der stillgelegten Schiessanlagen vor das Parlament. Verunsichert wandten sich die Schützenvereine in einem Brief ans Parlament. Wie uns allen bekannt ist, hängen die beiden Geschäfte nicht zusammen, aber dank dem Brief sind wir auf das Problem der Schiessanlage Platten aufmerksam geworden. Die FDP-Fraktion hat damals die Sanierung der stillgelegten Schiessanlagen unterstützt. Wir haben allerdings die Situation in der Platten als Hindernis für das Geschäft betrachtet und wir waren der Meinung, dass die Verhandlungen mit der Standgemeinschaft Platten ein unschönes Ausmass angenommen haben. Aus diesem Grund ist die Interpellation 0927 "Schiessanlage Platten: Gemeinde seit über 7 Jahren mit der Standgemeinschaft in vertragslosem Zustand" eingereicht worden, die im Oktober 2009 durch den Gemeinderat beantwortet worden ist. Wir erklärten uns damals von der Antwort als nicht befriedigt. Die Diskussion ist jedoch in unserem Sinn verlaufen. Alle Beteiligten haben Gesprächsbereitschaft signalisiert und waren bereit, über verschiedene Möglichkeiten zu diskutieren. Sogar die Auslagerung der Schiessstätigkeiten ist im letzten Oktober angesprochen worden. Eine entsprechend konkrete Anfrage an die Stadt Bern erfolgte ebenfalls im letzten Jahr. Klammerbemerkung: Das vorliegende Postulat ist im März 2010 eingereicht worden. Nach der damaligen Sitzung war für uns klar, wie es weiter zu gehen hat. Vereinbart war, dass weitere Möglichkeiten ausgelotet werden, die im Bereich Kosten Klarheit schaffen und dass neue Gespräche mit den Schützenvereinen geführt werden. Zudem – weil die Situation verfahren ist – haben wir vorgeschlagen, einen Mediator beizuziehen. Dem ist zugestimmt worden. So weit so gut. Auf Anfang 2010 ist nun das Dossier von Gemeindepräsident Luc Mentha an Gemeinderat Urs Wilk übergeben worden. Fast zeitgleich wurde der Vorstoss der SP eingereicht, dies nachdem fast 10 Jahre nichts ging. Reiner Zufall? Das alles ist im vollen Wissen geschehen, dass die SP-Gemeinderäte das Dossier nicht vorangetrieben haben und das Postulat etwas fordert, das bereits im letzten Oktober eingeleitet und dementsprechend protokolliert worden ist. Ich fordere hiermit die SP-Fraktion auf, ihren rein parteipolitischen Vorstoss zurückzuziehen. Wird diese Forderung nicht erfüllt, sehen wir uns gezwungen, das Postulat abzulehnen.

**Fraktionssprecher Urs Maibach (Grüne):** Das Thema, wie mit den Schiessanlagen umgegangen werden soll, besteht bereits seit langem. Der Vorstoss will, dass Zahlen und Fakten auf den Tisch gelegt werden, damit wir eine Entscheidung in dieser Angelegenheit treffen können. In der Antwort des Gemeinderats ist festgehalten, dass die Schusszahlen in der Schiessanlage Platten drastisch zurückgegangen sind. Diese Feststellung überraschte mich und sie trifft auch für die Anlage in Riedbach zu. Angesichts solcher Zahlen stellt sich die Frage, was mit diesen relativ teuren Anlagen geschehen soll. Soll man sie erhalten oder soll die Frage einer allfälligen Zusammenlegung in den Raum gestellt werden? Das Postulat verlangt einen umfassenden Bericht über die Kosten der Instandstellung, der Erschliessung und die Prüfung eines allfälligen Anschlusses an die Schiessanlage Riedbach.

Auch wir Grünen erwarten diese Informationen und wüssten gerne woran wir sind. Die Fraktion der Grünen wird das Postulat einstimmig erheblich erklären. Für die Beantwortung des Postulats muss die Frage gestellt werden, wie man den Schützenvereinen auch in Bezug auf deren Vereinsleben, entgegenkommen kann. Hier kommt es darauf an, wie weit die Schützenvereine bereit sind, sich selber einzubringen und in welchem Rahmen sie bereit sind, sich finanziell zu engagieren. Der Anteil Sportschiessen beträgt rund 70 Prozent des gesamten Schiessbetriebs. Sollte es zu einer allfälligen Verlegung des Schiessbetriebs kommen, stellen wir Grünen die Forderung, den Anfahrtsweg und die öV-Erschliessung mitzuberücksichtigen. Die Erwähnung dieser Themen erwarten wir in der Beantwortung. Ich habe noch ein kleines Anliegen: Aufgrund der ganzen Geschichte ist bereits viel und intensiv im Hintergrund gearbeitet worden. Ich bitte den Gemeinderat, zuerst den Bericht zu erstellen und zur Kenntnis zu bringen, und erst danach über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

**Fraktionssprecher Niklaus Hofer (SVP):** Als Mitunterzeichner des Postulats habe ich eine aussagekräftigere Antwort des Gemeinderats erwartet. Der Gemeinderat zieht uns in der Antwort den Speck durch den Mund und präsentiert uns die Zahlen der Schiessanlage Riedbach. Zahlen und Fakten mit einer Gegenüberstellung der Schiessanlagen Platten und Riedbach sind im Bericht jedoch keine vorhanden und das ist in meinen Augen schade. Weshalb der vertragslose Zustand mit der Standgemeinschaft Platten besteht, hätten wir gerne einmal geklärt. Seit der in der Antwort des Gemeinderates erwähnten Zusammenkunft mit dem zuständigen Gemeinderat der Stadt Bern, Reto Nause, sind inzwischen 10 Monate vergangen und vorhanden ist noch nichts. Wenn ich etwas erwerben will und 10 Monate auf eine Offerte warten muss, gehe ich davon aus, dass der Verkäufer kein Interesse an mir hat. Zeit für Abklärungen wäre genug vorhanden gewesen. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab. Für uns kommt eine allfällige Annahme des Postulats einer Schliessung der Schiessanlage Platten auf Raten gleich.

**Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP):** Der BDP-Fraktion geht es ähnlich wie der SVP-Fraktion. Wir haben nicht die Absicht, die Schiessanlage Platten zu schliessen. Wir erachten es auch als falsches Zeichen im falschen Moment, wenn die elftgrösste Einwohnergemeinde der Schweiz keine eigene Schiessanlage mehr zur Verfügung stellen würde. Die BDP-Fraktion lehnt die Erheblicherklärung des Postulats ab.

**Martin Graber (SP):** Bernhard Bichsel hat gesagt, dass ihm der Vorstoss auf den ersten Blick vernünftig erschien. Für mich ist er nach wie vor vernünftig. Ich beging keinen Angriff auf den Gemeinderat, weder auf den ehemaligen noch auf den aktuellen. Unklares ist vorhanden. Mir geht es nicht darum, die Schiessanlage Platten zu schliessen. Mir geht es darum zu wissen, wo wie viel Geld eingesetzt wird. Ich will mir überall über die Kosten im Klaren sein, beim Schiesswesen wie auch bei "open sunday – midnight-sports". Wird das Postulat erheblich erklärt, erhalten wir die entsprechenden Zahlen. Ängste bestehen, dass die Schliessung der Schiessanlage Platten die günstigste Lösung sein könnte. Vielleicht ist dem aber nicht so und wir müssen feststellen, dass ein Wechsel nach Riedbach viel zu teuer zu stehen kommt. Zurzeit wissen wir nichts und so lange dies der Fall ist, geschieht nichts. Ohne gesicherte Fakten darüber, was die Stilllegung, was ein allfälliger Transfer, was die Renovation der Gebäude oder die Sanierung der Schiessanlage kosten, können wir nicht weiter arbeiten. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen. Ein Rückzug kommt für mich nicht infrage.

**Urs Maibach (Grüne):** Die Situation ist eigenartig. Das Postulat verlangt vom Gemeinderat die Vorlage von Zahlen und Fakten in Bezug auf die Schiessanlage wie von Martin Graber eben beschrieben. Wird das Postulat angenommen, erhalten wir diese Zahlen mit einem Bericht.

**Ulrich Witschi (BDP):** Einige Male pro Jahr befinde ich mich in der Schiessanlage Platten. Die Aussage, dass der Gemeinderat keine Zahlen liefert, wenn wir das Postulat ablehnen, scheint mir nicht ganz richtig zu sein. Es geht nun darum, dass der Gemeinderat seine Arbeit in Bezug auf die Sanierung der stillgelegten Schiessanlagen erledigt und uns das Geschäft sauber vorbereitet unterbreitet. Es wäre ein schlechtes Signal, wenn die Schützen aus der Schiessanlage Platten katapultiert werden. Es geht in erster Linie darum, eine Lösung für unsere Schützen zu finden und nicht um eine Lösung Riedbach.

**Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat Verständnis für beide Seiten. Wir werden das Postulat erheblich erklären. Wir sind der Meinung, dass uns, sollte daraus ein Geschäft für das Parlament werden, nicht dieselben ausführlichen Zahlen und Fakten vorliegen werden, wie sie zu diesem Vorstoss geliefert werden müssen. Es darf zurzeit keine Rede davon sein, aufgrund des Vorstosses die Schiessanlage Platten zu schliessen. Die Zahlen und Fakten müssen wertneutral sein, damit eine gesunde Basis für eine weise Entscheidung vorliegt, in welche auch die sozialpolitischen Aspekte – das Vereinswesen – miteinbezogen werden.

**Martin Graber (SP):** Beim Vorstoss handelt es sich nicht um ein Misstrauensvotum, wie von Niklaus Hofer erklärt. Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderats befriedigt. Ich erwarte vom Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Zahlen, diese sollen anlässlich der Beantwortung geliefert werden.



Ich will – wie im Postulat aufgeführt – die Kosten über die Instandstellung der Schiessanlage Platten, die jährlichen Betriebskosten und als Variante die Kosten einer allfälligen Stilllegung und Verlegung in die Schiessanlage Riedbach dargelegt haben. Ich will, die Kosten und Fakten für verschiedene Varianten vorliegend haben, damit wir entsprechend entscheiden können.

*Da das Mikrofon von Gemeinderätin Rita Haudenschild nicht funktionierte, wird das Votum aufgrund von schriftlichen Notizen oder sinngemäss wiedergegeben.*

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Im IVP 2012 ist der nötige Betrag für die Sanierung vorgesehen.

**Niklaus Hofer (SVP):** Ich verlange einen Sitzungsunterbruch für 3 Minuten, da sich die bürgerlichen Parteien kurz besprechen wollen.

Dem Antrag auf Sitzungsunterbruch wird mehrheitlich zugestimmt, die Sitzung wird für 3 Minuten unterbrochen.

*Da das Mikrofon von Gemeinderat Urs Wilk nicht funktionierte, wird das Votum aufgrund von schriftlichen Notizen oder sinngemäss wiedergegeben.*

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** An sich ist das Postulat überflüssig, weil das Geschäft in Bezug auf die Sanierung der stillgelegten Schiessanlagen, die bis Ende 2011 saniert sein müssen, vor Ablauf der Erfüllungsfrist erneut vor das Parlament gelangen wird. Auch der Kugelfang der Schiessanlage Platten muss bis Ende 2012 saniert sein. Der entsprechende Kredit wird demnach vor der Beantwortung des vorliegenden Vorstosses im Parlament beraten. Aufgrund der Kreditvorlage werden Sie im Besitz der gewünschten Zahlen und Fakten sein.

**Rolf Zwahlen (EVP):** Wenn der Gemeinderat einen Vorstoss vor dem Ende der Erfüllungsfrist beantwortet, nehmen wir ihm das sicher nicht übel. Ich bin der Überzeugung, dass die Beantwortung des Postulats vor der Vorlage des Geschäfts zur Sanierung der stillgelegten Schiessanlagen oder gleichzeitig, die bessere Lösung ist, weil uns damit ausführlichere Informationen zur Verfügung stehen. Mit Geschäften aus diesem Bereich haben wir nicht die besten Erfahrungen gemacht.

---

## Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: 20 dafür, 19 dagegen)

**9. 1010 Interpellation (SP) "Statt in Strassen in Schulhäuser und den Park investieren!"**  
Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Christian Roth (SP):** Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner dringlichen Interpellation. Ich verlange Diskussion.

Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird die beantragte Diskussion gewährt.

**Christian Roth (SP):** Ich möchte nicht vergessen, meinen Dank an die Verwaltung zu richten, die mir kompetent und zuverlässig Auskunft zu Zusatzfragen gegeben hat, die ich zu diesem Geschäft hatte. Ich freue mich zu hören, dass der Gemeinderat rasch handeln will. Die eingesetzte Arbeitsgruppe, die frühzeitig versucht, mittels Kompensation zusätzlich dringend benötigte Investitionsprojekte zu realisieren, macht Sinn und scheint sich zu bewähren. Trotzdem erkläre ich mich nur teilweise befriedigt von der Antwort des Gemeinderats. Ich weiss nur nicht, ob ich von der Antwort nicht befriedigt bin oder über die Situation. Vorausschicken möchte ich folgende grundsätzliche Überlegung: Wir müssen achtgeben, dass wir in dieser Frage nicht Wichtiges und ebenfalls Notwendiges gegeneinander ausspielen. Das Sozialhaus an der Sägestrasse, das in der Antwort oft erwähnt wird, ist wichtig. Das hat das Parlament an der letzten Parlamentssitzung bekräftigt. Das Soziale darf jedoch nicht gegen die Bildung ausgespielt werden.

---

<sup>4</sup> An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Ergänzung verlangt.

Beides sind wichtige Investitionen in den sozialen Zusammenhalt und in die Zukunft der Könizer Bevölkerung. Auch wenn die Finanzen knapp werden, sind wir gefordert einen Balanceakt der verschiedenen Ansprüche auf uns zu nehmen und dabei nicht das Gleichgewicht zu verlieren. Ich bin erstaunt gewesen, dass der Gemeinderat erst über drei Kredite zu Lasten der Landorfstrasse beschlossen hat. Er hat den Kredit für das Infozentrum Reservat Eichholz beschlossen und zwei Projekte für Belagsarbeiten finanziell freigegeben. Von einer Umlenkung in die Bedürfnisse der Schulen lese ich zwar in der Interpellationsantwort, doch konkrete Beschlüsse sind noch keine gefällt worden. Ich möchte hier Taten sehen statt nur Buchstaben zu lesen. Zumindest sind Diskussionen im Gang, in Schulen und in Spielplatzinfrastrukturen zu investieren. So steht offenbar ein Entscheid für die Erneuerung und die Sanierung der Spielplätze im Buchsee und der Villa Bernau an. Da geht in den Augen der SP-Fraktion die Diskussion in die richtige Richtung; denn hier besteht Handlungsbedarf. Mir ist bekannt, dass insbesondere beim Spielplatz Buchsee Elternvereinigungen diesen Handlungsbedarf mehrfach eingefordert haben. Auch die beschlossene Sanierung der Garderoben- und Duschanlagen im Oberstufenzentrum Köniz ist ein richtiger Entscheid, der den Zustand der Schulanlage verbessert. Es bleibt noch viel zu tun. Der SP-Fraktion ist bekannt, dass der Kindergarten auf der Blinzern schon lange auf eine Sanierung wartet. Auch die Geräte in den Turnhallen – wie es der Gemeinderat in seiner Antwort antönt – sind nicht immer in akzeptablem Zustand. Wo nötig, muss etwas passieren. Weiteren Handlungsbedarf sieht die SP-Fraktion beim Schulhaus Wandermatte in Wabern und beim Schulhaus Buchsee in Köniz. Hier warte ich mit Spannung auf die Antwort zur diesbezüglichen Interpellation. Die SP-Fraktion fordert den Gemeinderat auf, die formulierten Bedürfnisse der Lehrer- und Elternschaft aufzunehmen und in Schulhäuser statt in Strassen zu investieren. Offenbar will das Parlament nicht in Strassen investieren, nun gilt es diese Chance für die Bildung zu nützen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich habe grosses Verständnis für die Intervention von Christian Roth. Unser Investitionsvolumen in den steuerfinanzierten Haushalt beträgt 12 Millionen Franken pro Jahr und dementsprechend in die Liegenschaften, die steuerfinanziert betrieben und unterhalten werden müssen. Von diesen 12 Millionen Franken werden im Jahr 2010 6,123 Millionen Franken in den Unterhalt und Betrieb der Schulanlagen investiert. Der Gemeinderat hat vor dem Hintergrund des nicht genehmigten Kredits für die Sanierung der Landorfstrasse in einer Gesamtübersicht geschaut, welche Projekte prioritär sind. Im Bewusstsein, dass mehr als die Hälfte dieser 12 Millionen Franken bereits in Schulanlagen fließen, hat der Gemeinderat beschlossen, die Prioritäten nicht so einseitig wie von Christian Roth gewünscht, zu setzen. Wir haben die Prioritäten aller Projekte analysiert, eine Reihe von Entscheiden gefällt und andere werden noch folgen.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

## 10. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind neu eingereicht worden:

- 1015 Motion (FDP, BDP, SVP) "Systemwechsel Pensionskasse"
- 1016 Interpellation (BDP) "E-Government: Wo steht Köniz mit der Entwicklung des elektronischen Austausches mit Behörden?"
- 1017 Motion (EVP/CVP/GLP) "Primatwechsel in der Pensionskasse der Gemeinde Köniz"
- 1018 Interpellation (Wyss, Grüne) "Köniz Innerorts"

**Heinz Engi (FDP):** Heute war der Zeitung "Berner Zeitung" zu entnehmen, dass die Gemeinde Köniz beabsichtige, zusammen mit der Gemeinde Wahlern das Land, auf dem die Eisbahn Schwarzwasser steht, zu je 50 Prozent käuflich erwerben. Wie ist die Finanzierung sichergestellt? Mir ist nicht bekannt, dass dieser Landkauf im Parlament beraten worden ist. Weder im Budget noch in der Finanzplanung habe ich je einen Hinweis dazu gefunden. Hingegen ist das Postulat 0922 "Erhöhung der Auslastkapazität bei den gemeindeeigenen Sportrasenplätzen durch entsprechende Massnahmen" noch hängig. Ein Kauf des Kunsteisbahnareals ausserhalb der Gemeinde Köniz kann sinnvoll sein und im Grundsatz auch unterstützt werden. Er steht jedoch in Konkurrenz mit dem hängigen Postulat. Ich bitte Gemeinderat Ueli Studer um Antwort.

Ebenfalls den Medien ist zu entnehmen, dass das Projekt Sporthallen Weissenstein leicht ins Stocken gerät, weil die Sportfondsbeiträge durch den Grossen Rat zurzeit auf Eis gelegt worden sind. Für die Sporthallen Weissenstein sind dies 4,5 Millionen Franken. Ich möchte von Gemeinderat Ueli Studer gerne wissen, ob das Projekt trotzdem auf Kurs bleibt. Es ist der Wunsch der Berner und Könizer Bevölkerung, dass die Sporthallen realisiert werden. Was gedenkt man zu tun, wenn die Beiträge aus dem Sportfonds nicht gesprochen werden und wann wird das Parlament über den Realisierungsstand der Sporthallen Weissenstein neue Informationen erhalten? Nach der Septembersession des Grossen Rats?

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Die Medieninformation in der "Berner Zeitung" überraschte auch mich. Der Gemeinderat hat mich im letzten Jahr beauftragt, mit der Gemeinde Wahlern in Bezug auf die Eisbahn – die sich an der Grenze zwischen den Gemeinden Wahlern und Köniz befindet – Verhandlungen aufzunehmen. Die Eisbahn wird heute durch Vereine betrieben und eine dritte Person ist Landbesitzer. Die anfallenden Kosten für den Betrieb der Eisbahn sind hoch und Eis für den Betrieb herzustellen, macht energetisch keinen Sinn mehr. Wir möchten diese Mittel in bessere Möglichkeiten für alle Betroffenen investieren. Zurzeit befinden wir uns in Verhandlungen und das Geschäft läuft. Das nächste Gespräch anlässlich dieser Verhandlungen findet Ende August zusammen mit dem Landbesitzer und der Nachbargemeinde Wahlern statt. Zurzeit sind keine kommunizierbaren Fakten vorhanden und deshalb überraschte mich diese Medienmitteilung. Es sind keine Beschlüsse gefasst worden und eine Kommunikationsabsprache hat nicht stattgefunden. Ich weiss aber auch nicht, in welchem Zusammenhang der Gemeindepräsident von Wahlern sich zu diesem Thema geäussert hat. Ob es sich um eine Medienkonferenz nur über die Eisbahn handelte oder ob noch anderes behandelt worden ist, ist mir nicht bekannt. Ich werde mit dem Gemeindepräsidenten so rasch als möglich das Gespräch aufnehmen und die Kommunikation zu regeln versuchen, damit solches nicht wieder geschieht. Diese Sache ist für alle unangenehm, soll das Verhältnis zur Gemeinde Wahlern jedoch nicht stören. Sobald ich im Besitz näherer Informationen bin, werde ich weiter informieren.

Zur Frage in Bezug auf die Sporthallen Weissenstein: Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat eine Vorlage betreffend Sportfondsbeiträge präsentiert. Bei der Vorlage handelt es sich um vier Geschäfte, die Beiträge aus dem Sportfonds beantragen. Drei Geschäfte werden gemäss dem neuen Modus finanziert und die Beiträge für die Sporthallen Weissenstein sollen gemäss dem alten Beitragssatz finanziert werden. Die Finanzkommission – mit einigen Vertretern davon hatte ich Kontakt – hat die Geschäfte geprüft, die viele Fragen aufgeworfen haben, weil die Vorlage offenbar nicht überall aussagekräftig war. Bei den Diskussionen der Finanzkommission war ich nicht dabei und sie untersteht der Schweigepflicht. Dementsprechend hat man sich mir gegenüber verhalten. Die Vorlage ist an den Regierungsrat zurückgewiesen worden mit dem Auftrag, sie in der Novembersession nochmals zu bringen. Generell ist nicht das Projekt umstritten, das wird anerkannt, umstritten ist der Beitrag aus dem Sportfonds. "Es gibt jedoch Unklarheiten bei der Abwicklung des Sportfonds-Gesuches und bei den anzuwendenden Kriterien", steht geschrieben. Wir werden das Gespräch mit dem Regierungsrat suchen und wenn dieser erklärt, das Gesuch in der Septembersession vorzulegen, werden alle Vertreter des Gemeinderats von Köniz im Grossen Rat Lobbyingarbeit betreiben müssen. Die Frage ist gestellt worden, was geschieht, wenn die Sportfondsbeiträge nicht wie gewünscht gesprochen werden. Wir sistieren die Realisierung der Sporthallen Weissenstein nicht. Die Planung soll nicht gestoppt werden, so lange uns kein Entscheid vorliegt. Wenn der Grosse Rat im November wider Erwarten die Sportfondsbeiträge nicht nach altem Recht spricht, fehlen uns die entsprechenden Mittel. Die Kürzung der Beiträge in Bezug auf die Tribünenplätze und das Land können wir auffangen. Wenn aber 2,5 bis 3 Millionen Franken weniger fliessen, können wir dies nicht mehr auffangen, dann muss das ganze Projekt gestoppt werden und die beiden Gemeinden müssen das Geschäft ihren Parlamenten erneut vorlegen. Das wäre jedoch der worst case und ich gehe optimistisch in die Verhandlungen.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Auf Ihren Pulten liegt eine Einladung zur Veranstaltung "100% erneuerbare Energieversorgung - Weshalb sich Sonne-, Wind und Wasserkraft nicht mit Atomkraft verträgt". Jan Remund wird am 7. September 2010 als Fachverantwortlicher Sonnenenergie referieren.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Die Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen findet am 10. und 11. September 2010 statt. Anmeldungen nimmt Parlamentssekretärin Verena Remund entgegen.

Die Agglomerationstagung 2010 findet am 12. November von 9.00 bis 17.00 Uhr im Mattenhofsaal in Gümligen statt.

Neben der Regionalkonferenz Bern-Mittelland soll auch der Verein "Bern Neu gründen" ein Thema sein. Interessierte können sich via Parlamentssekretariat anmelden. Ein Unkostenbeitrag von Fr. 50.00 wird erhoben.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren  
Parlamentspräsident

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament





## Begrüssung

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur Parlamentssitzung.

Es sind 36 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Der Aktenversand erfolgte am 26. August 2010. Das Protokoll wurde am 14. September mittels Nachversand zugestellt. Am Samstag, 18. September 2010 wurde Ihnen per E-Mail ein Entwurf der GPK betreffend Beantwortung der Konsultation der Kulturverträge zugesandt.

## Traktandenliste

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt Traktandum 2, Kommissionersatzwahlen. Nach wie vor bestehen in einzelnen Schulkommissionen Vakanzen. Ich wäre froh, wenn diese baldmöglichst endgültig besetzt werden könnten.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 23. August 2010 (Nachversand)

**Martin Graber (SP):** Auf Seite 153 zum Traktandum 8, 1004 Postulat "Zukunft des Schiesswesens in der Gemeinde Köniz" möchte ich eine Ergänzung anbringen. Nach den Äusserungen von Gemeinderat Urs Wilk habe ich mich nochmals geäussert und zeigte mich erstaunt über die Aussagen von Gemeinderat Urs Wilk, weil der Gemeinderat in seiner Antwort die Zustimmung zum Postulat empfiehlt, Gemeinderat Urs Wilk sich jedoch im gegenteiligen Sinn dazu äusserte.

Mit den obgenannten Änderungen wird das Protokoll der Parlamentssitzung vom 23. August 2010 genehmigt.

### 2. Kommissionersatzwahlen

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt dieses Traktandum.

### 3. Legislaturplanung 2010 - 2013 Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Von der Legislaturplanung 2010 – 2013 nehmen wir zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend Kenntnis. Zum Geschäft haben wir folgende Akten erhalten: Der Antrag des Gemeinderats, die Legislaturplanung und den Bericht über die Nachhaltigkeitsbeurteilung. Wir gehen wie folgt vor: Nach den Voten aus den Fraktionen beurteilt das Parlament die Legislaturplanung 2010 – 2013 insgesamt. Auf eine Detailberatung wird verzichtet. Zuletzt stimmen wir über die Kenntnisnahme ab.

**GPK-Referent Christoph Salzmann (SP):** Per E-Mail sind Sie darüber informiert worden, dass in den Tabellenköpfen ab Seite 7 das Jahr 2014 durch 2013 zu ersetzen ist. Die GPK hat die Legislaturziele des Gemeinderats diskutiert. Zu einzelnen Zielen, Massnahmen und Indikatoren sind Fragen gestellt worden. In der Annahme, dass die GPK-Mitglieder ihre Fraktionen darüber informiert haben, gehe ich nicht näher darauf ein. An der GPK-Sitzung ist

der in der Vorlage und im Vorwort beschriebene Prozess der Legislaturplanung besprochen worden. Mit Befriedigung haben wir Kenntnis genommen, dass zum ersten Mal in einer Legislaturplanung eine Nachhaltigkeitsprüfung angewendet worden ist. Den angewandten Raster für die durch das Kompetenzzentrum Nachhaltige Entwicklung zusammen mit den Abteilungsleitenden erstellte Nachhaltigkeitsprüfung finden Sie in Beilage 2 der Vorlage. Dadurch ist ein umfangreiches Tabellenwerk entstanden, in das der Sprechende Einblick erhalten hat. Die Legislaturplanung ist an und für sich noch nicht nachhaltig, erst die Umsetzung wird zeigen, ob Nachhaltigkeit erreicht werden kann. Grundlage für die Prüfung durch Verwaltung und Gemeinderat wird dieses Tabellenwerk sein. Die GPK wird sich künftig auch bei der Vorprüfung der sie betreffenden Geschäfte an den Kriterien der Nachhaltigkeit orientieren müssen. Wichtige überwiesene Motionen und Pendenzen aus der letzten Legislaturplanung haben Eingang in die neue gefunden. Ich konnte diese abchecken. Der Umfang der Ziele, Massnahmen und Indikatoren entspricht in etwa dem Umfang der alten Legislaturplanung. Der GPK ist versichert worden, dass man versucht hat, die Massnahmen klarer von den Indikatoren zu unterscheiden und diese überprüfbarer zu gestalten. Weil es von der Situation her nicht sinnvoll ist, sind teilweise aber immer noch Indikatoren vorhanden, die kein klares Ja oder Nein oder eine klare Messung bei der Zielerreichung möglich machen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass bei gewissen Indikatoren Spielraum vorhanden sein muss. Von meiner Seite her ist kritisch anzumerken, dass im Katalog der Ziele, komplexe und aufwändige Ziele neben weniger aufwändigen stehen. So wird beispielsweise die Genehmigung der Ortsplanung durch die Stimmbevölkerung (Ziel 9.1) mehr Ressourcen erfordern als der Ausbau des Lehrstellennetzes (Ziel 2.2.1), der mit der Institutionalisierung des Runden Tisches erfüllt ist. Die Leistung des Gemeinderats wird nach vier Jahren nicht nur an den Zielen gemessen werden können, sondern auch daran, ob der "courant normal" bewältigt worden ist und ob der Gemeinderat zweckmässig auf unplanbare Ereignisse reagiert hat. Die GPK hat mit 4 Stimmen zustimmend und mit 3 Stimmen teilweise zustimmend Kenntnis von der Legislaturplanung 2010 – 2013 Kenntnis genommen.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP):** Allgemeine Bemerkungen: Der Bericht über die Nachhaltigkeitsbeurteilung inklusive Beilage 1 (Fünffingercheck) und Beilage 2 ist ohne weitere erklärende Hilfsmittel für die Parlamentsmitglieder nur partiell verständlich. Beilage 2 habe ich gar nicht verstanden. Der Text ist sehr allgemein gehalten und sagt wenig aus. Ein Beispiel: "Obschon die Beurteilungen in den drei Bereichen mehrheitlich positiv oder neutral ausfallen, muss beachtet werden, dass die Wirkungen stark von der konkreten Umsetzung und den Inhalten abhängig sind." Ein anderes Beispiel: "Hier muss klar betont werden, dass die Auswertung des Rasters lediglich eine sehr grobe Übersicht gibt" oder "Die Resultate sind jedoch quantitativ nicht aussagekräftig." Der angegebene Link zur Stadt St. Gallen zum Amt für Umwelt und Energie hat nur bedingt weitergeholfen. Die Materie Nachhaltigkeitsprüfung ist sehr komplex und deshalb besteht das Kompetenzzentrum Nachhaltige Entwicklung, das ist gut so. Diese vier Seiten Papier haben uns jedoch wenig gebracht, weshalb wir uns auf die Broschüre konzentriert haben. Gemeindeintern ist offenbar noch ein ausführlicheres Dokument zur Thematik Nachhaltigkeit vorhanden, das dem GPK-Präsidenten gemäss seinen Aussagen zur Verfügung stand. Was will ich damit sagen? Die dem Parlament zur Verfügung gestellten Unterlagen genügen nicht, um eine wirkliche Nachhaltigkeitsprüfung der Legislaturplanung vorzunehmen. Ich will damit nicht die dahinter steckende grosse Arbeit kritisieren, sondern aufzeigen wie anspruchsvoll es sein kann, wenn das Ganze – insbesondere ohne zusätzliche Informationen betreffend Nachhaltigkeit – für uns Parlamentsmitglieder heruntergebrochen werden muss. Die beiliegende Ringbroschüre ist sehr gut strukturiert, entspricht jedoch formal einem Wunschkatalog, der finanziell weit reichende Konsequenzen haben kann. Da die eigentliche Finanzierung aber nicht Teil der Legislaturplanung ist, werden diese Konsequenzen noch vor das Parlament gelangen. Wenn ich Parlamentspräsident Christian Burren richtig verstanden habe, können Details, da keine eigentliche Detailberatung stattfinden wird, in den einzelnen Voten erwähnt werden. Zum Thema Gesellschaft, 3.3.1, Interventionsteam (intervenierende Sozialarbeit mit Ordnungsauftrag) interessiert mich, was dies in Bezug auf den personellen Aufwand bedeutet. Bei der Mobilität (5.1.3) ist bereits festgehalten: "Der Büsschiacker wird mit einem öffentlichen Verkehrsmittel erschlossen". Darüber beraten wir jedoch erst heute in einem späteren Traktandum. Die FDP-Fraktion forderte bereits in einem früheren Vorstoss die Einführung von Fahrzeugen mit Gasantrieb für die Gemeindeverwaltung Köniz. Damals hiess es, diese Forderung sei eher unrealistisch. Wir sind erfreut darüber, dass im Ziel 5.2.1 der Bau einer (Bio-)Gastankstelle auf dem Gemeindegebiet unterstützt wird. In Punkt 7, Sicherheit gibt es nicht nur Littering, Graffitis und Geschwindigkeitsüberschreitungen,



sondern auch beträchtliche andere Sachbeschädigungen wie z. B. Einbrüche. Erhöhte Polizeipräsenz oder Videoüberwachungen könnten Teile von Massnahmen mit Blick nach vorne sein. Zu Punkt 8, Öffentlicher Raum: In Punkt 8.1.1 ist zu lesen: "Möglichkeit zur Verpflegung im Park (Café, Kiosk, etc.) in Zusammenarbeit mit Dritten." Im Feld Indikator ist festgehalten, dass der Antrag zuhanden des Parlaments 2011 vorliegen wird. Was ist damit gemeint? Will die Gemeinde Köniz die Verpflegung im Park Liebefeld subventionieren? Dazu wünsche ich eine Erklärung. In Punkt 9, Politik und Verwaltung sollte das Sparpotenzial in Bezug auf die Reduktion der Gemeinderäte von 7 auf 5 unbedingt erwähnt sein, da diesbezüglich ein verbindlicher Auftrag vorhanden war. In Punkt 10, Finanzen steht unter 10.1 "Der Finanzhaushalt weist ab 2014 wieder ein ausgeglichenes Ergebnis aus." Dieser Zeitpunkt ist in unseren Augen eher spät.

Die FDP-Fraktion Köniz wird von der Legislaturplanung 2010 – 2013 teilweise zustimmend Kenntnis nehmen.

**Fraktionssprecher Ignaz Caminada (CVP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird von der Legislaturplanung 2010 – 2013 zum Teil nur teilweise zustimmend Kenntnis nehmen. Weshalb, erkläre ich anhand eines fiktiven Beispiels: Der FC Sternenberg engagiert mich für die nächsten vier Jahre als Trainer der ersten Mannschaft. An der ersten Pressekonferenz breite ich die gesetzten Ziele für die Mannschaft aus. Wichtig ist mir, dass bei jedem Spiel 11 Männer auf dem Feld, davon sicher einer im Tor, stehen. Ebenso wichtig für die Moral der Mannschaft ist, dass nach jedem Training und Match eine warme Dusche möglich ist. Ein weiteres Ziel ist, dass bei jedem Spiel Zuschauer anwesend sind. Dass ich aufgrund dieser Zielsetzungen vor die Clubleitung zitiert werde und nicht die beste Presse erhalte, ist klar. Da ich keine visionären Ziele für die Mannschaft formuliert habe, empfehle ich dem FC Sternenberg deshalb, mich nicht als Trainer zu verpflichten. Beim Durchlesen der Legislaturziele empfinden wir genau so. Wir fragen uns, wo die Visionen für die Gemeinde Köniz sind. Positiv zu erwähnen sind die Ziele in den Bereichen Umwelt und Energie wie auch in Politik und Verwaltung. Wir werden sehen, ob für alle Ziele genügend Geld gesprochen wird und ob alle realisiert werden können, Die Ziele sind jedoch herausfordernd für alle Beteiligten. Vor uns liegt viel Arbeit, denken wir nur an die Ortsplanungsrevision. Etwas gar verhalten scheinen mir die Ziele im Themenbereich Wohnen und Arbeit. Hanspeter Kohler hat bereits erwähnt, dass das Ziel 5.1.3 "Der Büsschacker wird mit einem öffentlichen Verkehrsmittel erschlossen", falsch ist. Wenn dies wirklich das Ziel des Gemeinderats ist, müssen wir uns fragen, weshalb überhaupt ein Versuchsbetrieb eingeführt werden soll. Richtiggehend spannend sind die Ziele im Bereich Sicherheit. Die Indikatoren sind so wenig aussagekräftig, dass darunter alles oder nichts verstanden werden kann. Nehmen wir das Beispiel "Visi-Speed-Gerät": Um das Ziel eines vermehrten Einsatzes 2012 sicher zu erreichen, muss die Gemeinde nur in den Jahren 2010 und 2011 sehr wenig tun und kann es 2013 als erledigt abhaken. Etwas wirr erscheint uns das Ziel 10.1.3 "Es werden Investitionen im steuerfinanzierten Haushalt von durchschnittlich 10 bis 12 Millionen Franken pro Jahr eingesetzt". Das ist eigentlich gut, der Realisierungsgrad von 80 – 100 Prozent ist jedoch erst 2013 vorgesehen. Ich komme nochmals auf mein Jobangebot als Trainer zurück: Mir ist wichtig, dass die Spitze der Stammmannschaft breiter wird und ebenso klar ist, dass ich mich nicht nur für den Ligaerhalt einsetzen werde, sondern für den Aufstieg. Das sind in meinen Augen Visionen.

Aus den vorher genannten Gründen werden wir die Legislaturplanung 2010 – 2013 zum einen Teil teilweise zustimmend und zum anderen zustimmend zu Kenntnis nehmen.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** In der Legislaturplanung ist die Anfangseuphorie bereits etwas verflogen, sie steht unter dem Motto: "Planung in Zeiten der knappen Ressourcen". Die meisten Ziele sind unserer Meinung nach nicht sehr hoch gesteckt, scheinen erreichbar und die Indikatoren haben sich – ausgenommen im Bereich Sicherheit – mehrheitlich verbessert. Für die Grünen sind in der Legislaturplanung jedoch einige Lichtblicke vorhanden, ich zähle sie auf: Das Glasfasernetz; der weitere Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung; die Durchführung eines jährlichen Kulturveranstaltes; Massnahmen für den Langsamverkehr; die Realisierung einer Biogastankstelle und die Beschaffung von Fahrzeugen mit Gasantrieb; die Einführung einer neuen Abfallstrategie; die Realisierung von Wärmeverbänden; die Versorgung der gemeindeeigenen Gebäude mit 10 Prozent Solarstrom aus der Gemeinde – dieser Punkt ist in meinen Augen durchaus visionär –; die Realisierung des Infozentrums Eichholz. Im Bereich Sicherheit erscheint zum ersten Mal der Punkt Verkehrssicherheit. Deutlich zu langsam umgesetzt wird in unseren Augen die Institutionalisierung der Integrationsmassnahmen. Auch zu langsam geht uns die Umsetzung des Neubaus von Fuss- und Radwegen voran, wo bis 2013 nur gerade baureife Projekte vorliegen sollen. Neu an der Legislaturplanung ist der Nachhaltigkeitsbericht. Das sei ein stattliches Werk mit über 100 Seiten, sagt man. Es sei analysiert und diskutiert worden und die

Erarbeitung des Tabellenwerks habe grossen Verwaltungsaufwand generiert. Herausgekommen ist für uns Parlamentsmitglieder fast nichts. In unseren Unterlagen finden wir lediglich einen nichtssagenden Bericht über die Nachhaltigkeitsbeurteilung. Ich hätte erwartet, dass zumindest die groben Resultate der Nachhaltigkeitsbeurteilung für jedes Legislaturziel in zusammenfassender Form aufgeführt sind. Uns liegt jedoch nur eine leere Tabelle vor. An Resultaten ist im Bericht einzig ein lapidarer Satz auf Seite 2 vorhanden: "Die beurteilten Massnahmen zeigen gesamthaft im Durchschnitt eine positive Wirkung in den Bereichen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie gesellschaftliche Solidarität. Bei der ökologischen Verantwortung fallen die Resultate mehrheitlich neutral aus. Können die Legislaturziele im vorgezeichneten Rahmen umgesetzt werden, wäre das eine Bestätigung, dass sich Köniz auf einem Weg in Richtung nachhaltiger Gemeinde befindet." Wieso wird der Bericht nicht öffentlich gemacht oder zumindest als Download bereitgestellt? Er wäre für uns ein bedeutendes Arbeitsinstrument, um bei den entsprechenden Geschäften die richtigen Fragen zu stellen. Ein solcher Bericht hat nur Wirkung, wenn die Resultate bekannt sind. Wir fragen uns, ob der Gemeinderat hier etwas zu verstecken hat oder ob die Resultate nicht wie gewünscht herausgekommen sind. Handelt es sich hier um eine "Geheimakte Nachhaltigkeit"? Wenn der Gemeinderat den Bericht nicht herausrücken will, weil – wie er erklärt – die Resultate nicht konsolidiert sind, macht er es sich unserer Meinung nach etwas zu einfach. Hat die Verwaltung derart schlecht gearbeitet? Wir Grünen fordern den Gemeinderat auf, den Bericht unverzüglich zu veröffentlichen, denn das Öffentlichkeitsprinzip hat auch in der Gemeinde Köniz Gültigkeit. Insgesamt nehmen wir Grünen zustimmend Kenntnis von der Legislaturplanung 2010 – 2013. von der Geheimhaltung der Nachhaltigkeitsbeurteilung nehmen wir aber – wenn wir denn könnten – ablehnend Kenntnis.

**Fraktionssprecherin Franziska Keller (BDP):** Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir Parlamentsmitglieder uns widersprüchlich verhalten. Gibt es Geschäfte wie das vorliegende zu besprechen und es liegt kein Bericht vor, wollen wir diesen unbedingt. Wehe aber, der Bericht mit einem Inhalt von 100 Seiten wird beigelegt, verlangt man sofort eine Zusammenfassung, weil man nicht Zeit habe, so viel zu lesen.

Die BDP-Fraktion nimmt ohne Wenn und Aber zustimmend Kenntnis von der Legislaturplanung 2010 – 2013. Das vorliegende Werk hat unsere Fraktion in Form und Qualität überzeugt.

Eine Detailfrage: In Punkt 5, Mobilität ist mir aufgefallen, dass nichts über das Engagement in Bezug auf Elektrobikes oder Elektroscooter aufgeführt ist. In meinem Verständnis ist die Gemeinde Köniz in diesem Bereich aber aktiv. Hat das einen Grund?

Mark Stucki trifft um 19.25 Uhr ein

**Fraktionssprecherin Laavanja Sinnadurai (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion hat die Legislaturplanung 2010 – 2013 geprüft. Festgestellt werden kann, dass die Latte aufgrund der Finanzen tiefer liegt als in anderen Legislaturplanungen. So sollen zwar immer noch 10 bis 12 Millionen Franken investiert werden, dies jedoch vornehmlich für Sanierungen. Für Neues bleibt wenig übrig. Der Werterhalt der gemeindeeigenen Infrastruktur hat für unsere Fraktion aber hohe Bedeutung und ist deshalb unbestritten. Die Gemeinde Köniz muss jedoch in Neues investieren, will sie weiterhin als innovative, eigenständige und unverwechselbare Gemeinde auftreten. Deshalb wünscht sich die SP/JUSO-Fraktion, dass notwendige Neuinvestitionen getätigt werden können. Einige wichtige Punkte sind uns aufgefallen: In Kapitel 8, Politik und Verwaltung ist das wichtigste und aufwändigste Projekt der Gemeinde Köniz – die Revision der Ortsplanung – versteckt und bescheiden in einer einzigen Zeile auf Seite 21 zu finden. Dieses Querschnittsprojekt strahlt aber in fast alle Kapitel aus. Einige Worte zu Kapitel 3, Gesellschaft: Zum Thema "Interventionsteam im öffentlichen Raum" sind wir der Meinung, dass kein neues Projekt nötig ist. Man könnte einen angepassten Auftrag an bisherige Angebote wie die Juk (Jugendarbeit Köniz) oder die Präventionsfachstelle oder andere erteilen. Bei kulturellen Angelegenheiten wie dem Schloss ist wenig vorgesehen. Es geht nicht entschlossen genug zu Sache. Das nur alle zwei Jahre stattfindende KiBuK (Kinderbuchfestival) wird in unseren Augen zu prominent dargestellt, die Thematik nimmt die Hälfte des aufgeführten Textes ein. Im Bereich Sport vermissen einige aus der SP/JUSO-Fraktion die Sanierung des Hallenbades in Niederwangen. Zu Kapitel 5, Mobilität: Einerseits sieht man vor, neue Bewohnerinnen und Bewohner in der Gemeinde Köniz ansässig zu machen, um neue Steuerzahler für die Gemeinde zu gewinnen. Andererseits wird dadurch aber hohes Verkehrsaufkommen verursacht, die Busse der Buslinie 10 sind jedoch bereits heute immer vollbesetzt. Die geplante Tramlinie, die hier für Entlastung sorgen könnte, wird aber erst 2018 oder noch später betriebsbereit sein. Deshalb ist es wichtig, dass die neu Zuziehenden vor allem dort angesiedelt

werden, wo noch Reserven im öV bestehen. Zu Kapitel 6, Umwelt und Energie: Wir sind froh über die Akzente, die bei der Energie gesetzt werden, z. B. die Fotovoltaik. Zu Kapitel 7, Sicherheit: Wir stellen fest, dass die Indikatoren in diesem Kapitel sehr fragwürdig sind. Wir spüren den Ehrgeiz, etwas erreichen zu wollen, nicht wirklich. Was ist z. B. unter der "subjektiven Wahrnehmung bei KAPO (Kantonspolizei)-Angelegenheiten" zu verstehen? Kann die KAPO keine präzisen Angaben liefern? Zu Kapitel 8, Öffentlicher Raum: Hier stellt sich die Güterabwägung, ob wir ins Schloss oder in den Liebefeld Park investieren wollen. Müssten wir uns entscheiden, würden wir dem Schloss den Vorrang geben. In einen festen Bau für das Bistro im Liebefeld Park würden wir erst investieren, wenn bekannt ist, ob wir dafür in der Eidgenossenschaft einen Partner finden. Dieser baut nun aber vorerst Gebäude mit Hunderten von Arbeitsplätzen gegenüber dem Liebefeld Park und erst dann wird wohl Bewegung in die Frage kommen, ob die Eidgenossenschaft Interesse daran hat mit der Gemeinde Köniz zusammenzuarbeiten. In Kapitel 10, Finanzen, ist noch offen, wann, wie und ob ein ausgeglichener Voranschlag erreicht werden kann.

Ich hebe einige positive Punkte hervor: Zusätzliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze werden geschaffen, was uns sehr freut. Für den Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung sowie für einen Ersatz des abgebrannten Jugendtreffs ist gesorgt worden. In Bezug auf die Förderung des öV und des Langsamverkehrs: Damit Köniz bevölkerungsmässig wachsen kann und nicht im Verkehr ertrinkt, ist die Realisierung der Tramlinie 10 eine wichtige Voraussetzung. Generell halten wir fest, dass die angespannte finanzielle Lage die vorgelegte Legislaturplanung prägt. Der Entscheid des Grossen Rats vom März 2010, die Steuern weiter zu senken, hat sehr negative Spuren hinterlassen. Es ist aber falsch, alles dem Spardiktat zu unterwerfen.

Die SP/JUSO-Fraktion nimmt teilweise zustimmend Kenntnis von der Legislaturplanung 2010 – 2013.

**Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die vorgelegte Legislaturplanung 2010 – 2013. Die Bemühungen, die Planung den in dieser Legislatur gegebenen Umständen anzupassen, sind ersichtlich. Wenn wir von der Legislaturplanung 2010 – 2013 nur teilweise zustimmend Kenntnis nehmen, hat dies nicht damit zu tun, dass wir der Meinung sind, der Gemeinderat habe schlechte Arbeit geleistet, sondern weil wir politisch nicht mit allen enthaltenen Zielen einverstanden sind.

Einige Details: In Kapitel 1, Wohnen, rechnet der Gemeinderat in dieser Legislatur mit einem Bevölkerungswachstum von 500 Personen. Aufgrund der aufgegleisten Projekte wird dieses Wachstum sicher erreicht. Der Gemeinderat hat dieses Ziel gegenüber der letzten Legislatur um 300 Personen tiefer angesetzt. Das begrüßen wir, denn unbegrenztes Wachstum vor allem zu Lasten von Landwirtschaft und Natur darf nicht sein. Wir müssen in Zukunft haushälterisch mit unserem Boden umgehen. Zu Kapitel 3, Gesellschaft: Die Ziele sind zum Teil wünschenswert, müssen aber finanziert werden und hier sind wir nicht sicher, ob dies für alle möglich ist. Zu Kapitel 5, Mobilität: Die SVP-Fraktion ist nicht sicher, ob sie der Realisierung der geplanten Tramlinie 10 zustimmen können wird. Vieles ist noch unklar. Stichworte sind: Kosten zu Lasten der Gemeinde; der Landbedarf für die Infrastruktur; die Verkehrssituation im Zentrum von Köniz. Entschieden wird darüber in einer Volksabstimmung und ich denke, dass wir gut beraten sind, auf die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Für die Realisierung der Tramlinie dürfen keine zusätzlichen Landeinzonungen ausgelöst werden. Ob der geplante Fuss- und Radweg (Ziel 5.2.2) unterstützt wird, wage ich zu bezweifeln. Ich denke, dass im Bereich Schliern – Schlatt die Alarmglocken läuten werden. Zu Kapitel 7, Sicherheit, halten auch wir fest, dass die Indikatoren wenig aussagen. Sie sind weder greif- noch messbar und ob die geplanten Ziele tatsächlich zu mehr Sicherheit für die Bevölkerung führen, wage ich auch hier zu bezweifeln. Mit den gewählten Zielen und Indikatoren in Kapitel 10, Finanzen, sind wir mehrheitlich einverstanden.

Die SVP-Fraktion wird teilweise zustimmend Kenntnis von der Legislaturplanung 2010 – 2013 nehmen. Die politische Auseinandersetzung wird dann jeweils anlässlich der Vorlage der einzelnen Sachgeschäfte stattfinden.

**Christoph Salzmann (SP):** Die Nachhaltigkeit ist von diversen Votanten moniert worden, dieses Thema liegt offenbar in der Luft. Ich ergänze im Nachhinein mein Votum: In der GPK ist das Thema Nachhaltigkeit intensiv diskutiert worden, rund drei Viertel der Sitzungsdauer wurden dafür gebraucht. Das Thema ist neu und schwierig in den Griff zu bekommen. Ich habe anlässlich der GPK-Sitzung die Frage gestellt, ob es richtig sei, Nachhaltigkeit auf je sechs Kriterien zu reduzieren. Es entspricht jedoch dem heutigen Zeitgeist, alles messen zu können. Im Tabellenwerk sind Messungen vorgenommen worden. Würde Ihnen dieses Werk vorliegen, kämen sofort Fragen auf, aufgrund wessen die einzelnen Messungen gemacht worden sind, d. h. die Diskussionen würden sehr lange werden. Aus dieser Sicht habe ich Verständnis für die

Absicht des Gemeinderats, das Werk nicht allzu öffentlich zu machen. Ich bin aber sicher, dass Interessierte Einblick erhalten. Ich als Präsident der GPK bin wild entschlossen, bei jedem Geschäft nach den Kriterien für die Nachhaltigkeit zu fragen, der Gemeinderat kann sich darauf einstellen. Genau dann – und nicht bei den Zielen – wenn die Vorlagen auf dem Tisch sind, müssen wir die Nachhaltigkeit diskutieren.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich nehme Bezug auf die allgemeinen Äusserungen und zu den einzelnen Politikbereichen bitte ich meine Gemeinderatskollegen und -kolleginnen, mich entsprechend zu ergänzen.

Ich danke für die gehaltenen Voten. Das Geschäft betrifft den Gesamtgemeinderat, wir haben uns damit intensiv anlässlich mehrerer Klausuren befasst. Gemeinsam haben wir zu den vorliegenden Legislaturzielen gefunden. Die Nachhaltigkeitsbeurteilung ist von verschiedenen Votanten erwähnt worden und ich signalisiere hier die Bereitschaft, die Frage in Bezug auf die Veröffentlichung des umfangreichen Berichts nochmals zu prüfen. Weshalb wurde dieser Bericht nicht beigelegt? Erstens wollten wir Sie nicht mit einem 100-Seiten-Dokument quasi erschlagen. Zweitens wurde diese Untersuchung durch die Fachstelle Energie vorgenommen und widerspiegelt nicht in jedem Fall die gemeinderätliche Einschätzung des Ziels und der Massnahme. Es handelt sich um die Nachhaltigkeitsprüfung in einer Phase, in welcher für die Formulierung der Ziele und Massnahmen noch sehr viel Ermessensspielraum vorhanden ist. Der Gemeinderat war der Meinung, dass die Vorlage des Detailberichts zu diesem Zeitpunkt zu keinen fruchtbaren Diskussionen führen könnte. Ein letzter Grund war, dass der Gemeinderat festgestellt hat – wie übrigens auch die Fachstelle Energie aufgrund der zahlreich geführten Gespräche –, dass schlussendlich die Umsetzung matchentscheidend sein wird. Insgesamt haben wir zur Nachhaltigkeitsprüfung die Rückmeldung erhalten, dass die Themen Gesellschaft und Ökonomie der Legislaturplanung in den Zielsetzungen einer Nachhaltigkeitsprüfung standhalten und dass die Beurteilung im Bereich Ökologie neutral ist. Ich merke noch an, dass eine positive Beurteilung der Ökologie erreicht worden wäre, wenn man Stillstand beschlossen hätte, d. h. keine weiteren Bauprojekte mehr, keine neue Tramlinie, usw. Für Projektentwicklungen wie z. B. das Tram ist als Preis die Einzonung des einen oder anderen grünen, unberührten Fleckens Landwirtschaft für Verkehrsflächen zu bezahlen. Das schlägt sich in der ökologischen Betrachtung der Nachhaltigkeit negativ nieder. Das Anliegen, den Bericht zu veröffentlichen, werde ich im Gemeinderat diskutieren. Ich will nicht, dass hier der Eindruck entsteht, der Gemeinderat betreibe Geheimniskrämerei. Alle Votanten haben jedoch anerkannt, dass sich die schwierige Finanzlage belastend auf die Legislaturplanung auswirkt. Das ist je nach Partei ein Problem oder keines. Hier muss zur Kenntnis genommen werden, dass die Steuersenkung per 2010 in der Gemeinde Köniz um 0,5 Steuerzehntel Tatsache ist, dass der Grosse Rat im März 2010 das kantonale Steuergesetz zugunsten der Steuerzahler änderte und damit den Gemeinden Steuersubstrat entgeht. Dieser kumulative Effekt bereitet uns grosse Schwierigkeiten und er wird in der Budgetdebatte im November zur Sprache kommen. Wie – wie von Hanspeter Kohler erwähnt – aufgrund dieser Voraussetzungen, ein ausgeglichenes Budget vor 2014 erreicht werden soll, ist zurzeit noch offen. Ich verspreche hier nichts.

Ich nehme zu einzelnen Punkten Stellung. Ein formaler Hinweis zum Büschiacker: Als Zielerreichung 5.1.3 "Der Büschiacker wird mit einem öffentlichen Verkehrsmittel erschlossen", sieht der Gemeinderat die Einführung des heute zu beratenden Versuchsbetriebs. Ich verstehe die Kritik in diesem Punkt nicht. In Bezug auf Kapitel 10, Finanzen, einen Realisierungsgrad von 90 – 100 Prozent im Durchschnitt der vier Jahre: Die Zielerreichung wird am Ende der Legislatur, d. h. im vierten Jahr gemessen. Wir werden dannzumal Bericht erstatten. Dass die Ortsplanungsrevision etwas bescheiden abgehandelt worden ist, räume ich durchaus ein. Der Gemeinderat hat sie als Querschnittsprojekt – was sie auch ist – in Kapitel 9, Politik und Verwaltung, aufgeführt. Die Ortsplanungsrevision spielt aber in alle Kapitel hinein und ich halte fest, dass sie ein sehr wichtiges und ehrgeiziges Legislaturziel ist. Das Einwohnerwachstum ist – wie der SVP-Sprecher mit positiver Würdigung festgestellt hat – mit 300 neuen Einwohnenden leicht zurück genommen worden. Der Gemeinderat hat sich für ein behutsames Wachstum entschieden. Wir sind keine Wachstumsturbos und wir wollen in allen Bereichen sorgfältig vorgehen, so z. B. auch im Bereich Arbeitsplätze, wo die Ansiedlung von 500 neuen vorgesehen ist. Angesichts der Finanzlage sind zahlreiche Ziele, die wir uns gesetzt haben, tatsächlich sehr ehrgeizig und dort muss zu innovativen Lösungen gegriffen werden.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich nehme die Fragen von Hanspeter Kohler und von Laavanja Sinnadurai zusammen, die das Ziel 3.3.1 betreffen "Es wird ein Interventionsteam im öffentlichen Raum (intervenierende Sozialarbeit mit Ordnungsauftrag) gebildet." Wir wollen die Jugendarbeit konzeptionell neu betrachten, weil wir feststellen, dass sie nicht nur in den

Jugendtreffs stattfindet, sondern auch im öffentlichen Raum. Nach der konzeptionellen Überarbeitung gehen wir an die Lösung der Problematik. Zum heutigen Zeitpunkt ist jedoch noch nicht klar, ob dafür mehr Ressourcen notwendig sind oder nicht. Wir gehen sicher einen pragmatischen Weg, denn die knappen finanziellen Mittel binden uns die Hände etwas. Ich bin der Überzeugung, dass die bestehende Jugendarbeit noch optimaler eingesetzt werden kann und daran arbeiten wir. Hansueli Pestalozzi wünscht im Bereich Integrationsmassnahmen ein rascheres Vorgehen. Eventuell hat der Zeitpunkt der Realisierung von Punkt 3.4.1 "Eine systematische Informationsvermittlung und Erstberatung wird aufgebaut und eine Plattform für eine institutionalisierte Vernetzung sichergestellt", im Jahr 2013 etwas irritiert. Dieser Punkt ist eigentlich in jedem Jahr zu setzen, denn die Realisierung läuft. Die Aufgabe ist jedoch freiwillig. Wir prüfen parallel zu dieser Arbeit, ob allenfalls beim Bund Subventionen geholt werden können. Ihnen ist bekannt, dass das Integrationskonzept in Vernehmlassung ist und nach dessen Institutionalisierung erhoffe ich mir auch von dieser Seite Mittel. Laavanja Sinnadurai stellte fest, dass die Sanierung des Hallenbades Niederwangen nicht in den Legislaturzielen enthalten ist. Zurzeit sind wir an der Ausarbeitung der Planung für die Sanierung und diese wird grosse Kosten auslösen. Wenn das Projekt spruchreif ist, wird dem Parlament ein entsprechender Antrag vorgelegt.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Hanspeter Kohler fragte ob die Verpflegungsmöglichkeit im Park Liebefeld – das vorgesehene Bistro – durch die Gemeinde subventioniert wird. Der Gemeinderat hat als Ziel festgehalten: "Eine Möglichkeit zur Verpflegung im Park (Café, Kiosk, etc.) in Zusammenhang mit Dritten zu schaffen." Die Zielerreichung sollte 2011 mit der Vorlage eines Parlamentsantrags erfolgen. Hier sind wir bereits in diesem Jahr vom eigenen Erfolg überrollt worden. Bei der Legislaturplanung im Frühling 2010 war uns nicht bekannt, dass bereits im Sommer 2010 ein Versuchsbetrieb realisiert werden kann. Wir waren bei der Legislaturplanung der Meinung, dass dafür mehr Zeit und eine Anschubfinanzierung notwendig sind. Als einzige Massnahme für die Realisierung des Versuchsbetriebs in diesem Jahr waren Strom- und Wasserleitungen zur Verfügung zu stellen, die Betriebskosten sind durch die Betreiber bezahlt worden. Der Versuchsbetrieb läuft noch bis Ende September. Im November werden Sie eine Auswertung erhalten, aufgrund derer wir sehen, wie im nächsten Jahr weitergearbeitet werden soll. In die Realisierung eines Bistros wird die Gemeinde Köniz keine Mittel stecken müssen. Franziska Keller fragte, weshalb keine Zielsetzungen in Bezug auf E-Bikes oder E-Scooter gesetzt worden sind. Am letzten Samstag fand auf dem Bläuackerplatz ein erfolgreicher Informationstag für die Vorstellung dieser Fortbewegungsmöglichkeiten statt, wie bereits im Vorjahr. Diese Anlässe finden unter dem Titel "Energiesstadtprogramm" statt. Da diese Informationstage nicht neu sind, wurden sie nicht in die Legislaturziele aufgenommen.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Laavanja Sinnadurai hält fest, dass die Entwicklung auf dem Schlossareal zu langsam vorwärts geht. Das ist auch in meinen Augen so. Hier muss jedoch festgehalten werden, dass die Planung ein grosser Prozess ist und mehr Zeit benötigt als uns allen lieb ist. Wir sahen eigentlich vor, die Volksabstimmung in diesem Herbst durchzuführen. Ich hoffe, dass sie im nächsten Frühling durchgeführt werden kann. Nach der Abstimmung über die Zonenplanänderung kann mit der Planung für die Weiterentwicklung des Schlossareals begonnen werden. Mit grosser Freude kann jedoch festgehalten werden, dass der Betrieb auf dem Schlossareal bereits heute gut läuft. Oft finden mehrere Anlässe gleichzeitig statt. In Bezug auf den Punkt 7, Sicherheit, halte ich Folgendes fest: Die Legislaturziele sind aufgrund einer Sicherheitsbefragung bei der Bevölkerung erarbeitet worden. Die Resultate dieser Befragung erhalten Sie an der nächsten Parlamentssitzung zur Kenntnis. Ich halte fest, dass vierteljährlich ein Austausch mit der Kantonspolizei stattfindet, wenn notwendig auch öfter. Das ist in meinen Augen nicht Teil eines Legislaturziels, sondern ständige Aufgabe des Gemeinderats für die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Man kann der Meinung sein, der Punkt Ortsplanungsrevision in der Legislaturplanung falle etwas bescheiden aus. Im Gegensatz zur letzten Legislaturplanung ging sie dieses Mal aber nicht vergessen, was doch bereits ein Fortschritt ist! Wir wollen dazu keine detaillierten Ziele in der Legislaturplanung aufführen, weil die Prognose der Zielerreichung relativ schwierig ist. Endziel ist immer noch eine erfolgreiche Volksabstimmung 2013 oder 2014. Zum Thema Fuss- und Radwege: Die Projekte sollen nicht nur baureif sein, sondern 2013 realisiert sein oder werden. Das betrifft vor allem die Verbindung Muhlernstrasse - Stapfenstrasse, weil dies für den Langsamverkehr eine wichtige Alternativverbindung sein wird, wenn die Bauarbeiten für die Tramlinie 10 im Gang sein sollten. Zur Fussweg- und Langsamverkehrsverbindung Schliern - Schlatt: Hier handelt es sich um ein

Kantonsprojekt, das auch von ihm bezahlt wird. Einzig die Einmündung der Ulmizstrasse in die Muhlerstrasse muss sehr wahrscheinlich von der Gemeinde mitfinanziert werden, da wir die Sanierung dieser heiklen Stelle im Zuge der Realisierung der Fuss- und Radwegverbindung vorsehen.

---

### **Beschluss**

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Legislaturplanung 2010 - 2013.

(abgegebene Stimmen: 13 Stimmen zustimmende Kenntnisnahme, 24 Stimmen teilweise zustimmende Kenntnisnahme)

---

#### **4. Leistungsvereinbarung Verein Kulturhof Schloss Köniz**

Kredit und Erneuerung Leistungsvereinbarung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Mit den Sitzungsakten haben Sie Bericht und Antrag des Gemeinderats erhalten, die Leistungsvereinbarung mit Anhängen sowie die Statuten des Vereins Kulturhof Schloss Köniz (VKSK). Wir gehen wie folgt vor: Zuerst erfolgen die Voten aus den Fraktionen. Auf die Detailberatung der Leistungsvereinbarung mit der Gemeinde wird verzichtet, weil der Abschluss derselben in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Zum Schluss erfolgt die Abstimmung.

**GPK-Referent Rolf Zwahlen (EVP):** Dank den ausführlichen Unterlagen zum Kreditantrag sind aus der GPK nur wenige Ergänzungen anzubringen. Der neue Vertrag ist inhaltlich nur leicht modifiziert worden und soll für drei weitere Jahre Gültigkeit haben. Drei Jahre erscheinen sinnvoll, weil damit über die Planung und das Nutzungskonzept Schloss Köniz noch vor der nächsten Vertragsverlängerung abgestimmt werden kann. Auf kantonaler Ebene wird das Kulturförderungsgesetz voraussichtlich per 2013 revidiert. Zwei Jahre wären auch in Bezug auf die Planungssicherheit gegenüber dem Verein eindeutig zu kurz. Im Zusammenhang mit der Hauswirtschaft ist in den Unterlagen ein geschützter Arbeitsplatz erwähnt. Dabei handelt es sich um eine öffentlich-rechtliche Anstellung mit auf die Situation abgestimmten Vereinbarungen ohne Renten oder andere Versicherungsleistungen. Zu den Leistungen der Gemeinde gegenüber dem Verein: Die direkten Subventionen sollen 115'000 Franken betragen, 5'000 Franken weniger als 2010. Davon werden 8'000 Franken für den Beitrag des Vereins an die Aufstockung der Hauswirtschaft abgezogen. Aus diesem Grund erscheint im Antrag dreimal die Summe von 107'000 Franken. Alle anderen Leistungen sind nicht Gegenstand des Antrags und stehen im direkten Zusammenhang mit der Kulturtätigkeit im Schloss. Im Sinn von Transparenz und Kostenwahrheit ist das aber störend und beim nächsten Vertragsabschluss unbedingt zu korrigieren. Genau diese Transparenz fordert der Gemeinderat übrigens selber in seiner Antwort zu den Subventionsverträgen der Regionalkonferenz. Der Leistungsvertrag im Anhang zum Bericht steht hier inhaltlich nicht zur Debatte. Trotzdem zwei Erklärungen: Die Regelung der Nebenkosten (Art. 14) mutet etwas eigenartig an, ist jedoch in dieser Vertragsrunde nicht änderbar. Auch hier die Forderung aus der GPK nach einer rechtzeitigen Änderung für den nächsten Vertragsabschluss. Zu den Artikeln 22 und 23, das Controlling vonseiten der Gemeinde betreffend: Dazu habe ich einen ausführlichen Controllingbericht zum Jahr 2009 erhalten und versichere Ihnen, dass der VKSK den Leistungsvertrag einhält und die geforderten Leistungen erbracht respektive teilweise klar übertroffen hat. Ich hoffe allerdings, dass nächstes Jahr auch der Termin für den Bericht und das Controllinggespräch eingehalten werden. Weiter finden wir im Anhang eine Liste der Liegenschaften und den dazugehörigen Mietwerten. Die Einschätzungen der Liegenschaftsverwaltung erfolgen gemäss einer bewährten Methode, entsprechen damit aber nicht zwingend den erzielbaren Marktmieten. Zurzeit haben diese Beträge keine grosse Bedeutung, das könnte sich jedoch ändern, wenn im nächsten Geschäft von einem Beitrag der Regionalkonferenz ausgegangen werden kann.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 7 : 0 Stimmen, dem Kredit gemäss dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen und den Gemeinderat mit dem Abschluss des Leistungsvertrags zu beauftragen.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Martin Graber (SP):** Ich lege meine Interessenbindung offen: Ich bin Vorstandsmitglied im VKSK und habe deshalb grosses Interesse an einer Zustimmung zum Vertrag. Ich bin selber jedoch auch Kulturkonsument und habe auch deshalb Interesse an einer

Vertragszustimmung. Nicht zuletzt bin ich froh, dass wir mit dem Rossstall nun einen schönen Plenarsaal zur Verfügung haben.

1996 haben die Stimmberechtigten von Köniz dem Kauf von Teilen des Schlosses zugestimmt. Nicht um in den Besitz eines Schlosses zu gelangen, sondern damit die Gemeinde ein kulturelles Zentrum erhält. Mit dem Kauf war und ist es aber immer noch nicht getan. Ein Areal und Häuser können gekauft werden, Kultur aber muss wachsen und gepflegt werden. Eine Pflanze benötigt für ein gutes Wachstum mehrere Komponenten und auch unser kulturelles Zentrum benötigt Pflege: Erstens braucht Kultur finanzielle Mittel. Kultur kann nicht selbsttragend sein, sie kostet und ist eine Aufgabe der Gesellschaft. Die finanziellen Mittel für den Betrieb von Kultur kommen zum Teil vom Staat – im vorliegenden Fall von unserer Gemeinde – zum Teil von den Kulturkonsumenten und auch von den Kulturschaffenden selber, die zu sehr günstigen Löhnen arbeiten müssen. Im Schlossareal werden finanzielle Mittel auch von Privaten zur Verfügung gestellt. Die Renovation des Rossstalls wurde durch Private realisiert und steht der Kultur zu guten Bedingungen zu Verfügung. Kultur kostet, aber es lohnt sich, denn Kultur ist Nahrung für den Geist. Eine Gesellschaft, die Kultur nicht pflegt, kommt nicht voran. Zweitens braucht die Kultur Künstlerinnen und Künstler, die auftreten und sich der Öffentlichkeit präsentieren. Das passiert auf dem Schlossareal in einer tollen Bandbreite, mit einem tollen Mix an Angeboten. Drittens braucht Kultur Menschen, die sich mit ihr auseinandersetzen. Besucher von Konzerten, Ausstellungen, Theatervorführungen, Tanzanlässen usw. Das alles wird im Schlossareal regelmässig angeboten. Wir beraten hier aber über finanzielle Angelegenheiten und nicht über den Leistungsvertrag selber. Trotzdem sage ich dazu auch etwas, weil es sich aus meiner Sicht um einen guten Vertrag für beide Seiten handelt. Erstens wird ein breites Spektrum an Kultur verlangt, das wie – oben zu lesen ist – angeboten wird und dem jeweiligen Kulturprogramm entnommen werden kann. Zweitens soll der Vertrag für drei Jahre abgeschlossen werden. Eine längerfristige Perspektive ist für den VKSK äusserst wichtig, denn Verträge mit Künstlern werden teilweise lange Zeit im Voraus abgeschlossen. Der Planungshorizont geht weit über ein Jahr hinaus. Der VKSK braucht für ein gutes Programm auch gutes Personal mit den entsprechenden Kontakten und das Personal selber braucht eine gute Perspektive. Würde der Vertrag nur für ein Jahr abgeschlossen, ist der VKSK nur noch am Verhandeln. Drittens erscheint der Rossstall im Leistungsvertrag. Mit der Eröffnung im letzten Jahr ist eine schwierige Zeit zu Ende gegangen, weil man einige Zeit über kein eigenes Lokal verfügte, was zu Liquiditätsengpässen führte, d. h. zu Kurzarbeit für das Personal aber nicht zu weniger Arbeit, denn die Eröffnung des Rossstalls musste geplant werden. Ich danke dem Personal des VKSK, aber auch den vier Mitgliedern des Vereins Rossstall. Zu den Finanzen: Wir beraten hier über einen Betrag von 113'000 Franken, d. h. umgerechnet 2.90 Franken pro Einwohner. Wird alles – fiktive Mieten, usw. – hinzugerechnet, kommen wir auf den Preis für zwei Kaffees im Restaurant. Für diesen Preis erhalten wir ein tolles Angebot. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

**Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP):** Die SVP-Fraktion findet – wie Rolf Zwahlen auch – die schlechte Kostentransparenz störend. Zu den 107'000 Franken jährlich kommen noch 150'000 Franken, 24'000 Franken und 118'000 Franken hinzu, was zu einem Totalbetrag von 407'110 Franken pro Jahr zu Lasten der Steuern führt. Vielleicht erhalten wir bald einmal Subventionen von der Regionalkonferenz Bern und dann wäre es sicher gut, wenn eine volle Kostentransparenz vorliegt. Wichtig ist für die SVP-Fraktion auch, dass der Kulturhof von einheimischen Kunstschaaffenden genützt werden kann. Ich wünsche Martin Graber, dass er eine Art "Mühli-Pesche" wird, der für die Bekanntheit des Kulturhofs Schloss Köniz sorgt.

**Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Vorlage des gut ausgearbeiteten Leistungsvertrags mit dem VKSK. Gut im Sinn, dass die Sache klar geregelt ist und der VKSK ausreichend unterstützt, aber auch in die Pflicht genommen wird. Uns freut, dass der Gemeinderat vom Verein explizit verlangt, junge Könizer Kulturschaffende in den Kulturbetrieb miteinzubeziehen. Aber auch, dass verschiedene Sprachen berücksichtigt werden sollen und das Programm möglichst abwechslungsreich sein und Jung und Alt ansprechen soll. Ein wichtiger im Vertrag erwähnter Punkt ist die Zusammenarbeit mit anderen kulturellen Institutionen und Kulturschaffenden sowie anderen Kulturveranstaltern, die aus unserer Sicht wünschenswert ist. Als wichtig erachten wir auch, dass der VKSK als Angebotspartner der Kulturlegi fungiert und damit den SchülerInnen und StudentInnen Ermässigung gewähren kann. Auch wir merken an, dass die Kostentransparenz besser ausfallen könnte. Wir dürfen meiner Meinung nach deutlich nach aussen kommunizieren, dass die Gemeinde in Zeiten knapper finanzieller Mittel eine kulturelle Institution kräftig unterstützt. Der Betrag ist berechtigt und notwendig, damit der Schlosshof

belebt bleibt und sich über die Gemeindegrenzen hinaus als Kulturstätte profilieren kann. Eine Zusammenfassung der Teilbeiträge zu einem Ganzen schafft aus unserer Sicht Transparenz und dient der Legitimation einer Beitragsreduktion an die Subventionsverträge im nächsten Traktandum.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion bittet den Gemeinderat, diesen Punkt bei den Verhandlungen des nächsten Vertrags zu berücksichtigen, stimmt dem Antrag des Gemeinderats aber zu.

**Fraktionssprecherin Ursula Wyss (Grüne):** Das Angebot im Bereich Kultur ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Heute besteht ein vielfältiges Programm, das viele anspricht. Durch all die Anlässe wird das Schlosshofareal in einem nie gedachten Ausmass belebt. Grossen Dank an alle Mitwirkenden, dem VKSK und allen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben. Dass der bestehende Leistungsvertrag mit nur wenigen Änderungen erneuert werden soll, ist logisch und gut. Weiterhin soll ein breites Kulturangebot geboten werden. In Bezug auf die Finanzen hat der neue Vertrag für die Gemeinde positive Auswirkungen. In den Augen der Grünen ist er ausgewogen und ermöglicht die erfolgreiche Fortsetzung des Kulturbetriebs im Schloss Köniz. Was auf solch guten Wegen ist, soll auf keinen Fall gebremst, sondern unbedingt unterstützt werden. Aus diesem Grund stimmen die Grünen dem Antrag des Gemeinderats freudig zu.

**Fraktionssprecherin Erica Kobel-Itten (FDP):** Als im Jahr 1996 dem Kauf von Teilen des Schlossareals zugestimmt worden ist, damit die Gemeinde Köniz ein neues kulturelles Zentrum erhält, war man sich bewusst, dass dieses Engagement mit zusätzlichen Kosten verbunden sein wird. Kultur kostet und nur selten kann eine solche Institution kostendeckend oder gar gewinnbringend geführt werden. Ebenso so sicher ist Kultur aber ein wichtiger Teil der Gesellschaft und muss demzufolge auch – dies allerdings in einem gewissen Rahmen – unterstützt werden. Beim uns vorliegenden Geschäft ist der Vertrag um drei weitere Jahre zu verlängern und der entsprechende Kredit dafür zu bewilligen. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats grossmehrheitlich zustimmen. Ich erwähne hier zwei Punkte: Erstens verlangen auch wir eine bessere Transparenz, d. h. die Ausweisung der effektiven Kosten. Zweitens erlaube ich mir, Folgendes zu erwähnen, auch wenn dies direkt die Leistungsvereinbarung betrifft. Dieser Punkt wird von unserer Fraktion aber als sehr stossend empfunden. Es handelt sich um die Positionierung des Restaurants "Zum Schloss". Die Betreiber profitieren hier von einem Mietzins von 2'000 Franken pro Monat, was unserer Ansicht nach viel zu wenig ist. Essen ist auch Kultur, das ist klar, aber eine Sparte, die als gewinnbringend bezeichnet werden kann. Wie den Erläuterungen zu entnehmen ist, hat man sich 2007 entschieden, auf dem Schlossareal einen professionellen Gastrobetreiber zu beauftragen, was in unseren Augen eine absolut richtige Entscheidung ist. Diesen professionellen Gastrobetrieb aber mit einer günstigen Miete zu subventionieren, ist nicht richtig. Ein Gastrobetrieb kann, wenn der Aufwand nicht gescheut wird, an diesem Ort durchaus erfolgreich und absolut sinnbringend geführt werden. Einer Subventionierung durch die Gemeinde können wir hier nicht zustimmen. Wir erwarten, dass in dieser Hinsicht etwas unternommen wird, damit es nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung kommt.

Dem Antrag des Gemeinderats stimmen wir zu.

**Martin Graber (SP):** Ich bin sehr froh, dass sich alle Fraktionen positiv zu Kredit und Vertragsvereinbarung geäussert haben. Die Mieten auf dem Schlossareal sind, wie der GPK-Referent festgestellt hat, keine Marktmieten. Diese Räumlichkeiten stünden wahrscheinlich leer, würden sie nicht durch die Kultur genützt. Ob hier allfällige Mittel der RKK (Regionale Kulturkonferenz) geholt werden können, dessen bin ich mir nicht sicher und auch nicht, ob das allein genügen würde. Mich freut, dass ich als "Mühli-Pesche" bezeichnet werde. Ich gebe diese Lorbeeren aber an "R und R" (Beat Rufi und Robert Maurer) weiter, die für die Programmzusammenstellung verantwortlich zeichnen und dabei tolle Arbeit leisten.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich bin sehr erfreut über die positiven Äusserungen zu dieser Vorlage und danke für die Anerkennung der Arbeit des VKSK. Auf einige Voten gehe ich ein. Der Wunsch nach einer besseren Kostentransparenz ist mehrmals geäussert worden. Ich nehme diese Forderung für die Ausarbeitung eines neuen Vertrags gerne entgegen. Gemäss meiner Auffassung war aber die Transparenz noch nie so gut wie heute, räume aber durchaus ein, dass Verbesserungen möglich sind. Der Gemeinderat hat nicht zuletzt deshalb auf dem alten Vertrag aufgebaut, weil mit dem VKSK über eine Reduktion der Subventionen verhandelt werden konnte. Dafür möchte ich dem VKSK ein Kränzlein winden. Anstatt dreimal 120'000 Franken, unterbreiten wir eine Kreditsumme von dreimal 107'000 Franken, was eine Reduktion um 39'000 Franken bedeutet. Obwohl der Kredit massiv höher ist als bei den Verhandlungen zum letzten Vertrag, konnte mit dem VKSK eine Reduktion des Beitrags erreicht werden. In Kapitel 4 der Vorlage ist aufgeführt, wie die nicht in Franken zu bemessenden Nebenleistungen,



entrichtet werden müssen. Der Beitrag von 115'000 ist aufgrund einer bewährten Methode berechnet worden. Welcher Preis für den Verkauf eines Hauses erzielt wird, entscheidet der Markt und nicht ein allfälliges Gutachten. Man bewegt sich in diesem Bereich immer in einer Art Fiktion. Der Verein kibe Köniz (Kinderbetreuung Köniz) hat die Räumlichkeiten im Schlossareal gekündigt, weil ihm die Miete zu teuer war, die gemäss der anerkannten Methode berechnet worden war. Die Regelung der Nebenkosten muss für den Abschluss des nächsten Vertrags überprüft werden. Ich nehme die Kritik entgegen, dass der Controllingbericht etwas zu spät eingetroffen ist. Wir werden bemüht sein, diesen beim nächsten Mal früher vorzulegen. Zu Heinz Nacht: Der Steuerzahler bezahlt nicht den ganzen Betrag, das stimmt so nicht. Bezahlt werden 115'000 Franken im Jahr. Die Nebenkosten von 118'000 Franken können nicht in der Rechnung geführt werden, sondern könnten allenfalls als "entgangene Einnahme" bezeichnet werden. Zur Vision "Mühli-Pesche" auf dem Schlossareal: Würde eine Person wie er hier das Sagen haben, hätten wir bei der Programmgestaltung wenig mehr einzubringen. Eine solch breite Palette wie sie vom VKSK angeboten wird, wäre nicht mehr möglich. Der Anspruch der öffentlichen Hand, ein breites Spektrum an Kulturangeboten und an Begegnungsmöglichkeiten zu bieten, rechtfertigt einerseits die Unterstützung des VKSK. Die vielfältigen Angebote machen es aber schwierig, sich zu profilieren und Publikum an sich zu binden wie dies in der Mühle Hunziken der Fall ist. Das Votum von Erica Kobel-Ippen, dass der in ihren Augen tiefe Mietzins für das Restaurant "Zum Schloss" eine Art Subvention sei, war in meinen Augen mutig. In der Gastronomiebranche sind die wirtschaftlichen Risiken sehr hoch, Betriebseinstellungen oder Konkurse sind in dieser Branche häufig. Die erfolgreiche Führung eines Gastronomiebetriebs ist sehr anspruchsvoll. Gemeinderat Ueli Studer liess vor der Eröffnung des Gastrobetriebs auf dem Schlossareal durch eine Fachperson einen Businessplan erstellen, der die Möglichkeiten in diesem Umfeld berechnete. Aufgrund dieser Daten wurde der Mietzins festgelegt. Ich bestreite hier in aller Form die Vermutung, dass es sich hier um ein Quersubvention handelt. Im Übrigen bin ich froh über die positiven Voten an den VKSK. Er arbeitet gut und hat schwierige finanzielle Situationen aufgefangen. Der neue Veranstaltungsort Rosstall ist gut ausgemietet und das Team bewährt sich als Vermarktungsinstanz für den Rosstall auch für kommerzielle Anlässe. Der Gemeinderat erklärt sich von der Arbeit sehr zufrieden. Ich bin froh über die guten Verhandlungen mit dem VKSK, vor allem darüber, dass die Subventionen im Hinblick auf die nicht einfache Finanzlage der Gemeinde Köniz gesenkt werden konnten.

---

### **Beschluss**

3. Für den Abschluss des Leistungsvertrags mit dem VKSK für die Jahre 2011 bis 2013 wird ein Kredit von CHF 321'000.00 (jährlich CHF 107'000 zulasten Konto Nr. 1400.365.85) bewilligt.
  4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt, insbesondere mit dem Abschluss des Leistungsvertrags.
- (abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)
- 

### **5. Regionalkonferenz: Erneuerung Subventionsverträge mit Kulturinstitutionen 2012 - 2015**

Konsultation Finanzierungsträger; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Die Sitzungsakten bestehen aus dem Bericht und Antrag des Gemeinderats mit dem Entwurf seiner Antworten auf die gestellten Fragen sowie einem Schreiben der Regionalkonferenz inklusive dem Konsultationsbericht. Das E-Mail, welches Ihnen am Samstag zugestellt worden ist, enthält den Antrag der Antworten der GPK. Wir gehen wie folgt vor: Eine Detailberatung findet nicht statt. Nach den Voten aus den Fraktionen möchte ich über die Fragen des Fragebogens einzeln abstimmen lassen. Zuletzt erfolgt die Schlussabstimmung über die Ihnen per E-Mail zugestellten Unterlagen.

**GPK-Referent Rolf Zwahlen (EVP):** Der Gemeinderat legt einen Entwurf für die Beantwortung einer Umfrage der Regionalkonferenz zur Erneuerung der Subventionsverträge mit den wichtigsten Kulturinstitutionen vor. Das Parlament beschliesst darüber, ob der Vorschlag des Gemeinderats angenommen wird oder nicht. Die Stellungnahme zu den gestellten Fragen der Regionalkonferenz ist bis zum 30. September einzureichen. Es eilt demnach. Zum ausführlichen Konsultationsbericht der Regionalkonferenz: Es sind keine Ergänzungen anzubringen, ausser dem geänderten Namen infolge des Zusammenschlusses des

Stadttheater Bern und dem Sinfonieorchester. Die Bezeichnung "Musik-Theater-Bern" – wie in den Unterlagen noch aufgeführt – ist als Name ungeeignet, weil Musiktheater eine der drei klassischen Theaterformen ist. Der Zusammenschluss von Theater und Sinfonie hat in der Zwischenzeit den neuen Namen "Konzert-Theater-Bern" erhalten. Auch der Bericht des Gemeinderats ist sehr umfassend und verständlich. Er ist sogar so ausführlich, dass nicht alle Begründungen zu den Antworten als Stellungnahme an die Regionalkonferenz abgegeben werden sollten. In der Fülle des Textes könnten sonst die wirklich wichtigen Bemerkungen untergehen. Deshalb ist aufgrund der Diskussionen in der GPK das vorgesehene Schreiben an die Regionalkonferenz fertig gestellt worden, damit anlässlich der heutigen Diskussion allen klar ist, was genau im Antwortschreiben enthalten ist und was nicht. Dieser Entwurf ist Ihnen letzten Samstag per E-Mail zugesandt worden.

Zum Thema Beitragsreduktion Mühle Hunziken in Frage 4 hat die GPK nachgefragt, weshalb die Gemeinde Köniz die Leistungen an den VKSK nicht auch geltend machen kann. Viele andere Gemeinden unterstützen lokale Kulturinstitutionen und –projekte. Breit ausgeschüttete Subventionen durch die Regionalkonferenz wären hier ein Fass ohne Boden. Die Mühle Hunziken hat eindeutig regionale, sogar überregionale Bedeutung und geniesst deshalb – wie auch die Gemeinde Rubigen – einen Sonderstatus. Dem Versuch von Gemeindepräsident Luc Mentha in der Regionalkonferenz, Leistungen an unseren Kulturbetrieb im Schloss einzubringen, war in dem Sinn nicht viel Erfolg beschieden.

Mit 6 : 1 Stimmen empfiehlt die GPK dem Parlament, den vorliegenden Entwurf zur Beantwortung der Fragen zu genehmigen und die Fachstelle Parlament mit dem Versand des Schreibens zu beauftragen.

Ich gebe die Stellungnahme der CVP/EVP/GLP-Fraktion bekannt: Wir danken dem Gemeinderat für die Ausarbeitung der Antworten. Ich glaube, das Parlament hätte mit der Formulierung derart treffender Bemerkungen Mühe gehabt. In den Bemerkungen zu den Fragen 1b, 2 und 3 wird die Kostentransparenz gegenüber der Regionalkonferenz eingefordert. Diese Bemerkungen sind richtig und gut, stehen aber doch in einem gewissen Widerspruch zum Finanzkonstrukt, das wir im vorangehenden Geschäft beraten haben. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion fordert nochmals unbedingt klare finanzielle Regelungen in der Kulturförderung innerhalb der Gemeinde Köniz. Dies vor allem, weil – wie in der Antwort zu Frage 4 erläutert – die Kosten der Kultursubventionen der Regionalkonferenz verrechnet werden sollen. Ziel für die Vertragsrunde ab 2016 mit der Regionalkonferenz muss unbedingt sein, den Kulturbetrieb im Schloss Köniz auf ein Niveau mit regionaler oder überregionaler Ausstrahlung zu bringen, damit mit einem entschlossen gestellten Antrag die finanzielle Beteiligung der Regionalkonferenz erreicht wird.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem vorliegenden Beantwortungsentwurf zustimmen.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecherin Ursula Wyss (Grüne):** Es handelt sich hier "nur" um einen Entwurf der Antworten zum Fragebogen der Regionalkonferenz. Erlauben Sie mir trotzdem vorgängig einige grundsätzliche Bemerkungen. Ich stelle einmal mehr fest, dass ein himmelweiter Unterschied zwischen der so genannten "gehobenen Kultur" und der freien Kultur oder Kleinkunst besteht. Die so genannt "gehobene Kultur" erhält von der Öffentlichkeit sehr viele Mittel zur Verfügung gestellt, hat quasi einen geschützten Rahmen. Die freie Kultur kämpft um das Überleben, ist quasi auf dem freien Markt und muss selber für Mittel besorgt sein. Ich bin nicht dagegen, dass die nun vier kulturellen Institutionen unterstützt werden. Sie leisten Schönes und Grosses, sprechen leider aber immer weniger Zuschauende an. Wenn ich das vorliegende mit dem nun zu beratenden Geschäft vergleiche, stellt sich die Frage nach Gerechtigkeit. Wir debattieren hier aber nicht grundsätzlich und leider können wir eine solche Diskussion nie führen. Bei der Diskussion um das Kulturkonzept oder auch bei vorherigen Diskussionen für Subventionen an die genannten Institutionen hat der Gemeinderat in Aussicht gestellt, bei nächster Gelegenheit über den Verteilschlüssel zu debattieren bzw. sich dafür einsetzen, dass die Gemeinde Köniz Subventionen für die Kultur im Schloss erhält. Dieser Zug ist leider bereits wieder abgefahren.

Grundsätzlich erklären wir Grünen uns mit dem Antwortentwurf einverstanden, die Bemerkungen sind unserer Meinung nach richtig. Zu Punkt 1b fragen wir uns, weshalb die Zusammenlegung des Stadttheaters mit dem Sinfonieorchester offensichtlich keine Einsparungen bringt. Das sollte normalerweise der Fall sein, weil bei Verwaltungskosten usw. Einsparungen generiert werden können. Aufgrund dieser Einsparungen sollten die Subventionen an das neue "Konzert-Theater-Bern" kleiner ausfallen als vorher an die beiden einzelnen Institutionen. Das scheint jedoch nicht der Fall, denn die Subventionssumme bleibt die gleiche. In Frage 2 sind wir wie der Gemeinderat der Meinung, dass die Gebäudesanierung Sache des Besitzers ist und eine Kostenmiete der bessere Weg ist. Zu Frage 4: Wie der

Gemeinderat stimmen auch wir zu, dass die Gemeinde Rubigen die Subventionen erhalten soll. Wie ich aber bereits erwähnt habe, muss in der nächsten Verhandlungsrunde unbedingt über einen Beitrag an die Gemeinde Köniz diskutiert werden, auch wenn das Kulturangebot im Schloss noch nicht ganz mit jenem der Mühle Hunziken vergleichbar ist; es ist aber auf dem besten Weg dazu.

**Fraktionssprecherin Erica Kobel-Itten (FDP):** In diesem Geschäft geht es um die Weiterführung bereits bestehender Verträge. Weil das neue Kulturförderungsgesetz des Kantons, das den Finanzierungsschlüssel neu regeln wird, noch nicht so weit ist, ändert sich nicht viel daran. Die FDP-Fraktion stimmt grossmehrheitlich mit dem Inhalt der Antworten des Gemeinderats überein. Wir sind froh um die kritische Haltung des Gemeinderats, was die Finanzierung des Stadttheaters betrifft und unterstützen diese. Auch mit der kritischen Haltung in Bezug auf die Beitragsreduktion für die Gemeinde Rubigen in Punkt 4 stimmen wir überein. Immerhin verfügen auch wir über gewisse kulturelle Institutionen von regionaler Bedeutung. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass diese Fragen im Rahmen einer neuen Vertragsrunde wieder zu diskutieren sind.

**Fraktionssprecher Hugo Staub (SP):** Kultur hat einen hohen Stellenwert, Kultur kostet und es ist richtig, die Kulturflaggschiffe regional finanzieren zu lassen. Etwas anderes wäre in den Augen der SP-Fraktion nicht logisch. In dem Sinn sagen wir absolut überzeugt Ja zur Weiterführung einer sich bis anhin bewährten Praxis. Neu ist aber die Art und Weise wie das Geschäft vorgelegt wird. Wir unterstützen nicht mehr fünf Institutionen wie bisher, sondern neu noch vier. Vor allem aber werden die nötigen Beschlüsse zum ersten Mal gemäss den Prozeduren in der Regionalkonferenz gefasst. Willkommen im Zeitalter der Region. Wir sind überzeugt, dass diese Änderungen sinnvoll sind. Die Konsultation zeigt auch, dass es Mittel und Wege gibt, wie die Parlamente in die regionalen Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden können. Das stimmt uns zuversichtlich. Wir finden auch das Vorgehen zum Abgleich der Stellungnahmen von Gemeinderat und Parlament sehr zielführend und geschickt gewählt. Besten Dank dafür auch an die Fachstelle Parlament. Wir haben aber noch von anderen Änderungen Kenntnis genommen. So soll beispielsweise in Zukunft beim Kostenteiler die Steuerkraft nicht mehr gleich berücksichtigt werden wie bis anhin. Das kann in den ausführlichen technischen Begründungen nachgelesen werden. In Franken und Rappen, wenn der ganze Finanzausgleich mit einberechnet wird, sind die Auswirkungen noch niemandem bekannt. Offenbar ist nicht nur die Kultur selber keine exakte Wissenschaft, sondern auch die Kulturfinanzierung nicht, weil der Finanzausgleich diesbezüglich noch zu wenig aussagekräftig ist. Wenn man sieht, wie sich die Finanzierungsschere zwischen den Gemeinden Köniz und Muri um 200'000 Franken öffnet, erscheint das seltsam. Ich bin froh, dass im Verlauf der Diskussion das eine oder andere kritische Votum in Bezug auf die Mühle Hunziken gefallen ist. Ich bin dazu in meiner Meinung noch nicht ganz gefestigt. In meinen Augen hat die Mühle Hunziken eine überregionale Ausstrahlung mit einem nur bescheidenen lokalen Nutzen. Das sehe ich nicht als Modell für das Schloss Köniz. Ich bin mir auch nicht sicher, ob die Gemeinde Köniz mit dem in der Legislaturplanung Aufgeführten in diese Liga aufsteigen wird. In diese Liga, die schön und gut ist, gehören in meinen Augen viele: Der Progr, die Reitschule, das Buskers-Festival, Kleintheater, usw. Dass hier quasi aus dem kulturellen Normalfall – das soll nicht abschätzig gemeint sein – jedes Mal ein Modell Mühle Hunziken konstruiert wird, wäre der Sache nicht gedient. Was im Schloss dereinst sein wird, ist noch nicht bis ins Detail bekannt. Dass die hauptsächliche Zielsetzung eine überregionale Ausstrahlung sein soll, damit die Finanzierung wie in der Mühle Hunziken erfolgen kann, möchte ich nicht als erste Zielvorgabe beschlossen haben.

Die SP/JUSO-Fraktion stimmt den von der GPK vorgeschlagenen Antworten auf die Fragen der Regionalkonferenz zu.

**Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP):** Das vorliegende Geschäft macht unserer Fraktion etwas Bauchschmerzen. Ursula Wyss hat uns aus dem Herzen gesprochen. Wenn mehr als 1 Million Franken in jene Kultur finanziert werden muss die – salopp gesagt – hauptsächlich von der Oberschicht besucht wird und im Gegensatz dazu 400'000 Franken für ein breites Spektrum und Publikum genügen müssen, ist das in unseren Augen nicht ganz richtig. Vielleicht kann uns Gemeindepräsident Luc Mentha erklären, wie ein Verteilschlüssel errechnet werden kann, mit dem die Gemeinde Köniz 45'000 Franken mehr bezahlen muss und die Gemeinden Muri oder Ittigen – die vor kurzem ihren Steuereffuss senken konnte – 167'000 Franken weniger. Das kulturelle Highlight 2010 war für mich das Zusammenspiel des Sinfonieorchesters mit "Patent Ochsner", das für ein breites Publikum auf dem Bundesplatz stattgefunden hat und keinen Eintritt kostete, höchstwahrscheinlich aufgrund genügender Sponsorengelder. Hugo Staub hat mir aus dem Herzen gesprochen. Offenbar kann über die Verteilung von Finanzmitteln in Bezug

auf Kultur nicht diskutiert werden, sondern wir können lediglich einem Fragebogen zustimmen oder ihn ablehnen.

Die SVP-Fraktion wird dem Gesamtentwurf nicht zustimmen. Dies nicht, weil wir mit den Antworten des Gemeinderats nicht einverstanden sind, sondern weil wir der Sache gegenüber kritisch sind.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin im Stiftungsrat des Bernischen Sinfonieorchesters (BSO) und habe dort das Mandat, die Interessen der Regionsgemeinden Bern wahrzunehmen.

Sie haben bemängelt, dass die Aufwendungen für den Kulturbetrieb auf dem Schloss nicht – wie analog der Mühle Hunziken – in Abzug gebracht werden können. Dazu ist jedoch ein Konzept der regionalen Kulturförderung nötig, das bis jetzt im Verein Region Bern (vrb) und nun in der Nachfolgeorganisation Regionalkonferenz noch nicht entstanden ist. Um überhaupt zu Subventionen zu gelangen, werden Hinweise im neuen Kulturförderungsgesetz notwendig sein, das beim Kanton in Vorbereitung ist. In der Kulturkonferenz der Regionalkonferenz ist dieses von mir eingebrachte Thema beraten worden. Auch andere Interessierte haben sich zu Wort gemeldet und sind der Meinung, dass ihr Angebot ebenfalls subventionswürdig ist. Vor diesem Hintergrund war es chancenlos, zusätzliche Mittel zu generieren. Ich nehme entgegen, dass das Thema Subventionen anlässlich der nächsten Vertragsrunde diskutiert werden soll. Der Gemeinderat hat diese Haltung in die Vernehmlassung eingebaut und wird sie entsprechend kundtun.

Zur Bemerkung von Ursula Wyss in Bezug auf die unterschiedliche Finanzierung der so genannt "gehobenen Kultur" und der Kleinkultur Folgendes: Es ist in meinen Augen falsch, wenn diese Angebote gegeneinander ausgespielt werden, denn beide sind wichtige Angebote und die grossen Kulturangebote sind meines Erachtens das, was in der Hauptstadt der Schweiz angeboten werden muss. Dazu müssen wir stehen. Die so genannt "gehobenen Kulturinstitutionen" werden – jedenfalls was die Vidmarhallen betrifft – auch von sehr jungem Publikum besucht. Diese Institutionen schliessen sich zunehmend mit der so genannten Kleinkultur zusammen, d. h. mit der freien Szene, und versuchen diese in ihre Produktionen zu integrieren. Es ist nicht gelungen, die Subventionen zu reduzieren, wie es eigentlich aufgrund der Fusion des Stadttheaters Bern und des Sinfonieorchesters Bern zu "Konzert-Theater-Bern" der Fall hätte sein sollen. Das mag bedauerlich sein, aber es ist schon viel erreicht, dass die beiden Institutionen –wenn sie denn fusioniert sind – die nächsten vier Jahre mit dem Teuerungsausgleich ohne finanzielle Unterdeckung überstehen werden. Das wird in der laufenden Vertragsperiode mindestens eine der beiden Institutionen voraussichtlich nicht schaffen. Dass die Gemeinden Muri und Ittigen weniger Subventionen bezahlen müssen, kann vermerkt werden, ist aber aufgrund der Steuerkraft so. Bis anhin spielte bei der Verteilung der 11 Prozent auf die Regionsgemeinden im Raum Bern die Steuerkraft einer Gemeinde eine Rolle. Dieser Wert ist nun weggefallen und davon profitieren steuerkräftige Gemeinden. Wie Heinz Nacht habe auch ich das Konzert des BSO mit "Patent Ochsner" als toll empfunden. Das war auch in meinen Augen einer der kulturellen Hits dieses Jahres mit dem auch jüngeres Publikum angesprochen wird.

Ich danke Ihnen, dass Sie der Vernehmlassung des Gemeinderats im Grossen und Ganzen zustimmen werden. Ich werde den Vernehmlassungsentwurf, den Sie aus der Vorlage des Gemeinderats zusammengeschnitten haben, dem Gemeinderat vorlegen und es kann durchaus sein, dass er diesen Entwurf gutheissen wird.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Aufgrund der gefallenen Voten verzichte ich auf eine Abstimmung zu den einzelnen Punkten und lasse über das Gesamtpaket abstimmen. Der Ihnen per E-Mail zugesandte Entwurf für die Beantwortung des Konsultationsfragebogens wird damit zur Abstimmung gebracht.

---

## Beschluss

1. Das Parlament genehmigt den Entwurf der Antworten auf die im Konsultationsbericht gestellten Fragen und der Bemerkungen dazu.
  2. Die Fachstelle Parlament wird mit dem Vollzug beauftragt.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)
-

## 6. Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Da ausschliesslich Kreditüberschreitungen vorliegen, die in die Kompetenz des Gemeinderats fallen, nehmen wir lediglich Kenntnis davon.

**GPK-Sprecher Stefan Lehmann (SVP):** Alle vier vorgelegten Kreditabrechnungen der DUB (Direktion Umwelt und Betriebe) schliessen unter der bewilligten Kreditsumme ab. Die Kreditüberschreitung in Kredit 5, Ersatz von 3 Einsatzfahrzeugen, beträgt knapp 5'000 Franken oder 0,84 Prozent. Da die Kompetenz in allen Krediten beim Gemeinderat liegt, werden die Kreditabrechnungen vom Parlament lediglich zur Kenntnis genommen. Die Abweichungen sind begründet. In der GPK fand darüber keine weitere Diskussion statt.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, von den Kreditabrechnungen zustimmend Kenntnis zu nehmen.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

---

### Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu folgenden Objekten:

- Liebefeld, Neumatt, Basiserschliessung Abwasserentsorgung
- Niederwangen, Ried W8/W9 (Abwasser)
- Liebefeld, Neumatt, Basiserschliessung Wasserversorgung
- Niederwangen, Ried W8/W9 (Wasserversorgung)
- Ersatz von 3 Einsatzfahrzeugen

(abgegebene Stimmen: Einstimmige zustimmende Kenntnisnahme)

---

## 7. Erschliessung Büsschiacker mit öffentlichem Verkehr

Verpflichtungskredit Versuchsbetrieb; Direktion Planung und Verkehr

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Die Sitzungsakten enthalten den Bericht und Antrag des Gemeinderats mit Beilagen. Eine Vorbemerkung: Bei der Gemeindeverwaltung ist eine Petition mit 121 Unterschriften eingereicht worden. Das Begehren lautet: "Die Unterzeichnenden fordern das Parlament auf, den öV-Versuchsbetrieb in den Büsschiacker zu ermöglichen." Die schriftliche Antwort des Gemeinderats ist den Petitionären bereits bekannt und das Vorgehen ist ihnen erklärt worden. Eine Detailberatung findet nicht statt und nach den Voten aus den Fraktionen stimmen wir über die Vorlage ab.

**GPK-Referent Hansueli Pestalozzi:** Nirgendwo in der Gemeinde Köniz wohnen so viele Personen mit einer so schlechten öV-Erschliessung wie im Büsschiacker. Bereits haben mehrere Versuche stattgefunden, diese Situation zu ändern. In einem Baugesuch für die Talbodenstrasse aus dem Jahr 1995 ist eine Buswendeschleife vorgesehen, d. h. die Bewohnerinnen und Bewohner des Büsschiackers rechnen seit 15 Jahren mit einer öV-Verbindung. Im Rahmen des Buskonzepts 2001 war die Erschliessung des Büsschiackers ebenfalls ein Thema. 2003 wurde im Parlament der Vorstoss 0303 Antennen/Mäder "Erschliessung Büsschiacker durch öV" eingereicht, der 2004 ohne Umsetzung abgeschlossen worden ist. Bei der Studie der Tramvarianten war die Erschliessung des Büsschiackers ebenfalls Thema. Das alles führte zu der Ihnen nun vorliegenden Vorlage. Geplant ist ein Versuchsbetrieb mit einem behindertengerechten Kleinbus für maximal 24 Plätze, der das Büsschiackerquartier im 15-Minuten-Takt in den Hauptverkehrszeiten erschliesst. Der Bus ist eingebunden in den Libero-Tarifverbund Zone 11 und im Bus wird ein Billettautomat vorhanden sein. Selten sind Ihnen in einem Geschäft derart viele Varianten präsentiert worden. Die Ihnen nun vorgeschlagene Variante X.1.1 ist das Resultat der Studie dieser umfangreichen Variantenvorschläge. Sie entspricht der Empfehlung der RVK 4 und ist die billigste Variante für die Abklärung, ob ein tatsächliches Bedürfnis für diese Busverbindung vorhanden ist. Aus dem Quartier selber ist das Bedürfnis für eine solche Buserschliessung mehrmals geäussert worden. Mit der nun eingereichten Petition sind total zwei Petitionen eingereicht worden. Die erste wurde von 180 Personen unterzeichnet. Die Hauptversammlung des Ortsvereins Schliern hat sich fast einstimmig für eine Busverbindung in den Büsschiacker ausgesprochen.

in der GPK hat eine Nachhaltigkeitsprüfung stattgefunden. Zu den wirtschaftlichen Aspekten: Die Buslinie verbessert die Standortattraktivität des Quartiers. Die öffentliche Ausschreibung stärkt den Markt. Aber der öffentliche Haushalt wird mit der Finanzierung des Versuchsbetriebs belastet. Zu den gesellschaftlichen Aspekten: Es gibt eine Verbesserung der Erreichbarkeit des Büsschiackerquartiers, insbesondere für ältere und gehbehinderte Menschen. Ebenfalls als negativ empfunden wird die Ausrichtung des Angebots auf PendlerInnen und SchülerInnen und das Fehlen des Angebots am Samstagmorgen. Zu den ökologischen Aspekten: Geht man davon aus, dass die Auslastung des Busses gut ist und ein Umsteigeeffekt auf den öffentlichen Verkehr erfolgt, kann von einer Verringerung des Energieverbrauchs, von insgesamt weniger Lärm und weniger Ausstoss von Klimagas ausgegangen werden. Ist die Auslastung schlecht und findet kein Umsteigeeffekt statt, werden in diesen drei Jahren etwas mehr Energieverbrauch, Lärm und Klimagas anfallen. Zu den Finanzen: Die Buslinie wird öffentlich ausgeschrieben. Der Kanton rechnet mit jährlichen Betriebskosten von 220'000 Franken. Diese Kosten werden zu je einem Drittel von Kanton, Gemeinde und über Einnahmen gedeckt. Bewerber, die sich für den Betrieb der Buslinie interessieren, können in ihren Offerten tiefere Einnahmen vorsehen. Das ist in Ihren Unterlagen nicht klar aufgeführt. Bewerber müssen eine Schätzung ihrer Einnahmen in der Offerte darlegen. Falls Bewerber der Meinung sind, nicht 33 Prozent Einnahmen zu erreichen, muss die Gemeinde die Differenz übernehmen. Aus diesem Grund liegt der Anteil der Gemeinde zwischen 33 und 47 Prozent. Erst bei der Vergabe wird sich entscheiden, welchen Anteil die Gemeinde tatsächlich übernehmen muss. Der Vergabeentscheid wird vom Kanton gefällt, weil das ganze Verfahren von ihm durchgeführt wird und dieses wird aufgrund einer Nutzwertanalyse durchgeführt, mit welchem das optimalste Kosten-/Nutzenverhältnis für beide zahlende Partner ermittelt wird. Der Verpflichtungskredit für den Versuchsbetrieb fällt im Jahr 2012 an. Bis 2011 läuft der Versuchsbetrieb Buslinie 31 (mit Erfolg) und damit ist ein nahtloser Übergang vom einen zum anderen möglich. Die Mehrkosten für den Versuchsbetrieb Büsschiacker betragen – je nach Vergabeentscheid – zwischen 14'000 und 44'000 Franken für die Gemeinde. In der GPK ist gefragt worden, was passiert, wenn die Auslastung bereits im ersten Jahr sehr schlecht ist. Es gibt kein Ausstiegsszenario, wurde geantwortet. Die Begründung des Kantons: Es gab bereits Versuchsbetriebe, bei denen die Auslastung während der ersten zwei Jahre schlecht war und im dritten Jahr plötzlich sehr gut. Falls die Auslastung gut ist, können die Betriebszeiten ausgeweitet und ein grösserer Bus eingesetzt werden.

Die GPK ist mehrheitlich der Meinung, dass nur mit einem Versuchsbetrieb festgestellt werden kann, ob tatsächlich ein Bedürfnis vorhanden ist und nun die Chance besteht, diesen Punkt endlich abschliessend zu prüfen. Sie empfiehlt dem Parlament mit 5 : 1 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem Versuchsbetrieb zuzustimmen.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Thomas Verdun (SVP):** Der Büsschiacker ist nicht "hinter den sieben Bergen bei den sieben Zwergen". Diesen Eindruck kann man nach dem Votum von Hansueli Pestalozzi durchaus haben. Gemäss "Ondit", soll die kostspielige dreijährige Busprojekt-Versuchsphase in das Büsschiackerquartier im Parlament mehrheitlich Zustimmung finden. Sollte dem tatsächlich so sein, entscheidet sich das Parlament von Köniz heute für eine nicht notwendige, dafür aber teure und wenig sinnvolle Luxusdienstleistung für einige wenige Bewohnende des Büsschiackerquartiers. Notabene für eine Luxusdienstleistung in ein Quartier, das nur auf dem Papier schlecht oder gar nicht an den öV angeschlossen ist. Von den 125 Unterzeichnenden der Petition wohnen nur 75 Personen im Büsschiackerquartier, was rund 5 Prozent der Büsschiackerbevölkerung entspricht. Die Zahl 5 Prozent findet man überall wieder, seien es 5 Prozent Teilnehmende an der Informationsveranstaltung im Sommer 2010 oder bei der Meinungseingabe auf dem Intranet der Gemeinde Köniz. Man kann nun der Meinung sein, dass wenigstens diese etwas für den Versuchsbetrieb tun. In meinen Augen halten sich Pro und Kontra für den Versuchsbetrieb aber etwa die Waage. Davon, dass die Bewohnenden des Büsschiackerquartiers seit Jahren auf eine Erschliessung durch den öV warten, kann meiner Meinung nach nicht die Rede sein. Ich als Könizer und Bewohner des Büsschiackerquartiers kenne aber auch andere Quartiere – wie z. B. das Talbrunnli-, Feldrain- und Hangwegquartier im Liebefeld, Teile im Spiegel, die obere Gartenstadt in Köniz/Liebefeld, das Turm- und Gummenholzquartier in Oberwangen und weitere – die nicht an den öV angeschlossen sind. Die Bewohnenden dieser Ortsteile haben zum Teil massiv weitere und von der topografischen Lage her anspruchsvollere Fussmärsche zu bewältigen, um an eine öV-Haltestelle zu gelangen. Diese wären in meinen Augen prioritär zu behandeln. Das Büsschiackerquartier würde sich in einer Warteliste auf dem fünften Platz finden. Gespannt ist abzuwarten, ob die von mir

erwähnten Ortsteile in absehbarer Zukunft auch an den öV angeschlossen werden sollen. Das wäre mit nicht unwesentlichen Kosten verbunden und würde der Gemeinde Köniz eine weitere Knacknuss auferlegen. Gesundheit und Sport sind in aller Munde; Fitnesszentren boomen, die Krankenkassen bezahlen an solche Abonnemente mit. In den Schulen wird der Turnunterricht gefördert, um die immer mehr zu Übergewicht neigende Jugend zu bewegen. Von diversen Organisationen werden Altersturnen und regelmässige Wanderungen organisiert, um auch die ältere Bevölkerung zu bewegen und mobil zu halten. Das ist gut so. Köniz macht mit und stellt den Bütschliackerbewohnenden in Zukunft einen Bus zur Verfügung, um sie damit von einem Sechs- bis Zwölf-Minutenspaziergang auf einem nur leicht ansteigenden respektive abfallenden Weg zu bewahren. Es lebe der Sport, die Vernunft und der Weitblick.

Können wir es uns wirklich leisten, dem Versuchsbetrieb zuzustimmen, um in drei Jahren mit grosser Wahrscheinlichkeit die Bestätigung zu erhalten, dass die getätigten Investitionen für weit sinnvollere Projekte, wie Sanierungen von Schulen, Kindergärten, allgemeine Jugendförderung, etc., hätten gebraucht werden können und das Minibus-Thema alsdann ein für alle Male vom Tisch ist? Ich meine nein.

Die SVP-Fraktion, und ich hoffe auch die Mehrheit des Parlaments, stimmt daher mit gutem Gewissen und klarem Verstand gegen den unnötigen und luxuriösen Versuchsbetrieb in das Bütschliackerquartier.

**Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP):** Einleitend halte ich fest, dass die Unterlagen zu diesem Geschäft ausführlich und detailliert sind. Es war eine Freude, damit zu arbeiten. Die Auswertung der Mitwirkung zeigt auf, dass die FDP-Fraktion Köniz sich grösstenteils positiv zum Versuchsbetrieb geäussert hat. Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass durch den Versuchsbetrieb der Bedarf für eine direkte öV-Anbindung des Bütschliackerquartiers an den öV evaluiert werden soll. Der motorisierte Individualverkehr hat auch in diesem Ortsteil zugenommen und seit der Behandlung einer ersten Vorlage im Parlament im Jahr 2004 ist das Quartier deutlich gewachsen. Wir haben uns klar für die Variante X.1.1 geäussert und diese als einzig richtige bezeichnet. Ein Versuchsbetrieb ist dann zielführend, wenn er bei Nichtbeanspruchung wieder aufgehoben werden kann. Eine Festlegung des Versuchsbetriebs auf drei Jahre ist in unseren Augen eher lang, die Vorgaben des Kantons lauten aber so. Ein Versuchsbetrieb kann aber auch Begehrlichkeiten an anderen Orten der Gemeinde wecken. In diesem Zusammenhang gilt es zu beachten, dass eine Erweiterung des öV die dafür notwendige minimale Auslastung bringen muss. Der öV soll und darf nicht zu jedem Preis zur Verfügung gestellt werden. Bei ungenügender Auslastung müssen Angebote abgebaut oder angepasst werden. Versuchsbetriebe sind sinnvoll, um einen allfälligen Bedarf zu prüfen. Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats mehrheitlich zu.

**Fraktionssprecherin Barbara Thür (GLP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion unterstützt den Versuchsbetrieb. Allerdings sind auch aus unserer Sicht einige kritische Punkte anzumerken. Wir fragen uns, ob das Kosten-/Nutzenverhältnis in einem sinnvollen Rahmen ist oder nicht. Deckt dieser Busbetrieb wirklich ein Bedürfnis ab? Wir fragen uns auch, ob ein Umsteigen vom Individualverkehr auf den öV wirklich der Fall sein wird oder ob nicht eher vom Langsamverkehr – Fussgänger und Velofahrende – auf den öV umgestiegen wird. Unsere Fraktion fände es zudem gut, wenn vor der Inbetriebnahme des Testbetriebs eine Verkehrszählung durchgeführt wird, damit allfällige Verlagerungen im Modalsplit festgestellt werden können. Zudem denken wir, dass man – sollte der Versuchsbetrieb schlecht laufen – flexibel genug sein sollte, um Anpassungen z. B. im Takt vorzunehmen. Wir sind der Meinung, dass das Resultat des Versuchsbetriebs konsequent umgesetzt werden sollte, d. h. wenn er nicht kostendeckend ist oder den gewünschten Kostendeckungsgrad nicht erreicht, ist die Übung abzubrechen. Unsere Fraktion unterstützt den Versuchsbetrieb trotz allem, denn nur damit können all die offenen Fragen geklärt werden.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Die öV-Erschliessung des Bütschliackerquartiers ist heute ungenügend. Es ist das grösste und am dichtesten bebaute Gebiet der Gemeinde Köniz, das in der Erschliessungskategorie C liegt. Hier besteht Handlungsbedarf. Knapp 500 Personen sind von der schlechten öV-Erschliessung betroffen. Eine öV-Erschliessung ist aus den genannten Gründen anzustreben, aber nicht um jeden Preis. Die ausgewählte Variante mit einem Kleinbus, der zwischen dem Bütschliackerquartier und dem Kreisli Eichmatt verkehrt, wo dann auf die Buslinie 10 nach Bern umgestiegen werden kann, scheint uns am sinnvollsten. Das Problem der Erschliessung liegt aber darin, dass die Reisezeit nicht verkürzt wird. Die Fussdistanz vom Bütschliackerquartier zum Kreisli Eichmatt beträgt 7 bis 10 Minuten und hier bringt der 15-Minuten-Takt des Busses kaum eine Verkürzung der Reisedauer. Deshalb besteht

die Gefahr, dass der Bus schlecht ausgelastet sein kann. Das Angebot ist vor allem für Personen, die schlecht zu Fuss sind, d. h. vor allem für Ältere und Gehbehinderte. Das Angebot ist aber nicht ideal für diese Kunden ausgerichtet, denn es ist an die Pendlerspitzen angepasst mit 2-stündigen Taktlücken am Morgen und am Nachmittag. Ein durchgehender 1-Stundentakt für das Einkaufen und Arztbesuche wäre für diese Zielgruppen besser geeignet. Das hätte jedoch höhere Personalkosten zur Folge und deshalb ist diese Variante nicht unbedingt vorzuziehen. Wir Grünen wissen nicht, wie stark der Bus ausgelastet sein wird. Das wird erst aufgrund des Versuchsbetriebs ersichtlich sein. Deshalb stimmen wir dem Versuchsbetrieb zu. Falls die Auslastung tatsächlich schlecht sein wird, muss der Betrieb wieder eingestellt werden. Wenn kein Umsteigen auf den öV erfolgt oder nur Fussgänger den Bus benutzen, ist das angestrebte Ziel nicht erreicht und der Bus nicht nachhaltig. Wichtig ist für uns auch, dass Verkehrsmessungen vor und nach Aufnahme des Versuchsbetriebs vorgenommen werden. Ebenfalls wichtig ist uns Grünen, dass die Erschliessung des Büsschiackerquartiers an den S6-Bahnhof Moos verbessert wird. Der bestehende Weg muss für Velofahrende ausgebaut werden. Ein neuer direkter Weg, mit dem sich die Distanz zum Bahnhof Moos halbieren lässt, ist zu prüfen. Zudem ist ein 15-Minuten-Takt der S-Bahnlinie 6 anzustreben. Trotz dieser Kritikpunkte stimmen die Grünen der Annahme des Kredits einstimmig zu.

**Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP):** Die BDP-Fraktion erachtet die Erschliessung eines Quartiers in der Grösse des Büsschiackers wo sich Sportanlagen befinden, auf denen viele Jugendliche trainieren, als wichtig. Der vorgesehene Versuchsbetrieb soll aufzeigen, wie das Angebot genutzt wird. Danach können die notwendigen Massnahmen getroffen werden. Uns erscheint es wichtig, dass das Parlament mindestens jährlich über Verlauf und Kosten des Versuchsbetriebs informiert wird und dass er gegebenenfalls im Rahmen der Möglichkeiten angepasst werden kann.

Die BDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

**Fraktionssprecherin Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Das Anliegen einer Busverbindung in das Büsschiackerquartier besteht bereits lange. Zuletzt wurde darüber im Juni 2004 im Parlament beraten. Man ist zum Schluss gekommen, dass die vorgeschlagenen Varianten nicht gut sind. Die SP-Fraktion hielt seinerzeit fest, dass die Talbodenstrasse nicht auf ewig zur busfreien Zone erklärt werden soll und der damals zuständige Gemeinderat Walo Hänni hielt fest, dass nach der Realisierung der Überbauung Schwandenhubel ein öV-Anschluss erneut geprüft werden kann. Dort sind wir heute angelangt. Vor uns liegt ein schlanker Vorschlag für einen Versuchsbetrieb. Die ausgewählte Variante ist in den Augen der SP/JUSO-Fraktion ein sinnvoller und machbarer Versuch. Es sind nur geringe bauliche Anpassungen nötig, der Bus wird nur während der Stosszeiten eingesetzt, er wird gut ausgelastet sein und fährt nur während der Arbeitswoche. Ausserdem handelt es sich nicht um einen grossen Gelenkbus, sondern um einen Kleinbus. Auch wenn bereits jetzt gewisse Schwierigkeiten auftauchen: Die eingeschränkten Betriebszeiten – die nur für einen Teil der Bevölkerung gut sind – oder die wackligen Anschlüsse an die Buslinie 10 sind Schwachpunkte. Es handelt sich hier aber um einen Versuchsbetrieb, ob der Bus von der Bevölkerung überhaupt genutzt wird. Ich kann mir eine Bemerkung auf das Votum von Thomas Verdun nicht nehmen lassen, das die Fitness der Bevölkerung anspricht: Ich finde es ziemlich überheblich, wenn hier der Bevölkerung im Büsschiackerquartier quasi vorgeschrieben wird, dass sie sich für die Erhaltung ihrer Gesundheit bewegen soll.

Geben wir diesem Versuchsbetrieb – der für rund einen Sechstel der Bevölkerung von Schliern durchgeführt wird – eine Chance. Jedes Auto, das weniger aus dem Büsschiackerquartier fährt, fährt auch weniger durch Köniz. Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Kredit für den Versuchsbetrieb bei klarem Verstand zustimmen.

**Ignaz Caminada (EVP):** Ich gehe auf das Votum von Hansueli Pestalozzi in Bezug auf die Einnahmen ein, da mir einiges unklar ist. In den Unterlagen ist enthalten, dass mit Einnahmen von mindestens 44'000 Franken, wenn nicht mehr, zu rechnen ist. Der Bus fährt an rund 260 Tagen im Jahr, d. h. pro Tag müssen Einnahmen von ungefähr 170 Franken generiert werden. Das tönt nach nicht viel. Wenn wir aber annehmen, dass die Busbenutzer bereits im Besitz eines Libero-Abonnements sind, bezahlen diese keinen Rappen dafür. Die Einnahmen sind in meinen Augen sehr blauäugig dargestellt. Wie meine Fraktionskolleginnen und –kollegen werde ich den Versuchsbetrieb trotzdem unterstützen.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Zu Thomas Verdun: Wenn ich den Eindruck geweckt haben sollte, dass das Büsschiackerquartier abgelegen ist, war das keine Absicht. Ich habe festgehalten, dass nirgendwo in Köniz so viele Personen in einem Quartier mit einer so



schlechten öV-Erschliessung wohnen wie im Büschiacker. Diese Tatsache kann statistisch erhoben werden. Mir ist klar, dass in der Gemeinde Köniz Personen in anderen Quartieren noch viel weiter weg von einem öV-Anschluss wohnen, aber es betrifft nicht so viele wie im Büschiacker. Zur Gesundheit: Wir haben uns auch überlegt, dass es kontraproduktiv wäre, wenn Personen, die vorher zu Fuss gegangen sind oder das Velo benützt haben, den Bus nehmen werden. Wir haben uns gefragt, wie ein Umsteigeeffekt vom Individualverkehr zur Benützung des öV stattfinden kann. Entscheidendes passiert am Morgen früh. Wenn der öV quasi von der Haustür bis zum Arbeitsplatz benützt werden kann, ist das attraktiv. Ist aber am Abend der direkte Anschluss an den 10er-Bus nicht gewährleistet, kommt "die Stunde der Gesundheit", dann kann man einen schönen Abendspaziergang nach Hause unter die Füsse nehmen. Wäre dieselbe Person am Morgen mit dem Auto zur Arbeit gefahren, hätte kein Abendspaziergang stattgefunden. Zu Ignaz Caminada: Die aufgeführten Einnahmen sind nicht die tatsächlichen. Der Offerierende muss mit dem Libero-Tarifverbund über die Einnahmen verhandeln, wie viel er aus dem grossen Liberotopf für diese kleine Linie erhält und diese Einnahmen in der Offerte aufführen. Über diesen Punkt kann vielleicht Gemeinderätin Katrin Sedlmayer besser informieren.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Zum Versuchsbetrieb: Der Kanton geht mit dem Betreiber eines Versuchsbetriebs einen Vertrag ein. Der Betreiber hat investiert und deshalb kann nicht so einfach aus dem Vertrag ausgestiegen werden. Das ist mit ein Grund, weshalb ein Versuchsbetrieb jeweils drei Jahre dauert. Der Kanton hat grosse Erfahrungen mit solchen Versuchsbetrieben.

Zu Thomas Verdun, der erwähnt hat, dass noch viele andere Quartiere der Gemeinde Köniz schlecht vom öV erschlossen sind, was Begehrlichkeiten wecken kann. Im Büschiackerquartier ist das grösste Potenzial mit 1'300 Einwohnenden vorhanden, rund 500 davon sind sehr schlecht mit öV erschlossen. Heute werden Quartiere nur noch erschlossen, wenn ein gewisses Potenzial vorhanden ist. Die Gurten-Gartenstadt, wie auch die Gartenstadt in Köniz/Liebefeld, würde deshalb heute nicht mehr erschlossen, das muss ich hier leider festhalten. Zum Thema Gesundheit. Zieht man den Gedankengang von Thomas Verdun konsequent weiter, müsste das Büschiackerquartier auch für den motorisierten Individualverkehr gesperrt werden und alle müssten zu Fuss gehen. Der Wunsch nach Verkehrszählungen vor und während des Versuchsbetriebs ist geäussert worden. Im Jahr 2008 sind gemäss einer damals vorgenommenen Zählung 2'035 Autos pro Tag durch die Talbodenstrasse ins Büschiackerquartier verkehrt. Eine solche Messung kann vor der Aufnahme des Versuchsbetriebs vorgenommen werden. Anpassungen im Versuchsbetrieb sind möglich. Wenn realisiert wird, dass der Bus sehr gut ausgelastet ist, ist es möglich den Versuchsbetrieb auch in den verkehrsarmen Zeiten einzusetzen. Die BDP-Fraktion wünscht einen jährlichen Informationsbericht über den Verlauf des Versuchsbetriebs. Der Kanton nimmt Erhebungen über den Versuchsbetrieb vor. Ich hoffe, dass Ignaz Caminada nach den Erläuterungen von Hansueli Pestalozzi nun über die Einnahmen informiert ist, die aufgrund des Verteilschlüssel des Libero-Tarifverbunds errechnet werden.

Es handelt sich um den fünften Anlauf, das Büschiackerquartier mit öV zu erschliessen. Der Bevölkerung ist nun bereits viermal der Speck durch den Mund gezogen worden und nie konnten sie davon profitieren. Für den fünften Versuch ist kein Speck mehr vorhanden, sondern nur noch Fleisch und Knorpel. Das Vertrösten soll nun ein Ende haben. Viele hier gestellte Fragen können ohne die Durchführung eines Versuchsbetriebs nicht beantwortet werden. Geben wir diese Chance.

**Rolf Zwahlen (EVP):** Eine Ergänzung in Bezug auf Verkehrszählungen. Bei einem Versuchsbetrieb geht es darum, den Zustand vor der Aufnahme des Versuchsbetriebs einzuschätzen und danach zu beurteilen, ob sich etwas verändert hat. Dafür genügt die Zählung von Autos nicht. Man muss beobachten, wie viele Velofahrende, vielleicht auch Fussgänger, unterwegs sind; man muss die Jahreszeit, vielleicht sogar das Wetter mit einbeziehen. Damit einigermaßen verlässliche Aussagen über allfällige Veränderungen möglich sind, müssen intelligente Beobachtungen stattfinden.

**Urs Maibach (Grüne):** Ich hoffe, dass der so genannte Gurten-Gartenstadt-Effekt hier im Büschiacker nicht erreicht wird. Das Problem dieser Kurzstrecken ist, dass die Bevölkerung für die Bewältigung solch kurzer Strecken nicht auf den öV umsteigt. Ich wehre mich gegen die Aussage von Gemeinderätin Katrin Sedlmayer, dass die Gurten-Gartenstadt heute nicht mehr erschlossen würde. Die Gurten-Gartenstadt muss unseres Erachtens wieder bis um 24.00 Uhr erschlossen werden. Die Buslinie in die Gurten-Gartenstadt war sehr gut frequentiert, als der Bus noch direkt in die Stadt gefahren ist. Ab dem Zeitpunkt, als man von der Gurten-

Gartenstadt her kommend im Spiegel auf die Linie 19 umsteigen musste, um nach Bern zu gelangen, fiel die Frequenz in sich zusammen.

**Ignaz Caminada (CVP):** Mir ist klar, dass bei der Neuaufnahme einer Buslinie der Kuchen im Libero-Tarifverbund neu verteilt werden muss, d. h. jene Einnahmen die für den Betrieb der Linie ins Bütschackerquartier errechnet werden, fallen andernorts weg.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Zu Rolf Zwahlen: Die Realisierung der von ihm gewünschten Zählungen wäre äusserst aufwändig und würde enorme Kosten auslösen. In meinen Augen genügt die Durchführung des Versuchsbetriebs. Die Strecke in das Bütschackerquartier ist zwar kurz, wie von Urs Maibach richtig festgehalten wurde, sie hat aber aufgrund der Einwohnerzahlen Potenzial. Zu Ignaz Caminada: Es wird mehr Einnahmen geben, nämlich die Gelder, die von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden, jene des Kantons und die Einnahmen aus dem Bus, die nun in den Libero-Tarifverbundtopf gelangen. Aufgrund dieser neuen Zahlen werden die Gelder neu verteilt.

---

### Beschluss

Das Parlament genehmigt einen Verpflichtungskredit von Fr. 309'000.-- für den Versuchsbetrieb ÖV-Erschliessung Bütschacker für den Zeitraum 2012 – 2014. Der Gemeinderat wird ermächtigt, ab 2012 einen jährlichen Beitrag von Fr. 103'000.-- unter Konto 2410. 352.72 "zusätzliche öV Angebote" im Voranschlag einzustellen.  
(abgegebene Stimmen: 25 Ja, 10 Nein, 2 Enthaltungen)

---

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich darf Ihnen mitteilen, dass Elisabeth Rüeegsegger heute Geburtstag feiern kann. Wir gratulieren herzlich. (*Applaus*)

### 8. 0802 Postulat (SP, SVP) "Veranstaltungen in Anlagen der Gemeinde zur Freude aller - auch der Anwohnerinnen und Anwohner"

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

**Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Der Gemeinderat wollte das Postulat bereits vor zwei Jahren abschreiben lassen. Ich bin froh, wurde dem Antrag seinerzeit nicht entsprochen und stattdessen Abklärungen vorgenommen. Vor zwei Jahren habe ich moniert, dass die getroffenen Massnahmen vor allem restriktiv sind. Mir fehlte insbesondere die Unterstützung der Mieter der Aula durch Anreize, die dazu führen, dass diese selber für eine gute Parkierungsordnung besorgt sind. Davon ist aber auch heute in der Antwort des Gemeinderats nicht viel zu finden. Immerhin sind die sicherheitsrelevanten Fragen nochmals geprüft worden und die neuen Nutzungsbestimmungen sollen Eingang in die anstehende Teilrevision der Verordnung über die Benutzung der Schul- und Sportanlagen finden. Die Situation in Schliern ist heute besser, dennoch ist die SP/JUSO-Fraktion der Meinung, dass der eigentliche Prüfauftrag nicht erfüllt ist. Wir stimmen der Abschreibung trotzdem zu, was aber nicht heisst, dass dieses Thema für uns erledigt ist. Wir werden uns wieder melden, sollte sich die Situation in Schliern oder in anderen Mehrzweckanlagen wieder verschlechtern.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Die Grünen Köniz stimmen der Abschreibung zu. Für Schliern hat sich die Situation glücklicherweise verbessert. Allerdings sind auch wir etwas enttäuscht, dass das Anliegen grundsätzliche Massnahmen zu prüfen, die geeignet wären von den Veranstaltern bei der Benutzung der gemeindeeigenen Anlagen generell eine quartierverträgliche Parkierung zu verlangen, nicht wirklich weiterverfolgt worden ist. Unserer Meinung nach genügt es nicht, mit einer Teilrevision der Verordnung über die Benutzung der Schul- und Sportanlagen nur die Anzahl und die Zeiten der Anlässe neu festzulegen. Damit wird für das quartierverträgliche Parkieren während den Anlässen nichts erreicht. Wenn ich den Vorstoss richtig verstanden habe, wäre genau dies das Anliegen. Die Grünen Köniz haben bereits an der Debatte 2008 angeregt, die Veranstalter mit gezielten Bestimmungen zum quartierverträglichen Parkieren zu verpflichten. So soll beispielsweise bei der Einreichung eines Gesuchs nachgewiesen werden, mit welchen konkreten Mitteln die quartierverträgliche Parkierung erreicht werden kann oder mit wie vielen Fahrzeugen gerechnet wird. Die Veranstalter könnten auch verpflichtet werden, mindestens in der Einladung die Anreise mit dem öV zu beschreiben. Ebenso muss klar auf die Konsequenzen bei

Nichtbeachtung der Auflagen der Gemeinde hingewiesen werden oder wenn im Nachhinein Klagen aus der Anwohnerschaft auftreten. Wir finden es wirklich wichtig, dass solche Bestimmungen, die ganz direkt das quartierverträgliche Parkieren zum Gegenstand haben, eventuell bei der Teilrevision der Verordnung über die Benutzung der Schul- und Sportanlagen berücksichtigt und/oder in die jeweiligen Merkblätter für die Vermietung der Anlagen aufgenommen werden.

**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** Liz Fischli vermittelte uns den theoretischen Teil, ich vermittele Ihnen den praktischen. Ich gehöre zur Anwohnerschaft der Schulanlage Blindenmoos in Schliern und halte fest, dass mein Parkplatz seit zwei Jahren nie mehr unerlaubterweise besetzt worden ist. Ich bin auch nie mehr von genau kontrollierenden Personen angesprochen worden, die mich nicht mehr nach Hause fahren lassen wollten.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Mit der Abschreibung des Vorstosses hätte ich Ihnen gerne gleich noch die teilrevidierte Verordnung über die Benutzung der Schul- und Sportanlagen vorgelegt. Die Verordnung ist im Gemeinderat diskutiert worden und wir sind zur Überzeugung gelangt, dass eine Totalrevision notwendig ist. In diese Totalrevision sollen auch die hier angebrachten Anliegen einfließen. Ich halte im Übrigen fest, dass die Veranstalter mit Merkblättern auf Möglichkeiten aufmerksam gemacht werden, wie die Anreise nach Schliern erfolgen kann und dass die Veranstalter in ihren Einladungen auf Anreisen mit dem öV aufmerksam machen sollen. Diese Forderung ist erfüllt.

---

#### **Beschluss**

Das Postulat wird als erfüllt abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

### **9. 1003 Motion (SP/JUSO) "Kompensation des Landbedarfs für neue Verkehrsanlagen"** Beantwortung und Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

**Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Was auf den ersten Blick einfach und klar schien, stellte sich als bedeutend komplexer heraus. Der Begriff "neue Verkehrsanlagen" bedeutet nämlich weit mehr als nur das Trassee des Trams und Landkompensationen wären unmittelbar finanziell mit dem Tramprojekt verbunden. Das Anliegen für einen sorgfältigen Umgang mit unserem Boden ist für die SP/JUSO-Fraktion immer noch hochaktuell. Das Parlament teilt diese Meinung, denn die Motion 0812 SP "Begrenzung der Bauzonenfläche auf dem heutigen Stand" ist mittlerweile eine klare Vorgabe für die Ortsplanungsrevision. Die SP/JUSO-Fraktion begreift aber auch, dass sie mit dem Anliegen Kompensation des Landbedarfs für neue Verkehrsanlagen über das Ziel hinausgeschossen ist. Wir haben damit nur das Tram gemeint, aber gleich alle Verkehrsflächen "erwischt". Die Argumente des Gemeinderats leuchten uns in weiten Teilen ein. An dieser Stelle danke ich bestens für die sorgfältigen Abklärungen und für die ausführliche Antwort. Die Zusammenhänge sind komplex und vor allem ist es definitiv nicht im Sinn der SP/JUSO-Fraktion, das Tramprojekt zu gefährden. Nach wie vor gilt aber, dass ein überbautes Stück Land weg ist, egal was darauf realisiert worden ist. In dem Sinn werden wir uns im Rahmen des Tramprojekts und anderer Bauprojekte in der Gemeinde Köniz klar für möglichst sparsamen Umgang von Land einsetzen. Sei dies in Bezug auf das Tram entlang der Strecke oder bei den Wendeschlaufen.

Die SP/JUSO-Fraktion stimmt der Umwandlung der Motion in ein Postulat zu wie auch der gleichzeitigen Abschreibung.

**Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP):** Ich bin froh, dass die SP/JUSO-Fraktion zu dieser Einsicht gelangt ist. Wie bereits 2008 ist die FDP-Fraktion immer noch der Ansicht, dass eine Begrenzung der Bauzonenfläche unnötig ist. Das Raumplanungsgesetz postuliert klar, dass mit Boden haushälterisch umzugehen ist. Besonders fatal ist eine solche Bauzonenbegrenzung in gut erschlossenen, zentrumsnahen Gemeinden wie Köniz. Sie erhöht den Druck auf zentrumsferne Gemeinden und leistet damit der Zersiedelung der Schweiz Vorschub. Wollen wir die Zersiedelung stoppen, müssen wir nicht auf Gemeindeebene nach Lösungen suchen, sondern ein gesamtheitliches Bild zulassen.

Die FDP-Fraktion lehnt die vorliegende Motion ab. Wir lehnen ebenfalls das Postulat ab, weil wir neben den grundsätzlichen Bedenken auch die finanziellen Konsequenzen nicht wegdiskutieren können. Wir gehen mit dem Argumentarium des Gemeinderats einig, verstehen

aber nicht, wieso er das Postulat respektive die Motion nicht ablehnt, was er konsequenterweise tun sollte.

**Fraktionssprecher Urs Maibach (Grüne):** Wir Grünen sind froh, dass die SP/JUSO-Fraktion der Umwandlung in ein Postulat zustimmt und sie gleichzeitig abschreiben lassen will. Die am 20. Oktober 2008 überwiesene Motion 0812 (SP) "Begrenzung der Bauzonenfläche auf dem heutigen Stand" ist unserer Ansicht nach eine gute Sache, die in der Überarbeitung der Ortsplanung wegweisende und bestimmende Leitlinien darstellen kann. Aufgrund dieser Motion habe ich die Motion 1003 (SP/JUSO) "Kompensation des Landbedarfs für neue Verkehrsanlagen" ebenfalls unterzeichnet, weil ich auf den ersten Blick davon überzeugt war, dass diese ebenfalls eine gute Sache ist. Wir müssen nun feststellen, dass die Grundidee zwar gut und nachvollziehbar ist, in vielen Punkten aber wirklich problematisch sein kann. Der Gemeinderat zeigt das in seiner Antwort sehr gut auf. Ein grosser Unterschied der beiden Motionen liegt darin, dass bei der Begrenzung der Bauzonenfläche verlangt wird, keine neuen Bauzonen einzuzonen. Genau das Gegenteil verlangt die vorliegende Motion mit der Kompensation: Die regelmässige Auszonung bereits bestehender Bauflächen. Bei der Nichteinzonung aufgrund der Begrenzung von Bauflächen entstehen keine Kosten, im Gegensatz dazu wird die Auszonung infolge von Kompensation von Bauflächen in vermutlich allen Fällen sehr teuer. Dieser Punkt ist sicher sehr wichtig, war für mich aber nicht ausschlaggebend. Hätten wir in der Gemeinde Köniz zurzeit grundsätzlich noch viel zu viel Bauzonenfläche und wäre es wichtig, diese zu reduzieren, wäre auch ich klar der Meinung, dass eine Kompensation des Landbedarfs für die Verkehrsanlagen sinnvoll angerechnet und Bauflächen ausgezont werden müssten. Das Gegenteil ist jedoch der Fall, die Gemeinde Köniz hat eine Reserve von noch 39 Hektaren Bauzonenfläche. Gemäss den Berechnungen der Ortsplanungsrevision soll dies nicht genügen und man spricht von einem entsprechenden Neueinzonungsbedarf. Die Zahlen über den verlangten Neueinzonungsbedarf sind bereits mehrmals in OPR-Foren diskutiert worden. In meiner Meinung, dass eigentlich genügend Bauland vorhanden ist, bin ich von den Motionären nicht unterstützt worden. Ich gehe davon aus, dass auch sie im Rahmen der nächsten Ortsplanungsrevision mit Neueinzonungen rechnen. Die Konsequenz der Motion wäre, dass jeder Quadratmeter Verkehrsfläche der in die Landwirtschaftszone gebaut wird, ausgezont werden müsste.

Grundsätzlich ist auch uns Grünen sehr wichtig, dass mit Bauland und auch mit Land für Verkehrsflächen sehr haushälterisch umgegangen wird und der Verbrauch auf ein Minimum zu reduzieren ist. Wir sind aber der Ansicht, dass dies in erster Linie bei der Planung, sicher aber beim Bau zu berücksichtigen ist.

Die Umwandlung der Motion in ein Postulat mit gleichzeitiger Abschreibung kann ohne Weiteres vorgenommen werden. Der Bericht des Gemeinderats liegt an sich bereits vor. Die Fraktion der Grünen findet die Motion aber inhaltlich falsch und um keine falschen Signale zu geben, werden wir sie einstimmig ablehnen.

**Fraktionssprecher Daniel Krebs (SVP):** Die Bevölkerung ist sensibilisiert, wenn es um Verlust von Kulturland geht. Allerdings bin ich mir nicht ganz sicher, ob dies bei den verantwortlichen Behörden im ganzen Land auch so ist. Nach wie vor wird ein Quadratmeter pro Sekunde überbaut. Hält man die Augen offen, sieht man alles andere als ein moderates Wachstum. Wie uns allen bekannt ist, führt jede neue Verkehrsschlaufe oder jeder neue Wendepunkt für den öV früher oder später zu zusätzlichen Einzonungen in diesem Gebiet. Das ist auch der Grund, weshalb wir die Motion unterzeichnet haben, die auf den ersten Blick eine gute Sache darstellt. Letztendlich bringt sie aber niemandem einen Nutzen. Eine allfällige Kompensation von Kulturland müsste aus unserer Sicht in unmittelbarer Nähe stattfinden. Sonst wird die Einzonung von bestem Kulturland für Verkehrsflächen mit für die Liegenschaftsbranche uninteressanten, steilen und schattigen Bauzonen kompensiert wie z. B. dem Riedacker in Niederwangen. Heikel wäre für uns auch, wenn der Bund oder der Kanton an einer Verkehrslinie bauen und wir dies mit Bauland kompensieren müssten. Das würde zu neuen Einzonungen führen, was nicht Ziel sein kann.

Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab und stimmt der Abschreibung zu.

**Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP):** Die BDP-Fraktion ist gegen jegliche weitere Einschränkung von eingezonten Flächen. Aufgrund der nun vorhandenen Einsicht frage ich mich, ob die Abstimmung von 2008 noch das gleiche Resultat bringen würde. Der Föderalismus macht es möglich, dass jede Gemeinde ihre Bauzonen selber bestimmen kann. Wenn wir hier im urbanen Bereich weitere Einschränkungen vornehmen, öffnen wir Gemeinden wie Wahlern

oder Riggisberg Tür und Tor und generieren selber weitere Pendlerströme, nicht zuletzt durch Köniz, und schaffen uns damit noch mehr Probleme. Die bestehenden Bauzonenflächen in der Gemeinde Köniz sollten optimal und möglichst verdichtet genutzt werden.

Aus diesem Grund stimmt die BDP-Fraktion der Umwandlung in ein Postulat mit gleichzeitiger Abschreibung zu.

**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** Mich interessiert, wieso der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln anstatt sie abzulehnen. War er der Meinung, dass die eigentliche Idee anzuerkennen ist oder die Arbeit des Gemeinderats? Ich bin gespannt, wie die Diskussion in Bezug auf Bauzonen weitergeht.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass es sich bei Tramprojekten um Jahrzehntwerke handelt, bei denen man bereit sein muss, dafür 0,05 Prozent der Gemeindefläche abzugeben. Solch grosse Projekte sind als Einheit zu betrachten.

**Fraktionssprecher Martin Graber (SP):** Ich bin nicht sicher, ob die Abstimmung von 2008 anders ausgefallen wäre, wie von Thomas Frey ausgeführt worden ist. Prognosen in die Zukunft sind relativ schwierig. Eines ist aber sicher: Mit der Schaffung weiterer Bauzonen in der Gemeinde Köniz verhindern wir keine Einfamilienhäuser in z. B. Heitenried. Man verhindert diese aber, wenn sich der Verkehr durch Köniz täglich staut. Sobald auf dem Arbeitsweg jeden Tag Stau herrscht, ist man eher bereit eine Wohnung in Bern oder in der Agglomeration zu mieten.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke für die differenzierten Voten. Die Diskussion, die aufgrund des Vorstosses geführt wird, ist in meinen Augen wichtig. Die Bevölkerung reagiert auf jede Einzonung sehr sensibel. Verschiedene Ortsplanungsrevisionen in Gemeinden der Umgebung Bern sind gescheitert, weil zu grossflächige Einzonungen von Bauland vorgesehen waren. Die Bevölkerung reagiert auch auf Einzonungen sensibel, die aus Landwirtschaftsland Strassenraum und Verkehrsflächen machen, was in zonenrechtlichem Sinn nicht als eigentliche Einzonung gilt. Aus diesem Grund ist es dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, dass mit Boden wirklich haushälterisch umgegangen wird. In der zurzeit stattfindenden Ortsplanungsrevision sieht er ein nur moderates Wachstum vor. Die Motion 0812 SP "Begrenzung der Bauzonenfläche auf dem heutigen Stand" ist aus diesem Grund vom Gemeinderat denn auch unterstützt worden. In der Stellungnahme des Gemeinderats an die Behördendelegation Tram Region Bern hat er die Forderung gestellt, dass der Landverbrauch speziell bei den Wendeschlaufen möglichst gering zu halten ist. Deshalb war es dem Gemeinderat auch wichtig, die Motion nicht einfach abzulehnen, sondern es war ihm ein Anliegen, den Vorstoss als Postulat zu behandeln und einen ausführlichen Bericht zu erstatten. Weil es gefährlich wäre, für alle Verkehrsflächen Land auszonieren zu müssen, beantragt der Gemeinderat die gleichzeitige Abschreibung. 26'200 m<sup>2</sup> sind viel Landverbrauch für die Tramlinie, das ist richtig. Wir müssen jedoch die Relationen im Auge behalten. Was geschieht, wenn aus Landwirtschaftsland Strassenraum entsteht? Wir bauen eine Strecke für das zurzeit ökologischste Verkehrsmittel. Wir wollen unsere Strassen mit einem weniger hohen Takt des öV entlasten. Wir wollen das Wachstum und die steigende Mobilität damit auffangen. Wir wollen die Bevölkerung zum Umsteigen auf den öV motivieren. Dafür kann die Einzonung von 26'200 m<sup>2</sup> – wir hoffen, dass es weniger sein werden – in Kauf genommen werden. Stellen wir uns vor, dass die immer wieder geforderte Spange Schliern – Wangental realisiert wird. Wie viel Landfläche würde für den Bau dieser Spange benötigt und welche Kosten würden dafür, im Gegensatz zum Nutzen den sie bringen würde, entstehen? Die stattgefundene Diskussion war wichtig und ich bitte Sie, den Vorstoss als Postulat anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

---

### **Beschluss**

Die Motion wird als Postulat abgelehnt.

(abgegebene Stimmen: 27 für Ablehnung, 6 für Annahme)

---

## 10. 1011 Interpellation (SP) "In die Schulhäuser Buchsee und Wandermatte investieren - zum Wohle der Schülerinnen und Schüler"

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**Anna Mäder (SP):** Ich beantrage Diskussion.

Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird die Diskussion gewährt.

**Anna Mäder (SP):** Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Mit Freude stelle ich fest, dass die Aussagen der Interpellantinnen und Interpellanten, insbesondere in Bezug auf den Zustand und den Sanierungsbedarf der Schulanlage Wandermatte in Wabern, vom Gemeinderat geteilt werden. Tatsächlich wartet man in Wabern mit gutem Grund seit Jahren auf die überfällige Sanierung des in die Jahre gekommenen Schulhauses. Deshalb war man ziemlich enttäuscht darüber, dass trotz anders lautenden Versprechungen die Sanierung der Wandermatte einmal mehr verschoben wurde, weil Niederwangen vorgezogen worden ist. Es steht uns fern, die verschiedenen Schulhäuser gegeneinander auszuspielen. Es ist wichtig, dass die Gemeinde in allen Ortsteilen zu den vorhandenen Schulhausinfrastrukturen Sorge trägt. Es freut mich zu lesen, dass die Gesamtanierung der Wandermatte nun konkret und mit fest definierten Terminen an die Hand genommen werden soll. Das ist nötig. Die Turnhalle ist klein und entspricht nicht den gesetzlichen Vorgaben. Für Material und vor allem für die Kinder ist zu wenig Platz vorhanden. Gewisse nach Lehrplan vorgegebene Übungen und Spiele können nicht abgehalten werden, weil es schlicht zu gefährlich wäre oder weil die Geräte dafür fehlen. Die WC-Anlagen sind veraltet und riechen schlecht. Die Fensterisolationen sind miserabel, sie lassen Wind und Feuchtigkeit hindurch, was nicht nur aus energetischen Gründen schlecht ist, sondern für die Kinder auch ungesund ist. Das Dach hat dringenden Sanierungsbedarf. Aufgrund der engen Platzverhältnisse müssen Gruppenarbeiten teilweise in die kalten und zugigen Gänge verlegt werden, was für die Kinder ungesund ist. Das Raumangebot genügt den heutigen Ansprüchen nicht mehr, die Unterrichtsformen haben sich geändert. Es fehlen Räume für Musik, für Theater und für eine Bibliothek. Sollte die Basisstufe eingeführt werden, sind dafür stufengerechte Zimmer notwendig, die momentan fehlen. Ich begrüsse es deshalb, wenn die Bedürfnisse nun in einem sorgfältigen Prozess abgeklärt und die Projektarbeiten ganz konkret an die Hand genommen werden. Die Lehrerschaft aus Wabern ist immer wieder getröstet worden. Wichtig ist, dass den Worten nun Taten folgen und das trotz der sich abzeichnenden finanziellen Engpässe in der Gemeinde.

Den Antworten des Gemeinderats entnehme ich, dass der Sanierungsbedarf auch für das Buchsee-Schulhaus in Köniz anerkannt ist, wenn auch weniger dringend als in der Wandermatte. Wir teilen diese Einschätzung. Aber auch hier sind gravierende Mängel vorhanden. Die Turnhalle ist energetisch auf den neuesten Stand zu bringen. Es steht bedauerlicherweise nicht in der Antwort, obwohl der Gemeinderat davon Kenntnis hätte haben sollen: Auch im Buchsee-Schulhaus sind die Platzverhältnisse sehr eng geworden und die vorhandenen Räume entsprechen nicht mehr den heutigen Standards und Bedürfnissen für einen modernen Unterricht. Schon vor Jahren ist die Aufstockung der Trakte C und D angeregt worden, auch das ist zu prüfen. Die Toilettenanlagen riechen auch hier schlecht. Die Antworten des Gemeinderats scheinen mir etwas gar vage, gerne hätte ich verbindlichere Perspektiven auch für das Buchsee-Schulhaus gehabt. Wir sind uns alle einig, dass unsere Kinder die bestmögliche Bildung erhalten sollen. Dazu gehört in erster Linie eine gute und motivierte Lehrerschaft. Diese Lehrerschaft und auch unsere Kinder verdienen gut unterhaltene Infrastrukturanlagen. Das ist auch ein Zeichen von Wertschätzung.

Die SP/JUSO-Fraktion wird in Sachen Schulanlagen jetzt, aber auch in Zukunft, genau hinschauen. Uns ist klar, dass nicht unbeschränkte Mittel zur Verfügung stehen. Es darf aber nicht sein, dass bei den sich abzeichnenden Sparübungen die Bildung unter die Räder gerät. Schliesslich sind die Schulen Visitenkarten für unsere Gemeinde. Gut unterhaltene Schulanlagen bringen Standortvorteile für Köniz. Hier dürfen die Investitionen nicht reduziert werden. Das sind wir der Lehrerschaft und den Kindern schuldig. Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

**Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Da unsere Kinder in der Wandermatte in die Schule gegangen sind, kenne ich dieses Schulhaus ziemlich gut. Es hat durchaus seinen Charme. Man merkt ihm seine 55 Jahre aber auch an. Schulleitung und Lehrerschaft haben alles getan, um uns Eltern und auch die Kinder die Spuren der Zeit nicht stark spüren zu lassen. Etwas Grundsätzliches: Man kann nicht auf der einen Seite Wabern als attraktives Wohngebiet anpreisen – was es

auch ist - , Zonenplanänderungen vornehmen, Bauvorhaben für mehrere Hundert neue Wohnungen bewilligen und mit der Wandermatte ein Schulhaus auf dem Stand von vor 55 Jahren anbieten. Das passt nicht zusammen. Meine Vorrednerin hat bereits auf grobe Mängel hingewiesen. Zu den WC-Anlagen ist festzuhalten, dass einige stillgelegt werden mussten, weil die Abwasserleitungen altershalber durchgerostet sind. Die Turnhalle ist eher ein Turnraum. Bereits bei Kindergartenklassen mit 24 Kindern laufen die Kinder Gefahr, zusammenzustossen und sich zu verletzen. Die Mittelstufenschülerinnen und -schüler können noch viel weniger gemäss Lehrplan turnen. Über die Energetik hat Anna Mäder bereits gesprochen. Die Dachsanierung ist dringend nötig und es könnte – wenn schon saniert werden muss -, so hoffen wir, ein Solardach realisiert werden. Das Schulhaus hat zu wenig Räume. Im Jahr 2007 ist der Sanierungs- und Erweiterungsbedarf öffentlich an der Jahresversammlung des Wabern-Leists von Gemeinderat Ueli Studer anerkannt worden. Der Kredit für den Projektwettbewerb ist im Investitionsplan im Jahr 2008 eingestellt gewesen. Ich bin froh über die neuen Zahlen zum Zeitplan und zum nötigen Kredit, die uns der Gemeinderat in seiner Antwort gibt. Gestützt auf neue Vorgaben des Kantons und des Lehrplan müssen bei dieser Planung noch weitere Verpflichtungen und Bedürfnisse in Betracht gezogen werden. Auch für Tagesschulräume bis zur vierten Klasse ist in Wabern noch keine optimale Lösung gefunden worden. Platz für integrative Schule ist nötig, vielleicht später auch für den Basisstufenunterricht. Deshalb bin ich froh, dass der Kredit inzwischen angemessen aufgestockt worden ist. Er liegt nun näher bei den notwendigen Realitäten, das wird der Projektwettbewerb sicher noch genauer aufzeigen. Vielleicht war die Verschiebung hier für etwas gut. Ich werde nun aber nicht mehr darauf vertrauen, dass die Sanierung realisiert wird, sondern noch genauer hinschauen und wenn nötig die Umsetzung verbindlich verlangen. Auch andere Schulhäuser sind uns Grünen wichtig. Wir haben im ganzen Prozess mit Rückfragen, usw. bemerkt, dass einige Konfusion herrscht und die Kommunikation nicht immer gut ist. Wir wünschen uns für alle Schulhäuser mehr Transparenz und Koordination. Wir regen deshalb so etwas wie einen Runden Tisch an für alle Beteiligten – Zentrale Schulkommission, Schulleitungen und Schuldirektion – wo der Bedarf an Unterhalt, Sanierungen und Erneuerungen aller Schulanlagen offen auf den Tisch gelegt und miteinander besprochen wird, damit nicht die Schulanlagen gegeneinander ausgespielt werden können, und wo eine zeitliche Planung transparent für alle kommuniziert wird. Von einem solchen Vorgehen versprechen wir uns langfristig gute Lösungen für alle Schulhäuser.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Ich danke für die gute Aufnahme unserer Antwort und zeige viel Verständnis für die Anmerkungen. Wir sind uns sehr wohl um den Zustand unserer Schulanlagen bewusst. Wir haben einfach das Pech, dass in den Fünfzigerjahren und Sechzigerjahren gleich mehrere Schulanlagen realisiert wurden, die nun alle sanierungsbedürftig sind. Aus diesem Grund haben wir die Sanierungen nicht planlos an die Hand genommen, sondern aufgrund eines Mehrjahresplans, der aber je ferner in die Zukunft geplant, je weniger detailliert ist. Die Verzögerung der Sanierung der Schulanlage Wandermatte hat ihren Ursprung im Parlament. Die Motion 0626 Egli-Steiner SP "Altes Schulhaus Niederwangen" ist von Ihnen überwiesen worden. Eine Schulanlage kann nicht teilweise saniert werden. Das in Ihren Unterlagen aufgeführte Planungsziel kann ich zusichern. Die Mittel dafür sind im Investitionsplan eingestellt, die Projektgruppe steht und 2011 wollen wir an die Ausarbeitung des Raum- und des Wettbewerbsprogramms gehen. Sie konnten zu Beginn der Sitzung in Traktandum 3, Legislaturplanung erfahren, dass der Gemeinderat – auch wenn nun alle davon sprechen, dass weniger Finanzmittel vorhanden sind – bereit ist, weiterhin 10 bis 12 Millionen Franken im Jahr zu investieren. Sie können davon ausgehen, dass für Schulanlagen, die ungefähr die Hälfte dieser Investitionssumme aufbrauchen, genügend Mittel vorhanden sind. Wir verfügen über eine Planung in diesem Bereich und setzen diese auch um, jedoch nicht alles auf einmal. Ich gebe das Wort an Gemeinderat Ueli Studer weiter, der sich dazu noch äussern wird.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Wie Gemeinderat Urs Wilk angetönt hat, wird die Sanierung der Schulanlage Wandermatte nicht deshalb verschoben, weil wir nicht wollen, sondern weil in der Gemeinde Köniz 17 Schulanlagen bestehen, die alle irgendwann Sanierungsbedarf haben. Wir sind bestrebt, der gesamten Schüler- und Lehrerschaft in der Gemeinde Köniz ein gutes und funktionierendes Umfeld zu bieten, das den aktuellen Schulformen entspricht. Mehr als die Hälfte der Investitionen im steuerfinanzierten Haushalt wird für die Sanierung von Schulanlagen in Anspruch genommen. Wir verfügen, zusammen mit der Abteilung Gemeindebauten über eine rollende Planung. Ich anerkenne, dass die Sanierung des Schulhauses Wandermatte dringend notwendig ist. Die Sanierung der Schulanlage in Niederwangen ist deshalb vorgezogen worden, weil in Niederwangen viel gebaut worden und damit die Bevölkerungszahl angestiegen ist und das alte Schulhaus nicht mehr zur Verfügung steht. Der Wille ist vorhanden, aber der Blick in

die finanzielle Zukunft zeigt auf, dass nur das Notwendigste realisiert werden kann. Wenn die finanziellen Mittel vorhanden sind, werden wir die Sanierung der Schulanlage Wandermatte an die Hand nehmen. Heute und hier Versprechen abgeben wäre in meinen Augen mit Blick auf das Stabilisierungsprogramm verfrüht.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

#### **11. 1012 Interpellation (FDP Die Liberalen) "Liberalisierung der Kinderbetreuung - neue Entwicklungen in der Region Bern"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Mark Stucki (FDP):** "Betreuungsgutscheine führen zu einem breiteren Qualitätsbegriff und haben die Position der Eltern gestärkt." Dieses Zitat stammt von Ruedi Meier, seines Zeichens grüner Sozialdirektor der Stadt Luzern. Er hat das System der Betreuungsgutscheine in Luzern eingeführt. Der Versuch in Luzern ist ein Erfolg, das ist klar. Dass auch die Stadt Bern auf Initiative von Grünliberalen, EVP, CVP, BDP und FDP auf das Gutscheinsystem einschwenken will, ist ein starkes Zeichen für die Region Bern. Es soll auch für die Gemeinde Köniz ein starkes Zeichen sein, die als attraktiver Wohn- und Arbeitsort in gesunder Konkurrenz zur Stadt Bern steht. Die Antwort auf die Interpellation zeigt immerhin, dass im Gemeinderat langsam auch gewagt wird, etwas mutiger zu denken. Gespräche mit der Stadt Bern werden aufgenommen, mit dem Ziel einer Zusammenarbeit beim Versuch. Bravo. Es ist höchste Zeit, vor allem auch angesichts der Tatsache, dass seither der Markt für Kinderbetreuung zu spielen beginnt, dass es sehr kundenfreundliche private Angebote gibt, der Staat häufig aber eine marktverzerrende Rolle spielt. Der Einkauf von Betreuungsplätzen bei Privaten ändert daran nichts, sondern zementiert die staatliche Bestimmungsmacht eher noch. Mitverfolgen und darüber sprechen genügt aber nicht. Richtigerweise müsste sich die Gemeinde Köniz beim Kanton aktiv für eine fortschrittliche Politik in der familienergänzenden Kinderbetreuung einsetzen. Es braucht konkrete Modelle und Lösungsvorschläge für eine liberalisierte Politik, die vor allem den berufstätigen Eltern mit ihren individuellen Bedürfnissen und Qualitätsansprüchen zugute kommt. So kann die Antwort nur teilweise befriedigen. Wir Liberalen werden dranbleiben.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

#### **12. 1013 Interpellation (FDP Die Liberalen) "Direkter Zugang Riedmoosbrücke-S-Bahnstation Niederwangen - Ein neues Zeichen für Niederwangen"**

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

**Bernhard Bichsel (FDP):** Ich beantrage Diskussion.

Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird die Diskussion gewährt.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort und bin froh, dass das Bauprojekt in der Zwischenzeit realisiert ist und an die Bevölkerung übergeben werden konnte. Über Sinn und Unsinn muss an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Die Realität wird zeigen, ob die Türme von der Bevölkerung genutzt werden oder nicht. Gerne möchte ich auf die Antworten des Gemeinderats vertieft eingehen. Zuerst zu den terminlichen Aspekten. Ich bin sehr erstaunt, dass der Gemeinderat die Haltung vertritt, dass der Gemeinde durch die Verzögerung der Fertigstellung kein Schaden entstanden ist. Das heisst im Umkehrschluss, dass die Türme keinen Nutzen bringen. Ich bitte den Gemeinderat mir zu erläutern, ob er tatsächlich der Ansicht ist, dass Bauverzögerungen keinen Schaden für die Gemeinde darstellen. Einige Bemerkungen zu den Finanzen: Die Kostenüberschreitung beträgt im vorliegenden Fall rund 25 Prozent. Es ist in meinen Augen müssig, dass der Gemeinderat von 20 Prozent spricht, weil er für seine Berechnungen die Basis beschönigend zu seinen Gunsten verschoben hat. Fakt sind Mehrausgaben von rund 500'000 Franken; Geld das an anderer Stelle fehlt. Wirklich sehr ärgerlich ist die Argumentation in Bezug auf die Kostenüberschreitung. Zwei Beispiele: Erstens zur Vermeidung von Vandalismus. Dieses Thema ist seit Jahren bekannt und dieses als "Unvorhergesehenes" zu bezeichnen ist für mich so nicht akzeptabel. Es ist schlicht und einfach vergessen gegangen. Leider ist trotz allem einer der beiden Lifte inwendig bereits verschmiert worden. Zweitens zur Beheizung der Kabelkanäle. Auch hier ist für mich nicht



nachvollziehbar, wie so etwas zu Baubeginn nicht bekannt sein kann. Auf den ökologischen Aspekt dieser Beheizung gehe ich nicht vertieft ein. Der Gemeinderat tut gut daran, ein "lessons learned" durchzuführen und dem Parlament zu beweisen, dass er das Vertrauen bei solch grossen Projekten auch weiterhin verdient hat; ich denke an Tram Region Bern. Diesen Aspekt vermisse ich in der Antwort des Gemeinderats und der Interpellant ist deshalb teilweise befriedigt.

**Rolf Zwahlen (EVP):** Es ist schön, dass man auch nach 10 Jahren als Parlamentsmitglied immer wieder Neues erleben kann. Ich habe z. B. noch nie eine Baukostenüberschreitung von 900'000 Franken erlebt. Ich habe es auch noch nie erlebt, wie geschickt in einer Antwort des Gemeinderats derart gravierende Kostenüberschreitungen kaschiert werden. Wir gehen bei der Berechnung der Überschreitungen hier vom dafür nötigen Nachkredit aus und nicht von den Baukosten. Die nun der Interpellationsantwort beiliegende Information über den Kostenstand zeigt die hoffentlich definitiven Baukosten in der Höhe von 3,383 Millionen Franken auf. Ursprünglich war von Baukosten – inklusive der mittlerweile aufgelaufenen Teuerung – von 2,427 Millionen Franken die Rede. Die Differenz beträgt nahezu 900'000 Franken. In der Antwort zur Interpellation wird dies durch den Kantonsbeitrag von 400'000 Franken kaschiert, der im ursprünglichen Geschäft noch nicht aufgeführt war. Dieser Kantonsbeitrag hätte jedoch zu einer Kreditüberschreitung führen sollen. Die Darstellung ist in unseren Augen unschön, denn es handelt sich um eine Baukostenüberschreitung von 40 Prozent. Ich gehe mit Bernhard Bichsel einig, dass nicht allen klar ist, welcher Betrag eigentlich für Berechnungen herangezogen werden kann. Bereits anlässlich der Information am 7. Dezember 2009 war die Rede von 23 Prozent für die Kreditüberschreitung, gemäss meinen Berechnungen sind es jedoch 26 Prozent. Unschön ist in meinen Augen auch die Perronverlängerung, die nun durch die SBB doch vorgenommen worden ist. Im ursprünglich vom Parlament genehmigten Kreditantrag sind diese enormen Kosten für die Perronverlängerung mit keinem Wort erwähnt. In der Antwort ist nun plötzlich von einer "vertraglich vereinbarten Beteiligung" die Rede. Ich habe das Gefühl, dass die GPK über dieses Geschäft noch zu beraten hat.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Heute sind Wörter wie "New Ride", "E-Bike" oder "Park and Walk" gefallen. Deshalb schlage ich vor, die neuen Türme in Niederwangen als "New Age Eiffeltürme im Wangental" zu benennen. Elegant, futuristisch, aber vor allem zweckmässig sind diese neuen Türme. Für einmal ist die Gemeinde Köniz – der Gemeinderat, das Parlament und die zuständigen Planenden und Mitarbeitenden – der Zeit vorausgeeilt. Die beiden Verbindungstürme sind nicht nur für heute, sondern für die nächsten 10, 20, 30 Jahre gebaut worden. Dann, wenn die beiden Entwicklungsschwerpunkte (ESP) Juch/Hallmatt und Ried ausgebaut sind und die Bahn im 15-Minuten-Takt fährt, wird der Anschluss Niederwangen bereit sein und die beiden eleganten Türme rege benützt werden. Schon heute hält die Postautolinie 31 direkt auf der Riedmoosbrücke und gewährt den direkten Anschluss an die S1- und die S2-Bahnlagen; dies notabene ohne Stau. Dass die Neukonstruktion von zwei statisch eigenständigen Türmen sowie die von den SBB nachträglich geforderte Perronverlängerung zu Mehrkosten führen, konnte weder vorausgesehen noch verhindert werden, wird sich jedoch längerfristig und nachhaltig als gute Investition zeigen. Niederwangen und damit die Gemeinde Köniz können stolz auf die beiden Türme sein, deren Lifte in unterschiedlichen Farbkombinationen erstrahlen und die in der Nacht von weitem erkennbar sind.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich verstehe den Ärger über die Kostenüberschreitungen. Diese ärgert auch mich und meine Direktion. Folgende Punkte zu den Voten: Bernhard Bichsel fragte, weshalb eine spätere Realisierung der beiden Türme keinen finanziellen Verlust für die Gemeinde bedeutet. Der Gemeinde entgehen durch die Bauverzögerung keine Einnahmen und deshalb bedeutet es keinen finanziellen Verlust für die Gemeinde, wenn die Türme ein halbes Jahr später realisiert werden. Wenn z. B. eine Schulanlage erst zu einem späteren Zeitpunkt als vorgesehen bezogen werden kann, entsteht ein Verlust, weil die Schulkinder in ein anderes Schulhaus transportiert werden müssen. Erwähnt worden ist, dass das Thema Vandalismus seit Jahren bekannt ist und in die Überlegungen hätte miteinbezogen werden müssen. Das ist auch der Fall und es wurde ein Sprayschutz an alle Betonelemente angebracht. Ein Schutz für den Lift selber war aber nicht vorgesehen. Aufgrund eines schlimmen Vandalismusschadens bei einer Liftanlage in der Stadt Bern wurden Folien auf allen Glasteilen aufgezogen, damit diese nicht eingeritzt werden können. Zudem wurde ein Alarm eingebaut, damit der Lift sofort stoppt, wenn mit einem starken Gegenstand an das Glas des Lifts geschlagen wird. Diese Kosten waren nicht vorgesehen, sondern sie sind entstanden, weil auf neuste Erkenntnisse in der Stadt Bern reagiert worden ist. Zum Thema Perronverlängerung. Die SBB sahen ursprünglich keine Perronverlängerung vor.

Im Antrag wurde deshalb nur eine Perronanpassung eingerechnet, d. h. wir sahen lediglich einen Pfad von den Perrons zum Lift vor. Erst 2008 wurden wir von den SBB über die Perronverlängerung mit einem direkten Anschluss an die Lifte informiert. Rolf Zwahlen hält fest, dass die Baukostenüberschreitung 900'000 Franken beträgt und der Kantonsbeitrag zu einer Kreditunterschreitung hätte führen sollen. Wir haben aber keine Kaschierung vorgenommen, sondern im Antrag festgehalten, dass von den SBB und dem Kanton keine Unterstützungen zu erwarten sind. Anlässlich der damaligen Diskussionen habe ich erklärt, dass ich mich bei den SBB und dem Kanton für finanzielle Unterstützungen einsetzen werde. Mit einem solch grossen Beitrag konnte jedoch nicht gerechnet werden. Wir gehen beim Nachkredit nicht von dem aus, was die Türme gekostet hätten wenn, sondern davon, wie viel mehr sie die Gemeinde nun zu stehen kommen. Das sind zurzeit 500'000 Franken. Wenn alle Rechnungen vorliegen, werden wir einen Nachkredit beantragen und anlässlich dieser Vorlage können wir diskutieren. Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

### 13. Verschiedenes

Es sind keine Vorstösse neu eingereicht worden.

**Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Am Wochenende hat sich bei mir als Co-Präsidentin der SP eine junge Frau gemeldet. Sie wohnt an der Wabersackerstrasse und beklagte sich darüber, dass sie wiederholt von Bewohnenden des Durchgangszentrums am Brühlplatz oder deren Kollegen verbal belästigt worden ist. Regelmässig werde sie bis zur Haustüre verfolgt. Letzten Samstag sei sie durch eine Person sogar handgreiflich belästigt worden. Ich erklärte der Frau, sie solle sich an die Polizei wenden. Ich habe jedoch den Eindruck, dass es damit nicht getan ist und möchte von den zuständigen Gemeinderäten wissen, ob solche Vorkommnisse rund um das Durchgangszentrum am Brühlplatz bekannt sind und was in Zukunft dagegen unternommen werden könnte.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich habe heute zu diesem Thema eine E-Mail erhalten. Das Thema ist mir somit erst seit heute bekannt. Das Durchgangszentrum wird von der Heilsarmee betrieben und ich werde mit den Verantwortlichen raschmöglichst Kontakt aufnehmen. Wird eine Person belästigt, soll sie unbedingt bei der Polizei Anzeige erstatten.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Die Reaktion von Annemarie Berlinger-Staub war richtig. Belästigungen müssen immer bei der Polizei zur Anzeige gebracht werden, auch wenn man das Gefühl hat, es habe keinen Sinn. Nur wenn solche Fälle der Polizei bekannt sind, kann sie Massnahmen ergreifen. Ich werde mich gleich morgen erkundigen, was unternommen worden ist und die Anregung machen, eine Patrouille mehr pro Nacht fahren zu lassen.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Meines Wissens ist es das erste Vorkommnis beim Durchgangsheim Brühlplatz.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Zum Mitwirkungsverfahren betreffend das Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept Bern-Mittelland, wozu Ihnen anlässlich der letzten Sitzung Unterlagen abgegeben worden sind: Das Mitwirkungsverfahren dauert vom 19. August bis zum 19. November 2010. Es ist öffentlich, d. h. jedermann kann dazu Stellung nehmen. Die Gemeindeparlamente der Region Bern-Mittelland sind mit separater Post eingeladen worden, sich am Verfahren zu beteiligen. Das Parlamentsbüro hat dieses Geschäft traktandiert und ist von Gemeinderätin Katrin Sedlmayer und ihren Mitarbeitenden über den Inhalt und die Auswirkungen des Konzepts informiert worden. Das Parlamentsbüro hat entschieden, auf eine Mitwirkung zum Konzept durch das Parlament zu verzichten. Dies aus folgenden Gründen. Der Richtplan ist behördenverbindlich, d. h. er ist für den Gemeinderat verbindlich, nicht aber für das Parlament. Er greift nicht in die Gemeindeautonomie bei der Nutzungsplanung ein. Der Gemeinderat nimmt die Interessen der Gemeinde Köniz wahr, wird sich mit dem Richtplan intensiv befassen und eine Stellungnahme abgeben. Der Richtplan wird durch die Regionalversammlung beschlossen. Der Beschluss unterliegt jedoch nicht dem fakultativen Referendum, man kann nichts dagelegen unternehmen. Der Umfang der Unterlagen und die Komplexität der Materie erschweren eine Behandlung auf Parlamentsstufe enorm. Verschiedene Interessengruppen, Parteien, Quartierorganisationen, etc. sind alle ebenfalls mit Unterlagen bedient worden und können sich am Verfahren beteiligen. Es wäre fehl am Platz, eine vorgezogene Ortsplanungsrevisionsdebatte auszulösen. Der Gemeinderat wird den

Parlamentsmitgliedern seine Stellungnahme zugänglich machen. Die vollständigen Unterlagen inklusive Fragebogen können bei der Gemeindeverwaltung an der Loge eingesehen werden. Es steht jedem Parlamentsmitglied frei, sich persönlich am Mitwirkungsverfahren zu beteiligen.

Weiter mache ich auf die Agglomerationstagung 2010 aufmerksam, die am 12. November 2010 stattfindet. Bis jetzt ist noch keine Anmeldung erfolgt. Es wäre in meinen Augen schade, wenn die Gemeinde Köniz nicht vertreten ist und ich schlage deshalb vor, dass sich etwa drei Parlamentsmitglieder anmelden. Es wird ein Sitzungsgeld ausbezahlt und pro teilnehmende Person übernimmt die Gemeinde 50 Franken. Anmeldungen können beim Parlamentssekretariat erfolgen.

Ich informiere, dass die Parlamentssekretärin, Verena Remund, vom 22. September bis zum 1. November 2010 ferienhalber abwesend sein wird. Die Stellvertretung wird vom Stellvertreter der Gemeindeschreiberin, Kaj Rennenkampff, übernommen.

Ich danke für die konstruktive Mitarbeit. Die nächste Sitzung findet am 15. November 2010 statt.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren  
Parlamentspräsident

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament







## **Begrüssung**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur Parlamentssitzung.

Es sind 40 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## **Mitteilungen**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Der Aktenversand erfolgte am 21. Oktober 2010. In Bezug auf das Traktandum 2, Kommissionersatzwahlen, erfolgte am 9. November 2010 ein Nachversand per E-Mail für die Besetzung der beiden vakanten Schulkommissionssitze in der Schulkommission Wangental.

Die Traktandenliste ist reich befrachtet und beinhaltet grosse Geschäfte. Wenn einige Geschäfte aus zeitlichen Gründen heute nicht beraten werden können, findet am 22. November 2010 eine Folgesitzung statt

Ich gebe Ihnen den Rücktritt von Ursula Wyss aus der KSF (Kommission für soziale Fragen) bekannt. Ich fordere die Fraktion der Grünen auf, an der Sitzung vom 13. Dezember 2010 eine Person zur Wahl in die KSF vorzuschlagen.

## **Traktandenliste**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** In Traktandum 2, Kommissionersatzwahlen liegen Ihnen Vorschläge für die Besetzung der zwei vakanten Schulkommissionssitze der SP in der Schulkommission Wangental vor.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

### **1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 20. September 2010**

Das Protokoll der Sitzung vom 20. September 2010 wird genehmigt.

### **2. Kommissionersatzwahlen**

Wahl Schulkommission

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Die SP schlägt für die beiden vakanten Sitze in der Schulkommission Wangental folgende Personen vor: Alexander Fernandez, Niederwangen und Jeannette Fiebelkorn, Niederwangen, beide Sitzanspruch SP.

---

### **Wahl**

**Parlamentspräsident Christian Burren** erklärt Alexander Fernandez, Niederwangen (SP) und Janet Fiebelkorn, Niederwangen (SP), als Mitglieder in der Schulkommission Wangental für den Rest der laufenden Amtszeit, d. h. vom 15. November 2010 bis 31. Juli 2014 als gewählt.

---

**Parlamentspräsident Christian Burren:** An dieser Stelle möchte ich darauf aufmerksam machen, dass nach wie vor je ein Sitz in der Schulkommission Obere Gemeinde, Sitzanspruch SP, und in der Schulkommission Liebefeld, Sitzanspruch SVP, vakant sind.

### **3. Integrierter Aufgaben- und Finanzplan IAFP 2011**

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ihnen liegen der IAFP 2011 und der Bericht und Antrag des Gemeinderats vor. Folgendes Vorgehen ist geplant: Nach dem Votum des GPK-

Referenten erfolgen die Voten der Fraktionssprechenden zur Vorlage insgesamt. Danach können Einzelvoten aus dem Parlament gehalten werden. Nach der Detailberatung erfolgt die Abstimmung über die Kenntnisnahme zur Gesamtvorlage.

**GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP):** Folgende Vorbemerkung: Die GPK hat den IAFP und den Voranschlag 2011 in zwei Traktanden beraten. Die Übergänge sind zum Teil jedoch fließend und gewisse Bemerkungen und Erkenntnisse haben durchaus für beide Traktanden Gültigkeit.

Der IAFP und der Voranschlag 2011 entsprechen der neuen Verwaltungsstruktur "köniz.fünf" und die sogenannte Buchhaltung.5 ist in Aufwand und Ertrag integriert. Vergleiche mit der Rechnung 2009 sind nicht immer möglich und als Vergleichsgrösse eignet sich der Voranschlag 2010. Der GPK sind die Hochrechnung 2010, der IAFP und der Voranschlag 2011 mit einer Powerpoint-Präsentation vorgestellt worden. Wir danken an dieser Stelle dem Gemeinderat und der zuständigen Verwaltungsabteilung bestens für die ausführliche Berichterstattung.

Hochrechnung 2010: Die Hochrechnung – Stand Juli 2010 – rechnet mit einem Aufwandüberschuss von rund 2 Millionen Franken. Budgetiert ist ein Defizit von 1,956 Millionen Franken. Die neueste Hochrechnung per Ende Oktober rechnet mit einem Aufwandüberschuss von 2,063 Millionen Franken. Gerechnet wird vor allem mit höheren Personal- und Sachkosten und mit tieferen Entschädigungen und Beiträgen. Auf der Ertragsseite rechnet man mit höheren Steuereinnahmen – ca. 550'000 Franken. Näheres zur Hochrechnung wird Gemeindepräsident Luc Mentha erläutern.

Finanzplan im IAFP: Düster, stark bewölkt, vielleicht sogar stürmisch sieht er aus. Defizite sind geplant: 2011 2,2 Millionen Franken, 2012 5,5 Millionen Franken, 2013 6 Millionen Franken, 2014 5,7 Millionen Franken und 2015 7 Millionen Franken. Aufgrund dieser Aufwandüberschüsse erfolgt spätestens 2014 wieder ein Bilanzfehlbetrag, d. h. unser Eigenkapital wäre dann aufgebraucht. Am Ende der Planperiode ist ein Bilanzfehlbetrag von rund 6 Millionen Franken ausgewiesen. Bei all diesen Zahlen sind jedoch weder eine Aufgabenüberprüfung noch eine Verzichtsplanung oder ein Sanierungsplan berücksichtigt. Der Gemeinderat plant ab 2012 jährlich 2 Millionen Franken kumulierend einzusparen, d. h. 2012 2 Millionen Franken, 2013 4 Millionen, 2014 6 Millionen und 2015 8 Millionen Franken. Damit könnte 2014 wieder mit einem kleinen Ertragsüberschuss von 300'000 Franken gerechnet werden. In diesem Sanierungspaket spielt die noch zu gründende Finanzkommission eine zentrale Rolle. Ihre Aufgabe wird sein, zusammen mit dem Gemeinderat das Was, Wo und Wie viel zu bestimmen. Dass es zu schmerzhaften Einschnitten kommen wird, ist nicht zu vermeiden.

Welches sind die Hauptgründe für die steigenden Aufwandüberschüsse? Auf der Aufwandseite sind es steigende Aufwendungen im Lastenausgleich, im öV, im allgemeinen Lastenausgleich und der gesetzliche Auftrag für die Bereitstellung von Tagesschulen, deren Betrieb in Köniz nicht kostendeckend ist. Da mehr als 50 Prozent pädagogisches Personal angestellt wird, der Kanton jedoch nur maximal 50 Prozent vergütet, rechnet man mit einem Aufwandüberschuss von 700'000 Franken. Der Anstieg des Personal- und Sachaufwands ist in den Planjahren als eher moderat einzustufen. Auf der Ertragsseite sorgen die kantonale Steuergesetzrevision und die Steuersenkung der Gemeinde Köniz für Einnahmehausfälle. Auch die Einnahmen aus Steuern für juristische Personen werden tiefer angesetzt. Die Planung ist in diesem Bereich jedoch vorsichtig optimistisch.

Der Voranschlag fällt aufgrund der Änderungen in der Pflegeheimfinanzierung – Rückerstattungen von Investitionen – leicht besser aus. Dieser Effekt fällt 2012 weg und deshalb ist das Defizit wesentlich höher. In Zukunft wird nur noch der Pflegeplatz entschädigt. Im Investitionsplan wird an 12 Millionen Franken Investitionen zu Lasten der Steuern festgehalten. Die Produkte- und Fokus-Produktegruppen werden seit drei Jahren geführt. Die Fokus-Produktegruppen werden noch ein Jahr so weitergeführt. Die Hochschule Luzern ist zurzeit an einer Evaluation, deren Ergebnisse für die Weiterführung der Fokus-Produktegruppen abgewartet werden. Per 1. Januar 2011 ist eine Erhöhung der Kehrrechtgebühren vorgesehen. Die Ausgestaltung – ob die Grund- oder die Sackgebühren erhöht werden sollen – ist noch nicht definitiv beschlossen.

Die Beratungen in der GPK: In der GPK sind viele Detailfragen zum IAFP gestellt und durch den Gemeinderat beantwortet worden. Da die einzelnen Fraktionen durch ihre GPK-Vertretungen entsprechend informiert worden sind, verzichte ich hier auf eine Auflistung. Die KSF hat sich mit den Themen in ihrem Zuständigkeitsbereich ebenfalls auseinandergesetzt; ein Protokollauszug der Sitzung stand der GPK zur Verfügung. Die KSF hat einstimmig zustimmend vom IAFP 2011 Kenntnis genommen. Anlässlich der Diskussionen ist festgestellt worden, dass der vorliegende IAFP aufgrund der geplanten Sparmassnahmen im Stabilisierungsprogramm überholt ist, erst die nächste Fortschreibung wird diese Auswirkungen



berücksichtigen. Das Sparziel von 8 Millionen Franken bis 2015 ist hoch und wird aufgrund der beschränkten Möglichkeiten an die Substanz gehen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mehrheitlich vom IAFP teilweise zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Zustimmende Kenntnisnahme: 2 Stimmen, teilweise zustimmende Kenntnisnahme: 5 Stimmen. Die teilweise zustimmende Kenntnisnahme geschieht aus inhaltlichen und sachlichen Gründen und ist keine Bewertung für den Gemeinderat und die Verwaltung.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich bestätige die korrekte Berichterstattung des GPK-Referenten. Zur Hochrechnung ergänze ich, dass deren Präzisionsausgewert bei  $\pm 3$  Millionen Franken liegt, weil im Steuer- und Transferhaushalt erst im Folgejahr präzise Daten vorliegen. Zum Stabilisierungsprogramm: Richtig ist, dass der Gemeinderat die Stabilisierungsmassnahmen im Finanzplan noch nicht abgebildet hat. In dem Sinn ist der Finanzplan ein Frühwarnsystem, das Anlass dazu gegeben hat, das Stabilisierungsprogramm 2010 – 2014 in Angriff zu nehmen. Die Resultate werden in einem Jahr in den nächsten IAFP eingearbeitet. Das Stabilisierungsprogramm 2010 – 2014 sieht nicht nur Sparmassnahmen vor, sondern fasst alle möglichen Massnahmen ins Auge. Das Ziel ist klar: Ein ausgeglichener Haushalt im Jahr 2014.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten obligatorisch ist.

**Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP):** Ich werde mich hüten, einzelne Positionen aus dem 200-seitigen IAFP herauszupicken. Zwei Punkte möchte ich dennoch ansprechen und dazu eine Geschichte: Ich fahre sehr gerne mit dem Mountainbike von Schliern – meiner Basis – auf den Ulmizberg. Lieber als bergauf fahre ich bergab. Nun habe ich beim bergab fahren ein Problem: Anstatt nur bis zu meiner Basis nach Schliern fahre ich bis ins Köniztal hinunter und muss mich deshalb durch das Margeltäli wieder nach Schliern hinaufkämpfen. Wenn ich aber sogar bis nach Bern hinunter fahre, genügt die Energie nicht mehr für die Rückfahrt nach Schliern und ich muss deshalb mein Bike in Bern lassen. Will ich das nächste Mal den Ulmizberg hinauffahren, muss ich das Fahrrad zuerst in Bern holen gehen, was einen viel weiteren Weg bedeutet. Ich komme auf den Punkt: Beim Hinauffahren sammle ich Vorrat fürs Hinabfahren und wenn ich neben dem eigentlichen Ziel vorbeifahre, kommt dies mich teuer zu stehen. Im übertragenen Sinn ist Schliern die Basis mit 15,5 Millionen Franken Eigenkapital. Verfare ich mich bis nach Bern hinunter, will aber wieder auf die Basis Schliern gelangen, muss ich dafür schwer arbeiten. Ich bin Mitglied in der Personalkommission, wo immer wieder darauf hingewiesen wird, dass die Gemeinde Vorbild sein soll. Das Vorbild kann aber nicht sein, mehr Geld auszugeben als vorhanden ist. Gegenüber unserer jungen Bevölkerung müssen wir alles daran setzen, nicht mehr Geld auszugeben als eingenommen wird. Erstens darf es aus unserer Sicht nicht sein, dass Land und Liegenschaften verkauft werden, denn damit nehmen wir unseren zukünftigen Generationen Geld weg. Zweitens ist jährlich ein möglichst ausgeglichener Finanzhaushalt anzusteuern, auch für das Jahr 2011. Aus diesem Grund nimmt die SVP-Fraktion nur teilweise zustimmend Kenntnis vom IAFP. Ich persönlich appelliere an Sie – immer in Gedanken an die nächsten Generationen – schon jetzt zu versuchen, die Finanzen in den Griff zu bekommen, damit wir, zusammen mit dem Gemeinderat, eine schwarze Null erreichen. Und muss dafür ein Umweg gemacht werden, ist das nicht so schlimm. Es ist in meinen Augen äusserst wichtig, jetzt damit zu beginnen, damit wir auch in den folgenden Jahren ausgeglichene Rechnungen erreichen.

**Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP):** Ich danke dem Gemeinderat herzlich für die sorgfältige Ausarbeitung des IAFP. Die BDP-Fraktion hat sich zum ersten Mal mit diesem guten Instrument vertieft auseinandergesetzt. Interessant ist die Gliederung nach Produkten, denn damit wird ersichtlich, wie teuer die Leistungen der Gemeinde effektiv sind. Auch die Fokus-Produktegruppen sind sehr aufschlussreich. Einen kleinen Wermutstropfen habe ich dennoch gefunden: Das Produkt 129.4, Produktunabhängige Beiträge, worin beispielsweise die Beiträge an die Lehrerbesoldungen enthalten sind, die dem Kanton abgegeben werden müssen. Der ganze Kostenblock 129.4 beträgt 19,4 Millionen Franken, d. h. 20 Prozent von insgesamt 100 Millionen Franken Nettobeträgen können nicht genau zugeordnet werden. Aus meiner Sicht wird damit die Aussagekraft des Produktbudgets geschwächt und ich wäre froh, wenn im Rahmen der Evaluation des IAFP der Zuteilungsgrad der Kosten von 80 Prozent erhöht würde. Zum Inhalt: Die Planzahlen bis 2015 sind nicht ermutigend. Sie zeigen unerfreuliche Aussichten für unsere Finanzen. Wir sind gespannt, wie der Finanzplan in einem Jahr, nach der Aufgabenprüfung und dem Stabilisierungsprogramm, aussehen wird.

In Abwägung aller Plus- und Minus nimmt die BDP-Fraktion vom IAFP teilweise zustimmend Kenntnis.

**Fraktionssprecher Ignaz Caminada (CVP):** Im Gegensatz zur BDP-Fraktion haben wir anderen Fraktionen uns bereits mehrmals mit dem IAFP auseinandergesetzt. Der Integrierte Aufgaben- und Verzichtsplan ist damals eingeführt worden, damit wir Parlamentsmitglieder nicht einzelne Kreditposten im Budget diskutieren müssen. Ziel war, die verschiedenen Aufgaben der Gemeinde jeweils genau in Produkten zu definieren. Im Parlament können wir uns zu den einzelnen Produkten äussern und mit entsprechenden Vorstössen die Richtung vorgeben. Idee wäre gewesen, dass wir Parlamentsmitglieder begreifen, was unter den einzelnen Produkten zu verstehen ist und welche Richtung die Gemeinde einschlägt. Leider ist in den jeweiligen Kategorien unter der Rubrik "Aufwand- und Ertragsentwicklung" zu oft "kein Kommentar" aufgeführt. Ein Finanzplan zeigt per se immer eine Richtung an, stimmt aber noch nicht auf den Franken genau. Auf unsere Fraktion wirkt der Finanzplan wie eine vermeintlich exakte Wissenschaft. Ein Beispiel: Im Produkt 118.2 "Verwaltungsleistungen zu Abstimmungen und Wahlen" sind für das Jahr 2013 trotz anstehenden Gemeindewahlen keine höheren Aufwendungen eingetragen. Für das Jahr 2015 sind Einnahmen in der Höhe von exakt 384'622 Franken. Die Ausgaben wurden jährlich teuerungsbedingt erhöht. Der Finanzplan hat in meinen Augen einen Hauch pseudowissenschaftlicher Genauigkeit. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die allgemeine Teuerung beim Produkt 116.2 "Betrieb von öffentlichen Mediotheken" stoppt. Da bloss "kein Kommentar" aufgeführt ist, ist für uns die nicht stetige Anhebung der Kosten nicht nachvollziehbar. Auch bei den ausführlichen Fokus-Produktgruppen ist die Richtung nicht immer feststellbar. Ein Beispiel: Beim Produkt 113.10 "Suchthilfe und Präventionsangebote", ist einmal mehr "kein Kommentar" aufgeführt. Der Indikator, möglichst mehr als 300 Beratungsfälle abzuwickeln, ist 2008 und 2009 erreicht worden. Meine nicht ganz ernst zu meinende Frage: Ist die Gemeinde im Jahr 2010 auf Kurs? Wird die magische 300er-Grenze erneut erreicht und mit Fanfarenklängen überschritten? Nebulös wird für uns der Bericht des Gemeinderats auf Seite 1. Im Beiblatt zum Finanzplan wird in Kapitel 3 auf zwölf Zeilen beschrieben, wie die Prognose korrigiert wird. Ich habe den Abschnitt mehrmals durchgelesen und komme zu einem anderen Schluss als der Gemeinderat. Als Schlussanalyse steht unter dem Absatz: "Unter Annahme der positiven Voraussetzungen verändert sich der jährliche Aufwandüberschuss und das Eigenkapital wie folgt..". Wenn etwas positiv ist, erwarte ich, dass der Aufwandüberschuss abnimmt und das Eigenkapital nicht so rasch aufgebraucht wird. Machen wir einen Vergleich der Zahlen dieses Berichts mit jenen auf Seite 6 des IAFP, stellen wir fest, dass die Differenz beim Aufwandüberschuss, über die 5 Jahre zusammengezählt, sage und schreibe 200 Franken beträgt. Für die Begründung dieser 200 Franken waren zwölf Zeilen notwendig. Dass diese 200 Franken Differenz aus dem Jahr 2012 den Bilanzfehlbetrag bis ins Jahr 2015 um satte 800'000 Franken erhöht, übersteigt meine mathematischen Fähigkeiten.

Die GLP/CVP/EVP-Fraktion wird vom IAFP nur teilweise zustimmend Kenntnis nehmen.

**Fraktionssprecher Heinz Engi (FDP):** Ich danke dem Gemeinderat im Namen der FDP-Fraktion herzlich für die gute geleistete Arbeit bei der Ausarbeitung des IAFP. Uns liegt ein geeignetes Infogefäss vor, das Aufschluss über die geplanten Projekte gibt und Aussagen zu den Kosten macht. Tatsache ist, dass mit der Steuergesetzrevision Kosten vom Kanton auf die Gemeinden verlagert werden. Vielleicht müsste der Steuersatz auf Stufe Kanton revidiert werden, damit die Gemeinden nicht davon betroffen wären. Die eigene Steuersenkung konnte in lobenswerter Weise mit den eingesparten 2 Millionen Franken ungefähr aufgefangen werden. Eine Finanzplanung aber wie die hier vorliegende, die für die nächsten 5 Jahre rote Zahlen vorgibt, wäre in einem Unternehmen nicht tragbar. Und ob die Finanzplankurve dem Gedankengut der Mehrheit unserer Bevölkerung entspricht, bezweifeln wir. Sie schreit nach einer Aufgabenüberprüfung. Ein Stabilisierungsprogramm wird zwar angekündigt; ein ausgeglichenes Budget wird aber erst 2014 anvisiert. Zudem möchte der Gemeinderat das Eigenkapital der Gemeinde antizyklisch einsetzen. Die grössten Investitionen tätigt die Gemeinde in der zurzeit boomenden Baubranche und aus diesem Grund ist hier aus unserer Sicht keine Finanzspritze aus dem Eigenkapital nötig. Wir sind der Auffassung, dass die Finger davon zu lassen sind. Zwei Anmerkungen zu einigen Projekten, mit denen wir uns nicht einverstanden erklären können: Uns ist aufgefallen, dass die neue Tramlinie 10 bereits im IAFP abgebildet ist und das sehr kostengünstig. Mir als Kommissionsmitglied der Kommission Tramprojekte ist gesagt worden, dass die Kosten für dieses Projekt  $\pm$  20 Prozent erst ab Dezember 2010 vorliegen.

Um in der Detailberatung Zeit zu sparen, stelle ich hier zwei Fragen. Weshalb steigen auf Seite 10 im IAFP die Personalkosten von 2010 auf 2011 um 0,8 Millionen Franken? Beträgt bei den allgemeinen Indikatoren dazu auf Seite 11 der jährliche Lohnsummenzuwachs 2012 – 2015 0,5

oder 1 Prozent oder sind hier 0,5 Prozent Lohnsummenzuwachs und 0,5 Prozent Teuerungszulage ausgewiesen?

Ich komme zum Fazit: Die FDP-Fraktion nimmt teilweise zustimmend Kenntnis vom IAFP 2011.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die grosse Arbeit, die mit der Erarbeitung des IAFP 2011 verbunden ist und nimmt vom IAFP mit grossen Sorgenfalten grossmehrheitlich teilweise zustimmend Kenntnis. Generell kann die SP/JUSO-Fraktion Folgendes festhalten: Wir erachten den IAFP als ein gutes, aber schwer anwendbares Instrument. Er schafft in unseren Augen Transparenz und enthält sehr viele Informationen. Korrekturen vorzunehmen scheint uns aber schwierig zu sein und deshalb erstaunt es unsere Fraktion auch nicht, dass wir bisher als einzige Partei einen Planungsbeschluss eingereicht haben. Wir fragen uns, ob der Termin für die Einreichung eines Planungsbeschlusses zu überdenken ist. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst, dass die vorhandenen Mittel sparsam und wohl dosiert eingesetzt werden. Deshalb einen Dank an den Gemeinderat für die sorgfältig vorgenommene Durchleuchtung des Gemeindehaushalts und die Erarbeitung des später zu diskutierenden Voranschlags 2011. Wir erachten es als sehr wichtig, in die Werterhaltung der gemeindeeigenen Infrastruktur zu investieren. Wir begrüssen es deshalb sehr, dass die Investitionsquote mit 12 Millionen Franken hoch gehalten wird, auch wenn es in Zukunft eng wird. Wir sind überzeugt, dass diese Investitionen wichtig für die Attraktivität unserer Gemeinde sind. Ebenfalls richtig ist für die SP/JUSO-Fraktion, dass der Gemeinderat – wie er im IAFP schreibt – einen gezielten Ausbau in besonders wichtigen Punkten plant. Um attraktiv zu bleiben, dürfen und müssen wir die wohl dosiert eingesetzten Mittel und engen Ressourcen in zukunftsgerichtete Politikfelder investieren. Wir befürworten es, dass weiter gezielt in Kitas und Tagesschulen investiert wird. Aber auch wir haben tiefe Sorgenfalten, angesichts der Frage wie die Mittel für die Wahrnehmung der Gemeindeaufgaben bereitgestellt werden sollen. Betrachten wir die Finanzkennzahlen, läuten noch nicht alle Alarmglocken schrill, sie zeigen aber das sich ankündigende Unwetter auf. Wenn zu lesen ist, dass der Aufwandüberschuss bis 2015 gegen 7 Millionen Franken ansteigt, bereitet dies auch der SP/JUSO-Fraktion schlaflose Nächte. Es ist eine ärgerliche Sache. Auf lokaler Ebene haben wir unsere Hausaufgaben gemacht, die versprochene Steuersenkung auf Gemeindeebene ist Tatsache. Zugleich beschliesst die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rats auf kantonaler Ebene aber eine Steuersenkung, die den Gemeinden grösste Finanzprobleme bereitet. Das ist in unseren Augen unverantwortlich, sogar fahrlässig. Wir sind überzeugt: So gross unser Wille auch ist, sparsam mit öffentlichen Mitteln umzugehen, werden wir im kommenden Stabilisierungsprogramm nicht darum herum kommen, auch über Einnahmenerhöhungen zu debattieren. Denn wir können die uns vom Kanton verwehrten 2 bis 3 Millionen Franken Einnahmeherausfälle nicht einseitig auf der Ausgabenseite kompensieren. Das würde allzu grosse Einschnitte und einen zu grossen Attraktivitätsverlust für die Gemeinde Köniz bedeuten. Mit dem Stabilisierungsprogramm stehen uns schwierige Zeiten bevor. Zum Investitionsplan: Hier ist der finanzielle Engpass der Gemeinde drastisch aufgezeigt. Diverse wichtige Investitionen sind zeitlich weit in die Zukunft hinaus verschoben worden. Einige Beispiele: Die dringend nötige Sanierung der Kindergärten im Spiegel ist erst für 2013 vorgesehen und die Mittel dafür sind eher zu tief eingesetzt. Ich frage mich, ob hier nicht Zweckoptimismus betrieben wird. Die Sanierung und räumliche Erweiterung der Schulanlage Buchsee ist im Investitionsplan nicht ersichtlich, d. h. nicht vorgesehen. Diese wichtige Sanierung mit einer ergänzenden Gebäudeaufstockung wird auf den Sanktnimmerleinstag verschoben. Müssen im Buchsee-Schulhaus, wie in der Wandermatte geschehen, auch zuerst die Toiletten abgestellt werden? Zudem fragt sich die SP/JUSO-Fraktion – das richtet sich nicht gegen die Sporttreibenden – ob die Mittel wirklich vorhanden sind, um Fussball-Rasenfelder zu Kunstrasenfeldern umzufunktionieren? Das ist zwar gemäss vorliegender Stundenberechnung durchaus gleich zu werten, die Investitionskosten sind aber deutlich höher.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** In diesem Werk voller Zahlen die grossen Linien zu sehen, ist schwierig. Die grossen Linien sind auf Seite 10 ersichtlich. Dazu zwei wichtige Punkte: Einerseits erwartet man einen um 2 Millionen Franken tieferen Ertrag als im Jahr 2010. Andererseits wird aber der Aufwand um 2 Millionen Franken reduziert. Das zeigt die erfolgreichen Sparbemühungen des Gemeinderats auf. Dies trotz erheblichen Mehrausgaben im Bereich der Tagesschulen. Die Finanzkennzahlen sind bis vor kurzem noch gelobt worden, weil sie sich im mittleren bis positiven Bereich befanden. Das hat sich nun geändert, sie befinden sich nur noch im mittelmässigen Bereich mit der Aussicht auf ungenügend bis schlecht. Was ist passiert? Gründe dafür sind bereits von Vorrednern erwähnt worden, unter anderem die zweite Steuersenkung auf Kantonsebene. Zusätzlich zu erwähnen sind die

Wirtschaftskrise und die Erhöhung der Investitionen auf 12 Millionen Franken mit der Folge von entsprechend hohen Abschreibungen. Damit liegt die sehr unerfreuliche Perspektive vor, dass 6 bis 8 Millionen Franken nachhaltig eingespart werden müssen. Das ist schwierig und sehr schmerzhaft. Mit dem Finanzplan kann nun Gegensteuer gegeben werden. Wir Grünen sind aber der Meinung, dass dies intelligent zu geschehen hat und nicht durch eine Hauruckübung. Dazu einige Vorschläge. Im Finanzplan zeigt die Aufwandentwicklung stetig aufwärts und dies häufig ohne Begründung, z. B. im Produkt 109 "Fahrzeugsdienst". Geht man von der Annahme aus, dass die Verwaltung stets effizienter wird, könnte der Aufwand aber gesenkt werden. Wir schlagen vor, dass versucht wird, den Aufwand konstant zu halten. Bei den Tagesschulen bieten wir Hand für Optimierungen. Auch die Rubrik "Dienstleistungen und Honorare Dritter" ist unserer Meinung nach zu prüfen. Im Bereich der Schulsozialarbeit sind wir nicht bereit, Einsparungen vorzunehmen, da diese ermöglicht, zukünftige Mehrausgaben im Sozialbereich einzusparen. Muss unbedingt kurzfristig gespart werden, sehen wir Potenzial im Strassenunterhalt und beim Winterdienst und – so leid dies uns auch tun würde – bei den Ökobeiträgen. Im Investitionsplan unterstützen wir die Erhöhung auf 12 Millionen Franken. Die Priorität liegt aus unserer Sicht aber bei den nachhaltigen Investitionen. Das sind Investitionen, die sozialen, ökologischen und finanziellen Gewinn bringen, wie z. B. bei der energetischen Sanierung von Gebäuden. Ich erwähne hier noch, dass die Gemeinde 2010 1 Million Franken für Heizmaterial bezahlt. Verdoppeln sich die Heizölpreise, steigen diese entsprechend. Hier besteht ein grosses Kostenrisiko. Vor allem verzichten möchten wir auf Luxusinvestitionen. Hier stellen sich einige Fragen bei gewissen Strassenbauprojekten oder bei der Sanierung "Treppe Steingrubenweg".

Die wirklich beeinflussbaren Kosten der Gemeinde Köniz machen rund 50 Millionen Franken aus. Davon wollen wir 7 Millionen Franken sparen, d. h. 15 Prozent. Köniz müsste demnach ungefähr so viel sparen wie Grossbritannien. Wollen wir in Köniz wirklich eine englische Roskur? Bevor aber ein radikaler Kahlschlag vorgenommen werden muss, befürworten die Grünen eine moderate Steuererhöhung.

Die Fraktion der Grünen nimmt mehrheitlich teilweise zustimmend Kenntnis vom IAFP.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich danke allen Votanten und entschuldige mich im Voraus, wenn ich nicht auf alle Anliegen und Voten im Einzelnen eingehen kann, weil die Debatte dadurch sehr lange werden würde.

Zu Andreas Lanz: Die Produktgruppe 129 "Produkteunabhängige Finanzleistungen" zeigt auf, dass im Transferhaushalt höhere Beträge enthalten sind, auf die wir gemäss unserer Auffassung wenig Einfluss haben und wo es sich nicht rechtfertigt, diese irgendwelchen Produkten zuzuordnen. Das würde eine Scheingenauigkeit über die Beeinflussbarkeit der entsprechenden Produktgruppe schaffen.

Zu Ignaz Caminada: Die Evaluation wird kommen und er kann sich dann entsprechend äussern. Ich räume ein, dass auf Seite 2 im Bericht und Antrag ein Übertragungsfehler von rund 200 Franken aus dem IAFP passiert ist. Dafür entschuldige ich mich. Mit dem Satz: "Unter Annahme der positiven Voraussetzungen verändern sich der jährliche Aufwandüberschuss und das Eigenkapital wie folgt:", sind die positiven Voraussetzungen im Zusammenhang mit den Wirtschaftsprognosen gemeint. Wir gehen im IAFP eher davon aus, dass sich die Wirtschaft tendenziell positiv entwickeln wird.

Zu Heinz Engi: Die ausgewiesene Steigerung im Personalaufwand betrifft die Teuerung und die Beförderungen. Hier muss mitberücksichtigt werden, dass beides Kostenfolgen bei der Pensionskasse auslöst. Betreffend Kostensteigerung beim Personalaufwand zwischen 2010 und 2011 verweise ich auf Seite 7 des Voranschlags 2011. Dort ist ersichtlich, dass zahlreiche zusätzliche Stellen im Sozialbereich enthalten sind, aber auch im Bereich Tagesschulen. Diese werden zum Teil wieder durch Personalabbau aufgefangen, der in diversen Bereichen stattfindet. Es wird keinen Teuerungsausgleich geben.

Zu Christian Roth, dessen Votum ich verdanke: Wir teilen seine grossen Sorgen. Auch wir stellen fest, dass uns die beiden kantonalen Steuergesetzrevisionen erhebliche Mittel entziehen. Im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2011 komme ich auf diesen Punkt zu sprechen. Wir glauben, dass das Stabilisierungsprogramm gemeinsam und sorgfältig erarbeitet werden muss. Letztlich wird die politische Diskussion zeigen, wo Abstriche vorgenommen werden müssen und wo auf solche verzichtet wird. Nicht alles, das wir freiwillig leisten, kann leichtfertig preisgegeben werden.

Zu Hansueli Pestalozzi: Er ist der Meinung, dass verschiedene Kostenkurven nach oben zeigen. Dem muss ich widersprechen und bitte Sie, Seite 72 und 73, Übersicht, aufzuschlagen. Vergleichen Sie die Nettozahlen der verschiedenen Produktgruppen Rechnung 2009 und Planung 2015. Die Zahlen in den Rubriken "Behörden", "Zentrale Dienste und Stäbe" sind rückläufig. Die Zahlen im Bereich "Kultur" zeigen marginal nach oben. In den Bereichen

"Steueradministration", "Bauaufsicht", "Strassen" und "Fahrzeugdienst" sind die Zahlen rückläufig. Die Rubrik "Raumplanung" bleibt stabil. Der Anstieg in der Rubrik "Verkehr" ist begründet, wir wissen was alles auf uns zukommen wird. Der ausgewiesene starke Zuwachs in der Rubrik "Individuelle Sozialhilfe" beruht auf der Erfahrung der letzten Jahre. Die Fallzahlen zeigen stetig nach oben. Auch der leichte Zuwachs in der Rubrik "Vormundschaft" ist auf steigende Fallzahlen zurückzuführen. Die Planzahlen in der Übersicht zeigen in vielen Fällen stabile bis rückläufige Zahlen auf.

## **Detailberatung**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Wir diskutieren die Detailberatung in vier Punkten: Zuerst den Finanz- und Investitionsplan, danach die Produktegruppen, die Fokus-Produktegruppen und zuletzt das Controlling der Legislaturplanung.

## **Produktegruppe 115, Volksschulen**

**Martin Graber (SP):** Der IAFP heisst gemäss Ignaz Caminada neu "Integrierter Finanz- und Verzichtplan". Ich habe nichts gegen das Sparen, aber der Verzicht auf den geplanten Weiterausbau der Schulsozialarbeit im Spiegel und in Schliern ist aus der Sicht der SP/JUSO-Fraktion keine Sparmassnahme. Im Gegenteil, das ist sparen am falschen Ort. Nicht mit Einsparungen bei der Schulsozialarbeit, sondern mithilfe der Schulsozialarbeit kann gespart werden. Die Gemeinde Köniz war schweizweit eine der ersten, die Schulsozialarbeit eingeführt hat. In der Schulanlage Steinhölzli hat der damalige Schulsozialarbeiter Tibor Beregszaszy mit dem Weitblick des damals zuständigen Gemeinderats Daniel Pauli (SVP) Pionierarbeit leisten können. Es wurde erkannt, dass Schulsozialarbeit sehr sinnvoll ist und sich lohnt. Vor vier Jahren ist entschieden worden, die Schulsozialarbeit in der Gemeinde Köniz flächendeckend einzuführen. Die SP/JUSO-Fraktion ist überzeugt, dass dieser Entscheid sehr gut war. Die Schulsozialarbeit bewährt sich, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter an den Schulen leisten sehr gute Arbeit und haben mehr als genug Arbeit. Wenn nun die bestehenden Stellenprozente auf die noch fehlenden Schulhäuser aufgeteilt werden, kann die Qualität der Arbeit nicht weitergeführt werden. Weshalb ist Schulsozialarbeit wichtig? Schulsozialarbeit ist Präventionsarbeit. Eskalierende Situationen kosten viel Arbeitszeit, viel Nerven, sie verunmöglichen häufig das Lernen und binden Energie. Sie produzieren bei Kindern Tränen und Lernblockaden. Schliesslich können eskalierende Situationen auch hohe Kosten auslösen. Ein fremdplatziertes Kind kostet die Gemeinde schnell einmal 10'000 Franken pro Monat. Eine Schülerin oder ein Schüler kann, ohne dass dies gewollt ist, eine ganze Schulklasse durcheinanderbringen. Mit Schulsozialarbeit können solche Situationen häufig verhindert werden. Kinder suchen Rat bei den Schulsozialarbeitenden, weil diese beraten können ohne gleichzeitig beurteilen zu müssen. Schulsozialarbeit kann die Klassenlehrpersonen entlasten, welche sich dadurch mehr ihren Kernaufgaben widmen können und auch den problemlosen Schulkindern. Die Schulsozialarbeitenden bringen frischen Wind in die Lehrerkollegien, was auch nicht schadet. Sparen beim Ausbau der Schulsozialarbeit ist aus der Sicht der SP/JUSO-Fraktion nicht gut. Im Gegenteil, mehr Schulsozialarbeit bedeutet in unseren Augen eine gute und intelligente Sparmassnahme. Weniger Probleme an den Schulen, heisst weniger Gewalt und Vandalismus, weniger Tränen, bessere Lernatmosphäre, weniger Kosten im Sozialbereich. Wir werden in der Budgetdebatte einen Antrag stellen, die Schulsozialarbeit stärker auszubauen, gleichzeitig werden wir bei zwei Budgetposten Kürzungen beantragen, welche die zusätzlichen 55'000 Franken ausgleichen.

## **Produktegruppe 126 Ver- und Entsorgung**

**Christian Roth (SP):** Seit 2004 ist die Kostendeckung in der Rubrik 126.3 "Dienstleistungen für die Abfallbewirtschaftung" auf deutlich unter 100 Prozent gefallen. In den Jahren 2007 bis 2009 wurden für die Kostendeckung Mittel aus der Spezialfinanzierung KEGUL (Kehrichtdeponie Gummersloch) verwendet, was in meinen Augen eine seltsame Praxis ist. Die Spezialfinanzierungen sollen saubere Zweckfinanzierungen mit Transparenz sein. Nun will der Gemeinderat richtigerweise endlich etwas verbessern, schüttet dabei leider aber gleich das Kind mit dem Bade aus. Er erhöht per 1. Januar 2011 die Grundgebühr für die Haushalte und Betriebe der Gemeinde Köniz und verfällt damit in die alte "Giesskannenmentalität". Allen etwas mehr nehmen, egal ob beim Einzelnen viel oder wenig Abfall entsteht. Alle sprechen vom Verursacherprinzip, das hier aber mit Füßen getreten wird. Hier erteile ich dem Gemeinderat die Note ungenügend. Ich bin der Meinung, dass die Kehrsichtsackgebühren

verursachergerecht angepasst werden müssen, damit "Grossgüslern" gegenüber "Kleingüslern" angemessen belastet werden.

## **Fokus-Produktgruppen**

### **113.1 "Institutionelle Sozialhilfe"**

**Christian Roth (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst den Weiterausbau der Kita-Plätze. Wir sehen hier nach wie vor klaren Handlungsbedarf. Analysiert man die Zahlen der Fokus-Produktgruppe, kann annähernd jeder Kitaplatz doppelt belegt werden. Auf 100 Kinder in Kitas kommen ungefähr 80 auf der Warteliste. Die Anzahl der Kinder auf der Warteliste in der Tagespflege ist bereits wieder am Ansteigen. Da gilt es weiterhin aktiv zu sein und die Entwicklung im Auge zu behalten. Eine Bemerkung noch zur Fokus-Produktgruppe 119 "Polizeiinspektorat". Der SP/JUSO-Fraktion ist die Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum ein wichtiges Anliegen. Es ist sehr erfreulich und wir begrüssen, dass die präventive Präsenz der Polizei mit Autos und Fusspatrouillen erhöht werden konnte. Die SP/JUSO-Fraktion ist für "human power" und nicht für "viewing power" mittels Videoüberwachung. Wir kommen anlässlich der Diskussion zum Sicherheitsbericht darauf zu sprechen. Auch die Erhöhung der Kontrollen im rollenden und im ruhenden Verkehr erachten wir als positiv und diese positiven Auswirkungen sind auf den Seiten 162 und 163 ersichtlich. Dem neuen Sicherheitsbericht kann entnommen werden, dass das dringendste anzugehende Sicherheitsproblem bei der erwachsenen Bevölkerung der Strassenverkehr ist. Erfreulich ist, dass sich durch die erhöhte Kontrolltätigkeit die Zahlungsmoral bei den Ticketautomaten verbessert hat. Das unterstützt eine konsequente Parkraumbewirtschaftung, setzt wiederum aufs Verursacherprinzip und entlastet als angenehmer Nebeneffekt die zunehmend arg strapazierten Gemeindefinanzen.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich reagiere auf das Votum von Martin Graber in Bezug auf die Schulsozialarbeit. Er hat mir aus dem Herzen gesprochen. Ich habe mich in der Vergangenheit sehr für die Schulsozialarbeit ausgesprochen und messe deren Wirkung Grosses bei. Nichtsdestotrotz darf das Budget nicht allzu stark ins Defizit geraten. Die Schulsozialarbeit wird von der Gemeinde Köniz zu 100 Prozent selber finanziert. Durch die Schulsozialarbeit können unter Umständen Heimeinweisungen vermieden werden. Das ist erwähnt worden. Die Kosten von Heimeinweisungen fallen jedoch in den Lastenausgleich, d. h. nicht direkt wieder an die Gemeinde Köniz zurück. Wir alle sind aber auch Steuerzahler beim Kanton und es ist wichtig, auch dort zu wirken. Wichtiger wäre es aber, die Schulsozialarbeit im ganzen Kanton Bern via Erziehungsdirektion einzuführen. Die Revision des Volksschulgesetzes 2012 schlägt vor, dass sich der Kanton vorläufig mit 30 Prozent an der Schulsozialarbeit beteiligt. Der Kanton hat Richtlinien ausgearbeitet gemäss denen wir in Bezug auf die angestellten Schulsozialarbeitenden nur 20 Prozent darunter liegen. Wir haben also eine relativ gut ausgebaute Schulsozialarbeit. Das hat mich dazu bewogen, die Konzepte neu überarbeiten zu lassen und wenn möglich die vorhandenen Kräfte effizienter an allen Schulen der Gemeinde Köniz einzusetzen.

Ich bitte Sie, uns die Chance für eine konzeptionelle Überarbeitung zu geben, womit vielleicht die Wirkung vergrössert werden kann. Sollte dies nicht klappen, besteht später – wenn es die Finanzen zulassen – immer noch die Möglichkeit für einen Weiterausbau. Auf Gemeindeebene sind wir mit der Schulsozialarbeit eigentlich "im Hick" und es gibt keinen Grund für Panik.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Zu den Fragen von Christian Roth in Bezug auf die Abfallentsorgung: In der GPK habe ich informiert, dass wir in ungefähr einem halben Jahr das Parlament in Bezug auf die Abfallstrategie, die Gebührenerhöhung und die KEGUL umfassend informieren werden. Eine Gebührenerhöhung per 1. Januar 2011 wird nicht möglich sein. Zur Spezialfinanzierung Endabdeckung KEGUL, woraus während der letzten drei Jahre Mittel für die Deckung des Defizits entnommen worden sind: Aus der Spezialfinanzierung KEGUL wurde eine Überführung in die Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung vorgenommen. Per Gemeinderatsbeschluss wird auf eine Entnahme für 2010 verzichtet. Zu den Gebühren überhaupt: Diese sind aufgeteilt in Verursacher- und Grundgebühren. Die Recyclingquote der Gemeinde Köniz ist mit ca. 48 Prozent sehr hoch. Knapp die Hälfte des Abfalls wird recycelt. An 19 Sammelstellen verteilt in der ganzen Gemeinde werden 39 Wertstoffe recycelt. Der Handlungsbedarf ist aber klar. Aufgrund von Analysen wurden eine fehlende Kostendeckung sowie fehlende Kostentransparenz festgestellt. Die Erweiterung des Siedlungsgebiets und damit die Zunahme der Bevölkerung und das zunehmende Littering sind in Bezug auf den Werterhalt ein grosses Problem. Wir sind an der Erarbeitung einer Abfallstrategie und an einer Gebührenanpassung. Eine erste Diskussion im Gemeinderat hat

stattgefunden. Die Direktion DUB (Direktion Umwelt und Betriebe) hat eine Erhöhung der Grundgebühren vorgeschlagen, womit vielleicht eine Zunahme des Littering-Problems vermieden werden kann. Wir überdenken diesen Antrag nochmals und werden eine Erhöhung von Grund- und Sackgebühren vorschlagen. Die Erhöhung von Verursachergebühren ist jeweils eine Gratwanderung. Zunehmend kommen die Gemeinden darauf zurück, relativ hohe Grundgebühren zu erheben und den Verursacherteil mässig zu halten. Eine Erhöhung von 10 oder 20 Rappen pro Abfallsack erhöht das Littering im Wald, an Strassenrändern und an den Sammelstellen. Dieser Umstand muss zur Kenntnis genommen werden.

---

#### **Beschluss**

Das Parlament nimmt Kenntnis vom vorliegenden IAFP für das Jahr 2011.  
(abgegebene Stimmen: 3 zustimmend, 36 teilweise zustimmend)

---

#### **4. Voranschlag 2011**

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Mit den Sitzungsakten wurden Ihnen der Voranschlag 2011 mit dem Bericht und Antrag des Gemeinderats zugestellt. Wir beraten das Geschäft wie folgt: Zuerst sprechen die GPK-Referenten, anschliessend an die Voten der Fraktionssprechenden folgen die Einzelvoten. Nach der Detailberatung erfolgt die gemeinsame Abstimmung über den Voranschlag 2011 und die Steueranlagen.

**GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP):** Der Gemeinderat legt dem Parlament den Voranschlag 2011 mit einem Aufwandüberschuss von 2,2 Millionen Franken bei gleich bleibender Steueranlage vor. Die GPK hat den Voranschlag 2011 und den IAFP an ihrer Sitzung eingehend geprüft und beraten. Die KSF hat sich mit den Themen des Voranschlags befasst, die in ihrer Zuständigkeit liegen und empfiehlt der GPK einstimmig, dem Antrag gemäss Gemeinderat zuzustimmen.

Die Eckwerte des Voranschlags 2011: Im Personalaufwand ist gegenüber dem Voranschlag 2010 ein Zuwachs von 1,68 Prozent festzustellen; in Zahlen ausgedrückt: 790'000 Franken. Es ist festzuhalten, dass kein Teuerungsausgleich vorgesehen ist. Die Beförderungen sind mit 300'000 Franken eingestellt, was effektive Kosten von 700'000 Franken auslöst. Die Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF) spart im Bereich Personalkosten 260'000 Franken ein. Die Direktion Planung und Verkehr (DPV) gibt 61'000 Franken mehr aus und die Direktion Bildung und Soziales (DBS) 1,021 Millionen Franken. Diese teilen sich wie folgt auf: Abteilung Soziales und Vormundschaft: 462'000 Franken, Abteilung Bildung und Sport 583'000 Franken vor allem für die neu geschaffenen Tagesschulen. Über den Lastenausgleich gelangen hier Mittel wieder an die Gemeinde zurück. Die Direktion Sicherheit und Liegenschaften (DSL) gibt 123'000 Franken weniger Personalkosten aus, dies infolge der Kantonalisierung des Mietamts per 1.1.2011. Die Direktion Umwelt und Betriebe (DUB) gibt 87'000 Franken mehr aus, da für die Abfallentsorgung mehr Personal notwendig ist. In der DBS, der DPV und der DLB sind tiefere Personalkosten festzustellen.

Zum Sachaufwand: Ein Plus von 2,21 Prozent oder 570'000 Franken ist gegenüber dem Budget 2010 festzustellen. Der grösste Posten betrifft auch hier die DBS mit 380'000 Franken für den Ausbau der Tagesschulen. Die Nettomiete für das neue Gebäude an der Sägestrasse 65, worin sich die Abteilung Soziales und Vormundschaft einmieten wird, ist ebenfalls ein grosser Brocken an Mehrkosten. Der Abschreibungssatz liegt wieder bei 10 Prozent, in der Rechnung 2009 konnte noch mit 8 Prozent abgeschrieben werden. Das macht rund 3 Millionen Franken aus. Hier plant der Kanton mit dem HRM 2 eine Änderung. Ab 2014 sollen die Abschreibungen der Nutzungsdauer angepasst werden. So muss z. B. die Sanierung einer Schulanlage innert 30 Jahren und nicht wie bis anhin 10 Jahren abgeschrieben werden, eine EDV-Anlage dafür in 5 statt wie bisher 10 Jahren. Welche Auswirkungen dies auf die Gemeinde Köniz haben wird, ist noch nicht evaluiert worden. Längerfristig rechnet man eher mit einer Entlastung im Bereich Abschreibungen. Entschädigungen an Gemeinwesen, eigene Beiträge im Aufwand und Entgelte und Rückstellungen im Ertrag hängen eng zusammen. Die einzelnen Begründungen sind im Voranschlag 2011 aufgeführt. Bei den Tagesschulen sind Kosten von 700'000 Franken ungedeckt. Die Altersheimfinanzierung hat in Bezug auf die Rückerstattung von Investitionen einen positiven Effekt auf den Voranschlag 2011. Das wird 2012 wegfallen. Im Ertrag ist ein Minus von 2,82 Prozent, rund 3 Millionen Franken, gegenüber dem Voranschlag 2010

festzuhalten. Gegenüber der Rechnung 2009 ist bei den Steuererträgen ein Plus von 1,24 Prozent festzustellen. Würde hier die Senkung der Steueranlage von 1,54 auf 1,49 mitberücksichtigt, wären 7,6 Prozent mehr Steuereinnahmen budgetiert als 2009, bei den juristischen Personen allein 40 Prozent oder 3,2 Millionen Franken gegenüber 2009. Das ist sicher optimistisch.

Ausserordentliche Erträge: Seit einigen Jahren ist erstmals wieder ausserordentlicher Ertrag enthalten. Es handelt sich um den Verkauf der Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 263, wo mit Einnahmen von 1,050 Millionen Franken gerechnet wird. Ohne diesen ausserordentlichen Ertrag wäre im Budget 2011 ein Aufwandüberschuss von 3,3 Millionen Franken enthalten. Im Budget 2011 sind umfangreiche Aufwandkürzungen – Leistungsabbau – von minus 2,11 Millionen Franken – und Aufwanderhöhungen – Leistungsverbesserungen – von 3,160 Millionen Franken enthalten. Über diese ist in der GPK eingehend diskutiert worden. An dieser Stelle ist es nicht möglich, auf jeden einzelnen Punkt einzugehen. Die Fraktionen sind zu diesem Thema durch ihre GPK-Vertretungen informiert worden.

Einige zentrale Punkte: Die Schulsozialarbeit ist eine freiwillige Aufgabe und gemäss Richtlinien des Kantons liegen wir nur 20 Prozent unter dessen Anforderungen. Längerfristig wird hier eine Beteiligung des Kantons von 30 Prozent geplant. Unterhalt der Türme in Niederwangen: Der jährliche Unterhalt ist 2006 dem Parlament mit 50'000 Franken korrekt vorgelegt worden und nicht höher als damals ausgewiesen. Die Kosten werden zum Teil beim Unterhalt von anderen Kunstbauten eingespart.

Die Diskussionen zum Beschluss: In der GPK ist ein Antrag gestellt worden, den Voranschlag 2011 zurückzuweisen, verbunden mit dem Auftrag, den Aufwandüberschuss auf maximal 500'000 Franken zu reduzieren. Der Antrag ist mit 4 : 3 Stimmen abgelehnt worden. Ich gebe die Pro- und Kontra-Argumente bekannt. Die Argumente der Gegner der Rückweisung: Die Rückweisung muss mit einem konkreten Auftrag verbunden sein. Zum jetzigen Zeitpunkt ist er nicht opportun und ein Kraftakt. Man geht davon aus, dass realistisch und knapp budgetiert worden ist und weitere Einsparungen sind aus gesetzlichen und vertraglichen Bedingungen nicht möglich. Der Gemeinderat hat seinen Sparwillen signalisiert. Der Weg über die neue Finanzkommission, die mit dem Gemeinderat in einen Dialog treten könnte, ist hier Erfolg versprechend. Die Argumente der Befürworter der Rückweisung: Das ausgewiesene Defizit ist nicht vertretbar. Es gibt keinen Grund zu warten und weitere Kürzungen sind bereits 2012 möglich. Wenn bis 2015 8 Millionen Franken eingespart werden sollen, drängen sich wesentliche Einsparungen schon heute auf. Gemeinderat und Verwahrung müssen bereits heute Vorschläge anbringen, wo und wie gespart werden kann.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 4 : 1 Stimmen, dem Voranschlag 2011 gemäss dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten obligatorisch ist.

**Fraktionssprecher Heinz Engi (FDP):** "Die Gemeinde Köniz hat die Finanzen im Griff. Mit einer nachhaltigen Finanzpolitik sorgt die Gemeinde für einen stabilen finanziellen Handlungsspielraum." Solche Schlagzeilen wünsche ich mir im Blätterwald. Wollen wir trotz dem beantragtem Defizit mehr Mittel im Kulturbereich investieren? Bushaltestellen auch am Sonntag reinigen lassen? Bei den Tagesschulen Überqualität betreiben? In diesem Bereich sind 700'000 Franken Mehrkosten zu gewärtigen, die vom Kanton nicht abgegolten werden. Wollen wir auf Kosten der Steuerzahler leben? Das Eigenkapital von 15 Millionen Franken innert kürzester Zeit wieder vernichten? Die Eidgenossenschaft hat es vorgemacht, sie hat mit der Schuldenbremse ein Vehikel geschaffen, das erlaubt, auch in der grössten Krisenzeit den Staatshaushalt nicht nur im Lot zu halten, sondern sogar Gewinn zu schreiben. Dies im Gegensatz zu den umliegenden Ländern. Die Schuldenbremse wird zum Exportschlager. Namhafte Staaten interessieren sich dafür. Mit einem guten Finanzhaushalt hat sich die Schweiz für die Zukunft positioniert und wird deshalb als eine der ersten vom Wirtschaftsaufschwung wieder profitieren. Kann dies die Gemeinde Köniz nicht auch? Intelligent sparen oder die Ressourcen gezielt dort einsetzen wo sie notwendig sind, um sich für die Zukunft gute Voraussetzungen zu schaffen, um sich als steuergünstige Gemeinde mit stabilem Budget unter Konkurrenten in eine gute Ausgangslage zu bringen? Als eine der grössten Städte in der Schweiz und die viertgrösste im Kanton Bern würde ihr dies gut anstehen.

Die FDP-Fraktion möchte heute im Parlament erstens keine Schwarzen Peter zuschieben und zweitens wollen wir keine Budgetrubriken diskutieren. Wir Parlamentsmitglieder müssen heute die strategische Stossrichtung vorgeben. Als Volksvertreter und –vertreterinnen ist es unsere Pflicht, dessen Willen gegenüber der Exekutive zum Ausdruck zu bringen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Bürgerinnen und Bürger ein ausgeglichenes Budget wünschen. Deshalb werden wir zusammen mit der SVP- und der BDP-Fraktion einen überparteilichen



Antrag auf Rückweisung des Voranschlags 2011 stellen, verbunden mit dem Auftrag, mit ausgabeseitigen Einsparungen beim Personal- und Sachaufwand den budgetierten Aufwandüberschuss von 2,2 Millionen Franken auf maximal 500'000 Franken zu reduzieren. Der überarbeitete Voranschlag 2011 ist dem Parlament anlässlich der Dezember-Sitzung 2010 vorzulegen. Ich bitte die Parlamentsmitglieder, dem überparteilichen Antrag zuzustimmen. Wir müssen unsere Hausaufgaben jetzt erledigen. Dann hat Köniz die Finanzen im Griff und auf einen Angriff auf die Eigenmittel kann verzichtet werden.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich schlage vor, wie folgt vorzugehen: Die allgemeine Debatte zum Voranschlag 2011 wird zu Ende geführt. Vor der Detailberatung wird über den Rückweisungsantrag diskutiert und abgestimmt.

**Fraktionssprecher Niklaus Hofer (SVP):** Die finanzielle Situation der Gemeinde Köniz bereitet der SVP-Fraktion grosse Sorgen. Anlässlich unserer Fraktionssitzung haben wir lange über das Budget 2011 diskutiert. Gemäss dem IAFP und dem Budget 2011 entwickeln sich die Finanzen der Gemeinde Köniz in eine nicht erfreuliche Richtung. Aus unserer Sicht wirken sich die eigene und die uns vom Kanton aufgebrummt Steuersenkungen sehr negativ auf die Einnahmenseite aus. Ebenfalls bekunden wir Mühe mit dem angekündigten Verkauf der Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 263. Ich stelle die Frage in den Raum: Was geschieht, wenn dieser Verkauf scheitern sollte? Aus der Sicht der SVP-Fraktion ist klar, dass wir heute ein Zeichen setzen müssen und werden deshalb den Rückweisungsantrag für den Voranschlag 2011 unterstützen, verbunden mit dem Auftrag an den Gemeinderat, Kürzungen für 2011 vorzunehmen.

Die SVP-Fraktion hat im Mai 2010 die in ein Postulat umgewandelte Motion 0936 "Finanzplanung" eingereicht. Sie verlangt, dass 2011 ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden soll. Würde die SVP-Fraktion das Budget 2011 heute durchwinken, wäre ihre Glaubwürdigkeit infrage gestellt.

Ich bitte Sie, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen, damit wir die Finanzen raschmöglichst in den Griff bekommen. Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Köniz werden uns dafür danken.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Die Fraktion der Grünen stimmt dem Voranschlag 2011 zu, obwohl die Sparanstrengungen in der Höhe von 2 Millionen Franken teilweise schmerzen. Ohne Defizit geht es aus unserer Sicht nicht. Die bürgerliche Mehrheit im Grossrat hat das Könizer Sparprogramm von "oben herab" verordnet. Die Bürgerlichen haben die Steuersenkungen verbochen, sie sollen sie nun lokal auslöfeln. Wir haben Eigenkapital im Bewusstsein angehäuft, dass es in schlechten Zeiten angebraucht werden kann. Ich spreche nicht von Schuldenwirtschaft, aber nie Defizite zu machen, ist ungesunde Budgetpolitik für eine Gemeinde. Die erwähnte Schuldenbremse soll nicht bewirken, dass nie Defizite entstehen, sondern dass die Schulden in einer gewissen Bandbreite bleiben.

Die Aufwandkürzungen sind grösstenteils akzeptierbar, teilweise schmerzen sie. Die Schulsozialarbeit ist erwähnt worden und auch wir sind der Meinung, dass ein Ausbau notwendig ist. Wir sehen aber, dass das bisherige Konzept überarbeitet werden kann. Die Erhöhungen im Personalaufwand um 3 Millionen Franken sind nachvollziehbar. Der Mehraufwand täuscht allerdings, da er teilweise durch den Lastenausgleich oder andere Einnahmen gedeckt ist. Wir sehen, dass es in Zukunft schwierig wird, weil 10 Millionen Franken Steuereinnahmen fehlen und 3 Millionen Franken höhere Abschreibungen zu gewärtigen sind. Das kann nicht einfach ohne Steuererhöhungen aufgefangen werden. Aus unserer Sicht ist klar, dass 2012 – sollte sich die Situation nicht stark verbessern – eine Steuererhöhung ins Auge gefasst werden muss. Wir lehnen den Rückweisungsantrag deshalb ab. Sinnvolles Sparen muss wohlüberlegt sein und kann nicht einfach von heute auf morgen geschehen; schon gar nicht innerhalb eines Monats. Wir sehen ein, dass im Bereich Tagesschulen gespart werden kann, aber nicht innerhalb von zwei bis drei Monaten. Die Betroffenen müssen entlassen und neues Personal eingestellt werden. Zudem widerspricht sich die SVP-Fraktion. In der Vergangenheit hat sie immer wieder betont, dass eine Steuersenkung von einem Steuerzehntel für Köniz nicht finanzierbar sei. Jetzt aber soll die Sache "durchgestiert" werden. Das ist in meinen Augen keine glaubwürdige Politik. Sparen tut weh, das wird es aber auch mit der Annahme des Rückweisungsantrags. Wo kann kurzfristig gespart werden? Nur bei kurzfristigen Verträgen, d. h. beim Winterdienst, bei der Reinigung von öV-Haltestellen oder bei den ökologischen Ausgleichszahlungen. Die Bürgerlichen sollten dies ihren Wählenden klarmachen.

**Fraktionssprecher Hugo Staub (SP):** Ein Voranschlag kann durchaus zurückgewiesen werden. Man muss sich aber fragen, ob heute tatsächlich entsprechende Gründe vorliegen.

Eine entscheidende Frage ist, ob das Budget tatsächlich so schlecht ist, denn wir haben immerhin unsere eigene Steuersenkung gut verarbeiten können. Wir haben, verordnet durch den Kanton, eine zusätzliche Steuersenkung zu verarbeiten. Diese aufzufangen, ist in diesem Zeitraum nun nicht gelungen, dazu benötigt der Gemeinderat etwas Zeit. Uns scheint aber, dass er überzeugend am Handeln ist und kein Rückweisung notwendig ist. Wir sind der Meinung, dass nicht jedes Budget mit roten Zahlen Grund genug für eine Rückweisung ist. Ein Budget kann auch zurückgewiesen werden, wenn man der Meinung ist, dass ein Gemeinderat die finanz- und wirtschaftspolitische Grosswetterlage völlig falsch interpretiert. Hier bin ich aber auch der Meinung, dass dies nicht der Fall ist. Der Finanzplan ist relativ vorsichtig und er überreagiert nicht auf alles zu Befürchtende. Ich weise dabei auf die Einnahmen bei den Bundessteuern hin, wo durchaus positive Zeichen vorhanden sind. Man kann ein Budget zurückweisen, weil man der Meinung ist, keine andere Möglichkeit für eine Einflussnahme zu haben. Wir haben dafür jedoch den IAFP. Ich spreche hier nicht nur von den erhaltenen Unterlagen, sondern vom Instrument, das wir uns selber zum IAFP gegeben haben. Die strategische Steuerung mit dem Planungsbeschluss besteht darin, dass wir als Parlament sagen, welche Produkte sich in welche Richtungen entwickeln sollen.

Der Rückweisungsantrag verlangt, dass Einsparungen im Personal- und Sachaufwand vorzunehmen sind. Die Formulierung ist strategisch relativ offen, respektive es ist keine strategische Aussage vorhanden, wo konkret anzusetzen ist. Es liegt auch die Motion 0935 "Ausgeglichenen Finanzhaushalt langfristig sichern" vor, mit welcher eine systematische Aufgabenüberprüfung verlangt wird. Weil diese Arbeit Zeit erfordert, liegen die Ergebnisse noch nicht vor. Solche Grundlagenarbeit soll innerhalb der normalen Fristen für parlamentarische Vorstösse erledigt werden können. Auch hier kann gestützt auf die Grundlagen – sobald sie vorliegen werden – viel detaillierter und strategischer gesteuert werden. Auch die Schaffung einer Finanzkommission wird diskutiert. Somit bestehen diverse Möglichkeiten, auf einigermaßen geschickte Art und Weise auf die Finanzentwicklung der Gemeinde Köniz Rücksicht zu nehmen und sie zu beeinflussen. Sie haben sehr viel dazu beigetragen, dass wir das entsprechende Besteck zur Verfügung haben. Zum Schluss essen wir aber trotzdem mit den Fingern und es wird beantragt, den Voranschlag 2011 zurückzuweisen. Das ist in meinen Augen keine konsequente Haltung. Es besteht keine zwingende Notwendigkeit für die Rückweisung des Voranschlags 2011.

Diese Aussage kann verbal widerlegt, kann aber auch mit der Ablehnung des Rückweisungsantrags ausgedrückt werden. Falls der Rückweisungsantrag angenommen wird, werden wir den neuen Voranschlag 2011 sehr genau prüfen müssen. Ich kann mir vorstellen, dass Massnahmen für Kosteneinsparungen enthalten sind, die auch wir unterstützen können, z. B. einen sofortigen Übungsabbruch der Evaluation des IAFP. Will man nicht mit diesen Instrumenten arbeiten, müssen sie nicht evaluiert werden. Wenn die Bürgerlichen die finanzpolitischen Randbedingungen insgesamt so viel schwieriger machen, werden wir bereits beschlossene Ausgaben prüfen müssen. Ich frage mich, ob unter den neuen finanzpolitischen Rahmenbedingungen die Folgekosten einer Ballsporthalle noch tragbar sind. Wenn ein Entscheid zwischen dem Tragen dieser Kosten und der Reduzierung von Ausgaben im Bereich Bildung, Umweltschutz, öffentliche Sicherheit, gefällt werden muss, ist dieser schwierig. Hier wurden während dem Spiel die Spielregeln geändert. Heute und jetzt würde ich unter den von Ihnen gesetzten finanzpolitischen Rahmenbedingungen einer solchen Investition nicht mehr zustimmen. Die Investition ist noch nicht getätigt. Wir müssen uns fragen, was alles getan werden muss, um dort zu landen, wo Sie es gerne hätten.

Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, der Voranschlag 2011 ist schon jetzt ziemlich restriktiv und der Gemeinderat zeigt überzeugende Beiträge, damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen.

Wir bitten Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

**Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP):** Der Voranschlag 2011 und vor allem die Aussichten auf die nächsten Jahre machen keine Freude; da sind wir uns alle einig. Sparen ist Pflicht, auch hier herrscht Einigkeit. Die wichtigste Frage ist jedoch, wo, wie und wann. Der Gemeinderat hat für den Voranschlag 2011 eine Liste mit Aufwandkürzungen und –erhöhungen erarbeitet, die ziemlich schwer zu lesen und zu verstehen ist. Auch sind viele Posten nicht direkt durch die Gemeinde Köniz beeinflussbar, sondern durch äussere Umstände oder den Kanton. Enthalten sind aber auch klare Sparmassnahmen, die mit Verzicht verbunden sind, z. B. auf den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit oder weitere Reduktionen beim Unterhalt von Schulen und Spielplätzen. Das tut weh, ist aber in der aktuellen Situation vertretbar.

Je genauer ich aber den Voranschlag 2011 betrachtet habe, umso mehr bin ich zur Überzeugung gelangt, dass sich der Gemeinderat mit den Vorgaben eine sportliche Aufgabe gestellt hat. Im Netto-Aufwand sind sehr viele Posten im Vergleich zur Rechnung 2009 und

auch zur Hochrechnung 2010 tiefer angesetzt worden. Gemeindepräsident Luc Mentha hat dies im Zusammenhang mit dem IAFP bereits erläutert. Deutliche Zunahmen im Netto-Aufwand sind nur im Bereich Sozialhilfe und Sozialversicherungen festzustellen und diese sind durch die Gemeinde Köniz ziemlich schwierig zu beeinflussen. Einnahmenseitig ist wahrscheinlich nicht allzu vorsichtig budgetiert worden. Allerdings tendiert auch die Hochrechnung eher zu besseren Steuererträgen als noch im Voranschlag 2010 angenommen.

Alles in allem ist die Mehrheit der CVP/EVP/GLP-Fraktion zum Schluss gekommen, dass der Voranschlag 2010 nicht mit unvernünftigen Reserven erstellt worden ist. Im Gegenteil, es könnte bei der Rechnungslegung 2010 sogar sehr eng werden. Weitere substantielle Einsparungen, aktuell sind 1,7 Millionen Franken gefordert, sind mit politischen Entscheiden verbunden, wie z. B. der Ausbaustopp im Bereich Kinderbetreuung, die Reduktion der Tagesschulen auf einen Minimalstandard, die Reduktion der Kulturförderung inklusive Musikschule und ähnliches. Das kann nicht in einer Hauruckübung im Rahmen der Beratung eines Voranschlags geschehen. Das soll auch nicht in diesem Rahmen geschehen, sondern erfordert einen politischen Prozess, der mit hoher Priorität und möglichst schnell eingeleitet werden muss. Die neu zu bildende Finanzkommission könnte dort eingesetzt werden. Hier muss vorwärts gemacht werden. Wie einem Bericht der Zeitung "Bund" entnommen werden kann, hat der Gemeinderat von Worb einen relativ pragmatischen Weg eingeschlagen. Sehr vereinfacht dargestellt, hat er einen möglichst unpolitischen Katalog von Sparmassnahmen erstellt, und diesen bei den Parteien in eine Vernehmlassung geschickt.

Die Mehrheit der CVP/EVP/GLP-Fraktion beurteilt die sofortige Reduktion des Defizits um 1,7 Millionen Franken als nicht zu verantworten und lehnt somit den Rückweisungsantrag ab. Gemässigte Sparaufträge, verbunden mit einem Rückweisungsantrags des Voranschlags 2011, können den Sparwillen des Parlaments bekräftigen. Über die nachhaltige Wirkung kann man sich aber streiten. Eigentlich sollten wir die politische Energie in nachhaltige und intelligente Sparmassnahmen für die kommenden Jahre einsetzen, anstatt den Voranschlag 2011 zurückzuweisen. Trotzdem ist riesiger Druck vorhanden und die Mitte-Fraktion hat sich gut überlegt, ob ein Kompromissvorschlag mit reduzierten Einsparungen sinnvoll ist. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse ist das wahrscheinlich aber nicht zielführend. Ich empfehle den Parlamentsmitgliedern, den Rückweisungsantrag mit einer derartig unvernünftigen Reduktion zurückzuweisen.

**Fraktionssprecherin Franziska Keller (BDP):** Die BDP-Fraktion unterstützt den Rückweisungsantrag. Ich erkläre weshalb: Für Ärzte ist es schlimm, wenn sie einem Patienten erklären müssen, dass er oder sie schwer krank ist. Etwa so fühle ich mich, wenn ich als Politikerin Anliegen nicht berücksichtigen kann, weil die Mittel dafür fehlen. So ist es aber nun einmal. Die Budgetgenehmigung ist die wichtigste – übrigens auch die älteste – Aufgabe des Parlaments und somit die grösste Verantwortung in den Händen des Parlaments. Das ist allen klar, sogar uns Neulingen der BDP-Fraktion. Auch Ärzte tragen Verantwortung für ihre Patienten und wenn sie der Meinung sind, dass ein Patient eine Diät machen muss, um wieder gesund zu werden, wird diese verschrieben, komme was wolle. Auch wenn die Lebensqualität kurzfristig etwas sinkt. Genau das ist der Grund für die BDP-Fraktion, den Rückweisungsantrag zu unterstützen. Wir sind der Meinung, dass die Diät jetzt notwendig ist, um später wieder mehr ausgeben und berechnete Anliegen wieder unterstützen zu können. Sparen tut weh, das ist uns auch klar. Niemand hat aber gesagt, Parlamentsmitglied zu sein sei einfach und niemand hat gesagt, dass es einfach ist, schwierige und unangenehme Entscheide zu treffen. In unseren Augen ist nur die Verschreibung einer Diät verantwortungsbewusstes Handeln. Niemand von uns weiss, ob die Gemeindefinanzen nicht später noch mehr strapaziert werden, d. h. ob das Immunsystem unserer Gemeindefinanzen noch mehr gefordert sein wird. Deshalb wollen wir jetzt handeln und nicht jammern. Die Aufgabenprüfung, das Stabilisierungsprogramm und die zu bildende Finanzkommission, haben nichts mit dieser Sache zu tun. Wir wollen nach wie vor ein langfristig ausgeglichenes Budget.

**Barbara Thür (GLP):** Ich möchte das Bild von Heinz Nacht vom Bikerfahrer am Ulmizberg aufnehmen. Wer mit einem Bike bergab unterwegs ist, weiss was passieren kann, wenn unüberlegt und an falscher Stelle gebremst wird. Ich hoffe, die Sparüberzeugten haben ihren Helm bereits an, sonst wird der von Franziska Keller bemühte Arzt tatsächlich nötig.

**Martin Graber (SP):** Ich danke Franziska Keller für den Vergleich, dass wir Ärzte sind die einem Patienten erklären müsse, dass er vielleicht todkrank ist. Ich vergleiche den Rückweisungsantrag nun mit einem Patienten, dem erklärt wird, er sei todkrank, solle aber die Krankenschwester – und nicht den Arzt – fragen, wie es weiter geht. Sie wollen den Aufwand im

Voranschlag 2011 reduzieren, erklären aber nicht genau wo. Sie verordnen keine Therapien, sondern drücken sich mit dem Rückweisungsantrag vor der Verantwortung. Sie wollen nur reduzieren, sagen aber nicht wo. Ich bitte darum, den Rückweisungsantrag nochmals korrekt vorzulesen. Ich mache Sie auf das Geschäftsreglement des Parlaments aufmerksam: In einem Rückweisungsantrag kann gemäss Art. 36 Abs. 2 eine angemessene Frist gesetzt werden. Die Unterlagen müssen dem Parlament jedoch fristgemäss zugesandt werden, d. h. zwei Wochen vor der Parlamentssitzung, was in diesem Fall dem 29. November 2010 entspricht. Vorher muss der Gemeinderat jedoch Beschlüsse fassen, d. h. mit der Verwaltung zusammenarbeiten. Ist das seriös? Der Gemeinderat kann den Aufwand im Voranschlag 2011 reduzieren, z. B. im Sozialaufwand. Sind die Mittel aber aufgebraucht, wird ein Nachkredit beantragt.

**Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Wenn wir zuhause feststellen, dass Ende Monat zu wenig Geld vorhanden sein wird, sage ich meinem Mann nicht, dass er sofort 1'000 Franken einsparen muss, sondern wir setzen uns zusammen an einen Tisch und schauen, wo konkrete Sparmöglichkeiten bestehen. Wir beide tragen die Verantwortung für unseren Familienetat. Wer den Voranschlag 2011 mit einer solchen Pauschalforderung zurückweisen will, drückt sich in meinen Augen vor der Verantwortung. Mit der Aufgabenüberprüfung im nächsten Jahr wäre eine Diskussion über Konkretes möglich. Dazu braucht es aber Mut und es ist unter Umständen sehr unangenehm der Stimmbevölkerung zu sagen, wo genau gespart werden muss. Es ist doch viel einfacher, auf die roten Zahlen im Voranschlag hinzuweisen und diesen an den Gemeinderat zurückzuweisen. Ich persönlich funktioniere im Alltag nicht so und kann und will auch nicht so politisieren. Deshalb werde ich den Rückweisungsantrag ablehnen.

**Urs Maibach (Grüne):** Wir beraten den Voranschlag 2011. Es besteht die Möglichkeit von Verschiebungen. Im Idealfall schaffen wir die geforderten Einsparungen von 1,7 Millionen Franken, vielleicht sogar mehr. Das Defizit von 2,2 Millionen Franken macht 1,1 Prozent des Gesamtumsatzes aus. Die Budgetungenauigkeit kann entsprechend dem Umsatz zwischen 2 bis 3 Millionen Franken liegen. Die Differenz in der Rechnung 2010 wird dann vielleicht 1 Prozent mehr betragen. Deshalb bitte ich Sie, sich zu überlegen, ob eine Senkung um 1,7 Millionen Franken Sinn macht. Ich bitte Sie um Ablehnung des Rückweisungsantrags.

**Christian Roth (SP):** Es ist interessant festzustellen, wie differenziert im Parlament an die nächste Generation gedacht wird. Auch die JUSO/SP-Fraktion denkt an die nächste Generation, kommt aber zu anderen Schlüssen. Wollen wir im Parlament seriöse Arbeit machen und Verantwortung für Köniz und die Bevölkerung übernehmen, geht es nicht darum, eine Diät ungeprüft einzunehmen. Eine Diät ist gut und recht, sie muss aber ungiftig sein und dazu beitragen, dass wir überleben. Wir müssen hier nochmals über die Bücher gehen und es kann nicht sein, dass wir den Voranschlag 2011 zurückweisen. Mit dem vom Gemeinderat versprochenen Stabilisierungsprogramm geht es darum, eine verantwortungsbewusste und gezielte Neuorientierung vorzunehmen, damit uns 2012 ein Budget mit einem sauber aufgelegten Kurs vorliegt. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

**Heinz Engi (FDP):** Wir wollen weniger als 1 Prozent des Gesamtbudgets einsparen. Wie Urs Maibach vorhin erklärt hat, ist das möglich. Wir wollen dem Gemeinderat Handlungsspielraum geben. Er muss sagen, wie die Gemeinde Köniz zu einem einigermaßen ausgeglichenen Budget gelangen kann.

**Christoph Salzmann (SP):** Zu Heinz Engi: Ja, man kann den Aufwand reduzieren. Denken wir aber daran: Was soll eine Budgetkürzung, d. h. eine nochmalige Überarbeitung? Der Aufwand dafür ist riesengross und bringt Unsicherheit. Das ist in meinen Augen eine Sandkastenübung. Überlegen Sie sich gut, ob wir uns diese in der aktuellen Situation leisten können. Ob eine Budgetüberprüfung innerhalb einer dermassen kurzen Frist nicht mehr kostet als sie schlussendliche bringen könnte.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Eine Bemerkung in Bezug auf die Fristen. Der Aktenversand für die Sitzung vom 13. Dezember 2010 muss am 18. November 2010 stattfinden. Die Mitglieder der GPK wissen seit August 2010 wie der Voranschlag 2011 aussieht. Wir haben uns bemüht, früh und transparent zu informieren und trotzdem ist der Rückweisungsantrag mit den Vertretern des Gemeinderats anlässlich der GPK-Sitzung nicht besprochen worden. Die GPK-Sitzung wurde nicht dafür eingesetzt, sich in dieser Frage mit dem Gemeinderat auseinanderzusetzen. Das bedauert er sehr. Das soll keine Kritik am GPK-

Präsident sein, im Gegenteil, er hat mehrmals versucht, die Diskussion mit dem Gemeinderat zu ermöglichen. Der Gemeinderat hat am 12. November 2010, d. h. vor drei Tagen, Kenntnis davon erhalten, dass die bürgerlichen Parteien einen Rückweisungsantrag stellen wollen. Den Wortlaut des Antrags höre ich heute zum ersten Mal. In dem Sinn möchte ich den bürgerlichen Parteivertretern herzlich danken, dass ich als Vertreter des Gemeinderats zu diesem wichtigen Thema erst heute Abend – quasi am Schluss wenn alle Meinungen gebildet sind – noch die Haltung des Gemeinderats bekanntgeben darf. Ich danke, dass sich der Gemeinderat überhaupt zum Rückweisungsantrag äussern darf. Der Gemeinderat ist vom Rückweisungsantrag enttäuscht. Wir haben offen und konstruktiv mit Ihnen zusammengearbeitet. Wir haben uns offen und konstruktiv bei der Motion 0838 FDP "Professionelle Finanzpolitik – Schaffung einer parlamentarischen Finanzkommission" gezeigt, wie auch bei den beiden Motionen 0935 FDP/jfk "Ausgeglichener Finanzhaushalt langfristig sichern" und 0936 "Finanzplanung", die eine Aufgabenüberprüfung, Effizienzsteigerungsmassnahmen und Sparmassnahmen fordern. Wir haben das Projekt "Stabilisierungsmassnahmen 2010 – 2014" ausgelöst, arbeiten mit viel Engagement daran und wollen es im Frühling 2011 der Finanzkommission vorlegen. Anschliessend wird es im Parlament beraten. Das Projekt ist sehr gut unterwegs, so viel kann ich mitteilen. Die entscheidenden Jahre werden 2012 – 2014 sein und das Ziel ist klar: 2014 wollen wir wieder einen ausgeglichenen Finanzhaushalt.

Mit dieser Haltung wollten wir einen konstruktiven und sorgfältigen demokratischen Dialog mit dem Parlament führen. Offenbar sehen das einige im Parlament anders. Der Rückweisungsantrag enttäuscht den Gemeinderat masslos. Er belastet und behindert den konstruktiven Dialog, das ist klar. Ebenso klar ist für uns, dass wir unsere ganze Kraft bei einer Rückweisung des Voranschlags 2011 weiterhin in die Erarbeitung des Stabilisierungsprogramms stecken. Nur dieser Weg ist zielführend und deutlich besser als die Überarbeitung des Voranschlags 2011 in einer Hüst-und-Hott-Übung. Viel kann aufgrund der kurzen Überarbeitungsfrist nicht getan werden. Es bestehen Verträge, die nicht einfach aufgelöst werden können und Engagements, aus denen wir uns nicht kurzfristig zurückziehen können. Eine allfällige Rückweisung des Voranschlags 2011 ermöglicht die Überprüfung gewisser Annahmen. Eventuell werden Budgetverbesserungen möglich, allerdings nicht im Sinn des Rückweisungsantrags, der nur im Sach- und Personalaufwand erfüllt werden darf. Eventuell werden andere Korrekturen notwendig, die aber auch dann eintreffen könnten, wenn der Voranschlag 2011 beraten und verabschiedet wird.

Der schlechte Finanzplan ist eindeutig auf die Einbussen bei den Steuereinnahmen zurückzuführen. Diese Einbussen sind nur zu einem kleinen Teil auf die Folgen der Wirtschaftskrise zurückzuführen; ausschlaggebend sind die kantonalen Steuergesetzrevisionen 2009 und 2011 sowie die gemeindeeigene Senkung des Steuerfusses um 0,5 Steuerzehntel. Uns fehlen allein deshalb in den kommenden Jahren mehr als 1,7 Steuerzehntel. Ein Steuerzehntel macht 6,1 Millionen Franken aus. Unsere Steuerpflichtigen werden durch diese beiden Revisionen auf Kantonsebene und unsere eigene Anlagesenkung um über 10 Millionen Franken entlastet; diese Mittel fehlen im Gemeindehaushalt. Ausgabenseitig halte ich fest, dass der Aufwand 2011 gegenüber dem Vorjahr um 2 Millionen Franken sinken wird. Das ist seit vielen Jahren nicht mehr vorgekommen. Hinter uns liegt ein sehr intensiver Budgetprozess. Wir starteten mit einem Defizit von mehr als 11 Millionen Franken und haben den Voranschlag nach intensiver Bearbeitung auf 2,3 Millionen Franken Defizit gebracht. Das ist bemerkenswert und hat diverse vom GPK-Referenten bereits erwähnte Gründe. Wir haben die Ausgaben 2011 im Griff. Die Mehraufwendungen sind zum grössten Teil auf veränderte übergeordnete Rahmenbedingungen zurückzuführen, auf gesetzliche Vorgaben, auf Preiserhöhungen und auf Parlamentsbeschlüsse. Von jetzt an werden weitere Einsparungen weh tun. Ich räume ein, dass wir im Voranschlag 2011 einige punktuelle Akzente mit Leistungsverbesserungen aufgenommen haben: Der Beitritt zur Teilkonferenz Wirtschaft, etwas mehr Mittel für die Kulturförderung und die Ortsgeschichtliche Sammlung, für die Sonntagsreinigungen bei den Bushaltestellen, für 12 zusätzliche Kitaplätze, für zusätzliche Massnahmen bei der Integration der ausländischen Bevölkerung und für mehr Schulsportkurse. Gegen die Zusatzaufwendungen ist in der GPK keine Opposition ergriffen worden. Wir haben aber auch Aufwandminderungen in der Höhe von 2 Millionen Franken vorgelegt, die auf Einsparungen, Personalabbau und Verzichte zurückzuführen sind. Einzelne Verzichte werden bereits hart kritisiert. Im Endeffekt ist es uns gelungen, die eigene Steueranlagesenkung aufzufangen, nicht aber die Steuergesetzrevisionen des Grossen Rats, die gegen den Willen des Regierungsrats durchgedrückt worden sind.

Ich halte in aller Form fest, dass der Aufwandüberschuss im Voranschlag 2011 nicht auf Unterlassungen des Gemeinderats zurückzuführen ist, sondern auf die Beschlüsse des

Grossen Rats. Ich zähle auf: Zwei Steuergesetzrevisionen 2009 und 2011, die uns im Endeffekt 8 Millionen Franken Einnahmen entziehen werden. Zusätzlich das gesetzliche Obligatorium, ab 2011 Tagesschulen zu führen, was beim Personalaufwand Mehraufwendungen nötig macht und im Sachaufwand 380'000 Franken Mehrkosten auslöst. Ich halte fest, dass wir hier ausbaden müssen, was andere uns eingebrockt haben. Daneben ist in den Sozialdiensten ein Fallwachstum festzustellen. Das führt zu zusätzlichem Stellenbedarf und zu höheren Mietzinsaufwendungen von mehreren Hunderttausend Franken für zusätzliche Büroflächen, weil wir unser Personal anständig unterbringen und arbeiten lassen wollen. Das ist anlässlich der Parlamentssitzung im Juni genehmigt worden. Zusammenfassend: Bei dieser Sachlage ist der Rückweisungsantrag für mich und den Gesamtgemeinderat unverständlich und ich bitte Sie, ihn aus den genannten Gründen abzulehnen.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich formuliere den Rückweisungsantrag: "Die Fraktionen der FDP, SVP und BDP beantragen die Rückweisung des Voranschlags 2011 an den Gemeinderat, verbunden mit dem Auftrag, durch ausgabenseitige Einsparungen bei den Personal- und Sachausgaben den budgetierten Aufwandüberschuss von 2,27 Millionen Franken auf maximal 0,5 Millionen Franken zu reduzieren. Der überarbeitete Voranschlag 2011 ist dem Parlament in der Dezembersitzung 2010 zur Abstimmung vorzulegen."

**Hermann Gysel (EVP):** Ich habe unter anderem gehört, dass wir Zeichen setzen wollen, dass Sparen weh tun wird und dass wir auf Kosten der Steuerzahler leben. Fast krampfhaft habe ich versucht, der ganzen Sache etwas Positives abzugewinnen und erinnerte mich daran, dass wir vor einigen Jahren über ein Defizit von 300'000 Franken debattiert haben, das unbedingt behoben werden sollte. Nun wird immerhin ein Defizit von 500'000 Franken akzeptiert. Ein gewisses Verständnis ist demnach vorhanden und vielleicht wäre es an der Zeit, ein Zeichen in die Richtung zu setzen, dass wir für die Erarbeitung einer sinnvollen Finanzpolitik zusammenarbeiten müssen. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

**Anna Mäder (SP):** Ich habe eine Verständnisfrage: Was geschieht, wenn der Rückweisungsantrag in dieser Form angenommen wird? Wenn ich Gemeindepräsident Luc Mentha faktisch richtig verstanden haben, muss der Versand der Parlamentsunterlagen für die Dezembersitzung inklusive der neuen Unterlagen in Bezug auf das Budget 2011 in drei Tagen vorgenommen werden. Wie kann das praktisch durchgeführt werden?

**Rolf Zwahlen (EVP):** Zur Frage von Anna Mäder, die in meinem Augen berechtigt ist. Ich vermute, dass hier die Fachstelle Recht einbezogen werden muss, weil der Terminus "angemessene Frist", in meinen Augen nicht drei Tage sein können.

**Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Ich bitte um eine Sitzungsunterbrechung, damit sich die einzelnen Fraktionen beraten können.

---

### Beschluss

Dem Ordnungsantrag auf einen Sitzungsunterbruch von 10 Minuten wird grossmehrheitlich zugestimmt.

---

**Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Was passiert, wenn der Rückweisungsantrag nun angenommen wird, es aber nicht gelingt, ein bereinigtes, verabschiedetes Budget 2011 per Ende Jahr vorzulegen?

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Es ist nicht üblich und vielleicht auch nicht opportun, dass sich ein Gemeinderat in die Zuständigkeit eines anderen Gemeinderats einmisch. Es mir aber ein grosses Anliegen, hier zu sprechen. Das ist mit Gemeindepräsident Luc Mentha abgesprochen.

Ich wende mich an die bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen. Ich stehe voll und ganz hinter dem Voranschlag 2011. Sie wollen das vorliegende Budget 2011 zurückweisen, verbunden mit dem Auftrag, dass am 13. Dezember 2010 ein neues Budget 2011 mit einem Defizit von maximal 500'000 Franken vorliegt. Ich schätze, dass Sie alle Verantwortung übernehmen wollen, was auch Ihr Auftrag ist. Verantwortung zu übernehmen ist aber nicht nur Ihr Auftrag, sondern auch derjenige der Exekutive. Wir haben das vorliegende Budget 2011 in einem fünfmonatigen Prozess erarbeitet und einstimmig verabschiedet. Wenn Sie das Budget 2011 nun in einer überstürzten Hauruckübung zurückweisen, zwingen Sie uns innert kurzer Zeit Kürzungen von mehr als 1,6 Millionen Franken vorzunehmen. Dies ohne konkrete Vorschläge

anzubringen. Ich kann Ihnen mitteilen, wo in der Direktion DBS – der ich vorstehe – Einsparungen vorgenommen werden müssen: In der individuellen Sozialhilfe, wo es Ihnen als Bürgerliche ein echtes Anliegen war, dass daran gearbeitet wird und die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Das sind auch meine Jahresziele, die ich weiterverfolgen möchte. Ich werde im Bereich Vertrauensarzt Kürzungen machen müssen. Ein wichtiges Instrument, von dem ich vermehrt Gebrauch machen muss. Ich werde Kürzungen beim Vertrauenszahnarzt machen müssen. Ich muss bei Inizio aussteigen müssen. Es war Ihnen ein wichtiges Anliegen, dass junge Leute Lehrstellen erhalten. Ich werde Kürzungen im Bereich der geschützten Arbeitsplätze vornehmen müssen und auch die Lehrstellenbörse nicht mehr durchführen können. Mit der Erwähnung all dieser Kürzungen will ich Ihnen nicht Angst machen, das sind aber solche, die ich kurzfristig vornehmen kann. Weiter haben wir im Stabilisierungsprogramm viele Vorschläge angebracht, die mehrjährige Auswirkungen haben und 2014 einen ausgeglichenen Finanzhaushalt bringen sollen. Diesen politischen Prozess müssen wir als Exekutive mit Ihnen zusammen "ausjassen".

Ich bitte Sie nochmals, das seit Jahren bestehende Vertrauen in Köniz zwischen Gemeinderat und Parlament, auch im Bereich der Budgetberatungen, nicht einfach leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Wir wollen das Stabilisierungsprogramm mit Ihnen zusammen erarbeiten. Vertrauen ist hier wichtig, aber auch die harte politische Auseinandersetzung. Die Exekutive hat in der Vergangenheit bewiesen, dass Sie die Finanzen im Griff hat. Der Bilanzfehlbetrag ist abgebaut worden und es konnten Reserven geschaffen werden. Es besteht deshalb kein Grund für Misstrauen der Exekutive gegenüber.

Es geht hier um Vertrauen für die Zukunft, Vertrauen das wir gegenseitig haben müssen. Wir müssen uns aufeinander verlassen können, wenn es ans Eingemachte geht.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Wird der Voranschlag 2011 zurückgewiesen, können im Personalbereich neue Stellen nicht besetzt werden und Beförderungen nicht vorgenommen werden. Abgesehen von unabdingbaren Weiterbildungen können keine Weiterbildungen getätigt werden. Im Sachaufwand können kein Mobiliar, keine Fahrzeuge oder Maschinen angeschafft werden. Wir können keine Honorare sprechen, wenn keine vertraglichen Verpflichtungen aus dem Vorjahr bestehen. Keine neuen Mietverträge, keine neuen Auslandsreisen können getätigt werden, wie auch kein neu geplanter baulicher Unterhalt, sofern nicht Notlösungen für die Abwehr von allfälligem Schaden unumgänglich sind. Bei den Investitionen müssen sämtliche neuen Projekte gestoppt werden. Das ist aus einer Weisung zitiert, die im Jahr 2002 ausgearbeitet werden musste.

---

### **Beschluss**

Der Antrag der FDP- und BDP-Fraktion auf Rückweisung des Voranschlags 2011 wird angenommen.

(abgegebene Stimmen: 20 für Annahme, 20 für Ablehnung. Stichentscheid des Parlamentspräsidenten für Annahme des Rückweisungsantrags.)

---

### **5. Änderung Reglement über die Pensionskasse des Personals der Einwohnergemeinde Köniz**

Beschluss, Direktion Präsidiales und Finanzen

#### **0207 Postulat (überparteilich) "Ausgliederung der Pensionskasse in eine selbständige Körperschaft"**

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Als Unterlagen zu diesem Geschäft haben Sie den Bericht und Antrag des Gemeinderats erhalten sowie je einen Entwurf von Reglement und Verordnung. Wir diskutieren lediglich das Reglement. Wir beraten nicht einen allfälligen Primatwechsel, sondern nur die Verselbstständigung der Pensionskasse. Wir gehen wie folgt vor: Nach dem GPK-Referenten folgen die Voten aus den Fraktionen, dem Parlament und anschliessend die Detailberatung des Reglements. Danach kann, sofern gewünscht, der Erstunterzeichner des Postulats das Wort ergreifen. Nach allfälligen Fraktionsvoten oder Voten aus dem Parlament zur Abschreibung des Postulats erfolgen die Abstimmungen zu Reglement und Abschreibung des Vorstosses getrennt.

**GPK-Referent Rolf Zwahlen (EVP):** Ich danke Gemeindepräsident Luc Mentha und Herrn Baumann, Verwalter der Pensionskasse, für das umfassende Informations- und Prüfungsgespräch, das wir durchführen durften. Die vorliegenden Parlamentsunterlagen sind sehr ausführlich und verständlich, so dass nur wenige Ergänzungen anzubringen sind. Zuerst zum Zeitpunkt der Verselbstständigung. Nebst dem klaren Willen des Parlaments, der bereits

seit 8 Jahren immer wieder bekräftigt und bestätigt worden ist, existiert mit dem bestehenden Reglement ein Konflikt mit dem übergeordneten Recht. Eine Korrektur des Reglements in den Punkten externe Mitgliedschaft und Versicherung eines höheren Lohn nach einer Reduktion des Beschäftigungsgrads muss zwingend umgesetzt werden. Gemeindepräsident Luc Mentha hat mich darüber informiert, dass hier eine Frist gesetzt worden ist, innerhalb dieser der Konflikt behoben sein muss. Weiter ist in Bezug auf den Deckungsgrad der Zeitpunkt gut, die Pensionskasse des Personals der Gemeinde Köniz weist aktuell einen Deckungsgrad von 110 Prozent aus. Allerdings ist dieser Deckungsgrad mit einem technischen Zinssatz von 4 Prozent berechnet, was beim gegenwärtigen Zinsniveau als eher zu hoch zu betrachten ist. Der Deckungsgrad reagiert aufgrund der erwarteten Kapitalerträge relativ sensibel auf den Zinssatz. Bereits bei 3,5 Prozent würde der Deckungsgrad der Pensionskasse unter 100 Prozent sinken. Das heisst, dass die Pensionskasse des Personals der Gemeinde Köniz gesund ist, aber kein Grund für Sorglosigkeit besteht.

Finanzielle Aspekte: Das Eigentum der Pensionskasse ist bereits heute klar abgegrenzt und nicht Bestandteil des Verwaltungsvermögens. Die Übertragung ist vorwiegend Sache der Grundbucheinträge. Vorsicht ist allerdings bei der Eigentumsübertragung des Verwaltungsgebäudes an der Landorfstrasse 1 und dem Grundstück dazu geboten. Der alte Teil des Verwaltungsgebäudes ist der Pensionskasse seinerzeit zum Buchwert von 1 Franken übertragen worden. In diesem Bereich ist man in Gesprächen und mir ist versichert worden, dass bei diesem Objekt die Sorgfalt gewährleistet ist. Die in Aussicht gestellte Steuerbefreiung – das betrifft Handänderungen und Grundstücksgewinnsteuern die bei der Übertragung fällig werden könnten – wird mit allergrösster Wahrscheinlichkeit gewährt, wenn das geänderte Reglement den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Weiter gilt es in Bezug auf die finanziellen Aspekte noch die Kosten für die von der Pensionskasse übernommenen Arbeiten zu beachten, die die Verwaltung in Zukunft im Auftrag der Pensionskasse übernimmt. Ich bitte den Gemeinderat zu überprüfen, ob diese Arbeiten kostendeckend ausgeführt werden können.

Zu einzelnen Artikeln:

Art. 9 betrifft das Primat. Es ist ausdrücklich festgehalten worden, dass er kein Präjudiz darstellt. Bei einem allfälligen Primatwechsel soll nicht darauf gepocht werden, dass dem neuen Reglement gerade erst zugestimmt worden sei.

Eine Ergänzung zu Art. 11, jene Personen mit stark wechselnden Beschäftigungsgraden betreffend, die ausserhalb der Pensionskasse Köniz versichert sind: Diese werden extern versichert, notabene im Beitragsprimat und auf einem Minimalstandard gemäss BVG.

Art. 13 betrifft die Änderungen auf Bundesgesetzebene. Gewisse Mitglieder der Pensionskasse, die nicht innerhalb der Übergangsfrist von 2 Jahren das Grenzalter 58 Jahre erreichen, werden davon betroffen sein.

Ein wichtiger Hinweis scheint mir Art. 14 zu sein: Im alten Reglement waren die Beitragssätze, d. h. 7 Prozent und 8,5 Prozent, fixiert. Neu ist im Reglement nur noch fixiert, wie die Verteilung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen sein soll, währenddem die konkreten Beitragssatz-Lohnprozente in die Kompetenz der Verwaltungskommission der Pensionskasse fallen. Das erscheint sinnvoll, weil hier sehr viel Sachwissen und der Beizug von Experten nötig ist.

In der GPK ist das Reglement unumstritten. Mit 7 : 0 Stimmen wird dem Parlament empfohlen, den vorgeschlagenen Änderungen des Reglements der Pensionskasse des Personals der Einwohnergemeinde Köniz zuzustimmen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Zuhanden des Protokolls erkläre ich, was in der Vorlage in Bezug auf den Primatwechsel festgehalten ist. Der Primatwechsel soll nicht dadurch präjudiziert werden, dass das Geschäft jetzt noch als Leistungsprimat daherkommt. Das Thema Primatwechsel ist und bleibt ein Geschäft, das separat beraten wird.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionsprescher Ruedi Lüthi (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion hat das Reglement intensiv geprüft und wir sind zum Schluss gekommen, diesem mit einigen Verbesserungen zuzustimmen. Ich erläutere diese kurz. Dass die Empfehlungen im Gutachten von Professor Locher berücksichtigt worden sind, wird von uns geschätzt. So können wir beispielsweise durchaus der Entflechtung des Gemeindepräsidenten und Präsidenten der Verwaltungskommission in Personalunion zustimmen. Auch gegen die Mindestverzinsung wehren wir uns nicht gross. Zu denken gibt uns aber, dass sich der Gemeinderat und die Gemeinde quasi aus der politischen Verpflichtung abmelden, d. h. auf die heute bestehende Garantie soll verzichtet werden. Im Gutachten von Professor Locher ist enthalten, dass eine



solche Garantie keine finanzielle oder rechtliche Pflicht ist, sondern rein politischer Wille, ob der Arbeitgeber dazu steht. Dass der Primatwechsel andernorts geklappt habe wird oft erwähnt. Es hat sich jedoch gezeigt, dass dem nicht so ist. So hat beispielsweise der Kanton Bern die Staatsgarantie wieder aufgenommen, weil man der Meinung ist, dass diese Vorteile beinhaltet. Für eine allenfalls notwendige Sanierung einer unterdeckten Pensionskasse hat man länger Zeit. So kann beispielsweise die Lehrer-Pensionskasse nur dank der Staatsgarantie längerfristig finanziert werden. Wir haben vorhin gehört, dass der Deckungsgrad der Pensionskasse des Personals der Einwohnergemeinde Köniz 110 Prozent beträgt. Wird der Zinssatz variabel gestaltet, sinkt er aber rasch unter 100 Prozent. Auch dort ist es richtig, dass der Arbeitgeber die Verpflichtung wahrnimmt. Ein anderes Beispiel: Auch in der Bundesverwaltung wurde abgesichert, nicht mit einer Garantie, aber mit einer Sammeleinrichtung in der verschiedene geschlossene Vorsorgeeinrichtungen sind wie z. B. die Pensionierten der Swisscom. Weil sie keine Pensionierten übernehmen musste, ist die Swisscom somit in einer idealen Situation. Aus diesem Grund können keine Vergleiche angestellt werden. Wer hilft schon bei Sanierungen von Pensionskassen, in denen nur Rentner sind? Sicher auch der ehemalige Arbeitgeber. In der Gemeinde Köniz – deren Pensionskasse zwar noch gesund ist – soll man sich bewusst sein, dass man sich als Arbeitnehmer verpflichtet, auch bei der Pensionskasse zu helfen. Ich werde in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.

**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** Was lange währt, wird endlich gut. Soll die Betonung aber auf "lange" oder auf "gut" liegen? 2002 hat mein Vorgänger aufgrund eines Geschäfts das dem damaligen GGR vorgelegt worden ist bemerkt, dass die Pensionskasse keine eigene Rechtspersönlichkeit hat. Aufgrund dessen ist die Motion 0207 "Überparteiliche Motion betr. Ausgliederung der Pensionskasse in eine selbständige Körperschaft" eingereicht und als Postulat erheblich erklärt worden. Damit die eigene Rechtspersönlichkeit der Pensionskasse nun Wirklichkeit wird, ist ein achtjähriger Prozess in Gang gesetzt worden. Ich verzichte auf die Aufführung der Gründe und halte mich mit Kritik am Umstand zurück, dass die Änderung der Rechtspersönlichkeit so viel Zeit in Anspruch genommen hat, auch wenn man sich des Eindrucks nicht ganz erwehren kann, die einen oder anderen Probleme seien ausgesessen worden und die Freude und Bereitschaft an der Umsetzung von Veränderungen sei noch nicht sehr gross. Das Reglement der Pensionskasse des Personals der Einwohnergemeinde Köniz ist aufgeteilt worden in ein Reglement über die Pensionskasse des Personals der Einwohnergemeinde Köniz und in eine Vorsorgeverordnung der Pensionskasse des Personals der Einwohnergemeinde Köniz. Diese Aufteilung macht Sinn und stellt insbesondere die operativ notwendige Flexibilität für die Festlegung der Beiträge sicher. Wenn eine Garantie gemäss dem Antrag von Ruedi Lüthi eingeführt wird, hat dies gemäss meiner Einschätzung die kleine Nebenwirkung, dass die Beiträge früher heraufgesetzt werden.<sup>5</sup> Im Hinblick auf die bevorstehende Primat-Diskussion bin ich froh, dass dies gesagt worden ist. Ich verweise auf Art. 8 der besagt, dass die Beiträge frühestens dann gesenkt werden dürfen, wenn die notwendige Reserve aufgebaut ist. Eine Beitragssenkung wäre aber auch dann noch nicht akzeptabel, weil wir für einen allfälligen Primatwechsel eine gewisse Reserve benötigen. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu wie auch der Abschreibung des Postulats.

**Fraktionssprecher Heinz Engi (FDP):** Im Grundsatz kann die Abschreibung des Postulats befürwortet werden. Gemeindepräsident Luc Mentha hat vorhin gesagt, die beiden ausstehenden Motionen zum Reglementsentswurf können unabhängig bearbeitet werden. Die FDP-Fraktion ist sich jedoch nicht schlüssig geworden, ob nicht doch ein Zusammenhang zwischen den beiden Motionen betreffend Primatwechsel und dem Reglement besteht. Mit der Genehmigung des Reglements wird die Kompetenz bezüglich Pensionskasse geteilt. Das Parlament hat Einfluss auf das Reglement, die Verwaltungskommission erhält Gewicht und bestimmt die Ausgestaltung der Finanzierung der Leistungen. Insbesondere die Festlegung der Beitragssätze, der Einkaufstabellen und dadurch die Bestimmungen des technischen Zinssatzes, die Besitzstandsregelungen usw., liegen künftig im Ermessen der Verwaltungskommission. Aus unserer Sicht gibt das Parlament einen beträchtlichen Teil der Mitbestimmung an die Verwaltungskommission ab. Das soll im Grundsatz so sein, aber vor der Abstimmung über die beiden eingereichten Motionen betreffend Primatwechsel können wir nicht einschätzen was geschieht, wenn das Parlament einem Primatwechsel zustimmt und die politisch geführte Verwaltungskommission sich gegen diesen Entscheid sträubt oder ihn – wie vorgesehen – in eigener Kompetenz umsetzt.

<sup>5</sup> An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Präzisierung verlangt.

Die FDP-Fraktion Köniz wird den Änderungen des Reglements über die Pensionskasse des Personals der Einwohnergemeinde Köniz nicht zustimmen. Ebenfalls wird sie die Abschreibung des Postulats ablehnen. Sobald Klarheit über den Primatwechsel herrscht, kann die FDP-Fraktion Köniz der Ausgliederung der Pensionskasse in eine eigene Körperschaft zustimmen.

**Fraktionssprecherin Ursula Wyss (Grüne):** Die Fraktion der Grünen erklärt sich sowohl mit der Verselbstständigung der Pensionskasse als auch mit der Abschreibung des Postulats gemäss dem Antrag des Gemeinderats einverstanden. Bei den vorgeschlagenen Änderungen im Reglement sind uns zwei Punkte positiv aufgefallen: In Art. 7 Abs. 2 sollen bei der Anlagestrategie ausdrücklich Umwelt- und Sozialkriterien beigezogen werden. Das scheint uns sehr sinnvoll. Positiv zu erwähnen ist, dass in Art. 14 Abs. 2 der Arbeitgeber-Beitragsanteil höher ist als jener der Arbeitnehmenden. Ich habe aber auch Fragen. Das Thema Steuerbefreiung ist mir nicht klar. Auf Seite 6 sind Verwaltungskosten aufgeführt, die die Pensionskasse neu jährlich an die Gemeinde bezahlen muss. Ist dieser Betrag irgendwo im Voranschlag 2011 enthalten? Ich bin nicht fündig geworden.

Eine Bemerkung zu den erhaltenen Unterlagen: Für einen Laien wie mich ist der Text sehr schwierig zu verstehen. Das Wesentliche zu finden, hat viel Zeit benötigt. Ich sehe z. B. nirgends eine Begründung, wieso man sich für die öffentlich-rechtliche und nicht für die privatrechtliche Form entschieden hat. Genau das hätte mich interessiert. Die Kostenaufstellung musste ich, um sie zu verstehen, mehrere Male durchlesen.

**Fraktionssprecher Philipp Guéra (BDP):** Die BDP-Fraktion wird beiden Anträgen des Gemeinderats zustimmen. Der Gemeinderat hat anlässlich der letzten Diskussion über den Primatwechsel darauf hingewiesen, dass vor einem allfälligen Wechsel Anpassungen an das übergeordnete Recht sowie an die rechtliche Verselbstständigung notwendig sind. Die BDP-Fraktion ist der Meinung, es könnte sogar sinnvoll und von Vorteil sein, wenn vor der Primatfrage die rechtliche und personelle Ausgliederung und eine eigene Struktur geschaffen werden. Es erscheint deshalb logisch, dass im Reglement weiterhin in Art. 9 das Leistungsprimat erwähnt ist. Aus unserer Sicht ist es aber auch höchste Zeit, den Vorstoss aus dem Jahr 2002 endlich zu erledigen. Auch wenn es sich um eine komplexe Materie mit vielen Betroffenen und entsprechenden Folgekosten handelt, misst sich daran immer wieder die Effizienz der politischen Abläufe. Zu den vorgeschlagenen materiellen Änderungen hat die BDP-Fraktion keine Ergänzungen oder Bemerkungen. Es ist von der Erlassstufe und den Kompetenzabgrenzungen her klar, dass die Trennung in ein Reglement und in eine Verordnung zu erfolgen hat. Man kann immer mit gewissen Ausführungsbestimmungen in Verordnungen nicht einverstanden sein, auch wir haben hier teilweise geschmunzelt. Ein Fragezeichen könnte beispielsweise hinter Art. 21 der Verordnung gestellt werden betreffend Ehegattenrente. Wieso hier für die über 40-Jährigen nur noch eine Ehedauer von 2 Jahren verlangt wird, ist uns nicht klar geworden.

Weil im Pensionskassenbereich erhebliche Geldwertinteressen im Spiel sind – Stichworte sind Finanzierung oder Risikoverteilung – wird die weitere Entwicklung genau zu beobachten sein. Ebenso wird den diesbezüglichen Bereichen im neuen Personalrecht besondere Beachtung geschenkt, um bestehenden unterschiedlichen Interessenlagen, der Altersstruktur und schliesslich der Finanzierbarkeit ausgewogen Rechnung tragen zu können.

**Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP):** In den KMU-Betrieben – mein Unternehmen ist ein KMU-Betrieb – sind viele solcher Reglemente vorhanden. Im vorliegenden Reglement ist einiges enthalten, das gegenüber einem KMU-Reglement sehr differiert. In Art. 14, Verwaltungsratskommission, sind Personen aus dem Gemeinderat vertreten, aber niemand der eigentlichen Zahler – die Volksvertreter – dieser Pensionskasse. Vielleicht verstehe ich hier aber etwas falsch. Ich bitte um Klärung der Sachlage.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich danke für die doch mehrheitlich positive Aufnahme des Geschäfts.

Zu Ruedi Lüthi: Wenn eine Staatsgarantie – in unserem Fall eine Gemeindeggarantie – besteht, hat eine Kasse in einem allfällig notwendigen Sanierungsfall etwas mehr Zeit für die Sanierung. Im Unterschied zum Gesagten bedeutet dies, dass Beitragserhöhungen später und weniger scharf vorgenommen werden müssen. Beitragserhöhungen betreffen auch die Steuerzahler der Gemeinde Köniz, weil die Arbeitgeberbeiträge ins Budget aufgenommen werden müssen. Es hat tatsächlich gewisse Vorteile und ist auch richtig, wie Ruedi Lüthi erwähnt hat, dass der Grosse Rat des Kantons Bern im Falle der Lehrerversicherungskasse die Staatsgarantie wieder eingeführt hat, damit der Sanierungsweg sanfter beschritten werden kann und dadurch letztlich der Staatshaushalt weniger belastet wird. Aus einer gewissen logischen Ableitung des Gutachtens von Professor Locher – das Ihnen mit den Unterlagen die Pensionskasse betreffend, früher einmal zugestellt worden ist und das der GPK-Referent nochmals als

Unterlage erhalten hat – haben wir Folgendes abgeleitet: Wenn schon verselbstständigt wird, ist die Gemeindegarantie zu streichen. Ich könnte mit einer Bestimmung leben, in der die Gemeindegarantie weitergeführt wird, weil sie im Sanierungsfall tatsächlich zu sanfteren Methoden greift.

Zu Hermann Gysel, der Folgendes festhielt: "Was lange währt, wird endlich gut.", "das Problem ist ausgesessen worden". Ich bin dem Parlament ausserordentlich dankbar, dass die Nachsicht mit uns vorhanden ist, was die Umsetzung der Verselbstständigung anbelangt. Durch das Abwarten konnte das schwerwiegende Problem des höher versicherten Verdienstes gelöst werden, der bei Pensenreduktion aufrechterhalten werden soll. Per 1. Januar 2011 wird auf Bundesebene die neue Regelung in Kraft treten, die wir in unser Reglement übernommen haben. Damit konnte verhindert werden, dass ungefähr 26 Personen wegen einigen wenigen fehlenden Monaten in einen Freizügigkeitsfall gefallen wären und später erhebliche Rentenkürzungen hätten in Kauf nehmen müssen. Hier kann man wirklich der Meinung sein: "Was lange währt, wird endlich gut."

Zu Heinz Engi: Weil in Bezug auf die externe Kassenmitgliedschaft und auf den höher versicherten Verdienst noch Bestimmungen im Reglement enthalten sind, die eigentlich nicht aufrechterhalten werden können, stehen wir tatsächlich vonseiten der Aufsichtsbehörde unter Druck. Wir haben bereits eine zweite Mahnung. Eine weitere Mahnung mit Fristandrohung für die Revision des Pensionskassenreglements konnte nur durch ein Schreiben verhindert werden. Wir haben darin mitgeteilt, dass die Verselbstständigung bis Ende Jahr erledigt ist und per 1. Januar 2011 in Kraft tritt. In diesem Zusammenhang werden die beiden Bestimmungen entsprechend angepasst. Wird die Vorlage hier im Parlament nicht beraten, haben wir ein Problem mit der kantonalen Aufsichtsbehörde.

Zu Ursula Wyss: Sie hat in Bezug auf die wiederkehrenden Kosten sehr hohe Zahlen genannt. Diese sind im Voranschlag vorhanden und werden der Pensionskasse bereits heute belastet. Wir haben einmalige externe Kosten – geschätzte 50'000 Franken – für die Treuhandgesellschaft. Diese sind nicht im Budget enthalten und wir hoffen, dass wir diese noch etwas senken und auffangen können. Die wiederkehrenden Ausgaben sind jedoch jeweils in den Budgets enthalten.

Zu Heinz Nacht: Er hat seine Position als KMU-Vertreter bekanntgegeben und dafür votiert, dass auf Arbeitgeberseite nicht in der Pensionskasse versicherte Personen in der Verwaltungskommission vertreten sein sollten. In der Verwaltungskommission sind von vier Vertretungen drei nicht versicherte externe Mitglieder. Der Präsident der Verwaltungskommission und ein zweites Mitglied haben Wohnsitz in der Gemeinde Köniz. Die Volksvertretung ist somit sehr wohl vorhanden. Dass ich als Gemeindepräsident und Gesamtverantwortlicher für das Personalwesen, in der Verwaltungskommission bin, macht in meinen Augen Sinn. Die Pensionskasse und der ganze Human-Ressourcen-Bereich müssen miteinander verzahnt sein. Die einen Geschichten müssen mit den anderen abgestimmt sein und dass mindestens eine Vertretung des Gemeinderats in der Verwaltungskommission Einsitz hat, macht durchaus Sinn. Die Haltung von Heinz Nacht ist in meinen Augen auch deshalb etwas sonderbar, weil ich unzählige KMU kenne, in deren Pensionskassenstiftungen CEO- und Kaderpersonen Einsitz in der Führung der Pensionskasse haben. Gerade in der KMU-Welt ist das ein durchaus übliches Modell.

Ich danke für die mehrheitlich positive Aufnahme mit Blick auf die Gemeindegarantie. Ich könnte mit einer Bestimmung leben – das allerdings ohne Abstimmung mit dem Gesamtgemeinderat –, die die Gemeindegarantie aufrechterhält. Der Gesamtgemeinderat war entsprechend der Logik der Meinung, die Gemeindegarantie sei bei einer Verselbstständigung aufzuheben.

### **Detailberatung**

#### **Vermögen und Finanzierung, Art. 6 - 8**

**Ruedi Lüthi (SP):** Ich stelle einen Antrag in Bezug auf die Gemeindegarantie: "Gemeindegarantie Art. 8, Abs. 1a: So lange der Deckungsgrad weniger als 100 Prozent beträgt, übernimmt die Gemeinde die Garantie für die Ausrichtung der Leistungen der Pensionskasse. Abs. 1b: Die Gemeindegarantie fällt mit der Genehmigung der Rechnung desjenigen Jahres dahin, in dem erstmals ein Deckungsgrad von 100 Prozent ausgewiesen wird. Abs. 2: Angeschlossene Institutionen haben die vorgenannten Garantien für die Mitglieder selbst zu übernehmen." Die Gemeindegarantie ist nichts anderes als eine Rückversicherung. So lange der Deckungsgrad über 100 Prozent beträgt, ist keine Gemeindegarantie notwendig. Das vereinfacht die Ausfinanzierung und Richtigstellung der Pensionskasse. Die Pensionskasse des Personals der Einwohnergemeinde Köniz hat zurzeit einen Deckungsgrad von 110 Prozent. Für eine Vollfinanzierung müsste ein Deckungsgrad von mindestens 123

Prozent vorhanden sein. Die Gemeindeggarantie muss nur dann beigezogen werden, sollte es ganz schief gehen. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

**Rolf Zwahlen (EVP):** Bei diesem Antrag stellt sich mir eine Frage. In Ziffer b ist festgehalten: "...wenn erstmals ein Deckungsgrad von 100 Prozent ausgewiesen wird." Aus meiner Sicht fällt die Gemeindeggarantie zu diesem Zeitpunkt weg und da die Pensionskasse zurzeit über 100 Prozent Deckungsgrad verfügt, folgere ich, dass dieser Antrag nicht notwendig ist, weil er gleich wieder wegfällt. Wie ist das rechtlich zu verstehen?

### **Grundzüge der Versicherung Art. 9 - 15**

**Heinz Engi (FDP):** Ich spreche zu Art. 14 betreffend Beiträge. Die Empfehlungen aus dem Bericht Guggenheim sind mehr oder weniger übernommen worden und sollten in den kommenden Monaten durch die Verwaltungskommission umgesetzt werden. Was ist die Begründung dafür?

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich verstehe Artikel 8 wie er von Ruedi Lüthi eingeleitet ist in dem Sinn, dass er immer dann zum Tragen kommt, wenn die Pensionskasse in eine Unterdeckung gerät. Meine Beurteilung und die Haltung des Gemeinderats dazu habe ich abgeben. Zum Bericht Guggenheim, auf den wir hinweisen: Einige Aspekte in den heutigen Bestimmungen der Pensionskasse stellen langfristig die nachhaltig stabile Führung der Pensionskasse infrage. Das hängt nur teilweise mit einem Primatwechsel zusammen. Anders ausgedrückt: Es bestehen Fragestellungen, die vertieft analysiert werden müssen und die wir auch durch einen Primatwechsel nicht in den Griff bekommen. Aus dieser Sicht ist es für uns ganz wichtig, dort genau hinzuschauen und die Empfehlungen in der Verwaltungskommission ernsthaft zu prüfen. Wir sind der Auffassung, dass dies nicht verschoben werden kann, bis der Primatwechsel durchgeführt und vollzogen ist.

Ein Ratschlag, den mir Gemeindeggarantie Beatrice Zbinden gerade eben gegeben hat: Falls Sie die Gemeindeggarantie einführen wollen, wird vorgeschlagen, Art. 8 Abs. 1a beizubehalten, Abs. 1b zu streichen und Abs. 2 aufrechtzuerhalten: "Gemeindeggarantie: So lange der Deckungsgrad weniger als 100 Prozent beträgt, übernimmt die Gemeinde die Garantie für die Ausrichtung der Leistungen der Pensionskasse.

**Rolf Zwahlen (EVP):** Zur Gemeindeggarantie: Der Artikel ist aus einer Situation kopiert, in der eine Pensionskasse in die Selbstständigkeit entlassen wird, deren Deckungsgrad unter 100 Prozent liegt. Die Garantie hat Gültigkeit bis ein Deckungsgrad von 100 Prozent erreicht ist. Danach fällt dieser Artikel dahin. Aus diesem Grund wurde der Vorschlag angebracht, Abs. 1b zu streichen, was zur Folge hat, dass Art. 8 bestehen bleibt, auch wenn der Deckungsgrad der Pensionskasse bei 120 Prozent liegt. Damit erkläre ich mich nicht einverstanden. Eines der erklärten Ziele ist, dass die Pensionskasse verselbstständigt wird und sie selber für gesunde Finanzen verantwortlich sein muss.

Zur Abschreibung des Postulats 0207 "Ausgliederung der Pensionskasse in eine selbständige Körperschaft": Wie Fraktionssprecher Hermann Gysel festgehalten hat, empfiehlt die CV/EVP/GLP-Fraktion, der Abschreibung zuzustimmen.

**Philipp Guèra (BDP):** Eine Verständnisfrage: Der Antrag von Ruedi Lüthi bezieht sich meiner Meinung nach auf die Verordnung, die in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Wird der Antrag angenommen, muss er ins Reglement aufgenommen werden. Ich bitte um Erläuterung.

**Ruedi Lüthi (SP):** Mein Antrag bezieht sich auf das Reglement. Im bisherigen Reglement betraf dies Art. 11. Zum Anliegen: Ein Reglement muss nicht erst dann geändert werden, wenn bereits eine Unterdeckung besteht. Sobald die Deckung unter 100 Prozent sinkt, kommt Artikel 8 zur Anwendung und wird wieder aufgehoben, wenn die Deckung über 100 Prozent beträgt. Artikel 8 ist identisch mit dem des Kantons in Bezug auf die Lehrerkasse und es besteht ein Antrag, diesen Artikel beim Kanton generell einzuführen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Der Antrag macht Sinn vor dem heutigen Art. 8 – d. h. als neuer Art. 8 – und er muss im Reglement aufgenommen werden. Alle anderen Artikel würden dadurch nach hinten verschoben.

**Heinz Engi (FDP):** Wir sind an der Verabschiedung eines modernen Reglements. Ich bin der Auffassung, dass ein solches keine Staatsgarantie enthalten darf. Wir sollten dem Bericht von Professor Locher Folge leisten, d. h. dem vorliegenden Reglementsentwurf zustimmen.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Gemeindepräsident Luc Mentha hat empfohlen, Abs. 1 b des Antrags von Ruedi Lüthi im neuen Art. 8 zu streichen. Der bereinigte Antrag lautet: "Gemeindegarantie Art. 8, Abs. 1a: So lange der Deckungsgrad weniger als 100 Prozent beträgt, übernimmt die Gemeinde die Garantie für die Ausrichtung der Leistungen der Pensionskasse. Abs. 2: Angeschlossene Institutionen haben die vorgenannten Garantien für die Mitglieder selbst zu übernehmen."

---

**Beschluss**

Der Antrag von Ruedi Lüthi (SP) wird abgelehnt.  
(abgegebene Stimmen: 11 dafür, 24 dagegen)

---

**Beschluss**

Das Reglement über die Pensionskasse des Personals der Einwohnergemeinde Köniz wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.  
(abgegebene Stimmen: 28 dafür, 7 dagegen)

---

**Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

**6. Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum - Detailbericht**  
Kenntnisnahme; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Dieses Traktandum wird auf die Folgesitzung vom 22. November 2010 verschoben.

**7. 10624 Postulat (Grüne Köniz) "Velonetz Köniz"**  
Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

Dieses Traktandum wird auf die Folgesitzung vom 22. November 2010 verschoben.

**8. 0812 Motion (SP) "Begrenzung der Bauzonenfläche auf dem aktuellen Stand"**  
Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Planung und Verkehr

Dieses Traktandum wird auf die Folgesitzung vom 22. November 2010 verschoben.

**9. 0826 Postulat (Grüne) "Minergie-P oder besser"**  
Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Dieses Traktandum wird auf die Folgesitzung vom 22. November 2010 verschoben.

## 10. 1007 Motion (CVP/EVP/GLP/Grüne und Christoph Salzmann) "Grabfeld für Musliminnen und Muslime"

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

**Ignaz Caminada (CVP):** Alle drei Erstunterzeichnenden werden je verschiedene Aspekte zur vorliegenden Motion ausleuchten. Wäre diese Motion eine Interpellation, würde ich mich von der Antwort des Gemeinderats als nicht befriedigt erklären. Am 15. Februar 2010 haben wir im Parlament auf Antrag des Gemeinderats das Konzept zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Untertitel des Konzepts heisst, ich zitiere Gemeinderat Ueli Studer: "Integration ist ein Geben und Nehmen und geht uns alle an." Auslöser der Motion war der lediglich zweieinhalb Wochen später gefasste Beschluss des Gemeinderats, auf die Schaffung von muslimischen Grabfeldern in der Gemeinde Köniz mangels Bedarf vorerst zu verzichten. Es ist uns ein Anliegen, das Thema nochmals aufzunehmen und breiter zu diskutieren. Das wollten wir mit dem vorliegenden Vorstoss erreichen. Idee ist, positive, aber auch unklare Aspekte aufzulisten, zu analysieren und gemeinsam einen Beschluss zu fassen. In den vier Monaten seit der Einreichung der Motion haben von unserer Seite zahlreiche Gespräche und Abklärungen stattgefunden. Dazu werden sich noch Liz Fischli und Christoph Salzmann äussern. Auch die Verwaltung und der Gemeinderat haben sich – so hoffen wir – dem Thema erneut angenommen. Leider ist die vorliegende Antwort etwas gar knapp ausgefallen, um nicht zu sagen, dass in der Antwort überhaupt nichts darüber enthalten ist, was seit dem 3. März 2010 inhaltlich gegangen ist. Die Ausgangslage hört am 3. März 2010 auf, die Informationen beschreiben lediglich Tätigkeiten im Jahr 2009. Neu hinzugekommen ist nur die formelle Prüfung der Motion durch die Gemeindeschreiberin inklusive Folgerung bei einer Annahme der Motion. Das Thema gelangt zum ersten Mal vor das Parlament. Ich frage mich, was wir heute Abend anhand der Antwort des Gemeinderats besprechen können. Uns ist klar, dass in einer ersten Antwort des Gemeinderats auf eine Motion oder ein Postulat noch kein abschliessender Bericht vorliegen kann und muss. Trotzdem sollten die verschiedenen Aspekte thematisiert werden. Mich würde z. B. ein Abschnitt über die Finanzierung interessieren, d. h. welche zusätzlichen Kosten anfallen könnten. Oder ob es auf irgendeinem Friedhof der Gemeinde Köniz einen Bereich gibt, in dem Gräber in Richtung Mekka ausgerichtet werden könnten. Oder über die Frage zu einer regionalen Lösung. Oder ob die Möglichkeit bestehen würde, zusammen mit anderen Gemeinden eine regionale Lösung zu suchen. Oder welches die Kernaussagen des angesprochenen Merkblatts sind. Oder ob von der einen oder anderen Seite unüberwindbare Hindernisse vorhanden sind, die eine Bestattung gemäss muslimischem Bestattungsritus verunmöglichen. Über den angeblich geringen Bedarf könnten wir uns ebenfalls streiten. Tatsache ist: Wenn bis heute in der Gemeinde Köniz kein Angebot für muslimische Bestattungen vorhanden ist, ist es für Angehörige unmöglich, zusammen mit der Verwaltung innerhalb einiger Tage einen Platz für ein Grab zu finden, das nach Mekka ausgerichtet werden kann. Auf Vorrat nimmt niemand solche Abklärungen vor. Die aufgezeigten Alternativen - die Überführung ins Heimatland oder die Bestattung in teuren Haingräbern – sind nicht tragfähig. Es ist sowohl für Christen als auch für Muslime eine wichtige Phase der Trauer, wenn die Verstorbenen in der Nähe bestattet und die Gräber besucht werden können. Wir fordern von Ausländerinnen und Ausländern, sich zu integrieren, geben ihnen aber gleichzeitig zu verstehen, dass wir ihre Toten nicht gemäss muslimischen Riten bestattet haben wollen. Vor noch nicht vielen Jahrzehnten gab es in der Schweiz noch reformierte und katholische Friedhöfe. Diese Zeiten sind glücklicherweise überwunden und alle können auf dem gleichen Friedhof beerdigt werden. Auf den Friedhöfen der Gemeinde Köniz sind bereits verschiedenste Bestattungsmöglichkeiten möglich oder geplant: Sargreihengräber, Gemeinschaftsgrab, Familiengrab, Urnennische, Gräber für Engelskinder, Waldfriedhof. Jetzt besteht die Möglichkeit, ein Grabfeld für Muslime einzurichten.

Wir halten an der Motion – wie es so schön heisst, mit Richtliniencharakter – fest und bitten Sie, dieses Anliegen zu unterstützen und somit ein Bekenntnis zu unserem Integrationskonzept abzulegen, das wir nicht nur als Papierdokument sehen, sondern das wir gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten umsetzen wollen.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne):** Im Vorfeld zu diesem Thema haben wir Sie diverse Male informiert und auch zu einem Besuch des Muslimgrabfelds im Bremgartenfriedhof in Bern eingeladen. Ich selber war von diesem Muslimgrabfeld sehr beeindruckt. Ausser dass auf den Gräbern keine spezifisch christlichen Symbole vorhanden sind und sie leicht schräg in Richtung Mekka ausgerichtet sind, sind sie unseren Gräbern sehr ähnlich, inklusive brennenden Kerzen und Schmuck. Man spürt, dass diese Menschen und ihre Angehörigen wirklich bei uns

angekommen sind und richtigerweise auch ihre letzte Ruhestätte mitten in unseren Grabfeldern gefunden haben. Erst vor kurzem hat das Winterthurer Stadtparlament ohne Gegenstimme einem Muslimgrabfeld zugestimmt. Bei einem Anteil von 12 Prozent Muslimen ist ein Grabfeld für 360 Beisetzungen bewilligt worden. In unserer Gemeinde wohnen, wenn die Zahlen stimmen – es gibt leider keine verlässliche Statistik – 1'700 Muslime, d. h. ein Anteil von 5 Prozent. Die meisten davon gehören bereits der zweiten oder dritten Generation an, einige sind bereits eingebürgert. Sollen diese Personen, z. B. auch Kinder und Jugendliche, für die Beerdigung in ein Land geschickt werden, das ihnen mehr oder weniger fremd ist? Sollen sie gezwungen sein, bei einem Todesfall von nahen Angehörigen zuerst herauszufinden, ob, wo und wie sie in der Gemeinde Köniz ihre nächsten Angehörigen nach muslimischen Riten beerdigen können? Sollen Sie dafür wirklich mehr als normalerweise bezahlen? Ich denke nicht, dass dies einer Gemeinde wie Köniz würdig ist, die fortschrittlich sein will und sich auch sonst um gute Lebensqualität für Bewohnerinnen und Bewohner bemüht. Auch in dieser Frage möchte ich auf unsere Gemeinde wirklich stolz sein können und auch auf unser Parlament. Wir können im Parlament zum ersten Mal darüber sprechen und mit einem positiven Entscheid heute dem Gemeinderat den Weg für eine gute Lösung ebnen. Für eine Lösung, die mit dem von uns verabschiedeten Integrationskonzept übereinstimmt. Auf die sehr knappe Antwort des Gemeinderats gehe ich nicht mehr weiter ein. Der angeführte geringe Bedarf ist nicht weiter mit Zahlen belegt, weil gar keine Statistik vorhanden ist. Ein Bedarf ist jedoch schon im Einzelfall gegeben, denn unsere muslimischen Mitbewohnerinnen und Mitbewohner haben ein verfassungsmässiges Recht auf ein schickliches Begräbnis entsprechend ihren Riten. Die Garantie der Menschenwürde in der Bundesverfassung und die Religionsfreiheit schützen dieses Recht. Der Staat ist verpflichtet, die Ausübung dieses Rechts zu ermöglichen. Zwar sichert der Gemeinderat zu, dass er die Bestattungen gemäss muslimischem Ritus ermöglichen will. Zurzeit ist dies faktisch nur in Haingräbern möglich, nur dort können Gräber nach Mekka ausgerichtet werden. Das kostet aber den doppelten Tarif. Dass solches nicht geht – so denke ich – ist dem Gemeinderat bewusst. Deshalb stellt er in Aussicht, die Gebührenregelung anzupassen. Das hat wiederum jedoch den Haken, dass Nichtmuslime beanstanden können, für ein Haingrab mehr bezahlen müssen. Auf diesem Weg ist die Angelegenheit rechtlich nicht einwandfrei zu lösen. Sie könnte aber durchaus unkompliziert gelöst werden. Ein geeigneter Platz für ein muslimisches Grabfeld sowie ein Friedhof der über alles Notwendige verfügt, sogar über ein Abdankungsgebäude mit Platz für einen Waschtisch für die rituelle Waschung, ist vorhanden. Die Kosten für den Waschtisch wären die einzigen geringen Zusatzkosten für die Gemeinde. Genaue Zahlen fehlen leider in der Antwort. Offensichtlich bewegen sich alle anderen Kosten im Rahmen der normalen Aufwendungen für die Bereitstellung von Gräbern. Kommt hinzu, dass wir in Bezug auf das Reglement und die Praxis vollumfänglich von den Erfahrungen aus Bern profitieren können.

Ich sehe das eigentliche Problem nicht. Wer sich hier beerdigen lassen will, ist sicher integriert. Mir scheint, es ist nun an uns, auch einen Integrationsschritt zu tun und eine einfache, unbürokratische und rechtsgleiche Lösung zu ermöglichen.

**Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP):** "Angehörige anderer Glaubensrichtungen sind in unserer Gesellschaft integriert, wenn sie auch im Tod ihren Platz mitten unter uns haben." Das hat der ehemalige Berner Gemeinderat Adrian Guggisberg bei der Einweihung der muslimischen Grabfelder im Bremgartenfriedhof vor ungefähr 20 Jahren<sup>6</sup> gesagt. Diese Aussage beeindruckt mich. Sie passt gut zum Könizer Integrationskonzept, zeugt von gegenseitigem Respekt und entspricht dem Geist unseres Könizer Konzepts. Die Zulassung von muslimischen Bestattungsriten ist ein kleiner Beitrag zur Integration. Ein Beitrag deshalb, weil Muslime erkennen können, dass wir sie respektieren, wenn sie sich an unsere Gesetzgebung halten. Ein noch viel grösserer Beitrag ist aber die gemeinsame Diskussion mit muslimischen Organisationen über die Formalitäten der Bestattung; er verursacht keine Kosten. Der Aufwand besteht nun in der Fortsetzung der begonnenen Gespräche mit der muslimischen Gemeinschaft. Gräber in Richtung Mekka auszurichten ist nicht teurer als in irgendeine andere Richtung. Bern hat bereits viel Vorarbeit geleistet. Die muslimischen Gemeinschaften akzeptieren die ausgehandelten Regelungen und der Imam von Bern hat mir telefonisch versichert, dass eine Regelung wie in Bern auch für Köniz gut ist. Andere Themen der Integration sind viel happiger: Das Erlernen der deutschen Sprache, das Verständnis für unsere liberalen Werte, Fragen zum Schulschwimmen, das Selbstbestimmungsrecht unserer Töchter, usw. Das soll uns aber nicht hindern, das in der Motion postulierte kleine und wenig aufwändige Anliegen zu verfolgen. Zum Vorstoss und der Antwort des Gemeinderats haben meine Vorredner bereits gesprochen. Zur Statistik und dem Bedarf: Von Liz Fischli haben wir gehört,

<sup>6</sup> An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

dass keine Statistiken vorliegen. Meine Nachfrage beim Bestattungsdienst verlief auch negativ. Trotzdem kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass kein Bedarf vorhanden ist. Im September haben wir über eine neue Buslinie debattiert und in den Unterlagen war eine Statistik über die Anzahl Einwohner im betroffenen Gebiet und über allfällig zu gehende Distanzen vorhanden. Ich stelle folgende Hochrechnung an: Die Gemeinde Köniz hat rund 39'000 Einwohnende wovon pro Jahr rund 300 sterben. In der Gemeinde Köniz leben ca. 1'700 Muslime, was ungefähr 5 bis 10 Todesfälle pro Jahr ausmacht. Ich erkenne in der Antwort des Gemeinderats, dass er den Muslimen entgegenkommen will. Mit der vorliegenden Lösung bleibt er aber auf halbem Weg stehen. Hier folge ich meinen beiden Vorrednern. Aus meiner Sicht ist es stossend, wenn Angehörigen bestimmter Religionen nur aus teuren Angeboten wählen können, wenn sie gemäss ihren Riten bestattet werden möchten. Das kann aus liberaler Sicht heraus nicht akzeptiert werden. Sollten nicht alle Angebote der Öffentlichkeit allen Einwohnenden der Gemeinde Köniz zu denselben Bedingungen zur Verfügung stehen? Nach Mekka ausgerichtete Reihengrabfelder sind keine Extravaganzen, sondern gehören zum Grundrecht unserer schweizerischen Gesellschaft und sind einfacher zu realisieren als eine rechtlich problematische Revision einer Gebührenordnung.

Ich bitte Sie, auch im Namen der SP/JUSO-Fraktion, der Motion zuzustimmen. Sie hat zwar nur Richtliniencharakter; eine Annahme zeigt dem Gemeinderat aber unsere Grundhaltung und gibt ihm und vor allem der Friedhofverwaltung nochmals Zeit nach Lösungen zu suchen.

**Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP):** Liz Fischli hat mit der Frage, wo das Problem eigentlich liegt, die Frage gestellt. Auch ich weiss es nicht. Wie die Motionäre sind auch wir der Ansicht, dass die Antwort des Gemeinderats etwas gar salopp ist. Allerdings beurteilen wir die inhaltlichen Aussagen anders. Das Parlament hat 2006 das neue Bestattungs- und Friedhofreglement verabschiedet. Ich habe mich persönlich im Rahmen meiner GPK-Tätigkeit für das Reglement stark gemacht. Wir haben explizit die Schaffung weiterer Grabmöglichkeiten eingefügt und ergänzt, dass Grabarten für andere Religionsangehörige möglich sein sollen. Das Parlament hat dies bewusst im Bestattungs- und Friedhofreglement aufgenommen.

Ich halte fest, dass ein geltendes Bestattungs- und Friedhofreglement vorliegt. Für Friedhöfe besteht ein Bestattungskonzept. Heute ist es für alle Religionsgruppen sowie Atheisten möglich, sich in einem Reihengrab bestatten zu lassen. Wer etwas Spezielles wünscht – wie z. B. eine Ausrichtung nach Mekka – muss dafür in einem Haingrab bestattet werden. Reihengräber und Haingräber sind für alle Religionsgruppen wie auch Atheisten gleich teuer. Es gibt keine Rechtsungleichheit, alle Angebote sind für alle gleich. Die Möglichkeit für Muslime, sich in der Gemeinde Köniz bestatten zu lassen, besteht schon lange. Das ist nichts Neues und durchaus machbar. Abklärungen haben gezeigt, dass bereits vor 2006 muslimische Bestattungen vorgenommen worden sind.

Zum Thema Integration: Sie bedeutet den Willen, sich zu integrieren und sich einzubringen. Die hier gehaltene Diskussion müsste von der Bevölkerung ausgehen. Wir stilisieren hier aus meiner Sicht ein Problem herauf, das gar nicht vorhanden ist und versuchen irgendein Reglement zu schaffen, das in der Praxis bisher scheinbar kein Problem war. Ich verstehe die emotionale Komponente der Diskussion nicht, weil sachlich seit Jahren klar ist, wie in der Gemeinde Köniz vorzugehen ist. Ich habe sogar den Eindruck, dass die Diskussion negative Auswirkungen auf die muslimische Gesellschaft haben könnte.

Die FDP-Fraktion lehnt die vorliegende Motion ab.

**Fraktionssprecherin Elisabeth Rügsegger (SVP):** Die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats auf Ablehnung der Motion folgen. Wir verstehen die Intensität und das Gewicht der Forderung nicht ganz, sind doch auf den Friedhöfen der Gemeinde Köniz Felder für Haingräber vorhanden, die den Anforderungen für muslimische Bestattungen erfüllen. Für uns ist gelebte Integration, nebeneinander leben und im Haingrab nebeneinander beerdigt werden. Zudem scheint die Anzahl von muslimischen Begräbnissen so gering zu sein, dass wir der Meinung sind, dass mit der Errichtung von speziellen Grabfeldern bedenkenlos noch zugewartet werden kann.

Die SVP-Fraktion unterstützt den Gemeinderat. Seine sachliche Einstellung, hat nichts mit Fremdenhass zu tun.

**Martin Graber (SP):** Ich habe mich nicht vom Saulus zum Paulus gewandelt. Nach wie vor ist mir die Integration von lebenden Personen wichtiger als jene von verstorbenen. Aber die Einrichtung eines muslimischen Grabfeldes würde keine zusätzlichen Kosten verursachen. Wenn bei den Kosten für Friedhöfe gespart werden soll, müssten wir sie aufheben, auf Gräber verzichten und die Friedhöfe einer einträglicheren Nutzung zuführen. Klar, wollen und können wir alle dies nicht. Wir alle wollen unsere Verstorbenen anständig verabschieden können, wie wir uns dies gewohnt sind. Das wollen alle, auch die Muslime und deshalb werde ich der Motion zustimmen.



**Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP):** Ein Wort zu den Kosten: Richtig ist die Feststellung, dass Muslime in der Gemeinde Köniz in Haingräbern bestattet werden können. Der grosse Unterschied besteht bei den Kosten. Ein Sargreihengrab kostet rund 1'700 Franken, ein Haingrab jedoch rund 3'400 Franken. Ein beträchtlicher Anteil der muslimischen Bevölkerung ist finanziell nicht auf Rosen gebettet. Ein Christ kann zwischen Reihen- oder Haingrab wählen, das ist dem Muslim vorenthalten.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Die aufgeworfenen Fragen beantworte ich gerne. Für den Gemeinderat war der wesentliche Punkt, dass die Nachfrage – gesehen über die letzten drei Jahre – zurzeit sehr gering ist. Deshalb haben wir uns entschlossen, momentan kein Sargreihengrabfeld für Muslime einzurichten.

Zur Nachfrage: Bei den muslimischen Organisationen der Gemeinde Köniz ist bekannt, dass kein muslimisches Grabfeld angeboten wird und deshalb ist die Nachfrage sehr klein. Konkret sind in den letzten zwei Jahren beim Friedhof- und Bestattungsdienst der Gemeinde Köniz keine Anfragen eingetroffen. Auf Nachfrage hin bei einem Bestattungsunternehmen, das muslimische Bestattungen und Überführungen ausrichtet, haben wir die Auskunft erhalten, dass in den letzten drei Jahren weniger als 20 Anfragen pro Jahr aus der Gemeinde Köniz für Bestattungen oder Rückführungen gestellt worden sind. Die meisten Verstorbenen werden zurückgeführt, vor allem solche, die erst im Erwachsenenalter zugewandert sind. In Bern sind vor allem Kinder im muslimischen Grabfeld bestattet, ungefähr 50 Prozent. In den letzten drei Jahren fanden pro Jahr ungefähr zwei bis drei Bestattungen auf den Friedhöfen Köniz und Nesslerenholz in Wabern statt. In Köniz ca. 10 und im Nesslerenholz ca. 6.

Zu den Kosten: Es ist erwähnt worden, dass ein Sargreihengrab günstiger ist als ein Sarghaingrab. Für erwachsene Einwohnende der Gemeinde Köniz kostet ein Sargreihengrab 1'875 Franken, ein Sarghaingrab 3'485 Franken. Für Kinder bis 12 Jahre kostet ein Sargreihengrab 1'650 Franken und ein Sarghaingrab 2'760 Franken. Der evaluierte Standort für ein allfälliges muslimisches Grabfeld wäre im Friedhof Nesslerenholz in Wabern, weil dort alle notwendigen Bedingungen vorhanden wären. Zusätzliche Kosten bestehen in einem kleinen Rahmen. Für ungefähr 5'000 Franken würde der Abdankungsraum mit einem Waschtisch für rituelle Waschungen ergänzt. Diese 5'000 Franken können dem Kredit für den Unterhalt der Friedhöfe entnommen werden.

Die Frage nach einer regionalen Zusammenarbeit wurde in den Raum gestellt. Der Gemeinderat hat dies nicht geprüft, weil die Nachfrage nicht vorhanden ist. Wir arbeiten in sehr vielen Aufgaben mit anderen Gemeinden zusammen und eine solche Zusammenarbeit könnte durchaus geprüft werden. Im Inhalt des angesprochenen Merkblatts geht es vor allem darum, dass sich das allfällige Grabfeld im Nesslerenholz in Wabern befinden würde. Das Grab muss nach Mekka ausgerichtet sein und in der Schweiz müssen Verstorbene in einem Sarg bestattet werden und nicht nur in einem Grabtuch. In diesem Bereich bestehen mit den muslimischen Organisationen aber keine Probleme. Dass die sterblichen Überreste nicht aus einem Grab entfernt werden dürfen, ist auch kein Problem. Wie bei den christlichen Gräbern werden die muslimischen nach 20 Jahren aufgehoben und die sterblichen Überreste in der Erde belassen. Die Totenruhe bleibt nach der Grabaufhebung unangetastet.

Das Fazit: Weil die Nachfrage derart gering ist, haben wir vorläufig davon abgesehen, ein Grabfeld mit Sargreihengräbern für Muslime einzurichten.

---

### **Beschluss**

Die Motion wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: 22 dafür 15 dagegen)

---

### **11. 1008 Motion (BDP) "Park Liebefeld"**

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Dieses Traktandum wird auf die Folgesitzung vom 22. November 2010 verschoben.

## 12. 1009 Postulat (BDP) "Könizer Strombörse"

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Dieses Traktandum wird auf die Folgesitzung vom 22. November 2010 verschoben.

## 13. 1018 Interpellation (Wyss, Grüne) "Köniz Innerorts"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Dieses Traktandum wird auf die Folgesitzung vom 22. November 2010 verschoben.

## 14. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind neu eingereicht worden:

1019 Motion (SP/Juso, Mario Fedeli) "Ombudsstelle Gemeinde Köniz"

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Morgen Dienstag starten wir mit der öffentlichen Mitwirkung zu unserer Richtplanung. Im Rossstall findet eine öffentliche Information statt, wozu Sie alle herzlich eingeladen sind. Wir haben Ihnen eine Kurzfassung auf die Pulte gelegt. Es war wichtig, ein gut lesbares Dokument zu diesem Thema zu erarbeiten. Wir werden alle Parteien mit je einem Ordner bedienen, in dem sämtliche Pläne und Unterlagen sowie ein Fragebogen enthalten sind. Alle Ortsvereine und die Mitglieder aus dem Bevölkerungsforum werden mit je einem Ordner bedient. Im Internet kann die ganze Richtplanung heruntergeladen werden. Alle Dokumente sind unter [www.koeniz.ch/opr](http://www.koeniz.ch/opr) abrufbar. Den Ortsvereinen ist angeboten worden, Informationen vor Ort abzugeben, sofern dies gewünscht ist. Dieses Angebot ist auch für alle Parteien gültig. Am 11. Januar 2011 sind wir in Oberwangen im Restaurant Hirschen um 19.30 Uhr und auch beim Liebefeld-Leist werden wir informieren. Interessenten können sich an mich wenden.

Zur Berichterstattung in der Zeitung "Der Bund": "Köniz will bis 2030 40 Hektaren Land neu einzonen. Beim Lesen des Textes konnte festgestellt werden, dass dieser im Widerspruch zum Titel stand. Das haben wir so nicht kommuniziert. "Der Bund" wird morgen ein Korrigendum bringen.

An der Hessestrasse gilt neu die Höchstgeschwindigkeit 30 km/h. Da das Wetter im November gut war, konnten die Arbeiten schneller als geplant beendet werden. Am Morgen und am Mittag wird je eine Securitas-Person für die Sicherheit der Schulkinder dort anwesend sein, wo der Fussgängerstreifen aufgehoben ist. Zusammen mit Elternpatrouillen werden diese Personen den Schulkindern helfen, sich in der neuen Situation zurechtzufinden.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Auf Ihren Pulten liegt die Einladung für eine Informationsveranstaltung in Bezug auf die Erschliessung der Gemeinde Köniz mit Glasfaserkabeln. Am 7. Dezember 2010 werden wir zusammen mit der Swisscom die so genannte "Roll-out-Planung" vorstellen. Dort können alle wesentlichen Fragen beantwortet werden.

**Urs Maibach (Grüne):** Den Artikel im "Bund" habe ich gelesen. Ich habe mich beim "Bund" informiert und die Antwort erhalten, morgen werde ein Korrigendum abgedruckt. Nach der Konsultation der heute erhaltenen Kurzfassung der Richtplanung muss ich den "Bund"-Journalisten jedoch in Schutz nehmen. Wenn man die darin enthaltenen Informationen liest, ist verständlich, weshalb der Titel so lautet. Auf Seite 13 steht: "So dürfen aufgrund einer überwiesenen Motion des Parlaments in der bevorstehenden Überarbeitung der Nutzungspläne, welche auf den Zeithorizont von 15 Jahren ausgerichtet ist, die Bauzonenflächen insgesamt nicht erweitert werden." Die Abstimmung über die Nutzungszone wird ungefähr 2014/2015 stattfinden. Ich zähle zusammen: 2014/15 plus 20 Jahre macht das Jahr 2030. In der Kurzfassung steht weiter: "Nach einer realistischen Einschätzung ist davon auszugehen, dass zur Erreichung des Bevölkerungsziels bis ins Jahr 2030 rund 30 Hektaren neu eingezont werden müssen." Der "Bund"-journalist hat somit richtig gelesen. Auf Seite 12 der Kurzinformation steht noch viel irreführender geschrieben: "Wenn dieser Trend bis 2030 anhält, dann müssen allein zum Halten der heutigen Bevölkerung rund 1'000 Wohnungen

gebaut respektive rund 30 Hektaren neu überbaut werden. Zur Ermöglichung der zusätzlichen Bevölkerung von 2'500 Einwohnern kommen 1'300 Wohnungen bzw. rund 40 Hektaren hinzu." Ich bitte den Gemeinderat anlässlich der Information von morgen die Sachlage richtig darzustellen.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Leider muss ich Gemeinderätin Katrin Sedlmayer mitteilen, dass einer der beiden Lifte der Türme in Niederwangen seit heute defekt ist.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Wird das Langsamverkehrskonzept im vorhin von Gemeinderätin Katrin Sedlmayer erwähnten Ordner enthalten sein?

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Im Ordner wird das Langsamverkehrskonzept nicht enthalten sein. Alle 78 Massnahmen des Langsamverkehrskonzepts sind in einem Massnahmenblatt in einer Kurzfassung aufgenommen. Das Langsamverkehrskonzept wird auf der Website aufgeschaltet.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Ich danke Gemeinderat Ueli Studer für sein Votum für die Ablehnung des Rückweisungsantrags des Voranschlags 2011.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich teile mit, dass der Gemeinderat ein Gesuch um Fristverlängerung für die Beantwortung der Vorstösse in Bezug auf die Pensionskasse bis April 2011 eingereicht hat. Das ist vom Parlamentsbüro heute bewilligt worden. Es macht Sinn, diese Vorstösse fundiert abklären zu lassen.  
Am 22. November 2011 treffen wir uns für die Folgesitzung und beginnen mit Traktandum 6.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren  
Parlamentspräsident

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament







## Begrüssung

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich begrüsse Sie zur Folgesitzung der Parlamentssitzung vom 15. November 2010. Wir beraten jene Geschäfte, die aus zeitlichen Gründen am letzten Montag nicht mehr diskutiert werden konnten.

Es sind 33 Parlamentsmitglieder, nach dem Eintreffen von Barbara Perriard um 19.20 Uhr, 34 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Da Hermann Gysel abwesend ist, übernimmt Annemarie Berlinger-Staub die Stimmzählung. Betreffend dem Mikrofon, das für die Parlamentsmitglieder bereitsteht, gebe ich auf Wunsch der Technik folgende Information bekannt: Am Mikrofon muss nicht manipuliert werden, d. h. es muss weder herauf- noch heruntergeschraubt werden, die Aufnahmen sind so oder so klar und deutlich.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Heute werden gemäss der Traktandenliste vom 15. November 2010 die Traktanden 6 bis 9 und 11 bis 13 beraten, Traktandum 10 ist an der letzten Sitzung behandelt worden.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

## Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum- Detailbericht

Kenntnisnahme; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Als Sitzungsakten zu diesem Geschäft haben Sie den Bericht und Antrag des Gemeinderats erhalten sowie einen Detailbericht. Wir gehen wie folgt vor: Anschliessend an das Votum der GPK-Referentin erfolgen die Fraktionsvoten, die Einzelvoten, eine allfällige Diskussion und die Abstimmung. Es findet keine Detailberatung statt.

**GPK-Referentin Stephanie Staub-Muheim (SP):** Auf Zahlen und Auswertungen des Berichts "Subjektive Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum in der Gemeinde Köniz" gehe ich nicht im Detail ein, sondern ich picke lediglich einige Daten aus dem Bericht heraus, die weder subjektiv noch objektiv zu bewerten sind.

Zuerst halte ich fest, dass das allgemeine Sicherheitsgefühl in der Gemeinde Köniz sowohl tagsüber wie auch nachts als gut bis sehr gut bezeichnet werden kann. Dem Bericht kann entnommen werden, dass Lebensqualität mit Sicherheitsempfinden zusammenhängt und sie vor allem tagsüber auch als sehr hoch gewertet wird. Die Direktion Sicherheit und Liegenschaften (DSL) hat mir versichert, dass die Zusammenarbeit mit der Firma DemoSCOPE – die aus fünf Mitbewerbern ausgewählte Firma für die Ausarbeitung des Berichts – sehr gut war. Die Firma DemoSCOPE ging direkt auf die Wünsche der Gemeinde Köniz ein. Bei der Auswertung ist die Feststellung interessant, dass trotz zwei verschiedenen Arten der Befragung – eine telefonisch bei Bürger/innen ab 18 Jahren, zum Teil mit Vorgaben und eine bei Schüler/innen, die Antworten ankreuzen oder spontan schriftlich festhalten konnten – sehr viele Bewertungen und Aspekte deckungsgleich waren. Insgesamt sind 806 Interviews bei Bürgerinnen und Bürgern gemacht worden und 967 bei Schülerinnen und Schülern, eine doch grosse Stichprobenauswertung. Aufgrund von parlamentarischen Vorstössen und von Vandalenakten bei Schulanlagen ist das Thema Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum in der Gemeinde Köniz vom Gemeinderat in die Legislaturziele 2006 – 2009 aufgenommen worden. Alt Gemeinderätin Marianne Streiff konnte bereits letztes Jahr die Resultate der Befragung bekanntgeben. Der Massnahmenkatalog und die direktionsübergreifende Zusammenarbeit sind unter Gemeinderat Urs Wilk erarbeitet worden und liegen nun vor. Das Ziel "Die Könizer Bevölkerung fühlt sich sicher im öffentlichen Raum" ist gemäss der Bevölkerungsumfrage erreicht worden. Zum Teil sind die Erwartungen sogar übertroffen worden. Ein pikantes Detail ist, dass für 27 Prozent der Befragten der Strassenverkehr und die

Verkehrszunahme dringend zu lösende Sicherheitsprobleme sind. Erst danach folgen Kriminalität und Gewalt. Bei den telefonischen Umfragen ist darauf geachtet worden, dass sowohl die Altersstrukturen ab 18 Jahren als auch in den einzelnen Ortsteilen die Anzahl Befragungen gemäss den Einwohnerzahlen berücksichtigt worden sind. An den Schulen ist für die Befragung jeweils die Oberstufe berücksichtigt worden. Bei den beiden Umfragen haben sich interessante Unterschiede ergeben. Während sich bei den Erwachsenen nur ein Viertel nachts unsicher fühlt, sind es bei den Jugendlichen zwei Drittel. Zu den unsicheren Gegenden in der Nacht zählen Bahnhöfe, Haltestellen des öffentlichen Verkehrs, Freizeitanlagen und Quartiertreffs. Da nicht oder noch nicht motorisierte Jugendliche auf den öV angewiesen sind, gehören sie zu der Kategorie Anwender oder Betroffene und deshalb liegt dieser Prozentsatz deutlich höher als bei den Erwachsenen. Ebenfalls ist festgestellt worden, dass bei den Jugendlichen das Sicherheitsgefühl in den letzten fünf Jahren deutlich abgenommen hat; 13 Prozent sind der Meinung, dass es besser geworden ist und 24 Prozent betrachten es als schlechter. Das, sagt Werner Zahnd, Leiter der Abteilung Sicherheit, sei darauf zurückzuführen, dass sich immer jüngere Jugendliche abends vorwiegend draussen aufhalten und meistens ohne Begleitung von Erwachsenen. Aus den Resultaten der Befragung sind im Sinn von Sofortmassnahmen Leistungen bei der Kapo (Kantonspolizei) Bern eingekauft worden, die im Massnahmenkatalog detailliert zu erfassen sind. So nimmt die Kapo z. B. in Brennpunkten bei Bahnhöfen so genannte Berondungen vor. Auf die Frage, ob dies nicht nur ein Tropfen auf den berühmten heissen Stein sei, erklärt Werner Zahnd, dass die Routen nie gleich sind und somit nicht klar ist, wo genau eine Überwachung jeweils stattfindet. Mehr Polizeipräsenz wird von beiden Kategorien gewünscht. Weder von der Bevölkerung noch von den Schüler/innen, sind Videoaufnahmen gewünscht. Im Gegensatz zur Auswertung möchte der Gemeinderat aber eine neue Arbeitsgruppe "Sicherheit im öffentlichen Raum" gründen und ein Reglement für die Videoüberwachung auf öffentlichem Raum in Auftrag geben. Da mehrere Vandalenakte in Schulanlagen stattgefunden haben, die für die Gemeinde hohe Kosten zur Folge haben, erachtet es der Gemeinderat trotz der Befragung als wichtig, den Einsatz von Videogeräten zu prüfen und allenfalls zu reglementieren.

Die organisatorische Neuausrichtung im Bereich Sicherheit im öffentlichen Raum hat zum Ziel, dass alle involvierten Verwaltungsstellen in der Gemeinde Köniz koordiniert werden. Die Zusammenarbeit hinsichtlich der ordnungspolizeilichen und der sozialen Massnahmen im öffentlichen Raum sind damit koordiniert und verbessert. Bei Bedarf können die Runden Tische hinzugezogen werden. Der Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen Raum, der Arbeitsgruppe Jugend sowie den Runden Tischen werden die Aufgaben und Zuständigkeiten entsprechend zugeordnet.

Der Begriff Sicherheit ist wohl immer subjektiv, das hängt mit der Betroffenheit eines jeden Einzelnen zusammen. Durch gezielte Fragen betreffend Verhalten, Aufenthalt in der Gemeinde, etc. wird jedoch die Sicherheit thematisiert und somit zu einer objektiven Grösse bestimmt. Werden Sprayereien oder Tags entfernt und das Littering abtransportiert, ist das nicht nur gemäss dem Motto "wehret den Anfängen" oder "the first broken window", sondern diese Arbeit ist sehr wichtig. Beim Entfernen von Littering gibt es allfällige Zielkonflikte, da nur der Verursacher auf der Strasse gebüsst werden kann, nicht aber die Firma, die das Einweggeschirr liefert. Mit diesen Anbietern kann die Verwaltung aber Verträge aushandeln.

Zu den Finanzen: Für die Bevölkerungsbefragung wurde ein Nachkredit in der Höhe von 62'000 Franken bewilligt. Die neuen Konzepte und vorgeschlagenen Massnahmen sind im Voranschlag 2011 enthalten. Damit das gute Sicherheitsniveau gehalten werden kann, müssen die Gemeinde und der Steuerzahler bereit sein, Geld in die Sicherheit zu investieren, z. B. in zusätzliche Kapo-Stunden für Berondungen, für die Zusammenarbeit der beiden Direktionen DSL und DSB und den Arbeitsgruppen oder für das Einschalten der Runden Tische. Durch diese In-den-Weg geleitete Massnahmen, Koordinationen und Neuausrichtungen im Bereich Sicherheit im öffentlichen Raum, können wir hoffen, dass das hohe Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung gehalten wird und keine gravierenden Probleme wie z. B. ein Drogenumschlagplatz im Park Liebefeld oder Sexualdelikte an Schulen je aktuell werden.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP):** Wir danken dem Gemeinderat für die ausführlichen Abklärungen und den vorliegenden Bericht. Die Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum ist schon lange ein Kernthema der FDP und wir Bürgerinnen und Bürger sind immer wieder indirekt – leider ab und zu auch direkt – betroffen, wenn die Sicherheit versagt. Gerade vor einer Woche konnte der Tagespresse entnommen werden, dass in Köniz Polizisten



mit Feuerwerk beworfen worden sind und Verstärkung anfordern mussten. Am 16. November 2010 ist in Schüpfen die Wiedereinführung von Videokameras im Bahnhofsbereich diskutiert worden. Der gut verfasste Detailbericht zur Thematik ist sehr wertvoll und richtungweisend. Die Kombination einer Bevölkerungsbefragung mit der Befragung von Oberstufen-Schülerinnen und –Schülern erscheint uns sinnvoll.

Zu den Resultaten und Massnahmen: Die Diskrepanz in der Beurteilung der Sicherheit durch die beiden Gruppen haben wir als sehr interessant und etwas unerwartet gewertet. Gewalt scheint sich meist unter den Jugendlichen selber abzuspielen und bleibt vielfach vor den Erwachsenen verborgen. Ein Hauptproblem in Bezug auf die Sicherheit scheinen für die Jugendlichen besonders die Abend- und Nachtzeiten und dies an bestimmten Standorten – öV-Haltestellen, Freizeitanlagen, Bahnhöfe, Schulareale – zu sein. Erschreckend ist in unseren Augen, dass 35 Prozent der befragten Jugendlichen ausgesagt haben, dass sie sich am Abend und in der Nacht draussen im öffentlichen Raum der Gemeinde nicht sicher fühlen. Ebenfalls erschreckend ist die Aussage, dass in den letzten fünf Jahren immerhin 10 Prozent der Erwachsenen und 14 Prozent der Oberstufenschüler/-innen der Gemeinde Köniz Opfer einer Straftat geworden sind. Das ist aber nicht nur ein Könizer-Problem, sondern auch in anderen Gemeinden und Städten der Fall.

Die Schlussfolgerungen für den Gemeinderat sehen wir wie folgt: Die von den Befragten geäusserten Sicherheitsanliegen müssen ernst genommen werden und das werden sie auch. Lösungen müssen raschmöglichst gesucht werden. Die genannten Unsicherheitszonen in der Nacht müssen angegangen und konkrete Massnahmen sind umzusetzen. Die Videoüberwachung sehen wir nach wie vor als eine sinnvolle Möglichkeit, auch wenn die Umfrage dies nicht so populär beurteilt hat. Ich als Arzt erlaube mir folgende Bemerkung: Videoüberwachung ist etwa so wenig populär wie die Grippeimpfung, sie hat aber einen sehr guten präventiven Charakter und wirkt erst noch gut. Die Videoüberwachung muss thematisiert werden.

Die FDP-Fraktion fordert deshalb von der neu gebildeten Arbeitsgruppe "Sicherheit im öffentlichen Raum", dass Richtlinien betreffend Videoüberwachung geschaffen werden.

Die am 15. September 2010 beschlossenen Massnahmen des Gemeinderats sind ein sehr guter Schritt in die richtige Richtung, um die Probleme der Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum anzugehen.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Die Fraktion der Grünen findet den vorgelegten Bericht grossmehrheitlich gut. Er ist eine nützliche Basis für das Angehen guter Massnahmen, um die aufgezeigten Schwachstellen anzugehen. Grossmehrheitlich deshalb, weil nicht alle mit allen Punkten des gemeinderätlichen Fazits einverstanden sind. Ich komme darauf zurück. Zwar ist auch uns aufgefallen, wie prominent der Verkehr als Gefahr – mindestens für die Erwachsenen – hervorgekommen ist. Kontrolle und Verkehrserziehung sind sicher wichtig, für längerfristig nachhaltige Verbesserungen müssen aber unbedingt entschiedenere Massnahmen im Langsamverkehr, im Veloverkehr und in der Steuerung des Verkehrsflusses geplant und umgesetzt werden. Ich komme zum Schwachpunkt: Die unsichere Situation von mindestens einem Drittel der Jugendlichen kommt im Fazit des Gemeinderats zu wenig deutlich zum Ausdruck. Denn nur zwei Drittel der Jugendlichen sind mit der Lebensqualität zufrieden und das ist zu wenig. Wenn sich mehr als ein Drittel der Jugendlichen ab 18.00 Uhr draussen nicht mehr sicher fühlt, ist das bedenklich. Dem muss Rechnung getragen werden. Zum Glück ist diese Situation bei den vorgeschlagenen Massnahmen durchaus berücksichtigt worden. Auch die Juk (Jugendarbeit Köniz) weist in ihrem Jahresbericht darauf hin, dass sich die Jugendlichen gerne am Abend draussen befinden. Wer selber Jugendliche in der Familie hat, weiss das. Oft kommen die Jugendlichen auch am Abend heim vom Sport, von der Musik oder anderen Tätigkeiten und wir sind froh, wenn sie sich dann sicher fühlen und sicher sind. Die Situation der Jugendlichen ist nicht so gut wie sie sein sollte. Der Bericht zeigt auf, dass das grösste Problem für die Jugendlichen nicht der Strassenverkehr ist, sondern die Bedrohung durch Gewalt und Jugendkriminalität. Ein grosser Teil der Gewalt spielt sich sogar unter ihnen selber ab und bleibt uns Erwachsenen oft verborgen. Hier besteht klarer Handlungsbedarf. Auch der Bericht kommt auf Seite 24 zu diesem Schluss und sogar die Jugendlichen selber wünschen sich mehr Polizeischutz. Eine Schwierigkeit ist sicher, dass Jugendliche, manchmal schon Kinder, uns Erwachsenen lange nichts von ihren Schwierigkeiten mit Gewalt, Mobbing oder anderen Angriffen erzählen. Sie sind oft in einem Alter, in dem solches überhaupt nicht cool ist. Man will die Probleme zuerst selber bewältigen. Vielleicht besteht sogar die Angst, dass man umso mehr befürchten muss, wenn man etwas erzählt. Um hier weiter zu kommen, muss mit den Jugendlichen auf einer Vertrauensbasis gearbeitet

werden können. Deshalb wäre z. B. die letzte Massnahme gut, die der Gemeinderat im Massnahmenpaket auflistet: In Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern ist ein Projekt geplant, dass die Sicherheit und den Vandalismus auf den Schul- und Sportanlagen aus gesellschaftlicher Sicht angehen soll." Leider fehlt aber genau dort ein Zeitplan und es verwundert auch nicht, wenn wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass bei der Schulsozialarbeit gespart werden muss. Wollen wir aber für Jugendliche und Kinder Effektives leisten, das sie selber packt und einbezieht, muss das dort angegangen werden, wo sie sich selber am meisten und längsten aufhalten, und das ist die Schule. Aus diesem Blickwinkel ist die Arbeit der Schulsozialarbeitenden deshalb sehr wichtig. Gerade in den Schulen kann mit ihnen verbindlich an einem gewaltfreien Klima und an fairen Konfliktlösungen gearbeitet werden. Das bedingt aber verlässliche Beziehungen und dafür müssen die Schulsozialarbeitenden greifbar sein. Sie müssen täglich Vertrauen aufbauen können und die Mechanismen zu verstehen versuchen. Deshalb können die Schulsozialarbeitenden nur bedingt für mehrere Schulen gleichzeitig eingesetzt werden. Ich bin überzeugt, dass hier am falschen Ort gespart wird und bitte den Gemeinderat, dort nochmals gut hinzuschauen und auf die Erfahrungen der Schulsozialarbeitenden vor Ort zu hören. Die übrigen für die Gewaltprävention von Jugendlichen vorgesehenen Massnahmen begrüessen wir, ganz besonders zielführend finden wir in den verschiedenen Ortsteilen die Arbeit der Juk und die Runden Tische. Die Erfahrungen vor Ort zeigen, dass diese sehr wichtig sind für die Analyse und die Bewältigung von schwierigen Situationen. Auch in Wabern wurde mit einem Runden Tisch sehr gute Erfahrungen gemacht. Anwohnende, der Quartierverein, Eltern, Schulen und Kirchen sind einbezogen worden. Man hat sich ernst genommen gefühlt, wenn etwas passiert ist, man konnte sich austauschen, man lernte die Ansprechpersonen der Jugendarbeit und der Polizei direkt kennen und hat Tipps erhalten. Aus dem Runden Tisch sind zum Teil freiwillige Massnahmen entstanden, z. B. in Wabern die Sommerabendspaziergänge, die einerseits zum Dialog und andererseits auch der Beruhigung gedient haben. Wir begrüessen auch die Neuorganisation der Arbeitsgruppe.

Barbara Perriard trifft ein.

**Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP):** Ich habe den Bericht mit Interesse gelesen und mit Freude festgestellt, dass die Gemeinde Köniz für viele Bewohnerinnen und Bewohner – ob alt oder jung – eine sichere Gemeinde mit einer hohen Lebensqualität ist. Aber auch die Gemeinde Köniz ist nicht perfekt und deshalb ist es wichtig, dass die Resultate nicht ad acta gelegt werden, sondern die Gefühle und Ängste wirklich ernst genommen werden, dass man sich aber auch daran freut, dass es in der Gemeinde gut läuft. Der Gemeinderat hat dem mit der Ausarbeitung des Massnahmenplans Rechnung getragen. Es sind Massnahmen enthalten, die auf die Bevölkerung zugehen und sie animiert, die Lebensqualität auf freiwilliger Basis zu optimieren, z. B. durch die Runden Tische, die in verschiedenen Orten organisiert werden oder die so genannten Visi-Speed-Geräte, mit welchen sich Autofahrende selber kontrollieren können. Einigen können diese Massnahmen einen Stoss in die richtige Richtung geben, wie z. B. das Büssen von Littering oder die Überwachung von Schulanlagen und Brennpunkten durch Sicherheitsunternehmen. So ergänzen sich die Massnahmen sehr gut. Ich betone, dass die CVP/EVP/GLP-Fraktion die Ausarbeitung eines Reglements für die Überwachung im öffentlichen Raum befürwortet. Natürlich kann durch einen solchen Katalog nicht erreicht werden, dass im nächsten Bericht alle Balken nur noch grün sind und wir keine Probleme mehr haben. Es sind jedoch wichtige Schritte für die Erhöhung der Lebensqualität in der Gemeinde Köniz. Vor allem müssen wir uns bewusst sein, dass die Lebensqualität und die Sicherheit nicht einfach nur durch solche Massnahmen steigen, sondern dass wir alle selber gefordert sind, Abfall zu entsorgen oder in einer brenzligen Situation Zivilcourage zu zeigen.

**Fraktionssprecher Thomas Verdun (SVP):** Seit es Leben auf der Erde gibt, ist Sicherheit ein zentrales Thema. Der Zeitpunkt für eine subjektive Sicherheitsbefragung ist immer gegeben. Die Umfrage ist wichtig und es ist sehr gut gearbeitet worden. Die SVP-Fraktion spricht hier ihren Dank aus. Mit grossem persönlichem und beruflichem Interesse habe ich den Bericht gelesen und erkläre mich von den Resultaten als nicht erstaunt, weil ich genau so empfinde. Ich bin ausserdem der Meinung, dass der Bericht auf sämtliche Agglomerationsgemeinden rund um Bern zutrifft. Er zeigt die Tendenzen klar auf, erfreuliche wie auch sehr bedenkliche und er gibt uns die Möglichkeit, entsprechend anzusetzen. Bedenklich ist in unseren Augen, dass es sich grösstenteils um gesellschaftliche Probleme handelt. Die Sicherheit beginnt in unseren Augen daheim am Familientisch. Wie löst man solches, wo kann die Sicherheit gesteigert werden? Es ist eine riesige Aufgabe und wir dürfen uns nicht verleiten lassen, indem wir nur noch bei einer

Firma Stunden für Überwachungen einkaufen. Das wäre der falsche Weg. Es ist sicher ein Mittel unter vielen, aber nicht mehr. Ich animiere Sie alle im Raum, selber Initiative zu ergreifen. Wir danken für den Bericht, er wird Kosten auslösen. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecherin Anna Mäder (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat für das Erstellen des Sicherheitsberichts, der über die subjektive Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum informiert. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst und schätzt den Bericht sehr. Wir äussern uns jedoch teilweise auch kritisch zu den vom Gemeinderat beschlossenen Massnahmen. Dazu später. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass das subjektive Sichwohl-fühlen ein wichtiges Gut ist. Es ist kein absolutes Kriterium, aber wir unterstützen, dass der Gemeinderat genau hinschaut und benennt, wo es im Zusammenleben im öffentlichen Raum Probleme gibt. In den Augen der SP/JUSO-Fraktion – darauf sind wir stolz – ist sehr erfreulich, dass die Lebensqualität in Köniz als hoch empfunden wird. Der Bericht zeigt klar auf, dass eine Mehrheit der Befragten der Meinung ist, dass sich die Sicherheitslage auf einem eher stabilen Niveau bewegt. Das ist grundsätzlich erfreulich und doch etwas erstaunlich, weil die durch die Presse vermittelte Wahrnehmung eine etwas andere ist. Die Befragung zeigt nun aber, dass jedenfalls in der Gemeinde Köniz die Sicherheitslage in den letzten Jahren als stabil empfunden wird. Überraschend ist, dass bei den Erwachsenen 30 Prozent spontan den Strassenverkehr bzw. die Verkehrszunahme als dringendstes Sicherheitsproblem in der Gemeinde Köniz benennen. Zu denken muss uns das vor allem auch geben, weil dieser Wert gemäss der Firma DemoSCOPE höher liegt als in anderen Kantonen, wo dieselbe Frage gestellt worden ist. Hier sehen wir Handlungsbedarf. Sorgfältig zeigt der Bericht auch auf, wie sich das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und der Schülerinnen und Schüler im Einzelnen darstellt. Während sich die meisten Personen tagsüber sicher fühlen, sinkt das Sicherheitsempfinden nachts deutlich. Insbesondere Jugendliche fühlen sich am Abend draussen unsicher, auch das muss zu denken geben und hier besteht klarer Handlungsbedarf. Ebenfalls Handlungsbedarf besteht bei den Problembereichen Littering und Vandalismus. Vor allem Bahnhöfe scheinen in der Nacht unsichere Gegenden zu sein, das ist schlecht, weil Bahnhöfe schlecht gemieden werden können, wenn man mit der Bahn unterwegs ist. Auch hier ist hinzuschauen, weil diese wichtigen Drehscheiben des öffentlichen Verkehrs sicher sein müssen. Wir stellen im Weiteren fest: Die Polizeipräsenz wird von der Bevölkerung geschätzt, von 39 Prozent der Bevölkerung werden noch mehr Patrouillengänge verlangt und von 24 Prozent mehr Verkehrsüberwachung. Aus dieser Forderung ist ein grosses Vertrauen gegenüber der Polizei sichtbar; das ist gut so und soll den Ordnungshütern ein Lob sein. Zu denken gibt mir hier, dass Jugendliche ein härteres Durchgreifen der Polizei wünschen. Das ist Zeichen einer verunsicherten Jugend, die Gewalt von ihresgleichen fürchtet, wie im Bericht festgehalten. Hingegen verlangt nur gerade 1 Prozent der Bevölkerung mehr polizeiliche Aktivitäten mittels Videoüberwachung. Dieses Verdikt sollen sich alle im Saal zu Gemüte führen, die seit langem dringenden Handlungsbedarf bei der Videoüberwachung sehen.

Damit komme ich zu den vom Gemeinderat vorgesehenen Massnahmen. Dazu haben wir einige kritische Punkte. Zuerst die positiven: Wir sehen gute Ansätze im Massnahmenpaket – die Festlegung von zusätzlichen Berondungen von Brennpunkten wie Bahnhöfe, Schulanlagen oder Busstationen, die konsequente Durchsetzung des Gesetzes, die Verbesserung des Strassenunterhalts zu Gunsten des Veloverkehrs, die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung im Perimeter von Schulanlagen und Schulwegen –, wobei die Aufzählung nicht abschliessend ist. In anderen Punkten sind wir aber der Meinung, dass die Massnahmen auf halbem Weg stecken bleiben. Weshalb soll die geplante Vereinbarung mit den Fast-Food-Anbietern erst 2013 abgeschlossen werden? Das scheint uns viel zu spät. So viel uns bekannt ist, existiert bereits eine solche Vereinbarung mit Mc Donalds und wenn dem so wäre, handelt es sich um ein Umsetzungs- und nicht um ein Vereinbarungsproblem. Der Gemeinderat will die neu zu gründende Arbeitsgruppe "Sicherheit im öffentlichen Raum" prüfen lassen, ob ein Reglement für die Videoüberwachung geschaffen werden soll. Die SP/JUSO-Fraktion fragt sich, auf welchen Erkenntnissen aus dem Sicherheitsbericht diese Massnahme beruht, weil nur 1 Prozent der Bevölkerung und 13 Prozent der Schüler/-innen mehr polizeiliche Aktivitäten per Videoüberwachung wünschen. Kann es sein, dass die Videoüberwachung ein beliebtes bürgerliches Steckenpferd ist? Einmal mehr: Wir sind für "human power" und nicht für "videopower" und deshalb sind wir der Meinung, dass gestützt auf diesen Bericht die Menge an Berondungen nach oben angepasst werden sollte. Die vorgeschlagene Massnahme des Gemeinderats ist unserer Meinung nach etwas zu zögerlich.

Ein Wort zur Schulsozialarbeit: Richtigerweise wird in den Massnahmen die gezielte Betreuung von auffälligen Jugendlichen unter anderem durch die Schulsozialarbeit aufgeführt. An und für sich sind wir der Meinung, dass sie eine gute und geeignete Massnahme gegen die

aufgedeckten Sicherheitsdefizite der verunsicherten Jugendlichen ist. Genau diese Massnahme steht aber auf der Liste der Ausgabenkürzungen, wie vom Gemeinderat im zurückgewiesenen Voranschlag 2011 vorgeschlagen. Wie soll das gehen? Das muss anders gelöst werden.

Der Sicherheitsbericht wird von der SP/JUSO-Fraktion an und für sich zustimmend zur Kenntnis genommen, die Massnahmen überzeugen aber nicht in allen Punkten. Deshalb wird die SP/JUSO-Fraktion insgesamt mehrheitlich teilweise zustimmend Kenntnis vom Bericht nehmen.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Ich danke für mehrheitlich sehr positive Aufnahme des Sicherheitsberichts. Die Befragung ist 2009 durchgeführt worden und alt Gemeinderätin Marianne Streiff konnte im Dezember 2009 darüber informieren. Dass der Antrag des Gemeinderats erst jetzt vorliegt, ist mir fast ein wenig peinlich, denn ich hätte ihn gerne früher vorgelegt. Bei der Analyse des Sicherheitsberichts kamen wir aber zum Schluss, dass gewisse Massnahmen umgesetzt werden müssen und dafür benötigten wir Zeit. Der grösste Zeitaufwand wurde für den Umbau der so genannten "Koordinationsgruppe soziale Sicherheit" – im Bericht Beilage 3 – in die beiden Arbeitsgruppen "Jugend" und "Sicherheit" benötigt. Das ist in meinen Augen die erste wichtige Konsequenz des Sicherheitsberichts. Festgestellt worden ist, dass sich vornehmlich Jugendliche am Abend unsicher fühlen. Anna Mäder hat richtig festgehalten, dass auch wir zum Schluss gekommen sind, dass sie Angst vor ihren eigenen Kreisen haben. Die "Arbeitsgruppe Jugend" will sich genau diesem Problem annehmen. Alles was Schule, Schulsozialarbeit, Jugendorganisationen betrifft, ist in dieser Arbeitsgruppe vertreten. Die Arbeitsgruppe arbeitet mit Runden Tischen. Im vergangenen Jahr durfte ich persönlich erleben, was ein solcher Runder Tisch bewirken kann. In Schliern bestanden grosse Schwierigkeiten bei einer Bushaltestation. Einerseits konnte mit polizeilichen Massnahmen, andererseits aber mit dem Runden Tisch und zusammen mit der Juk Köniz eine Beruhigung der Situation geschaffen werden. An diesem Runden Tisch diskutieren 25 Personen aus allen Kreisen – Kirche, Schule, Hauswarte, Polizei – konstruktiv und zielführend über Massnahmen und deren Umsetzung. Die "Arbeitsgruppe Jugend" ist selbstständiger und etwas losgelöst von der Arbeitsgruppe "Sicherheit im öffentlichen Raum", in welcher ich Einsitz habe, die eher für die repressiven Angelegenheiten zuständig ist. Diese Trennung ist in meinen Augen sehr wichtig. Die zweite wichtige Konsequenz sind die von Gemeinderat beschlossenen Massnahmen. Wenn Anna Mäder moniert, dass die Verträge mit Fast-Food-Anbietern in Bezug auf das Littering erst 2013 abgeschlossen werden: Wir haben diese Massnahme als Ziel in die Legislaturplanung aufgenommen und wollen dies bis spätestens 2013 abschliessen. Die Bestrebungen beginnen jedoch schon viel früher.

Der Bericht ist auch in meinen Augen eine gute Basis für die Beurteilung des Sicherheitsempfindens der Könizer Bevölkerung und ich habe Freude daran, dass dieses so positiv ausgefallen ist. Es gibt immer Punkte wo man der Meinung sein kann, dass mehr getan werden muss. Das tun wir auch. Der Kontakt zur Kantonspolizei ist sehr eng. Wünsche für Änderungen von Berondungen oder für die Bewachung von Brennpunkten können wir fast wöchentlich anbringen. Wir arbeiten während gewissen Phasen mit den "Broncos" zusammen. Ich erinnere an die Halloween-Nacht, wo dank diesen Sicherheitspersonen grosse Schäden vermieden werden konnten. Ein Wort zur Videoüberwachung: Der Gemeinderat hat diese nicht in den Massnahmenkatalog aufgenommen, weil sie zurzeit Mode ist, sondern weil bis Ende September 2010 bei den Schulanlagen bereits Vandalenschäden von mehr als 70'000 Franken zu verzeichnen sind. Insbesondere in einer Schulanlage sind erhebliche Schäden verursacht worden: Zwei Mal sind grosse Fensterscheiben zu Bruch gegangen. Mit sehr viel Glück konnte eine Verursachergruppe erwischt werden. Die andere leider nicht. Weil einige Jugendliche nicht wissen was sich gehört, müssen für die Behebung der Schäden Steuergelder ausgegeben werden, die andernorts sinnvoller eingesetzt werden könnten. Deshalb bin ich der Meinung, dass der Entscheid des Gemeinderats richtig ist, die Ausarbeitung eines solchen Reglements zu prüfen.

---

### **Beschluss**

Das Parlament nimmt zustimmend Kenntnis vom Detailbericht der Bevölkerungsbefragung zum Thema Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum in der Gemeinde Köniz, sowie von den vom Gemeinderat beschlossenen Massnahmen und der organisatorischen Neuausrichtung im Bereich „Sicherheit im öffentlichen Raum“.

(abgegebene Stimmen: 27 zustimmend, 7 teilweise zustimmend)

---

## 0624 Postulat (Grüne Köniz) "Velonetz Köniz"

Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Der Vorstoss beinhaltet drei Forderungen: Erstens die Ausscheidung von Velo-Hauptachsen, die wirkliches Potenzial haben und diese zu sicheren, attraktiven und schnellen Verbindungen zu machen. Zweitens fordern wir eine durchgehende Markierung oder Signalisation von Velorouten. Drittens fordern wir die Information der Bevölkerung. Der Gemeinderat hat für mehr als 100'000 Franken ein Langsamverkehrskonzept in Auftrag gegeben. Mit folgenden Aussagen: Erstens zu den Hauptachsen: "Es wurde bewusst auf die Definition eines Hauptnetzes verzichtet." Zweitens werden die Themen Markierung und Beschilderung im Konzept sehr spärlich behandelt und es bestehen keine Hinweise darauf, was und wie beschildert werden soll. Es besteht auch kein Konzept für die Markierung. Drittens ist in Bezug auf die von uns geforderte Information der Bevölkerung im Langsamverkehrskonzept dasselbe aufgeführt wie bereits im Vorstoss: "Die Realisierung der Massnahmen ist durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten." Es ist nicht ausgeführt, wie genau diese aussehen soll.

Einen solchen Prüfbericht wie er jetzt vorliegt, haben wir nicht gefordert und ich hoffe, dass uns niemand den Vorwurf macht, wir hätten hohe Kosten verursacht. Wir haben im Vorstoss einen lösungsorientierten Ansatz gewünscht. Massnahmen sollen dort ergriffen werden, wo sich der grösste Teil der Velofahrenden bewegt und dort wo eine Route grosses Potenzial hat. Drei weitere Bemerkungen zum Langsamverkehrskonzept: Das Konzept ist defizitorientiert und sucht nach Schwachstellen. Das ist sehr ausführlich dokumentiert und wir hoffen, dass damit eine wichtige Grundlage für zukünftige Planungen geschaffen wird. Das Konzept ist im GIS-System der Gemeinde Köniz (Geo-Informations-System). Leider musste ich feststellen, dass das Konzept auch kontraproduktiv sein kann. Die gefährlichste Stelle auf meinem Arbeitsweg befindet sich für mich persönlich auf der Kirchstrasse bei der Abzweigung in den Frisingweg. Diese Stelle ist nicht im Langsamverkehrskonzept enthalten. Anlässlich der Debatte über die Sanierung der Kirchstrasse habe ich darauf hingewiesen. Die Antwort der Verwaltung: Diese Stelle sei nicht im Langsamverkehrskonzept enthalten und deshalb drängen sich keine Massnahmen auf. Ich hoffe, dass dies nicht der zukünftige Umgang mit dem Langsamverkehrskonzept ist. Im Langsamverkehrskonzept sind auch Widersprüche enthalten. Immer wieder ist von Netzlücken die Rede, ohne dass überhaupt ein Netz definiert ist. Von Alternativrouten ist die Rede, ohne dass diese in einem Gesamtzusammenhang dargestellt sind. Die Karten bieten dafür keine gute Übersicht. Auch die Aussagen bezüglich Markierung und Signalisation sind spärlich und widersprüchlich. Der beste Teil befindet sich in meinen Augen auf Seite 42, die umsetzungsorientierte Zusammenfassung der Massnahmenpakete. Aber auch in diesem Massnahmenpaket ist kein Wort über die Beschilderung enthalten.

Das Langsamverkehrskonzept ist teuer, defizitorientiert, nicht immer konsistent und entspricht vor allem nicht den Forderungen im Vorstoss. Ich persönlich würde vom Langsamverkehrskonzept ablehnend Kenntnis nehmen, so ich könnte.

Die Frage ist jedoch, ob der Vorstoss abgeschrieben werden soll oder nicht. Der Vorstoss hat eine "Slalom-Geschichte" hinter sich. Eingereicht worden ist er als Motion, überwiesen als Postulat. Beantwortet wurde er mit einem sehr umfangreichen Bericht, aber in der Wirkung hat er den Stellenwert einer Motion. Ein grosser Teil der Forderungen werden an anderen Stellen erfüllt, z. B. in der Legislaturplanung. Zwei Netzlücken sollen beseitigt werden und jährlich soll eine Schwachstelle saniert werden. In der Ortsplanungsrevision ist tatsächlich ein Netzplan ausgearbeitet worden mit der Definierung von Haupt- und Nebenrouten. Soweit ich gesehen habe, sind sehr gute Massnahmenblätter vorhanden. Nun müssen die Massnahmen noch umgesetzt werden und alle, die der Abschreibung des Vorstosses zustimmen, bitte ich bei der Umsetzung der Massnahmen mitzuhelfen.

Wir stimmen der Abschreibung des Vorstosses zu, werden aber einen weiteren Vorstoss einreichen, mit dem eine bessere Beschilderung und Markierung der Veloachsen gefordert wird. Das in Koordination mit den umliegenden Gemeinden.

**Fraktionssprecherin Stephanie Staub-Muheim (SP):** Mein Blickwinkel ist ein etwas anderer als der von Hansueli Pestalozzi. Im REK (Raumentwicklungskonzept) ist die Vision Modalsplit –  $\frac{1}{3}$  Autoverkehr,  $\frac{1}{3}$  öffentlicher Verkehr,  $\frac{1}{3}$  Velo- und Fussgängerverkehr – formuliert worden. Ein konsequenter Ausbau eines aktiven und attraktiven Velo- und Fusswegnetzes war dabei die Voraussetzung. Ich danke dem Gemeinderat, allen voran der federführenden Gemeinderätin Katrin Sedlmayer, dass er diese Vision ernst genommen hat, dem Postulat gefolgt ist und das Thema Langsamverkehr als ganzheitliches Konzept in Auftrag gegeben hat. Ich als passionierte

Velofahrerin und Fussgängerin, wie auch die meisten unserer Fraktion, fühlen sich mit unserem langjährigen Anliegen ernst genommen. Zum ersten Mal sind sämtliche Anliegen des Langsamverkehrs in einem ausführlichen Konzept eingebunden und analysiert worden. Der breit angelegte Schlussbericht wird als Grundlage in die Ortsplanungsrevision einfließen und kommt im Rahmen der Ortsplanung zur Vernehmlassung in die Mitwirkung. So habe ich's gelesen und mir dabei gedacht, dass ich allen Einwohnenden der Gemeinde Köniz mitteile, sich im Mitwirkungsverfahren einzugeben. Dann kam die Ernüchterung: Auf der Homepage habe ich kein Langsamverkehrskonzept gefunden. An der Präsentation der Ortsplanungsrevision vom letzten Mittwoch war ich dabei. Im abgegebenen Ordner für das Mitwirkungsverfahren fehlt das Langsamverkehrskonzept. Im Mitwirkungsbericht sind genau vier Fragen zum Langsamverkehrskonzept enthalten. Davon bin sehr enttäuscht und ich bin der Meinung, dass dem Langsamverkehrskonzept deutlich mehr Gewichtung zu geben ist. Weil die Vernehmlassung bereits begonnen hat, mache ich hier auf drei Punkte aufmerksam: Bei Verkehrsanlagen sollte für geradeaus Velofahrende eine separate Velosignalisation angebracht werden. Ist es möglich, das Langsamverkehrskonzept auf der Homepage aufzuschalten? Ist es eventuell möglich, dieses noch an die Betroffenen nachzusenden? Die Verbindung Muhlernstrasse – Stapfenstrasse ist in den Massnahmen enthalten, was mich freut. Ich hoffe, dass bei der Realisierung des Langsamverkehrsprojekts bei der Planung und Realisierung auch ein Velofahrer mit dabei ist, denn ich möchte nicht nach dessen Realisierung für die Bergfahrten einen Flyer kaufen müssen.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke für die beiden Voten und für die kritischen Bemerkungen zum Langsamverkehrskonzept. Das Dokument ist wichtig. Die ganze Gemeinde ist analysiert und die Resultate sind auf eine Datenbank übertragen worden. Gerade vorhin haben wir feststellen müssen, dass der Verkehr unsere Bevölkerung beschäftigt. Aus diesem Grund ist es wichtig, den Verkehr möglichst sicher zu gestalten.

Zu Hansueli Pestalozzi: Ich verstehe, dass er mit dem Langsamverkehrskonzept nicht ganz einverstanden ist, bzw. dass nicht alle Antworten darin enthalten sind. Diese sind aber in den Konzeptplänen Verkehr enthalten, es existiert sowohl für den Fussgänger- und Veloverkehr wie auch für den öV und den MIV (Motorisierter Individualverkehr) je ein Plan auf dem alle Routen eingezeichnet sind. Hansueli Pestalozzi wünscht, dass Velohauptachsen ausgeschieden werden. Wir haben jedoch die Strategie, dass jede Strasse für Velofahrende wichtig ist und alle Strassen für Velofahrende sicher sein sollen, auch die Hauptachsen. Die durchgehende Markierung von Velorouten ist gewünscht. Velorouten sind bereits markiert und wir wollen nicht noch eine weitere Markierung anbringen, da sonst ein "Markierungssalat" entstehen könnte. Zur gewünschten Information der Bevölkerung: Mit der öffentlichen Mitwirkung zur Richtplanung ist über alle Pläne informiert worden. Wir informieren weiter in verschiedenen Ortsteilen der Gemeinde Köniz über die Richtpläne. Der Gemeinderat hat sich das Legislaturziel gesetzt, pro Jahr eine Massnahme aus dem Langsamverkehrskonzept umzusetzen. Wir nehmen dieses ernst.

Stephie Staub hat moniert, dass das Langsamverkehrskonzept in der Ortsplanungsrevision nicht enthalten ist. Das ist richtig, es ist nicht im Ordner enthalten. In den Massnahmenblättern Verkehr sind alle 78 Massnahmen einzeln aufgeführt. Im Internet ist das Langsamverkehrskonzept aufgeschaltet und Dokumente können jederzeit bei der Verwaltung bestellt werden. Stephie Staub-Muheim wünscht separate Ampeln für Velofahrende. Das ist überall dort der Fall, wo Pfortnersignalanlagen vorhanden sind. Wir erklären uns mit dem Langsamverkehrskonzept zufrieden, es sind nicht nur teure Massnahmen aufgezeigt, sondern auch kostengünstige Lösungen. Weitere Inputs können im Rahmen der Richtplanung eingegeben werden. Wir sind froh über Rückmeldungen.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Wir haben den Eindruck, dass auch bei einer vollständigen Umsetzung des Konzepts noch nicht der angestrebte Modalsplit von je  $\frac{1}{3}$  vorhanden sein wird. Wir sind der Meinung, hier muss noch mehr vorgenommen werden. In Bezug auf die Beschilderung: Beschilderungen für nationale und regionale Velorouten, die vor allem dem Freizeitverkehr dienen, sind vorhanden. Es besteht jedoch die Möglichkeit, als so genannt dritte Stufe lokale, kommunale Routen zu markieren, die dann eher dem Pendlerverkehr dienen. Es geht darum, diese Velorouten sichtbar zu machen.

---

## Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

**0812 Motion (SP) "Begrenzung der Bauzonenfläche auf dem aktuellen Stand"**

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Planung und Verkehr

---

**Beschluss**

Die Erfüllungsfrist wird bis 20. Oktober 2012 verlängert.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

**0826 Postulat (Grüne) "Minergie-P oder besser"**

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**Jan Remund (Grüne):** Die Fraktion der Grünen stimmt der Verlängerung der Erfüllungsfrist zu. Die Antwort des Gemeinderats scheint uns allerdings etwas wirr. Es geht uns nicht darum, dass Minergie-P-Häuser gebaut werden. Uns geht es darum, das Ziel in eine Weisung oder in ein Reglement aufzunehmen und in Zukunft gemäss diesem zu handeln. Ausserdem ist die Forderung keineswegs mehr revolutionär. Beispielsweise hat das EU-Parlament beschlossen, dass ab 2018 alle öffentlichen Bauten und ab 2020 alle Gebäude in der EU quasi Null-Energiehäusern entsprechen müssen.

---

**Beschluss**

Die Erfüllungsfrist wird bis 8. Dezember 2012 verlängert.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

**1008 Motion (BDP) "Park Liebefeld"**

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

**Philippe Guéra (BDP):** Der Park Liebefeld ist für die Gemeinde Köniz sehr wichtig. Das kann schon dem Leitbild entnommen werden, wo ein schönes Bild des Parks unter dem Titel "Nachhaltig in die Zukunft" aufgeführt ist. Den Leitsätzen kann entnommen werden, dass "die Pflege des öffentlichen Raumes als Ort der Begegnung" als Handlungsschwerpunkt definiert ist, "mit hoher Verfügbarkeit öffentlicher Plätze und Einrichtungen für Jung und Alt und mit einer ansprechenden, zeitgemässen Gestaltung." In der Ortsplanungsrevision ist unter der Rubrik "Siedlungsqualität" ebenfalls der Park als Marketingmittel und Werbeträger aufgeführt. Wenn künftig all dem nachgelebt wird, was hier aufgeführt ist, muss man sich weder um die Zukunft des Parks noch um die Entwicklung der Gemeinde Köniz irgendwelche Sorgen machen. So einfach ist es aber bekanntlich nicht. Ein Wort zur Medienmitteilung vom 11. November 2010 des Gemeinderats, respektive zur Berichterstattung im "Bund" am Tag danach: Auch hier befindet man sich beim Lesen auf einem idyllischen Spaziergang durch den namhaft verbesserten Park. Die sehr komplette Berichterstattung inklusive den tragischen Flugunfall des Fischreihers, hat einen kleinen Schönheitsfehler: Die Motion bleibt gänzlich unerwähnt. Die Schilderung über das angestrebte Gleichgewicht im Teich zwischen Fried- und Raubfischen lässt uns aber ganz schnell wieder in die politische Realität zurückkehren. Bekanntlich gibt es in der Tierwelt und in der Politik immer sehr gut getarnte Exemplare.

Zur Motion: Mit politischen Vorstössen ist es wie mit Medikamenteneinnahme verschwunden wären, bzw. wem oder was die Wirkung zu verdanken ist. Die BDP-Fraktion hat die Motion gestartet, weil aus finanziellen Gründen ein sofortiger Ausbaustopp zur Diskussion gestanden ist. Die Motion ist von der Hälfte der Parlamentsmitglieder unterzeichnet worden, die FDP-Fraktion hat aufgrund Bedenken in Bezug auf die Glaubwürdigkeit auf die Unterzeichnung verzichtet. Im Vergleich zum Frühling 2010 präsentiert sich der Park Liebefeld heute in einem stark verbesserten und gebrauchsfähigen Zustand, was der Zielrichtung der Motion entspricht. Die BDP-Fraktion freut sich über das bisher erreichte Ergebnis, dass der Park im Sommer im Sinn unserer Anliegen gestaltet werden konnte und dass er bei der Bevölkerung viel Anklang findet. Dafür gebührt allen Verantwortlichen, von Gemeinderätin Rita Haudenschild bis zur Putzequipe herzlicher Dank. Neues Ziel muss nun aber sein, den aktuellen Stand inklusive Bistro zu halten. Eine Klarstellung: Der Vorstoss der BDP-Fraktion soll kein Kostentreiber sein. Die volle zweite Ausbaustappe muss warten. Weitere kleinere massvolle Verbesserungen

sollten jedoch möglich sein, Ideen dazu bestehen. Aber auch diese haben sich an den zur Verfügung stehenden knapp gewordenen Mitteln zu orientieren.

Die BDP-Fraktion erklärt sich mit dem Antrag des Gemeinderats, die Motion in Bezug auf die Nachbesserungen als Postulat erheblich zu erklären, einverstanden.

Eine kurze Bemerkung zur Begleitgruppe: Wir nehmen zur Kenntnis, dass die bisherige 36-köpfige Begleitgruppe aus der Bauzeit durch eine ständige Begleitgruppe mit maximal neun Personen abgelöst werden soll. Das war uns so nicht bekannt. Wir können uns aber der Auffassung anschliessen, dass die Zusammensetzung der Begleitgruppe grundsätzlich in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Es wird darauf verzichtet, hier irgendwelche Richtlinien vorzugeben. Es wird auch zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat vorsieht, die Begleitgruppe breit abzustützen. Sollte dies nicht der Fall sein, melden wir uns wieder.

Die BDP-Fraktion erklärt sich auch in Bezug auf die Begleitgruppe mit dem Antrag des Gemeinderats einverstanden.

**Fraktionssprecherin Barbara Perriard (FDP):** Weihnachten steht vor der Tür, meine Söhne schreiben fleissig Wunschlisten ans Weihnachtskind. Auch in der Politik können Wunschzettel verfasst werden, aber wir wissen alle, dass das Christkind nicht existiert. Wir müssen realistisch bleiben. Dass der Park Liebefeld realisiert ist, ist gut. Gut ist auch, dass die grosse Fläche grün erhalten werden konnte und der Bevölkerung als Ganzes zur Verfügung steht. Über die Qualität, die Benutzerfreundlichkeit und das Preis-/Leistungsverhältnis von dem, das seinerzeit unter dem doch etwas verräterischen Projektnamen "Oxymoron" – Widerspruch oder Gegensatz – für immerhin 2,5 Millionen Franken designt worden ist, kann man sich trefflich streiten. Es gibt sicher Verbesserungsmöglichkeiten, da gehen wir mit den Motionären einig. Punktuell und pragmatisch sind denn auch Verbesserungen geprüft und teilweise vom Gemeinderat umgesetzt worden. Er listet sie in seiner Antwort auf. Es sind Verbesserungen mit einem konkreten Nutzen und die Attraktivität des Parks ist direkt erhöht worden. Was jedoch darüber hinausgeht, da ist die FDP-Fraktion für einen Marschhalt. Was nichts kostet, ist nichts wert, sagt man. Der Park ist und bleibt uns aber teuer, ich erinnere nur an den Unterhalt. Die finanzielle Situation der Gemeinde Köniz und eine konsequente Haltung gegenüber dem Wunschbedarf erfordert eine Priorisierung der Aufgaben. Einzelne Projekte können und dürfen aus unserer Sicht nicht dem normalen politischen Prozess entzogen und bevorzugt behandelt werden. Ein allfälliger Weiterausbau des Parks muss Einfluss in die Aufgabenüberprüfung haben und in einem breiten Dialog stattfinden. Machen wir das nicht, werden wir selber zu einer Art parlamentarischem Oxymoron, zu einem Widerspruch. Nach dem Entscheid zum Voranschlag 2011 am letzten Montag gilt das noch viel stärker als vorher. Auch in Bezug auf den Ausbau der Begleitgruppe teilen wir die Haltung des Gemeinderats. Es gilt: Gross ist nicht unbedingt besser.

Die FDP-Fraktion empfiehlt Ihnen deshalb die Motion in beiden Punkten abzulehnen.

**Fraktionssprecherin Ursula Wyss (Grüne):** Nach dem Entscheid auf Rückweisung des Voranschlags 2011, unter anderem durch die Motionäre selber, muss der Vorstoss eigentlich zurückgezogen werden. Klar ist seit längerem, dass die zweite Ausbaustufe des Parks aufgrund der angespannten Finanzlage nicht im gewünschten Umfang realisiert werden kann. Aber auch ohne grosse Investitionen hat der Park gerade dieses Jahr sehr viel Farbe und Konturen erhalten. Viele der Motionsforderungen sind bereits erfüllt, z. B. die Verbesserung des Kiesbelags, das Bistro, die Toilettenanlage, die Rutschbahn, usw. Ein Park muss wachsen, er kann nicht von Anfang an fixfertig sein. Je nach Nutzung und Bedürfnis der Benützenden sind Anpassungen nötig. Genau das ist die Strategie des Gemeinderats. Für 2011 ist die Wiedereröffnung des Bistros geplant, das ist sehr gut und kostet die Gemeinde keinen Rappen. Was weiter möglich sein soll, ist abhängig von der finanziellen Situation und wo wir unsere Sparprioritäten setzen wollen. Deshalb macht es absolut keinen Sinn, jetzt schon den Weiterausbau des Parks zu definieren.

Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderats, den ersten Teil des Vorstosses als Postulat zu überweisen.

Eine ständige Begleitgruppe aus 9 Personen ist in unseren Augen sinnvoll. Eine grössere Gruppe wäre zu schwerfällig. Alle Bedürfnisse sind damit abgedeckt, alle Anliegen können eingebracht werden.

Wir stimmen im Bezug auf die Begleitgruppe dem Antrag des Gemeinderats zu.

**Fraktionssprecherin Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Seit der Einreichung der Motion ist ein weiterer Sommer durchs Land gezogen. Für den Park war es ein guter Sommer. Die SP/JUSO-Fraktion hat den Eindruck, dass der Park auf einem guten Weg ist. Wir haben uns



zwar oft und ausführlich darüber unterhalten, was alles noch zu verbessern wäre, haben aber den Eindruck, dass Gutes geschehen ist und das Bistro hat das Seine dazu beigetragen. Wir warten besonders gespannt auf die Auswertung zusammen mit der Kreditabrechnung. Ob all den Wünschen, Zweifeln, Bedenken und Ideen gilt es zu bedenken, dass hier mitten in Köniz ein unbebautes Stück Land ist, was an und für sich schon etwas Grosses ist. Allzu viel darf nicht mehr hineingepackt werden, weil sonst kein Platz mehr für die Benützenden bleibt. Deshalb sollte unserer Meinung nach das Gewicht vor allem auf die Nachbesserungen gelegt und mit neuen Ideen muss eher zurückhaltend umgegangen werden. Wir erklären uns damit einverstanden, die bestehende Begleitgruppe in ihrer Grösse zu belassen.

Die SP/JUSO-Fraktion wird die Motion in Bezug auf die Nachbesserungen als Postulat erheblich erklären und in Bezug auf die Begleitgruppe ablehnen.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Ich war Mitglied der Begleitgruppe, die aus 39 Mitgliedern bestanden hat. Die Arbeit in der Begleitgruppe war spannend und verlief erstaunlicherweise gut und effizient. Ich schlage eine Bresche für die Senioren. Ich bin der Meinung, dass es nicht genügt, wenn eine Person aus der Abteilung Alter, Jugend und Gesundheit vertreten ist, sondern in meinen Augen muss eine Person aus dem Seniorenforum vertreten sein. Das Seniorenforum hat regelmässig an den Sitzungen teilgenommen und konstruktiv mitgearbeitet.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Zum Votum von Barbara Perriard in Bezug auf das Christkind: Kinder glauben noch ans Christkind. Später aber realisieren sie, dass ihre Geschenke durch die Eltern finanziert werden. Mir scheint es, als würde auch die BDP-Fraktion noch ans Christkind glauben und später realisieren, dass die Mittel für die Realisierung der Wünsche von der Gemeinde kommen.

**Martin Graber (SP):** Ich habe eine Frage an Gemeinderätin Rita Haudenschild in Bezug auf den Antrag: Der Gemeinderat stellt den Antrag, die Motion in Bezug auf die Nachbesserungen als Postulat erheblich zu erklären. Mich interessiert, was für einen zusätzlichen Postulatsbericht wir noch erwarten können.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Der Park lebt, er interessiert. Ich danke Philippe Guéra dafür, dass er dieses Interesse ins Parlament gebracht hat. Ich danke ihm für seinen Dank an die Putzequipe, denn diese ist sehr wichtig; sie ist dafür besorgt, dass der Park attraktiv bleibt. Wir haben im Herbst 2010 eine Umfrage zum Betrieb – vor allem auch zum Betrieb des Bistros – vorgenommen. Der Bericht – die Umfrage mit der Auswertung – wird ab Mitte Woche auf der Homepage der Gemeinde Köniz abrufbar sein. Zum Bistro: Wir beabsichtigen, dieses in den nächsten drei Jahren mit den bisherigen Betreibern als Sommerbistro weiter zu betreiben. Sie haben ihr Interesse kundgetan. Die beiden Bedingungen Wirtschaftlichkeit und keine Reklamationen von Anwohnenden in Bezug auf Ruhestörungen sind erfüllt. Die Mittel für allfällige Verbesserungen des Parks werden aus dem laufenden Budget entnommen.

Zu Martin Graber: Wir wollen in dieser Legislatur mit einer Planung prüfen, was in der zweiten Ausbaustufe realisiert werden kann, wenn eine solche aufgrund der Finanzlage überhaupt möglich ist. In der laufenden Legislatur ist im Investitionsplan ein Planungskredit eingestellt. Das muss jedoch mittelfristig verschoben werden. Im Unterhaltsbudget für 2011 ist vorgesehen, beim Bistro einen Behindertenparkplatz zu realisieren. Das Bistro soll in kleinem Umfang ausgebaut werden, was durch die Betreiber realisiert wird. Dazu ist eine Baubewilligung notwendig. Wir möchten die Infostelen realisieren, für die im Unterhaltsbudget 2010 keine Mittel mehr vorhanden waren. Weiterhin haben wir vorgesehen, die Wege so aufzubereiten, dass sie auch für Wagen mit kleineren Rädern befahrbar sind. Mehr liegt zurzeit nicht drin.

Zur Begleitgruppe: In der Parkverordnung haben wir auf der letzten Seite vorgeschlagen, dass eine Begleitgruppe aus 9 Mitgliedern bestehen soll. Es ist absolut möglich, dass ein Mitglied des Seniorenforums Einsitz nehmen kann. Das war so nicht vorgesehen, wir werden dies aber prüfen.

Ich bitte Sie, der Motion gemäss dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

**Martin Graber (SP):** Ich danke Gemeinderätin Rita Haudenschild für ihre Ausführungen. Auch ich habe den Vorstoss unterzeichnet. Mir ist jedoch nicht klar, weshalb der Vorstoss nicht schon abgeschrieben werden soll. Vielleicht könnte mit den dafür eingesparten Mitteln der Basketballplatz verbessert werden. Ich weiss nicht, was der Gemeinderat in einem Bericht Neues schreiben soll. Ich stelle folgenden Antrag: Falls das Postulat erheblich erklärt wird, dieses gleichzeitig abzuschreiben.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Ein grosser Ausbau benötigt eine gute Planung, die alle Kostenfolgen aufzeigen soll. Kleine Verbesserungen werden aus dem laufenden Unterhaltsbudget finanziert. Ich kann nicht genau sagen, was in den nächsten zwei bis drei Jahren alles auf uns zukommt. Wichtig ist aber, dass der Kiesbelag bei den Lindenbäumen verbessert wird, damit die Bäume ungehindert wachsen können. Das wäre die dringendste Ausgabe der zweiten Ausbaustufe.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Wir stimmen zuerst über die beiden Anträge des Gemeinderats ab und anschliessend über den Antrag auf Abschreibung.

---

#### **Beschluss**

Die Motion wird in Bezug auf die Nachbesserungen als Postulat erheblich erklärt.  
(abgegebene Stimmen: 23 dafür, 5 dagegen)

---

#### **Beschluss**

Die Motion wird in Bezug auf die Begleitgruppe abgelehnt.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

#### **Beschluss**

Der Antrag auf Abschreibung des Postulats wird angenommen  
(abgegebene Stimmen: 25 dafür)

---

### **1009 Postulat (BDP) "Könizer Strombörse"**

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

**Franziska Keller (BDP):** Bei der Strombörse geht es um Folgendes: Herr Meier hat Geld, aber keine Zusage für die Einspeisevergütung erhalten. Herr Müller nebenan wäre bereit, mehr für Ökostrom zu bezahlen, hat aber entweder keine Lust oder kein Geld für eine solche Investition. Nun geht es darum, diese beiden Parteien zusammenzubringen. Offensichtlich ist auch der Gemeinderat und die DUB dafür. Wir sind froh, dass der Gemeinderat diese Idee genauer abklären lassen möchte. Eine kleine Ergänzung zum Text: Auf Seite 3 steht: "Der Gemeinderat geht mit den Postulantinnen und Postulanten einig, dass die Idee einer "Könizer Strombörse" geprüft werden soll." Der letzte Satz lautet: "Dies mit dem Ziel, der Könizer Bevölkerung auch längerfristig Alternativen anbieten zu können." Eigentlich ist im Motionstext enthalten, dass sowohl die Wohneigentümer als auch die KMU- und Landwirtschaftsbetriebe bei dieser Idee berücksichtigt werden sollen.

Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären. Wir empfinden die Gemeinde Köniz als fortschrittliche Gemeinde und wären froh, wenn konkrete Massnahmen für die Förderung von erneuerbaren Energien geschaffen werden.

**Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP):** Die Forderung der Prüfung einer Könizer Strombörse deckt sich mit der Energie- und Umweltpolitik der FDP. Grundsätzlich hätten wir die Strombörse auf einer höher gelegenen Ebene bevorzugt, d. h. kantonal oder national, weil sich bei einer solch kleinen Börse die Kosten-/Nutzen-Frage stellt. Die Schaffung einer Strombörse ist zu begrüssen, weil hier Marktinstrumente für Umweltprobleme zu Hilfe genommen werden und Anreize statt Subventionen in der Praxis immer bessere Resultate zeigen. Positiv werten wir auch die Idee in der Antwort, dass die Gemeinde vor allem Aufbauarbeit leisten und die Ausführung dann an Private übergeben werden soll.

Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat für eine Könizer Strombörse einstimmig.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Der Vorstoss tönt einfach und verlockend. Es wird mit ökologischem Strom gehandelt, der lokal produziert und lokal verbraucht wird. In Mittelhäusern ist eine solche Strombörse bereits umgesetzt. In der Strassweid in Mittelhäusern befindet sich eine der grössten Solaranlagen der Gemeinde Köniz, die Strom für 12 Haushaltungen liefert. Abnehmer unseres Stroms sind nicht Private, sondern das Elektrizitätswerk Zürich (EWZ). Dieses hat uns eine Abnahmegarantie von 20 Jahren offeriert, zu fixierten, leicht fallenden Strompreisen. Nur so konnten wir eine Investition von damals mehr als 300'000 Franken auslösen, fast ausschliesslich über private Darlehen. Dank diesem fixen Vertrag können wir die

privaten Darlehen innert 20 Jahren zurückzahlen und zusätzlich einen Zins von 4 Prozent geben. Jetzt, drei Jahre später würde die Investition nur noch zwei Drittel des ursprünglich bezahlten Betrags ausmachen, so stark sinken die Preise in diesem Markt. Für die Produktion von erneuerbarem Strom besteht in der Gemeinde Köniz fast ausschliesslich die Fotovoltaik. Wir schätzen dass das Potenzial auf den 6'800 Gebäuden der Gemeinde Köniz etwa für einen Viertel der Gesamtproduktion an Strom reicht. Wie bereits erwähnt, wird der Solarstrom immer billiger, zurzeit kostet er etwa 50 Rappen pro Kilowattstunde. Wir rechnen damit, dass er jedes Jahr 8 bis 10 Prozent billiger wird. In ungefähr 10 Jahren wird er demnach gleich teuer sein wie Strom aus der Steckdose. Für die Realisierung einer Strombörse ist viel Kapital notwendig und dieses Risiko will nur eingegangen werden, wenn der Absatz des Stroms gesichert ist. Das Problem ist somit Herr Müller, der Solarstrom kaufen will. Das tut er während fünf Jahren und schwenkt dann wieder auf den billigeren Strom aus der Steckdose über. Wie will man so aber die Investitionen zurückzahlen? Ich gehe mit Bernhard Bichsel einig, dass diese anspruchsvolle Aufgabe durch eine private Organisation übernommen werden muss. Auch die Gemeinde kann hier behilflich sein: Erstens indem sie eine gewisse Abnahmegarantie beim Kauf von Solarstrom gibt. Dies so lange bis die Anlage in die kostendeckende Einspeisevergütung aufgenommen werden kann. Die Gemeinde kann zweitens Dachflächen zur Verfügung stellen, wozu sie bereit ist. Sie könnte drittens auch einen so genannten Solardach-Kataster in Auftrag geben, wo mit vorhandenen Geodaten die Grösse der Solaranlage für jedes einzelne Haus berechnet werden könnte.

Wir Grünen stimmen dem Antrag des Gemeinderats zu.

Zum Schluss noch eine Zahl aus Deutschland: Die Solaranlagen, die allein 2010 in Deutschland installiert worden sind, produzieren so viel Strom wie drei Atomkraftwerke Mühleberg zusammen.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Bereits vor der Einreichung des Vorstosses sind einige Vorarbeiten geleistet worden. Wir haben uns Überlegungen zum Potenzial an Fotovoltaikanlagen auf unserem Gemeindegebiet gemacht, d. h. wie viel Strom in unserer Gemeinde daraus produziert werden könnte. Wir haben dies aufgrund des Energierichtplans gemacht und als Schritt in die Richtung der Ziele unserer Energiestrategie. Wir liessen folgende zwei Studien erarbeiten, die in den nächsten Tagen auf der Homepage der Gemeinde Köniz aufgeschaltet werden. In einer ersten Studie liessen wir die ca. 20 bestmöglichen Dächer in der Gemeinde Köniz prüfen, das sind vor allem Industriedächer von KMU. In der Zwischenzeit haben wir mit den Besitzern Kontakt aufgenommen und sie auf ihr Potenzial aufmerksam gemacht. In einer zweiten Studie liessen wir alle Gebäude im Besitz der Gemeinde Köniz untersuchen. Das sind mehr als 700 Gebäude. Wir liessen die Dachqualität prüfen und die Eignung für die Stromproduktion. Daraus sind 7 Dächer hervorgegangen, die sich ausgezeichnet eignen und weitere 20 die sich sehr gut eignen, usw. Interessant ist: Das Potenzial auf diesen Dächern ist auf 30 Prozent geschätzt, d. h. 30 Prozent des in der Gemeinde Köniz benötigten Stroms könnte mit Solaranlagen auf gemeindeeigenen Dächern gedeckt werden. Aber auch dafür müssen Investitionen getätigt werden und deshalb kommt uns der Prüfauftrag für die Schaffung einer Strombörse entgegen. Wir haben dazu noch keine Vorarbeiten geleistet, sondern erst Überlegungen und einige Vorgespräche vorgenommen. An nächsten Gesprächen wollen wir zusammen mit den BKW – konkret mit der Tochtergesellschaft Sol-E-Suisse AG – und mit ewb (Energie Wasser Bern) verhandeln und den Solarstrom an sie verkaufen oder eine Strombörse einrichten. Wie interessierte Konsument/innen zusammengeführt werden können, wollen wir im Rahmen des Postulats prüfen. Die Rolle der Gemeinde ist hier noch nicht klar.

Der Auftrag ist in den Augen des Gemeinderats jedoch interessant und ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

---

### **Beschluss**

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

### **1018 Interpellation (Wyss, Grüne) "Köniz Innerorts"**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Ursula Wyss (Grüne):** Leider habe ich von der Antwort des Gemeinderats nichts anderes erwartet und trotzdem bin ich enttäuscht. Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderats als nicht befriedigt. Hier meine Überlegungen dazu: Die Gesamtauflage des Infoblatts "Köniz Innerorts" als Beilage der "Könizer Zeitung" von 43'000 Exemplaren wird mehrmals aufgeführt, obschon dies total unnötig ist. In Schwarzenburg oder im Sensebezirk liest niemand "Köniz Innerorts" und wenn, wird er oder sie kein Einwohner der Gemeinde Köniz. So viel zum Thema Standortmarketing. Die Hälfte der Auflage würde demnach genügen. Besonders stossend ist es aber, den Preis pro Exemplar aufgrund der Auflage von 43'000 zu berechnen und daraus zu schliessen, diese Lösung sei supergünstig. Ein Witz ist die Umfrage, die nur bei den Lesern von "Köniz Innerorts" gemacht worden ist, sie ist überhaupt nicht repräsentativ. Dass mit dieser Umfrage gute Resultate erzielt werden, ist mir sonnenklar. Es ist wirklich schade, dass auf eine repräsentative Umfrage der gesamten Könizer Bevölkerung verzichtet wurde. In meinen Augen verkauft die Gemeinde das "Köniz Innerorts" sehr schlecht. Erstens ist es tief in einer umfangreichen Zeitung versteckt. Hat man es dann doch gefunden, ist die Aufmachung in meinen Augen für eine moderne Gemeinde fast etwas peinlich. "Köniz Innerorts" erscheint ziemlich amateurhaft und fällt gegenüber dem sehr guten Internetauftritt total ab. Von der scheinbar 2008 vorgenommenen Auffrischung habe ich nichts gesehen, der einzige Unterschied ist in der Titelzeile zu finden. Wie auch der Gemeinderat bin ich weiterhin der Auffassung, dass trotz Internet eine Gemeindeinformationszeitschrift nötig ist. Es ist jedoch erstens schlecht, sie einer bestimmten Zeitung beizulegen, weil diese dadurch bevorzugt wird. Zweitens passt die heutige Aufmachung absolut nicht zu unserer modernen Gemeinde.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als nicht befriedigt.

## Verschiedenes

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich bitte Sie, bei der Vorbereitung Ihrer Voten die Redezeit zu bedenken. In letzter Zeit ist diese oftmals überschritten worden. Dies gerade im Hinblick auf die nächste Sitzung am 13. Dezember 2010.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren  
Parlamentspräsident

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlam





## Begrüssung

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur Parlamentssitzung.

Es sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend, nach dem Eintreffen von Anna Mäder um 19.15 Uhr, 39 Parlamentsmitglieder. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Der Aktenversand hat am 17. November 2010 stattgefunden. In einem ersten Nachversand am 29. November 2010 haben Sie die Unterlagen zum Voranschlag erhalten und in einem zweiten am 7. Dezember 2010 das Protokoll der Sitzung vom 15. November 2010. Auf Ihren Pulten liegt die Sitzungsgeld-Abrechnung, die Sie bitte prüfen wollen. Bei allfälligen Unstimmigkeiten melden Sie sich bitte bis am 20. Dezember 2010 bei der Parlamentssekretärin Verena Remund.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsident Christian Burren:** In Traktandum 2, Kommissionsersatzwahlen, ist in der KSF der vakant gewordene Sitz von Ursula Wyss zu besetzen.

Die Traktandenliste ist genehmigt.

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 15. November 2010 (Nachversand)

**Christoph Salzmann (SP):** Auf Seite 191 steht in meinem Votum, ich zitiere: "Das hat der ehemalige Berner Gemeinderat Adrian Guggisberg bei der Einweihung der muslimischen Grabfelder im Bremgartenfriedhof vor ungefähr 20 Jahren gesagt." Gemäss meinen Notizen sollte die Zahl "10 Jahre" festgehalten sein. Ich bitte um Korrektur.

**Hermann Gysel (EVP):** Gemäss Protokoll habe ich Folgendes gesagt: "Im Hinblick auf die bevorstehende Primat-Diskussion bin ich froh, dass dies gesagt worden ist." Das ist aber in diesem Zusammenhang nicht richtig zu verstehen und ich bitte um folgende Präzisierung: "*Im Hinblick auf die bevorstehende Primat-Diskussion bin ich froh, dass der Gemeindepräsident gesagt hat, Art. 9 sei kein Präjudiz.*"

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 15. November 2010 wird mit den obgenannten Änderungen genehmigt.

### 2. Kommissionsersatzwahlen (allfällige Akten: Nachversand)

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ursula Wyss hat ihre Demission als Mitglied der Kommission für soziale Fragen (KSF) eingereicht. Die Fraktion der Grünen Köniz schlägt Ihnen Liz Fischli-Giesser zur Wahl vor.

---

## Beschluss

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt Liz Fischli-Giesser (Grüne) als Mitglied der Kommission für soziale Fragen (KSF) für die laufende Amtszeit, d. h. bis 31. Januar 2012 als gewählt.

---

### 3. Voranschlag 2011

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen  
(Nachversand)

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Die Beratung des Voranschlags 2011 verläuft wie folgt: Nach dem Votum des GPK-Referenten erfolgen die Voten der Fraktionssprechenden zur Vorlage insgesamt. Anschliessend folgen die Einzelvoten. Nach der Detailberatung werden die bereits bekannten Anträge bereinigt und danach darüber abgestimmt. Nach einer Pause für die Bereinigung des Voranschlags 2011 erfolgt die Abstimmung über die Gesamtvorlage.

**GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP):** Der Gemeinderat schlägt dem Parlament nach der Rückweisung des Voranschlags 2011 an der Sitzung vom 15. November 2010 vor, den Ihnen vorliegenden und überarbeiteten Voranschlag 2011 mit einem Defizit von 0,8 Millionen Franken zu genehmigen. Es handelt sich um Verbesserungen von insgesamt 1,47 Millionen Franken, die sich wie folgt zusammensetzen: Teil A sind Kürzungsvorschläge im Personal- und Sachaufwand von insgesamt 311'500 Franken und Teil B sind weitere Verbesserungsvorschläge aufgrund neuer Erkenntnisse von 1,159 Millionen Franken. Die Teile A und B ergeben insgesamt 21 Massnahmen, die der Gemeinderat umsetzen will. Das betrifft Optimierungen bei den Personalkosten, Reduzierungen im Winterdienst, neue Erkenntnisse bei Versicherungsabschlüssen, zusätzliche Beiträge aus dem Lastenausgleich für Tagesschulen, die Anschaffung von Radaranlagen und die Senkung von Abschreibungen dank neuen Erkenntnissen. Die Massnahmen und ihre Auswirkungen einzeln zu kommentieren würde den Rahmen der Redezeit sprengen und ist im Übrigen an der GPK-Sitzung vorgenommen worden. Zusätzlich sind die Fraktionspräsidien an einer Sitzung mit Gemeindepräsident Luc Mentha und dem Finanzverwalter Thomas Pfyl detailliert informiert worden. Ich gehe deshalb davon aus, dass die Fraktionen über die Details im Bild sind. In einem Punkt ist eine Abweichung vorhanden: Die Kürzung der Beiträge im Konto 5130.366, Landschaft und Grünanlagen, um 100'000 Franken wird rechtlich nicht möglich sein. Dies aus folgendem Grund: Bund und Kanton haben die Beiträge für Buntbrachen und extensive Wiesen zum Teil verdoppelt. Unser Reglement lässt somit dort eine Kürzung zu. Bei Hochstamm- und Feldobstbäumen sind die Beiträge von Bund und Kanton nicht erhöht worden und somit sind gemäss unserem Reglement keine Kürzungen möglich. Die Beiträge für Hochstammbäume betragen 80'000 Franken. Die maximale Kürzung der Ökobeiträge beträgt damit 40'000 Franken, d. h. 60'000 Franken fallen dahin und erhöhen den Ausgabenüberschuss im Voranschlag 2011 entsprechend. Die Abklärungen sind durch die Fachstelle Recht vorgenommen worden.

Die insgesamt 21 Massnahmen können wie folgt klassifiziert werden: Ungefähr die Hälfte davon sind aus dem Stabilisierungsprogramm vorgezogen worden und die restlichen sind kurzfristige und nicht unbedingt nachhaltige Massnahmen. Ein Wort zum Stabilisierungsprogramm: Die GPK hat eine Zusammenfassung der Resultate eines Workshops des Gemeinderats zum Stabilisierungsprogramm erhalten. Die Zahlen sehen auf den ersten Blick viel versprechend aus, mehr möchte ich dazu nicht sagen. Es wird Aufgabe der noch zu bildenden Finanzkommission sein, sich mit diesem Stabilisierungsprogramm zusammen mit dem Gemeinderat auseinanderzusetzen. Ein Wort zur Finanzkommission: Der GPK ist zugesichert worden, dass das Reglement für die Finanzkommission im Februar 2011 im Parlament beraten wird und gleichzeitig die Kommission gewählt wird, damit sie am 1. April 2011, nach Ablauf der Einsprachefrist, ihre Arbeit aufnehmen kann. Das ist eine gute Nachricht für die Könizer Finanzpolitik.

Die Rückweisung des Voranschlags 2011 wurde mit dem Auftrag verbunden, einen Voranschlag mit maximal 0,5 Millionen Franken Defizit vorzulegen. Dies hauptsächlich durch Einsparungen im Personal- und Sachaufwand. Dieser Auftrag ist – wertneutral gesehen – nicht erfüllt worden, weder in der Höhe noch beim Wie und Wo. Dieser Umstand hatte Einfluss auf die Diskussionen in der GPK und schlussendlich auf das Abstimmungsergebnis.

Einige Detailfragen aus der GPK-Sitzung: Weshalb sind in Bezug auf die so genannten "neuen Erkenntnisse" keine negativen, sondern vor allem positive Trends aufgeführt? Da der Budgetspielraum eng sei, müsse aus heutiger Sicht nicht mit grossen Überraschungen gerechnet werden, wurde geantwortet. Im Bereich Tagesschulen wird man über die Bücher gehen müssen, ob die Ersetzung von pädagogischem durch nicht pädagogisches Personal zu Kostenreduktion im Budget 2012 führen könnte. Zu Sparmassnahmen in der DBS: Weshalb enthält das Sparprogramm keine von Gemeinderat Ueli Studer angekündigten Sparmassnahmen? Gemäss Gemeinderat haben sich diese als nicht nachhaltig erwiesen und sind deshalb nicht aufgenommen worden.



Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 3 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen. Heute wird wahrscheinlich zum letzten Mal ein GPK-Referent zum Voranschlag sprechen. Im nächsten Jahr wird diese Aufgabe durch den Präsidenten oder die Präsidentin der Finanzkommission übernommen. Das weckt gewisse Hoffnungen, dass die Finanzkommission einen Konsens mit dem Gemeinderat findet und solche Übungen wie heute nicht mehr nötig sind.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Einleitend einige Worte aus der Sicht des Gemeinderats: Die Rückweisung des Voranschlags 2011, verbunden mit dem Auftrag Einsparungen vorzunehmen, beinhaltete eine sehr kurze Frist für die Vorlage eines neuen Voranschlags. Wir stellen nun fest, dass die von uns entwickelte Diät offenbar nicht von allen in allen Teilen goutiert wird. Heute haben wir nun die Chance, diese noch zu justieren. Für den Gemeinderat ist der Erfolg versprechende Weg nach wie vor jener über das Stabilisierungsprogramm, weil nur so sorgfältig und mit der notwendigen Umsicht und Abstimmung gegenseitig und in einem Dialog vorgegangen werden kann. In Bezug auf die Finanzkommission kann ich die Ausführungen des GPK-Referenten bestätigen: Die Bildung der Finanzkommission sowie deren personelle Besetzung wird im Februar 2011 im Parlament beraten. Die Kommission wird ihre Arbeit somit am 1. April 2011 aufnehmen können. Der Gemeinderat hat die Absicht, das Stabilisierungsprogramm im März 2011 zuhanden des Parlaments und der Finanzkommission zu verabschieden. Wir haben versucht, den Rückweisungsauftrag so gut als möglich ernst zu nehmen. Richtig ist die Feststellung, dass wir nicht nur nachhaltige Vorschläge angebracht haben. So ist es beispielsweise nicht die Auffassung der Exekutive, auf lange Sicht abseits von der Teilkonferenz Wirtschaft zu stehen. Es ist ebenfalls nicht unsere Absicht, bei der "Hauptstadtregion" nicht mitzumachen. Auch nicht unsere Absicht ist es, die Beiträge an die Musikgesellschaften auf Jahre hinaus zu halbieren. Wir haben aus dem Stabilisierungsprogramm Erkenntnisse einfließen lassen. Ich muss jedoch festhalten, dass es fast unmöglich ist, Einsparungen von 1,8 Millionen Franken vorzunehmen, ohne damit den Bürger oder die Bürgerin zu treffen. Eine gewisse Kompromissbereitschaft des Parlaments gegenüber unserem Vorschlag muss vorhanden sein wie auch gegenüber der von Ihnen beschlossenen Rückweisung. Ich darf hier mit einer gewissen Genugtuung feststellen, dass für die neuen Vorschläge des Gemeinderats positive Signale ausgesandt werden. Ich danke dafür.

Ich anerkenne durchaus an, dass die Mehrheit, die für die Rückweisung gestimmt hat, nun mit diesen Vorschlägen konkret geworden ist und entsprechende Verantwortung übernimmt. Dies mit Ausnahme eines Vorschlags, auf den ich detaillierter eingehen werde.

**Fraktionssprecher Heinz Engi (FDP):** Ich gliedere mein Votum in drei Teile: Zuerst eine kurze Situierung der Ausgangslage, dann möchte ich die zwischenzeitliche Arbeit des Gemeinderats würdigen und zum Schluss einige Worte zum vorliegenden Antrag abgeben.

Zur Ausgangslage: Der Gemeinderat präsentiert an der Sitzung vom 15. November 2010 einen Voranschlag 2011 mit einem gravierenden Aufwandüberschuss von 2,2 Millionen Franken. Noch schlimmer sieht die Analyse des Finanzplans bis 2015 aus. Gemäss diesem wird sich das Eigenkapital respektive der Bilanzfehlbetrag wie folgt entwickeln: Von heute rund 1,5 Millionen Franken Eigenkapital auf rund 13 Millionen Franken Schulden. Der Gemeinderat möchte somit in den nächsten 5 Jahren insgesamt 28 Millionen Franken über den Verhältnissen leben. Geld ausgeben, das nicht vorhanden ist. Mit einem realistischen Auftrag haben wir Bürgerliche der Gemeinde Köniz dem Gemeinderat das Budget in der Novembersitzung zurückgewiesen. In einem demokratischen Abstimmungsprozess ist die Rückweisung zustande gekommen. Ich wiederhole unseren eigentlichen Auftrag an den Gemeinderat: Durch ausgabenseitige Einsparungen im Personal- und Sachaufwand soll der Voranschlag 2011 ein Defizit von maximal 0,5 Millionen Franken ausweisen. Es geht somit um Einsparungen von rund 0,85 Prozent des Gesamtbudgets. Im Rahmen des Gesamtbudgets von rund 200 Millionen Franken sind dies somit Einsparungen im Milimeterbereich.

Zur Würdigung der geleisteten Arbeit: Was hat der Gemeinderat aus dem Auftrag gemacht? Er hat – gemäss seinem Bericht – beschlossen, dem Parlamentsbeschluss grundsätzlich Folge zu leisten. Weiter ist aber festzustellen, dass er auch Erhöhungen von Erträgen in die Verbesserungsvorschläge einbezogen hat. Der Bericht auf Seite 1 ist in den Augen der FDP-Fraktion leicht überheblich abgefasst. Der Gemeinderat hat die demokratischen Spielregeln nicht eingehalten. Auf jeden Fall hat er unseres Erachtens den Auftrag des Parlaments nicht ernst genug genommen. Sein Verhalten grenzt in unseren Augen deshalb an Arbeitsverweigerung. Anstatt den Auftrag auszuführen, hat er mit seinen Kürzungs- und Verbesserungsvorschlägen versucht, den Bürgerlichen den Schwarzen Peter zuzuschieben und so den Groll von Wirtschaft und Bevölkerung auf sie zu lenken. Zwei Beispiele: Die Beiträge an

die Musikschule und die Musikgesellschaften sollen um die Hälfte gesenkt werden und bei der Teilkonferenz Wirtschaft möchte er abseits stehen. Er sieht vor, die Gebühren für Tages- und Anwohnerparkkarten zu erhöhen, was in seiner Kompetenz liegt. Im Namen der Bürgerlichen hätte ich gerne gewusst, wann der Beschluss für die Erhöhung der Tages- und Anwohnerparkkarten im Gemeinderat gefällt worden ist. Anscheinend sind diese Gebührenerhöhungen bereits mitgeteilt worden. Ganz neu für uns ist, dass die Gemeinde die Anschaffung von zusätzlichen so genannten Blechpolizisten – eine neue Radarmessanlage – ins Auge fasst, um damit die Einnahmen zu erhöhen. Bis anhin ist immer argumentiert worden, Radaranlagen seien da, um die Verkehrssicherheit, die Sicherheit von Fussgängern, insbesondere von Schulkindern, zu erhöhen. Im Namen der Bürgerlichen hätte ich gerne gewusst, ob die Blechpolizisten bereits bestellt sind. Schlussendlich hat der Gemeinderat versucht, die Bürgerlichen auseinander zu dividieren, damit der vorliegende Antrag durchgewinkt wird. Ob dies gelungen ist, werden wir bei der Schlussabstimmung sehen.

Die spitze Feder, die der Gemeinderat bei der Erstellung diverser Medienmitteilungen verwendet, ist deplatziert und hat uns enttäuscht. Er hätte seine Energie besser in die Erfüllung seines Auftrags gesteckt.

Die Stellungnahme zum vorliegenden Antrag: Die FDP-Fraktion wird den Antrag des Gemeinderats ablehnen, Begründungen dazu habe ich genügend abgegeben. Wir haben das Vertrauen in den Gemeinderat aber noch nicht ganz verloren, weil er zwischenzeitlich versprochen hat, dass die von der FDP-Fraktion mittels Motion geforderte parlamentarische Finanzkommission im Februar 2011 im Parlament beraten werden soll. Ab 1. April 2011 soll die Finanzkommission ihre Arbeit aufnehmen können. Die Gemeinde Köniz wird dann mit einer professionellen Finanzpolitik starten können. Wir vertrauen dem Gemeinderat auch im Hinblick auf seine Aussage, dass er gewillt ist, die fehlenden 0,3 Millionen Franken im Verlauf von 2011, soweit neue Erkenntnisse vorliegen, einzusparen. Im Wissen dieser beiden Aussagen, haben wir in unserem bürgerlichen Antrag das Defizit des Gemeinderats von 800'000 Franken übernommen. Ziel der FDP-Fraktion ist und bleibt, den Voranschlag 2011 durch sachliche Finanzpolitik und die Finanzplanung für die kommenden Jahre ausgeglichen gestalten zu können, damit keine Steuererhöhungen ins Auge gefasst werden, sondern dass Steuersenkungen möglich bleiben.

Anna Mäder trifft um 19.15 Uhr ein.

**Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP):** Die BDP-Fraktion hat am 15. November 2011 die Rückweisung des Voranschlags 2011 unterstützt. Die Rückweisung war mit drei Anliegen verbunden: Erstens sollen Signale gesetzt werden, dass das Budgetdefizit zu hoch und eine vollständige Abtragung des Eigenkapitals nicht sinnvoll ist. Zweitens sind die Einsparungen im Personal- und Sachaufwand vorzunehmen. Drittens sollen die Kürzungen durch die professionelle Stufe – den Gemeinderat – vorgenommen werden. Wir sind der Meinung, dass die operative Stufe am besten entscheiden kann, wo Einsparungen im Sinn der Gemeinde vorgenommen werden können. Bereits an dieser Sitzung war spürbar, dass die Rückweisung beim Gemeinderat wenig Freude, Abwehrhaltung und zum Teil sogar Unmut erzeugt hat. Vor wenigen Tagen haben wir nun den revidierten Voranschlag 2011 erhalten, der aber nur zu einem kleinen Teil die mit der Rückweisung verbundenen Rahmenbedingungen akzeptiert. Das Ziel, ein Maximaldefizit von 0,5 Millionen Franken, ist nicht erreicht worden und die Vorgaben, wo eingespart werden soll, sind schlicht negiert worden. Im Gegenteil, im Wesentlichen sind Ertragserhöhungen bzw. indirekte Steuern vorgeschlagen worden. Der Gemeinderat hat damit seine Hausaufgaben nicht gemacht. Auf mich wirkt das grundsätzlich störend. Es ist aber besonders störend, weil hinter der deutlichen Ablehnung nicht ein Nichtkönnen, sondern eher ein Nichtwollen steht. Nichtwollen oder fehlendes Commitment zur Aufgabe im obersten Führungsgremium stösst bei mir mit meinem Erfahrungshintergrund schlicht auf Unverständnis. Erstens weil der Beschluss des Parlaments gemäss den geltenden Spielregeln ordentlich zustande gekommen ist. Zweitens sitzen hier im Parlament auf einer Linie ungefähr 1 Million Franken Lohnsumme von Könizer Steuerzahlern. Ich bin der Meinung, dass mehr erwartet werden darf. Drittens gibt die oberste Führung der Gemeinde damit ein Signal an ihre Mitarbeitenden und die ganze Verwaltung, wie mit den Aufträgen der Steuerzahlenden umgegangen werden kann. Das ist schade. Ich hoffe, dass der Gemeinderat diesen Eindruck schnell wieder korrigiert.

Nach dieser Einschätzung haben die bürgerlichen Parteien Alternativvorschläge ausgearbeitet und sich erlaubt, gewisse Kompromisse einzugehen. Wir weichen deshalb etwas vom ursprünglich anvisierten Ziel von 0,5 Millionen Franken ab, setzen qualitativ aber klare Signale. Ich bitte die Parlamentsmitglieder, dem Vorschlag der Bürgerlichen zuzustimmen.

**Fraktionssprecher Niklaus Hofer (SVP):** Mit der Rückweisung des Voranschlags 2011 am 15. November 2010 hat der Gemeinderat einen Auftrag erhalten und uns nun einen neuen Voranschlag unterbreitet. Mit dem nun vorliegenden Voranschlag 2011 hat der Gemeinderat diesen Auftrag klar nicht erfüllt. Gefordert worden sind Einsparungen im Personal- und Sachaufwand. Das hat der Gemeinderat nicht vorgenommen, sondern er hat lediglich einnahmenseitige Verbesserungen vorgeschlagen. Zudem hat er dort Einsparungen vorgenommen, wo es der Bevölkerung direkt weh tut, z. B. im Winterdienst oder bei Beiträgen für Musikgesellschaften und das Jugendorchester oder bei Ökobeiträgen, die aber aus rechtlichen Gründen nicht möglich sind, weil die Verträge noch laufen. Einnahmenseitig hat er Gebührenerhöhungen vorgenommen, wie die Erhöhung der Grabenaufbruchgebühren, der Einwohner- und Tagesparkkarten oder höhere Busseneinnahmen, die in der Kompetenz des Gemeinderats sind. Mit diesem Vorgehen ist die SVP-Fraktion gar nicht einverstanden. An unserer Fraktionssitzung sind wir deshalb zum Schluss gekommen, zusammen mit der FDP- und der BDP-Fraktion einen Vorschlag auszuarbeiten, der Ihnen heute auf Ihren Pulten vorliegt. Ich nehme hier nicht Stellung zu den einzelnen Konten und Beträgen, das wird in der Detailberatung der Fall sein.

Die SVP-Fraktion wird den Antrag einstimmig unterstützen.

In meiner Funktion als Fraktionspräsident der SVP möchte ich es nicht unterlassen, Gemeindepräsident Luc Mentha und Finanzverwalter, Thomas Pfyl, herzlich für die beiden für die Fraktionspräsidien sehr informativen Sitzungen zu danken, die jeweils frühmorgens im Gemeindehaus organisiert worden sind. An diesen Sitzungen sind wir jeweils aus erster Hand informiert worden.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Die Fraktion der Grünen Köniz stimmt dem Voranschlag 2011 gemäss den Anträgen des Gemeinderats zu und beantragt keine Änderungen. Die Grünen vertrauen dem Gemeinderat, dass er die Finanzen mit dem Stabilisierungsprogramm ins Lot bringen wird. Verärgert bin ich über die Ratsrechte, die sich als alleinige Hüterin von gesunden Finanzen aufspielt. Der Rückweisungsantrag vom 15. November 2010 und die neuen Änderungsanträge haben in meinen Augen mehr mit Sparhysterie als mit seriöser Finanzpolitik zu tun. So weist der Antrag der rechten Parteien ein grösseres Defizit aus als der Antrag des Gemeinderats. In meinen Augen geht es hier mehr um die Klientel der Partei, d. h. um ihre Parteigesundheit, als um die Gesundheit der Könizer Finanzen. Die Finanzsituation ist kritisch, aber nicht ausweglos und im Vergleich zu anderen Städten eigentlich harmlos. Der Gemeinderat hat seine Strafaufgaben aus unserer Sicht gut gelöst. Ich habe Verständnis dafür, dass er die Aufgaben mit Augenmass umgesetzt hat. Er hat das Defizit mit einnahmen- und ausgabenseitigen Massnahmen um 1,4 Millionen Franken verkleinert, was wir als richtig erachten. Die Überprüfung hat auch positive Aspekte, so ist z. B. die Grabenaufbruchgebühr rechtzeitig vor dem Bauboom für die Einführung von Glasfaserkabeln erhöht worden. Wir stimmen der Erhöhung der Parkkartengebühren zu, diese hätte sogar noch höher ausfallen können. Vermehrte Radarmessungen sind aus unserer Sicht sinnvoll, sie erhöhen die Gemeindeeinkünfte, aber auch – was viel wichtiger ist – die Verkehrssicherheit. Wir Grünen werden aber nicht mithelfen, allfällige zusätzliche kurzfristige Aufgabenkürzungen im Personalbereich zu unterstützen. Solche lehnen wir mittelfristig nicht grundsätzlich ab, sie müssen jedoch mit der notwendigen Sorgfalt und in Absprache vorgenommen werden. Sparanstrengungen in der Höhe von etwa 2,3 Millionen Franken tun weh, sie sind in unseren Augen trotzdem notwendig. So befürworten wir z. B. – auch wenn es wehtut – den Ausbaustopp in der Schulsozialarbeit, wobei das Nein zum weitergehenden Ausbau nicht ein Nein für die Schulsozialarbeit bedeuten soll, sondern ein Ja für deren Optimierung. Uns ist klar, dass in Zukunft weitere Sparanstrengungen nötig sind. Ab April 2010 wird die Finanzkommission an der Arbeit sein, die für uns das richtige Organ ist, um das Stabilisierungsprogramm vertieft und seriös zu begleiten.

**Fraktionssprecher Hugo Staub (SP):** Zum Voranschlag habe ich mich an der Sitzung vom 15. November bereits geäussert. Ich wiederhole einige Stichworte dazu: Der Voranschlag 2011 ist nicht toll, der Finanzplan ist nicht gut. Das Stabilisierungsprogramm ist die erste Hälfte der richtigen Antwort auf diese Situation und die Einsetzung einer Finanzkommission die zweite. Mit diesen Massnahmen müssen wir dafür besorgt sein, die Einnahmen und Ausgaben in den nächsten Jahren ins Lot zu bringen. In der Vorbereitung zur heutigen Sitzung habe ich versucht, eine Chronologie zusammenzustellen: Am 15. November 2010 ist der Voranschlag 2011 zum ersten Mal vorgelegen. Niemand wollte so recht Freude an einem Budget mit 2,27 Millionen Franken Aufwandüberschuss haben. Die Hälfte des Parlaments mit Stichtscheid des Parlamentspräsidenten wies den Voranschlag 2011 mit dem Auftrag an den Gemeinderat zurück, das Defizit auf 0,5 Millionen Franken zu reduzieren. Seither ist viel gewendet und gedreht worden, vom Gemeinderat, von den Parteien. Heute, am 13. Dezember 2010 liegt uns

wiederum ein Budget vor, an dem niemand so recht Freude haben will. Trotz Wenden und Drehen ist immer noch ein Defizit vorhanden und dies trotz zusätzlichen Einnahmen. Wie gross darf das Defizit sein? Der Gemeinderat hat uns vorgeschlagen, es dürfe 801'621 Franken betragen. Die SP/JUSO-Fraktion, aber auch die Bürgerlichen, haben dem Gemeinderat widersprochen. Die SP/JUSO-Fraktion will ein Defizit von 700'621 Franken. Die drei betreffenden Anträge, die insgesamt 101'000 Franken ausmachen, liegen auf Ihren Pulten auf. Die Bürgerlichen haben den Vorschlag des Gemeinderats auch kritisiert. Sie schlagen ein Defizit von 878'121 Franken vor. Dazu liegt uns eine Liste vor. Man kann nun der Meinung sein, alles liege zahlenmässig nahe beieinander, vom Geist her ist dies aber nicht der Fall. Die SP/JUSO-Fraktion will die Prävention an den Schulen, ausgesteuerte Arbeitslose und die regionale Zusammenarbeit verschonen. Die Bürgerlichen wollen die Musikgesellschaften, die Laternenparkierer und die Temposünder verschonen. Zudem haben die Bürgerlichen einen etwas strengeren Winter budgetiert, was zurzeit naheliegend ist. Addiert man diese Zahlen, beträgt das Defizit von 1,278 Millionen Franken, d. h. es ist viel schlechter als jenes des Gemeinderats. Erst mit der Aufwandreduktion im Personalaufwand von 400'000 Franken – rund 1 Prozent weniger – liegt der Voranschlag der Bürgerlichen bei rund 800'000 Franken. Ich veranschauliche, um welche Beträge es sich handelt: Wenn man bei der Position 400 im Voranschlag 2011, Einkommens- und Vermögenssteuern, plus 1 Prozent budgetieren würde, wäre der Voranschlag 2011 ausgeglichen. Was lernen wir daraus? Der Rückweisungsauftrag war nicht erfüllbar, das hat die second opinion der Bürgerlichen eindeutig bestätigt. Nun sollen wir zügig daran gehen, die Korrekturvorschläge der Parteien und des Gemeinderats zu diskutieren. Ich bitte Sie, ausgesteuerte Arbeitslose nicht schlechter zu behandeln als Verkehrsdelinquenten.

**Barbara Thür (GLP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist mehrheitlich für die Akzeptanz der Budgetkürzungen und Mehreinnahmen – wenn auch mit wenig Freude – gemäss dem Antrag des Gemeinderats. Wir sind froh, dass die bürgerliche Seite ihre Vorschläge nun wesentlich differenzierter vorlegen wird. Es besteht nun gute Aussicht darauf, ein Budget für 2011 zu verabschieden, was uns sehr wichtig ist. Weiter anerkennen wir auch, dass sich die bürgerliche Seite in Bezug auf die Defizithöhe und die Breite der Massnahmen deutlich bewegt hat. Grundlegend ist zu bemerken, dass die hier vorliegenden Vorschläge zwar budgetwirksam scheinen, auf die Rechnung jedoch fast keinen Einfluss haben werden. Wir sind nach wie vor weit entfernt von einer klaren Steuerung von Leistungen, welche mit Steuer- und Gebührenfranken finanziert werden. Eine schmerzliche Sparübung kann zwar gefordert werden, in der Realität ist zumindest zurzeit niemand dazu bereit. Unsere Fraktion will eine Strategie, der eine fundierte Abklärung und Verzichtsplanung zugrunde liegt. Eine würdige Strategie beinhaltet nach unserer Auffassung keine Schnellschüsse in einem Kampf um einige zehntausend Franken. Die wirksamste Art, den Steuerfranken optimal einzusetzen führt nach wie vor über jene Personen, welche direkt entscheiden und dies im Hinblick auf den Nutzen für die Könizer Bevölkerung. Betreffend den Einsparungen im Personalaufwand ist sich unsere Fraktion einig: Die Einsparungen sind gleich Null. Betreffend Budgetzahlen sind wir uns nicht ganz einig: Eine Minderheit vertritt die Ansicht, dass ein um 400'000 Franken reduzierter Wert genauer ist, da in den letzten Jahren die Personalkosten in der Rechnung immer tiefer waren als budgetiert. 2007 um 26'000 Franken, 2008 um rund 1,1 Millionen Franken und 2009 knapp 1,1 Millionen Franken. Die Fraktionsmehrheit sieht darin aber ein falsches Signal an die Verwaltung. Obwohl die Personalkosten ein vordergründig attraktives Ziel zum Sparen abgeben, sind wir der Meinung, dass das nicht ohne seriöse Verzichtsplanung durchgeführt werden kann. Das auch, weil wir davon überzeugt sind, dass der grosse Teil der Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung Köniz motiviert und effizient arbeitet und verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgeht. Wären schwarze Schafe vorhanden, ist dieses Problem aus unserer Sicht nicht mit Budgetkürzungen zu lösen, sondern mit Führungsmassnahmen. Solche Sparschnellschüsse demotivieren verantwortungsvolle Mitarbeitende und lassen eine ernsthafte, effektive Planung nicht zu. Allerdings muss fairerweise bemerkt werden, dass trotz einer allfälligen Kürzung des Personalkredits die Personalkosten im Voranschlag 2011 gegenüber jenem von 2009 trotzdem steigen würden. Wir sind überzeugt, dass das Stabilisierungsprogramm auch dank dem geplanten Einsatz der Finanzkommission ab 2011 greifen wird. Das mit einer seriösen Verzichtsplanung und einer Aufgabenüberprüfung. Im Sinn eines effizienten Sitzungsablaufs werden wir in der Detailberatung zu den einzelnen Anträgen keine Voten mehr halten, sondern wie folgt abstimmen: Der grösste Teil der Vorschläge des Gemeinderats wird von der CVP/EVP/GLP-Fraktion grossmehrheitlich unterstützt. Die Kürzung bei der Teilkonferenz Wirtschaft werden wir nicht unterstützen. Die Kürzung bei den Personalkosten wird grossmehrheitlich nicht unterstützt.

## Detailberatung

**Franziska Keller (BDP):** Verschiedene Votanten haben bereits erwähnt, dass sich die Bürgerlichen bewegt haben. Wir – die bürgerliche Seite – haben folgende Kürzungsanträge vom Gemeinderat übernommen: 70'000 Franken Reduktion Beförderungssumme, 24'000 Franken Optimierung Personal, 40'000 Franken Teilverzicht/Finanzierung Liftunterhalt, Kiesabbau Wangental, 25'000 Franken Verzicht Fahrzeugbeschaffung öffentliche Beleuchtung, der Unterhaltsbedarf bei der baulichen Seite ergibt nochmals Einsparungen von 25'000 Franken, 15'000 Franken Kostenreduktion bei Landschaft und Grünanlagen, 20'000 Franken Stellenreduktion im Informatikzentrum Köniz-Muri, 40'000 Franken Einsparungen bei der Betriebshaftpflicht.

Neu liegt ein Kürzungsantrag von 400'000 Franken im Personalaufwand vor. Diese Kürzung wird von uns nicht beim Personal vorgenommen, sondern wir kürzen 400'000 Franken bei der Erhöhung des Personalaufwands. Der Personalaufwand im Voranschlag 2011 ist gegenüber der Rechnung 2009 um 3,6 Millionen Franken höher, d. h. der Personalaufwand ist um 8,19 Prozent gestiegen. Messen wir die Kürzung von 400'000 Franken daran, ergibt das immer noch eine Steigerung von 7,28 Prozent im Vergleich mit der Rechnung 2009. Das heisst, dass die Reserven weniger hoch sind.

Wir kommen zum zweiten Teil unserer Vorschläge: Wir übernehmen die Verbesserungen des Gemeinderats und auch hier weichen wir von unserem ursprünglichen Auftrag ab. Wir übernehmen den Verbesserungsvorschlag, kostendeckende Grabenaufbruchgebühren von 150'000 Franken ins Budget 2011 aufzunehmen. Wir übernehmen, die Reduktion eines geschützten Arbeitsplatzes erst ab Herbst anstatt Frühling 2011. Wir übernehmen die Erhöhung des Beitrags des Kantons für zusätzliche Tagesschulen von 200'000 Franken. Wir übernehmen die Anpassung der Einnahmen von 40'000 Franken bei der Verwaltungspolizei. Wir übernehmen auch die Reduktion der freiwilligen Beiträge an Landschaft und Naturobjekte von 40'000 Franken. Wir verzichten auf 200'000 Franken bei der Investitionsplanung aufgrund neuer Erkenntnisse im Investitionsbereich. Werden diese Zahlen addiert, beträgt das Budget noch 878'000 Franken. Zu Hugo Staub: Im Vorschlag des Gemeinderats muss der Fehlbetrag von 60'000 Franken hinzugezählt werden. Wenn wir ganz korrekt rechnen würden, betrüge das Budgetdefizit somit 861'000 Franken. Das macht eine Differenz von 18'000 Franken aus, was nicht mehr matchentscheidend ist. Die Bürgerlichen werden nicht zu den einzelnen Posten Stellung nehmen, sondern im Sinn dieses Pakets abstimmen.

**Hugo Staub (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion hat folgende drei Vorschläge für Verzicht auf Einsparungen, die Ihnen schriftlich vorliegen: Wir wollen auf die Einsparung von 55'000 Franken bei der Schulsozialarbeit verzichten, auf die Einsparung von 26'000 Franken infolge des Verzichts auf die Teilnahme bei der Teilkonferenz Wirtschaft und auf die Einsparung von 20'000 Franken beim Verein Fraktion.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich liess die formelle Detailberatung für den Fall abhalten, dass konkrete Fragen hätten beantwortet werden können. Wir können aber beschliessen, darauf zu verzichten und die Anträge direkt zu diskutieren. Ihnen liegt eine Liste von Änderungsanträgen der Bürgerlichen und der SP/JUSO-Fraktion vor.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Zum Teil sind von den Rückweisungsbefürwortern nun harte Worte gefallen. Sie kongruieren jedoch nicht mit der Tatsache, dass von dieser Seite ein Sparpaket mit einem Defizit von rund 800'000 Franken vorgeschlagen wird. Ich möchte das jedoch nicht weiter werten. Der Fraktionssprecher der FDP sagt, der Gemeinderat wolle über seine Verhältnisse leben und bis 2015 28 Millionen Franken Verlust in Kauf nehmen. Diese Äusserung erfolgt wider besseres Wissen. Wir haben an unzähligen Sitzungen erklärt, wie der Finanzplan zu verstehen ist. Es handelt sich um einen Befund, der aufzeigt wo Handlungsbedarf vorhanden ist. Der Gemeinderat hat bereits vor Monaten erklärt, dass er dieser Entwicklung mit einem Stabilisierungsprogramm entgegenwirken will. Ich muss diese Äusserung deshalb in aller Form als unqualifiziert und unsachlich zurückweisen. Ansonsten bin ich der Meinung, befinden wir uns auf einem konstruktiven Weg.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Vorgesehen ist Folgendes: Wir beraten die Änderungsanträge des Gemeinderats, die Anträge der SP/JUSO-Fraktion und jene der bürgerlichen Seite gemäss Kontennummern in aufsteigender Reihenfolge.

**Martin Graber (SP):** Ich habe einen Änderungsantrag zum Vorschlag von Parlamentspräsident Christian Burren: Unser Antrag betreffend das Konto 3650 ist nicht auf einer Liste aufgeführt.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Dieses Konto ist auf der Liste vom 29. November 2010 nicht aufgeführt, aber auf der aktuellen Änderungsliste vom 13.12.2010 und wird beraten.

---

**Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung der Beförderungssumme von Fr. 70'000.-- (Konto 1050.301, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal) wird einstimmig beschlossen.

---

**Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 24'000.-- (Konto 1050.301, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal) wird mehrheitlich beschlossen.

---

**Konto 1050.301, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal**

**Christoph Salzmann (SP):** Dass das Personal das wichtigste Kapital einer Firma oder Verwaltung ist, sagen auch viele private Unternehmen. Das gilt auch für die Gemeinde Köniz. Wir haben engagiertes, motiviertes Personal, das vielfach mit einem inneren Feuer an die Arbeit geht. Das ist in der GPK bei den Sachgeschäften zu spüren, aber auch jeweils anlässlich der Verwaltungsbesuche. Der Gemeinderat bewirtschaftet den Personalbestand im Grossen und Ganzen straff. Er hebt Stellen auf, wenn Aufgaben wegfallen. Einige Beispiele sind im Voranschlag 2011 beim Bauinspektorat und bei der Einwohnerkontrolle ausgewiesen. Wir stellen hier fest, dass der Gemeinderat diszipliniert handelt. Dass der Personalaufwand für 2011 recht knapp budgetiert worden ist, hielt der Gemeinderat an der GPK-Sitzung fest. Er rechnet damit, dass 2011 keine Aufwandminderungen eintreten werden wie in den letzten Jahren. Der Spielraum ist somit eng. Der vorliegende Antrag von der bürgerlichen Seite beruht auf Spekulationen in Bezug auf allfällige Vakanzen – d. h. dass Stellen einige Wochen oder Monate nicht besetzt werden können – wie bei Termingeschäften, wo auf steigende oder sinkende Erdöl- oder Getreidepreise spekuliert wird. Der Gemeinderat kann nicht auf solche Vakanzen spekulieren. Wenn der Antrag der bürgerlichen Seite angenommen wird, müsste der Gemeinderat vakante Stellen bewusst einige Wochen oder Monate unbesetzt lassen, um die 400'000 Franken einzusparen. Auf einen ersten Blick mag dies genial sein, weil die Bevölkerung davon nichts bemerkt. Wenn aber bei allfälligen Telefon- oder Schalterkontakten festgestellt werden muss, dass das Personal ausgelaugt und resigniert ist, wird die Schuld für diesen Zustand wahrscheinlich der Gemeinde angelastet und nicht dem Parlament, das am Anfang dieser Ursachenkette steht. In den Augen der SP/JUSO-Fraktion ist der Antrag auf Kürzung von 400'000 Franken nicht sehr klug. Er berücksichtigt nicht, dass das Personal das wichtigste Kapital ist und die Kürzung an und für sich nur kosmetisch auf dem Papier steht. Sollten wirklich Vakanzen eintreten, erledigt sich das Problem von selber. Ich bitte Sie, die Sache nochmals zu überdenken.

**Franziska Keller (BDP):** Eine formale Frage: Wir sprechen hier nicht über Konto 1050, sondern über Konto 30. Das Konto 1050.301 ist ein Konto des Gemeinderats.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Gemäss Auskunft von Finanzverwalter Thomas Pfyl ist das Konto 1050.301 richtig.

**Rolf Zwahlen (EVP):** Eine Präzisierungsfrage: Im Antrag der Bürgerlichen sind bereits Lohnreduktionen enthalten, die Einsparungen von 114'000 Franken ergeben. Besteht nun die Meinung, 400'000 Franken zusätzlich einzusparen? Ich weise darauf hin, dass sich in der Hochrechnung 2010 der Trend der letzten Jahre leider nicht fortsetzt, wo die Lohnkosten jeweils tiefer als veranschlagt gehalten werden konnten. Aus diesen Gründen ist eine Reduktion von 400'000 Franken unseriös und ich stelle den Antrag, das Konto 1050.301 nur um 200'000 Franken zu kürzen. Es handelt sich um einen Kompromiss, mit dem hoffentlich Befürworter und Gegner leben können.

**Urs Maibach (Grüne):** Die Fraktion der Grünen ist der Meinung, dass die ganze Budgetdiskussion nach wie vor auf sehr schwachen Füßen steht. Wir sind bei allen nun zu beratenden Positionen der Meinung, dass wir uns auf die Budgetvorgaben des Gemeinderats verlassen können. Wir sind auch überzeugt, dass es dem Gemeinderat mit dem Stabilisierungsprogramm gelingen wird, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Wir werden allen Anträgen des Gemeinderats zustimmen. Die Einsparung von 400'000 Franken im Personalaufwand ist ein Rundumschlag und wir werden diesen Antrag ablehnen. Wir sind

wieder gleich weit wie vor einem Monat: Niemand im Parlament sagt, wo wirklich eingespart werden soll. Uns muss allen bewusst sein, dass sich Budgetposten im Rahmen von 1 Prozent bewegen können. Hier stellt sich die Frage, ob eine Reduktion von 400'000 Franken überhaupt Sinn macht. Den Antrag von Rolf Zwahlen werden wir noch prüfen.

**Martin Graber (SP):** Zum Votum von Franziska Keller: Sie hat uns aufgezeigt, dass die Steigerung im Personalaufwand, verglichen mit der Rechnung 2009, sehr hoch ist. Im Voranschlag 2010 haben alle Bürgerlichen – ausgenommen die BDP, die damals noch nicht im Parlament vertreten war – der Steigerung der Personalkosten zugestimmt. Man hat uns diesen Effekt damals erklärt. Vergleicht man den Voranschlag 2010 mit dem vorliegenden, sinken die Kosten in diesem Bereich um knapp 2 Millionen Franken. Es ist in meinen Augen nicht seriös, wenn Sie erklären, es handle sich im Vergleich mit der Rechnung 2009 um eine massive Steigerung.

**Ignaz Caminada (CVP):** Zu den Voten von Christoph Salzmann und Martin Graber: An der GPK-Sitzung wurde uns eine Hochrechnung präsentiert, gemäss jener der Personalaufwand 47,4 Millionen Franken auswies. Vergleichen wir den Personalaufwand aus der Rechnung 2009 mit 44,06 Millionen Franken mit dieser Hochrechnung, ist er zwischen Rechnung 2009 und Hochrechnung 2010 um 3,3 Millionen Franken – 7,7 Prozent – gestiegen. Diese Zahl nun wegzublenden und zu sagen, die Steigerung zwischen 2010 und 2011 sei marginal, irritiert mich.

Wie bereits erklärt worden ist, waren in den Budgets 2008 und 2009 jeweils mehr als 1,1 Millionen Franken Reserven eingebaut.

Der Kürzungsantrag von 400'000 Franken bezieht sich meiner Meinung nach auf das Konto 30, Personalaufwand, und nicht auf das Konto 1050.301. Im Konto 1050.301 sind Löhne enthalten, die Sozialversicherungsbeiträge zur Folge haben. Wir können nicht das eine Konto etwas senken und beim anderen nichts bewirken; es ist alles miteinander verknüpft. Deshalb wurde der Antrag im Konto 30, Personalaufwand gestellt, so habe ich das verstanden.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich möchte diese Frage gleich jetzt geklärt haben und bitte den Finanzverwalter Thomas Pfyl oder Gemeindepräsident Luc Mentha um Erklärung.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Kürzungen aus allgemeinen Überlegungen in letzter Minute sind beim Konto des Gemeinderats vorgenommen worden, d. h. im Konto 1050.301. Verteilt worden sind die Kürzungen letztendlich über alle Konti. Die Kürzung wird also im Konto 30, Personalaufwendungen vorgenommen. Im Budget wird die Kürzung jedoch im Konto 1050.301 abgebildet. Der Finanzverwalter bestätigt diese Vorgehensweise.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich kann an sich gut verstehen, dass Sie gestützt auf die Analyse, dass in den Jahren 2008 und 2009 der Kredit für die Personalaufwendungen nicht aufgebraucht worden ist, der Meinung sein können, dass die Kürzung um 400'000 Franken im Voranschlag 2011 möglich ist. Diesen Teil verstehe ich einerseits gut. Andererseits ist der weitere Teil der Analyse von Franziska Keller und Ignaz Caminada nicht richtig: Auf Seite 7 des Voranschlags 2011 wird Bezug auf die Aufwandsteigerung aus der Rechnung 2009 von 44,1 Millionen Franken gegenüber dem Voranschlag 2011 von 47,6 Millionen Franken genommen. Im Jahr 2009 war der Buchhaltungskreis 5 noch nicht in den Zahlen integriert. Das ist aus der ganz klein geschriebenen Bemerkung unter der Quertabelle ersichtlich. Wollen Sie die Rechnung 2009 mit dem Voranschlag 2011 vergleichen, müssen Sie den Buchhaltungskreis 5 integrieren, das macht bei der Rechnung 2009 plus 2,3 Millionen Franken aus und somit beträgt die Abweichung zwischen Rechnung 2009 und Voranschlag 2011 2,4 Prozent. Die Hochrechnung 2010 ist nochmals verifiziert worden und daraus resultiert, dass wir rund 350'000 Franken mehr benötigen als für 2010 budgetiert worden ist, d. h. wir haben bereits für 2010 viel strenger budgetiert. Wir segeln viel härter am Wind. Wenn Sie hier nochmals 400'000 Franken kürzen, ist das aus unserer Sicht nicht seriös. Im Voranschlag 2011 sind neue Stellen für 900'000 Franken enthalten, alle auf den Seiten 7 und 8 aufgeführt. Diese neuen Stellen müssen geschaffen werden, weil zunehmende Fallbelastungen im Sozialwesen festzustellen sind und weil Tagesschulen obligatorisch werden. Einen wesentlichen Teil dieser Mehrkosten haben wir aufgefangen. Der Voranschlag 2011 steigt nicht um 900'000 Franken und darin enthalten ist eine Beförderungsrunde mit den entsprechenden Folgekosten. Wollen Sie die Kürzung im Personalaufwand um 400'000 Franken tatsächlich beschliessen, provozieren Sie den Gemeinderat zu Fehlentscheiden. Bei Kündigungen können Stellen unter Umständen nicht mehr besetzt werden und somit geht Know how verloren. Bei Stellenbesetzungen können wir

nicht mehr die am besten geeignete Person anstellen, sondern wir müssen uns für die jüngste – weil billigste – Person entscheiden, usw.

Aus diesem Grund bitte ich das Parlament, der beantragten Kürzung von 400'000 Franken nicht zuzustimmen. Der Gemeinderat – ich konnte mich in Bezug auf den Antrag von Rolf Zwahlen noch nicht mit ihm absprechen – ist auch der Meinung, dass auch diese beantragte Kürzung um 200'000 Franken nicht richtig ist, sie wäre aber das kleinere Übel. Wir haben im Bereich Personalkosten sehr sorgfältig und sehr restriktiv budgetiert. Die beantragte Kürzung von 400'000 Franken basiert auf einer fehlerhaften Analyse.

**Rolf Zwahlen (EVP):** Eine kleine Ergänzung zum Votum von Gemeindepräsident Luc Mentha: Die für 2011 neu zu schaffenden Stellen betreffen zur Hauptsache den Sozialbereich. Diese beeinflussen zwar die Lohnkosten, sind jedoch budgetneutral, weil sie in den Finanz- und Lastenausgleich gegeben werden können. Ich bitte Sie, diesen Umstand in Ihre Überlegungen miteinzubeziehen.

**Ignaz Caminada (CVP):** Ich komme auf unsere Analyse der Rechnungsjahre 2008 und 2009 zurück und kritisiere den Gemeinderat wie folgt: Die Schrift "Arial 3", mit welcher diese Bemerkung verfasst ist, ist doch etwas klein gewählt worden. Solche wichtige Bemerkungen für die Analyse einer Rechnung dürfen nicht mit einer so kleinen Schrift verfasst werden, auch nicht als Fussnote.

Ich bitte um Sitzungsunterbruch für einige Minuten.

Da mehr als 10 Stimmen dem Antrag auf Sitzungsunterbruch zustimmen, wird die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Da der Sitzungsunterbruch keine neuen Erkenntnisse gebracht hat, die mitgeteilt werden müssen, wird nun zuerst der Antrag der Bürgerlichen auf Kürzung von 400'000 Franken im Personalaufwand dem Antrag von Rolf Zwahlen auf Kürzung von 200'000 Franken gegenübergestellt.

---

#### **Beschluss**

Dem Antrag für eine zusätzliche Kürzung des Personalaufwands von Fr. 400'000.00 (Konto 1050.301, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal) wird zugestimmt.  
(abgegebene Stimmen: 20 für eine Kürzung von Fr. 400'000.00, 19 für eine Kürzung von Fr. 200'000.00)

---

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Der Beschluss des Parlaments auf Kürzung von 400'000 Franken im Personalaufwand wird nun dem Antrag des Gemeinderats gegenübergestellt, der keine Kürzungen vorsieht.

---

#### **Beschluss**

Die zusätzliche Kürzung im Personalaufwand von Fr. 400'000.00 (Konto 1050.301, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal) wird beschlossen.  
(abgegebene Stimmen: 20 für die Kürzung, 19 gegen die Kürzung)

---



---

#### **Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 40'000.00 (Konto 1050.318, Dienstleistungen und Honorare) wird einstimmig beschlossen.

---

### **Konto 1050.365 Eigene Beiträge, Private Institutionen**

**Hugo Staub (SP):** Ich bin froh, haben sich die Bürgerlichen diesem Antrag angeschlossen. Ich verzichte darauf, die Ihnen vorliegende Begründung nochmals zu erklären, möchte Sie jedoch im Protokoll aufgeführt haben: "Die Wirtschaftsförderung in der Region Bern ist bisher nicht wirklich eine Erfolgsgeschichte. Nun steht aber ein Neustart zur Diskussion, den die Gemeinde Köniz nicht verpassen sollte. Köniz ist neben der Stadt Bern der wichtigste Arbeitsplatzstandort der Region Bern und kann dazu beitragen, dass die Wirtschaftskonferenz eine wichtige Einrichtung der Region wird. Wir erwarten, dass der Gemeinderat sich mit der Region für Köniz und für die Region engagiert. Wir erwarten aber auch, dass er nach spätestens 2 bis 3 Jahren Bilanz zieht und sich aus der Wirtschaftskonferenz zurückzieht, wenn die Erwartungen nicht erfüllt worden sind. Wichtig erscheint uns auch, dass die Gemeinde Köniz wegen einer



Einsparung von Fr. 26'000.00 keine falschen Signale an die Regionspartner sendet. Der Schaden für die Gemeinde Köniz lässt sich nicht in Franken und Rappen beziffern. Wir meinen, dass Köniz eine aktive Rolle in der Region besser ansteht als das Image einer Trittbrettfahrer- und Rosinenpicker-Gemeinde."

**Urs Maibach (Grüne):** Die Fraktion der Grünen ist nach wie vor der Ansicht, dass die Herumschieberei von einzelnen Beträgen – hier 10'000 Franken mehr, da 20'000 Franken weniger – nicht richtig ist. Wir beharren auf dem Antrag des Gemeinderats und vertrauen darauf, dass dieser richtig ist. Wir sind der Ansicht, dass die Teilnahme bei der Teilkonferenz Wirtschaft ohne Weiteres um ein Jahr hinausgeschoben werden kann. Das auch, weil zurzeit die ganze Konstituierung der Teilkonferenz Wirtschaft noch nicht sehr klar ist. Die Fraktion der Grünen Köniz wird sich dem Antrag des Gemeinderats auf Nichtbeitritt anschliessen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Der Vorschlag des Gemeinderats auf Nichtbeitritt ist durch die Rückweisung des Voranschlags 2011 provoziert worden. Es handelt sich de jure um eine neue Aufgabe. Auf den Ihnen unterbreiteten Kürzungsantrag sind nun diverse Feedbacks an den Gemeinderat gelangt, von der Regionalkonferenz, von der Stadt Bern, aber auch von der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, die sich sehr negativ zu einem allfälligen Nichtbeitritt der Gemeinde Köniz äussern. Der Beitritt wäre ohnehin nicht auf Jahre hinausgezögert worden, sondern für ein Jahr, weil wir einen Sparbeitrag für den Voranschlag 2011 leisten wollten. Wir müssen unserem Image in der Region und gegenüber dem Kanton Bern Sorge tragen und wir haben Verständnis dafür, dass nicht der Eindruck entstehen soll und darf, dass wir so genannte "Rosinenpicker" sind. Aus dieser Sicht halte ich den Antrag formell aufrecht, der jedoch unter dem Druck der Rückweisung angebracht worden ist.

---

#### **Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 26'000.00 (Konto 1050.365, Eigene Beiträge / Private Institutionen) wird abgelehnt.  
(abgegebene Stimmen: 3 für die Kürzung, 36 für den Antrag gegen die Kürzung)

---

#### **Konto 1400.365, Kultursekretariat**

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Dieser Vorschlag des Gemeinderats ist eine Folge des Rückweisungsbeschlusses und contre coeur gefasst worden und nicht nachhaltig gemeint. Die Kürzung hätte höchstens für ein Jahr Gültigkeit. Wir hatten nie die Absicht, die Beiträge für die Musikgesellschaften und das Jugendorchester auf Dauer zu halbieren. Die Arbeit dieser Organisationen wird vom Gemeinderat positiv gewürdigt. Wir hatten den Eindruck, dass eine Halbierung der Beiläge für ein Jahr tolerierbar wäre. Bei Härtefällen in einzelnen Musikgesellschaften hätten über Projektbeiträge gewisse Abfederungsmassnahmen getroffen werden können. Der Gemeinderat hat aber Verständnis für die Ablehnung des Antrags.

**Christian Roth (SP):** Dieser Antrag ist in der SP/JUSO-Fraktion intensiv diskutiert worden. Wir haben keinen Antrag auf Kürzung gestellt. Auch wir wollen die Arbeit der Könizer Musikgesellschaften und des Jugendorchesters in keiner Art und Weise schmälern.

---

#### **Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung der Beiträge an die Könizer Musikgesellschaften und den Jugendorchesterverein um Fr. 21'000.00 (Konto 1400.365, Eigene Beiträge / Private Institutionen) wird abgelehnt.  
(abgegebene Stimmen: 2 für die Kürzung, 37 für den Antrag gegen die Kürzung)

---

#### **Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Reduktion der Abschreibungen von Fr. 200'000.00 (Konto 1720.331, Verwaltungsvermögen, harmonisierte Abschreibungen) wird ohne Gegenstimme beschlossen.

---

#### **Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 40'000.00 (Konto 2620.314, Teilverzicht Finanzierung Liftunterhalt, Kiesabbau Wangental) wird ohne Gegenstimme beschlossen.

---

---

**Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung der Einnahmen von Fr. 150'000.00 (Konto 2620.434, Andere Benützungsgebühren und Dienstleistungen, Grabenaufbruchgebühren) wird ohne Gegenstimme beschlossen.

---

**Konto 2640.313 Winterdienst Dienstleistungen und Honorare**

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich gebe die Haltung des Gemeinderats zu den beiden den Winterdienst betreffenden Konti bekannt: Namentlich bei der Kürzung im Konto 2640.313 hoffen wir auf einen milden Winter, der uns ermöglichen würde, dass die budgetierten Mittel genügen. Die Reduktion im Konto 2640.318 ist eine Standardreduktion und Teil des Stabilisierungsprogramms. Dieses Konto wird noch vertieft geprüft und Sie werden dann die Möglichkeit haben, sich zu äussern. Hier mache ich den Vorbehalt, dass die Frage einer langfristige Änderung im Standard der Schneeräumung vom Gemeinderat noch nicht definitiv entschieden ist.

---

**Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung der Mittel für Verbrauchsmaterial im Winterdienst von Fr. 12'500.00 (Konto 2640.313) wird abgelehnt  
(abgegebene Stimmen: 10 für die Kürzung, 20 für den Antrag gegen die Kürzung, 8 Enthaltungen)

---

**Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung der Mittel für den Einsatz Winterdienst von Fr. 40'000.00 (Konto 2640.318) wird abgelehnt  
(abgegebene Stimmen: 13 für die Kürzung, 20 für den Antrag gegen die Kürzung, 6 Enthaltungen)

---

**Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 25'000.00 (Konto 2660.311, Anschaffung eines neuen Fahrzeugs für die öffentliche Beleuchtung) wird einstimmig beschlossen.

---

**3300.366, DZ Sozialberatung, Eigene Beiträge / private Haushalte**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Zu diesem Konto liegt der Antrag der SP/JUSO-Fraktion vor, auf diese Kürzung zu verzichten.

**Christian Roth (SP):** Die Begründung zu unserem Antrag liegt Ihnen schriftlich vor. Ich erläutere ihn kurz: Wir stellen aufgrund zweier vorliegender Probleme den Antrag, auf die Kürzung beim Verein Fraktio zu verzichten: Zum einen haben wir mit der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes einen demokratisch legitimierten Entscheid auf nationaler Ebene gefällt. Dieses Gesetz wird per 1. April 2011 in Kraft gesetzt. Der heutige Informationsstand: Die Änderung wird ohne Übergangsfrist umgesetzt, d. h. wer am 1. April 2011 keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld haben wird, wird auf einen Schlag ausgesteuert. Das seco (Staatssekretariat für Wirtschaft) hat Schätzungen gemacht, dass damit 10 bis 12 Prozent der Versicherten auf einen Schlag ausgesteuert werden, ausgenommen es kommt noch irgendein anderer Entscheid zustande. Ein bedeutender Teil der versicherten Erwerbslosen wird somit per 1. April 2011 ausgesteuert. Das wird auch die Gemeinde Köniz betreffen. Das andere Problem: Seit Jahren ist bekannt, dass Menschen die länger keine Arbeit haben weit weg vom Arbeitsmarkt sind. Je länger man von einer geregelten Tagesstruktur weg ist, umso schwieriger wird die Integration. In der Gemeinde Köniz werden Tagesstrukturplätze seit Jahren mit Erfolg geführt. Der Gemeinderat will nun die Aufstockung in den Herbst 2011 verschieben und das ist ein Problem. Die Lösung liegt darin, dass nun in Abstimmung mit der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes die Tagesstrukturplätze z. B. im Fraktio, bereits auf 1. Januar 2011, spätestens aber per 1. April 2011 aufgestockt werden. Mit einem Hinausschieben in den Herbst 2011 sparen wir wenig Geld, verlieren aber auf die Länge gesehen viel Geld. Wir stellen uns mit der Kürzung selber ein Bein, weil die Gefahr besteht, dass diese Sparmassnahme zusätzliche und wahrscheinlich höhere Kostenfolgen in sich birgt. Ich bitte Sie, diese Kürzung abzulehnen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Der Gemeinderat hat durchaus auch hier Verständnis für den Einwand der SP/JUSO-Fraktion. Wir widersprechen den von Christian Roth

angebrachten Überlegungen nicht grundsätzlich. Es entspricht auch der grundsätzlichen Haltung des Gemeinderats, dass es besser ist, wenn Sozialhilfeklienten so rasch als möglich wieder in der freien Wirtschaft Wurzeln schlagen können und nicht in der Sozialhilfe verbleiben. Wir haben jedoch – wiederum unter dem Eindruck der Rückweisung – gefunden, dass es knapp vertretbar ist, mit dem Aufbau der zusätzlichen Plätze erst im Herbst 2011 zu beginnen. Damit wird auch im Bereich Sozialwesen ein Sparbeitrag vorgeschlagen.

---

#### **Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 20'000.00 (Konto 3300.366, DZ Sozialberatung, Erhöhung Arbeitsplätze Verein Fraktio erst im Herbst 2011) wird beschlossen. (abgegebene Stimmen: 21 für die Kürzung, 15 für den Antrag gegen die Kürzung, 2 Enthaltungen)

---

#### **Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung der Einnahmen von Fr. 85'000.00 (Konto 3640.460, Beiträge für eigene Rechnung/Bund, Erhöhung Beitrag Bund für zusätzliche Tagesschulen) wird ohne Gegenstimmen beschlossen.

---

#### **Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung der Einnahmen von Fr. 200'000.00 (Konto 3640.461, Beiträge für eigene Rechnung/Bund, Erhöhung Beitrag Kanton für zusätzliche Tagesschulen) wird ohne Gegenstimmen beschlossen.

---

### **Konto 3650.310, Schulsozialarbeit**

**Martin Graber (SP):** Weshalb Schulsozialarbeit wichtig ist und wie dort gespart werden kann, habe ich bereits an der Sitzung vom 15. November 2010 erläutert. Ich bitte Sie, in der Schulsozialarbeit nicht zu sparen. Ich mache einen Vergleich: Wenn wir hier sparen ist das wie wenn ein Autofahrer keine Winterpneus montiert. Natürlich hat er damit im Oktober Geld gespart und es kann auch eine Chance für ihn sein wieder zu lernen, wie man Schneeketten montieren muss. Spätestens aber nach den ersten Schneefällen spürt der Autofahrer, dass er am falschen Ort gespart hat. Ich bitte Sie, bei der Schulsozialarbeit nicht zu sparen und unseren Antrag zu unterstützen, damit die Schulsozialarbeit im Spiegel und in Schlieren wie geplant eingeführt werden kann.

**Urs Maibach (Grüne):** Die Schulsozialarbeit liegt uns Grünen sehr am Herzen. Wir zeigen uns erfreut über die guten Resultate der Schulsozialarbeit. Wichtig ist zu erwähnen, dass die Einsparungen in der Schulsozialarbeit keine Einsparungen aufgrund des zurückgewiesenen Voranschlags sind, sondern bereits im ursprünglichen Voranschlag 2011 enthalten waren. Es handelt sich deshalb nicht um Einsparungen, sondern um nicht zu tätige Ausgaben. Es handelt sich nicht um eine Kürzung, sondern um die Vermeidung von weiteren Aufwanderhöhungen. Wichtig ist aber hier zu vermerken, dass das bisherige Niveau beibehalten wird. Uns Grünen geht es darum, die Schulsozialarbeit nochmals zu überdenken, die bestehende Situation richtig zu beurteilen und allenfalls Optimierungen zu erreichen. Die Fraktion der Grünen wird der Erhöhung der Schulsozialarbeit mehrheitlich nicht zustimmen. Ich betone aber, dass wir die Sache weiterverfolgen werden und sobald sich in den Optimierungsmassnahmen der Schulsozialarbeit zeigt, dass trotzdem zusätzlicher Bedarf vorhanden ist, werden wir dem zustimmen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Der Gemeinderat steht zur Schulsozialarbeit. Die Gemeinde Köniz ist in diesem Bereich Pioniergemeinde. Wir sind überzeugt von der positiven Wirkung. Bereits im zurückgewiesenen Voranschlag 2011 haben wir aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten vorläufig ein Moratorium beschlossen. Inzwischen ist bekannt, dass der Kanton Empfehlungen macht, wie viele Schulsozialarbeitende an einer Schule tätig sein sollten. Gemäss diesen Empfehlungen fehlen uns hier rund 20 Stellenprozente. Deshalb ist das Moratorium beschlossen worden und macht Sinn. Gemeinderat Ueli Studer wird die Situation ganzheitlich überprüfen und konzeptionelle Neuüberlegungen anstellen, wie die vorhandenen Ressourcen in der Schulsozialarbeit auf alle Schulen verteilt werden können.

---

**Beschluss**

Der Antrag auf Erhöhung des Aufwands für die Schulsozialarbeit um Fr. 55'000.00 (Konto 3650.310, Schulsozialarbeit, keine Erhöhung) wird abgelehnt  
(abgegebene Stimmen: 11 für den Antrag, 27 dagegen)

---

**Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragten Mehreinnahmen von Fr. 40'000.00 (Konto 4300.431, Verwaltungspolizei, Gebühren für Amtshandlungen) werden ohne Gegenstimmen beschlossen.

---

**4300.434, Verwaltungspolizei, Andere Benützungsgebühren**

**Heinz Engi (FDP):** Ich komme zurück auf meine Frage, die der Gemeindepräsident noch nicht beantwortet hat: Wann ist der Beschluss für die Erhöhung der Gebühren gefällt worden?

**Rolf Zwahlen (EVP):** Tatsache ist, dass diese Gebührenerhöhung in der Kompetenz des Gemeinderats liegt und ich habe sehr viel Verständnis für die Bürgerlichen, dass sie für diese Erhöhung nicht ihren Kopf hinhalten wollen. Das ist in den Medien leider falsch dargestellt worden, denn diese Erhöhung ist bereits länger beschlossene Sache. Ich verstehe jedoch nicht, dass das Image von den Bürgerlichen nicht via Medien korrigiert wird. Diese Erhöhung gehört in den Voranschlag. Für mich ist nicht verständlich, wieso diese – bereits vor längerem durch den Gemeinderat gefasste Gebührenerhöhung – wieder aus dem Voranschlag 2011 gekippt werden soll. Eine Frage: Soll der Gemeinderat diesen Entscheid rückgängig machen? Dasselbe gilt auch für das Konto 4300.437, Bussen. Der Anschaffung eines neuen "Blechpolizisten" haben wir bereits zugestimmt und damit werden die Einnahmen im Bereich Bussen sicher erhöht.

**Annemarie Berlinger-Staub (SP):** Dieser Sparvorschlag des Gemeinderats und auch die Beschaffung eines neuen Geschwindigkeitskontrollgeräts sind im Legislaturprogramm aufgeführt. Anlässlich der Diskussionen zur Anschaffung eines neuen "Blechpolizisten" wurde nicht dagegen votiert. Mit diesen beiden Vorschlägen macht der Gemeinderat nichts anderes als Legislaturziele vorzuziehen. In meinen Augen erhalten wir damit mehr Sicherheit zu einem früheren Zeitpunkt und das ist gut so. Gerade die Verkehrssicherheit wird von der Bevölkerung als grösstes Problem genannt. Ich möchte festhalten, dass diese beiden Vorschläge aus der Direktion Sicherheit und Liegenschaften (DSL) kommen, der Gemeinderat Urs Wilk (FDP) vorsteht. Wenn die Bürgerlichen den Antrag stellen, die genannten Änderungen nicht vorzunehmen, hinterfragen sie die Verbesserungsvorschläge ihres eigenen Gemeinderats. Meiner Meinung nach wird damit Gemeinderat Urs Wilk desavouiert.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Nein, wir desavouieren niemanden. Ja, wir hinterfragen alle Direktionen kritisch. Ich halte fest: Wir haben Kenntnis von der Legislaturplanung genommen, jedoch nur teilweise zustimmend.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Der Entscheid für die Gebührenanpassungen ist im November 2011 gefällt worden. Der Vorschlag, diese Massnahme zu treffen, ist jedoch bereits viel früher als Vorschlag der zuständigen Direktion im Stabilisierungsprogramm aufgetaucht. In einem Entscheidungsworkshop haben wir zu all den vorgeschlagenen Massnahmen erste Entscheide getroffen und waren der Meinung, dass die Anpassung der Tages- und Anwohnerparkkarten vertretbar ist. Wir haben Quervergleiche mit anderen Städten und Gemeinden angestellt.

---

**Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung der Einnahmen von Fr. 117'000.00 (Konto 4300.434, Gebührenanpassung Tages- und Anwohnerparkkarten) wird abgelehnt.  
(abgegebene Stimmen: 19 für die Erhöhung, 19 für den Antrag auf Verzicht auf Erhöhung.  
Stichentscheid des Parlamentspräsidenten für den Antrag auf Verzicht auf Erhöhung)

---

**4300.437 Verwaltungspolizei, Bussen**

**Rolf Zwahlen (EVP):** Es handelt sich hier um die Aufnahme der Einnahmen des zusätzlichen halbstationären "Blechpolizisten" von 200'000 Franken im Voranschlag 2011 und nicht um die Zustimmung zu einer Gebührenerhöhung oder um die Anschaffung eines "Blechpolizisten".

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich bestätige die Worte von Annemarie Berlinger-Staub, dass es Teil des Legislaturprogramms ist, diesen halbstationären "Blechpolizisten" zu beschaffen. Zu diesem Legislaturprogramm haben Sie sich damals differenziert geäußert. Die Anschaffung des zusätzlichen "Blechpolizisten" ist nicht mit einem Wort erwähnt worden. Werden Einnahmen nicht budgetiert und fallen trotzdem an, sind keine zusätzlichen Beschlüsse nötig; die zusätzlichen Einnahmen sind einfach vorhanden. Die halbstationäre Geschwindigkeitskontrollanlage ist eine Beschaffung, die vom Gemeinderat beschlossen wurde. Es geht uns dort primär um die Sicherheit im Verkehr. Dass damit der Nebeneffekt von zusätzlichen Einnahmen verbunden ist, ist klar. Das ist mit dem Korrekturvorschlag ausgewiesen. Bei der Aufstellung von Radaranlagen halten wir uns an die Vorgaben, die beispielsweise der TCS als vertretbar betrachtet. Diese Anlagen sollen an neuralgischen Verkehrspunkten aufgestellt werden, wo schwache Verkehrsteilnehmer gefährdet sind und sollen im Voraus mit entsprechenden Signalen und Warnungen angekündigt werden. Wir sehen vor, diese Radaranlagen an heiklen Stellen – Schulwege, Alterseinrichtungen – aufzustellen und nicht an schikanösen Orten, wo eigentlich kein Sicherheitsproblem besteht. Ich bitte Sie, den Antrag der Bürgerlichen auf die Einnahmen zu verzichten, abzulehnen.

---

#### **Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragten Mehreinnahmen von Fr. 200'000.00 (Konto 4300.437) werden beschlossen.

(abgegebene Stimmen: 20 dafür, 18 für den Antrag auf Verzicht auf die Mehreinnahmen, 1 Enthaltung)

---

#### **4300.434 Andere Benützungsgebühren**

**Ignaz Caminada (EVP)<sup>7</sup>:** Die Formulierung des Beschlusses zum Konto 4300.434 wurde so gewählt, dass ich dem Antrag auf Erhöhung der Einnahmen nicht zustimmen konnte. Wenn es sich aber – wie hier erwähnt worden ist – um zusätzliche Einnahmen handelt, die bereits beschlossen sind, kann ich nicht dagegen sein.

Ich stelle hiermit Rückkommensantrag zum Konto 4300.434.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Es geht darum, ob der Aufnahme in den Voranschlag 2011 der bereits beschlossenen Massnahme für die Erhöhung der Einnahmen von 117'000 Franken bei den Tages- und Anwohnerparkkarten im Konto 4300.434 zugestimmt wird oder nicht.

**Heinz Engi (FDP):** Ich bin der Auffassung, dass nun zuerst über den Rückkommensantrag abgestimmt werden muss.

---

#### **Beschluss**

Dem Rückkommensantrag wird entsprochen.

(abgegebene Stimmen: 20 dafür)

---

#### **Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Aufnahme der Mehreinnahmen von Fr. 117'000.00 in den Voranschlag 2011 durch die Gebührenanpassung der Tages- und Anwohnerparkkarten (Konto 4300.434, Gebührenanpassung Tages- und Anwohnerparkkarten) wird angenommen.

(abgegebene Stimmen: 19 Stimmen für Aufnahme, 18 Stimmen für Antrag auf Verzicht der Aufnahme, 2 Enthaltungen)

---

#### **Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 25'000.00 (Konto 4620.314, Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt, Einschränkung des vermehrten Unterhaltsbedarfs, Reduzierung des Standards) wird ohne Gegenstimmen beschlossen.

---

#### **Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 15'000.00 (Konto 5130.314, Landschaft und Grünanlagen, Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt, Kosten für Grünflächen- und Baumpflege gemäss Verpflichtungskreditkontrolle reduzieren) wird ohne Gegenstimmen beschlossen.

---

<sup>7</sup> An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

---

**Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 40'000.00 (Konto 5130.366, Landschaft und Grünanlagen, eigene Beiträge/private Haushalte, Reduktion der freiwilligen Beiträge an Landschaft und Naturobjekte) wird ohne Gegenstimmen beschlossen.

---

**Beschluss**

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 20'000.00 (Konto 5700.301, Informatikzentrum, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal, Stellenreduktion) wird ohne Gegenstimmen beschlossen.

---

**Parlamentspräsident Christian Burren:** An dieser Stelle machen wir unsere Pause, in welcher der ordentliche Antrag wie er nun aufgrund der einzelnen Kontenkorrekturen entstanden ist, zusammengestellt und ausgedruckt wird.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Auf Ihren Pulten liegt nun der bereinigte Antrag vor. Die Abstimmung erfolgt nur noch über diesen Antrag und die Erhebung der Steuern und der Hundetaxe gemäss Antrag des Gemeinderats

---

**Beschluss**

1. Das Parlament genehmigt den bereinigten Voranschlag der Laufenden Rechnung 2011, der bei einem

Gesamtertrag von	Fr. 201'030'537.00
und einem Gesamtaufwand von	Fr. 201'591'658.00
<b>einen Aufwandüberschuss von</b>	<b>Fr. 561'121.00</b>

ausweist.

2. Im Jahr 2011 sind folgende Steuern zu erheben:

- die ordentliche Gemeindesteuer im 1.49-fachen Betrag der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze
- die Liegenschaftssteuer von 1.2 ‰ auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft
- die Hundetaxe von Fr. 100.00 für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund.

(abgegebene Stimmen: 29 für Annahme des Voranschlags 2011, gemäss dem bereinigten Antrag des Gemeinderats, 10 dagegen)

---

**4. Förderung des Gebäudeenergieausweises der Kantone (GEAK)**

Reglement, Verpflichtungskredit; Direktion Umwelt und Betriebe

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Mit den Sitzungsakten ist Ihnen der Bericht und Antrag des Gemeinderats zugestellt worden sowie der Entwurf des neuen Reglements. Folgendes Vorgehen: Nach dem GPK-Referenten folgen die Fraktionsvoten, die Einzelvoten, die Detailberatung des Reglements und die Schlussabstimmung.

**GPK-Referent Andreas Lanz (BDP):** Zuerst zwei Punkte zu den Ihnen vorliegenden Unterlagen. Der erste Punkt: Der Titel lautet "Förderung des Gebäudeenergieausweises der Kantone (GEAK) und dort ging das wichtige + verloren, richtig sollte der Titel lauten: "Förderung des Gebäudeenergieausweises der Kantone (GEAK+). Der zweite Punkt: Beilage 2 ist nicht vorhanden.

Zu den Grundlagen des Geschäfts: Als erste Grundlage für die Förderung des GEAK+ in der Gemeinde Köniz dient die vom Parlament zur Kenntnis genommene Energiestrategie. Darin ist das Ziel formuliert worden, den Wärmebedarf der Gebäude bis 2035 um 20 Prozent zu reduzieren. Für diese Zielerreichung müssten pro Jahr ungefähr 190 Wohngebäude saniert werden. Zurzeit sind wir bei einer Quote von 80 Gebäuden pro Jahr. Wir haben also ein Defizit. Für die Zielerreichung ist diese Förderungsmassnahme eingeleitet worden. Als zweite Grundlage dient die Motion 0611 (Pestalozzi, GB, GFL) "Erneuerbare Energie", die erheblich erklärt worden ist, auch damit sind Fördermassnahmen vorgesehen. Die wichtigste Grundlage

ist aber die Existenz des GEAK+ überhaupt, der im August 2009 definitiv ins Leben gerufen worden ist. Der GEAK+ der Kantone sieht vor, dass Gebäude einer energetischen Analyse unterzogen werden und aufgrund dieser entsprechende Sanierungsvorschläge gemacht werden. Dadurch sollen die Hausbesitzer motiviert werden, energetische Sanierungsmassnahmen durchzuführen.

Zur Geschichte des Geschäfts innerhalb der Gemeindeverwaltung: Innerhalb der Gemeindeverwaltung ist bereits einmal eine solche Fördermassnahme diskutiert worden. Man sah vor, auf drei Jahre verteilt ungefähr 500'000 Franken für Fördermassnahmen einzusetzen. Eine zweite abgespeckte Variante wurde ausgearbeitet. Uns liegt heute die dritte Variante vor, die für die nächsten drei Jahre 180'000 Franken kostet – 60'000 Franken pro Jahr –, die jeweils in den Voranschlägen enthalten sind. Sonst sind keine zusätzlichen Mittel vorgesehen. Einsparungen werden erreicht, indem weniger Grundlagenarbeit geleistet wird und weniger Berichte erstellt werden. Die vorhandenen Mittel werden für effektive Fördermassnahmen eingesetzt.

Der GEAK+ ist ein Mittel zur Beurteilung des Energiebedarfs eines Gebäudes. Die Energieklassen A bis G – analog der Energieklassen bei z. B. Kühlschränken oder Autos – sind bekannt. Zusammen mit den Sanierungsvorschlägen bietet der GEAK+ die Grundlage für ein umfassendes Sanierungskonzept eines älteren Gebäudes. Der GEAK+ wird durch einen zertifizierten GEAK-Experten erstellt. Man rechnet mit einem Aufwand von zwei bis drei Tagen für die Erstellung. Der GEAK+ muss eine vertiefte Bestandaufnahme der Haustechnik enthalten, der Gebäudehülle und die Problempunkte eines Gebäudes. Er muss einen detaillierten Massnahmenkatalog enthalten mit Priorisierung, Etappierung und auch mit Grobkosten, damit bekannt ist, mit welchen Kosten was bei einer allfälligen Sanierung erreicht werden kann. Er muss weiter Angaben zu den Fördergeldern enthalten, sowie jene Massnahmen, die effektiv umgesetzt werden und Angaben, wo allenfalls Steuervorteile und wo bei Banken Zinsvergünstigen möglich sind.

Einige Worte zum Reglement: Ein Reglement ist deshalb notwendig, weil Gelder ausbezahlt werden. Darauf gehe ich nicht näher ein. Das Reglement sieht ein zweistufiges Verfahren vor. Als ersten Schritt die Zusicherung der Mittel für den Hausbesitzer und in einem zweiten Schritt wird, wieder auf Gesuch hin, die Auszahlung geregelt. Ganz wichtig ist Art. 5 des Reglements, wo es darum geht, wann die Mittel ausbezahlt werden. Einerseits muss innerhalb von zwei Jahren nach der Zusicherung des Betrags ein Antrag für die Auszahlung gestellt werden. Dafür muss der GEAK+ vorliegen und mindestens eine förderungswürdige Sanierungsmassnahme muss umgesetzt worden sein. Dies, damit mit der Umsetzung auch etwas erreicht wird. Die Förderbeiträge sind unterschiedlich: Für Ein- oder Zweifamilienhäuser 800 Franken bei angenommenen GEAK+-Kosten von 1'000 bis 1'400 Franken und für Mehrfamilienhäuser 1'200 Franken bei angenommenen GEAK+-Kosten von 1'400 bis 2'000 Franken. Das Ganze soll per 1. Januar 2011 starten und Ziel ist, 50 GEAK+-Sanierungen pro Jahr zu fördern.

Zu den Kosten: Ich habe bereits erwähnt, dass pro Jahr 60'000 Franken für die nächsten drei Jahre im Voranschlag enthalten sind. Wir genehmigen einen Verpflichtungskredit für drei Jahre. Das Geschäft ist in der GPK beraten und anhand einer Checkliste geprüft worden. Es ist plausibel nachvollziehbar. Die Nachhaltigkeit ist gegeben. Einerseits kann es positive Auswirkungen auf die Wirtschaft haben und andererseits auf die Ökologie sowie, infolge der Verbesserung der Wohnqualität, auch gesellschaftlich. Etwas schwieriger ist die Beurteilung der Nachhaltigkeit der Finanzierung, dies weil noch keine Erfahrungen mit den Fördermassnahmen für den GEAK+ vorhanden sind. Wir haben uns hier einer Beurteilung enthalten.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, das Geschäft zu genehmigen und den GEAK+ sowie die GEAK+-Förderungen einzuführen.

Ich gebe an dieser Stelle gleich noch die Haltung der BDP-Fraktion bekannt: Die BDP-Fraktion empfiehlt Ihnen einstimmig, dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen. Es schafft aus unserer Sicht Anreize für die energetische Sanierung von Gebäuden. Das entspricht unseren Parteizielen, wir wollen die Energieeffizienz verbessern. Es nimmt auch die Hausbesitzer in die Pflicht, Fördermassnahmen zu tätigen.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Ich antworte auf zwei Fragen, die uns in der Zwischenzeit gestellt worden sind. Wir haben die Frage erhalten, ob der GEAK+ auch für andere Gebäudekategorien als Wohngebäude vorgenommen werden kann. Das ist nicht der Fall. Die Definition ist in Art. 4 des Reglements klar geregelt. Nur Wohngebäude können für einen GEAK+ geprüft werden. Hier lehnt man sich an die Konzeption des GEAK auf Bundesebene an, die zurzeit nur für Wohngebäude geltend ist. Im neuen kantonalen Energiegesetz ist in Art. 36 die Einführung des GEAK geregelt. Auch hier nur für Wohnbauten. Der Grosse Rat lehnte es ab, dem Regierungsrat die Möglichkeit zu geben, den GEAK in Abstimmung mit anderen Kantonen auf weitere Gebäudekategorien auszudehnen. Deshalb

stützen wir uns im Gemeindereglement auf die Vorgaben von Bund und Kanton und unterstützen den GEAK+ nur für Wohnbauten. Die zweite Frage betrifft die Vornahme der Wirkungskontrolle. Wir sehen vor, jedem Gesuch einen Fragebogen beizulegen, damit ersichtlich ist, wie die eingesetzten Mittel effektiv gebraucht worden sind. Wir möchten damit abschätzen können, wie viel CO<sub>2</sub> eingespart werden kann. Wir versuchen, auch den volkswirtschaftlichen Effekt abzuschätzen.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP):** Mir sind zwei Punkte aufgefallen. Im Internet kostet der GEAK+ für ein Einfamilienhaus 400 bis 600 Franken, für ein Mehrfamilienhaus 500 bis 800 Franken. Ich will den vorher genannten Preis nicht infrage stellen, es fragt sich nur, welche Leistung man dafür erhält. Wer überprüft ausserdem, welche Leistung hinter den genannten 1'000 bis 1'400 Franken, respektive 1'400 bis 2'000 Franken für Mehrfamilienhäuser steckt? Weiter fehlt mir, dass im Reglement nichts über allfällige durchzuführende Workshops enthalten ist, damit der grosse Teil der Bevölkerung zur Vornahme von Sanierungen animiert wird. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP):** Die FDP-Fraktion unterstützt den vorliegenden GEAK+ im Rahmen eines befristeten Angebots. Wir unterstützen Anreizsysteme im Bereich des Umweltschutzes. Ein Gebäudeenergieausweis ist ein gutes Mittel, die Hausbesitzer in die Eigenverantwortung zu nehmen und sie darin zu bestärken. So schafft der Ausweis in erster Linie Transparenz, was positiv für den Markt ist. Zudem ist es damit leicht möglich, mit dem Beratungsbericht Sanierungsmassnahmen anzugehen. Wir begrüssen sehr, dass die Gemeinde nur Beiträge ausrichtet, wenn entsprechende Sanierungsmassnahmen umgesetzt werden. Gezielte Förderungen anstelle des Giesskannenprinzips können wir sehr unterstützen. Gerne möchten wir den Gemeinderat auf die neuesten Überlegungen der ETH Zürich aufmerksam machen. Diese bewegen sich zurzeit etwas weg von den Minergielabels und den Energieeffizienzstandards. Sie verfolgen vermehrt einen Zero-Emission-Ansatz, d. h. es geht nicht mehr so sehr um die Effizienz, sondern vermehrt um die Gesamtbilanz. Die FDP-Fraktion bittet den Gemeinderat, diesen Aspekt bei der Auswertung des Programms zu berücksichtigen und zudem ermahnen wir den Gemeinderat, die versprochene Kostenneutralität sicherzustellen.

**Fraktionssprecher Ignaz Caminada (CVP):** Der Gebäudeenergieausweis wird seit Beginn von der einen Seite gelobt und von der anderen heftig kritisiert. Vor allem Hausbesitzer, die Angst vor der Wahrheit haben, sind gegen ein früher einmal geplantes Obligatorium dieses Ausweises. Die Gemeinde Köniz schlägt für die Förderung des Gebäudeausweises mit dieser Vorlage eine andere Variante vor. Dafür dankt die CVP/EVP/GLP-Fraktion dem Gemeinderat und der Verwaltung. Es ist ein kleiner Beitrag für die Gemeinde Köniz, für jeden Hausbesitzer kann es jedoch eine Motivationsspritze sein. Wenn dadurch Hausbesitzer zusätzlich Sanierungsmassnahmen gemäss den Bedingungen des GEAK umsetzen, haben wir eine perfekte Win-Win-Situation. Die Gemeinde Köniz hat sich mit ihrer Energiestrategie unter anderem das Ziel gesetzt, den Energieverbrauch in der Gemeinde zu reduzieren. Mit den bereits genannten 800 respektive 2'000 Franken kommt die Gemeinde diesem Ziel näher und damit werden immer mehr Hausbesitzer zu bewussten Energiekonsumenten. In der Fraktion haben sich zwei Fragen gestellt, die ich an den Gemeinderat weitergebe: Was passiert erstens, wenn eine Person im Nachgang des Gebäudeenergieausweises die Radikaltour einschlägt, das alte Haus abreisst und ein Minergiehaus realisiert? Gemäss Reglement würde hier die Gemeinde die genannten 800 Franken nicht auszahlen, weil die Person keine Massnahmen gemäss Gebäudeprogramm umsetzt. Wir können der Meinung, dass wer genügend Mittel für einen Hausneubau hat, diese zusätzlichen 800 Franken nicht benötigt. Das gilt aber auch bei kleineren Sanierungen, wo schnell einmal einige zehntausend Franken verbraucht sind. Die Realisierung eines Minergiehauses ergibt auch eine Win-Win-Situation. Wenn die Gemeinde bereit wäre, auch hier 800 Franken auszurichten, müsste schon heute ein Antrag für eine Reglementsänderung eingebracht werden. Wichtig ist, dass die Gemeinde Köniz im Nachgang zur heutigen Debatte – sofern die Abstimmung positiv ausfällt – auf ihrer Homepage eine aktuelle Liste von zertifizierten GEAK-Experten aus der Gegend publiziert. Diese Dienstleistung dient allen, die eine solche Beratung veranlassen wollen. Unsere zweite Frage: Ist die Publikation einer solchen Liste vorgesehen?

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Die Fraktion der Grünen unterstützt die Vorlage des Gemeinderats und das Reglement für den Gebäudeenergieausweis GEAK+. Dies aus drei Gründen: Erstens kann die Gemeinde Köniz mit wenig Geld dazu beitragen, dass



grosse Investitionen ausgelöst werden. Mit 800 bzw. 1'200 Franken kann die Gemeinde Anstoss für Investitionen geben, die schnell einmal das Zehn- bis Fünfzigfache des Betrags ausmachen. In der Beilage 1, IB-Bericht Seite 3, ist ersichtlich, was solche Massnahmen auslösen können. Die Förderung des lokalen Gewerbes, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wird reduziert und das führt zu einer CO<sub>2</sub>-Reduktion. Ich spreche hier nicht nur von einer Win-Win-Situation, sondern von einer Triple-Win-Situation. Zu den Kosten des GEAK: Heinz Nacht hat festgestellt, dass die Kosten für den GEAK+ im Internet billiger aufgeführt sind als vom Gemeinderat im Bericht erwähnt. Heinz Nacht meint damit aber den GEAK und nicht den GEAK+ mit Beratungsteil. Dieser ist teurer, weil der Aufwand grösser ist. Zweitens wird mit dem GEAK+ eine Gesamtanalyse von Gebäuden vorgenommen. Es geht um die Frage, wo mit dem kleinsten Aufwand die grösste Wirkung erzielt werden kann. Mit der Förderung des GEAK+ lenkt die Gemeinde die Hausbesitzer in genau diese Richtung und das ist in unseren Augen sehr wichtig. Ein Beispiel: Wenn ein Hausbesitzer die Idee hat, eine Warmwassersolaranlage zu realisieren, kann er eine Offerte einholen und diese bauen lassen. Wenn er aber einen GEAK+ erstellen lässt, würde ersichtlich, dass mit der Isolation der Estrichdecke mit wenig Geld viel Erdöl eingespart werden könnte. Drittens ist die Vorlage budgetneutral. In der Stadt Bern sind meines Wissens vor zwei Jahren 2 Millionen Franken für ein Gebäudeprogramm bewilligt worden. Ganz entscheidend ist in unseren Augen, dass über diese Möglichkeiten breit informiert wird, damit die Hausbesitzer möglichst Gebrauch von diesem Angebot machen und die effizientesten Massnahmen umsetzen. Wichtig ist auch, dass die Banken die energietechnischen Massnahmen finanzieren. Sie stehen klimapolitisch in der Pflicht und wir hoffen, dass sie diese Verantwortung annehmen.

Die Debatte ist insgesamt sehr erfreulich. Die FDP-Fraktion unterstützt Anreizsysteme. Spannend ist in unseren Augen auch die Diskussion, ob ein Haus möglichst dick eingepackt und dafür weniger geheizt werden soll oder ob mehr in die Haustechnik investiert werden soll, um die vorhandene Umweltwärme besser ausnützen zu können.

Insgesamt handelt es sich um eine "Fördermassnahme light", gemäss dem Motto: Wenig Aufwand, viel Ertrag. Wir hoffen, dass dem Geschäft zugestimmt wird.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen, hat jedoch noch einige Fragen. Richtig ist in den Augen der SP/JUSO-Fraktion, dass sich die Gemeinde an die Umsetzung der beschlossenen Energiestrategie macht. Wichtig für die vorgesehene Senkung des Wärmebedarfs um 20 Prozent sind Massnahmen. Ebenso wichtig scheint uns eine jährlich erhebliche Einsparung von Erdöl. Richtig ist auch, dass die Hausbesitzer über die Energieeffizienz und die energetischen Sanierungsmöglichkeiten ihrer Häuser informiert werden sollen. Das ist mit einem standardisierten Bericht möglich, der in diesem Sinn Vergleichsmöglichkeiten zulässt. Wir haben Fragen zu folgenden zwei Punkten: Gelingt es erstens mit dem vorliegenden Vorschlag – die Förderung des GEAK+ mit Beratung – wirklich, die Lücke bis zum Ziel von 110 sanierten Gebäuden zu schliessen? Wir fragen uns zweitens, ob die im Reglement aufgenommenen Beträge wirklich genügen, um den Anreiz für die Erstellung eines GEAK+ zu schaffen, der dann zu Sanierungen führt. Dies im Wissen darum, dass die Kosten für die Umsetzung der Sanierungsmassnahmen erheblich höher sind. Auf jeden Fall ist für die SP/JUSO-Fraktion wichtig, dass die Sanierungsmassnahmen aus dem GEAK-Massnahmenkatalog massgebend genug sind. Kann es sein, dass jemand, nachdem der GEAK+ erstellt worden ist, mit dem Einsetzen von Aquaclic-Spardüsen bereits einen Beitrag auslösen kann? In unseren Augen muss eine Kriterienliste, die sicherstellt, dass erhebliche Sanierungen getätigt werden, klar definiert sein.

Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass der Schritt grundsätzlich in die richtige Richtung geht und stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

**Heinz Nacht (SVP):** Die Variante von Ignaz Caminada – der Abriss von so genannten Energieschleudern und die Erstellung eines Minergiehauses – ist in meinen Augen eine Variante, sicher aber nicht die beste. Wird jeder günstige Wohnraum, der noch vorhanden ist, aus energietechnischen Gründen abgerissen anstatt saniert, sind in der Gemeinde Köniz keine günstigen Wohnungen mehr vorhanden. Eines der Legislaturziele ist aber, den günstigen Wohnraum so gut als möglich zu erhalten.

**Martin Graber (SP):** Ich muss die Minne hier im Parlament etwas stören. Ich habe einen GEAK+ erstellen lassen, weil ich mein Haus sanieren will. Ich glaube aber nicht, dass der GEAK+ für die Gemeinde ein so tolles Geschäft ist, denn ich bezahle in diesem und im nächsten Jahr keine Steuern. Sanierungen sind notwendig, aber machen wir uns nichts vor, für die Gemeinde entstehen Mindereinnahmen, weil Steuergelder fehlen.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Wenn Martin Graber sein Haus saniert hat, wird es im Wert deutlich steigen und deshalb sind dann höhere Liegenschaftssteuern fällig. Mit unserer Motion 0903 "Ökologische Liegenschaftsteuer", die im Parlament leider keine Mehrheit gefunden hat, wollten wir genau das vermeiden.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Zuerst danke ich für die gute Aufnahme des neuen Weges den wir beschreiten wollen: Hin zu Anreizen und hin zur Umsetzung.

Zu den Fragen: Heinz Nacht fragte, ob ein Workshop möglich sei. Wir planen die Durchführung solcher Workshops mindestens einmal im Jahr, vielleicht auch zweimal. Klar ist, dass in diesem Bereich in die Kommunikation investiert werden muss. Heinz Nacht hat ausserdem die Frage gestellt, wie die Qualität des GEAK-Berichts geprüft werden kann. Die Fachstelle Energie wird eine Liste von GEAK-Experten erstellen und zusammen mit ihnen die GEAK prüfen. Damit besteht ein Pool aus Fachleuten für die Prüfung der Angaben.

Bernhard Bichsel hat auf die Diskussion der ETH in Bezug auf erneuerbare Energien und Minergie hingewiesen. Diese ist sehr interessant und wird von uns mit Interesse verfolgt. Für uns ist wichtig, dass Massnahmen getätigt werden. Ob dies der Ersatz einer Erdölheizung ist oder das Einpacken eines ganzen Hauses, wichtig ist, dass CO<sub>2</sub> eingespart wird.

Die Frage von Ignaz Caminada betreffend Abriss anstatt Sanierung ist interessant. Was wird bezahlt, wenn anstatt der Sanierung der Totalabriss eines Gebäudes vorgenommen wird? Im neuen kantonalen Energiegesetz ist das in Art. 59a klar geregelt: Finanzhilfen können bei einem Abriss in der gleichen Höhe gewährt werden, wie für eine Sanierung. Ich übernehme die Anregung aus dem Votum von Ignaz Caminada, dass wir uns darüber Gedanken machen. Ich schlage vor, im Reglement – so es heute verabschiedet wird – Ergänzungsartikel dazu einzufügen. Die Liste der GEAK-Experten wird auf der Homepage aufgeschaltet.

Zu Christian Roth: Wir werden alles daran setzen, die Lücke in der Zielerreichung zu schliessen. Das ist der Anreiz, den wir setzen wollen. Wir erstatten auch Bericht darüber. Wir haben lange überlegt, ob die Anreize genügen. Wir sind der Meinung, mit den Ihnen vorliegenden Massnahmen zu beginnen. Sollten Änderungen notwendig sein, werden wir wieder vors Parlament gelangen. Wir haben den Eindruck, auch im Vergleich mit anderen Städten, dass wir "dabei" sind.

---

### Beschluss

Das Reglement über Beiträge für Gebäudeenergieausweise der Kantone (GEAK+) mit Beratungsbericht wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

## 5. Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme und Beschlussfassung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Sie haben den Bericht und Antrag des Gemeinderats zu diesem Geschäft erhalten.

**GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP):** Üblicherweise nimmt das Parlament Kenntnis von Kreditabrechnungen. Bei der hier vorliegenden Kreditabrechnung "Liebefeld, Umgestaltung Waldeggstrasse" ist das anders. Zusätzlich zur Kenntnisnahme ist die Bewilligung eines Nachkredits in der Höhe von 115'000 Franken durch das Parlament notwendig. Wie ist es dazu gekommen? Im Jahr 2004 herrschte in Köniz eine gewisse "Swisscom-Euphorie", ist es doch gelungen, den Hauptsitz von Swisscom Mobile in die Gemeinde zu holen. Aufgrund des hohen Zeitdrucks ist der Kreditbeschluss für die Erschliessung Weissenstein/Neumatt vor den Verhandlungen mit den anderen Parteien gefasst worden. Der Perimeter war jedoch anschliessend juristisch nicht durchsetzbar. Der Gemeinderat hat zwar in seinem Beschluss vom 17. November 2004 gegenüber dem Antrag der Verwaltung noch eine Ziffer 3b eingefügt, dass das Projekt erst dann ausgelöst werden darf, wenn der Betrag von 115'000 Franken gemäss Erschliessungsvertrag wirtschaftlich sichergestellt ist. Diese Auflage ist jedoch nicht eingehalten worden. Ändern daran lässt sich nichts mehr, der "Zaster ist ausgegeben". Diese Kreditabrechnung ist ein Ausnahmefall und die Verantwortlichen sind nicht mehr bei der Gemeindeverwaltung tätig. Gemeindepräsident Luc Mentha hat sich bei der GPK dafür

entschuldigt. Es sind keine weiteren Massnahmen ergriffen worden oder geplant und die vorhandenen Kontrollmechanismen sollten genügen, dass solches nicht mehr vorkommt. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 6 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Ursula Wyss (Grüne):** Ich habe mich in der Budget-Debatte zurückgehalten, muss jedoch hier das Wort ergreifen. In meinen bisher 10 Jahren als Parlamentsmitglied habe ich schon viele Kreditabrechnungen gesehen, eine wie die hier vorliegende jedoch noch nie. Uns liegt eine Kreditüberschreitung von 100 Prozent vor. Das Ganze ist eine Farce, denn das Geld ist längst ausgegeben. Hier haben alle Kontrollmechanismen versagt, der damalige Projektleiter hat sich über einen Gemeinderatsbeschluss hinweggesetzt und eigenmächtig gehandelt. Seine Vorgesetzten haben dies entweder zugelassen oder nicht bemerkt. Alles Lamentieren nützt nun nichts mehr, es ist passiert, das Geld und die betroffenen Personen sind weg. Viel interessanter ist in meinen Augen die Frage, was vorgenommen werden soll, damit solches nicht mehr passiert. Deshalb möchte ich vom Gemeinderat wissen, welche Kontrollmechanismen sicherstellen, dass seine Beschlüsse bis in die untersten Stufen korrekt umgesetzt werden. Die Fraktion der Grünen wird den Kredit mehrheitlich ablehnen, dies im Wissen darum, dass es nichts nützt. Die Ablehnung soll als Protest gegenüber einem schludrigen Umgang mit Gemeinderatsbeschlüssen und mit Steuergeldern verstanden werden.

**Thomas Verdun (SVP):** Ich schliesse mich meinen Vorrednern an. Es ist müssig, über bereits verschüttete Milch zu diskutieren. Die SVP-Fraktion nimmt von der Kreditabrechnung mehrheitlich zustimmend Kenntnis und stimmt dem Nachkredit zu. Aber, es darf in Zukunft nicht mehr geschehen, dass Gemeinderatsbeschlüsse eigenmächtig durch die Verwaltung missachtet werden.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Wie ich bereits in der GPK festgehalten habe, ist dem Gemeinderat die Situation nicht recht. Ich entschuldige mich auch hier im Namen des Gemeinderats für das Vorkommnis. Die Konsequenzen in zukünftigen Vorfällen liegen auf personalrechtlicher Ebene. Im vorliegenden Fall können keine personellen Konsequenzen gezogen werden, weil die betroffenen Personen nicht mehr hier arbeiten. Der GPK-Referent hat richtig geschildert, dass die Situation damals speziell war. Swisscom-Mobile hat sich entschieden, ihren Sitz in die Gemeinde Köniz zu legen. Das Projekt ist unter grösstem Tempodruck realisiert worden, denn die Gemeinde Köniz war nicht die einzige Gemeinde, die um den Standort kämpfte. In der zuständigen Abteilung war man schlussendlich der Meinung, den Abschnitt vor dem Swisscom-Gebäude auch noch zu sanieren und damit wurden klare Regeln verletzt.

---

#### **Beschluss**

Das Parlament nimmt teilweise zustimmend Kenntnis von der Kreditabrechnung zu folgendem Objekt: Liebefeld, Umgestaltung Waldeggstrasse  
(abgegebene Stimmen: 14 für zustimmende Kenntnisnahme, 19 für teilweise zustimmende Kenntnisnahme, 5 für ablehnende Kenntnisnahme)

---

#### **Beschluss**

Das Parlament bewilligt folgenden Nachkredit:  
Fr. 115'455.10 zu Lasten Konto Nr. 242.501.0279 (Liebefeld, Umgestaltung Waldeggstrasse)  
(abgegebene Stimmen: 38 für Annahme, 3 für Ablehnung)

---

## **6. Regionalkonferenz Beitritt Teilkonferenz "Wirtschaft"**

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

**GPK-Referent Rolf Zwahlen (EVP):** Ich danke dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht. Aus der GPK-Sitzung sind folgende Informationen anzubringen: Die Plattform Wirtschaftsförderung besteht bereits seit Jahren und über deren Wirkung lässt sich durchaus streiten. Nun wird sie hoffentlich als Teilkonferenz innerhalb der Regionalkonferenz neu in Schwung gebracht. Die aufgelisteten Leistungen, die durch die Teilkonferenz Wirtschaft erbracht werden, dürfen nur als Ergänzung zu den Anstrengungen der Gemeinde Köniz

betrachtet werden. Sinnvolle Einsparungen aufgrund der Mitgliedschaft bei der Teilkonferenz Wirtschaft in Köniz selber dürfen nicht erwartet werden. Die Nachhaltigkeit steht und fällt mit der Entwicklung der Plattform. Mit der jetzt bestehenden wäre dies durchaus fraglich.

Zu den Finanzen: Der Jahresbeitrag 2010 ist bereits bezahlt worden. Dieser könnte theoretisch bestritten werden, da die Gemeinde Köniz offiziell nicht Mitglied ist. Nach Treu und Glauben wäre dies jedoch nicht zu verantworten. Für 2011 sind im Voranschlag 26'000 Franken eingestellt.

Die Ausgangslage für die Abstimmung in der GPK war etwas schwierig und hypothetisch, weil davon ausgegangen worden ist, dass die Mitgliedschaft anlässlich der Budgetdebatte für 2011 hinfällig wird. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 4 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Beitritt zur Teilkonferenz Wirtschaft zustimmen. Wir hoffen, dass mit der Neuorganisation eine lebendige und wirkungsvolle Plattform geschaffen wird. Bei Nichterfüllung der Erwartungen soll zu einem späteren Zeitpunkt über einen Austritt entschieden werden.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP):** Im Frühling 2010 habe ich Ihnen im Zusammenhang mit meiner Interpellation zur Zusammenarbeit in der Region eine Karte gezeigt. Diese Karte zeigt auf, dass die Gemeinden schon längstens zu einem Wirtschaftsraum Gross-Bern zusammengewachsen sind. Daher macht eine Teilkonferenz Wirtschaft wirklich Sinn. Es wäre merkwürdig, wenn die Gemeinde Mülchi mit 237 Einwohnern dabei ist, die grösste Agglomerationsgemeinde Köniz jedoch nicht. Ich hoffe, dass die Wirtschaftskonferenz zum Fliegen kommt, wenn wir mittun. Dass sie vielleicht mehr Wirkung zeigen wird als das, was bis jetzt zu bemerken war. Ich hoffe auch, dass die Gemeinde Köniz mit ihrem Vertreter im Vorstand eine aktive Rolle spielen wird.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Die Fraktion der Grünen Köniz ist, wie bereits in der Budget-Debatte erwähnt, hier geteilter Meinung. Die Mehrheit unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Die Minderheit ist skeptisch, was die Teilkonferenz wirklich bringen wird. Sie hat sich auch gefragt, ob die regionale Wirtschaftsförderung nicht weiterhin auf Kantonsebene betrieben werden soll. Die Mehrheit anerkennt hingegen, dass die Teilkonferenz etwas Neues ist, das wichtig für den Raum Bern ist und auch erfolgreich sein kann. Das hängt jedoch auch davon ab, wie gut gearbeitet wird. Deshalb gewichtet die Fraktionsmehrheit stärker, dass die grösste Agglomerationsgemeinde dabei sein kann und das möglichst von Anfang an. Nur wenn man dabei ist, kann man sich einbringen, mitgestalten, Schwerpunkte setzen, usw. Das ist wichtig für die Gemeinde Köniz und den Wirtschaftsraum Bern.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich danke für die positive Aufnahme des Geschäfts und ich bin nach der heutigen Debatte sehr froh, dass wir an diesem Punkt angelangt sind.

---

### **Beschluss**

Das Parlament beschliesst, der Teilkonferenz Wirtschaft der Regionalkonferenz Bern-Mittelland beizutreten.

(abgegebene Stimmen: 38 Stimmen für Beitritt, 1 Stimme dagegen)

---

### **7. 0611 Motion (Pestalozzi, GB, GFL) "Erneuerbare Energie"**

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Der Kernpunkt der Motion, die vor vier Jahren deutlich erheblich erklärt wurde, ist dass die Produktion von erneuerbarer Energie auf dem Gemeindegebiet wesentlich gesteigert werden soll. In der Motion steht, dass eingesparte Energie mit produzierter Energie gleichzusetzen ist, d. h. dass der Energieverbrauch wesentlich gesenkt worden sein müsste. Das ist aber gemäss unseren Informationen leider nicht der Fall. In ihrem Kernpunkt ist die Motion somit nicht erfüllt. Es ist aber nichts vorgenommen worden. Wir anerkennen, dass eine Energiestrategie erarbeitet worden ist und ein Energierichtplan in Vernehmlassung ist, Informationskampagnen sind durchgeführt worden. Heute haben wir eine Fördermassnahme "light" beschlossen, wo nicht sicher ist, ob sie wirklich den erwarteten Effekt

bringt. In der Legislaturplanung ist die Realisierung von Solardächern auf Schulhäusern vorgesehen, falls die finanziellen Mittel dafür freigemacht werden können. Es sind jedoch noch keine Reglementsänderungen durchgeführt worden, das wird in der Motion ausdrücklich gefordert. Die bisherigen Vertragsverhandlungen mit den BKW waren bisher negativ. Wir sind noch weit davon entfernt, dass die Produktion von erneuerbarer Energie oder die Einsparung von Energie eine ökonomisch rentable Investition darstellt. In dieser Beziehung kann und muss die Gemeinde Köniz noch viel unternehmen. Wer die Energiestrategie ernst nimmt und wer die vor 4 Jahren überwiesene Motion ernst nimmt und auch die Tatsache ernst nimmt, dass die Gemeinde Köniz zu 90 Prozent von fossilen Brennstoffen abhängig ist, darf die Motion nicht abschreiben.

Wir bitten Sie, die Abschreibung abzulehnen, weil sie noch nicht erfüllt ist. Damit wird der Druck aufrechterhalten.

---

### **Beschluss**

Die Motion wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: 25 für Abschreibung, 12 dagegen)

---

### **8. 1014 Postulat (Grüne Köniz) "Zonen für Freiflächenanlagen für Solarstromproduktion"**

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

**Jan Remund (Grüne):** Die Fraktion der Grünen wird das Postulat erheblich erklären, der Abschreibung jedoch nicht zustimmen. Wir danken dem Gemeinderat für die Antwort, die mit schon fast weihnächtlichen Bildern geschmückt ist. Unser Vorstoss wollte für eine auf uns zukommende raumplanerische Frage sensibilisieren. Dabei soll nicht vergessen werden, dass Fotovoltaikanlagen in erster Linie auf Gebäuden realisiert werden sollen. Fotovoltaikanlagen auf Dächern, die gut ausgerichtet sind, haben in der Schweiz ein grosses Potenzial. Damit könnte ein Viertel des in der Schweiz benötigten Stromverbrauchs erzeugt werden. Freiflächenanlagen sind trotzdem sinnvoll. Sie sind die "Billigmacher" des Fotovoltaikstroms, die Produktionskosten sind 20 – 30 Prozent tiefer. Sie ermöglichen ein relativ schnelles Anwachsen des nachhaltigen Fotovoltaikstroms und ermöglichen der Landwirtschaft eine weitere Einkommensmöglichkeit und sie sind reversibel. Eine Anlage kann nach 25 Jahren abgeräumt und der Boden wieder als Weideland genutzt werden. Als Vergleich: Ein Bauernhof mit 20 Hektaren Fläche kann 10 Prozent des Stromverbrauchs der Gemeinde Köniz herstellen. Für dieselbe Menge Strom aus einer Biogasanlage wären 100 Bauernhöfe nötig.

Zur Antwort des Gemeinderats: Aus folgenden Gründen stimmen wir der beantragten Abschreibung nicht zu: Das Ziel des Vorstosses ist vom Gemeinderat falsch verstanden worden. Vielleicht war der Text etwas unklar. Ziel war nicht, Bauzonen auszuscheiden, sondern die Aufnahme von möglichen Gebieten für die Richtplanstufe vorzubereiten, z. B. im Richtplan Energie, wie dies in anderen Gemeinden mit Windanlagen geschieht. Zudem ist die Liste der Ansätze auf Seite 4 ein Anfang, sie genügt jedoch nicht. Die Ansätze müssen ergänzt und in eine verbindliche Form gebracht werden. Die Liste ist zudem zu überarbeiten, denn gewisse Punkte sind sehr rudimentär und unverständlich. Andere hingegen sind selbstverständlich, wie z. B. die Ausrichtung nach Süden. Sinn des Vorstosses war die Sensibilisierung der Behörden und eine Vorbereitung der Raumplanung vor dem Auftreten von Problemen. Dieses Ziel wäre – wenn der Vorstoss nun abgeschrieben würde – nur teilweise erreicht.

Wir bitten sie, der Abschreibung des Postulats nicht zuzustimmen.

**Fraktionssprecher Hans Moser (SVP):** Die SVP-Fraktion wird das Postulat ablehnen und der Abschreibung zustimmen. Zurzeit verliert die Nahrungsmittel produzierende Landschaft in der Schweiz pro Sekunde einen Quadratmeter Boden durch Bautätigkeit, Strassenbau und Aufforstung. Zudem nimmt die Weltbevölkerung in vier Stunden um jeweils ungefähr die Einwohnerzahl der Gemeinde Köniz – rund 39'000 – zu. Es wird nicht billiger und einfacher, Nahrungsmittel um die halbe Erdkugel zu transportieren. Das Angebot an Hausdächern und Dächern von Industriegebäuden mit der richtigen Ausrichtung zur Sonne hin, für die Realisierung von Fotovoltaikanlagen ist genügend. Die Anlagen sind auch dort, wo der Strom effektiv gebraucht wird und jedes Gebäude verfügt über einen Netzanschluss für den Stromtransport. Bedenken wir dazu noch das Bild der Schweiz als Landwirtschaftsland im Tourismus. Die Schweiz ist viel zu klein strukturiert und nicht vergleichbar mit den vielen ungenutzten Freilandflächen in Europa. Aus diesem Grund ist unser Boden viel zu teuer für die

Realisierung solcher Anlagen. In der Schweiz müssen Schafweiden auch als solche genutzt werden. Werden sie für die Stromproduktion genutzt, könnte es sein, dass der Park Liebefeld als Schafweide genutzt werden muss. Bei der Stromproduktion aus Sonnenstrahlen sind die Landwirte an vorderster Front tätig: Auf vielen Dächern von landwirtschaftlichen Ökonomiegebäuden sind Fotovoltaikanlagen installiert. Vorläufig müssen im Richtplan Energie keine solchen Freilandflächen aufgenommen werden, sie sind auch nicht vorhanden.

**Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP):** Wie bei den vorhergehenden Vorstössen die Umwelt betreffend, sind wir auch hier mit dem Gemeinderat einig. Inhaltlich ist uns ein Punkt sehr wichtig: Auch wir halten fest, dass prioritär Dachflächen von Gebäuden für die Realisierung von Fotovoltaikanlagen verwendet werden sollen, statt wertvolles Kulturland dafür herzugeben. Wir unterstützen die Erheblicherklärung des Postulats wie auch die Abschreibung gemäss dem Antrag des Gemeinderats.

**Fraktionssprecher Mario Fedeli (SP):** Das Postulat zeigt auf, welche Möglichkeiten im Bereich der erneuerbaren Energie noch offen stehen. Das ist positiv, denn jeder neue Weg muss geprüft werden. Fotovoltaikanlagen auf Gebäudedächern gehören heute zum Alltagsbild. Etwas anders sieht es in der Schweiz bei Freiflächenanlagen aus. Hier sind andere Länder erheblich weiter fortgeschritten. Der Grund liegt nicht allein in der vielerorts leider vertretenen Skepsis gegenüber der erneuerbaren Energie. In der Schweiz spielt auch der Umstand eine Rolle, dass unser Land klein und eine Vergrösserung nicht ohne weiteres möglich ist. Fotovoltaikanlagen auf Freilandflächen kommen vor allem und sinnvollerweise in Ländern mit grossen ungenutzten Flächen zum Einsatz und sind durch ihre Dimension wahre Solarkraftwerke. In der Schweiz kommen Freiflächenanlagen aufgrund der Opportunitätskosten selten vor. Aufgrund der bereits angesprochenen Flächenknappheit wird der Boden für landwirtschaftliche oder andere primäre Bedürfnisse genutzt. Es ist jedoch Tatsache, dass der starke Preisrückgang bei den Anlagenkosten dazu beiträgt, dass die Freilandflächenanlagen zunehmend zu einer ernstzunehmenden Alternative zu herkömmlichen Kraftwerken werden. Mit der Erarbeitung des Richtplans Energie zeigt die Gemeinde Köniz, dass ihr die Energieproblematik am Herz liegt und der Gemeinderat ist bereit, sich dem Thema Freilandflächenanlagen für die Produktion von Solarstrom anzunehmen. Unter Berücksichtigung von Vor- und Nachteilen solcher Anlagen unterstützt die SP/JUSO-Fraktion das pragmatische Vorgehen des Gemeinderats und stimmt der Erheblicherklärung und gleichzeitigen Abschreibung des Postulats zu.

**Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP):** Der BDP-Fraktion ist es ein Anliegen, erneuerbare Energiequellen zu fördern und die Energieeffizienz zu steigern. Wir unterstützen Massnahmen und Anlagen auf öffentlichen Bauten, auf Gewerbebauten, auf privaten Gebäuden und insbesondere auf landwirtschaftlichen Gebäuden. Hingegen erachten wir Anlagen auf Freilandflächen im kommunalen Rahmen als ungeeignet. Solche Projekte müssen regional und übergeordnet geplant werden. Aus diesem Grund stimmt die BDP-Fraktion der Erheblicherklärung und Abschreibung des Postulats zu.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Der Gemeinderat teilt die Ansicht vieler Votanten, dass Solaranlagen vor allem auf Dächern von Gebäuden realisiert werden sollen. Es ist jedoch möglich, dass eine Anfrage für die Realisierung einer solchen Freilandflächenanlage kommt und ein Standort in der Gemeinde Köniz möglich wäre. Diese Diskussion hat uns bis anhin noch nicht erreicht, wie auch das Inforama auf der Rütli nicht. Aus diesem Grund haben wir den Weg gewählt, bereit zu sein und die Forderung als Massnahmenblatt im Richtplan aufzunehmen. Wir sind zurzeit an der öffentlichen Mitwirkung. Wenn das Parlament dem Postulat zustimmt, würden wir dies aufnehmen.

Zu Jan Remund: Er erklärte, dass dafür keine Bauzonen auszuscheiden sind. Die Gesetzgebung in diesem Bereich ist jedoch noch nicht ganz klar. Der Richtplan ist behördenverbindlich und wenn wir das Anliegen des Vorstosses aufnehmen, ist das Massnahmenblatt für den Gemeinderat verbindlich.

Zu Hans Moser: Ich danke ihm herzlich für den Input zum Stabilisierungsprogramm. Im Park Liebefeld würde der Rasen dann nicht mehr gemäht, sondern wir setzen dafür Schafe ein.

---

## Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

---

**Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

**9. 1016 Interpellation (BDP) "E-Government: Wo steht Köniz mit der Entwicklung des elektronischen Austausches mit Behörden?"**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Franziska Keller (BDP):** Zuerst danke ich dem Gemeinderat für die Beantwortung. E-Government ist nichts anderes als der elektronische Austausch mit Behörden. Dass dieser weiterhin gefördert werden soll, haben immerhin 31 Parlamentsmitglieder mit ihrer Unterschrift bekräftigt. Eine Forderung aufzustellen ist in Zeiten der Budgetdiskussionen etwas unangenehm. Deshalb möchten wir Ideen in diesem Bereich anmelden, werden dies aber im Rahmen der Konsultation der Strategie tun. E-Government ist freiwillig und der Gemeinderat wird erst Ende 2011 über die Strategie entscheiden und gleichzeitig auch darüber, ob er dies dem Parlament überhaupt vorlegen will. Ich melde hier aus zwei Gründen Interesse an: Die Regelung der Finanzkompetenzen ist uns klar, aber wir möchten auch strategisch mitarbeiten. Hier erinnere ich an die Vernehmlassung zur Energiestrategie. Für uns Parlamentsmitglieder ist es einfacher, an einer Strategie strategisch mitzuwirken, weil man sich dann der finanziellen Konsequenzen bewusst ist.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

**10. Verschiedenes**

Folgende Vorstösse sind neu eingereicht worden:

1020 Motion (Grüne Köniz) "Veloileitsystem"

1021 Postulat (SP) "Köniz innovativ: eine Jobbörse von und für Jugendliche in Köniz"

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Vor der Mitteilung aus der Regionalkonferenz eine Frage an Gemeindepräsident Luc Mentha: Hat die Regionalversammlung vom 9. Dezember 2010 das Reglement zur Spezialfinanzierung der Planung zugunsten des öffentlichen Verkehrs beschlossen? Wenn dem so ist, wie Gemeindepräsident Luc Mentha bestätigt, habe ich folgende Mitteilung: Dieses Geschäft unterliegt dem fakultativen Referendum. In der Gemeinde Köniz ist das Parlament für das Behördenreferendum zuständig. Der Antrag muss durch mindestens 15 Parlamentsmitglieder unterzeichnet werden und ist innert 30 Tagen dem Parlamentspräsidenten einzureichen. Das Parlament muss die Eingabe innert 60 Tagen behandeln und einreichen. Bei diesem Geschäft handelt es sich um die Verwendung des Eigenkapitals nach Auflösung des Vereins RVK4. Die verbleibenden 85'580 Franken werden an die Regionalkonferenz Bern Mittelland überwiesen mit dem Auftrag, diese zweckgebunden zur Finanzierung von Planung und Konzept zugunsten des öffentlichen Verkehrs zu verwenden. Für diese Spezialfinanzierung ist das Reglement der Regionalkonferenz notwendig. Die Unterlagen werden Ihnen nach der Publikation des Geschäfts zugestellt.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Es ist sehr gut, dass der Parlamentspräsident formell auf diese Angelegenheit hinweist. Ich empfehle Ihnen jedoch, nun die Weihnachtszeit zu geniessen, denn hier handelt es sich um ein Geschäft, bei dem es sich nicht lohnt, auch nur eine Stunde dafür zu vergeuden. Wird die Spezialfinanzierung nicht reglementiert, lautet die Alternative wie folgt: Das verbliebene Eigenkapital wird an jene Gemeinden zurück verteilt, die die nötigen Mittel seinerzeit dem vrb (Verein Region Bern) zur Verfügung gestellt haben. Man löst ein Abrechnungsverfahren aus, mit welchem Beträge über z. B. 51.35 Franken an die Gemeinde xx rücküberwiesen werden, was einem Hornberger Schiessen entspräche. Es besteht kein Grund, ein Referendum auch nur im Ansatz zu erwägen.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich war hier der Meinung, diese Mitteilung ans Parlament weiterzuleiten.

Mir bleibt nur noch, Ihnen allen für die angeregte, zum Teil auch herausfordernde Debatte zu danken. Wichtig ist, dass nun ein Voranschlag 2011 vorhanden ist, der bei allen mittlere Unzufriedenheit auslöst und womit wir nicht allzu weit von einer guten Lösung sind. Ich wünsche allen eine möglichst ruhige und schöne Weihnachtszeit sowie einen guten Rutsch ins Neue Jahr. Wir sehen uns am 21. Januar 2011 wieder.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren  
Parlamentspräsident

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament



Änderung Nutzungsplan		Stimmzählerin /	
Teilgebiet Oberwangen .....	77	Redaktionskommission/	
Teilgebiet Oberwangen, Parzellen		Kommission Personalrecht.....	135
Nr. 1426, 1809 und 1855 .....	40	Konzept zur Förderung der Integration	
Änderung Reglement über die		der Migrantinnen und Migranten .....	16
Pensionskasse des Personals der		Kreditabrechnungen .....	75, 173, 258
Einwohnergemeinde Köniz.....	207		
		Legislaturplanung 2010 - 2013 .....	159
Behördenreferendum und –initiative		Leistungsvereinbarung Verein	
(Regionalkonferenz		Kulturhof Schloss Köniz .....	166
Änderung der Gemeindeordnung		Liegenschaft Sägestrasse .....	65
und des Geschäftsreglements		Anpassung Büroräume für Direktion	
des Parlaments .....	35	Bildung und Soziales.....	118
Bilanz Legislaturplanung 2006-2009 .....	79		
		Modernes Personalrecht	
Erschliessung Büschiacker mit		Einsetzung parlamentarische	
öffentlichem Verkehr.....	173	Kommission .....	12
		Motion	
Förderung des Gebäudeenergieaus-		0611 (Pestalozzi, GB, GLF)	
weises der Kantone (GEAK).....	254	"Erneuerbare Energie".....	260
		0803 (CVP, jfk, FDP) "Ausarbeiten	
Integrierter Aufgaben- und Finanzplan		einer Energiestrategie für die	
IAFP 2011 .....	191	Gemeinde Köniz .....	146
Interpellation		0807 (Grüne, SP) "Energiezukunft	
0934 "(Roth, SP) "Wie ist der Könizer		Köniz" .....	146
Sozialdienst in Zeiten der		0826 (SP) "Begrenzung der	
Rezession positioniert?".....	27	Bauzonenfläche auf dem	
1002 (Locher, EVP) "Jugendlokal		aktuellen Stand".....	231
Köniz/Liebefeld" .....	96	0926 (SP) "zentrum von Köniz als	
1006 (Salzmann, SP/JUSO)		Begegnungsort für Jung und Alt"...	122
"Hauptstadtregion Bern und die		0935 (FDP/jfk) "Ausgeglichenen	
Auswirkungen auf Köniz" .....	127	Finanzhaushalt langfristig sichern" ..	83
1010 (SP) "Statt in Strassen in		0936 (SVP) "Finanzplanung" .....	86
Schulhäuser und den Park		0937 (SP, EVP, Grüne, SVP) "Ein	
investieren!" .....	153	Haus der musik für die Gemeinde	
1010 (Wyss, Grüne) "Köniz		Köniz" .....	93
Innerorts" .....	235	1003 (SP/JUSO) "Kompensation	
1011 (SP) "In die Schulhäuser Buch		des Landbedarfs für neue	
see und Wandermatte investieren -		Verkehrsanlagen" .....	179
zum Wohle der Schülerinnen und		1007 (CVP/EVP/GLP/Grüne und	
Schüler" .....	182	Christoph Salzmann) "Grabfeld	
1012 (FDP) "Liberalisierung der		für Musliminnen und Muslime" .....	214
Kinderbetreuung - neue Ent-		1008 (BDP) "Park Liebefeld" .....	231
wicklungen in der Region Bern" ..	184		
1013 (FDP) "Direkter Zugang		Postulat	
Riedmoosbrücke - S-Bahnstation		0207 (überparteilich) "Ausgliederung	
Niederwangen - Ein neues		der Pensionskasse in eine	
Zeichen für Niederwangen".....	184	selbständige Körperschaft".....	207
1016 (BDP) "E-Government		0521 (überparteilich) "Rappentöri	
Wo steht Köniz mit der Ent		zum Wohnen" .....	50
wicklung des elektronischen		0522 (überparteilich) "Belebung des	
Austausches mit Behörden?" .....	263	Kultur- und Begegnungszentrum	
1005 (FDP/jfk) "Dreifachsporthallen		in Köniz .....	89
Weissenstein.....	125	0612 (CVP/EVP) "Systemwechsel	
Jugendtreff Köniz-Liebefeld		bei der Pensionskasse".....	141
Ersatzstandort.....	136	0624 (Grüne) "Velonetz Köniz" .....	229
		0720 (SP) "Vereinbarkeit von	
Kommissionsersatzwahlen		Familie und Beruf	
Kommission für soziale Fragen .....	239	Das Patchwork-Angebot an	
Redaktionskommission.....	60	familienexterner Kinderbe-	
Schulkommission .....	11, 191		

treuung zu einem Ganzen zusammenfügen!".....	51	3. Mai 2010.....	75
0723 (SP) "Einführung des obligatorischen Schwimmunter- richts an den Könizer Schulen" .....	52	31. Mai 2010.....	103
0732 (SP) "Energievorbild Köniz Warmes Wasser sparen - ein höchst effizienter Beitrag zum Klimaschutz" .....	67	20. Juni 2010.....	135
0802 (SP, SVP) "Veranstaltungen in Anlagen der Gemeinde zur Freude aller - auch der Anwohnerinnen und Anwohner" .....	178	23. August 2010.....	159
0806 (SP) "Belagswerk sofort sanieren oder sonst stilllegen!" .....	91	20. September 2010.....	191
0810 (SP) "Gemeinsam Energie sparen" .....	146	15. November 2010.....	239
0826 (Grüne) "Minergie-P oder besser" .....	231	Rechnung 2009.....	105
0921 (SP) "Organischer Abfall zur Energiegewinnung einsammeln?" ...	20	Regionalkonferenz Erneuerung der Subventionsverträge mit Kulturinstitutionen 2012 - 2015	169
0932 (FDP/jfk) "Liberale Familien- politik - Pilotversuch Betreuungsgutscheine" .....	22	Regionalkonferenz: Beitritt Teilkonferenz Wirtschaft.....	259
0933 (jfk) "Glasfasernetz Köniz" .....	26	Sanierung Kirchstrasse Abschnitt Gurtenbühl bis Eisenbahnunterführung .....	12
0938 (SP) "Gedenkstätte oder Gemeinschaftsgrab für Engels- kinder" .....	69	Sanierung Landorfstrasse Abschnitt Weiermattkreisel bis Schulheim Landorf.....	60
1001 (SP) "Open Sunday - Midnight Sport die offene Turnhalle für Kinder und Jugendliche" .....	147	Schulkommissionen Neuwahlen für die Amtsdauer 1.8.2010 - 31.7.2014.....	104
1004 (SP/JUSO) "Zukunft des Schliesswesens in der Gemeinde Köniz" .....	150	Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum,Detailbericht .....	213, 223
1009 (BDP) "Könizer Strombörse"....	234	Stellenbewirtschaftung.....	115
1014 (Grüne Köniz) "Zonen für Freilandflächenanlagen für Solarstromproduktion".....	261	Verschiedenes ..8, 28, 53, 70, 98, 128, 154, .....	186, 218, 236, 263
0729 (SP) "Energiepionierin Köniz. eine Bauzone für ökologische Bauen!" .....	90	Verwaltungsbericht 2009 .....	110
Protokoll		Voranschlag 2011 .....	199, 240
7. Dezember 2009 .....	7	Wahl Geschäftsprüfungskommission .....	5
15. Januar 2010.....	11	GPK-Vizepräsidium .....	11
15. Februar 2010 .....	35	Kommission für soziale Fragen .....	6
22. März 2010.....	59	Kommission Reklamereglement.....	7
		Kommission Tramprojekte.....	6
		Parlamentsbüro .....	3, 4
		Redaktionskommission .....	6
		Vormundschaftsbehörde .....	7, 60
		Zuständigkeit zur Übertragung weiterer Aufgaben an die Regionalkonferenz beim Parlament Änderung der Gemeindeordnung.....	39